



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2006

**18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks
durchgeführt durch HIS Hochschul-Informations-System**

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)
Referat Öffentlichkeitsarbeit
10115 Berlin

Bestellungen

Schriftlich an den Herausgeber
Postfach 30 02 35
53182 Bonn
oder per
Tel.: 01805 - 262 302
Fax: 01805 - 262 303
(0,14 Euro/Min.)
E-Mail: books@bmbf.bund.de
Internet: <http://www.bmbf.de>

Druckerei:

BWH GmbH – Medien Kommunikation,
Hannover

Bonn, Berlin 2007

Gedruckt auf Recyclingpapier



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Wolfgang Isserstedt, Elke Middendorff, Gregor Fabian,
Andrä Wolter

Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2006

**18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks
durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem**

Der vorliegende Bericht wurde im Auftrag des Deutschen Studentenwerks (DSW) und mit Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) von HIS Hochschul-Informationssystem GmbH, Hannover, unter Leitung von Prof. Dr. André Wolter erstellt. Die Verantwortung für den Inhalt trägt HIS.

Projektgruppe: Prof. Dr. André Wolter
Wolfgang Isserstedt
Dr. Elke Middendorff
Gregor Fabian

Einzelbeitrag von Steffen Weber

Eine Internet-Version des Berichts finden Sie auch im WWW unter den folgenden Adressen: <http://www.sozialerhebung.de>
<http://www.bmbf.de>
<http://www.studentenwerke.de>
<http://www.his.de>

Vorwort

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und das Deutsche Studentenwerk (DSW) stellen in dieser Publikation die Ergebnisse der 18. Sozialerhebung zur wirtschaftlichen und sozialen Situation der Studierenden vor, die im Sommersemester 2006 durchgeführt wurde. Die Ergebnisse basieren auf Befragungen von 17.000 deutschen Studierenden und studierenden Bildungsinländern und -inländerinnen.

Die Sozialerhebung wird seit mehr als 50 Jahren jeweils im Abstand von drei Jahren durchgeführt. Sie bildet umfassend die soziale und wirtschaftliche Lage der Studierenden in Deutschland ab. Die Kontinuität der Erhebungen erlaubt neben einem Überblick auch Vergleiche über einen längeren Zeitraum hinweg. Damit liefert sie der Politik, den Hochschulen und den Studentenwerken wichtige Hinweise für zukünftiges hochschulpolitisches Handeln und zur Qualitätsentwicklung der Service- und Beratungsangebote rund um das Studium.

Die Zeitreihen im Kapitel Bildungsbeteiligung sind einer der wichtigsten Indikatoren für Veränderungen in der Chancengerechtigkeit beim Hochschulzugang. Die Ergebnisse der 18. Sozialerhebung zeigen, dass in Deutschland ein enger Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Hochschulzugang besteht. Deshalb bleibt die Verwirklichung von Chancengerechtigkeit eine der vordringlichsten Aufgaben der Bildungspolitik in Deutschland.

Die Daten zur Studienfinanzierung liefern wesentliche Informationen über die Zusammensetzung der Einnahmen der Studierenden und über mögliche Handlungserfordernisse, um die finanziellen Rahmenbedingungen für Studierende zu verbessern und damit auch der Notwendigkeit gerecht zu werden, den Anteil der Studierenden eines Altersjahrgangs in Deutschland zu erhöhen.

Zur 18. Sozialerhebung erscheinen zwei Sonderauswertungen: Das gesellschafts- und hochschulpolitisch wichtige Themenfeld „Studieren mit Kind“ wird gesondert dargestellt. Die zweite Sonderauswertung analysiert die soziale Lage der ausländischen Studierenden in Deutschland sowie der deutschen Studierenden im Ausland.

Die erhobenen Daten bilden künftig noch stärker die Grundlage für die nationale Bildungsberichterstattung sowie für die internationale Vergleichsuntersuchung EUROSTUDENT, die für die weitere Ausgestaltung der sozialen Dimension des Hochschulraums Europa entsprechende Daten liefert.

Wir danken den Studierenden, die den umfangreichen Fragebogen ausgefüllt haben, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hochschulen und Studentenwerke für ihre Unterstützung sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der HIS Hochschul-Informationssystem GmbH für die erfolgreiche Durchführung dieser Erhebung.

Berlin, im Juni 2007



Dr. Annette Schavan, MdB
Bundesministerin
für Bildung und Forschung



Prof. Dr. Rolf Dobischat
Präsident
des Deutschen Studentenwerks

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Zusammenfassung	1
1. Studierende und Hochschulentwicklung	3
2. Chancenstrukturen und Beteiligung an Hochschulbildung	10
3. Studienfinanzierung und wirtschaftliche Situation der Studierenden	14
3.1 Einnahmen der Studierenden	15
3.2 Die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz ...	19
3.3 Ausgaben für die Lebenshaltung	21
4. Die Zeitstruktur des studentischen Alltags	22
5. Soziale Infrastruktur für Studierende	27
1. Anlage der Untersuchung	33
1.1 Untersuchungsziele	34
1.2 Erhebungsinstrumentarium	35
1.3 Durchführung der Untersuchung	38
1.4 Rücklauf und Repräsentativität	39
1.5 Darstellung der Ergebnisse	39
2. Hochschulzugang	43
2.1 Entwicklung der Studierenden- und Studienanfängerzahlen	46
2.2 Hochschulzugang und Vorbildung	53
2.2.1 Art der Studienberechtigung	53
2.2.2 Berufsausbildung vor Studienbeginn	54
2.2.3 Zeitliche Verzögerung der Studienaufnahme	56
2.3 Studierneigung und Studienverzicht	57
3. Bildungsbeteiligung	61
3.1 Quoten der Bildungsbeteiligung im Rahmen der Sozialerhebung	64
3.2 Bildungsbeteiligung im Bildungsverlauf – Bildungsschwellen	65
3.3 Zur Berechnung der Bildungsbeteiligungsquoten	67
3.4 Beteiligung an allgemein bildenden Schulen	70

3.4.1	Schwelle 1: Schulform nach der Grundschule	70
3.4.2	Schwelle 2: Übergang in die Sekundarstufe II	72
3.4.3	Schwelle 3: Studienberechtigung	78
3.5	Schwelle 4: Bildungsbeteiligung an Hochschulen	84
3.5.1	Studienanfängerquoten	85
3.5.2	Sozialgruppenspezifische Studienbeteiligung	94
3.5.3	Bildungstrichter	108
3.6	Bildungsbeteiligung und soziale Zusammensetzung	109
4.	Sozio-demographische Merkmale der Studierenden	117
4.1	Demographische Merkmale	120
4.1.1	Altersstruktur	120
4.1.2	Familienstand	122
4.1.3	Studierende mit Kind	124
4.2	Soziale Herkunft	125
4.2.1	Schul- und Ausbildungsabschluss der Eltern	125
4.2.2	Berufliche Bildung der Eltern	128
4.2.3	Berufliche Stellung der Eltern	131
4.2.4	Erwerbsstatus der Eltern	133
4.2.5	Soziale Herkunft	135
5.	Merkmale des Studiums	147
5.1	Fächerstruktur und angestrebte Abschlüsse	150
5.1.1	Veränderungen in der Fächerstruktur	150
5.1.2	Geschlechtsspezifische Unterschiede	153
5.1.3	Angestrebte Abschlüsse	154
5.2	Studienverlauf	155
5.2.1	Studiengangwechsel	155
5.2.2	Studienunterbrechung	158
5.2.3	Hochschulwechsel	160
5.2.4	Postgraduale Studiengänge	162
5.2.5	Studienbezogener Auslandsaufenthalt	164

6. Studienfinanzierung - Einnahmen der Studierenden	169
6.1 Grundlagen der Analyse	172
6.1.1 Rechtslage	172
6.1.2 Haushaltstyp „Normalstudent“	174
6.1.3 Methodische Anmerkungen	174
6.2 Studienfinanzierung im Überblick	177
6.2.1 Höhe der monatlichen Einnahmen	177
6.2.2 Herkunft und Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen	180
6.3 Einnahmensituation nach ausgewählten Faktoren	189
6.3.1 Einnahmen und Geschlecht	189
6.3.2 Einnahmen und Alter	192
6.3.3 Einnahmen und soziale Herkunft	195
6.3.4 Einnahmen und Förderung nach dem BAföG	200
6.3.5 Regionale Unterschiede	206
6.3.6 Studienspezifische Einnahmenunterschiede	211
6.4 Einschätzung der finanziellen Situation	214
7. Lebenshaltungskosten - ausgewählte Ausgabenpositionen	221
7.1 Vorbemerkung	224
7.2 Ausgewählte Ausgabenpositionen	225
7.2.1 Ausgaben für Miete einschließlich Nebenkosten	225
7.2.2 Ausgaben für Ernährung	230
7.2.3 Ausgaben für Kleidung	233
7.2.4 Ausgaben für Lernmittel	233
7.2.5 Ausgaben für Fahrtkosten	234
7.2.6 Ausgaben für Krankenversicherung, Arztkosten, Medikamente	236
7.2.7 Ausgaben für Telefon, Internet, Rundfunk- und Fernsehgebühren	237
7.2.8 Ausgaben für Freizeit, Kultur und Sport	237
7.2.9 Einnahmenabhängigkeit der Ausgaben	238
7.3 Bilanzierung der Einnahmen und Ausgaben	240
7.4 Beiträge an die Hochschule	243
7.4.1 Ausgaben für Einschreibung und Rückmeldung	243
7.4.2 Studiengebühren, Studienbeiträge	243

8. Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz - BAföG	245
8.1 Rahmenbedingungen	248
8.2 Umfang der Förderung	249
8.2.1 Stand und Entwicklung der BAföG-Quote	250
8.2.2 BAföG-Quote nach ausgewählten Merkmalen	251
8.3 Förderungsbeträge	263
8.4 Förderungsarten	265
8.5 Einschätzung der BAföG-Förderung aus der Sicht der Betroffenen	268
8.6 Warum kein BAföG?	268
9. Zeitbudget	271
9.1 Zeitaufwand für das Studium	274
9.1.1 Studienaufwand nach Art des Studiums	275
9.1.2 Studienaufwand im Studienverlauf	277
9.1.3 Studienaufwand nach angestrebtem Abschluss	279
9.1.4 Studienaufwand nach Hochschulart	282
9.1.5 Studienaufwand nach Fächergruppen	282
9.2 Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit	286
9.2.1 Erwerbsaufwand nach Art des Studiums	286
9.2.2 Erwerbsaufwand nach Hochschulart	287
9.2.3 Erwerbsaufwand im Studienverlauf	288
9.3 Zeitbudget aus Studium und Erwerbstätigkeit	290
9.3.1 Zeitbudget nach regionalen Merkmalen	291
9.3.2 Zeitbudget und persönliche Merkmale	294
9.3.3 Zusammenhang zwischen Studien- und Erwerbszeit	295
9.3.4 Vollzeit- versus Teilzeitstudium	298
9.4 Verwendung der vorlesungsfreien Zeit	306
9.4.1 Vorlesungsfreie Zeit und Studienmerkmale	307
9.4.2 Vorlesungsfreie Zeit und Merkmale der Studierenden	309
9.4.3 Vorlesungsfreie Zeit und regionale Merkmale	312

10. Studentische Erwerbstätigkeit	315
10.1 Erwerbstätigenquote	318
10.1.1 Stand und Entwicklung der Erwerbstätigenquote	318
10.1.2 Regelmäßigkeit der Erwerbstätigkeit	320
10.2 Einflussfaktoren auf Studentische Erwerbstätigkeit	322
10.2.1 Regionale Aspekte	322
10.2.2 Alter	326
10.2.3 Geschlecht	327
10.2.4 Soziale Herkunft	327
10.2.5 Hochschulzugang und Studienverlauf	329
10.2.6 Hochschulart, Abschluss und Fächergruppe	330
10.3 Motive studentischer Erwerbstätigkeit	332
10.3.1 Einzelmotive	333
10.3.2 Hauptdimensionen der Erwerbsmotivation	335
10.3.3 Erwerbsmotive und Zeitaufwand bzw. Verdienst	335
10.3.4 Erwerbsmotivation und Alter	336
10.3.5 Soziale Herkunft und Erwerbsmotivation	338
10.3.6 Erwerbsmotivation und Einstellung zum Studium	339
10.4 Tätigkeitsarten	341
10.5 Finanzieller Ertrag der Tätigkeiten	344
11. Wohnsituation	347
11.1 Genutzte Wohnform	350
11.2 Einflussfaktoren bei der Wahl der Wohnform	354
11.2.1 Regionale Aspekte	354
11.2.2 Alter	356
11.2.3 Geschlecht und Familienstand	359
11.2.4 Soziale Herkunft	360
11.2.5 Studienspezifische Merkmale	362
11.3 Wohnwünsche und Wohnzufriedenheit	364
11.3.1 Wohnwünsche	364
11.3.2 Wohnzufriedenheit	367

12. Gastronomische Einrichtungen im Hochschulbereich – Mensa und Cafeteria	373
12.1 Mensa und Cafeteria - Leistungsbeschreibung	376
12.2 Nutzung des Angebots	376
12.3 Mittagessen	377
12.3.1 Inanspruchnahme	377
12.3.2 Beeinflussende Faktoren	378
12.3.3 Hindernisse, in der Mensa/ Cafeteria zu Mittag zu essen	382
12.4 Mensen und Cafeterien - Wichtige Aspekte aus studentischer Sicht	385
13. Gesundheitliche Beeinträchtigungen	389
13.1 Begriffliche Abgrenzung	392
13.2 Studierende mit gesundheitlicher Schädigung	393
13.2.1 Anteil Studierender mit gesundheitlicher Schädigung	393
13.2.2 Grad der Studienbeeinträchtigung	394
13.2.3 Formen der Schädigung	394
13.2.4 Demographische Merkmale und gesundheitliche Schädigung	396
13.3 Studium und gesundheitliche Schädigung	397
13.3.1 Fächerstruktur	397
13.3.2 Studienverlauf	398
13.4 Finanzielle Situation und Wohnverhältnisse	402
13.5 Gesundheitliche Schädigung und Beratungsbedarf	404
14. Beratungs- und Informationsbedarf	407
14.1 Bereiche des Beratungs- und Informationsbedarfs	410
14.2 Beratungs- und Informationsbedarf und Merkmale des Studiums	413
14.2.1 Beratungsbedarf und Hochschulart	413
14.2.2 Beratungsbedarf und angestrebter Abschluss	413
14.2.3 Beratungsbedarf und Fächergruppe	416
14.2.4 Beratungsbedarf und Studienverlauf	418
14.2.5 Beratungsbedarf und Studien-Erwerbs-Typ	420
14.3 Beratungs- und Informationsbedarf und sozio- demographische Merkmale	423
14.4 Nutzung von Angeboten zur Beratung und Information	426

15. Studierende mit Migrationshintergrund	431
15.1 Begriffliche Abgrenzung, Zahl und Herkunftsländer	434
15.2 Demographische Merkmale	435
15.3 Soziale Herkunft	436
15.4 Bildungsbiografie, Fächerwahl und Studienverlauf	437
15.4.1 Hochschulzugang und berufliche Vorbildung	437
15.4.2 Studienmerkmale	438
15.5 Finanzielle Situation	441
15.6 Erwerbstätigkeit	442
15.7 Wohnsituation	443
Anhang	447
A Erhebungsunterlagen und Randauszählung	447
A.1 Fragebogen und Begleitschreiben.....	448
A.2 Randauszählung	465
B Methodische Anmerkungen	487
B.1 Zur Berechnung der Bildungsbeteiligung	488
B.2 Zur Bildung sozialer Herkunftsgruppen	492
Literaturverzeichnis	495

Zusammenfassung

Vorbemerkung

In dem vorliegenden Bericht werden die Ergebnisse der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, durchgeführt von HIS Hochschul-Informationssystem, präsentiert. Er basiert auf einer im Sommersemester 2006 durchgeführten, repräsentativen schriftlichen Befragung, an der sich 16.590 Studierende aus 248 Hochschulen beteiligt haben, die ca. 98 % aller Studierenden in Deutschland umfassen. Die Untersuchung wurde aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert. Die seit 1951 zumeist im dreijährigen Rhythmus durchgeführten Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks sind die längste Untersuchungsreihe, die es außerhalb der amtlichen Statistik in Deutschland in der empirischen Studierenden- und Hochschulforschung gibt.

Ihrem Auftrag und ihrer Anlage nach ist die Sozialerhebung ein mit wissenschaftlichen Methoden erstelltes, befragungs-basiertes Berichtssystem, das ein umfassendes Bild der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Studierenden in Deutschland sowie zu einigen ausgewählten Aspekten der Studiensituation und des Studienverlaufs zeichnet. Der Sozialerhebung liegt die Annahme zugrunde, dass die Aufnahme und der erfolgreiche Verlauf eines Studiums nicht nur von den Bedingungen des Hochschulzuges sowie des Lehrens und Lernens an der Hochschule abhängen, sondern auch von den sozialen und wirtschaftlichen Voraus-

setzungen, unter denen ein Studium durchgeführt wird, und damit von der sozialen Infrastruktur, die Staat, Hochschulen, Studentenwerke oder andere Einrichtungen bereitstellen (z.B. Studienfinanzierung, Campusgastronomie, Wohnmöglichkeiten, Beratungsangebote).

Die Sozialerhebung bietet eine aktuelle Bestandsaufnahme zu den sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen und Problemen des Studierens und ordnet diese in die längerfristige, durch eine Vielzahl von Zeitreihen dokumentierte Entwicklung studentischen Lebens in Deutschland ein. Da sich in der Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Aspekte des Studiums immer auch der Wandel der gesellschaftlichen und familiären Lebensverhältnisse niederschlägt, ist die Sozialerhebung eine Art Spiegel und Brennpunkt der sozialgeschichtlichen Entwicklung in Deutschland – hinsichtlich jener 30 bis 40 % eines Altersjahrgangs, die ein Studium aufnehmen, und deren Herkunftsfamilien.

Die Sozialerhebung ist ein zentraler Bestandteil eines arbeitsteilig organisierten, regelmäßigen Monitorings zur Situation der Studierenden in Deutschland, wobei ihr Schwerpunkt primär auf der sozialen und wirtschaftlichen Dimension liegt. Die Sozialerhebung steht damit in der Schnittstelle zwischen Sozial- und Bildungsberichterstattung. Diese Verknüpfung kommt zum Beispiel in der Frage zum Ausdruck, in welcher Weise ein erfolgreicher Studienverlauf

durch die Studienfinanzierung gefördert oder beeinträchtigt wird. Auch das Thema der Chancenstrukturen bzw. Chancengerechtigkeit beim Hochschulzugang oder der Beteiligung an Hochschulbildung ist eine Schnittstelle zwischen Bildungs- und Sozialberichterstattung.

Die 18. Sozialerhebung ist in einem Zeitraum durchgeführt worden, in dem sich ein in der Geschichte der deutschen Hochschulen einzigartiger Umbruch vollzieht, der weit über alle früheren Hochschul- und Studienreformen hinausgeht. Er bezieht nahezu alle Facetten und Bestandteile des Hochschulsystems ein – von den Zugängen zum Studium und der Organisation des Studiums über die Struktur des Hochschulsystems bis zur Organisation, Steuerung und Finanzierung der Hochschulen. Aus studentischer Perspektive sind es vor allem die mit dem Bologna-Prozess verbundenen Reformen des Studiums, die zu tief greifenden Veränderungen führen. Auch wurden im Zeitraum der 18. Sozialerhebung in sieben Ländern erstmals wieder seit einigen Jahrzehnten rechtliche Voraussetzungen für Studiengebühren bzw. Studienbeiträge geschaffen.

Die 18. Sozialerhebung stellt eine Momentaufnahme dieses umfassenden Reform- und Veränderungsprozesses im Hochschulsystem dar, dessen Ende und Ausgang noch nicht genau abzusehen sind. Sie kann bereits einige Auswirkungen dieses Prozesses sichtbar machen; die nächste oder übernächste Sozialerhebung werden dann die

Folgen dieses Wandels in ihren tatsächlichen Dimensionen erfassen und abbilden können. Auch hier müssen die Ergebnisse der Sozialerhebung als eine Zeitreihe gelesen werden, die den jeweils aktuellen Stand innerhalb eines fortlaufenden Wandlungsprozesses dokumentiert. Dabei stellen die Ergebnisse der Sozialerhebung als Monitoringinstrument Informationen zur Verfügung, die dazu beitragen können, rechtzeitig Handlungsbedarfe zu erkennen und gegebenenfalls korrigierend in diesen Prozess einzugreifen.

1. Studierende und Hochschulentwicklung

Wie verändert sich die Situation der Studierenden an den deutschen Hochschulen mit den Umbrüchen und Reformen, die sich gegenwärtig im Studium und im Hochschulsystem vollziehen? Die Hochschulentwicklung ergibt sich aus dem Zusammenwirken bzw. der Wechselwirkung latenter, nicht direkt geplanter und manifester, intentional herbeigeführter Veränderungen. Auch in den Ergebnissen der Sozialerhebung spiegeln sich sowohl intentionale und latente Veränderungen, die oft gar nicht voneinander zu trennen sind.

Reformen in der Studienstruktur und der Studienorganisation, wie sie gegenwärtig im Rahmen des Bologna-Prozesses durchgeführt werden, sind ein Beispiel für politisch angestrebten und vollzogenen Wandel. Auch Änderungen in der Ausbil-

dungsförderung, etwa die Novellierung des BAföG im Jahr 2001, zählen hierzu. Wie aktuell die Debatte über die Auswirkungen des Bologna-Prozesses auf die studentische Mobilität zeigt, bestehen die Wirkungen solcher Reformen nicht nur aus den angestrebten Effekten. Vielmehr ergeben sich auch unvorhergesehene (Neben-)Folgen, die wiederum zum Teil erwünscht, überwiegend aber eher unerwünscht, gelegentlich sogar kontraproduktiv sein können.

Daneben, und oft noch wesentlich folgenreicher, gibt es Veränderungen, die gar nicht geplant sind, sondern sich, oft über lange Zeiträume, als Resultat vielfacher Bedingungen und Einflüsse mehr oder weniger eigendynamisch entfalten. Solche Prozesse sind für die Hochschulen nicht weniger bedeutsam als politisch bewusst geplante und realisierte Reformen. Ein aktuelles Beispiel hierfür sind die Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Hochschulbesuch.

Latente Veränderungen sind in der Regel die Folge langfristiger, säkularer gesellschaftlicher Wandlungsprozesse (z.B. in den Familienstrukturen oder in den gesellschaftlichen Wertorientierungen). Sie gehen oft auch aus wirtschaftlichen Entwicklungen hervor, etwa auf dem Arbeitsmarkt, dessen Konjunkturen zum Beispiel nicht-intendierte Folgen für die Studiennachfrage haben können. Auch wenn latente Veränderungen ihre Ursachen unmittelbar gar nicht im Bildungssystem finden, gehen sie keines-

wegs an den Hochschulen vorüber.

Solche Veränderungen sind zwar nicht geplant, ihre Effekte können aber trotzdem erwünscht sein; genauso gut kann aber das Gegenteil der Fall sein, d.h. ihre Auswirkungen markieren mehr oder weniger massive Probleme und neue Herausforderungen (wie im Falle des demographischen Wandels). Wie die Auswirkungen von politisch geplanten Reformen spielen viele dieser latenten Entwicklungen in die Ergebnisse der Sozialerhebung hinein. Sie werden etwa in der Zusammensetzung der Studierenden (nach Merkmalen wie Geschlecht oder Herkunft) oder in den Auswirkungen gesellschaftlicher und biographischer Individualisierungsprozesse (z.B. auf die Wohnpräferenzen oder das Partnerschaftsverhalten) greifbar.

Die Sozialerhebung versucht, soweit möglich, wesentliche Entwicklungen durch Zeitreihen abzubilden, die sich zusätzlich zu den eigens erhobenen Daten auch auf Daten der amtlichen Statistik und aus anderen Untersuchungen stützen.

Im Einzelnen wird hier auf folgende wichtige Ergebnisse hingewiesen:

- In der Folge des starken Anstiegs der **Studienanfängerzahlen** zwischen 1995 und 2003 ist auch die über die Studienanfängerquote messbare Beteiligung an Hochschulbildung auf einen vorläufigen Spitzenwert von 39% im Jahr 2003 angewachsen und danach, parallel zum Rückgang der Anfängerzahlen, wieder auf 36% (2006) gesunken

(vgl. Bild 3.13). Ausschlaggebend für den Anstieg waren nicht die Jahrgangsgößen, sondern der Umstand, dass relativ mehr junge Leute einen höheren Schulabschluss erreichten und ein Studium aufnahmen (vgl. Bild 2.2 und Bild 3.8). Das Wachstum der Studienanfängerzahlen wurde in den letzten 25 Jahren in erster Linie von der wachsenden Beteiligungskomponente und nicht von der demographischen Komponente bestimmt.

• Trotz des Rückgangs nach 2003 scheint die Studienanfängerquote nach Land des Studienortes (vgl. Bild 3.13) der hochschulpolitisch **als mittelfristige Zielmarke angestrebten Anfängerquote von 40 %** schon recht nahe gekommen zu sein. Tatsächlich liegt die Anfängerquote, die als Resultat des deutschen Schulsystems betrachtet werden kann, jedoch knapp oberhalb der 30 %-Marke (vgl. Bild 3.14). Mit einer höheren Anfängerquote soll vor allem erreicht werden, dass sich die Akademikerquote – bezogen auf die erwerbstätige Bevölkerung – der anderer vergleichbarer Wirtschaftsnationen bzw. Industriegesellschaften annähert. Deshalb ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass etwa fünf bis sechs Prozentpunkte in der Anfängerquote nach Land des Studienortes auf die Zuwanderung **ausländischer Studierender** zurückzuführen sind, die zum Studium nach Deutschland kommen und später als Absolventen und Absolventinnen in der Regel dem deutschen Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen.

• Zwar ist der **Anteil der Frauen** an allen Studienanfängern in den letzten Jahren leicht auf 48 % zurückgegangen; in der langfristigen Zeitperspektive haben sich jedoch die Anteile der beiden Geschlechter bei der Studienaufnahme inzwischen weitgehend angeglichen (vgl. Bild 2.1). Die Unterschiede zwischen den Fächern sind aber nach wie vor beträchtlich (vgl. Bild 2.4 und Bild 5.3). Eine rückläufige Studienanfängerquote geht meist mit einer sinkenden Beteiligung von Frauen einher, oder umgekehrt formuliert: Es sind vor allem die Frauen, welche die Dynamik einer höheren Bildungsbeteiligung tragen. Das zeigt auch der internationale Vergleich, demzufolge die Beteiligung der Frauen an Hochschulbildung in den meisten anderen vergleichbaren Ländern höher ausfällt als in Deutschland (vgl. Bild 2.5). Korrespondierend mit der Fächerstruktur, liegt dabei der Anteil der Frauen an den Universitäten weit höher als an den Fachhochschulen.

• In der **Studienaufnahme** lassen sich seit Anfang der 1990er Jahre zwei Entwicklungen beobachten: Die **Brutto-Studierquote** (d.h. der Anteil an den Studienberechtigten, die ein Studium aufnehmen) ist bis 1999 stark zurückgegangen und danach zwar wieder angestiegen, hat aber die Ausgangswerte noch nicht wieder erreicht (vgl. Bild 2.8). Der Anteil derjenigen Personen, die auf ein Studium trotz grundsätzlicher Berechtigung verzichten, lag in den letzten 15 Jahren zwischen einem Viertel und einem Drittel

aller Studienberechtigten. Studierbereitschaft und Übergangsquote sind offenkundig sehr sensitive („volatile“) Größen, denen in Zukunft im Blick auf den akademischen Nachwuchsbedarf gerade auch angesichts der sich gegenwärtig vollziehenden hochschulpolitischen Veränderungen eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Der Anteil der Studierenden, die vor ihrer Studienaufnahme eine **Berufsausbildung** absolviert haben, geht in diesem Zeitraum ebenfalls zurück – und zwar sowohl an den Universitäten wie an den Fachhochschulen (vgl. Bild 2.7).

- Die **Fächerstruktur der Studierenden** weist keine wesentlichen Veränderungen, sondern überwiegend eine Fortsetzung jener Trends auf, die sich schon seit Anfang der 1990er Jahre zeigen (vgl. Bild 5.1 und Bild 5.2). Der Anteil der Ingenieurwissenschaften stagniert seit 1997 auf einem recht niedrigen Niveau; zwar gibt es hier seit 1997 wieder eine steigende Zahl an Studienanfängern, aber nur gerade in dem Umfang, wie die Anfängerzahlen generell angestiegen sind. Vom Rückgang der Ingenieurwissenschaften konnten anteilmäßig vor allem die Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften und Sozialwissenschaften/Pädagogik/Psychologie profitieren. Der anhaltend niedrige Frauenanteil erweist sich mehr und mehr als ein Engpass der Ingenieurwissenschaften (vgl. Bild 5.3).

- Der Bologna-Prozess führt zu der erwartbaren Verschiebung in den angestreb-

ten **Studienabschlüssen**, die sich jedoch erst allmählich vollzieht. Nach den Ergebnissen der 18. Sozialerhebung beträgt der Anteil der Studierenden in den neuen Bachelorstudiengängen 11 %, und weitere 2 % sind in Masterstudiengängen immatrikuliert (vgl. Bild 5.4).

- Die Befunde über die **Auswirkungen der Studienstrukturreform** auf Studierverhalten, Anwesenheit an der Hochschule, Zeitmanagement und Erwerbstätigkeit der Studierenden sind noch teilweise unklar und inkonsistent. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Zahl der Studierenden in den neuen Studiengängen noch recht gering ist und an den Hochschulen im Lehrbetrieb oft noch alte (in den höheren Fachsemestern) und neue Studiengänge nebeneinander bestehen. Unterschiede zwischen den angestrebten Abschlussarten fallen bei den verschiedenen Variablen des Studiums oder der Zeitverwendung meist eher gering aus.
- So liegt der zeitliche Studienaufwand von Bachelorstudierenden zwar leicht über den vergleichbaren Vorläuferstudiengängen (Diplom, Magister), bestätigt aber bislang nicht die Befürchtung eines durchregulierten Studienalltags an der Hochschule mit sehr engen Zeitmustern (vgl. Bild 9.7, Bild 9.8 und Bild 9.9). Der Studienablauf in einer Semesterwoche unterscheidet sich zwischen Bachelorstudierenden und ihren Kommilitonen/Kommilitoninnen in den herkömmlichen Studiengängen bislang kaum.

- Bislang finden sich auch keine Belege dafür, dass Studierende in den neuen Studiengängen aufgrund höherer Belastungen durch das Studium während der Studienwoche weniger erwerbstätig sind. Auch für eine durch den Studienablauf erzwungene Konzentration von Erwerbsarbeit auf das Wochenende gibt es bislang keine Anzeichen (vgl. Abschnitt 9.2.1). Zwar liegt die Erwerbstätigenquote der Bachelorstudierenden mit 56 % unter dem Durchschnitt (63 %), auch die dafür aufgewandte Zeit. Dies hängt jedoch primär mit dem Alter zusammen; Bachelorstudierende sind überwiegend in den jüngeren Altersgruppen zu finden, die eine niedrigere Erwerbsquote aufweisen als die älteren Studierenden (vgl. Abschnitt 10.2.6).
- Angesichts ihrer niedrigeren Erwerbsquote nicht überraschend, setzen Bachelorstudierende bei gleichem Alter seltener eigenen Verdienst zur Finanzierung ihres Studiums ein als ihre Kommilitonen in Diplom- oder Magisterstudiengängen, während sich keine Unterschiede beim Elternzuschuss oder beim BAföG finden (vgl. Abschnitt 6.3.6).
- Zwar findet sich in den Bachelorstudiengängen ein deutlich höherer Anteil an Vollzeitstudierenden (vgl. Bild 9.25); aber auch dies hängt primär mit ihrer Konzentration auf die jüngeren Studienjahrgänge zusammen. Gleichaltrige Bachelorstudierende zeigen kein wesentlich anderes Nutzungsverhalten der Mensen/ Cafeterien als Studierende traditioneller Studiengänge (vgl. Abschnitt 12.3.2).
- Die Verwendung der vorlesungsfreien Zeit für studienbezogene Aktivitäten lässt bislang keine auffälligen Unterschiede zwischen den Bachelorstudierenden und denjenigen in den anderen Studiengangstypen, jedenfalls keine höhere Intensität solcher Tätigkeiten, erkennen (vgl. Bild 9.29).
 - Die 18. Sozialerhebung liefert auch wieder wesentliche Informationen zu den **Studienverläufen**, insbesondere zu Mobilität und Fluktuation im Studium. Danach haben bis zum Befragungszeitpunkt gut 20 % der Studierenden im Erststudium Fach oder/ und Abschluss gewechselt, wobei diese Wechsel überwiegend „fachkulturkonform“ verlaufen, d.h. innerhalb der ursprünglich gewählten Fächergruppe (vgl. Bild 5.5 und Bild 5.6). 13 % hatten ihr Studium unterbrochen. 15 % haben einen Hochschulwechsel vollzogen, oft in Verbindung mit einem Wechsel des Studienfaches und/oder –abschlusses (vgl. Bild 5.8).
 - 29 % der befragten Studierenden in den höheren Semestern haben einen **Auslandsaufenthalt** absolviert (vgl. Bild 5.12). Gut die Hälfte davon (15 %) hatte sich an einer ausländischen Universität immatrikuliert; die andere Hälfte absolvierte ihren Auslandsaufenthalt in anderen Formen. Weitere 18 % planen noch einen solchen Aufenthalt, 7 % sogar sicher. Dass Auslandsmobilität in eini-

gen Studienfächern überdurchschnittlich hoch ist (z.B. in den Sprachwissenschaften) und auch mit der sozialen Herkunft zunimmt, bestätigt sich auch in der 18. Sozialerhebung wieder.

- Der Anteil der **Studierenden mit Kind(ern)** beträgt 7%, 5% im Erststudium und 20% im postgradualen Studium (vgl. Bild 4.6). Gut die Hälfte der Studenten und beinahe zwei Drittel der Studentinnen leben in einer festen Partnerschaft; 4% der Studenten und 6% der Studentinnen sind verheiratet (vgl. Bild 4.4).

- Die 18. Sozialerhebung liefert erstmals Informationen über den **Anteil der Studierenden mit Migrationshintergrund**¹ (wobei Bildungsausländer/innen unberücksichtigt bleiben). Danach weisen 8% aller Studierenden einen solchen Status auf (vgl. Bild 15.1). Gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil oder ihrem Anteil an der Bevölkerung unter 25 Jahren liegen hier noch erhebliche Expansionspotentiale für die deutschen Hochschulen. Bei den Studierenden mit Migrationsstatus handelt es sich in 43% um so genannte Bildungsinländer/innen, d.h. solche Studierende, die in Deutschland die Schule besucht und ihre Studienberechtigung erworben haben, aber über eine ausländische Staatsangehörigkeit verfügen. 11% der Migranten/innen besitzen neben der

deutschen eine weitere Staatsbürgerschaft, und 46% haben ihre Staatsbürgerschaft gewechselt, inzwischen also die deutsche erworben.

- In einer ganzen Reihe von Merkmalen unterscheiden sich **Studierende mit Migrationshintergrund** von den anderen Studierenden, aber auch in Abhängigkeit von ihrer nationalen Herkunft untereinander. Sie kommen zum Beispiel deutlich häufiger aus eher niedrigen **sozialen Herkunftsfamilien**; das „höchste“ Herkunftsniveau unter den Migranten/innen haben diejenigen mit doppelter Staatsangehörigkeit (vgl. Bild 15.3). Sie studieren ganz überwiegend an Hochschulen in den alten Ländern, häufiger in Fächern aus den **Fächerguppen** Ingenieur- oder Rechts-/Wirtschaftswissenschaften (vgl. Bild 15.5). Auch ihre **finanzielle Lage** unterscheidet sich vom „Durchschnitt“ der Studierenden beträchtlich: der Elternanteil an den monatlichen Einnahmen fällt deutlich niedriger, der BAföG-Anteil und der Anteil des eigenen Verdienstes dagegen höher aus (vgl. Bild 15.6).

Die 18. Sozialerhebung hat wieder das **Themenfeld Gesundheit** einbezogen, das zuletzt Teil der 16. Sozialerhebung war. Dieses Themenfeld konzentriert sich auf Fragen und Aspekte **gesundheitlicher Schädigungen** (durch chronische Krankheiten oder Behinderungen) und den damit verbundenen **Studienbeeinträchtigungen**. Die auf einen mehr oder weniger fiktiven Normalstudierenden ausgerichtete Lehr- und Lernorgani-

¹ Nicht erfasst wurden diejenigen aus der zweiten und dritten Generation von Migranten, deren Eltern oder Großeltern schon in die deutsche Staatsbürgerschaft wechselten und die daher bereits als Deutsche geboren wurden.

sation der Hochschule ist alles in allem wenig für die speziellen Anforderungen dieser Studierenden eingerichtet. Von daher ist es bedeutsam, zu diesem Thema empirische Informationen zusammenzutragen und diesem Problemfeld eine größere Aufmerksamkeit zu verschaffen, auch wenn sich die Sozialerhebung hier in einem höchst sensiblen und deshalb methodisch schwer zugänglichen Bereich bewegt.

- Der **Anteil der Studierenden mit gesundheitlicher Schädigung** liegt im Jahr 2006 bei 19% – vier Prozentpunkte mehr als bei der letzten Befragung zu diesem Thema im Jahr 2000. Für 44% (= 8% aller Studierenden) aus dieser Teilgruppe geht mit ihrer Schädigung eine Studienbeeinträchtigung einher. Hochgerechnet auf die Studierendenzahl in Deutschland (ohne Ausländer/innen), handelt es sich um eine beachtliche Anzahl von ca. 327.000 bzw. 143.000 Studierenden, die solchen Einschränkungen unterliegen. Allerdings unterscheidet sich der **Grad an Studienbeeinträchtigung** unter denjenigen, die eine solche für sich sehen, beträchtlich: 52% von ihnen geben eine schwache, 30% eine mittlere und 18% eine starke Beeinträchtigung ihres Studiums aufgrund ihrer gesundheitlichen Schädigung an (vgl. Bild 13.1 und Bild 13.2).

- Der Grad der Studienbeeinträchtigung variiert erheblich mit der **Art der gesundheitlichen Schädigung** (vgl. Bild 13.4). Die mit großem Abstand häufigste gesundheitliche Schädigung, die Allergien und Atem-

wegserkrankungen, führt nur bei etwa einem Drittel zu einer Beeinträchtigung ihres Studiums, während die höchsten Quoten an Beeinträchtigung, ebenso die höchsten Anteile an starker Beeinträchtigung, sich bei den seltener auftretenden Erkrankungen finden, nämlich den psychischen Krankheiten und bei den Schädigungen des zentralen Nervensystems.

- Art und Häufigkeit der gesundheitlichen Schädigung unterscheiden sich geringfügig zwischen den beiden Geschlechtern. Mit dem **Alter** der Studierenden steigen sowohl die Häufigkeit einer gesundheitlichen Schädigung als auch der Umfang einer Studienbeeinträchtigung an (vgl. Bild 13.5).

- Der **Studienverlauf** ist mit einer Reihe Hindernisse und zusätzlicher Herausforderungen für Studierende mit gesundheitlichen Einschränkungen verbunden, die im Grad der Studienbeeinträchtigung zum Ausdruck kommen. Von daher ist es nicht überraschend, dass ein Teil dieser Gruppe, insbesondere diejenigen mit starker Beeinträchtigung, eine höhere Verweildauer an der Hochschule bis zum Abschluss aufweist. Unter denjenigen mit einer Studienbeeinträchtigung ist die Fluktuation durch Studienunterbrechung, Studiengang- oder Hochschulwechsel höher als im Durchschnitt aller Studierenden oder unter denjenigen mit gesundheitlicher Schädigung, aber ohne Studienbeeinträchtigung (vgl. Bild 13.8). Studierende mit gesundheitlicher Schädigung

schätzen ihre **finanzielle Situation** und ihre Möglichkeit, neben dem Studium zu arbeiten, durchweg kritischer ein als die Studierenden ohne Schädigung.

- Verständlicherweise ist ihr **Beratungsbedarf** höher und steigt mit dem Grad der Beeinträchtigung deutlich an – folgerichtig auch die Nutzung entsprechender Beratungsangebote, wobei es nahe liegt, dass das Beratungsthema „Studium mit gesundheitlicher Beeinträchtigung“ im Vordergrund steht (vgl. Abschnitt 13.5).

2. Chancenstrukturen und Beteiligung an Hochschulbildung

In welchem Maße führen höhere Beteiligung an Hochschulbildung und Studienreformen auch zu einer sozialen Öffnung der Hochschulen gegenüber denjenigen Gruppen, die bislang weniger an Hochschulbildung partizipiert haben? Die Sozialerhebung ist die einzige Untersuchungsreihe in Deutschland, die sozialgruppenspezifische Beteiligungsquoten an Hochschulbildung ermittelt.

Im Unterschied zu denjenigen Teilen des Berichts, die auf der im Rahmen der Sozialerhebung durchgeführten Studierendenbefragung aufbauen, basiert diese Analyse primär auf Daten der amtlichen Statistik (z.B. des Mikrozensus) oder aus anderen Untersuchungsreihen (z.B. den HIS-Studienanfängerbefragungen). Soziale Beteiligungsquoten, wie sie in der Sozialerhebung präsentiert werden (vgl. Kapitel 3), sagen et-

präsentiert werden (vgl. Kapitel 3), sagen etwas über die Zusammenhänge zwischen Bildungsbeteiligung und sozialer Zugehörigkeit und über die Verteilung der Studierchancen zwischen den sozialen Gruppen, also über die Chancenstrukturen, aus. Hier von sind Daten zur sozialen Herkunft bzw. zur sozialen Zusammensetzung der Studienanfänger/innen und Studierenden (vgl. Kapitel 4) strikt zu unterscheiden. Solche Informationen lassen Rückschlüsse auf das soziale Profil der Studierenden zu, aber nicht auf Chancenstrukturen.

In den von der Sozialerhebung ermittelten Beteiligungsquoten schlägt sich die mehrfache Selektivität auf dem Wege zu einem Hochschulstudium nieder, wie sie im Konzept der Bildungsschwellen zum Ausdruck kommt (vgl. Bild 3.1): Zum einen verläuft die Selektivität in einem ganz entscheidenden Umfang bereits innerhalb des Schulsystems, insbesondere an der Übergangsstelle zwischen Grundschule und Sekundarstufe I, bis hin zum Abschluss der Schullaufbahn und zum Erwerb einer Studienberechtigung. Zum anderen manifestiert sich die Selektivität innerhalb dieses bereits stark vorgefilterten Potentials dann noch einmal an der Schwelle des Hochschulzuges, wenn zum Beispiel die Entscheidung über die Aufnahme eines Studiums selbst bei gleicher Schulleistung mit der sozialen Herkunft variiert.

In der 18. Sozialerhebung ist die sozialgruppenspezifische Bildungsbeteiligung

speziell an der vierten Schwelle – dem Hochschulzugang – nicht nur auf der Grundlage neuer Daten, sondern auch mit einer Reihe neuer, differenzierterer Ansätze und Verfahren analysiert worden, die zu neuen interessanten Ergebnissen führen, aber die Vergleichbarkeit mit früheren Sozialerhebungen teilweise einschränken (z.B. beim Bildungstrichter). So ergibt die Differenzierung der traditionell für die Messung des sozio-ökonomischen Hintergrunds der Bildungsbeteiligung herangezogenen vier sozialversicherungsrechtlichen Kategorien nach solchen Elternhäusern, in denen mindestens ein Elternteil bereits über einen Hochschulabschluss verfügt, und solchen, für die das nicht gilt, zwei interessante Befunde.

- Erstens zeigt sich hier die **enorme Spannweite in der Bildungsbeteiligung** zwischen den betrachteten Teilgruppen, die noch weit größer ausfällt, als dies schon bei den vier sozialversicherungsrechtlichen Gruppen der Fall ist. Die eigentliche soziale Differenzierung der Studierchancen – man könnte schon fast von einer Polarisierung sprechen – verläuft dabei gar nicht entlang dieser Gruppen, sondern entlang des Merkmals „Hochschulabschluss der Eltern“ (vgl. Bild 3.33).

- Dieses macht zweitens darauf aufmerksam, wie wichtig die Berücksichtigung der unterschiedlichen, quer zu den sozialen Gruppen verlaufenden **Bildungsmilieus** ist, die immer wieder, aber keineswegs befriedi-

gend als „hochschulnah“ und „hochschulfern“ bezeichnet werden. Hier ist darauf hinzuweisen, dass inzwischen bei weit mehr als der Hälfte der Studierenden mindestens ein Elternteil selbst bereits über einen Hochschulabschluss verfügt, an den Universitäten deutlich mehr als an den Fachhochschulen (vgl. Bild 4.11 und Bild 4.12).

Zwar gibt es Hinweise auf eine leichte **Annäherung in den Studierchancen** zwischen den sozialen Gruppen – sowohl in den alten wie auch den neuen Ländern – in der Folge des Wachstums der Studienanfänger- und Studierendenzahlen (vgl. Bild 3.26 und Bild 3.27). Die Bildungsbeteiligung von Kindern aus unterschiedlichen Herkunftsmilieus scheint sich über einen langen Zeitraum gesehen tendenziell, aber keineswegs kontinuierlich einander anzunähern, jedoch ohne sich anzugleichen. Vielmehr erweisen sich die grundlegenden **sozialen Disparitäten** als ziemlich stabil. Die Gruppe mit der höchsten Beteiligungsquote beim Hochschulzugang – Kinder aus Beamtenfamilien, in denen mindestens ein Elternteil ein Studium absolviert hat – weist eine fünfeinhalb Mal so hohe Studierchance auf wie die Gruppe mit der niedrigsten Beteiligungsquote, den Kindern aus Arbeiterfamilien (vgl. Bild 3.33).

Die Rekrutierungspotentiale aus den hochschulnahen Bildungsmilieus sind weitgehend ausgeschöpft; eine arbeitsmarktpolitisch erwünschte Erschließung neuer Nachfragepotentiale für ein Hochschulstu-

dium kann nur über eine soziale Öffnung der Hochschule erfolgen. Die Ergebnisse der 18. Sozialerhebung zeigen eher eine Entwicklung, wonach die Hochschule tendenziell immer mehr zu einer Institution wird, die nicht mehr primär dem Bildungsaufstieg, sondern eher dem Erhalt bzw. der „Vererbung“ eines bereits erreichten akademischen Status in der jeweils nachfolgenden Generation dient. Dieser Mechanismus verstärkt sich umso mehr, je höher in den Elterngenerationen als Resultat früherer Wellen der Bildungsexpansion schon der Anteil derjenigen ausfällt, denen der soziale Aufstieg durch Bildung gelungen ist.

Im Einzelnen werden folgende Ergebnisse hervorgehoben:

- Obgleich bislang immer noch von allen Studienberechtigten weniger Frauen als Männer ein Studium aufgenommen haben, haben sich die **geschlechtsspezifischen Beteiligungsquoten** seit Ende der 1990er Jahre weitgehend angeglichen (vgl. Bild 3.17), weil in den meisten Ländern der Bundesrepublik Deutschland inzwischen erheblich mehr Frauen als Männer eine Studienberechtigung erwerben (vgl. Bild 3.11). Die immer wieder beobachtbaren Unterschiede zwischen Universitäten und Fachhochschulen in der geschlechtsspezifischen Anfängerquote bestehen fort; im Universitätsbereich stellen die Frauen aber seit einigen Jahren kontinuierlich mehr als die Hälfte aller Studienanfänger (vgl. Bild 2.3).

- Wie stabil und nur schwer veränderbar

soziale Strukturen der „Vererbung“ kulturellen Kapitals sind, wird bei allen Indikatoren des **Bildungs- und Berufsstatus der Eltern** deutlich. Diese hohe Konstanz ist der wichtigste Grund dafür, dass sich die Ergebnisse der letzten Sozialerhebungen in diesem Punkte kaum unterscheiden. So zeigt sich auch in der 18. Sozialerhebung wieder der enge Zusammenhang zwischen dem Bildungsstatus (Schul- und Ausbildungsabschluss) der Eltern und der Studienaufnahme (vgl. Bild 3.20 und Bild 3.21). Dieser setzt sich bei der beruflichen Stellung der Eltern fort (vgl. Bild 3.23).

- Bemerkenswert ist allerdings, dass sich nach dem Jahr 2000 die **Beteiligungsquote der Arbeiterkinder** beim Hochschulzugang in einem – betrachtet man nur die Arbeiterkinder – erheblichen Umfang erhöht hat (vgl. Bild 3.24 und Bild 3.25). Welchen Anteil daran die Novellierung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes im Jahr 2001 hat, ist aus den Daten der Sozialerhebung nicht direkt abzulesen. Die Beteiligungsquoten der anderen sozialen Gruppen sind allerdings in den letzten Jahrzehnten noch stärker angewachsen, auch wenn sie von 2000/2003 auf 2006 leicht rückläufig waren.

- Der **Bildungstrichter**, eine seit der 15. Sozialerhebung praktizierte Darstellung, die in der 18. Sozialerhebung in einer neu berechneten Form vorgelegt wird, zeigt erneut die ausgeprägten Disparitäten in der Bildungsbeteiligung, insbesondere an der Schwelle der Studienaufnahme. Während

von 100 Akademikerkindern 83 den Hochschulzugang schaffen, sind es nur 23 Kinder aus Familien ohne akademische Tradition (vgl. 3.31).

- Die Disparitäten werden, wie schon erwähnt, noch größer, wenn man die **Bildungsbeteiligung an der Schwelle des Hochschulzugangs** entlang des Merkmals „Hochschulabschluss der Eltern“ differenziert. Während 95 % der Beamtenkinder mit einem Elternteil mit Hochschulabschluss ihrerseits wieder ein Studium aufnehmen (und 88 bzw. 76 % der Kinder aus entsprechenden Selbständigen- bzw. Angestelltenfamilien), liegt die Beteiligungsquote der Arbeiterkinder mit 17 % am anderen Ende. Die Quoten für die Studienanfänger/innen aus nicht-akademisch qualifizierten Angestellten-, Beamten- und Selbständigenfamilien variieren zwischen 27 und 38 %; ihr Abstand zu den akademischen Bildungsschichten ist weit größer als zu den Arbeiterfamilien (vgl. Bild 3.33).

- Während Beteiligungsquoten Informationen über die Entwicklung der Bildungs- bzw. der Studierchancen liefern, sagen Daten zur **Bildungsherkunft der Studierenden** primär etwas über die spezifischen Selektions- und Sozialisationsprozesse im Vorfeld des Hochschulzugangs, insbesondere im Schulsystem, aus sowie über das sozio-kulturelle Milieu an der Hochschule (abgesehen davon, dass die soziale Herkunft eine zentrale differenzierende Variable für die Ergebnisse der Sozialerhebung ist). Da-

nach zeichnet sich das Herkunftsmilieu der Studierenden über die letzten 15 Jahre durch einen kontinuierlich höheren Bildungs- und Ausbildungsstatus der Eltern aus (vgl. Bild 4.8 und Bild 4.11). In beinahe 60 % der Herkunftsfamilien verfügt mindestens ein Elternteil über das (Fach-)Abitur, in 51 % auch bereits über einen Studienabschluss. Folgerichtig hat der Anteil der niedrigeren Abschlüsse über den ganzen Zeitraum ebenso kontinuierlich abgenommen. In dieser Umschichtung schlagen sich die Auswirkungen früherer Wellen der Bildungsexpansion nieder, die zu einer Höherqualifizierung zwischen den verschiedenen Altersgruppen geführt haben.

- Ein ähnlicher Prozess verstärkter sozialer Reproduktion durch die Hochschule lässt sich bei der **sozialen Herkunft der Studierenden** beobachten. Auf der Grundlage der im Rahmen der Sozialerhebung entwickelten Klassifikation von vier sozialen Herkunftgruppen hat sich der Anteil der Herkunftsguppe „hoch“ seit 1982 auf inzwischen 38 % mehr als verdoppelt, während die Anteile der beiden Herkunftsguppen „mittel“ und „niedrig“ (hier von 34 % bzw. 23 % im Jahr 1982 auf 25 % bzw. 13 % im Jahr 2006) immer weiter gesunken sind (vgl. Bild 4.16 und Bild 4.17)). Die Universitäten sind von diesem Prozess der sozialen Verschiebung „nach oben“ deutlicher betroffen als die Fachhochschulen (vgl. Bild 4.18). Auch in der Wahl des Studienfaches sind die Effekte der sozialen Herkunft noch deutlich zu erkennen (vgl. Bild 4.23).

3. Studienfinanzierung und wirtschaftliche Situation der Studierenden

Wie stellt sich die finanzielle Situation der Studierenden im Jahr 2006 dar, zu einem Zeitpunkt, der gleichsam noch eine Art „Nullpunkt“ bildet, bevor mögliche Auswirkungen der Studienstrukturreform und der Einführung von Studiengebühren/beiträgen spürbar werden? Wie hat sich insbesondere die staatliche Studienförderung in den Jahren seit der Novellierung des BAföG im Jahre 2001 entwickelt? Die Studienfinanzierung mit den beiden Komponenten der Einnahmen und der Ausgaben der Studierenden sowie der in den Einnahmen enthaltene Förderung nach dem BAföG sind nicht nur ein Brennpunkt in der studentischen Sozialpolitik, sondern auch ein Schwerpunkt der Sozialerhebung.

Um erfolgreich studieren zu können, sind Studierende darauf angewiesen, über solche Einnahmen zu verfügen, welche die mit einem Studium verbundenen Kosten decken. Sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben variieren mit zahlreichen Faktoren. Studierende verfügen in der Regel über Einnahmen aus mehreren Quellen in unterschiedlicher Höhe. Die drei wichtigsten Quellen, die zum individuell verfügbaren Budget sehr unterschiedlich beitragen können, sind die finanzielle Unterstützung durch das Elternhaus, der eigene Verdienst sowie die Förderung durch das BAföG.

Wie die Einnahmen streuen auch die Ausgaben der Studierenden beträchtlich. Es gibt keine eindeutigen, „objektiven“ Normwerte für die Kosten eines Studiums. Sie unterscheiden sich von Hochschulort zu Hochschulort wie nach Fächern und anderen Aspekten. In die Einnahmen ebenso wie in die Ausgaben geht selbstverständlich auch eine subjektive Anspruchskomponente ein. Die Ausgaben der Studierenden umfassen an erster Stelle die Aufwendungen für die Unterkunft, die Bestreitung des alltäglichen Lebensunterhalts (einschließlich Verkehr, Gesundheit und Freizeit) und die Finanzierung der unmittelbar mit dem Studium verbundenen Kosten (z.B. für Lernmittel). Die Ausgaben können erheblich von Monat zu Monat schwanken, insbesondere im Falle einmaliger oder seltener größerer Ausgaben. Aus methodischen Gründen werden in der Sozialerhebung nur ausgewählte Ausgabenpositionen erhoben, deren Summe nicht den Gesamtbetrag der monatlichen Ausgaben wiedergibt. Erfasst wird vielmehr die Summe der Ausgaben der abgefragten Ausgabenpositionen.

Einnahmen und Ausgaben der Studierenden sind ein Thema, an das sich aktuelle hochschulpolitische Fragen knüpfen. Das gilt zum Beispiel für die regelmäßig zu überprüfende Frage nach der finanziellen Angemessenheit der Förderung nach dem BAföG, aber auch für die Frage nach den Auswirkungen, welche die Einführung von Studiengebühren/beiträgen in einigen Ländern

zur Folge haben wird. In der 18. Sozialerhebung, deren Daten im Sommersemester 2006 erhoben wurden, findet sich eine mit 3 % noch recht kleine Zahl an Studierenden, die neben den schon lange erhobenen Verwaltungsgebühren oder Semesterbeiträgen bereits **Studiengebühren bzw. Studienbeiträge** für das Studium entrichten müssen. Ihre Semesterzugehörigkeit lässt darauf schließen, dass es sich überwiegend um so genannte Langzeitstudiengebühren handelt (vgl. Abschnitt 7.4.2).

Diese Situation wird sich voraussichtlich bereits in der nächsten Sozialerhebung wesentlich anders darstellen, da die sukzessive Einführung von Studiengebühren/beiträgen sowohl die Einnahmen- wie die Ausgabe-seite verändern wird. Ein Betrag von jährlich 1.000 €, wie er vielfach erhoben wird, macht bei einem Mittelwert von 770 € für die monatlichen Einnahmen der Studierenden im Jahr 2006 ungefähr 11 % des verfügbaren Jahresbudgets aus.

In diesem Zusammenhang ist auch von Interesse, wie sich die Inanspruchnahme von **Bildungs-/Studienkrediten** – entweder zur Finanzierung des Lebensunterhalts oder der Studiengebühren – und die Förderung durch Stipendien (u.a. aus der Begabtenförderung) entwickelt. In der 18. Sozialerhebung beläuft sich der Anteil der Studierenden, die den durch Übernahme der Ausfallbürgschaft vom Bund unterstützten Bildungskredit der KfW Bankengruppe nutzen, auf 1,5 %; 0,8 % haben einen anderen

Kredit bei einer Bank/Sparkasse aufgenommen.² 2 % verfügen über ein Stipendium seitens eines der Begabtenförderwerke oder anderer Einrichtungen (vgl. Bild 6.3).

3.1 Einnahmen der Studierenden

Im Einzelnen werden zunächst für die Einnahmeseite folgende Ergebnisse hervorgehoben:

- Der **Durchschnittsbetrag der monatlichen Einnahmen** beträgt in der 18. Sozialerhebung, wie erwähnt, für den Haushaltstyp „Normalstudent“³ 770 € und ist damit gegenüber dem Jahr 2003 (767 €) weitgehend konstant geblieben (vgl. Bild 6.1). Die **Varianz der Einnahmen** ist erheblich (vgl. Bild 6.2): Etwas mehr als ein Viertel der Studierenden (27 %) muss mit Einnahmen auskommen, die im Durchschnitt weniger als 600 € betragen, während auf der anderen Seite 14 % mehr als 1.000 € monatlich zur Verfügung haben. 22 % liegen sogar unter dem Höchstsatz der BAföG-Förderung von zur Zeit 585 €, ein Drittel liegt unter dem unterhaltsrechtlichen Richtwert von 640 € monatlich.

- Unter den **Finanzierungsquellen** sind nach wie vor die Eltern die wichtigste; 90 % der Studierenden werden von ihren Eltern finanziell mit im Durchschnitt 448 € monatlich.

² Dazu zählt auch der ab April 2006 angebotene Studienkredit der KfW-Bankengruppe.

³ Das schließt alle Studierenden ein, die nicht im Elternhaus wohnen, ledig sind und sich im Erststudium befinden. Wenn die Bezugsgruppe wechselt, so wird im Text darauf hingewiesen.

lich unterstützt (vgl. Bild 6.3). Tendenziell hat der Elternzuschuss seit 1991 sowohl anteilmäßig als auch in der Höhe immer weiter an Bedeutung gewonnen (vgl. Bild 6.4). Die zweitwichtigste Quelle ist wieder der eigene Zuverdienst, der von 60 % der Studierenden erarbeitet wird – beide Werte fallen 2006 etwas niedriger aus als im Jahr 2003. Beim Zuverdienst unterscheiden sich arithmetisches Mittel (308 €) und Median (240 €) beträchtlich, was darauf schließen lässt, dass ein Teil der Befragten über deutlich höhere Einnahmen aus dieser Quelle verfügt. Die BAföG-Quote in der Bezugsgruppe „Normalstudent“ beträgt 29%, sie beziehen im Durchschnitt 376 €. Unter den weiteren Finanzierungsquellen sind noch mit 17 % der Rückgriff auf Erspartes sowie mit 20 % Zuschüsse von Verwandten/Bekanntem von Bedeutung.

- Für die große Mehrzahl der Studierenden ist die Studienfinanzierung eine Mischfinanzierung. 21% der Befragten sind jedoch **ausschließlich auf eine Quelle angewiesen** (vgl. Abschnitt 6.2.2). 13 % stützen sich nur auf Transferleistungen der Eltern, von denen sie durchschnittlich 659 € bekommen. Knapp 5 % der Befragten leben ausschließlich von eigenem Verdienst mit durchschnittlichen Einnahmen von 867 €. Ausschließlich aus Mitteln des BAföG finanzieren 2 % aller Befragten (mit Einnahmen von durchschnittlich 485 €) ihr Studium, ein weiteres Prozent aus anderen Quellen. Aber auch bei denjenigen Studierenden, die von

ihren Eltern finanziell unterstützt werden, finden sich viele, die keine angemessene oder ausreichende Förderung durch ihre Eltern erhalten (vgl. Abschnitt 6.3.4). Sie sind dann vor allem auf eigenen Verdienst angewiesen.

- Analysiert man die **Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen** in ihrer Entwicklung seit 1991 (vgl. Bild 6.5), dann haben die finanziellen Leistungen der Eltern kontinuierlich von einem Anteil von 45 % (1991) auf 52 % (2006) zugenommen. Der Anteil des BAföG ist im selben Zeitraum von 20 % (1991, erstmals mit den Studierenden aus den neuen Ländern) auf 14 % zurückgegangen. Diese Entwicklung ist bereits seit 1982 zu beobachten; sie hat ihren Tiefpunkt mit 11 % im Jahr 1997 erreicht, seit der Reform von 2001 steigt der Anteil des BAföG wieder an. Der Anteil des eigenen Verdienstes erreichte mit 31 % seinen höchsten Wert im Jahr 2000 und fällt bei starken Schwankungen zwischen den beiden Bezugsjahren im Jahr 2006 mit 24 % praktisch gleich aus wie 1991 (25 %). Über die Zeit konstant ist der Beitrag aus anderen Quellen.

- Eine Vorstellung über das **volkswirtschaftliche Volumen**, das mit der Finanzierung des Studiums allein über den studentischen Lebensunterhalt bewegt wird, gewinnt man, wenn man die einzelnen monetären Leistungen hochrechnet. Dann ergibt sich allein für die rund 1,1 Millionen Studierenden, die zur Bezugsgruppe „Normalstudent“ zählen, für das Jahr 2006 eine Gesamt-

summe von ca. 10,2 Milliarden €. Davon entfallen 5,3 Milliarden auf die Eltern, 2,5 Milliarden auf den eigenen Verdienst, 1,4 Milliarden auf das BAföG sowie 1 Milliarde € auf die sonstigen Finanzierungsquellen. Unter Berücksichtigung aller Studierender (Deutsche und Bildungsinländer/innen, zur Zeit 1,76 Millionen Studierende) dürfte diese Gesamtsumme sogar bei ca. 16,3 Milliarden € liegen. Unter Berücksichtigung des Verbraucherpreisindex haben die Eltern ihre finanziellen Leistungen im Jahr 2006 gegenüber dem Jahr 1991 real um 19 % erhöht, während die Leistungen nach dem BAföG um 28 % abgenommen haben und die aus dem eigenen Verdienst praktisch gleich geblieben sind. Allerdings sind die Leistungen des BAföG in den letzten Jahren gestiegen: gegenüber dem Jahr 2003 um 2 %, gegenüber 2000 sogar um 29 % (vgl. Bild 6.6).

- Die **geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Studienfinanzierung** fallen gering aus (vgl. Bild 6.7). Frauen werden etwas stärker durch ihre Eltern sowie durch das BAföG unterstützt, während bei den Männern der Anteil des eigenen Verdienstes etwas höher ausfällt. Wie sich schon bei den früheren Sozialerhebungen zeigte, steigen die durchschnittlichen monatlichen Einnahmen mit dem **Alter der Studierenden** deutlich an (vgl. Bild 6.9). Dies ist in erster Linie auf eine mit dem Alter wachsende Bedeutung des eigenen Verdienstes (und dessen Höhe) zurückzuführen, während der Elternzuschuss sowohl anteilig als auch in

der Höhe immer weiter sinkt (vgl. Bild 6.10). Aufgrund der Möglichkeit einer elternunabhängigen Förderung gibt es auch in den höheren Altersgruppen noch einen hohen Anteil des BAföG an den monatlichen Einnahmen der Studierenden.

- Wie nicht anders zu erwarten, zeigen sich auch in der 18. Sozialerhebung **deutliche Zusammenhänge zwischen den durchschnittlichen monatlichen Einnahmen und der sozialen Herkunft der Studierenden**.

So variiert schon die Höhe der monatlichen Einnahmen mit der sozialen Herkunft der Studierenden (vgl. Bild 6.12). Der Abstand zwischen den beiden Herkunftsgruppen „hoch“ und „niedrig“ beträgt aber durchschnittlich nur 50 € im Monat.

- Deutlicher treten Einflüsse der sozialen Herkunft bei der **Zusammensetzung der Einnahmen** hervor (vgl. Bild 6.13) – und zwar insbesondere beim Anteil der Eltern, der mit der Herkunftsgruppe zunimmt, und dem des BAföG, der mit der Herkunftsgruppe abnimmt. Der Anteil an den monatlichen Einnahmen, der von den Eltern aufgebracht wird, variiert zwischen 29 % (Herkunftsgruppe „niedrig“) und 65 % (Herkunftsgruppe „hoch“), der des BAföG umgekehrt zwischen 6 % („hoch“) und 32 % („niedrig“). Auch die Bedeutung des eigenen Verdienstes unterscheidet sich zwischen den Herkunftsgruppen; allerdings ist die Differenz zwischen den Herkunftsgruppen „niedrig“ (29 %) und „hoch“ (20 %) vergleichsweise schmal.

- In allen sozialen Herkunftsgruppen

gibt es **BAföG-Empfänger/innen**. In der Herkunftsgruppe „niedrig“ findet sich mit 58 % der höchste, in der Herkunftsgruppe „hoch“ mit 14 % der niedrigste Anteil an Studierenden, welcher eine Unterstützung nach dem BAföG erhält (vgl. Bild 6.14). Hier greift die dem Subsidiaritätsprinzip entsprechende kompensatorische Wirkung des BAföG. Der durchschnittliche Förderungsbetrag steigt an, je ungünstiger die finanzielle Leistungsfähigkeit der Herkunftsfamilie ausfällt. Komplementär dazu steigt mit der sozialen Herkunft der Anteil der Personen, der von den Eltern unterstützt wird, ebenso der von den Eltern dafür aufgebrauchte Betrag. Vergleicht man die beiden Jahre 1991 und 2006 miteinander, dann hat sich über diesen ganzen Zeitraum gesehen in allen vier Herkunftsgruppen die finanzielle Leistung der Eltern unter den verschiedenen Quellen am deutlichsten erhöht, am wenigsten die Förderung nach dem BAföG.

- Immer noch bestehen große Unterschiede in den monatlichen Einnahmen zwischen den **alten und neuen Ländern** (vgl. Bild 6.20). Studierende in den alten Ländern verfügen durchschnittlich über 103 € mehr als ihre Kommilitonen und Kommilitoninnen in den neuen Ländern. Allerdings hat hier im gesamten Zeitraum zwischen 1991 und 2006 ein erkennbarer Annäherungsprozess stattgefunden (1991 betrug die Differenz noch 248 €).

- Auch in der Zusammensetzung der Einnahmen hat sich eine Annäherung zwischen alten und neuen Ländern vollzogen,

am deutlichsten beim Elternanteil, der sich kaum noch unterscheidet. Während Einnahmen aus eigenem Verdienst in den alten Ländern eine deutlich größere Rolle spielen, gilt dies für die neuen Länder beim BAföG (vgl. Bild 6.21 und Bild 6.22). In den alten Ländern werden 26 % der Studierenden (Bezugsgruppe „Normalstudent“) nach dem BAföG gefördert; in den neuen Ländern sind es dagegen 41 %. Die Beträge unterscheiden sich jedoch bei den einzelnen Quellen noch beträchtlich zugunsten der Studierenden aus den alten Ländern, am wenigsten beim BAföG, am stärksten beim Elternzuschuss und dem eigenen Verdienst. Aber auch innerhalb der beiden Regionen – alte und neue Länder – lassen sich erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern in den Einnahmen der Studierenden beobachten (vgl. Bild 6.23).

- Nach der **Einschätzung ihrer finanziellen Situation** gefragt, beurteilen 18 % ihre Lage eher als prekär, während 60 % ihre Finanzierung für gesichert halten (vgl. Bild 6.27). Die Einschätzung als „sicher“ hängt mit der sozialen Herkunft zusammen: 72 % aus der Herkunftsgruppe „hoch“ schätzen ihre finanzielle Situation als sicher ein, aber nur 39 % aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ (vgl. Bild 6.28). Studenten und Studentinnen unterscheiden sich kaum in ihrem Urteil, ebenso wenig wie Studierende aus den alten und neuen Ländern. Dagegen nimmt mit dem Alter der Studierenden auch ihre finanzielle Unsicherheit zu.

3.2 Die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz

Der Umfang der BAföG-Förderung wird in der Sozialerhebung mit zwei unterschiedlichen Quoten ausgewiesen. Die so genannte **Standardmethode** bezieht die Zahl der BAföG-Empfänger/innen auf alle Studierenden in Deutschland (ausgenommen Beurlaubte, Fernstudierende und Studierende der Verwaltungs- und Bundeswehrhochschulen). Die so genannte **normative Methode** bezieht die Zahl der Geförderten dagegen nur auf diejenigen, die einen Förderungsanspruch nach dem BAföG geltend machen können; dieser engere Kreis der Berechtigten schließt zum Beispiel diejenigen aus, die bereits die Förderungshöchstdauer überschritten haben oder die wegen späten Fachwechsels, Fehlens von Leistungsbescheinigungen oder aus anderen Gründen keinen Anspruch mehr geltend machen können. Beide Berechnungsverfahren haben Vor- und Nachteile (vgl. Abschnitt 8.2). Aufgrund der kleineren Bezugsgruppe liegt die nach der normativen Methode berechnete Gefördertenquote über der Standardquote.

Zum Umfang der BAföG-Förderung lassen sich nach diesen beiden Berechnungsverfahren folgende Aussagen machen:

- Nach der **Standardmethode** wurden im Sommersemester 2006 23,2% der Studierenden aus Mitteln des BAföG gefördert,

0,6 % mehr als im Jahr 2003 (vgl. Bild 8.1). Gegenüber dem Tiefstwert aus dem Jahr 1997 (18,6 %) liegt die Zahl der geförderten Studierenden im Jahr 2006 um 29% höher, gegenüber 2003 um 5%.

- Nach der **normativen Methode** liegt die BAföG-Quote im Jahr 2006 bei 32,2% der anspruchsberechtigten Studierenden, 0,6% weniger als 2003 (vgl. Bild 8.1). Die Zahl der Geförderten fällt nach dieser Methode im Jahr 2006 um 4% höher aus als 2003.⁴ Dieser scheinbare Widerspruch – Rückgang der Quote, Zunahme in der absoluten Zahl der Geförderten – ist darauf zurückzuführen, dass die Zahl der potentiell anspruchsberechtigten Studierenden von 2003 auf 2006 schneller gestiegen ist als die Zahl der Geförderten.

- Differenziert nach dem **Geschlecht**, liegt bei beiden Berechnungsverfahren die Gefördertenquote unter den Frauen um drei bzw. vier Prozentpunkte höher als die der Männer (vgl. Bild 8.2). Seit 2003 werden auch in absoluten Zahlen mehr Frauen als Männer nach dem BAföG gefördert (vgl. Bild 8.3).

- Differenziert nach **sozialer Herkunft**, ist die BAföG-Quote (Standardmethode) mit 43% in der Herkunftsgruppe „niedrig“ am höchsten und verringert sich erwartungsgemäß mit steigender sozialer Herkunft auf

⁴ Ein Vergleich mit dem Jahr 1997 ist hier nicht möglich, da der Kreis der Anspruchsberechtigten nur in den Erhebungen der Jahre 2003 und 2006 einheitlich abgegrenzt ist.

11 % in der Herkunftsgruppe „hoch“ (vgl. Bild 8.4). Nach der normativen Methode beträgt die BAföG-Quote in der Herkunftsgruppe „niedrig“ sogar 60 % und sinkt mit steigender Herkunft auf 16 % in der Gruppe „hoch“ (vgl. Bild 8.5). Da die vier sozialen Herkunftsgruppen unterschiedlich groß sind, weist zwar die Gruppe „niedrig“ die höchste Gefördertenquote auf, die höchste Zahl der Geförderten findet sich jedoch in der Herkunftsgruppe „mittel“ (vgl. Bild 8.6). Seit dem Jahr 2000 hat die Zahl der Geförderten in allen vier Herkunftsgruppen zugenommen. Mit Ausnahme der Gruppe „gehoben“ werden in allen Herkunftsgruppen mehr Frauen als Männer gefördert; in der Gruppe „niedrig“ ist der Frauenanteil seit 1991 besonders stark angestiegen (vg. Bild 8.7).

- In den **neuen Ländern** wird nach wie vor ein erheblich höherer Studierendenanteil nach dem BAföG gefördert als in den **alten Ländern** (35 zu 21 %; vgl. Bild 8.9). Zwar ist die BAföG-Quote unter den Studierenden in den neuen Ländern zwischen 1991 und 1997 aufgrund der steigenden Einkommen der Eltern drastisch zurückgegangen; danach hat sie sich wieder konsolidiert. Die Zahl der Geförderten aus den neuen Ländern liegt im Jahr 2006 um 11 % höher als 1991.

- Da sich die soziale Zusammensetzung der Studierenden zwischen **Universitäten und Fachhochschulen** ebenso wie zwischen den **Studienrichtungen** unterscheidet, schlagen sich diese Unterschiede auch in

der BAföG-Quote nieder. Sie ist an Fachhochschulen und in den Ingenieurwissenschaften sowie der Fächergruppe Sozialwissenschaften/ Psychologie/ Pädagogik höher als an Universitäten bzw. in den anderen Fächergruppen, wobei die Unterschiede nach Fachrichtung geringer ausfallen als in den Vorjahren.

- In den **Förderungsbeträgen** zeigt sich, dass nur ein kleiner Teil der Geförderten den Höchstsatz bekommt. So erhalten 10 % mehr als 550 €, am anderen Ende bekommen 3 % der Geförderten sogar weniger als 50 € monatlich; 28 % der Geförderten liegen unter 250 € monatlich, 37 % über 450 € (vgl. Bild 8.12).

- Differenziert nach **Förderungsarten**, werden Leistungen nach dem BAföG ganz überwiegend in der Regelform als Zuschuss/ Darlehen gewährt. 14 % der Geförderten werden elternunabhängig gefördert, an Fachhochschulen häufiger als an Universitäten; sie sind überwiegend älter und haben bereits eine Berufsausbildung abgeschlossen. Der durchschnittliche Unterstützungsbetrag in der elternunabhängigen Förderung liegt ca. 130 € höher als in der elternabhängigen Förderung (vgl. Abschnitt 8.4).

- Die subjektive **Beurteilung der BAföG-Förderung** fällt grundsätzlich positiv aus: 79 % aller Studierenden, die nach dem BAföG gefördert werden, sind der Meinung, ohne diese Förderung nicht studieren zu können (vgl. Bild 8.16). In der elternunabhängigen Förderung trifft dieses sogar auf 92 % zu (vgl.

Abschnitt 8.5). Der Anteil derjenigen, die ihrer Einschätzung nach ohne BAföG nicht studieren könnten, steigt deutlich an, je niedriger die soziale Herkunft ausfällt (vgl. Bild 8.16). 48 % der Geförderten beurteilen ihre Studienfinanzierung als insgesamt sichergestellt; zum Vergleich: unter den nicht geförderten Studierenden sind es immerhin 66 % (vgl. Bild 8.17).

3.3 Ausgaben für die Lebenshaltung

Wie einleitend bereits ausgeführt, werden in der Sozialerhebung aus methodischen Gründen nur ausgewählte Ausgabenpositionen erhoben, so dass die Summe der Ausgaben nicht vollständig ist. Folgende Ergebnisse zu den durchschnittlichen monatlichen Ausgaben der Studierenden (bezogen auf die „Normalstudierenden“) sind hervorzuheben:

- Wie immer bilden die **Ausgaben für Miete** (einschließlich Nebenkosten) mit ca. 34 % der monatlichen Einnahmen den wichtigsten Posten (vgl. Bild 7.1). Er beträgt im Jahr 2006 durchschnittlich 266 € und ist nominal in jedem Erhebungsjahr weiter angestiegen. Hinter dem Durchschnittswert verbirgt sich eine nicht unbedeutliche Streuung: 27 % der Studierenden geben bis zu 200 € im Monat für ihre Miete aus, 47 % zwischen 201 und 300 € und 26 % mehr als 300 €, 7 % sogar mehr als 400 € (vgl. Bild 7.2).

- Die Ausgabenhöhe für diese Position unterscheidet sich erheblich nach der

gewählten Wohnform (vgl. Bild 7.3): Danach ist es mit im Durchschnitt monatlich 201 € finanziell am günstigsten, im Wohnheim zu wohnen; am teuersten ist es, allein in einer eigenen Wohnung zu leben (durchschnittlich 316 €). Die individuelle Belastung durch die monatlichen Ausgaben hängt in erster Linie vom gesamten verfügbaren Budget ab: Während der Anteil, der für die Miete aufgebracht werden muss, im untersten Einnahmenquartil (weniger als 600 €) 42 % beträgt, beläuft er sich im obersten Quartil (über 895 €) auf nur noch 30%, obgleich die durchschnittlichen Mietausgaben hier um 120 € höher sind (vgl. Bild 7.4). Studierende mit geringen Einnahmen wohnen häufiger im Wohnheim, während sich Studierende mit höheren Einnahmen eher eine eigene Wohnung leisten können.

- Große Unterschiede in den **Mietausgaben** gibt es immer noch zwischen den **neuen und alten Ländern**. Bei allen Wohnformen liegen die durchschnittlichen Aufwendungen in den alten Ländern höher als in den neuen Ländern (vgl. Bild 7.6); in beiden Regionen sind die Ausgaben mit jedem Erhebungsjahr weiter angestiegen. Auch sonst gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den 16 Ländern und den einzelnen Hochschulstandorten. So beträgt die Differenz zwischen Sachsen-Anhalt (durchschnittlich 191 €) und Hamburg (305 €) mehr als 110 € (vgl. Bild 7.7).

- Über die Miete hinaus entstehen den Studierenden **weitere finanzielle Aufwen-**

dungen. Die monatlichen Ausgaben der Studierenden für Ernährung weisen eine erhebliche Spannweite auf (vgl. Bild 7.9). Die Ausgaben für Lernmittel schwanken stark mit der jeweiligen Fachrichtung. Im Durchschnitt geben Studierende 35 € für Lernmittel aus. 39% haben Ausgaben für ein Auto; dieser Anteil ist seit 1991 (damals noch 53%) rückläufig. Fahrtkosten schlagen mit 82 € zu Buche. Weitere wichtige Ausgabenposten sind Gesundheit (durchschnittlich 54 € im Monat), Kommunikation (43 €) sowie Kultur und Freizeit (62 €).

- Selbstverständlich hängt die Höhe der Ausgaben bei fast allen Positionen – wie schon bei der Miete gezeigt – von dem durch das verfügbare Einnahmenniveau gesetzten Rahmen ab. Diese **Einnahmenabhängigkeit der Ausgaben** findet sich bei sämtlichen Ausgabenarten (vgl. Bild 7.13): Das Viertel der Studierenden mit den geringsten Einnahmen hat bei allen Ausgabenposten auch die niedrigsten Ausgaben. Mit der Einnahmehöhe steigen die durchschnittlichen Ausgaben bei allen Posten von Quartil zu Quartil an.

- Versucht man mit den oben bereits genannten methodischen Einschränkungen eine – vorsichtig zu interpretierende – **Bilanzierung der Einnahmen und Ausgaben**, dann weisen 46% der Studierenden eine positive Bilanz auf, d.h. ihre Einnahmen liegen über den in der Sozialerhebung erfassten ausgewählten Ausgaben. Bei 47% ist die Bilanz einigermäßen ausgeglichen. Aber am

anderen Ende gibt es auch 7%, deren Ausgaben nicht vollständig durch die Einnahmen gedeckt sind; diese Gruppe wächst – ebenso wie der Anteil der Personen mit einer ausgeglichenen Bilanz – mit dem Alter und mit der Verweildauer an der Hochschule an (vgl. Bild 7.14). Nicht unerwartet gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen Einnahmehöhe und der Einnahmen-Ausgaben-Balance. Ein besonderer finanzieller Druck kumuliert sich danach im untersten Einnahmenquartil und bei Studierenden in den höheren Semestern.

4. Die Zeitstruktur des studentischen Alltags

Wie viel Zeit investieren Studierende in ihr Studium, wie viel bringen sie neben ihren Studienaktivitäten für Erwerbstätigkeit auf? Das Bild des Studierenden hat sich historisch stark verändert. Gerade die Sozialerhebungen als Zeitreihe zum sozialen Wandel des Studierens konnten empirisch zeigen, wie sehr sich die Realität vom „klassischen Bild des Studierenden“⁵ entfernt hat. In besonderer Weise gilt dies für Vorstellungen über das studentische Zeitbudget. Auf der anderen Seite knüpfen einige der wichtigsten

⁵ Jung, mit einem Abschluss des Gymnasiums, von Elternhaus und Heimat weg an eine ferne Hochschule gezogen, sich praktisch mit dem ganzen Zeitbudget dem Studium widmend, allenfalls in der vorlesungsfreien Zeit einer Werksarbeit nachgehend (und dies überwiegend der praktischen Erfahrungen wegen), zur Untermiete wohnend, ledig und ungebunden, finanziell karg, aber hinreichend durch die Eltern versorgt.

Vorhaben der Studienstrukturreform mit ihrer zeitlichen und inhaltlichen Verdichtung der Studienanforderungen (z.B. durch kürzere Regelstudienzeiten, Modularisierung des Studiums, Einführung von Leistungspunktesystemen, intensivere Nutzung der vorlesungsfreien Zeit usw.) implizit weiter an die Vorstellung an, dass sich das Zeitbudget der Studierenden ganz überwiegend auf das Studium konzentriert.

Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang vor allem die Ergebnisse der Zeitbudgetanalyse und zur studentischen Erwerbstätigkeit neben dem Studium. Ein kontinuierlich angewachsener Teil der Studierenden – inzwischen gut ein Viertel – betreibt de facto ein Teilzeitstudium. Bei vielen Studierenden wächst das für Studium und Erwerbstätigkeit aufgebrauchte Zeitvolumen auf mehr als 50 Stunden in der Woche an. Solche Befunde deuten darauf hin, dass es bei einem Teil der Studierenden zunehmende Disparitäten zwischen der Organisation und dem Zeitrhythmus des Studiums (als Vollzeitstudium) und der tatsächlichen studentischen Lebenswelt gibt, die bei der Studienreform möglicherweise nicht genügend Beachtung finden.

Folgende Ergebnisse sollen hervorgehoben werden:

- Der gesamte **studienbezogene Zeitaufwand während der Vorlesungszeit**⁶ hat sich von 1991 bis 2006 tendenziell vermin-

dert (vgl. Bild 9.2): von durchschnittlich 37 Stunden in der Woche auf 34 Stunden. Seit 2003 ist jedoch keine weitere Abnahme eingetreten. Über den ganzen Zeitraum stellen sich die beiden Arbeitsformen „Teilnahme an Lehrveranstaltungen“ und „Selbststudium“ kontinuierlich als relativ gleichgewichtig dar. Im Jahr 2006 entfallen auf beide exakt 17 Stunden. Dieses gilt jedoch nur im Mittel, d.h. es gibt deutliche Abweichungen, die von verschiedenen Faktoren abhängig sind.

- Hinsichtlich der **zeitlichen Anwesenheit in der Hochschule** lässt sich feststellen, dass etwa drei Viertel der Studierenden jeweils täglich von Montag bis Donnerstag in der Hochschule mit einer durchschnittlichen Dauer von etwas weniger als fünf Stunden anwesend sind, an Freitagen weniger (vgl. Bild 9.4). Das Verhältnis zwischen Anwesenheit in Lehrveranstaltungen und Selbststudium verschiebt sich erheblich mit der Semesterzahl: Während bei den jüngeren Studierenden der Besuch von Lehrveranstaltungen dominiert, wächst der Zeitaufwand für das Selbststudium mit dem Studienverlauf deutlich an und gewinnt in der Studienabschlussphase (nach dem 9. Semester) eindeutig die Priorität (vgl. Bild 9.5).

- Während es zwischen **Universitäten und Fachhochschulen** keine Unterschiede im Studienaufwand gibt, variiert der Zeitaufwand zwischen den **Studienfachrichtungen** mit einer Spannweite von 43 Stunden (in den medizinischen Fächern) und 29 Stun-

⁶ Die folgenden Angaben beziehen sich, wenn nicht anders angegeben, auf die Vorlesungszeit.

den (sozialwissenschaftliche Fächer) erheblich, wobei sich hier ein seit langem bekanntes Muster auch wieder im Jahr 2006 bestätigt (vgl. Bild 9.10): ein höherer zeitlicher Aufwand vor allem in natur- und ingenieurwissenschaftlichen sowie künstlerischen Fächern, ein geringerer Aufwand primär im Spektrum der geistes-, human- und wirtschaftswissenschaftlichen Fächer.

- Zum studentischen Alltag gehört auch der **Zeitaufwand für eine Erwerbstätigkeit neben dem Studium**. Bezogen auf alle Befragten, die sich in einem Erststudium befinden (also ohne Berücksichtigung von Zweitstudierenden mit einer deutlich umfangreicheren Erwerbstätigkeit, vgl. Bild 9.16 und Bild 10.2), arbeiten Studierende im Schnitt 6,8 Stunden in der Woche, um Geld zu verdienen; das ist etwa eine halbe Stunde weniger als im Jahr 2003 (vgl. Abschnitt 9.2.1).

- Die zeitliche Belastung durch Erwerbstätigkeit fällt bei den tatsächlich erwerbstätigen 63 % der Studierenden im Erststudium mit durchschnittlich 11,2 Stunden pro Woche deutlich höher aus. Von diesen arbeiten 36 % bis zu acht Stunden in der Woche, 34 % zwischen neun und 16 Stunden und 30 % sogar mehr als 17 Stunden, was schon einer Halbtagsstätigkeit nahe kommt und teilweise weit darüber hinausgeht (vgl. Bild 9.12). Erwerbstätigkeit erstreckt sich dabei über die ganze Studienwoche, wenn auch der Zeitaufwand am Wochenende – bei einer niedrigeren Erwerbstätigkeitsquote – höher

ist (vgl. Bild 9.13). Das heißt: Am Wochenende arbeiten zwar weniger als während der Woche, dafür aber erheblich länger.

- Der Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit steigt mit dem Studienverlauf an; eine deutliche Zunahme erfolgt nach dem 11./12. Hochschulsesemester (vgl. Bild 9.14). Studierende an Fachhochschulen sind zeitintensiver erwerbstätig als diejenigen an Universitäten.

- Der **Gesamtaufwand für Studium und Erwerbstätigkeit** beträgt für Studierende im Erststudium durchschnittlich 41 Stunden in der Woche (vgl. Bild 9.16) – bei einer allerdings enormen Streuung von weniger als 30 Stunden (mit 23 % aller Befragten) bis zu mehr als 45 Stunden, was auf immerhin 36 % zutrifft; davon kommen 10 % sogar auf eine wöchentliche Gesamtbelastung von mehr als 60 Stunden (vgl. Bild 9.17).

- Mit wachsender Erwerbstätigkeit verschiebt sich die **Verteilung der Zeiteanteile zwischen Studium und freier Zeit**. Der zusätzliche Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit geht in etwa gleichem Umfang zu Lasten sowohl des Studiums als auch der verbleibenden Freizeit (vgl. Bild 9.21). Unter Gesichtspunkten eines möglichst effektiven Studiums sind die zeitlichen Konsequenzen für das Studium durch den faktisch geringeren wöchentlichen Zeitaufwand, der zum Studium noch zur Verfügung steht, problematisch, auch wenn studienbegleitende Erwerbstätigkeit nur einen von vielen Gründen für ein längeres Studium darstellt.

• Der Zeitaufwand, der in Studium und Erwerbstätigkeit investiert wird, hängt von zahlreichen **sozialen und individuellen Faktoren** ab. Von besonderer Bedeutung ist auch hier wieder die soziale Herkunft (vgl. Bild 9.20). So steigt der durchschnittliche Erwerbsaufwand im Studienverlauf bei Studierenden aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ weit stärker an als bei denjenigen aus der Herkunftsgruppe „hoch“. Die subjektive Zentralität des Studiums ist ein weiterer Faktor, der mit dem Zeitbudget, das in das Studium investiert wird, korrespondiert (vgl. Bild 9.28).

• Die Sozialerhebung unterscheidet zwischen vier **Studien-Erwerbs-Typen** (zur Definition vgl. Abschnitt 9.3.4), denen jeweils ein bestimmter Zeitaufwand für Studium und/ oder Erwerbstätigkeit zugrunde gelegt wird. Danach praktizieren im Sommersemester 2006 drei Viertel aller Studierenden im Erststudium ein **Vollzeitstudium** (definiert als wöchentlicher Studienaufwand von 25 Stunden oder mehr), darunter 9 % mit hohem Erwerbsaufwand (definiert als wöchentlich mehr als 15 Stunden). Ihr Anteil hat seit 1991 – damals noch 87 % – kontinuierlich abgenommen (vgl. Bild 9.23). Jeder zehnte „Vollzeitstudierende“ bei gleichzeitig hoher Erwerbsbelastung kommt auf ein wöchentliches Pensum von mehr als 60 Stunden.

• Bemerkenswert ist die ständige Zunahme desjenigen Studierendenanteils im Erststudium, der de facto ein **Teilzeitstudium**

(mit weniger als 26 Stunden pro Woche) betreibt. Dieser ist von 13 % (1991) auf inzwischen 25 % gestiegen, von denen etwa zwei Drittel einen eher niedrigen und ein Drittel einen hohen Erwerbsaufwand (mit mehr als 15 Stunden in der Woche) haben (vgl. Bild 9.23).

• Die vier Studien-Erwerbs-Typen (nur Erststudium) verteilen sich unterschiedlich nach **Abschlussart, Studienfach und Studienverlauf**. Vollzeitstudierende finden sich am häufigsten in Studiengängen, die mit dem Staatsexamen oder einem Bachelor enden, mit großem Abstand am seltensten in den Magisterstudiengängen (vgl. Bild 9.25). Mit dem Studienverlauf nimmt die Häufigkeit eines de facto Teilzeitstudiums deutlich zu: Während noch 81 % der Studierenden in den ersten vier Semestern im Vollzeitmodus studieren, sind es oberhalb des 13. Semesters nur noch 57 % (vgl. Bild 9.26). Der Anteil der Vollzeitstudierenden ist in den Fächergruppen Medizin, Mathematik/ Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften höher und fällt in den eher kultur- und geisteswissenschaftlichen Fachrichtungen niedriger aus (vgl. Bild 9.27).

• Wichtigste Tätigkeit neben dem Studium ist die studentische Erwerbsarbeit (hier während des Semesters). Mit 63 % ist die **Erwerbstätigenquote** unter Studierenden im Erststudium im Jahr 2006 gegenüber 2003 zwar um drei Prozentpunkte gesunken, liegt aber immer noch auf einem hohen Niveau (vgl. Bild 10.2). Dieser Rückgang ist

vor allem auf diejenigen zurückzuführen, die laufend während des Semesters gearbeitet haben, was bei rund einem Drittel der Studierenden der Fall ist.

- Differenziert nach **regionalen Merkmalen**, liegt die Erwerbsquote in den neuen Ländern mit 52 % weit unter der für die alten Länder (65 %). Rückläufig ist sie in beiden Regionen (vgl. Bild 10.3). Mit fast 30 Prozentpunkten (76 % in Hamburg, 47 % in Mecklenburg-Vorpommern) gibt es starke Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, ebenso auf lokaler Ebene (vgl. Bild 10.5 und Bild 10.6).

- Die Erwerbsquote steigt mit dem **Alter** deutlich an – von 40 % bei den 19jährigen auf 77 % bei den 30jährigen und älteren Studierenden; ebenso der Anteil der laufend Erwerbstätigen (vgl. Bild 10.7). **Geschlechtsspezifische** Unterschiede, nämlich eine höhere Erwerbsquote der Männer, treten in größerem Umfang erst in der ältesten Altersgruppe auf (vgl. Bild 10.8). Zwischen den **sozialen Herkunftsgruppen** fallen die Unterschiede geringer aus, als erwartet werden könnte: In allen vier Gruppen liegt die Erwerbstätigenquote über 60 % (vgl. Bild 10.9). Sie steigt aber mit der Verweildauer bei denjenigen aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ stärker an als bei denen aus der Gruppe „hoch“ (vgl. Bild 10.10). Weitere Unterschiede zeigen sich bei der Hochschulart, dem angestrebtem Abschluss und bei den Studienfächern (vgl. Abschnitt 10.2.6).

- Unter den vielfältigen **Motiven, neben**

dem Studium zu arbeiten, steht der Grund „notwendig für den Lebensunterhalt“ an erster Stelle (42 % bei voller Zustimmung), gefolgt von dem Motiv „sich etwas mehr leisten können“ (39 %). Auch die Unabhängigkeit von den Eltern (28 %) sowie das „Sammeln praktischer Erfahrungen“ (26 %) spielen noch eine größere Rolle (vgl. Bild 10.13). Steht das Motiv „Lebensunterhalt“ im Vordergrund, dehnen sich die durchschnittlichen Arbeitszeiten tendenziell aus, während der Grund „sich etwas leisten können“ eher zu moderaten Arbeitszeiten führt (vgl. Abschnitt 10.3.3). Die Motive korrespondieren mit dem Alter – jüngere Studierende arbeiten eher, um sich etwas mehr leisten zu können, ältere dagegen eher mit dem Ziel der Sicherung des Lebensunterhalts. Bei Studierenden aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ steht der Lebensunterhalt im Vordergrund; bei denjenigen aus der Herkunftsgruppe „hoch“ dominieren die Motive, sich etwas mehr zu leisten sowie „Praxiserfahrungen sammeln“.

- Erwerbstätige Studierende finden sich in einer ganzen **Bandbreite von Jobs**, von hochqualifizierten bis zu einfachen Aushilfstätigkeiten, die mit 44 % das Bild dominieren. Ein Viertel arbeitet als studentische/wissenschaftliche Hilfskraft (vgl. Bild 10.19). Der **durchschnittliche Verdienst** liegt bei 9 € pro Stunde, aber mit einer erheblichen Spannweite; bei freiberuflicher/selbständiger und bei höher qualifizierter Tätigkeit, insbesondere in Anknüpfung an eine schon

erworbene Qualifikation, lässt sich ein höheres Entgelt erzielen (vgl. Bild 10.21).

5. Soziale Infrastruktur für Studierende

Welche Bedeutung hat die soziale Infrastruktur für das Studium, welche Anforderungen stellen Studierende an diese und wie stellt sich ihre Nutzung dar? Hochschulzugang und Studierenerfolg sind nicht nur von der Finanzierung des Studiums und dem Zeitbudget abhängig, das für das Studium zur Verfügung steht. Vielmehr bedeutet ein Hochschulstudium in der Regel auch, sich nach einer Unterkunft umzusehen, sich verpflegen und vielfältige Herausforderungen meistern zu müssen, die mit dem Wechsel in eine neue Lebensphase zusammenhängen. Die Studentenwerke bieten dafür an den einzelnen Hochschulen entsprechende Dienstleistungen an, zu denen auch zahlreiche Beratungs- und Informationsangebote gehören. Aufgrund der Zentralität dieser Fragen für die große Mehrzahl der Studierenden sind diese Aspekte ein regelmäßiges Thema der Sozialerhebungen. Sollte sich das deutsche Hochschulsystem zukünftig stärker auf der horizontalen oder vertikalen Achse ausdifferenzieren, ist es vorstellbar, dass solche Angebote hochschulpolitisch sogar noch stärker an Bedeutung gewinnen.

Wie wohnen Studierende und was hat sich hier verändert? Folgende Ergebnisse zur **Wohnsituation** werden hervorgehoben:

- Wie bei keinem zweiten Thema, er-

möglicht die Sozialerhebung bei der Wohnsituation einen Einblick in den langfristigen Wandel der studentischen Lebenswelt. Die **Entwicklung der studentischen Wohnformen** weist über den **Zeitraum der letzten 50 Jahre** einen fundamentalen Wandel auf (vgl. Bild 11.3). Im historischen Verlauf ist diejenige Wohnform, die noch am Anfang der 1950er Jahre das Bild eindeutig dominierte, nämlich das Wohnen zur Untermiete, fast vollständig verschwunden. An ihre Stelle ist die eigene Wohnung und – seit Ausgang der 1960er Jahre – die Wohngemeinschaft getreten. Im Vergleich dazu hat es zwischen 1953 und 2006 bei den Wohnheimbewohnern und den Elternwohnern weitaus weniger Dynamik gegeben, auch wenn der Anteil der Wohnheimnutzer/innen heute etwas höher als damals liegt und der Anteil der Elternwohner leicht zurückgegangen ist.

- Der **Wandel im studentischen Wohnen** hat sich keineswegs kontinuierlich über diesen Zeitraum vollzogen. Eine relativ abrupte Veränderung – von der Untermiete zur eigenen Wohnung bzw. Wohngemeinschaft – hat sich vielmehr um das Jahr 1970 herum vollzogen, eine wesentlich schwächere dann noch einmal am Ausgang der 1980er bzw. Beginn der 1990er Jahre. Die langfristige Entwicklung ist primär von drei Faktoren beeinflusst worden: erstens der Angebotsentwicklung auf dem Wohnungsmarkt, einschließlich der Wohnheimkapazitäten; zweitens dem Wandel der Wohn-

nachfrage, die u.a. von der Entwicklung der Studierendenzahlen abhängig ist sowie von den individuellen Wohnpräferenzen und der sich darin manifestierenden Lebensstile; drittens schließlich von der Preis- und Kostenentwicklung in Verbindung mit der der finanziellen Möglichkeiten der Studierenden.

- Im Jahr **2006** ergab die **Verteilung der Wohnformen** für alle Studierenden folgendes Bild (vgl. Bild 11.1): Die Wohngemeinschaft (25 %), die Eltern (23 %), die alleinige Wohnung (20 %) und die Wohnung mit einem/r Partner/in (20 %) liegen fast gleichauf; es folgt dann das Wohnheim (11 %); kaum noch vorhanden ist das Untermietverhältnis (2 %). Die **Veränderungen zwischen 2003 und 2006** stellen sich in Anbetracht des enormen historischen Wandels vergleichsweise moderat dar. Der Anteil derjenigen Befragten, die bei den Eltern oder in einer Wohngemeinschaft leben, hat um einen bzw. drei Prozentpunkte zugenommen; umgekehrt hat die alleinige Nutzung einer Wohnung um drei Prozentpunkte abgenommen, bei den anderen Wohnformen liegen die Unterschiede unter einem Prozentpunkt.

- Zwischen **tatsächlicher Wahl und bevorzugter Wohnform** gibt es eine gewisse Diskrepanz. Bei freier Wahl – d.h. ohne Rücksicht auf das lokale Angebot und die Kosten – stünde die gemeinsame Wohnung mit dem/r Partner/in an erster Stelle (30 %). Die alleinige Wohnung (26 %) und die

Wohngemeinschaft (25 %) kämen gleich danach. Auf das Wohnheim entfielen 9 %. Am größten ist die Diskrepanz bei der Elternwohnung, für die sich nur 8 % bei freier Wahlmöglichkeit entscheiden würden (vgl. Bild 11.11). Insgesamt etwa 40 % würden lieber in einer anderen Form wohnen als derzeit. Die Übereinstimmung zwischen bevorzugter und realisierter Wohnform ist am höchsten bei der Wohnung, die mit dem/r Partner/in geteilt wird (95 %). Es folgen fast gleichauf die Wohngemeinschaft (69 %) und die alleinige Wohnung (66 %). Schon niedriger fällt die Übereinstimmung beim Wohnheim (44 %) sowie bei den Eltern und der Untermiete (26 bzw. 25 %) aus.

- Die individuelle Wahl der Wohnform wird von verschiedenen Faktoren beeinflusst. Einen deutlichen Unterschied gibt es zunächst zwischen den **alten und neuen Ländern**, auch wenn sich die Wohnpräferenzen selbst kaum noch unterscheiden (vgl. Bild 11.12). Ein Platz in einem Wohnheim oder einer Wohngemeinschaft hat in den neuen Ländern eine deutlich größere Bedeutung, die Eltern- oder die alleinige Wohnung dagegen eine geringere (vgl. Bild 11.5). Auffällig ist der in den 1990er Jahren drastische, inzwischen deutlich verlangsamte Bedeutungsverlust der Wohnheime in den neuen Ländern von über 60 % (1991) auf 15 % (2006), der auf mehrere Bedingungen zurückzuführen ist: Modernisierungsmaßnahmen, die mit einem Kapazitätsverlust verbunden waren, der enorme Anstieg der

Studierendenzahlen, alternative Angebote auf dem freien Wohnungsmarkt und andere Gründe. Aber auch zwischen den 16 Ländern gibt es im einzelnen große Unterschiede in den Wohnformen (vgl. Bild 11.6).

- Ältere Studierende wohnen anders als jüngere. Mit dem **Alter** nimmt die Bedeutung der Elternwohnung, der Wohngemeinschaft und des Wohnheims (schon aufgrund der begrenzten Wohndauer) deutlich ab, die der eigenen Wohnung und vor allem die einer Wohnung mit dem/r Partner/in deutlich zu (vgl. Bild 11.7). Studentinnen wohnen seltener als Studenten bei ihren Eltern und häufiger mit einem Partner zusammen (vgl. Bild 11.8), wobei neben dem **Geschlecht** natürlich der Familienstand großen Einfluss hat. Auch die **soziale Herkunft** wirkt sich aus: Studierende aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ wohnen häufiger mit dem/r Partner/in oder bei den Eltern, diejenigen aus der Herkunftsgruppe „hoch“ dagegen in einer Wohngemeinschaft oder alleinigen Wohnung. Interessant ist, dass ein Platz in einem Wohnheim für alle sozialen Herkunftsgruppen gleichermaßen attraktiv ist (vgl. Bild 11.9).

- Insgesamt äußern sich beinahe 60 % als mit ihrer Wohnsituation (sehr) zufrieden. Am höchsten ist die **Zufriedenheitsquote** bei den beiden Wohnungsformen (allein oder mit Partner/in) und der Wohngemeinschaft. Am unzufriedensten äußern sich diejenigen, die bei ihren Eltern oder zur Untermiete wohnen (vgl. Bild 11.13). Diese Gesamt-

einschätzung beruht auf einer Vielzahl einzelner Gesichtspunkte (z.B. Miethöhe, Entfernung zur Hochschule, Wohngegend, Wohnungsgröße), welche für jede Wohnform ein differenziertes Bild liefern (vgl. Bild 11.15). So sind die (geringe) Entfernung zur Hochschule und der (günstige) Mietzins starke Argumente für das Wohnheim, die Größe des Wohnbereichs dagegen. Die Wohngegend und -größe sowie die Kosten sind positive Aspekte der Elternwohnung, die Entfernung zur Hochschule eher ein negativer.

Zur Nutzung und Einschätzung der **gastronomischen Einrichtungen** im Hochschulbereich (Mensen und Cafeterien) sind folgende Ergebnisse hervorzuheben:

- Hinsichtlich der **Nutzungsfrequenz** lässt sich für 2006 feststellen, dass 83 % der Studierenden im Laufe einer Woche eine Mensa/Cafeteria besuchen – im Durchschnitt etwa viermal innerhalb einer Woche. Das Mittagessen ist der mit Abstand häufigste Anlass dafür, es folgen Zwischenmahlzeiten und Frühstück, während das Abendessen bislang äußerst selten vorkommt (vgl. Bild 12.1 und Bild 12.2). 74 % der Studierenden gehen durchschnittlich 2,8 mal in der Woche zum Mittagessen in die Mensa. Mit Ausnahme der Zwischenmahlzeiten werden die Verpflegungseinrichtungen häufiger von Studenten als von Studentinnen genutzt (vgl. Abschnitt 12.2).

- Im Zeitverlauf hat sich der Anteil der Mensabesucher/innen seit 1991 kaum verän-

dert. Verringert hat sich jedoch etwas der Anteil der **Stammgäste** – und zwar sowohl bei den Frauen wie bei den Männern –, während sporadische Nutzung zugenommen hat (vgl. Bild 12.3). Stammgäste sind eher männlich, sporadische Nutzer und Nicht-Nutzer häufiger weiblich (vgl. Bild 12.4).

- Häufige Mensabesucher sind eher die jüngeren Studierenden, ältere zählen häufiger zu den Nicht-Nutzern (vgl. Bild 12.5). Studierende, die im Wohnheim, in einer Wohngemeinschaft oder zur Untermiete wohnen, sind öfter Stammgäste. Die Höhe der monatlichen Einnahmen beeinflusst die Häufigkeit des Mensabesuchs nur wenig. Studierende in curricular relativ normierten Studiengängen besuchen die gastronomischen Einrichtungen an der Hochschule häufiger als diejenigen in den (bisher) eher weniger normierten Studiengängen.

- Wichtigste **Hinderungsgründe** für einen (häufigeren) Mensabesuch sind bei den Nicht-Nutzern die Qualität der Angebote, die persönliche Lebenssituation (häufiger von älteren und in einer Partnerschaft lebenden Studierenden genannt) sowie Zeitmangel. Bei den sporadischen Nutzern stehen zeitliche Aspekte im Vordergrund. Ein weiterer häufig genannter Grund ist die dort vorzufindende Atmosphäre (vgl. Bild 12.7).

- Unter den **Erwartungen** an die Mensa/ Cafeteria dominieren eindeutig die günstige räumliche Nähe zur Hochschule (von 88 % als (sehr) wichtig genannt), der Preis (81 %

und die Qualität der Angebote (77 %), schließlich auch der geringe Zeitaufwand (58 %) – bei relativ geringen Unterschieden zwischen Stammgästen, sporadischen Nutzern und potentiellen Nutzern. Beinahe jeder Zweite sieht Mensen und Cafeterien auch als einen Ort der Kommunikation, als einen Treffpunkt an, weshalb für ungefähr genauso viele Befragte die räumliche Gestaltung wichtig ist (vgl. Bild 12.8 und Bild 12.9).

Zum **Beratungsbedarf** sind folgende Ergebnisse hervorzuheben:

- Unter **allen Studierenden** im Erststudium gaben zwei Drittel an, in den vergangenen zwölf Monaten einen **Beratungs- und Informationsbedarf** zu mindestens einem Thema (aus einer vorgegebenen Liste) gehabt zu haben. Dabei standen finanzielle Themen (Studienfinanzierung, Krankenversicherung, Auslandsaufenthalt) eindeutig im Vordergrund, es folgten studien(leistungs)bezogene Probleme (z.B. Zweifel, das Studium fortzuführen, Arbeitsprobleme) und – unter den Problemen, die sich auf die eigene Person oder das persönliche Umfeld beziehen – psychische Schwierigkeiten wie depressive Verstimmungen oder Selbstwertprobleme (vgl. Bild 14.1).

- Unterschiede zwischen den beiden **Hochschularten** im Beratungsbedarf fallen sehr gering aus; lediglich die Finanzierung eines Auslandsaufenthaltes ist häufiger für Studierende an Universitäten ein Anlass, eine Beratung aufzusuchen, ebenso Zweifel,

das Studium fortzuführen (vgl. Bild 14.2). Auffällig höher ist der Beratungsbedarf bei den Magisterstudierenden als bei den anderen **Abschlussarten** (vgl. Bild 14.3), nicht nur in finanziellen Angelegenheiten, sondern bei fast allen studien(leistungs)bezogenen und auch bei den psychischen Problemen. Das korrespondiert mit den **Fächergruppen**, bei denen Studierende aus den typischen Magisterfächern überdurchschnittlich häufig Beratungsbedarf anmelden, diejenigen aus den Ingenieurwissenschaften dagegen am wenigsten (vgl. Bild 14.4).

- Sehr deutlich variiert der themenspezifische Beratungsbedarf mit dem **Studienverlauf**. So stehen allgemeine finanzielle Fragen eher am Anfang und am Ende, die Finanzierung eines Auslandsaufenthalts dagegen in der Mitte des Studiums im Vordergrund. Die Krankenversicherung wird nach dem achten Semester für viele zu einem ganz wichtigen Thema, hervorgerufen durch den Wegfall der Mitversicherung i. d. R. nach dem 25. Lebensjahr. Nahezu alle studien(leistungs)bezogenen Themen gewinnen nach dem achten Semester stark an Bedeutung, ebenso nehmen die Probleme im persönlichen Umfeld mit dem Studienverlauf deutlich an Beratungsrelevanz zu (vgl. Bild 14.5). Diskontinuierliche Studienverläufe und eine hohe Erwerbsbelastung vergrößern den Beratungsbedarf.

- Unter den **sozio-demographischen Merkmalen** spielt, analog zum Studienverlauf, das Alter eine Rolle (vgl. Bild 14.8). Auch

das Geschlecht übt einen Einfluss aus, wobei hier teilweise die unterschiedliche Fachzugehörigkeit hinein wirkt (vgl. Bild 14.9). Studierende aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ geben einen leicht höheren Beratungsbedarf an, am stärksten in Fragen der Studienfinanzierung (vgl. Bild 14.10).

- Von den Studierenden mit einem Beratungsbedarf hat mit 54% (= 37% aller Studierenden) mehr als die Hälfte eine **professionelle Beratungseinrichtung** aufgesucht, wobei etwa in gleichem Umfang eine solche an der Hochschule oder außerhalb der Hochschule in Anspruch genommen wurde (vgl. Abschnitt 14.11).

1. Anlage der Untersuchung

1.1 Untersuchungsziele

Mit der 18. Sozialerhebung wird die 1951 begonnene Erhebungsreihe des Deutschen Studentenwerks über die wirtschaftliche und soziale Situation der Studierenden in Deutschland fortgesetzt. Der Wandel der sozialen Lage der Studierenden lässt sich somit über mehr als 50 Jahre hinweg verfolgen – seit 1991 einschließlich der Studierenden in den neuen Ländern.

Die Durchführung der Erhebung, die Auswertung der Daten und die Darstellung der Ergebnisse lagen, wie bereits seit der 10. Sozialerhebung (1982), in den Händen von HIS Hochschul-Informations-System.

Die vorliegende 18. Sozialerhebung wurde, wie alle vorangegangenen Erhebungen seit Anfang der siebziger Jahre, wieder mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

Hauptanliegen der Sozialerhebung ist es, die soziale und wirtschaftliche Lage der Studierenden systematisch zu erfassen und so aufbereitet darzustellen, dass der Leser/die Leserin in die Lage versetzt wird, sich ein eigenes Urteil über die soziale und wirtschaftliche Situation der Studierenden zu bilden.

Neben der Darstellung der Entwicklung der Studierendenzahlen und der Vorstellung wesentlicher Daten zum Studienverlauf werden Ergebnisse zu folgenden Themenbereichen präsentiert:

- Entwicklung und Unterschiede in der Bildungsbeteiligung

- Soziale Zusammensetzung der Studierenden
- Entwicklung und Unterschiede bei der Finanzierung des Lebensunterhalts
- Förderung nach dem BAföG
- Zeitaufwand für Studium und Erwerbstätigkeit
- Entwicklungstendenzen studentischer Erwerbstätigkeit
- Wohnsituation
- Nutzung und Ansprüche an Mensen und Cafeterien
- Gesundheitliche Beeinträchtigungen
- Beratungs- und Informationsbedarf.

Grundlage der Berichterstattung in den Kapiteln 2 bis 14 ist die Situation der deutschen Studierenden und der ausländischen Studierenden, die im deutschen Schulsystem ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben (Bildungsinländer/-innen). Basis für das Kapitel 15 „Studierende mit Migrationshintergrund“ sind die Bildungsinländer/-innen und deutsche Studierende, die vormalig eine andere Staatsangehörigkeit hatten oder eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen. Die Situation der ausländischen Studierenden, die erst zum Studium nach Deutschland kamen (so genannte Bildungsausländer/-innen), wird in einer Sonderveröffentlichung behandelt.

Die in den einzelnen Kapiteln dargestellten Ergebnisse basieren auf den Daten, die im 3-Jahres-Rhythmus, zuletzt im Sommersemester 2006, durch die Sozialerhebung ermittelt werden. Ausgenommen von

dieser Regel sind die Kapitel 2 und 3. Während die Ausführungen im Kapitel 2 „Hochschulzugang“ vorwiegend auf Daten der amtlichen Statistik und Untersuchungen von HIS basieren, werden für das Kapitel 3 „Bildungsbeteiligung“ ausschließlich Daten der amtlichen Statistik (z. B. Mikrozensus) und anderer HIS-Untersuchungsreihen (z. B. Studienanfängerbefragungen) genutzt.

Die 18. Sozialerhebung fällt in eine Zeit, in der sich ein in der Geschichte der deutschen Hochschulen grundlegender Umbruch vollzieht, der nahezu alle Facetten und Bestandteile des Hochschulsystems einbezieht – von den Zugängen zum Studium und der Organisation des Studiums über die Struktur des Hochschulsystems bis zur Organisation, Steuerung und Finanzierung der Hochschulen. Aus studentischer Perspektive sind es vor allem die mit dem Bologna-Prozess verbundenen Reformen des Studiums, die zu tief greifenden Veränderungen führen. Auch wurden zum Zeitpunkt der Durchführung der 18. Sozialerhebung in vielen Ländern erstmals wieder seit einigen Jahrzehnten allgemeine Studiengebühren bzw. Studienbeiträge eingeführt.

Mit der 18. Sozialerhebung wird eine Momentaufnahme dieses Reform- und Veränderungsprozesses aus studentischer Sicht vorgelegt. Sie kann bereits einige Auswirkungen dieses Prozesses sichtbar machen, wenn sich diese auch erst voll mit der nächsten oder übernächsten Sozialerhebung abzeichnen werden. Auch hier müssen die Er-

gebnisse der Sozialerhebung als eine Zeitreihe gelesen werden, die den jeweils aktuellen Stand eines fortlaufenden Wandlungsprozesses dokumentiert. Dabei stellen die Ergebnisse der Sozialerhebung als Monitoringinstrument auch Informationen zur Verfügung, die dazu beitragen können, im Falle unerwünschter Folgen oder anderer Schwierigkeiten rechtzeitig Handlungsbedarfe zu erkennen und gegebenenfalls korrigierend in diesen Prozess einzugreifen.

1.2 Erhebungsinstrumentarium

Stichprobe

Die Sozialerhebung ist konzipiert als schriftliche Befragung einer Stichprobe der jeweils im Sommersemester des Befragungsjahres an den deutschen Hochschulen (ausgenommen die Verwaltungsfachhochschulen, die Hochschulen des Fernstudiums und die Universitäten der Bundeswehr) immatrikulierten Studierenden. Für die 18. Sozialerhebung wurden nach dem Zufallsprinzip zwei unterschiedliche Stichproben gezogen.

Die erste Stichprobe umfasst die Zielgruppe der deutschen Studierenden und der studierenden Bildungsinländer/innen. Für diese Stichprobe war jeder 27. im Sommersemester 2006 immatrikulierte Studierende zu berücksichtigen (weitere Details im Kap. 1.3). Die zweite Stichprobe war für die gesonderte Befragung der so genannten Bildungsausländer/innen zu ziehen. Hier war jeder 18. Studierende in die Stichprobe einzubeziehen.

Die Ziehungsdichte der Deutschen und Bildungsinländer wurde gegenüber der 17. Sozialerhebung erhöht, um einen Teil der gezogenen Adressaten (20 %) aufzufordern, die Fragen der Sozialerhebung online im Internet zu beantworten. Diese Online-Befragung dient der methodischen Weiterentwicklung des Erhebungsinstrumentariums der Sozialerhebung. Ihre Ergebnisse sind nicht Gegenstand des vorliegenden Berichts. Ebenso, wie bereits erwähnt, die Ergebnisse der Befragung der Bildungsausländer/innen.

Fragebogen

Bei der Überarbeitung des Fragebogens wurden Modifikationen der Fragestellungen mit der Zielsetzung vorgenommen, mit der 18. Sozialerhebung eine Datenbasis zu schaffen, von der aus insbesondere die Auswirkungen der Änderungen des Hochschulzugangs, der Studienstrukturreform und der Einführung von Studienbeiträgen/Studiengebühren durch die nachfolgenden Sozialerhebungen zu beobachten sind.

Die schriftliche Befragung der deutschen Studierenden und der studierenden Bildungsinländer/innen wurde im Sommersemester 2006 mit dem im Anhang wiedergegebenem Fragebogen durchgeführt. Im Einzelnen wurden damit Daten zu folgenden Themenbereichen ermittelt:

- Angaben zum Studium

Dabei geht es um formale Merkmale wie Hauptstudienfach, angestrebter Abschluss, Anzahl der absolvierten Semester, besuchte

Hochschule, Studiengang- und Hochschulwechsel. Wiederum wurden die Studierenden gebeten, die Einstellung zum Studium, bezogen auf die gegenwärtige Lebenssituation, zu gewichten. Außerdem wurde das Zeitbudget für die vergangene Semesterwoche erfragt, und zwar für die Aktivitäten Lehrveranstaltungen, Selbststudium und Erwerbstätigkeit. Gegenüber der Erhebung von 2003 wurde dieser Komplex ergänzt um eine Frage nach dem zeitlichen Aufwand für Studium und Erwerbstätigkeit während der vorlesungsfreien Zeit. Darüber hinaus wurden Studierende, die die Hochschule gewechselt hatten, ergänzend nach den Gründen befragt.

- Angaben zur Vorbildung

Mit diesem Teil wurden die Art der Hochschulzugangsberechtigung und das Land, in dem die Berechtigung erworben wurde, ermittelt. Außerdem wurde nach einer eventuellen Berufsausbildung vor Studienaufnahme gefragt und danach, wie viel Zeit zwischen dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung und der Erstimmatrikulation lag.

- Angaben zur Wohnsituation

Dieser Abschnitt umfasst Standardfragen zur tatsächlichen und bevorzugten Wohnform. Außerdem wurde nach der Zufriedenheit mit der Wohnsituation gefragt.

- Angaben zum BAföG

Ermittelt wurden: Förderungsstatus, Art der Förderung, Gründe der Nicht-(mehr-)Förderung.

- **Finanzielle Situation im Sommersemester**
Gefragt wurde einerseits nach den Einnahmen, die aus den möglichen Finanzierungsquellen monatlich zur Verfügung stehen, und andererseits nach den monatlichen Ausgaben für ausgewählte Positionen der Lebenshaltung. Abgeschlossen wurde dieser Komplex mit einer Frage nach der Beurteilung der eigenen finanziellen Situation anhand verschiedener Statements.

- **Geld verdienen während des Studiums**
Es wurde danach gefragt, ob und in welchem Umfang in der vorlesungsfreien Zeit und während des laufenden Semesters einer Tätigkeit zum Geld verdienen nachgegangen wird. Soweit dies bejaht wurde, schlossen sich Fragen an zur Art der Tätigkeit und den Gründen, warum während des Studiums Geld verdient wird.

- **Angaben zur Ernährung**
Dieser Komplex umfasst eine Frage nach der Art und der Anzahl der in der Mensa oder Cafeteria im Laufe einer Woche eingenommenen Mahlzeiten. Darüber hinaus wurde gefragt, was den Studierenden an Mensen und Cafeterien besonders wichtig ist.

- **Angaben zur Person**
Mit diesem Teil werden die üblichen demographischen Merkmale wie Geschlecht, Lebensalter, Familienstand und Staatsangehörigkeit ermittelt. Darüber hinaus wird nach Geschwistern und eigenen Kindern gefragt.

- **Gesundheitliche Beeinträchtigung**
Hier werden Fragen nach einer eventuell bestehenden Behinderung/chronischen

Krankheit und deren Auswirkung auf das Studium gestellt.

- **Angaben über die Eltern**

Gefragt wird nach dem Erwerbsstatus, dem höchsten Schul- und beruflichen Ausbildungsabschluss von Vater und Mutter. Ergänzend wird die Einordnung des aktuell bzw. zuletzt ausgeübten Berufs anhand eines hierarchischen Schlüssels der beruflichen Positionen ermittelt.

- **Beratungsbedarf - Informationsbedarf**
Die Fragen beschäftigten sich mit dem Bedarf an Information und Beratung für verschiedene Teilaspekte des studentischen Lebens und der Nutzung von entsprechenden Beratungsangeboten.

- **Auslandserfahrungen**
Dieser Teil des Fragebogens berührt verschiedene Aspekte studentischer Auslands-mobilität.

- **Zusatzbogen „Studieren mit Kind“**
Mit einem Zusatzbogen wurden studierende Mütter und Väter gebeten, ergänzende Fragen, insbesondere zur Betreuungssituation, zu beantworten. Die Ergebnisse zu diesem Fragenkomplex werden in einem Sonderbericht veröffentlicht.

Dem Fragebogen war ein Anschreiben (vgl. Anhang A) beigefügt, das die Untersuchungsziele erläutert, sowie einen Hinweis auf die Freiwilligkeit der Teilnahme und eine Erklärung zum Datenschutz enthält. Außerdem war den Befragungsunterlagen ein Flyer beigefügt, mit dem weitergehend über die Sozialerhebung informiert wurde.

Begleitmaßnahmen

Zu den begleitenden Maßnahmen, mit denen über die Sozialerhebung informiert wurde, gehörte eine aktive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Studentenwerks und der Studentenwerke. Mit Pressemitteilungen und einer Plakataktion, unmittelbar vor Beginn der Feldphase, wurde auf die bevorstehende Befragung aufmerksam gemacht. Dazu wurden 2.500 Plakate an die 61 Studentenwerke versandt.

Darüber hinaus wird eine Website als Informations- und Serviceportal für Befragte, Presse und sonstige Interessierte gepflegt (www.sozialerhebung.de). Sie enthält zur Ansicht und/oder zum Herunterladen Pressemitteilungen, Textbausteine, Interviews, Fotos, Fragebogen, Plakat, Flyer, Pressespiegel und Berichte zur 17. Sozialerhebung. Auch Informationen zu Ziel und Zweck der Erhebung, zu den Akteuren sowie Fragen und Antworten rund um die Sozialerhebung sind dort zu finden. Außerdem können auf der Website die Druckfassungen der Berichte zur Sozialerhebung bestellt und mittels eines E-Mail-Kontaktformulars Fragen gestellt und Meinungen geäußert werden.

1.3 Durchführung der Untersuchung

Mit Ausnahme der Verwaltungsfachhochschulen, der Universitäten der Bundeswehr und der Hochschulen für das Fernstudium wurden Ende Januar 2006 alle Hochschulen

in Deutschland gebeten, sich an der Sozialerhebung durch Ziehen einer Stichprobe und Versenden der Erhebungsunterlagen zu beteiligen. Die 258 Hochschulen, die daraufhin ihre Teilnahmebereitschaft erklärt haben, wurden gebeten, die Adressen der zu befragenden Studierenden aus dem hochschulinternen Adressenpool nach dem Zufallsprinzip zu ziehen und für den Versand der Erhebungsunterlagen in zweifacher Ausfertigung bereitzuhalten. Jeweils eine Ausfertigung war für den Versand des Fragebogens und einer Erinnerungskarte vorgesehen.

Die Erhebungsunterlagen wurden Anfang Mai 2006 an die Hochschulen ausgeliefert und von diesen in der Regel in der Woche vom 29. Mai bis 2. Juni 2006 (22. Kalenderwoche) an die Studierenden versandt. Verfahrensbedingt wurde – da HIS aus Gründen des Datenschutzes nicht über die Adressen der angeschriebenen Studierenden verfügte und folglich nicht geprüft werden konnte, wer den Fragebogen bereits zurückgesandt hatte – vierzehn Tage später von den Hochschulen an die gleichen Adressaten eine Erinnerungskarte versandt. Unzustellbare Sendungen gingen direkt an die Hochschule zurück.

Alle Fragebogen, die bis Mitte September 2006 eintrafen, wurden bei der Auswertung berücksichtigt. Die Daten der zurückgesandten Fragebogen wurden für die Datenverarbeitung erfasst und umfangreichen Plausibilitätsprüfungen unterzogen.

1.4 Rücklauf und Repräsentativität

Ausgehend vom verwertbaren Rücklauf, haben sich Studierende von 248 Hochschulen an der Erhebung beteiligt. An den teilnehmenden Hochschulen waren knapp 98 % der Studierenden der Grundgesamtheit immatrikuliert.

Nach den entsprechenden Meldungen der Hochschulen ist anzunehmen, dass der Fragebogen rd. 54.000 Studierende erreichte. Bis Mitte September 2006 wurden bei HIS ca. 17.000 Rückläufe registriert. Im Rahmen der Plausibilitätsprüfung mussten einige Fragebogen ausgesondert werden, so dass der letztlich verwertbare Rücklauf die Angaben von 16.590 Studierenden umfasst. Die Nettorücklaufquote liegt damit bundesweit bei 30,7 %. Unterschieden nach den einzelnen Ländern variiert die Rücklaufquote zwischen 24 % und 38 % (Bild 1.1).

Die Zusammensetzung des realisierten Rücklaufs stimmt nach den Strukturmerkmalen Hochschulart und Fächergruppe weitgehend mit der Grundgesamtheit überein (Bild 1.2). Nach dem Merkmal Geschlecht haben sich Studentinnen überproportional an der Sozialerhebung beteiligt. Die Überprüfung wurde auf der Basis der Studierendenzahlen des Wintersemesters 2005/2006 durchgeführt, da entsprechende Zahlen für das Sommersemester seit 1994 von der amtlichen Statistik nicht mehr bereitgestellt werden. Die festgestellten Abweichungen zwischen realisierter Stichprobe und Grund-

gesamtheit wurden durch Gewichtung der Einzelfälle korrigiert. Die realisierte Stichprobe ist repräsentativ für Studierende im Bundesgebiet.¹

1.5 Darstellung der Ergebnisse

Jedes Kapitel ist so gestaltet, dass es auch für sich stehen kann. Wichtige Querbezüge zu anderen Kapiteln werden durch Übernahme der Ergebnisse bzw. durch Verweise sichergestellt.

Für alle Auswertungen wurden Signifikanztests durchgeführt. Falls Ergebnisse nicht signifikant sind, wird im Text darauf hingewiesen. Zeitreihen, die auf den Befragungsergebnissen basieren, beginnen in der Regel 1991, dem Zeitpunkt der ersten Sozialerhebung, bei der auch die Studierenden in den neuen Ländern einbezogen worden sind. Soweit sich Ergebnisdarstellungen nicht auf die Gesamtheit der deutschen Studierenden und studierenden Bildungsinländer/innen beziehen, wird die zugrunde liegende Bezugsgruppe im Untertitel der Bildüberschrift aufgeführt.

Randauszählung des Fragebogens

Im Anhang findet sich u. a. eine Randauszählung des Fragebogens, aus der die quantitative Verteilung der Antworten für jedes Fragemerkmal hervorgeht. Diese Randaus-

¹ Grundsätzlich sind die Ergebnisse auch repräsentativ auf der Ebene der einzelnen Länder. Allerdings sind detailliertere Auswertungen aufgrund zu geringer Fallzahlen (vgl. Bild 1.1) nicht für alle Länder möglich.

Bild 1.1 Stichprobe und Rücklauf nach Ländern
Zielgruppe: deutsche Studierende und studierende Bildungsinländer/innen

Land	angeschriebene Studierende	verwertete Fragebogen ¹	Nettorücklaufquote in %
Baden-Württemberg	6.760	2.335	34,5
Bayern	6.411	2.099	32,7
Berlin	3.236	959	29,6
Brandenburg	917	284	31,0
Bremen	1.276	345	27,0
Hamburg	1.346	342	25,4
Hessen	6.641	1.998	30,1
Mecklenburg-Vorpommern	833	234	28,1
Niedersachsen	4.094	1.243	30,4
Nordrhein-Westfalen	12.199	3.321	27,2
Rheinland-Pfalz	3.723	1.108	29,8
Saarland	438	107	24,4
Sachsen	2.468	943	38,2
Sachsen-Anhalt	1.288	458	35,6
Schleswig-Holstein	1.139	322	28,3
Thüringen	1.224	427	34,9
insgesamt	53.993	16.590	30,7

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ einschließlich 65 Fragebogen, die keinem Land zuzuordnen sind (keine Angabe der Hochschule)

zählung, differenziert nach Studentinnen und Studenten, erlaubt dem Leser/der Leserin einen direkten, unkommentierten Einblick in das Antwortverhalten der Studierenden.

Eine noch weitergehende Datenerschließung und -darstellung wird dadurch sichergestellt, dass für zahlreiche Studen-

tenwerke und andere Nutzer zusätzliche regionale und standortspezifische Auswertungen angefertigt werden. Auf diese Weise entsteht unterhalb des bundesweiten Berichts der Sozialerhebung eine ganze Palette an landes-, regional- und standortspezifischen Ergebnisdarstellungen.

Bild 1.2 *Repräsentativität des Rücklaufs nach ausgewählten Merkmalen*
Studierende in %

Merkmal	Grundgesamt- heit Wintersemester 2005/2006 ¹	Rücklauf	Abweichungen Rücklauf-Grund- gesamtheit (Prozentpunkte)
1. Geschlecht			
männlich	52,2	41,1	-11,1
weiblich	47,8	58,9	11,1
2. Fächergruppe			
Sprach- u. Kulturwissenschaften	21,8	25,3	3,5
Sport	1,6	1,4	-0,2
Rechts-, Wirtschafts- u. Sozialwiss.	29,0	29,0	0,0
Mathematik/Naturwissenschaften	18,4	16,9	-1,5
Humanmedizin	5,8	6,4	0,6
Veterinärmedizin	0,4	0,5	0,1
Agrar-, Forst- u. Ernährungswiss.	2,1	2,4	0,3
Ingenieurwissenschaften	16,6	14,0	-2,6
Kunst	4,2	4,1	-0,1
3. Hochschulart			
Universitäten o.ä.	72,1	74,6	2,5
Fachhochschulen	27,9	25,4	-2,5

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ ohne Verwaltungshochschulen, Hochschulen des Fernstudiums und Universitäten der Bundeswehr

2. Hochschulzugang

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick			
Studierendenzahlen gemäß amtlicher Statistik (ohne Verwaltungsfachhochschulen)	insg.	Uni	FH
Studierende im Wintersemester 2005/2006 (Deutsche und Ausländer)	1.953.504	1.418.377	535.127
Deutsche Studierende und studierende Bildungsinländer/innen	1.764.103	1.266.256	497.847
- darunter Studentinnen, in %	47	51	37
Studienanfänger/innen im Studienjahr 2005 (Deutsche und Ausländer)	347.878	238.262	109.616
Deutsche Studienanfänger/innen und Bildungsinländer/innen	292.113	193.526	98.587
- darunter Studienanfängerinnen, in %	48	53	38
Art der Hochschulzugangsberechtigung, in %	1991	2003	2006
allgemeine Hochschulreife	85	87	83
Fachhochschulreife	12	9	12
fachgebundene Hochschulreife	3	3	3
andere Hochschulzugangsberechtigung	-	1	1
Brutto-Studierquote, in %	2002	2004	2005
Studienaufnahme bereits erfolgt	35	38	43
Studienaufnahme fest geplant	38	33	26
insgesamt	73	71	69
Anteil der Studienanfängerinnen an den weiblichen Studienberechtigten	70	67	68
Anteil der Studienanfänger an den männlichen Studienberechtigten	75	75	69

Technische Hinweise

Definitionen:

Brutto-Studierquote ist der Anteil an den Hochschulzugangsberechtigten eines Jahrgangs, der ein halbes Jahr nach Schulabgang ein Studium aufgenommen oder feste Studienabsichten hat.

Die Brutto-Studierquote der Länder bezieht sich auf das Land, in dem die Studienberechtigung erworben wurde.

Als „*Studienverzögerer*“ werden die Studierenden definiert, die für den Zeitraum zwischen dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung und dem Beginn des Studiums eine Dauer von mindestens vier Monaten angeben.

Bildungsinländer/innen sind Studierende ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben haben.

Bezugsgruppe:

Deutsche Studierende und Bildungsinländer (ohne Verwaltungsfachhochschulen)

Datenquellen:

Statistisches Bundesamt, Hochschulstatistik (Fachserie 11 Reihe 4, 1980-2006)

18. Sozialerhebung (Fragen 1 - 10)

HIS-Studienberechtigtenbefragungen 2004, 2006

2.1 Entwicklung der Studierenden- und Studienanfängerzahlen

Im Wintersemester 2005/06 waren an deutschen Hochschulen (ohne Verwaltungshochschulen) 1.953.504 Studierende immatrikuliert. Damit ist die Gesamtzahl der Studierenden in Deutschland (Deutsche und Ausländer/innen) gegenüber dem Wintersemester 2003/04 leicht rückläufig. Im Wintersemester 2005/06 waren damit rund 1,7 Millionen deutsche Studierende immatrikuliert. Die Zahl der ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen stieg hingegen leicht an und liegt bei gut 248.000.

Die Grundgesamtheit der 18. Sozialerhebung bilden deutsche Studierende und jene Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die in Deutschland die Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, die so genannten Bildungsinländer/innen. Diese Zielgruppe umfasst 1,76 Millionen Studierende (Bild 2.1). Die Zahl der deutschen Studierenden nahm gegenüber 2003 um knapp 2 % zu.

Der Anteil studierender Bildungsinländer/innen verringerte sich im selben Zeitraum dagegen um 8 %. Im Vergleich zum Wintersemester 1999/2000, dem Zeitraum mit den geringsten Studierendenzahlen der letzten zehn Jahre, sind im Wintersemester 2005/06 über 140.000 deutsche Studierende mehr immatrikuliert. Die Zahl der an Hochschulen eingeschriebenen Bildungsinländer/innen, im Wintersemester 2005/06 sind es knapp 60.000, fällt dagegen hinter den Stand von 1999/2000 zurück.

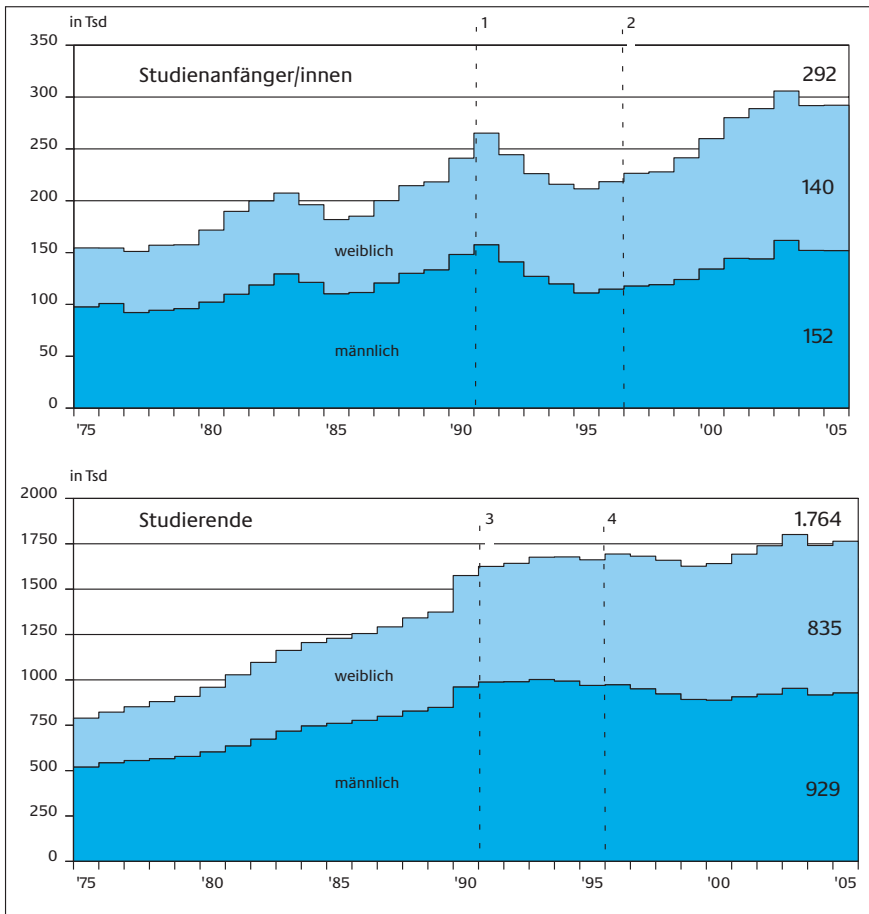
Die Anzahl der Studierenden wird zum einen von den Studienanfängerzahlen und zum anderen von der Verweildauer der Studierenden an den Hochschulen beeinflusst. Die von 1998 bis 2003 kontinuierlich steigenden Studienanfängerzahlen sind somit eine wichtige Ursache für den Anstieg der Gesamtstudierendenzahl.

Im Studienjahr 2005 haben sich etwa 292.000 deutsche Studierende und Bildungsinländer/innen im ersten Hochschulsemester immatrikuliert. Wird in Prognosen allein die demografische Entwicklung zu

Studierende	Deutsche	Bildungsinländer/innen	Anteil Bildungsinländer/innen
Jahr			
1996/97	1.640.923	51.816	3,1 %
2002/03	1.675.477	63.753	3,7 %
2005/06	1.705.355	58.748	3,3 %

Studienanfänger/innen	Deutsche	Bildungsinländer/innen	Anteil Bildungsinländer/innen
Jahr			
1996/97	217.448	9.001	4,0 %
2002/03	276.335	10.065	3,5 %
2005/06	282.163	9.950	3,4 %

Bild 2.1 Studienanfänger/innen und Studierende nach Geschlecht 1975-2005
ohne Verwaltungsfachhochschulen, in Tausend



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ ab 1991 einschließlich neue Länder

² ab 1997 einschließlich Bildungsinländer/innen

³ ab 1990 einschließlich neue Länder

⁴ ab 1996 einschließlich Bildungsinländer/innen

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11 Reihe 4.1, 2006/HIS-ICE Datenbank

Grunde gelegt, ist auch in den nächsten Jahren mit steigenden Studienanfängerzahlen zu rechnen. Zu berücksichtigen ist außerdem der Einfluß der doppelten Schulabsolventenjahrgänge aufgrund der Verkürzung der gymnasialen Schulzeit in einigen Ländern. Hinzu kommt der langfristige Anstieg der Bildungsbeteiligung. Nach einer Prognose der Kultusministerkonferenz (KMK, 2005) steigt die Zahl der Schulabgänger/innen noch bis zum Jahr 2011. Da die Studienaufnahme häufig zeitlich verzögert erfolgt, ist aufgrund steigender Schulabsolventenzahlen bis 2012 mit steigenden Studienanfängerzahlen zu rechnen.

Ein Vergleich der bisherigen Entwicklung der Studienberechtigtenzahlen mit den Studienanfängerzahlen des jeweiligen Folgejahres offenbart allerdings die Grenzen einer Prognose, die fast ausschließlich auf den Schulabgängerzahlen beruht. Bei fast gleichbleibenden Schulabgängerzahlen von 1998 bis 2003 variierte die Zahl der Studienanfänger/innen im Vergleichszeitraum 1999 bis 2004 deutlich. In diesen Jahren stieg die Zahl potentieller Studienanfänger/innen weit weniger stark als die der Studienanfänger/innen, was vor allem auf die Nachfrage- bzw. Beteiligungskomponente zurückzuführen ist (Bild 2.2). Die ungleiche Entwicklung der Studienberechtigten- und der Studienanfängerzahlen verweist auf die Bedeutung einer Vielzahl von kurz- und langfristig wirkenden individuellen und sozialen Faktoren, die die Studierneigung der

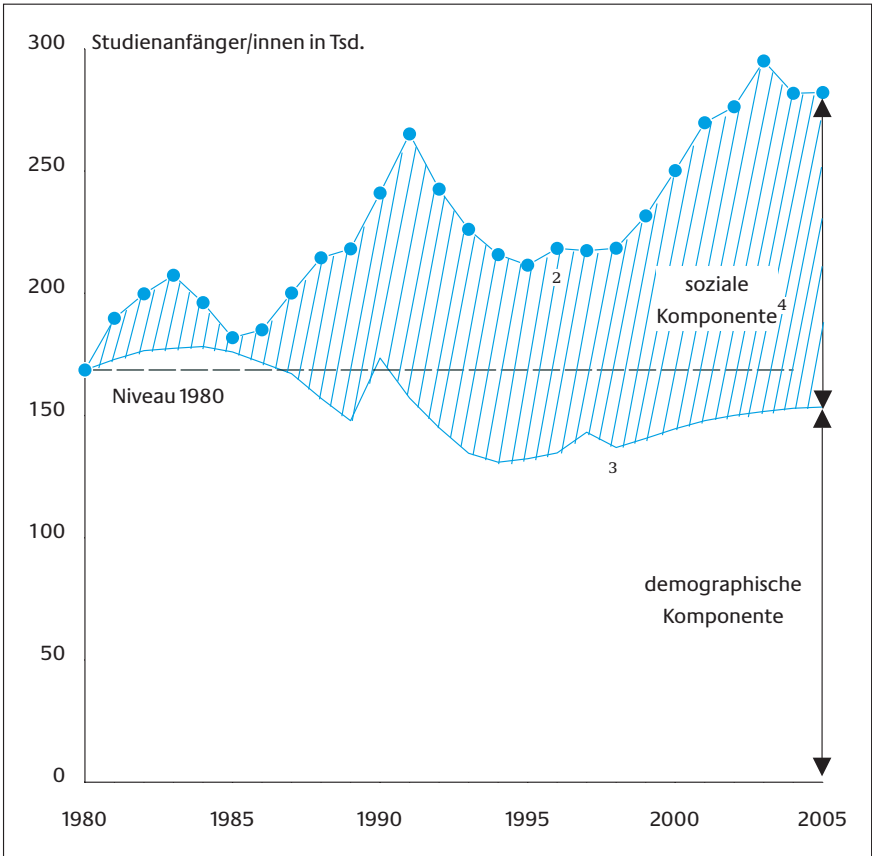
Studienberechtigten beeinflussen.

Der Anteil weiblicher Studienanfänger ist im Vergleich zum Studienjahr 2002 zurückgegangen. Während im Wintersemester 2002/2003 die Hälfte aller Studienanfänger weiblich war, liegt der Frauenanteil im Studienjahr 2005 wieder bei 48 %. In diesem Jahr begannen ca. 140.000 Frauen und 152.000 Männer der Bezugsgruppe ein Studium an einer deutschen Hochschule (Bild 2.1). Hier ist allerdings eine unterschiedliche Entwicklung an Universitäten und Fachhochschulen zu beobachten.

Unter Berücksichtigung des Geschlechts treten bei Studienanfänger/innen Unterschiede nach Hochschulart auf. Während seit dem Wintersemester 2002/03 mehr weibliche als männliche Studierende an den Universitäten eingeschrieben sind und ihr Anteil kontinuierlich steigt, sind Frauen an den Fachhochschulen, trotz einer Annäherung im letzten Jahrzehnt, deutlich unterrepräsentiert (Bild 2.3). An Fachhochschulen werden überwiegend Studiengänge, etwa Ingenieurwissenschaften, angeboten, die von Frauen als weniger attraktiv angesehen werden.

Neben den Studienanfänger/innen, ist die Entwicklung der Studierenden insgesamt von Interesse. Dabei werden vorrangig die Studierenden berücksichtigt, die die Bezugsgruppe zu den Befragten der Sozialerhebung darstellen: deutsche Studierende und studierende Bildungsinländer/innen an deutschen Hochschulen. In der Tendenz

Bild 2.2 Soziale und demographische Komponente der Entwicklung der Studienanfängerzahlen 1980—2005¹
deutsche Studierende, absolute Zahlen, in Tausend



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ ab 1991 inkl. neue Länder

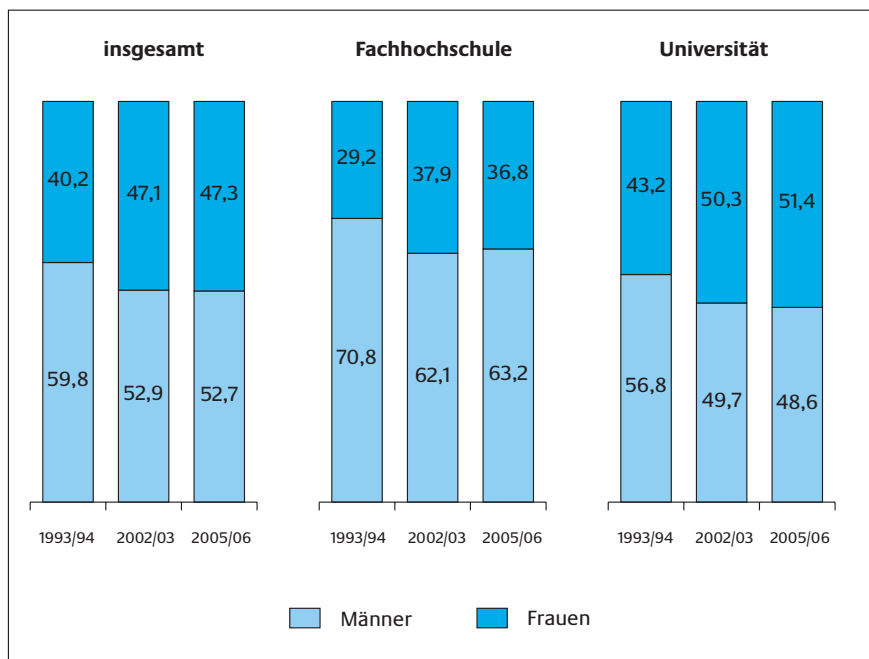
² tatsächliche Anzahl von Studienanfänger/innen 1980-2005

³ Entwicklung der Studienanfängerzahlen, wenn das Verhältnis zwischen Schulabgängern/innen und Studienanfänger/innen dem Verhältnis von 1980 entspräche. Ab 1997 sind die 19-24-Jährigen die Bezugsgruppe, davor 18-21-Jährige.

⁴ darunter fallen z.B. die Erhöhung der Studierneigung und der Übergang aus beruflicher Bildung und Erwerbstätigkeit

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11 Reihe 4.3, 1980-2006/HIS-ICE Datenbank; Genisis-Online

Bild 2.3 Studierende nach Geschlecht und Hochschulart im Wintersemester 1993/94, 2002/03 und 2005/06¹
in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ ab 2002/03 inkl. Bildungsinländer/innen

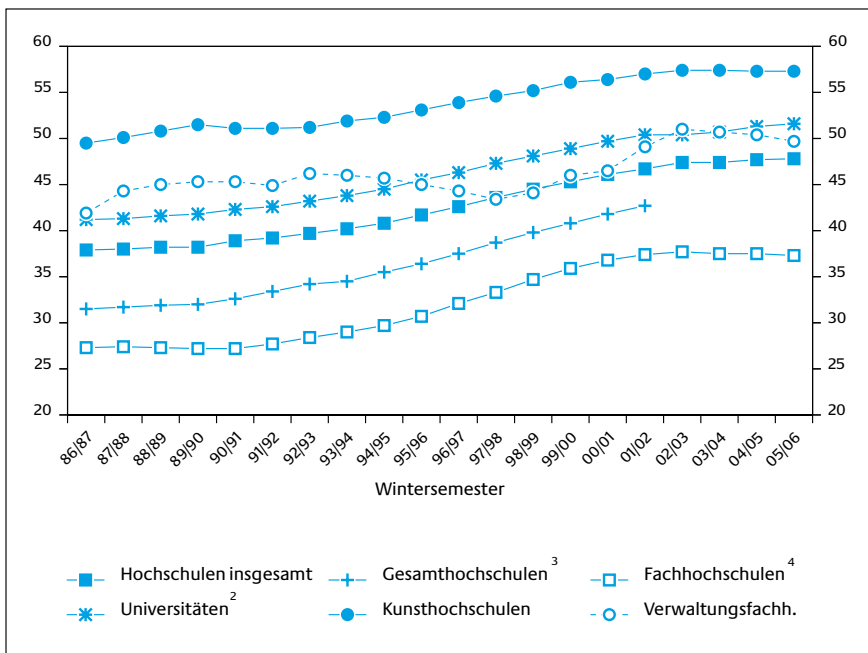
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.1, HIS-ICE Datenbank

nimmt der Frauenanteil unter den Studierenden weiter zu. Er liegt im Studienjahr 2005 mit 47,3 % leicht über dem Stand von 2003. Im Wintersemester 1993/94 betrug der Frauenanteil lediglich 40 %.

Unterschieden nach Art der Hochschule ergeben sich für Studentinnen die in Bild 2.4

aufgeführten Verteilungen nach Hochschulart. Werden ausschließlich deutsche Studierende betrachtet, liegen die Anteile der Studentinnen etwas unterhalb der oben genannten Werte, weil ausländische Studentinnen, die sich vor allem an Kunsthochschulen und Universitäten in Deutschland

Bild 2.4 Frauenanteil unter Studierenden nach Art der Hochschule im Zeitverlauf – Wintersemester 1986/87 -2005/06¹
deutsche und ausländische Studierende, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ ab WS 1990/91 einschließlich neue Länder

² einschließlich der Pädagogischen und Theologischen Hochschulen

³ ab dem Wintersemester 2002/2003 werden die Gesamthochschulen den Universitäten zugeordnet.

⁴ ohne Verwaltungsfachhochschulen

Quelle : Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, R 4.1, WS 2005/2006

immatrikulieren, die Frauenquote beeinflussen. So betrug im Wintersemester 2005/06 der Frauenanteil an Kunsthochschulen unter deutschen Studierenden 56 %, unter ausländischen Studierenden jedoch fast

61 %. An Universitäten waren zu dieser Zeit Frauen innerhalb der deutschen Studierenden mit 51 % und unter ausländischen Studierenden mit 53 % vertreten.

Studentinnenanteil im internationalen Vergleich

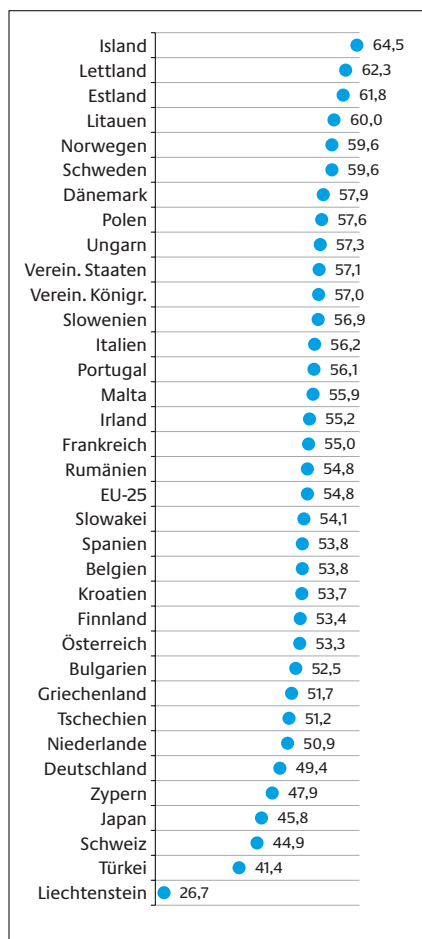
International gesehen liegt Deutschland in Bezug auf die Beteiligung von Frauen an der tertiären Bildung jedoch eher im unteren Bereich. Einer Statistik von Eurostat zufolge betrug der Anteil an Studentinnen im Jahr 2004 im EU-Mittel 54,8% (Bild 2.5). In der großen Mehrheit der betrachteten Länder ist deutlich mehr als jeder zweite Studierende weiblich und nur wenige Länder unterschreiten die Quote von Deutschland. Wenngleich diese Zahlen immer auch im Zusammenhang der nationalen Gesamtsysteme der allgemeinen und beruflichen Bildung gesehen werden müssen, werden hier Unterschiede in der Wahrnehmung der besonderen Chancen, die von einer Hochschulbildung ausgehen, deutlich. Der zuweilen anhand der Frauenquoten in verschiedenen Bildungsinstitutionen beschriebene Prozess einer Feminisierung des Humankapitals ist offenbar in den Ländern recht unterschiedlich vorangeschritten.

Doppelte Staatsangehörigkeit und Staatsangehörigkeitswechsel

Der Anteil der Studierenden mit einer doppelten Staatsangehörigkeit liegt wie 2003 bei etwas unter 1%. Der überwiegende Teil dieser Studierenden hat neben der deutschen die Staatsangehörigkeit eines anderen EU-Mitgliedstaates.

Knapp 4% der Studierenden haben ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit gewech-

Bild 2.5 Anteil der Studentinnen im Tertiärbereich (ISCED 5 u. 6) 2004 im internationalen Vergleich



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Quelle: Eurostat, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/>

selt und die deutsche angenommen. Dabei stellen Studierende mit ehemals russischer bzw. sowjetischer Staatsangehörigkeit die größte Gruppe (29 %). Ein weiteres Fünftel war früher Bürgerin oder Bürger Polens (21 %), und etwa 18 % dieser Gruppe haben die türkische Staatsbürgerschaft abgelegt. 10 % der Studierenden, die in die deutsche Staatsbürgerschaft wechselten machen keine Angaben zu ihrer vorherigen Staatsangehörigkeit.

2.2 Hochschulzugang und Vorbildung

2.2.1 Art der Studienberechtigung

Im Sommersemester 2006 verfügt der weitestaus größte Teil der Studierenden über eine allgemeine Hochschulreife (83 %). Rund 13 %

haben das Studium mit einer Fachhochschulreife aufgenommen. Über eine fachgebundene Hochschulreife bzw. sonstige Hochschulzugangsberechtigungen (z.B. durch berufliche Qualifikation) gelangten nur kleine Minderheiten an die Hochschulen (3 % bzw. 1 %). Im Vergleich zu 2003 zeigt sich mit 13 % gegenüber 9 % eine deutliche Zunahme von Studierenden mit Fachhochschulreife (Bild 2.6).

Hinsichtlich ihrer Hochschulzugangsberechtigung unterscheiden sich auch 2006 Studierende an Fachhochschulen von denen an Universitäten. Verfügen an den Universitäten 96 % aller Studierenden über eine allgemeine Hochschulreife, so sind es an den Fachhochschulen 52 %. Die Fachhochschulreife spielt an den Universitäten erwartungsgemäß eine zu vernachlässigende Rol-

Bild 2.6 Art der Hochschulzugangsberechtigung nach Geschlecht und Hochschulart Studierende in %¹

Hochschulzugangsberechtigung	Geschlecht						Hochschulart						Insgesamt		
	männlich			weiblich			FH			Uni					
	1991	2003	2006	1991	2003	2006	1991	2003	2006	1991	2003	2006	1991	2003	2006
allgemeine Hochschulreife	81	83	79	91	91	88	48	60	52	95	96	96	85	87	83
Fachhochschulreife	16	13	16	6	6	9	49	31	39	2	2	2	12	9	13
fachgebundene Hochschulreife	3	3	4	3	2	2	3	8	8	3	1	1	3	3	3
andere Hochschulzugangsberechtigung	2)	1	1	2)	1	1	2)	1	1	2)	1	1	2)	1	1

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ ab 2006 einschl. Bildungsinländer/innen

² nicht erfasst

le, wohingegen der Anteil der Studierenden mit Fachhochschulreife an den Fachhochschulen fast zwei Fünftel der Studierenden ausmacht (39 %). Hier zeigt sich gegenüber 2003 eine deutliche Veränderung. An den Fachhochschulen liegt der Anteil der Studierenden mit einer fachgebundenen Hochschulreife bei 8 %, an den Universitäten beträgt dieser Anteil lediglich etwas mehr als 1 %. Der Anteil Studierender mit einer „anderen Studienberechtigung“ liegt sowohl an den Universitäten als auch an den Fachhochschulen um 1 %.

Während Frauen häufiger als Männer den Weg an die Hochschule über die allgemeine Hochschulreife gingen (88 % vs. 79 %), studieren Männer im Vergleich zu den Frauen nahezu doppelt so häufig mit Fachhochschulreife oder fachgebundener Hochschulreife (Bild 2.6).

2.2.2 Berufsausbildung vor Studienbeginn

Der Anteil der Studierenden, der vor Aufnahme des Studiums eine Berufsausbildung abgeschlossen hat, ging gegenüber der Erhebung im Jahr 2003 um einen Prozentpunkt zurück (Bild 2.7). Jeder vierte Studierende kann einen Berufsabschluss vorweisen (25 %). Damit erreicht der Anteil von Studierenden mit abgeschlossener Berufsausbildung fast wieder den Stand von 1985, als in den alten Ländern ein Wert von 24 % gemessen wurde.

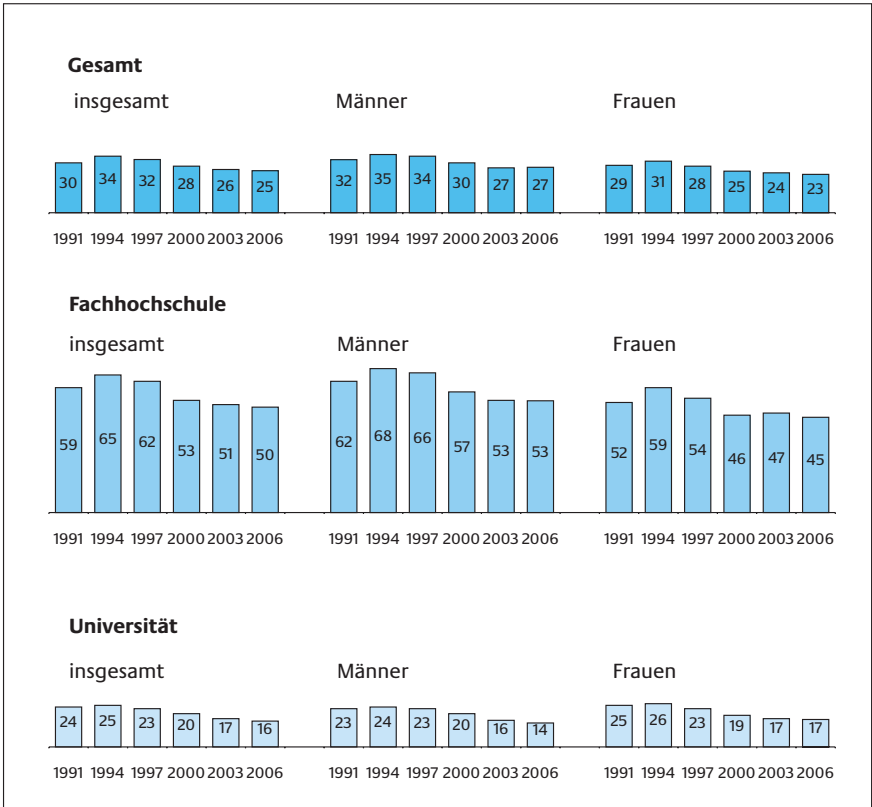
Der Rückgang von Studierenden mit ab-

geschlossener Berufsausbildung ist an Universitäten und Fachhochschulen gleichermaßen zu beobachten. Auch nähern sich die Studierenden in den neuen und alten Ländern hier weiter an. Fiel der Anteil der Studierenden an Fachhochschulen mit abgeschlossener Berufsausbildung in den neuen Ländern im Jahr 2003 mit 43 % noch neun Prozentpunkte geringer als der entsprechende Anteil in den alten Ländern aus, beträgt der Unterschied im Sommersemester 2006 lediglich drei Prozentpunkte (48 % in den neuen gegenüber 51 % in den alten Ländern). Werden die Bildungsinländer/innen berücksichtigt, verringert sich der Unterschied sogar auf einen Prozentpunkt. An den Universitäten beträgt der Anteil der Studierenden mit abgeschlossener Ausbildung in den alten Ländern 16 %, in den neuen Ländern knapp 14 %.

Geschlechtsspezifische Unterschiede bezüglich der Berufsausbildung an den Fachhochschulen zeigen sich auch 2006. Unter Berücksichtigung der Bildungsinländer/innen zeigt sich, dass lediglich 45 % der Frauen, aber 53 % der Männer erst einen Beruf erlernen, bevor sie sich für ein Studium an einer Fachhochschule einschreiben (Bild 2.7).

Wie auch im Jahr 2003 gibt es 2006 bei der Berufsausbildung vor Aufnahme des Studiums deutliche Unterschiede zwischen den Fächergruppen. Nicht einmal jeder siebte Studierende im Lehramt und knapp jeder achte Studierende der Rechtswissen-

Bild 2.7 Studierende mit beruflicher Ausbildung nach Hochschulart und Geschlecht¹
in %



¹ ab 2006 inkl. Bildungsinländer/innen

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

schaften hat vor Studienbeginn eine Berufsausbildung abgeschlossen. Im Gegensatz dazu trifft dies auf nahezu vier von zehn Studierenden der Wirtschafts- bzw. Ingenieurwissenschaften zu.

Eine Differenzierung der Gruppe der Studierenden nach dem Zeitpunkt der abgeschlossenen Berufsausbildung zeigt, dass der Anteil der Studierenden, der erst einen Berufsabschluss und anschließend die Hoch-

schulzugangsberechtigung erlangt hat, gegenüber 2003 deutlich anstieg. Damit werden die Ergebnisse der HIS-Studienberechtigtenuntersuchungen bestätigt, die eine solche Entwicklung nahe legten (Heine u.a. 2005, Heine u.a. 2006). Die Zunahme ist besonders an Fachhochschulen zu beobachten.

2.2.3 Zeitliche Verzögerung der Studienaufnahme

Auch im Jahr 2006 beginnen Studierende ihr Studium durchschnittlich 16 Monate nach dem Erlangen der Hochschulzugangsberechtigung. Der Medianwert liegt dabei mit neun Monaten deutlich niedriger. Der Median gibt an, in welchem Zeitraum die Hälfte aller Studierenden ein Studium aufnimmt. Er ist robuster gegen besonders stark vom arithmetischen Mittel abweichende Angaben.

Insbesondere durch die Pflicht zum Wehr- oder Zivildienst ist bei Studenten, trotz eines in den letzten Jahren erheblichen Rückganges des Anteils der Wehr- oder Zivildienstleistenden, die zeitliche Lücke zwischen dem Erlangen der Hochschulzugangsberechtigung und der Studienaufnahme größer (zum Wehr- und Zivildienst, vgl. Heine u.a. 2007). Studenten beginnen ihr Studium im Durchschnitt 17 Monate nach dem Erwerb der Studienberechtigung (Median: 14 Monate), während Studentinnen bereits nach etwa 14 Monaten ihr Studium aufnehmen. Über 50 % der Frauen begannen ihr

Studium jedoch in einem Zeitraum von maximal vier Monaten nach Erlangen der Hochschulzugangsberechtigung.

Einige Monate Wartezeit können allerdings allein auf die Zeitdifferenz zwischen dem genauen Zeitpunkt des Schulabganges und dem nächstmöglichen Studienbeginn zurückgeführt werden. Deshalb werden seit 17. Sozialerhebung nur diejenigen als „Verzögerer“ definiert, die eine Wartezeit von mindestens vier Monaten angeben. Nach dieser Definition sind 72 % der Studierenden im Sommersemester 2006 als „Studienverzögerer“ auszumachen. Das sind 3 % weniger als im Sommersemester 2003.

Die Wartezeiten bis zum Studienbeginn betragen bei den „Studienverzögerern“ im Mittel 21 Monate. Allerdings liegt auch hier der Medianwert mit 14 Monaten wesentlich niedriger. Erwartungsgemäß ist die Wartezeit bis zur Studienaufnahme stark von einer eventuellen Berufsausbildung vor dem Studium abhängig. Studierende, die ihr Studium verzögert aufnehmen und keine Berufsausbildung vor der Studienaufnahme absolvieren, haben, wie auch 2003, eine mittlere Verzögerungsdauer von gut einem Jahr (13 Monate). Die Verzögerungsdauer steigt bei Studierenden, die vor Erlangen der Hochschulreife einen Beruf erlernt haben, auf 23 Monate. Für Studierende, die in einer dualen Ausbildung gleichzeitig den Berufsabschluss und ihre Hochschulzugangsberechtigung erwerben, beträgt der Zeitraum bis zur Aufnahme des Studiums im

Durchschnitt fast drei Jahre. 50 % dieser Gruppe haben das Studium allerdings spätestens nach 15 Monaten aufgenommen. Die zweite Hälfte dieser Gruppe versucht offenbar durch das Sammeln von Berufserfahrung und die sich daran anschließende Aufnahme eines Studiums, die Berufschancen im Anschluss an das Studium zu erhöhen. Studierende, die erst nach Erreichen einer Hochschulzugangsberechtigung einen Berufsabschluss erlangen, nehmen durchschnittlich nach 54 Monaten ihr Studium auf. Das ist gegenüber 2003 eine leichte Zunahme.

Sowohl das Geschlecht als auch der Zeitpunkt einer eventuell abgeschlossenen Berufsausbildung sowie die Hochschulart beeinflussen die Zeitspanne zwischen Ablegen der Hochschulreife und der Studienaufnahme. Die Unterscheidung nach der Region der Hochschulreife zeigt, dass Studienanfänger/innen aus den neuen Ländern geringfügig länger bis zur Studienaufnahme brauchen als diejenigen aus den alten Ländern. Im Unterschied zu 2003 hat die soziale Herkunft der Studierenden keinen signifikanten Einfluss auf den Zeitpunkt der Studienaufnahme.

2.3 Studierneigung und Studienverzicht

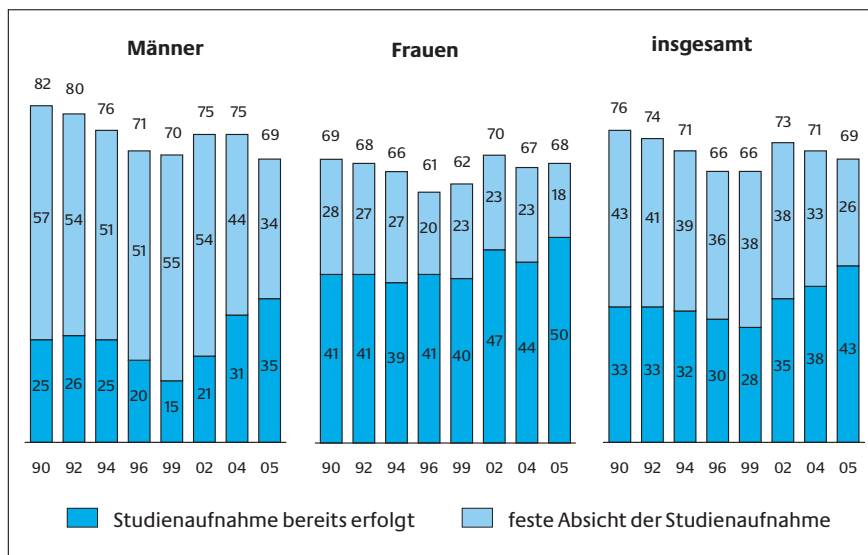
Zwischen 1990 und 1999 nahm die Brutto-Studierquote (der Anteil derjenigen, die zum Befragungszeitpunkt ein Studium bereits aufgenommen oder fest geplant ha-

ben) kontinuierlich ab. Nachdem sich im Studienjahr 2002 ein Ende des Absinkens der Brutto-Studierquote abzuzeichnen schien, muss diese Vermutung inzwischen relativiert werden. Gegenwärtig gehen die Studierquoten nach dem kurzzeitigen Anstieg im Jahre 2002 weiter zurück (Heine u.a. 2005, 2006).

Die Brutto-Studierquote betrug 2005 69 % und näherte sich damit den Werten der zweiten Hälfte der 1990er Jahre an (Bild 2.8). Diese Entwicklung erklärt sich nur aus dem Zusammenspiel vieler verschiedener Merkmale. Einen möglichen Einfluss stellen die beruflichen Alternativen dar, die sich für Schulabgänger/innen mit Hochschulzugangsberechtigung auch außerhalb der Hochschule bieten (Heine u.a. 2006, S.43). Die Attraktivität der beruflichen Chancen wird im Vergleich mit den Berufschancen nach einem Studienabschluss zum Teil als günstiger empfunden. Probleme bei der Studienfinanzierung können ebenfalls Grund für einen Studienverzicht sein (ebd., S.25).

Für das Jahr 2005 liegen keine nach Ländern differenzierten Quoten vor. Die Brutto-Studierquoten sind im Jahr 2004 lediglich in vier Ländern gestiegen (Bild 2.9). Der deutlichste Anstieg ist in Niedersachsen und Sachsen zu verzeichnen. In diesen Ländern gaben Studienberechtigte um vier bzw. fünf Prozentpunkte häufiger als 2002 an, ein halbes Jahr nach dem Schulabgang ein Studium bereits aufgenommen zu haben

Bild 2.8 *Brutto-Studierquote ein halbes Jahr nach Schulabgang*
Studienberechtigte des jeweiligen Jahrgangs, in %



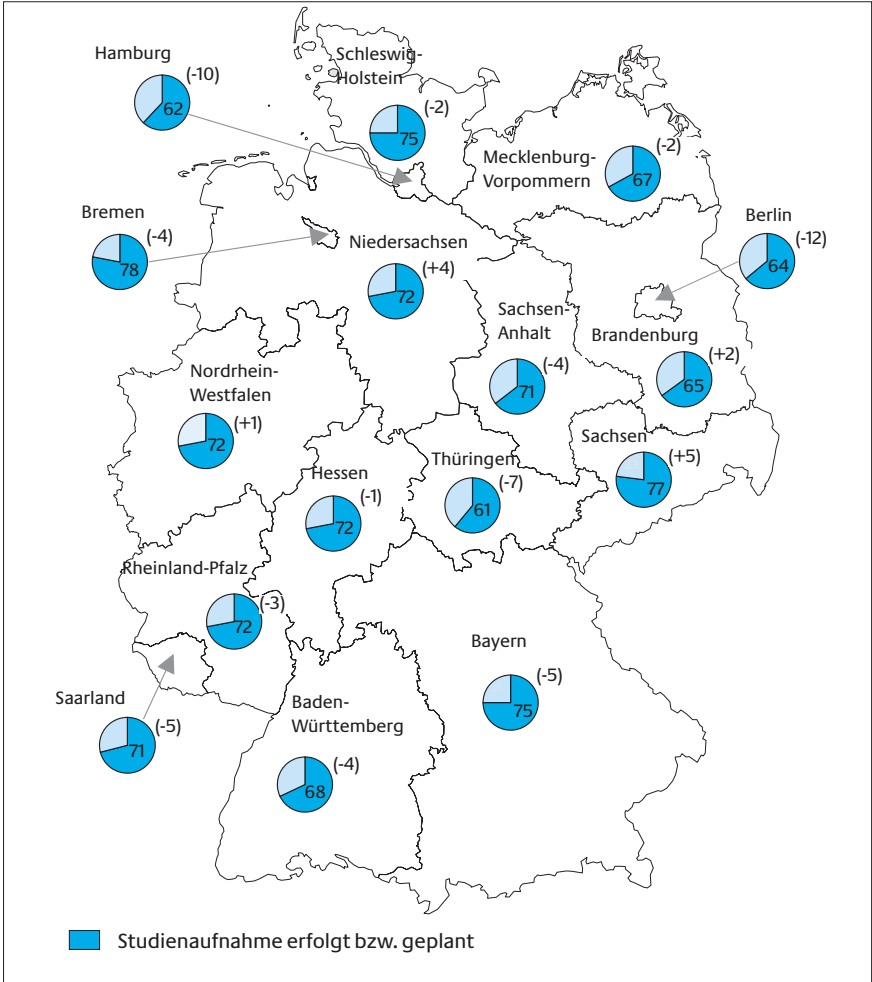
HIS Studienberechtigtenpanel

bzw. dies fest vorzuhaben.

In den anderen Ländern ist ein zum Teil deutlicher Rückgang der Studierquoten feststellbar. Während Länder wie Schleswig-Holstein, Bremen und Bayern, von einem hohen Niveau ausgehend, einen im Vergleich geringen Rückgang aufweisen (vier bzw. fünf Prozentpunkte) und noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegen, ist der Rückgang der Brutto-Studierquote in Berlin, Hamburg und Thüringen mit sieben bis zwölf Prozentpunkten am stärksten. Diese Länder weisen mit Werten von 61 bis

64% die niedrigsten Brutto-Studierquoten auf. Hessen, Rheinland-Pfalz, das Saarland und Baden Württemberg haben moderate Rückgänge zu verzeichnen und weisen im Bundesvergleich durchschnittliche Studierquoten auf. Ebenfalls uneinheitlich zeigt sich die Entwicklung in den neuen Ländern. Während sich in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, ausgehend von einem geringen Niveau im Jahr 2002, geringe Veränderungen zeigen, steht Sachsen-Anhalt im Mittelfeld. Sachsen weist den zweithöchsten Wert bundesweit auf,

Bild 2.9 Brutto-Studierquote 2004 nach Ländern¹
in Klammern: Veränderung gegenüber 2002 in Prozentpunkten



¹ Die Ergebnisse des Studienberechtigtenpanel 2006 lassen aufgrund der Rückläufe in einzelnen Ländern keine Differenzierung nach Ländern zu.

Thüringen den geringsten. Die Entwicklung der Brutto-Studierquoten in den Ländern weisen demnach keine systematischen Unterschiede auf (Bild 2.9).

3. Bildungsbeteiligung

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick¹				
Bildungsbeteiligung im Jahr 2004 an Schwelle 2 und Schwelle 4		insges.	alte Länder	neue Länder
Schwelle 2:	gymnasiale Oberstufe (Klassen 11-13)	54	55	50
Schwelle 3:	Studienberechtigung(-quote)	42	43	36
Schwelle 4:	Studienaufnahme/Studienanfängerquote			
	- nach Land des Studienortes	37	39	31
	- nach Land der Hochschulzugangsberechtigung	31	31	29
Sozialgruppenspezifische Bildungsbeteiligung 2005 an Schwelle 2 und Schwelle 4		Sekundarstufe II (Klassen 11-13)	Hoch- schule	
	nach allgemein bildendem Schulabschluss des Vaters			
	- Hauptschule	36		19
	- Realschule	49		26
	- Fachhochschulreife	78		72
	- allgemeine Hochschulreife	83		71
	nach akademischem Abschluss des Vaters			
	- mit Hochschulabschluss	88		83
	- ohne Hochschulabschluss	46		23
	nach beruflicher Stellung des Vaters			
	- Arbeiter	36		17
	- Angestellte	62		40
	- Selbständige	61		52
	- Beamte	74		67
	nach beruflicher Stellung und akademischem Abschluss des Vaters			
Angestellte	- mit Hochschulabschluss	87		76
	- ohne Hochschulabschluss	55		27
Selbständige	- mit Hochschulabschluss	100		87
	- ohne Hochschulabschluss	51		38
Beamte	- mit Hochschulabschluss	87		95
	- ohne Hochschulabschluss	60		37

¹ Je nach Verfügbarkeit der (amtlichen) Daten sind die Bildungsbeteiligungsquoten unterschiedlich aktuell.

Technische Hinweise

Definitionen:

- **Studienberechtigtenquote:**
Anteil der Studienberechtigten an der altersspezifischen Bevölkerung (18 bis unter 21 Jahre).
- **Studienverzichtsquote:**
Anteil Studienberechtigter, die ein halbes Jahr nach Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung nicht studieren und keine feste Absicht haben, ein Hochschulstudium aufzunehmen.
- **Studienanfängerquote:**
Anteil der Studienanfänger/innen im ersten Hochschulesemester an der Bevölkerung des entsprechenden Alters (Quotensummenverfahren).
- **Quotensummenverfahren:**
Summe der Anteilswerte der Studienanfänger/innen an den entsprechenden Altersjahrgängen der Bevölkerung.
- **Sozialgruppenspezifische Bildungsbeteiligungsquote:** Anteil der Studienanfänger/innen einer sozialen Gruppe (z. B. Akademikerkinder) an der altersgleichen Bevölkerung derselben Gruppe.
- **Familienbezugs-person:**
Konstrukt der amtlichen Statistik, nach dem die Zuordnung von Haushalten zu bestimmten Gruppen nach den Merkmalen einer einzelnen Haushaltsperson erfolgt. Diese Person ist bei Familienhaushalten ganz überwiegend der Vater, bei Alleinerziehenden in der Regel die Mutter. Aus Gründen der Lesbarkeit wird oft verkürzend nur vom „Vater“, gesprochen.

Bezugsgruppen:

- **Bildungsbeteiligung an Schwelle 2 (gymnasiale Oberstufe):**
17-18 -Jährige (Deutsche und Bildungsinländer/innen)
- **Bildungsbeteiligung an Schwelle 3:**
18- bis unter 21-Jährige (Deutsche und Bildungsinländer/innen)
- **Bildungsbeteiligung an Schwelle 4:**
 - nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung bezogen auf Deutsche und Bildungsinländer/innen
 - nach Land des Studienortes bezogen auf deutsche und ausländische Studienanfänger/innen (einschließlich Bildungsausländer/innen)
- **sozialgruppenspezifische Bildungsbeteiligung an Schwelle 4:**
19- bis unter 25-jährige deutsche Bevölkerung (Sechsjahresdurchschnitt) sowie alle deutschen Studienanfänger/innen eines Studienjahres

Datenquellen:

- Sonderauswertungen aus der amtlichen Bevölkerungsstatistik
- Sonderauswertungen verschiedener Mikrozensen
- Amtliche Bildungsstatistik (Allgemein bildende Schulen, 1952-2004)
- Amtliche Hochschulstatistik (Studienanfängerzahlen, 1982-2004)
- HIS-Studienberechtigtenbefragungen 1990, 1994, 1996, 1999, 2002, 2004, 2005
- HIS-Studienanfängerbefragungen 2000, 2003, 2005

3.1 Quoten der Bildungsbeteiligung im Rahmen der Sozialerhebung

Für eine Untersuchungsreihe, die sich mit der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Studierenden in Deutschland beschäftigt, liegt es nahe, auch nach der Entstehung der Bildungsbeteiligung, ihrer Bedingungen, Muster und Strukturen zu fragen und im Rahmen dieser Untersuchung darzustellen. So ist das an den Hochschulen anzutreffende Sozialprofil der Studierenden (vgl. Kapitel 4) im Wesentlichen das Resultat von Entscheidungs- und Selektionsprozessen, die der Hochschule zeitlich vorgelagert sind und sich sowohl innerhalb der Familien als auch in den Bildungsinstitutionen, insbesondere an den Übergangsstellen zwischen den aufeinander folgenden Bildungsstufen bzw. -einrichtungen vollziehen.

Die in der Öffentlichkeit breit diskutierten Ergebnisse der in den letzten Jahren durchgeführten Schulleistungsstudien (PISA, TIMSS, IGLU) verweisen auf den insbesondere in Deutschland sehr engen Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft eines Kindes und seinem Schulerfolg. Dieser Zusammenhang wird bereits in den frühen Phasen einer Bildungsbiographie hergestellt. Innerhalb des Bildungssystems werden soziale Ungleichheiten eher verstärkt und generationsübergreifend fortgeschrieben als kompensiert.

Mehrfach ist nachgewiesen worden, dass selbst bei gleichen individuellen Lei-

tungsvoraussetzungen unterschiedliche soziale Herkunftsbedingungen greifen und den weiteren Bildungsweg mitbestimmen. Ein Ausgleich unterschiedlicher Ausgangsbedingungen bzw. nachteiliger familialer Voraussetzungen im Sinne einer Chancengerechtigkeit und individuellen Förderung findet an den Schulen – als den zentralen Bildungsinstitutionen – kaum statt.¹

Die selektive, sozialgruppenspezifische Wirkung institutionalisierter Bildung wird nachfolgend anhand von Quoten des Übergangs zwischen den Bildungseinrichtungen veranschaulicht.

Seit der 12. Sozialerhebung (1988) werden solche sozialgruppenspezifischen Quoten für die Beteiligung auf verschiedenen Bildungsstufen berichtet. Diese Quoten werden ausschließlich unter Verwendung von externen Daten berechnet, das heißt solchen Daten, die nicht aus der im Rahmen der Sozialerhebung durchgeführten Befra-

¹ Theoretische sozialwissenschaftliche Ansätze, insbesondere der bildungssoziologisch orientierten Ungleichheitsforschung, gehen davon aus, dass soziale Ungleichheit ein Ergebnis der Kumulation von primären und sekundären Effekten ist. Zu den primären Effekten zählen dabei alle Faktoren, die dazu beitragen, dass Kinder mit unterschiedlichen (sozialen) Voraussetzungen die Lern- und Kompetenzerwartungen einer Bildungsstufe unterschiedlich gut erfüllen. Unterschiedliche, sozial bedingte Entscheidungen bei Bildungsübergängen gehören zu den sekundären Effekten sozialer Ungleichheit (vgl. dazu u. a. Jackson, Erikson, Goldthorpe, Yaish 2005; Müller, Pollak 2004). Im Rahmen der Sozialerhebungen kann jedoch nicht zwischen primären und sekundären Effekten unterschieden werden.

gung stammen, sondern aus der amtlichen Statistik oder anderen empirischen Untersuchungsreihen, die HIS Hochschul-Informationssystem durchführt (siehe Kap. 3.3).

Die zum Teil sehr langen Zeitreihen geben einen Eindruck von der – trotz einer beträchtlichen historischen Dynamik in der Entwicklung der Bildungsbeteiligung – weitgehend unveränderten sozialen Abhängigkeit der Bildungs- und Zugangschancen. Die Daten setzen die soziale Zugehörigkeit der Studienanfänger/innen in Beziehung zur Sozialstruktur der altersgleichen Bevölkerung und veranschaulichen auf diese Weise die sozial erheblich variierenden Zugangschancen zum Hochschulstudium.

Die Datengrundlage lässt es nicht zu, zwischen primärer und sekundärer Ungleichheit zu unterscheiden, sondern nur den gemeinsamen Effekt auszuweisen.

3.2 Bildungsbeteiligung im Bildungsverlauf – Bildungsschwellen

Der Weg zu einem (ersten) akademischen Abschluss setzt in der Regel das erfolgreiche Durchlaufen des Schul- und Hochschulsystems voraus. Der Struktur des Bildungssystems folgend, sind an den charakteristischen Übergangsstellen zwischen den einzelnen Bildungseinrichtungen fünf wesentliche Schwellen zu überwinden (Bild 3.1).

1. Schwelle: Übergang Primarbereich – Sekundarbereich I (weiterführende Schular-ten): In den meisten Ländern ist bereits nach

der 4. Klasse (mit Ausnahmen wie 6-jährige Grundschule, Förderstufe, Orientierungsstufe) zu entscheiden, welche Schulart (Gymnasium, Gesamtschule, Schulart mit mehreren Bildungsgängen, Realschule, Hauptschule o.a.) ein Kind weiterhin besucht. Hauptschulen werden hier nicht als weiterführend betrachtet.

2. Schwelle: Übergang Sekundarbereich I – Sekundarbereich II: Bei guten Zensuren und erfolgreichem Abschluss der 10. Klasse kann auch von der Real- oder der Hauptschule in die gymnasiale Oberstufe (11. bis 13. Klasse) aufgestiegen werden.

3. Schwelle: Erwerb einer Studienberechtigung (allgemeine und fachgebundene Hochschulreife): Das Bestehen der Reifeprüfung ermöglicht ein Hochschulstudium. Diese Schwelle erreicht ein inzwischen nicht unerheblicher Teil auch auf dem Weg über Fachoberschulen oder andere Einrichtungen der beruflichen Bildung. Ein kleiner Teil gelangt zu dieser Schwelle über die klassischen Formen des so genannten Zweiten Bildungsweges, das Abendgymnasium oder ein Kolleg.

4. Schwelle: Realisierung der Studienberechtigung durch Studienaufnahme: Nicht jeder Studienberechtigte nimmt tatsächlich ein Studium auf. Ein kleiner Teil der Studierenden (weniger als 1 %) kommt ohne schulische Studienberechtigung über besondere Zulassungswege für beruflich qualifizierte Bewerber/innen in die Hochschule.

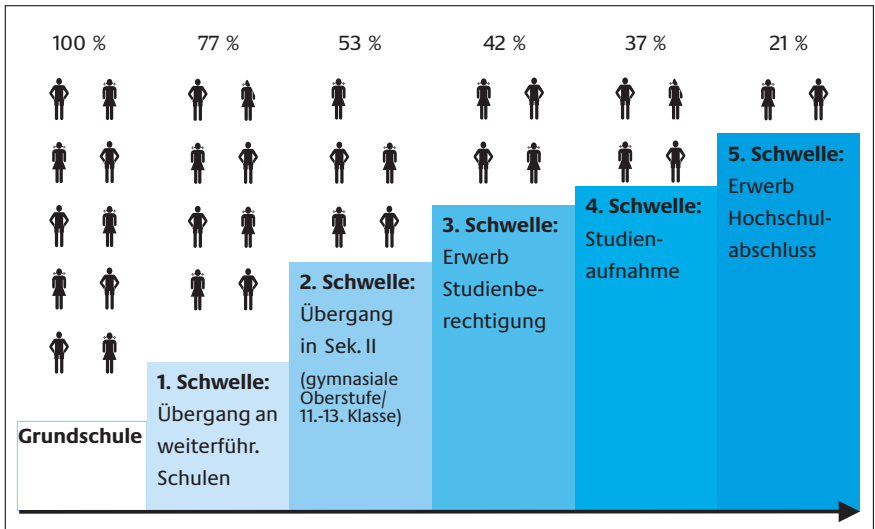
5. Schwelle: Erwerb eines (ersten) Hochschulabschlusses: Keineswegs alle Studierenden beenden ihr Erststudium erfolgreich, weshalb die Absolventenquote, auf die im Folgenden nicht weiter eingegangen wird, erheblich unterhalb der Studienanfängerquote liegt.

Die Bildungsbeteiligungsquoten für die Schwellen 1, 2 und 4 stellen die Anteile derjenigen dar, die aus den jeweiligen Gruppen an eine weiterführende Schule, in die gymnasiale Oberstufe bzw. in ein Hochschulstu-

dium gelangt sind. Sie geben keine Auskunft darüber, zu welchen Anteilen diese Bildungsstufen erfolgreich absolviert werden, d. h. welches Bildungsniveau im Ergebnis tatsächlich erreicht wird.

Die nachhaltigste Selektionswirkung geht nach wie vor von der ersten Bildungsschwelle aus. Diejenigen, welche die dritte oder vierte Schwelle erreichen, stellen eine bereits erheblich – und keineswegs nur nach Leistungsmerkmalen – „vorgefilterte“ Gruppe dar. Korrekturen einmal getroffener Bil-

Bild 3.1 Bildungsbarrrieren: Fünf Schwellen der Bildungsbeteiligung 2004¹
in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹Anteil der Deutschen und Bildungsinländer/innen an der altersspezifischen Bevölkerung

Quellen: StBA, Fachserie A Bevölkerung und Kultur, Reihe 10, Bildungswesen, I. Allgemeinbildende Schulen, verschiedene Jahrgänge; BMBF, Grund- und Strukturdaten 2005/06; StBA: Bevölkerungsstatistik; StBA: Hochschulstatistische Kennzahlen, Fachserie 11; eigene Berechnungen

dungsentscheidungen sind häufig nur auf Umwegen realisierbar und mit zum Teil erheblichen Zeitverlusten verbunden.

Da jedoch auch solche Möglichkeiten zur Korrektur eingeschlagener Bildungswege oft sozial selektiv wahrgenommen werden (Hillmert, Jacob 2005), bleibt ihr Beitrag zum Ausgleich dieser hochgradig verfestigten Form soziokultureller Bildungsvererbung relativ begrenzt.

3.3 Zur Berechnung der Bildungsbeteiligungsquoten

Bildungsbeteiligungsquoten in der hier berechneten Form sind streng von statistischen Angaben zur sozialen Zusammensetzung einer Bildungspopulation (z.B. der Studierenden) zu unterscheiden. Bildungsbeteiligungsquoten geben Auskunft über die (statistische) Chance, die Angehörige einer jeweils betrachteten (Alters- und/oder Sozial-)Gruppe haben, an eine bestimmte Bildungsinstitution zu gelangen oder ein bestimmtes Bildungsniveau zu erreichen.

Die für eine soziale Gruppe – z. B. für Kinder von Akademiker/innen – ermittelte Beteiligungsquote auf einer bestimmten Bildungsstufe kann direkt verglichen werden mit der entsprechenden Quote für Kinder einer anderen Sozialgruppe – z. B. für Kinder von Arbeitern.

Für die Berechnung der Bildungsbeteiligungsquoten werden alle Gleichaltrigen einer Alters- oder Sozialgruppe in der Bevölkerung als Bezugsgröße für diejenigen aus die-

ser Alters- bzw. Sozialgruppe herangezogen, die sich auf der jeweils betrachteten Bildungsstufe befinden. Das heißt: unabhängig von der konkreten Größe einer betrachteten Gruppe kann auf die jeweiligen Bildungschancen ihrer Kinder im direkten Vergleich zu den Chancen der Kinder aus anderen Gruppen geschlossen werden.

Unter dieser Voraussetzung sind Aussagen möglich wie: „von 100 Kindern aus einer Arbeiterfamilie gelangen x in ein Studium, von 100 Kindern, deren Vater Beamter ist, hingegen y“ (Bildungsbeteiligung in %). Die unterschiedliche Bildungsbeteiligung ist dabei ein Indikator für die Verteilung der Bildungschancen zwischen den sozialen Gruppen, wobei Aussagen über die Chancenstruktur nur im Vergleich möglich sind, wie beispielsweise „Kinder von Akademiker/innen haben im Vergleich zu Kindern aus Nicht-Akademiker-Familien eine z-mal so große Chance, an die Hochschule zu gelangen“ (Chancen-Verhältnis = Odds Ratio).²

² Die Kennziffer Odds Ratio (Chancen-Verhältnis) drückt im hier betrachteten Zusammenhang aus, um wie viel größer die Chancen einer Studienaufnahme für Kinder einer sozialen Gruppe (z. B. der Beamten) im Vergleich zu Kindern einer anderen sozialen Gruppe (z.B. Arbeiter) sind. Zur Berechnung dienen die Bildungsbeteiligungsquoten. Für das genannte Beispiel ist ein Odds Ratio $R(\text{Beamte} : \text{Arbeiter}) = 64\% : 18\% = 3,6$. Der Wert 1 steht für ein gleiches, ausgewogenes Chancenverhältnis. Der ermittelte Wert von 3,6 sagt aus, dass die Chancen auf ein Hochschulstudium für die Kinder Beamter dreieinhalb Mal so groß sind wie für Kinder von Arbeitern (alte Länder, vgl. Bild 3.24).

Zeitreihen zu den Beteiligungsquoten informieren über die Entwicklung der Bildungschancen für die einzelnen Gruppen – und zwar unabhängig davon, wie sich der Umfang dieser Gruppen im Zeitverlauf verändert hat. Die Aussagekraft von Bildungsbeteiligungsquoten in der hier berechneten Form wird also nicht davon berührt, wie groß der Anteil einer sozialen Gruppe an der Bevölkerung ist und ob dieser Anteil zu- oder abgenommen hat.

Bildungsbeteiligungsquoten sind sowohl inhaltlich als auch methodisch etwas anderes als Prozentwerte, mit denen die soziale Zusammensetzung der Studierenden beschrieben wird (z.B. „unter den Studienanfängern des Jahres x befinden sich y % Arbeiterkinder“). Die soziale Zusammensetzung aller Studierenden – als ein Charakteristikum der Institution Hochschule – steht jedoch insofern in einem Zusammenhang mit sozialgruppenspezifischen Bildungsbeteiligungsquoten, als die Sozialstruktur der Studierenden letztlich das Resultat unterschiedlicher Beteiligungsquoten ist (von den Selektionsprozessen innerhalb der Hochschule selbst abgesehen).

Bildungsbeteiligungsquoten sagen etwas über Chancenstrukturen aus, Daten zur sozialen Zusammensetzung der Studierenden etwas über das soziale Milieu in der Hochschule und den Studienfächern, für das es gewiss nicht ohne Belang ist, dass inzwischen kontinuierlich mehr als die Hälfte aller Studienanfänger/innen aus Elternhäu-

sern kommen, in denen mindestens ein Elternteil bereits selbst über einen Hochschulabschluss verfügt.

Die Berechnung von Bildungsbeteiligungsquoten, die immer einen Bezug zur Struktur der gesamten Bevölkerung enthalten, beugt dem gelegentlich zu hörenden Einwand vor, der Anteil einer bestimmten sozialen Gruppe, etwa der Arbeiterkinder, an den Studierenden sei nur deshalb so gering, weil es sich bei den Arbeitern um eine langsam verschwindende gesellschaftliche Schicht handele. Dieser Einwand verwechselt soziale Zusammensetzung und Bildungsbeteiligung.

Die Ermittlung der Relation zwischen der Gesamtgruppe und den Beteiligten aus dieser Gruppe auf einer bestimmten Bildungsstufe (z.B. Zugang zur Hochschule) erfolgt stets nur innerhalb dieser Sozialgruppe. Ihr absoluter Umfang im Vergleich zu dem anderer Sozialgruppen ist für das hier verfolgte Ziel, relative Chancenstrukturen darzustellen, ohne Relevanz.

Der Vergleich zwischen den Gruppen erfolgt erst auf der Grundlage der statistisch so ermittelten sozialgruppenspezifischen Beteiligungsquoten, also gleichsam erst nach der Transformation in eine einheitliche, anzahlunabhängige „Maßeinheit“.

Für die oben skizzierten fünf Bildungsschwellen stehen Daten der amtlichen Statistik zur Verfügung, die nachfolgend für die Schwellen 1 – 4 aufbereitet werden. Die bisherige Berichterstattung zur Sozialerhe-

bung bezog sich dabei ausschließlich auf deutsche Studierende; die Daten der amtlichen Statistik zur Bildungsbeteiligung (Studienberechtigten, Studienanfängerquoten) wurden daher in der Sozialerhebung bislang nur für Deutsche dargestellt.

Anknüpfend an die aktuelle Debatte um die Chancen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund werden für den vorliegenden Bericht erstmals deutsche Studierende und studierende Bildungsinländer/innen gemeinsam als Grundgesamtheit definiert. Deshalb werden auch für die Beteiligungsquoten – soweit möglich – amtliche Daten in genau dieser Abgrenzung verwendet.

Aus dieser Änderung ergibt sich, dass die bisherigen Zeitreihen durch Zeitreihen ersetzt werden, die beide Gruppen – Deutsche und Bildungsinländer/innen – umfassen. Ein Vergleich der aktuellen Zeitreihen mit denen aus den vorherigen Sozialerhebungen ist deshalb nicht möglich.

Ausgenommen von dieser Erweiterung der Grundgesamtheit um Bildungsinländer/innen sind die im Folgenden für die Schwelle 4 ausgewiesenen sozialgruppenspezifischen Bildungsbeteiligungsquoten. Sie beziehen sich nach wie vor nur auf deutsche Studierende. Diese Einschränkung hat ihre Gründe ausschließlich in der Datenverfügbarkeit: Diese Bildungsbeteiligungsquoten sind nicht Bestandteil der amtlichen Statistik und müssen in einem komplexen Verfahren geschätzt werden.

Dieses Verfahren arbeitet mit zahlreichen Annahmen und Rundungen (siehe Anhang B „Methodische Anmerkungen“; hier findet sich auch ein nachvollziehbares Beispiel). Die Datenlage lässt es derzeit nicht zu, sozialgruppenspezifische Bildungsbeteiligungsquoten unter Einbeziehung der Bildungsinländer/innen zu berechnen.

Zur Ermittlung der sozialgruppenspezifischen Bildungsbeteiligungsquoten werden vier verschiedene, externe Datenquellen verwendet:

1. Amtliche Bevölkerungsstatistik (StBA)
2. Amtliche Hochschulstatistik (StBA)
3. Mikrozensus (StBA)
4. HIS-Studienanfängerbefragung.

Die sozialen Gruppen werden differenziert nach drei Merkmalen der Bezugsperson in der Herkunftsfamilie (was in der Regel gleichbedeutend mit dem Vater bzw. dem allein erziehenden Elternteil ist):³

³ Die Familienbezugsperson ist in der Regel der Vater. Bei Ein-Eltern-Familien ist sie der allein erziehende Elternteil, also häufig auch die Mutter. Obwohl die Familienberichterstattung der amtlichen Statistik auf die sich weiter ausdifferenzierende Pluralität der Familien- und Lebensformen längst reagiert hat und z. B. das traditionelle Familienkonzept (Ehe und Elternschaft) umgestellt hat auf das Lebensformenkonzept (Partner- und Elternschaft; vgl. Heidenreich, Nöthen 2002, Nöthen 2005), wird für die Schätzung sozialgruppenspezifischer Beteiligungsquoten aus methodischen Gründen (Machbar-, Überschaubarkeit) daran festgehalten, die entsprechenden Merkmale der Familienbezugsperson als Indikatoren für den sozialen Status der Herkunftsfamilie Studierender bzw. der altersspezifischen Bevölkerung heranzuziehen.

1. höchster allgemein bildender Schulabschluss,
2. Vorhandensein eines Hochschulabschlusses und
3. berufliche Stellung,

die zusätzlich danach differenziert wird, ob ein Hochschulstudium abgeschlossen wurde oder nicht.

Die vier sozialen Herkunftsgruppen – niedrig, mittel, gehoben, hoch –, welche als Konstrukt in den Berichtsteilen verwendet werden, die auf den Ergebnissen der Befragung Studierender beruhen, können mit der amtlichen Statistik nicht nachgebildet werden. Deshalb ist dieses Differenzierungsmerkmal nicht Bestandteil der folgenden Analyse zur sozialgruppenspezifischen Bildungsbeteiligung.

3.4 Beteiligung an allgemein bildenden Schulen

3.4.1 Schwelle 1: Schulform nach der Grundschule

Ein Indikator für die Dynamik, welche die Entwicklung des Bildungsniveaus in Deutschland in den letzten 50 Jahren kennzeichnet, sind die Anteile, die auf den Besuch der verschiedenen Schultypen in der 8. Jahrgangsstufe entfallen.

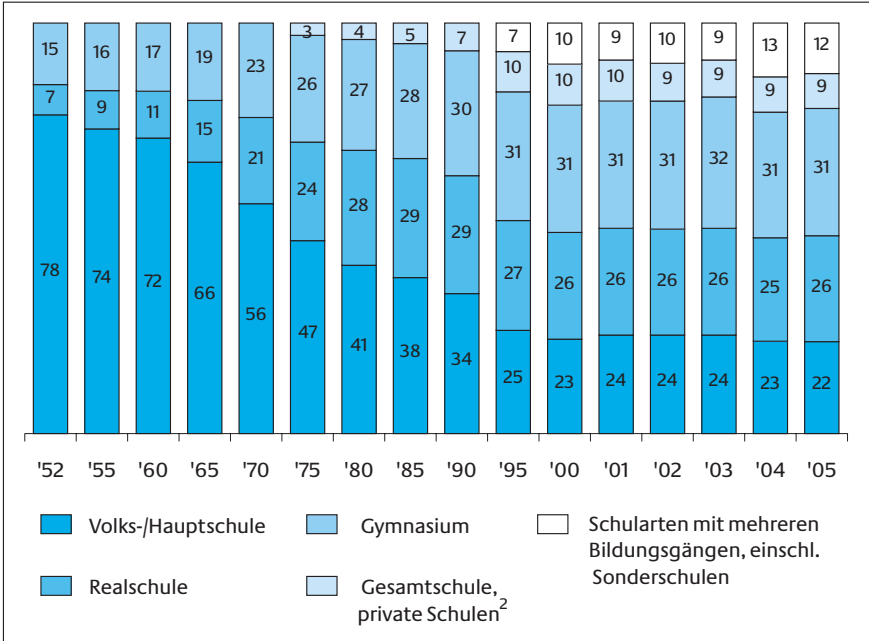
In den 1950er und 1960er Jahren war die Volksschule eindeutig die Regelschule für die Mehrheit der Schüler/innen in dieser Klassenstufe. Sie verlor diese Rolle erst allmählich nach der Umwandlung ihrer Oberstufe in die Hauptschule. In der Mitte

der 1970er Jahre lernte an den Hauptschulen bereits weniger als die Hälfte aller Schüler/innen der 8. Klassen.

Gleichzeitig war der Anteil an Gymnasiastinnen und Gymnasiasten deutlich gestiegen und hatte bereits ein Viertel erreicht. Dieser Trend setzte sich über die 1980er Jahre hinaus fort und erreichte Mitte der 1990er Jahre ein Niveau, das bis heute besteht. Seitdem besuchen weniger als ein Viertel der Schüलगenerationen eine Hauptschule, reichlich jede/r Vierte eine Realschule und fast ein Drittel geht zum Gymnasium (Bild 3.2). Das Gymnasium ist zum unbestrittenen Marktführer unter den Schulformen in der Sekundarstufe I geworden, wenn auch in einem von Land zu Land unterschiedlichem Maße.

Mit dieser Entwicklung war ein Anstieg des Bildungsniveaus breiter Bevölkerungsschichten verbunden, wie sich insbesondere im Vergleich unterschiedlicher Alterskohorten zeigt (etwa der 50- bis 60-Jährigen mit den 30- bis 40-Jährigen). Parallel dazu stiegen auch die Anforderungen des beruflichen Bildungssystems an die schulische Vorbildung seiner Absolventen deutlich, was faktisch eine Entwertung der Hauptschulen und ihrer Abschlüsse als Regelvoraussetzung einer betrieblichen Berufsausbildung zur Folge hatte. Der Abschluss mindestens einer Realschule wurde mehr und mehr zur unerlässlichen Zugangsvoraussetzung für einen Ausbildungsplatz in vielen attraktiven, zukunftssträchtigen Berufen.

Bild 3.2 Schwelle 1: Schülerinnen und Schüler im 8. Schuljahr nach Schulart in Deutschland¹ 1952-2005
in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ ab 1995 einschließlich neue Länder

² ab 1975 separat in der amtlichen Statistik aufgeführt

³ integrierte Klassen für Haupt- und Realschüler/innen, ab 1996 in der amtlichen Statistik

Quellen: StaBA, Fachserie A Bevölkerung und Kultur, Reihe 10, Bildungswesen, I. Allgemeinbildende Schulen, verschiedene Jahrgänge; BMBF, Grund- und Strukturdaten 1997/98 bis 2005/06 (Summenabweichung durch Runden möglich)

Inzwischen konkurrieren Jugendliche, die eine Hochschulreife erworben haben, mit den Schulabgänger/innen der übrigen Schulformen um einen Ausbildungsplatz und sind dabei, zumindest in vielen Branchen, tendenziell erfolgreicher. Im Jahr

2004 wurde von den neuen Ausbildungsverträgen jeder siebte (15 %) von einer Schulabgängerin bzw. einem Schulabgänger mit (Fach-)Hochschulreife abgeschlossen. Einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss hatten 46 % der Auszubildenden im ersten

Ausbildungsjahr. Lediglich ein Drittel blieb mit dem erreichten Abschluss darunter. Der Anteil von Abiturientinnen und Abiturienten in der dualen Ausbildung hatte 1998 mit 16,7 % einen Höchstwert erreicht, fiel bis zum Jahr 2002 auf 13,9 % zu Gunsten eines steigenden Anteils an Absolvent/innen von Real- und gleichwertigen Schulen und steigt seitdem wieder leicht an (2004: 15,3 %, BMBF 2006: 10f).

Eine wesentliche weitere Dimension von Chancenungleichheit auf dieser Stufe des Bildungssystems weist die amtliche Statistik bei der Unterscheidung zwischen deutschen und ausländischen Schülerinnen und Schülern aus. Jugendliche ausländischer Staatsangehörigkeit sind an den Gymnasien stark unterrepräsentiert. Sie bleiben überdurchschnittlich häufig ganz ohne Schulabschluss (vgl. StBA 2006: 56ff).

3.4.2 Schwelle 2: Übergang in die Sekundarstufe II

Die Schulform in der der 8. Klasse bestimmt bereits weitgehend über die Möglichkeit, in die gymnasiale Oberstufe zu gelangen. Von den Jugendlichen, die im Jahr 2005 zwischen 17 und 18 Jahre alt waren, erreichte mehr als jeder zweite (54 %) diese Bildungstufe (Bild 3.3). Damit ist die Beteiligung an den Klassen 11-13 seit Mitte der 1990er Jahre um sechs Prozentpunkte gestiegen (1996: 48 %, Bild 3.6), woran Kinder aus allen Herkunftsgruppen teilhatten, wenngleich in unterschiedlichem Maße, wie nachfolgend gezeigt wird.

Bildungshomogenität der Eltern

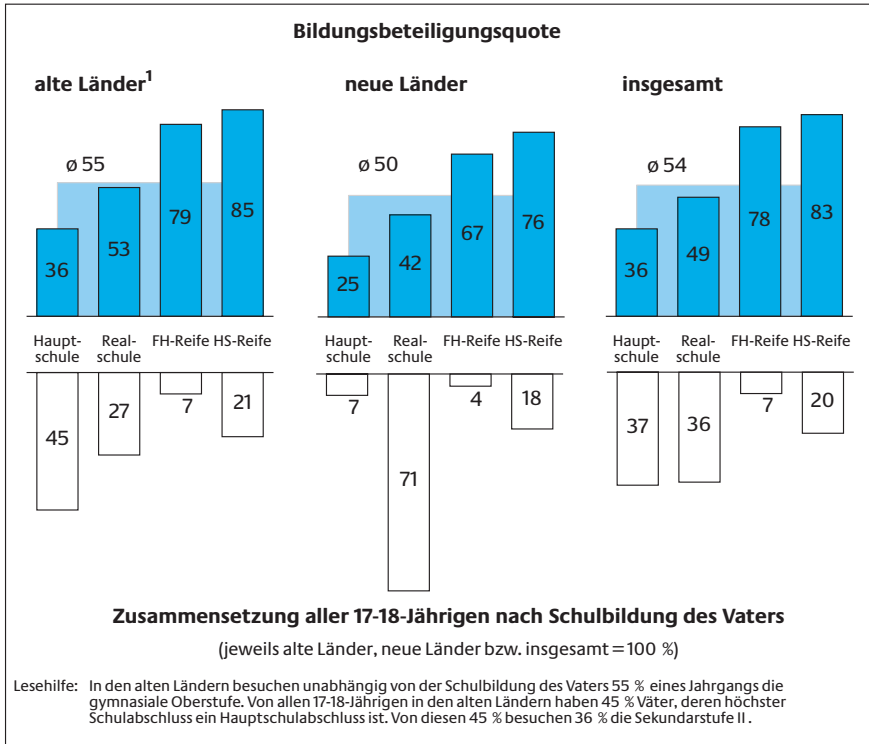
Bei der Berechnung der sozialgruppenspezifischen Bildungsbeteiligungsquoten wird auf Daten der amtlichen Statistik zurückgegriffen und für die sozialstrukturelle Zuordnung eines Haushaltes das jeweilige Merkmal der Familienbezugsperson verwendet.

Da sich hinter der Familienbezugsperson überwiegend der Vater verbirgt, gerät dieses Vorgehen regelmäßig in die Kritik, weil die Bildungs- und Erwerbsbeteiligung der Mütter der gegenwärtigen Studierenden wesentlich höher ist als in den Generationen zuvor.

Dieses Verfahren ist jedoch weniger nachteilig, als angenommen werden könnte. Ein Vergleich des Qualifikationsniveaus beider Eltern von Studierenden (vgl. Abschnitt 4.2) belegt, dass mit der alleinigen Berücksichtigung des Vaters die Bildungsherkunft in der überwiegenden Mehrzahl zutreffend bestimmt wird. Das gilt sowohl für den höchsten beruflichen Ausbildungsabschluss als auch für den höchsten allgemein bildenden Schulabschluss (83 % bzw. 79 %, vgl. Bild 4.10 bzw. Bild 4.7).

Mehr als jede zweite Partnerschaft der Eltern von Studierenden ist hinsichtlich der Bildungsabschlüsse homogen zusammengesetzt. Lediglich etwa jede fünfte Mutter ist schulisch höher qualifiziert als ihr Partner. Bezogen auf den beruflichen Abschluss hat nur noch jede achte Mutter einen höheren Abschluss. Das Argument, dass die Rolle hoch qualifizierter Mütter bei der Fokussie-

Bild 3.3 Schwelle 2: Beteiligung der 17-18-Jährigen an Sekundarstufe II (Klassenstufen 11-13) nach Schulbildung des Vaters 2005 in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ einschließlich Berlin

Quellen: StBA, Sonderauswertung Mikrozensus 2005; eigene Berechnungen

rung auf die Familienbezugsperson/den Vater nicht ausreichend Berücksichtigung findet, relativiert sich in seiner Relevanz auch vor dem Hintergrund familien-/haushaltssoziologischer Befunde (z. B. basierend auf

dem Sozio-Ökonomischen Panel; vgl. Blossfeld, Timm: 25 ff), nach denen die ganz überwiegende Mehrzahl der hoch qualifizierten Frauen (Ehe-)Partner mindestens gleichen Bildungsniveaus haben.

Angesichts dieser ausgeprägten bildungsbezogenen Homogenität in den Partnerschaften der Eltern von Studierenden kann die Beschränkung auf Merkmale nur eines Elternteils, der Familienbezugsperson, als hinreichend genau zur Schätzung der sozialen Zusammensetzung in der altersgleichen Gesamtbevölkerung angesehen werden. Aus Gründen der Lesbarkeit wird nachfolgend die recht spröde Vokabel „Familienbezugsperson“ vermieden und vom „Vater“ gesprochen.

Weiterführender Schulbesuch und Schulbildung des Vaters

Wie weit und wie stark Prozesse der sozialen Auslese durch (tatsächlichen, vermeintlichen oder antizipierten) Schulerfolg, schulische Empfehlungen zum weiteren Bildungsweg und familiäre Abwägungen und Entscheidungen bereits zum Zeitpunkt des Besuchs der gymnasialen Oberstufe gegriffen haben, zeigen die entsprechenden Beteiligungsquoten für einzelne Sozialgruppen. Im Jahr 2005 besuchten in Deutschland von 100 Kindern, deren Vater maximal den Abschluss einer Hauptschule abgelegt hatte, 36 die gymnasiale Oberstufe (Bild 3.3). Gleiches erreichten 83 von 100 Kindern, deren Vater schon eine allgemeine Hochschulreife erwarb, das heißt deutlich mehr als doppelt (2,3-mal) so viele.

In den alten Ländern sind die Chancen der Kinder, deren Vater eine Studienberechtigung erwarb, besonders hoch, auf eine

weiterführende Schule zu gelangen (85 %).

Für Deutschland insgesamt betrachtet, entwickelte sich der Anstieg in der Beteiligung am Sekundarbereich II in den letzten zehn Jahren relativ ausgewogen zwischen den Sozialgruppen, tendenziell sogar eher zu Gunsten bislang unterrepräsentierter Gruppen, wenngleich sich damit an den Chancenrelationen kaum etwas verändert hat. Kinder, deren Vater die Fachhochschulreife erlangt hatte, wiesen die höchste Steigerungsrate bei der Beteiligung an der Sekundarstufe II auf (+5 Prozentpunkte, Bild 3.4). Aber auch Kinder von Vätern mit Hauptschulabschluss besuchten im Jahr 2004 um drei Prozentpunkte häufiger als im Jahr 1996 die Klassenstufen 11-13.

Die Bildungspartizipation der Kinder von Vätern mit dem höchsten Schulzertifikat – der allgemeinen Hochschulreife – scheint kaum noch steigerungsfähig, ihr Po-

Bild 3.4 *Beteiligung an Sek. II nach Schulbildung des Vaters*
in %

höchster allg. Schulabschluss des Vaters	1996	2002	2005
Hauptschule	33	37	36
Realschule	47	46	49
FH-Reife	73	75	78
allg. HS-Reife	84	84	83
insgesamt	48	51	54

tential wird bereits weitgehend ausgeschöpft sein.

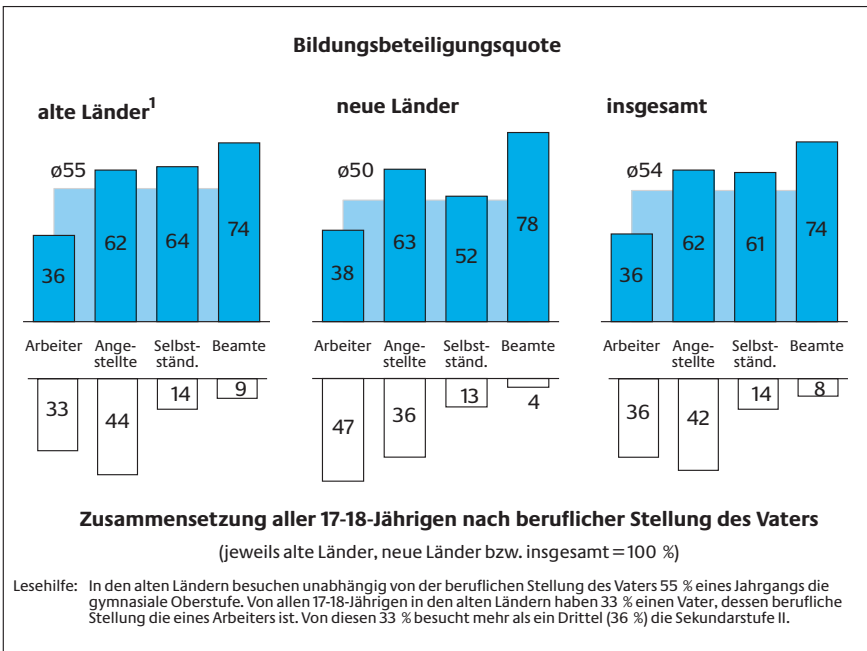
Weiterführender Schulbesuch und berufliche Stellung des Vaters

Die Stellung der Eltern im Beruf ist ein weiteres Merkmal zur Beschreibung unterschiedlicher Bildungschancen der Kinder.

Die größten Chancen, die Klassenstufen 11-13 zu erreichen, haben Kinder von Beamten: Fast drei Viertel von ihnen besuchen im Jahr 2005 die gymnasiale Oberstufe (Bild 3.5).

Die Beteiligungsquoten der Kinder von Angestellten sind etwa gleich hoch wie die der Kinder von Selbständigen (62 % bzw. 61 %). Deutlich dahinter bleiben die Chancen der Arbeiterkinder. Von ihnen gelangt nur

Bild 3.5 Schwelle 2: Beteiligung der 17-18-Jährigen an Sekundarstufe II (Klassenstufen 11-13) nach beruflicher Stellung des Vaters 2005 in %



¹ einschließlich Berlin

Quellen: StBA, Sonderauswertung Mikrozensus 2005; eigene Berechnungen

reichlich ein Drittel in die gymnasiale Oberstufe.

Die Entwicklung der Bildungsbeteiligung seit 1996 zeigt jedoch eine positive Bilanz für die bislang am meisten Benachteiligten: Zwischen 1996 und 2005 hat sich die Beteiligung von Arbeiterkindern an der gymnasialen Oberstufe um 6 Prozentpunkte erhöht. Eine gleich hohe Steigerungsrate weisen nur noch die Kinder Selbständiger auf (Bild 3.6). Im Vergleich dazu hat die Teilhabe am Besuch weiterführender Schulen für die Kinder von Beamten und Angestellten nur leicht zugenommen.

Bild 3.6 *Beteiligung an Sek. II nach beruflicher Stellung des Vaters*
in %

berufliche Stellung des Vaters	1996	2002	2005
Arbeiter	30	34	36
Angestellte	60	60	62
Selbständige	55	58	61
Beamte	72	77	74
insgesamt	48	51	54

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Weiterführender Schulbesuch nach Stellung im Beruf und Bildungsniveau der Eltern

Wie sich Effekte der Herkunft kumulieren, zeigt sich, wenn zusätzlich zur beruflichen Stellung das Bildungsniveau der Eltern berücksichtigt wird. So ist beispielsweise inner-

halb der vier Kategorien, mit denen die Stellung im Beruf ausgewiesen wird, der Anteil derer, die einen Hochschulabschluss erworben haben, unterschiedlich hoch. Dies wirkt sich auf die beschriebenen Unterschiede in den Beteiligungsquoten aus.

Von den Eltern bzw. den Vätern der 17-18-Jährigen des Jahres 2005 hat etwa ein Fünftel einen akademischen Abschluss erworben. Innerhalb der Gruppe der Beamten gibt es anteilig die meisten Akademiker (etwa jeder zweite), gefolgt von den Selbständigen und den Angestellten (mehr als ein Viertel bzw. etwa ein Viertel). Die Zahl der als Arbeiter beschäftigten Hochschulabsolventen ist erwartungsgemäß so gering, dass sie von der amtlichen Statistik nicht ausgewiesen wird.

Unter Hinzunahme des Merkmals „Hochschulabschluss“ verblasst der Einfluss der beruflichen Stellung auf die Beteiligung an der gymnasialen Oberstufe. Die Bildungsbeteiligungsquoten der Kinder von Angestellten, Selbständigen und Beamten sind etwa gleich hoch, wenn nur diejenigen betrachtet werden, deren Vater entweder kein Studium abgeschlossen hat (zwischen 51 % und 60 %) oder Akademiker ist (Bild 3.7). Ein Maximalwert wird dabei von den Kindern erreicht, deren Väter selbständig sind und über einen Hochschulabschluss verfügen (z.B. Ärzte, Rechtsanwälte, sonstige Freiberufler).

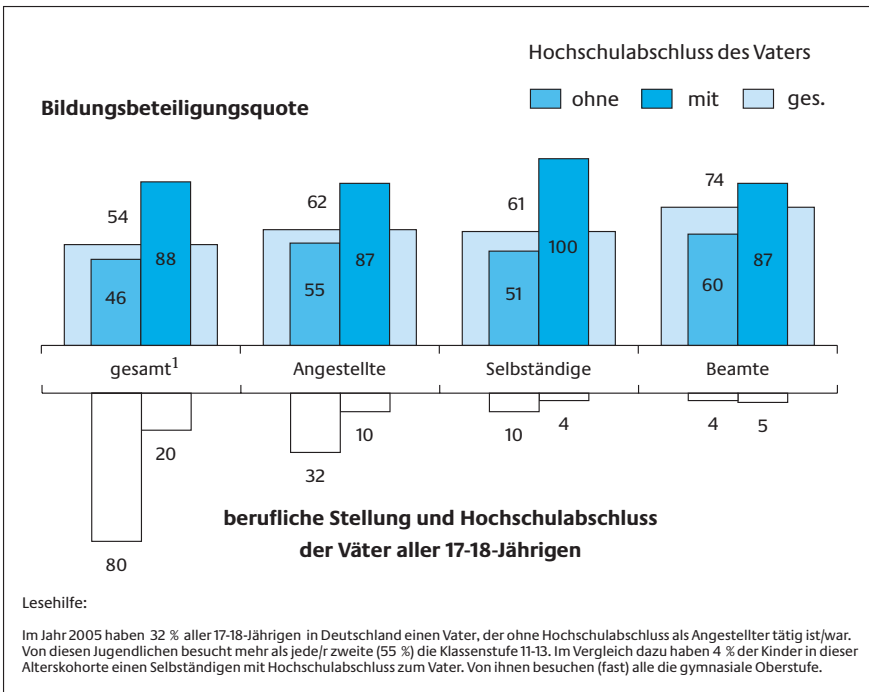
Mit der Nähe bzw. Ferne zu (höherer) Bildung sind zumeist normative kulturelle

Orientierungen verbunden, die sich auch auf die Aspirationen für die Bildung der Kinder erstrecken.

Der offenkundig im Vergleich zur beruflichen Stellung deutlich stärkere Einfluss

des Bildungsniveaus der Eltern erklärt sich daher in erster Linie aus der Affinität beider Merkmale – Bildung des Vaters und Bildung des Kindes.

Bild 3.7 Schwelle 2: Beteiligung der 17-18-jährigen an Sekundarstufe II (Klassenstufen 11-13) nach beruflicher Stellung des Vaters – Vergleich von Vätern mit und ohne Hochschulabschluss 2005
in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Die Quoten für die Bildungsbeteiligung „gesamt“ schließen die berufliche Stellung „Arbeiter“ mit ein. Aufgrund der geringen Anzahl an Arbeitern mit Hochschulabschluss können keine entsprechend differenzierten Quoten ausgewiesen werden.

Quellen: StBA, Sonderauswertung Mikrozensus 2005; eigene Berechnungen

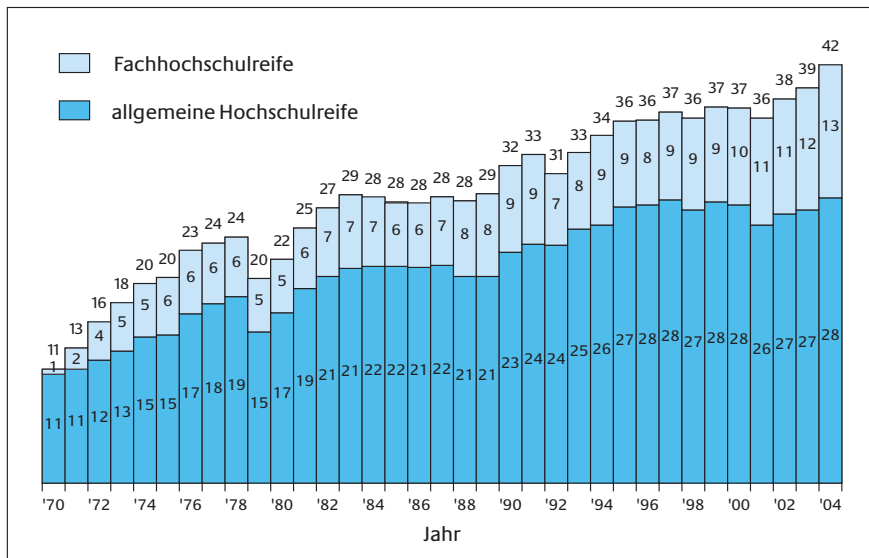
3.4.3 Schwelle 3: Studienberechtigung

In Deutschland hat bereits in den 1950er Jahren eine zunächst langsame, dann massivere Expansion in der Teilhabe an weiterführender Bildung eingesetzt, die sich unter anderem am kontinuierlichen Anstieg des Anteils junger Menschen, der eine Studienberechtigung erwarb, ablesen lässt. Über

den Zeitraum der letzten dreieinhalb Jahrzehnte betrachtet, hat er sich nahezu vervierfacht: 1970 legte lediglich reichlich jeder Zehnte die Hochschulreife ab, im Jahr 2004 bereits 42 %, so viele wie nie zuvor (Bild 3.8).

Die Kontinuität dieses Zuwachses wurde seit 1992 in erster Linie von der Entwicklung in den alten Ländern getragen. Hier lag der Anteil derer, die eine Hochschulreife erwer-

Bild 3.8 Schwelle 3: Anteil der Studienberechtigten an der 18- bis 20-jährigen Bevölkerung (Studienberechtigtenquote) nach Art der Hochschulreife 1970 bis 2004¹
in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

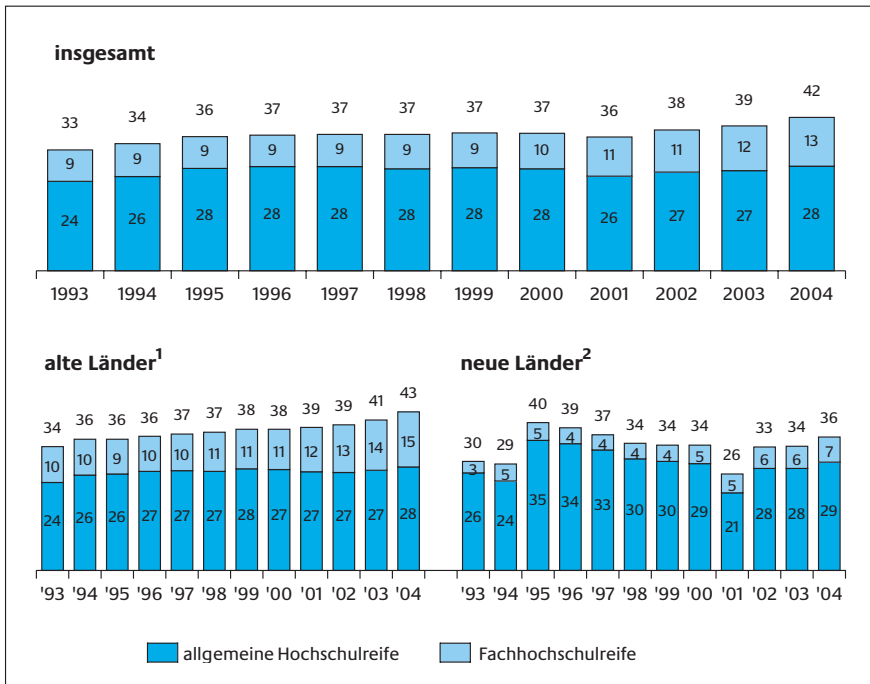
¹ Der Anteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung basiert auf dem Durchschnitt der 17- bis unter 20-jährigen (Länder mit 12 Schuljahren) bzw. der 18- bis unter 21-jährigen (Länder mit 13 Schuljahren) deutschen und ausländischen Wohnbevölkerung am 31.12. des jeweiligen Vorjahres. Ab 1992 einschließlich neue Länder.

Quellen: StBA, Hochschulstatistische Kennzahlen, Fachserie 11 (Rundungsdifferenzen möglich)

ben, im Jahr 2004 um sieben Prozentpunkte höher als in den neuen Ländern (43 % vs. 36 %, Bild 3.9). Die Entwicklung in den neuen Ländern im Bereich der allgemeinen Hochschulreife ist von einer Reihe schulpolitischer Besonderheiten gekennzeichnet.

Der Unterschied zwischen den alten und den neuen Ländern in der Studienberechtigtenquote beruht im Wesentlichen auf einem geringeren Anteil an Studienberechtigten mit Fachhochschulreife in den neuen Ländern.

Bild 3.9 Schwelle 3: Anteil der Studienberechtigten an der altersspezifischen Bevölkerung (Studienberechtigtenquote) 1993 - 2004 nach Art der Hochschulreife und Region in %



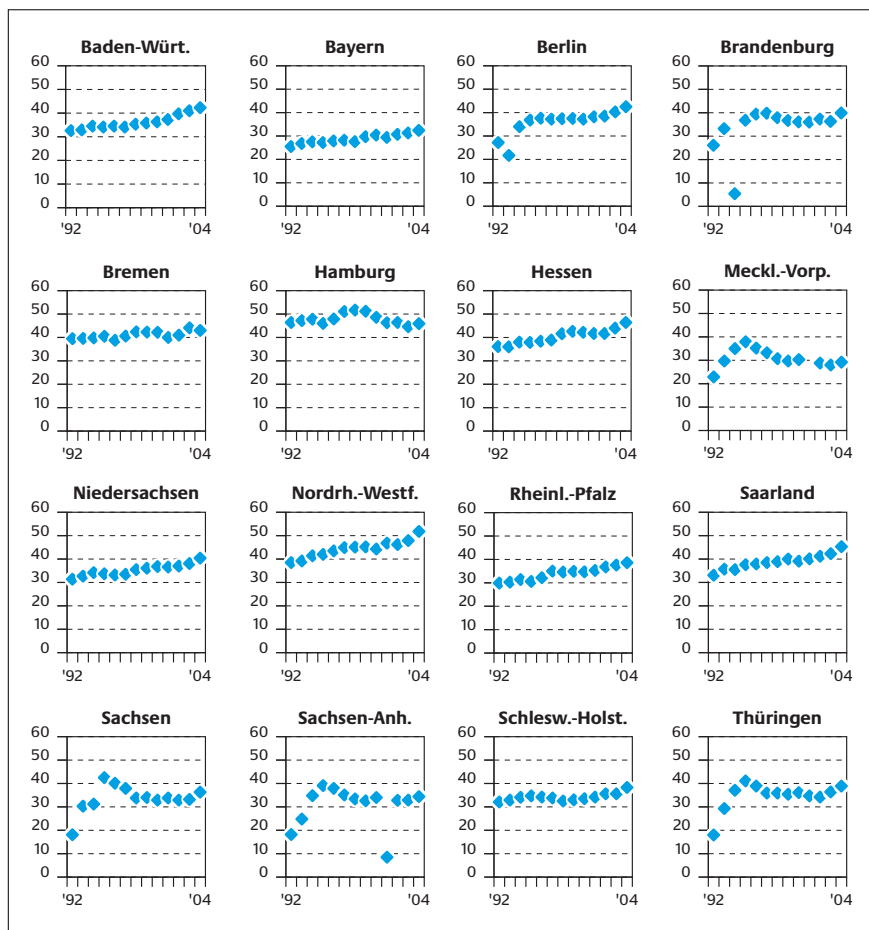
DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ einschließlich Berlin

² Die Einführung des 13. Schuljahres in Brandenburg 1994 bzw. Sachsen-Anhalt 2001 schlägt sich in den Quoten dieser Jahre nieder.

Quellen: StBA, Hochschulstatistische Kennzahlen, Fachserie 11; eigene Berechnungen (Rundungsdifferenzen möglich)

Bild 3.10 Schwelle 3: Studienberechtigtenquoten¹ 1992 - 2004 nach Land der Hochschulreife
in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Anteil der Studienberechtigten an der altersspezifischen Bevölkerung

Quellen: StBA, Hochschulstatistische Kennzahlen, Fachserie 11 (Quoten erst ab 1992 verfügbar), eigene Berechnungen

Im Vergleich aller 16 Länder weist im Jahr 2004 Nordrhein-Westfalen mit 52 % die höchste Studienberechtigtenquote auf, Mecklenburg-Vorpommern mit 29 % die geringste (Bild 3.10). Für die Jahre zwischen 1993 und 2004 sind unterschiedliche Entwicklungstrends kennzeichnend: In den alten Ländern stieg die Studienberechtigtenquote mit Ausnahme der Stadtstaaten Hamburg und Bremen, die bei relativ hohem Ausgangsniveau einen Seitwärtstrend aufweisen.

Die Entwicklung in den neuen Ländern weist einen deutlichen Anstieg der Studienberechtigtenquoten in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre aus. Das ist auf diejenigen Abiturienten/innen zurückzuführen, die nach 1990, nach dem Wegfall der starken Zugangsbeschränkungen vermehrt in den Sekundarbereich II gewechselt sind, wobei es sich teilweise um einen nachholenden Effekt handelte. Danach gingen die Studienberechtigtenquoten in den neuen Ländern wieder zurück.

Studienberechtigung und Geschlecht

Im letzten Jahrzehnt wurde die Expansion der Beteiligung auf dieser Bildungsstufe vorrangig von den Frauen getragen: 1993 verfügte noch jeweils ein Drittel beider Geschlechter über eine Hochschulzugangsberechtigung (Bild 3.11). Mehr als ein Jahrzehnt später ist dieser Anteil bei den Frauen im Vergleich zu den Männern doppelt so stark

gestiegen (+12 vs. +6 Prozentpunkte).

Insbesondere in den neuen Ländern fallen die Unterschiede zwischen den Geschlechtern erheblich aus. Seit Jahren liegt dort der Anteil studienberechtigter Männer deutlich unter dem der Frauen. Wenngleich diese Differenz im Jahr 2004 nicht mehr so stark wie in der Mitte der 1990er Jahre war (1996: 18 Prozentpunkte), betrug sie immerhin noch 13 Prozentpunkte. Dieses geschlechtsspezifische Muster zeigt sich in allen neuen Ländern, wobei für Brandenburg mit 17 Prozentpunkten eine besonders deutliche Differenz zu Gunsten der Frauen berichtet wird (Bild 3.12).

In den neuen Ländern erwerben Frauen deutlich häufiger als Männer eine allgemeine Hochschulreife. Seit Mitte der 1990er Jahre ist auch in den alten Ländern zunehmend zu beobachten, dass Frauen häufiger als Männer eine Studienberechtigung erwerben. Das trifft insbesondere auf Nordrhein-Westfalen, Bremen, Rheinland-Pfalz und Saarland zu.

International gesehen ist die Feminisierung des Studierendenpotenzials in Deutschland jedoch noch eher gering ausgeprägt. Im Vergleich zu ausgewählten OECD-Ländern ist nicht nur die Studienberechtigtenquote in Deutschland vergleichsweise niedrig, sondern auch der Unterschied zwischen den Anteilen der Männer und der Frauen (Egeln, Heine 2006: 20f, 91).

Bild 3.11 Schwelle 3: Studienberechtigtenquoten¹ 1992 - 2004 nach Art der Hochschulreife, Region und Geschlecht in %



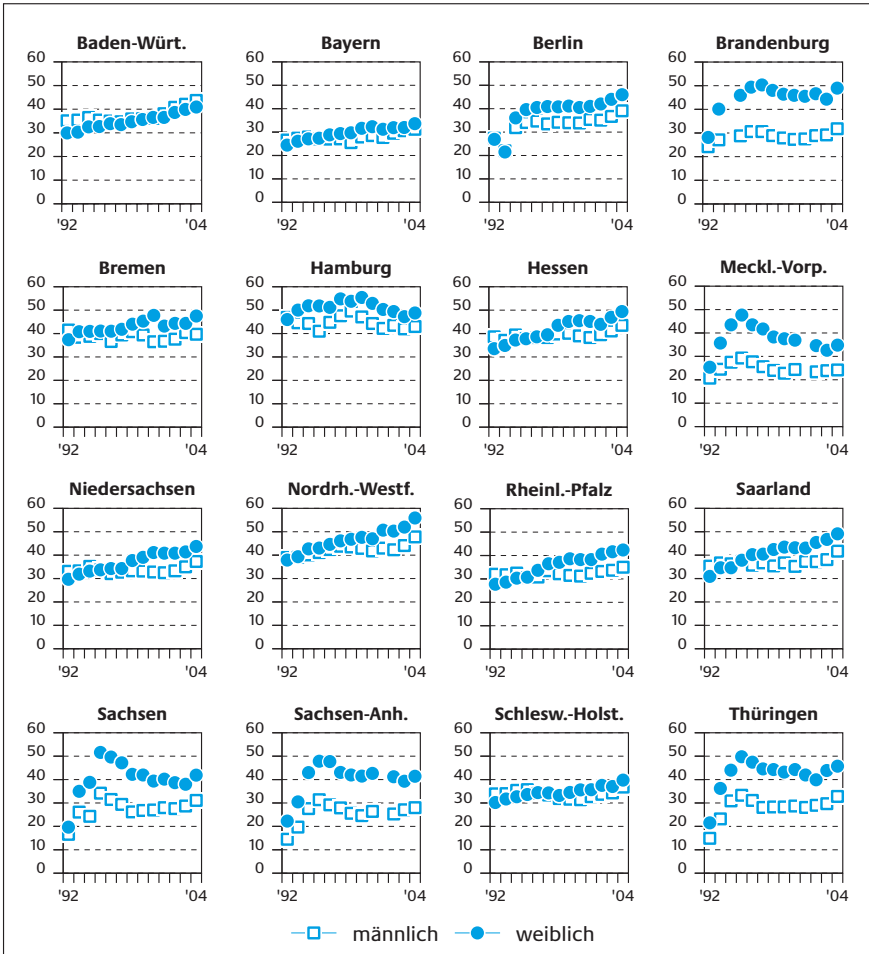
DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Anteil der Studienberechtigten an der altersspezifischen Bevölkerung (Rundungsdifferenzen möglich)

² einschließlich Berlin

Quellen: STBA, Hochschulstatistische Kennzahlen, Fachserie 11 (Quoten erst ab 1993 verfügbar); eigene Berechnungen

Bild 3.12 Schwelle 3: Studienberechtigtenquoten¹ 1992 - 2004 nach Land und Geschlecht in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹Anteil der Studienberechtigten an der altersspezifischen Bevölkerung

Quellen: StBA, Hochschulstatistische Kennzahlen, Fachserie 11 (Quoten erst ab 1992 verfügbar), eigene Berechnungen

3.5 Schwelle 4: Bildungsbeteiligung an Hochschulen

Als vierte Bildungsschwelle wurde eingangs die Aufnahme eines Studiums charakterisiert. Bei weitem nicht alle Absolventen und Absolventinnen, die das Schulsystem mit einer Studienberechtigung verlassen, beginnen ein Studium.

Wie viele Studienberechtigte sich für ein Hochschulstudium entscheiden (Bruttostudierquote, vgl. Kap. 2.3) oder als Alternative dazu einen beruflichen Bildungsweg einschlagen, hängt von zahlreichen Faktoren ab (z. B. dem Lehrstellenmarkt oder dem Studienplatzangebot, den Chancen einzelner Berufe oder der Akademikerarbeitslosigkeit). Eine wesentliche Rolle spielen dabei sowohl die individuellen Präferenzen der Studienberechtigten als auch deren sozialer Hintergrund mit seinen Auswirkungen (z. B. Bildungsaspirationen, Wertvorstellungen, Ausstattung mit ökonomischen, kulturellen Ressourcen, bildungsbezogene Kosten-Nutzen-Abwägungen).

Ausführlichere Analysen dazu finden sich in den Berichten zu den Studienberechtigtenbefragungen, die HIS Hochschul-Informationssystem regelmäßig durchführt (vgl. u. a. Heine et al. 2006). Im vorliegenden Bericht wird die soziale Selektivität des Übergangs in das Studium im Abschnitt 3.5.2 eingegangen.

Abweichend von der bisherigen Berichterstattung werden mit der 18. Sozialerhebung zwei Neuerungen in der Darstel-

lung der Beteiligung an Hochschulbildung wirksam: Erstens wird auf das von der amtlichen Statistik seit 1996 verwendete OECD-Verfahren zur Ermittlung der Studienanfängerquoten umgestellt. Das OECD-Verfahren kann auch als „Einzeljahrgangs-Additionsverfahren“ beschrieben werden. Mit ihm wird für jeden Jahrgang unter den Studienanfängern/innen der Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung ermittelt und anschließend zu einer Gesamtquote aufsummiert (Formel siehe Anhang B).

Die Sozialerhebung hatte bislang an dem alten Verfahren festgehalten, nach welchem sich die Berechnung der Studienanfängerquote auf die Jahrgänge der 19- bis unter 25-Jährigen beschränkte. Sie war bislang dieser Umstellung nicht gefolgt, weil die ausgewiesenen Quoten anschlussfähig sein sollten mit den exklusiv im Rahmen der Sozialerhebung ermittelten Quoten für die sozialgruppenspezifische Bildungsbeteiligung.

Das Verfahren zur Berechnung sozialgruppenbezogener Quoten muss sich aber auf eine überschaubare Anzahl an Bezugsjahrgängen beschränken, um durchführbar zu bleiben. Deshalb bezieht sich das Verfahren zur Berechnung der Bildungsbeteiligungsquote einzelner sozialer Gruppen unverändert auf die sechs Jahrgänge im Alter zwischen 19 und unter 25 ein (siehe Methodische Anmerkungen im Anhang B).

Eine zweite Änderung betrifft die Grundgesamtheit, die erstmals für den vor-

liegenden Bericht nicht nur die deutschen Studierenden, sondern auch die Bildungsinländer/innen mit umfasst. Das gilt auch für die Studienanfängerquoten, für die aus der amtlichen Statistik die Werte für beide Gruppen zusammen – Deutsche und Bildungsinländer/innen – übernommen werden.

Mit der Übernahme dieser Quoten wird der Umstand beseitigt, dass die Sozialerhebung bislang teilweise andere Anfängerquoten ausgewiesen hat als die amtliche Statistik. Auf Grund dieser Änderungen werden die bisherigen Zeitreihen komplett ersetzt durch solche, die den genannten methodischen Prämissen (OECD-Verfahren, Deutsche und Bildungsinländer/innen zusammen) entsprechen. Die Quoten unterscheiden sich daher von den in den vorherigen Berichten enthaltenen Quoten. Das ist bei einem Vergleich der Ergebnisse verschiedener Sozialerhebungen unbedingt zu berücksichtigen.

3.5.1 Studienanfängerquoten

Regionaler Bezug der Studienanfängerquoten

Die amtliche Statistik weist als nationale Kennzahlen Studienanfängerquoten für zwei unterschiedliche regionale Bezugsgrößen aus: erstens nach Land des Studienortes und zweitens nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung (im Folgenden auch: HZB).

Um regionale Unterschiede in der Auf-

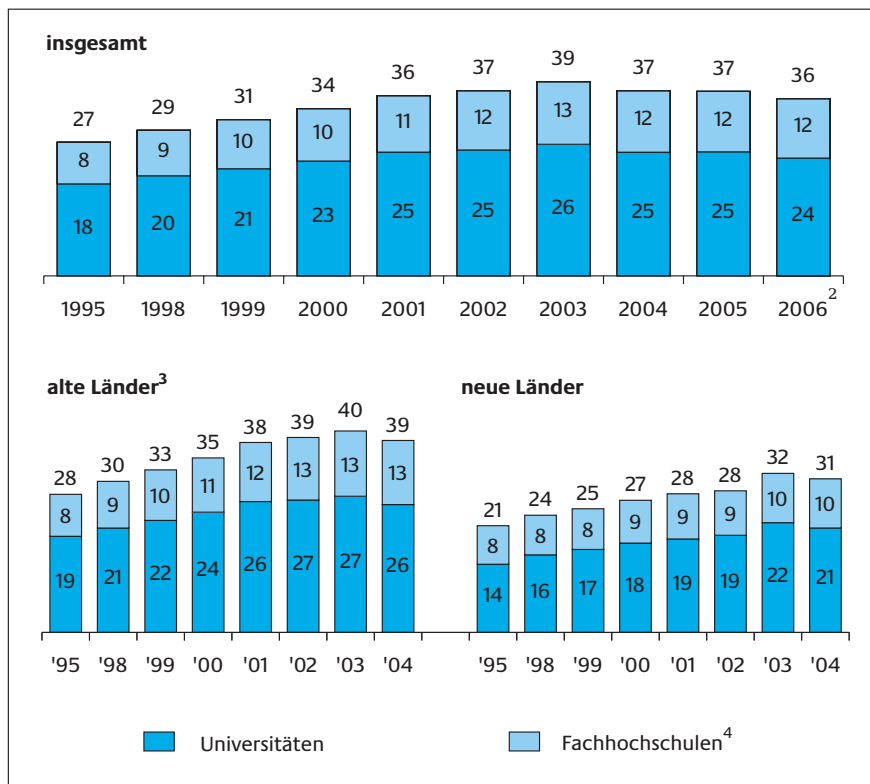
nahme eines Hochschulstudiums zu beschreiben, sind Quoten, die sich auf das Land des Studienortes beziehen, ungeeignet, weil sie Effekte von Zu- und Abwanderungen enthalten. Diese werden nicht nur durch regionale Präferenzen der Studieninteressierten hervorgerufen, sondern sind auch eine Folge unterschiedlicher Hochschullandschaften – z.B. der Struktur und des Umfang des Studienangebotes oder der Hochschuldichte in einem Land.

Außerdem beziehen Studienanfängerquoten, die nach dem Land des Studienortes berechnet werden, auch diejenigen ausländischen Studienanfänger/innen mit ein, die ihre Studienberechtigung im Ausland erworben und von dort zum Studium nach Deutschland kommen. Diese Gesamtzahl wird dann auf die Wohnbevölkerung des jeweiligen Landes bezogen.

Da die erst zum Studium nach Deutschland kommenden Ausländer/innen kein „Pendant“ in der Wohnbevölkerung haben, fallen die studienortbezogenen Studienanfängerquoten systematisch höher aus als diejenigen, die sich auf das Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung beziehen. Hier sind nur diejenigen Studienanfänger/innen einberechnet, die in Deutschland ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, also Deutsche und Bildungsinländer/innen.

In Politik und Medien werden nahezu ausschließlich die Studienanfängerquoten nach Land des Studienortes kommuniziert.

Bild 3.13 Schwelle 4: Studienanfängerquoten 1995 - 2006 nach Land des Studienortes¹ – Vergleich nach Hochschulart und Region in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Anteil der Studienanfänger/innen (Deutsche und Ausländer/innen) an der altersspezifischen Bevölkerung am Studienort. Es werden Quoten für einzelne Altersjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (Quotensummenverfahren).

² erste vorläufige Ergebnisse, die differenziert nach neuen/alten Ländern zum Berichtszeitpunkt noch nicht zur Verfügung standen

³ einschließlich Berlin

⁴ einschließlich Verwaltungsfachhochschulen

Quellen: StBA, Hochschulstatistische Kennzahlen, Fachserie 11; Schnellmeldungsergebnisse der Hochschulstatistik, eigene Berechnungen (Rundungsdifferenzen möglich)

Für die vorliegenden Analyse Zwecke sind jedoch aus den genannten Gründen in erster Linie diejenigen Quoten interessant, die sich auf das Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung beziehen. Um einerseits zu den amtlichen und in der Öffentlichkeit diskutierten Quoten anschlussfähig zu sein, andererseits aber auch regionale Disparitäten bei den Studierchancen aufzeigen zu können, werden nachfolgend jeweils beide Kennzahlen ausgewiesen und einander gegenüber gestellt.

Studienanfängerquoten nach Studienland und Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung

Bezogen auf das Land des Studienortes betrug die Studienanfängerquote im Jahr 2006 36 % (Bild 3.13). Damit lag die Studienbeteiligung unter dem bisherigen Höchststand von 39 %, der 2003 erreicht wurde. In der Bilanz der zurückliegenden elf Jahre (1995 - 2006) hat sich diese Studienanfängerquote um neun Prozentpunkte erhöht. Zu diesem Anstieg hat die wachsende Studiennachfrage an Universitäten in stärkerem Maße beigetragen als die an Fachhochschulen mit ihren fast flächendeckenden Zulassungsbeschränkungen.

Das gleiche Muster – deutliche Steigerung der Studienanfängerquote vor allem durch höhere Nachfrage nach universitärer Bildung, leichter Rückgang im Vergleich zum Vorjahr – charakterisiert auch die Ent-

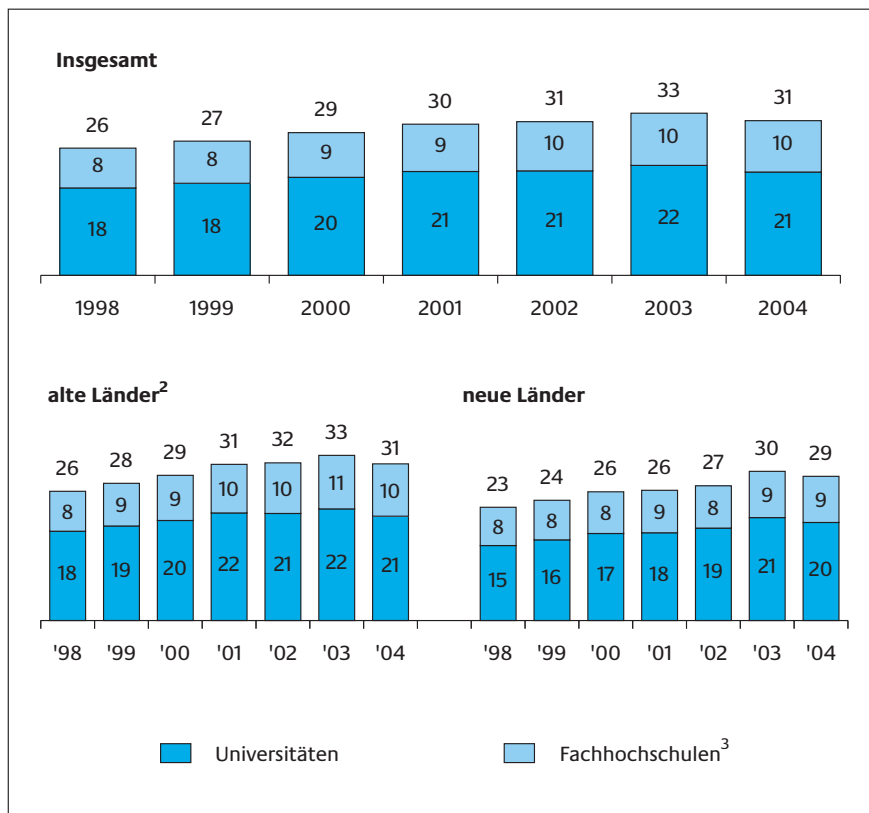
wicklung in den neuen und alten Ländern. Der Abstand zwischen den studienortbezogenen Beteiligungsquoten in den neuen und alten Ländern blieb zwischen 1995 und 2004 (aktuellere Zahlen standen zum Berichtszeitpunkt nicht zur Verfügung) jedoch weitgehend erhalten (31 % vs. 39 %).

Die Studienanfängerquoten nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung sind – wie oben bereits ausgeführt – per definitionem niedriger als die nach Land des Studienortes, weil sie die Bildungsausländer/innen, die sich in Deutschland immatrikulieren, nicht mit einbeziehen. Diese Anfängerquote lag im Jahr 2004 in Deutschland bei 31 % (Bild 3.14).⁴ Sie liegt damit um sechs Prozentpunkte niedriger als die studienortbezogene Quote des gleichen Jahres. Rund ein Fünftel der studienortbasierten Anfängerquote ist also auf die Zuwanderung ausländischer Studierender zurückzuführen.

Die alten Länder weisen eine leicht höhere Studienanfängerquote auf als die neuen Länder. Der Unterschied zwischen der Anfängerquote nach Herkunftsland zur Studienanfängerquote nach Land des Studienortes ist bei den alten Ländern deutlich größer (8 Prozentpunkte Differenz) als bei den

⁴ Diese Quote ist in den amtlichen Publikationen zu finden unter „Stadtstaaten und Flächenstaaten zusammen“. Sie enthält neben Bildungsausländern auch nicht die sehr kleine Gruppe derjenigen Deutschen, die ihre HZB im Ausland erworben und sich an einer Hochschule in Deutschland immatrikuliert haben.

Bild 3.14 Schwelle 4: Studienanfängerquoten 1998 - 2004 nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung¹ – Vergleich nach Hochschulart und Region
in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

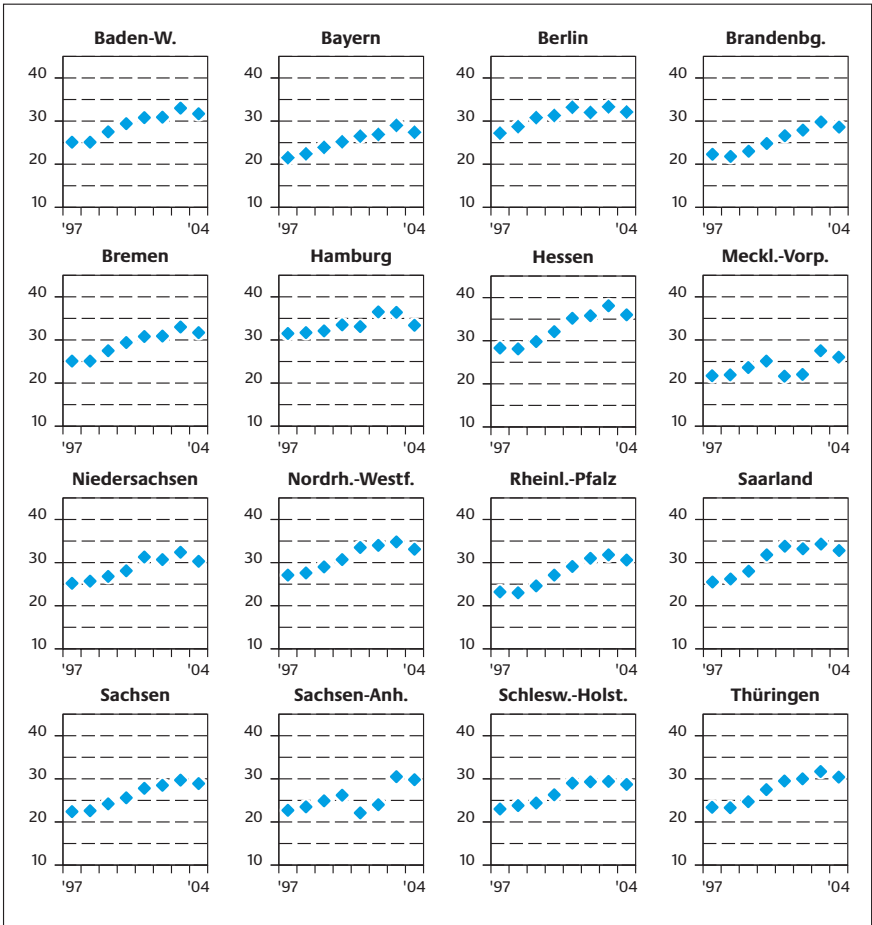
¹ Anteil der Studienanfänger/innen (Deutsche und Bildungsinländer/innen) an der altersspezifischen Bevölkerung am Ort des Erwerbs der Hochschulreife. Es werden Quoten für einzelne Altersjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (Quotensummenverfahren).

² einschließlich Berlin

³ einschließlich Verwaltungsfachhochschulen

Quellen: StBA, Hochschulstatistische Kennzahlen, Fachserie 11; eigene Berechnungen (Rundungsdifferenzen möglich)

Bild 3.15 Schwelle 4: Studienanfängerquoten¹ 1997-2004 nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung – Vergleich der Länder in %

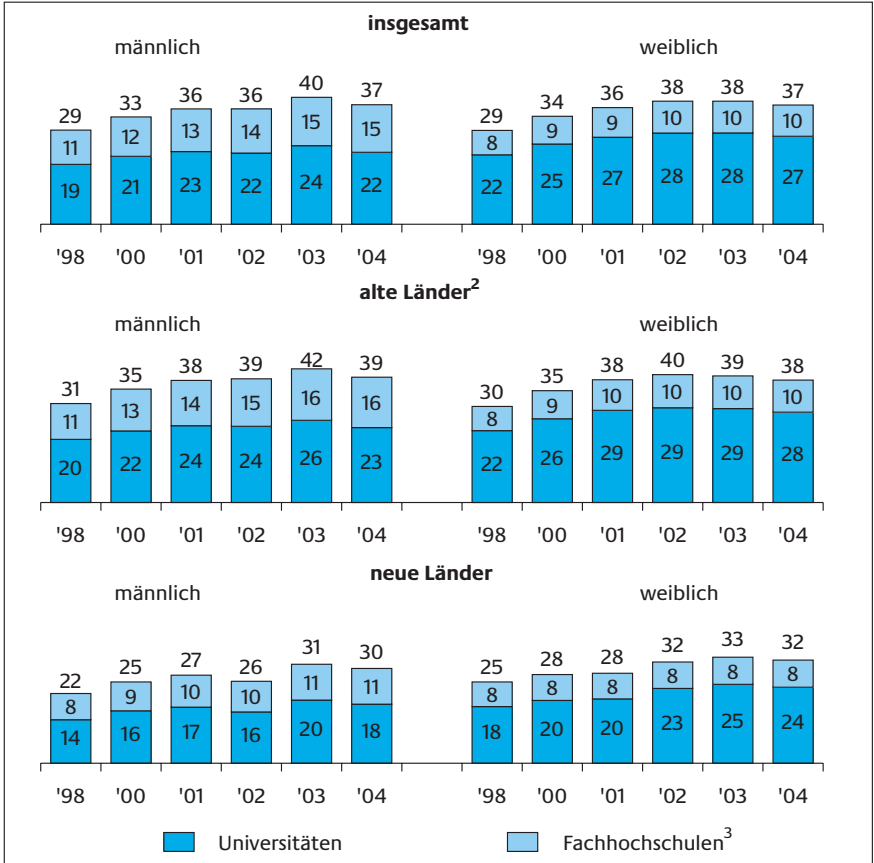


DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Anteil der Studienanfänger/innen (Deutsche und Bildungsinländer/innen) an der altersspezifischen Bevölkerung im Land des Erwerbs der HZB (Quotensummenverfahren).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Hochschulstatistische Kennzahlen, Fachserie 11

Bild 3.16 Schwelle 4: Studienanfängerquoten 1995 - 2004 nach Land des Studienortes¹ an Universitäten und Fachhochschulen- Vergleich nach Region und Geschlecht in %



DSW/HIS 18, Sozialerhebung

¹ Anteil der Studienanfänger/innen (Deutsche und Ausländer/innen) an der altersspezifischen Bevölkerung im Land des Studienortes (Quotensummenverfahren).

² einschließlich Berlin

³ einschließlich Verwaltungsfachhochschulen

Quellen: StBA, Hochschulstatistische Kennzahlen, Fachserie 11; eigene Berechnungen (Rundungsdifferenzen möglich)

neuen (2 Prozentpunkte), was mit dem unterschiedlichen Anteil ausländischer Studierender in den beiden Regionen zu erklären ist.

Im Vergleich der Länder zeigt sich eine Spannweite der HZB-landbezogenen Studienanfängerquoten von zehn Prozentpunkten. Anteilig die meisten Studienanfänger/innen bringt Hessen hervor (2004: 36 %, Bild 3.15). Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Berlin und Baden-Württemberg haben Quoten zwischen 35 % und 32 %. Studienanfängerquoten unterhalb von 29 % gibt es nur in Bayern (27 %) und in Mecklenburg-Vorpommern (26 %).

Studienbeteiligung und Geschlecht

Die Studienbeteiligung von Männern und Frauen ist seit Mitte der 1990er Jahre nahezu gleich hoch. Werden die Studienanfängerquoten nach dem Studienort zugrunde gelegt, haben im Jahr 2004 Männer und Frauen zu gleichen Anteilen ein Hochschulstudium begonnen. Hinter dieser Übereinstimmung auf Bundesebene verbergen sich geringfügige Unterschiede zwischen den beiden Regionen:

Während in den alten Ländern die Studienbeteiligung der Männer etwas höher ist als die der Frauen, weisen in den neuen Ländern die Frauen eine höhere Anfängerquote auf als die Männer.

Auf das Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung bezogen, wer-

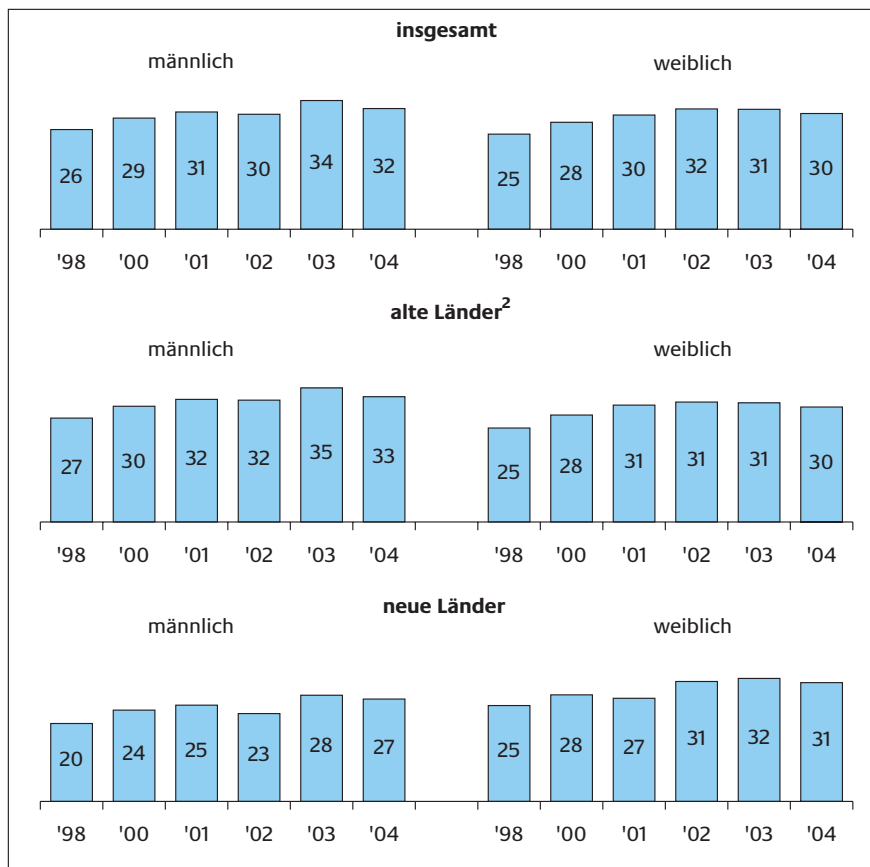
den regionale Disparitäten deutlicher sichtbar: Im Jahr 2004 lag in den alten Ländern die Studienanfängerquote der Männer um drei Prozentpunkte höher als die der Frauen. Für die neuen Länder ist seit Jahren der gegenläufige Befund zu verzeichnen – eine höhere Studienbeteiligung der Frauen (Bild 3.17).

Obwohl Frauen häufiger als Männer die Hochschulreife erworben haben (2004: 39 % Männer, 45 % Frauen, Bild 3.11), realisieren sie ihre Studienberechtigung seltener. Im Rahmen seiner Studienberechtigtenbefragungen beobachtet HIS dieses Phänomen bei den Bruttostudierquoten schon seit Jahren (vgl. Heine, Spangenberg, Sommer, 2006: 21). Aufgrund des häufigeren Studienverzichts der Frauen unterschreiten die Anteile weiblicher Studienanfänger (wieder) bzw. Studierender (noch immer) die 50 %-Marke (Wintersemester 2005/06: 49 % bzw. 48 %, vgl. Kap. 2, Bild 2.1).

Wie im Kapitel 2 bereits ausgeführt, unterscheiden sich jedoch die Anteile der Frauen nach Hochschulart deutlich. An den Universitäten stellen Frauen seit langem mehr als die Hälfte aller Studienanfänger bzw. Studierender (WS 2006/07: 54% bzw. 52%).

Die Studienanfängerquoten nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung belegen diese Trends auch für die einzelnen Länder: Bei insgesamt geringen Unterschieden zwischen den Ländern findet sich in den alten Ländern eine höhere Bildungsbeteiligung der Männer, in den neuen

Bild 3.17 Schwelle 4: Studienanfängerquoten 1998 - 2004 nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung¹ – Vergleich nach Region und Geschlecht in %



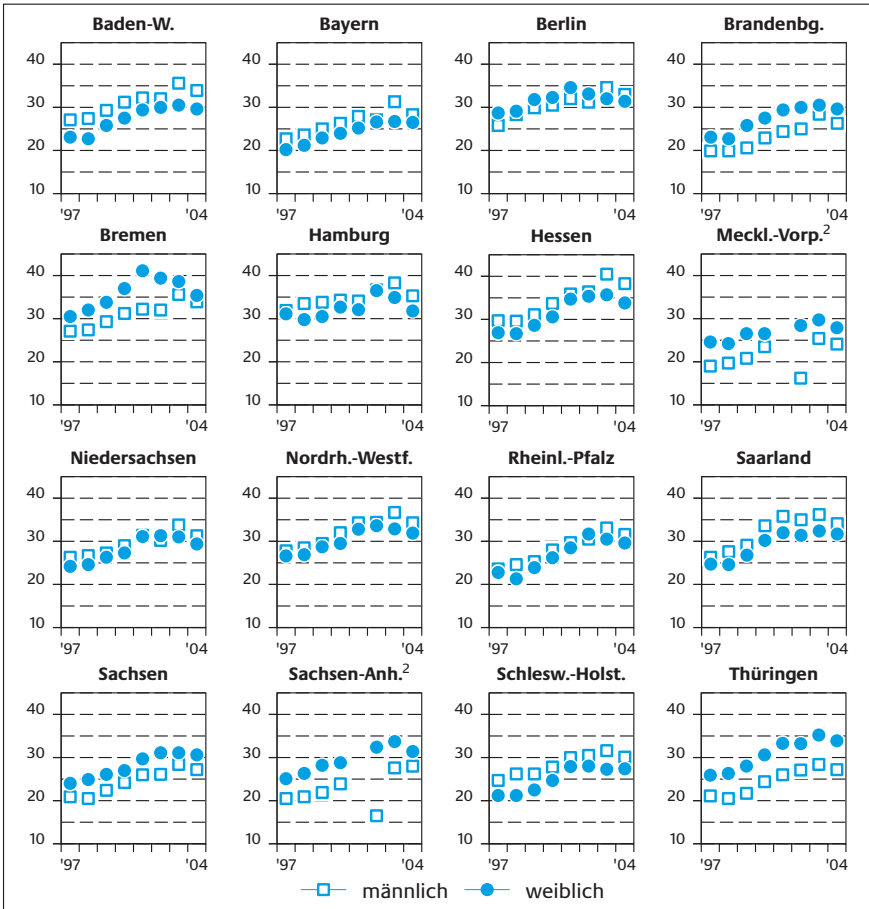
DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Anteil der Studienanfänger/innen (Deutsche und Bildungsinländer/innen) an der altersspezifischen Bevölkerung im Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung (Quotensummenverfahren).

² einschließlich Berlin

Quellen: StBA, Hochschulstatistische Kennzahlen, Fachserie 11; eigene Berechnungen

Bild 3.18 Schwelle 4: Studienanfängerquoten¹ 1997-2004 nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung – Vergleich nach Geschlecht
in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Anteil der Studienanfänger/innen (Deutsche und Bildungsinländer/innen) an der altersspezifischen Bevölkerung im Land des Erwerbs der HZB (Quotensummenverfahren).

² in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt wurde 2001 der 13. Schuljahrgang eingeführt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Hochschulstatistische Kennzahlen, Fachserie 11

Ländern eine überdurchschnittlich hohe Studienbeteiligung der Frauen (Bild 3.18).

Bremen bildet eine Ausnahme, weil hier die Studienbeteiligung der Frauen deutlich die der Männer übersteigt. Das benachbarte Hamburg weist das andere Extrem auf: Hier liegen die Studienanfängerquoten der Männer deutlich über denen der Frauen.

3.5.2 Sozialgruppenspezifische Studienbeteiligung

Aus den Anteilen der Studienberechtigten bzw. Studienanfänger/innen an der zugeordneten Bevölkerung, wie sie die amtliche Statistik ausweist, sind zwar regionale Disparitäten und geschlechtsspezifische Chancen in der Teilhabe an tertiärer Bildung abzulesen.

Was diesen Quoten jedoch nicht zu entnehmen ist, sind Erkenntnisse darüber, über welche Bildungschancen Kinder aus unterschiedlichen sozialen Herkunftsgruppen verfügen und wie sich die Verteilung dieser Chancen in den letzten Jahren verändert hat. Solche Informationen können aus sozialgruppenspezifischen Bildungsbeteiligungsquoten gewonnen werden, wie sie die Sozialerhebung seit Jahren in ihren Berichten enthält.

Im Abschnitt 3.3 wurde bereits beschrieben, welche externen Datenquellen zur Ermittlung dieser Quoten benötigt werden. Das Verfahren ist im Detail im Anhang erläutert, dort findet sich auch ein nachvollziehbares Berechnungsbeispiel.

In welchem Maße sich die für die vorangegangenen Bildungsschwellen bereits dokumentierte soziale Selektivität auch beim Übergang in die Hochschule (Schwelle 4) fortsetzt, wird in den folgenden Ausführungen anhand der gleichen Merkmale der Familienbezugsperson aufgezeigt: höchster allgemeiner Schulabschluss und berufliche Stellung.

Zusätzlich wird die Stellung im Beruf – wie bereits oben für die Schwelle 2 – danach differenziert, ob die Bezugsperson einen Hochschulabschluss erworben hat oder nicht. Diese Differenzierung war in den bisherigen Sozialerhebungen nicht enthalten. Ihr liegt die Hypothese zugrunde, dass sich das Bildungsmilieu des Elternhauses in den vier sozialen Herkunftsgruppen erheblich entlang dieses Merkmals unterscheidet.

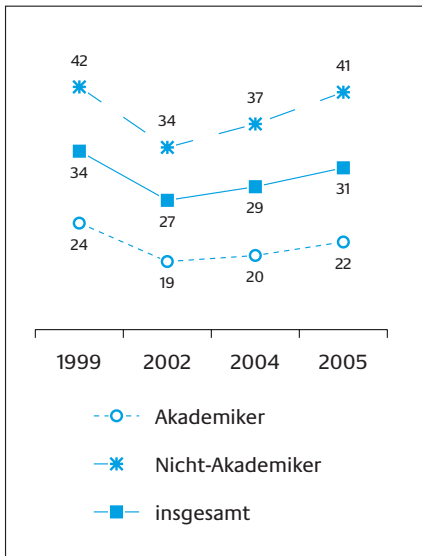
Studienverzicht

Nicht alle zum Studium Berechtigten immatrikulieren sich tatsächlich an einer Hochschule. Untersuchungen zeigen, dass für einen Teil der Studienberechtigten (ca. 15 %) der Erwerb eines bestimmten Schulabschlusses, des Abiturs, im Vordergrund steht, der über die Hochschulreife und Studienberechtigung hinaus eine Reihe weiterer Optionen eröffnet. Insofern kann von einer tendenziellen Entkoppelung zwischen Abitur und Studienaufnahme gesprochen werden. Im Jahr 2005 verzichtete ein knappes Drittel (31 %) aller Studienberechtigten darauf, sich zu immatrikulieren bzw. hatte

keine (feste) Absicht zu studieren. Im Vergleich zu 2004 hielt der seit 2002 (wieder) bestehende Trend zum Studienverzicht an bzw. hatte sich dieser Anteil weiter erhöht (zwei Prozentpunkte, Bild 3.19).

Die Entscheidung für oder gegen eine Studienaufnahme hängt von vielfältigen individuellen und institutionellen Faktoren ab. Zu ihnen gehören ganz wesentlich soziale Merkmale der Herkunftsfamilie, für die

Bild 3.19 Schwelle 4: Studienverzicht nach akademischem Abschluss¹ im Elternhaus 1999-2005 in %



HIS Studienberechtigtenpanel

¹ mindestens ein Elternteil mit Hochschulabschluss

Quellen: HIS Studienberechtigten-Befragungen 1999, 2002, 2004, 2005

mehrfach ein signifikanter Einfluss nachgewiesen werden konnte (vgl. Heine, Spangenberg, Sommer 2006: 26ff). Das gilt in besonderer Weise für den Bildungsstand und den Migrationsstatus der Eltern.

Darüber hinaus hat das Familieneinkommen erhebliche Auswirkungen auf die Studienabsichten und darauf bezogene Empfehlungen der Eltern. Anhand einer Studie für den Freistaat Sachsen konnte gezeigt werden, dass mit der Höhe des elterlichen Einkommens der Anteil der Schüler/innen mit fester Studienabsicht kontinuierlich steigt (Durrer, Heine: 2000).

Studienberechtigte aus Familien, in denen mindestens ein Elternteil ein Hochschulstudium abgeschlossen hat, verzichteten 2005 lediglich zu 22 % auf eine Studienaufnahme, während solche, deren Eltern nicht studiert haben, zu 41 % auf ein Studium verzichteten. Verglichen mit dem Jahr 2002 ist die Studierneigung unter den „Akademikerkindern“ im Zeitverlauf weniger rückläufig gewesen als unter Kindern, deren Eltern kein Hochschulstudium abgeschlossen haben (drei Prozentpunkte vs. sieben Prozentpunkte).

Schulleistungstudien haben wiederholt gezeigt, dass auch bei übereinstimmender schulischer Leistung der Kinder Bildungsentscheidungen sozialdifferenziert getroffen werden – und zwar sowohl seitens der Lehrer/innen, beispielsweise bei Empfehlungen zum weiterführenden Schulbesuch, als auch seitens der Familien. Dieses

Muster – trotz gleicher Leistung unterschiedliche Bildungswegentscheidungen – findet sich auch bei der Studienaufnahme. In der Statuspassage zwischen Schulabschluss und Studienbeginn finden demnach weitere Prozesse der Orientierung und Entscheidung statt, die wieder von hoher sozial selektiver Wirkung sind.

Schulabschluss des Vaters

Auf den engen Zusammenhang zwischen dem Bildungsstatus der Eltern und dem Besuch der gymnasialen Oberstufe wurde bereits oben hingewiesen (Bild 3.3). Damit sind schon zu diesem Zeitpunkt Entscheidungen getroffen worden, die sich bis in den Übergang in die Hochschule hinein auswirken.

Gerade hoch segmentierte Bildungssysteme wie das deutsche tendieren dazu, bestehende Bildungsungleichheiten eher zu verstärken – unter anderem wegen der relativ geringen Durchlässigkeit zwischen seinen institutionellen Bereichen (vgl. Baethge, Kupka: 190f), insbesondere zwischen der beruflichen Bildung und der Hochschule (vgl. Wolter 2005).

Trotz einer formal größeren Durchlässigkeit erweisen sich Übergänge zwischen den einzelnen Teilbereichen (Schultypen, allgemeines bzw. berufliches Bildungswesen) immer noch als schwierig, und einmal eingeschlagene Bildungswege können nur schwer und mit relativ hohem Aufwand an Opportunitätskosten „korrigiert“ werden.

Entsprechend eng ist der Zusammen-

hang zwischen dem Bildungsstatus der Eltern und der Studienaufnahme. Er zeigt sich bereits anhand des Schulabschlusses des Vaters: Im Jahr 2005 begannen von den jungen Erwachsenen zwischen 19 und unter 25 Jahren, deren Vater über eine Hochschulreife verfügte, insgesamt 71 % ein Hochschulstudium. Die Mehrzahl von ihnen immatrikulierte sich an einer Universität (Bild 3.20).

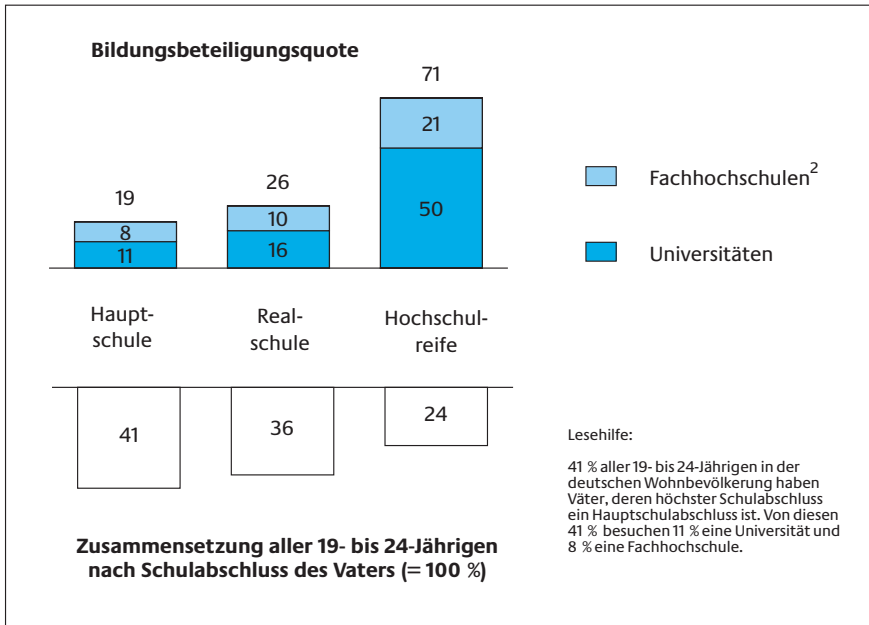
Nahezu viermal niedriger (19 %) fällt dagegen die Bildungsbeteiligung von Kindern aus, deren Vater einen Hauptschulabschluss hat. Auf einem mittleren Niveau dazwischen lagen die Studienchancen derjenigen, deren Vater einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss erworben hatte (26 %).

Verglichen mit der Sozialstruktur der Bevölkerung bedeutet dies, dass die in der altersgleichen Bevölkerung kleinste soziale Gruppe – Eltern mit Hochschulreife – weit aus die meisten ihrer Kinder an die Hochschulen entsendet. Umgekehrt gilt ebenso:

Aus der größten Gruppe in der Bevölkerung überwinden prozentual die wenigsten Kinder die Schwelle zur Hochschule. An dieser Stelle besteht die größte soziale Distanz zwischen den Kindern aus solchen Familien, in denen der Vater bereits die Hochschulreife erworben hat, und denjenigen aus einer Familie, die keinen entsprechenden Bildungsstatus nachweisen können (Real- und Hauptschule).

Im Vergleich zum Jahr 2003, dem Zeitpunkt der 17. Sozialerhebung, hat sich die Beteiligungsquote in allen drei Gruppen

Bild 3.20 Schwelle 4: Beteiligung der 19- bis 24-Jährigen¹ an Hochschulen nach Schulbildung des Vaters 2005 (Studienanfängerquote) in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ nur deutsche Studienanfänger/innen
² einschließlich Verwaltungsfachhochschulen

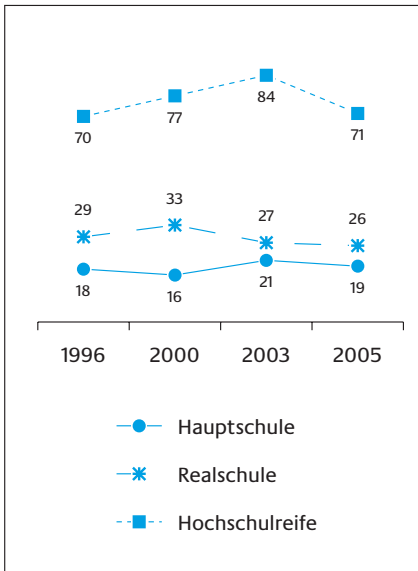
Quellen: StBA: Bevölkerungsstatistik; StBA: Hochschulstatistik; StBA: Sonderauswertungen des Mikrozensus 2000; HIS: Studienanfängerbefragung WS 2005/06; eigene Berechnungen

verringert. Dieser Befund korrespondiert sowohl mit der Zunahme der Studienverzichtquote als auch mit dem Rückgang der Studienanfängerquoten (ebenso nach Land des Studienortes wie nach Land des Erwerbs der HZB) im selben Zeitraum.

Der Rückgang der Studienbeteiligung

ist am größten bei Kindern, deren Vater den höchsten Schulabschluss erwarb (-13 Prozentpunkte; Bild 3.21). Das steht etwas im Widerspruch zu dem Befund, dass der Studienverzicht bei Akademikerkindern – wie gezeigt – moderater ausfiel als bei Kindern aus Familien ohne akademischen Hintergrund.

Bild 3.21 Schwelle 4: Beteiligung an Hochschulen nach Schulbildung des Vaters 1996-2005 (Studienanfängerquote)¹
in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Bezugsgruppe und Quellen: siehe Fußnote zu Bild 3.20

Eine Erklärung hierfür könnte in der überdurchschnittlich hohen Studierneigung unter den Studienberechtigten des Jahres 2002 liegen (die auch 2003 noch anhielt), die vor allem für Kinder aus hochschulnahen Familien mit einer außerordentlich hohen Studienbeteiligung verbunden war.

In der Zeitreihe der Bildungsbeteiligung seit 1996 nimmt sich die Studienanfängerquote aus Familien mit Hochschulreife im

Jahr 2003 (84 %) auch eher wie ein Höchstwert aus, der kaum mehr zu überschreiten ist.

Die Bildungsherkunft spielt für beide Geschlechter tendenziell die gleiche Rolle (Bild 3.22). Auch bei getrennter Betrachtung von Frauen und Männern polarisieren die Bildungschancen zwischen jenen, deren Vater eine Studienberechtigung erwarb, und denen, deren Vater maximal eine Realschule absolvierte.

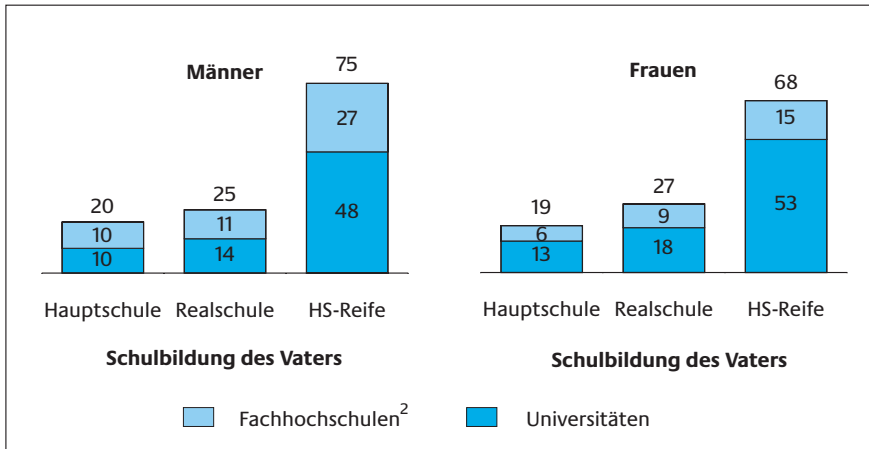
Außer bei der Hochschulart findet sich der augenfälligste Unterschied zwischen Männern und Frauen bei denjenigen, deren Vater eine Hochschulreife erworben hat:

Die Chancen junger Männer auf ein Hochschulstudium sind hier um sieben Prozentpunkte höher als die der jungen Frauen mit gleichem Merkmal. Auch dieser Unterschied ist nicht neu. Er zeigt sich jedoch im Vergleich zu 2003 etwas abgeschwächt (2003: 11 Prozentpunkte Differenz, vgl. Isserstedt et al., 2003: 115).

Berufliche Stellung des Vaters

Die berufliche Stellung gehört zu den demographischen Standards der amtlichen Statistik. Informationen hierzu liegen zum Teil in langen Zeitreihen vor. Bekanntlich sind die von der amtlichen Statistik bislang erfassten vier Gruppen – Arbeiter, Angestellte, Selbständige und Beamte – sehr heterogen zusammengesetzt, zum Beispiel hinsichtlich des Bildungsniveaus. Die Verwendung des Merkmals „berufliche Stellung“ hat jedoch

Bild 3.22 Schwelle 4: Beteiligung der 19- bis 24-jährigen¹ an Hochschulen nach Schulbildung des Vaters und Geschlecht 2005 (Studienanfängerquoten) in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ nur deutsche Studienanfänger/innen

² einschließlich Verwaltungsfachhochschulen

Quellen: StBA: Bevölkerungsstatistik; StBA: Hochschulstatistik; StBA: Sonderauswertungen des Mikrozensus 2000; HIS: Studienanfängerbefragung WS 2005/06; eigene Berechnungen

in der Bildungsforschung eine lange Tradition, so dass lange Zeitreihen zur Verfügung stehen.

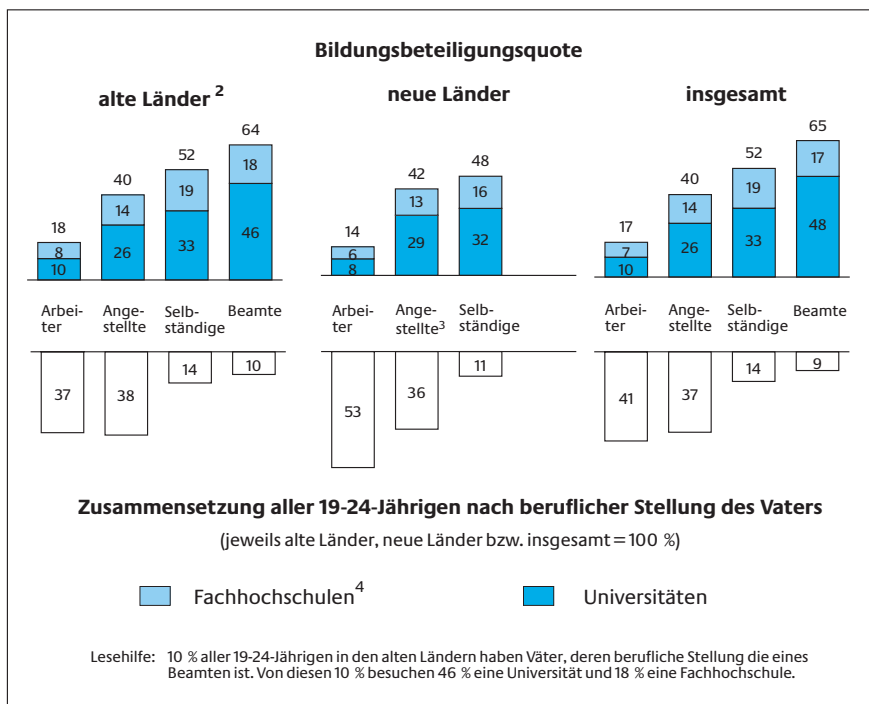
In der folgenden Darstellung wird der Heterogenität innerhalb dieser Kategorien mit einem zusätzlichen Differenzierungsschritt Rechnung getragen, indem zwischen jenen Eltern bzw. Vätern mit Hochschulabschluss und solchen ohne Hochschulabschluss unterschieden wird.

Die Bildungsbeteiligung auf Hochschul-ebene (Schwelle 4) nach beruflicher Stellung des Vaters (bezogen auf die gegenwärtig

bzw. zuletzt ausgeübte (Haupt-)Erwerbstätigkeit) weist Unterschiede auf, die sich wie eine Hierarchie der beruflichen Positionen lesen lassen. Mit den vier Stufen der beruflichen Stellung gehen offenbar sehr unterschiedlich ausgeprägte Studierchancen einher. Auf der untersten Stufe stehen die Arbeiterkinder mit einer Bildungsbeteiligungsquote von nur 17 % (Bild 3.23), gefolgt von den Kindern Angestellter, von denen schon mehr als doppelt so viele (40 %) an eine Hochschule gelangen.

Die Studienanfängerquote der Kinder

Bild 3.23 Schwelle 4: Beteiligung der 19-24-Jährigen¹ an Hochschulen nach beruflicher Stellung des Vaters 2005 (Studienanfängerquoten) in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ nur deutsche Studienanfänger/innen

² einschließlich Berlin

³ wegen zu geringer Fallzahlen werden die Beamten zusammen mit den Angestellten ausgewiesen

⁴ einschließlich Verwaltungsfachhochschulen

Quellen: StBA: Bevölkerungsstatistik; StBA: Hochschulstatistik; StBA: Sonderauswertungen des Mikrozensus 2000; HIS: Studienanfängerbefragung WS 2005/06; eigene Berechnungen

aus Selbständigenfamilien ist sogar dreimal so hoch wie die der Arbeiterkinder (52 %). Das wird noch übertroffen von den Kindern, die aus einer Beamtenfamilie kommen; sie

haben im Verhältnis zu den Arbeiterkindern mit einer Anfängerquote von beinahe zwei Dritteln eine vierfache Chance auf ein Studium (65 %).

Die Studienbeteiligung der Jugendlichen in den alten Ländern ist für alle vier Kategorien der beruflichen Stellung nahezu identisch mit den Quoten für Deutschland insgesamt. Die neuen Länder weichen vom Gesamtbild etwas ab, weil hier eine separate Quote für die Beamtenkinder aufgrund ihrer geringen Zahl nicht ausgewiesen werden kann und in die Beteiligungsquote für die Angestelltenkinder mit einfließt.

Bildungsbeteiligung nach beruflicher Stellung im Zeitverlauf

Für die alten Länder lässt sich die Entwicklung der Studienanfängerquote in Abhängigkeit von der beruflichen Stellung des Vaters über einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten hinweg verfolgen. Die Abhängigkeit und charakteristische Stufung der Bildungschancen nach der beruflichen Stellung des Vaters erweisen sich als relativ stabile Phänomene mit einer Ausnahme:

Der Unterschied zwischen den Kindern der Angestellten und der Selbständigen tritt erst seit Mitte der 1990er Jahre hervor. Das Jahr 2000 scheint wenigstens eine kleine Trendwende zu markieren: Zum einen stieg danach die seit Jahren auf sehr niedrigem Niveau stagnierende Bildungsbeteiligung der Arbeiterkinder deutlich an (+6 %-Punkte, Bild 3.24). Zum anderen ging die Studienbeteiligungsquote der Kinder von Selbständigen und Beamten etwas zurück.

Für die neuen Länder umfasst die Zeitreihe der Bildungsbeteiligung nach beruflicher Stellung nur ein Jahrzehnt. Die Tenden-

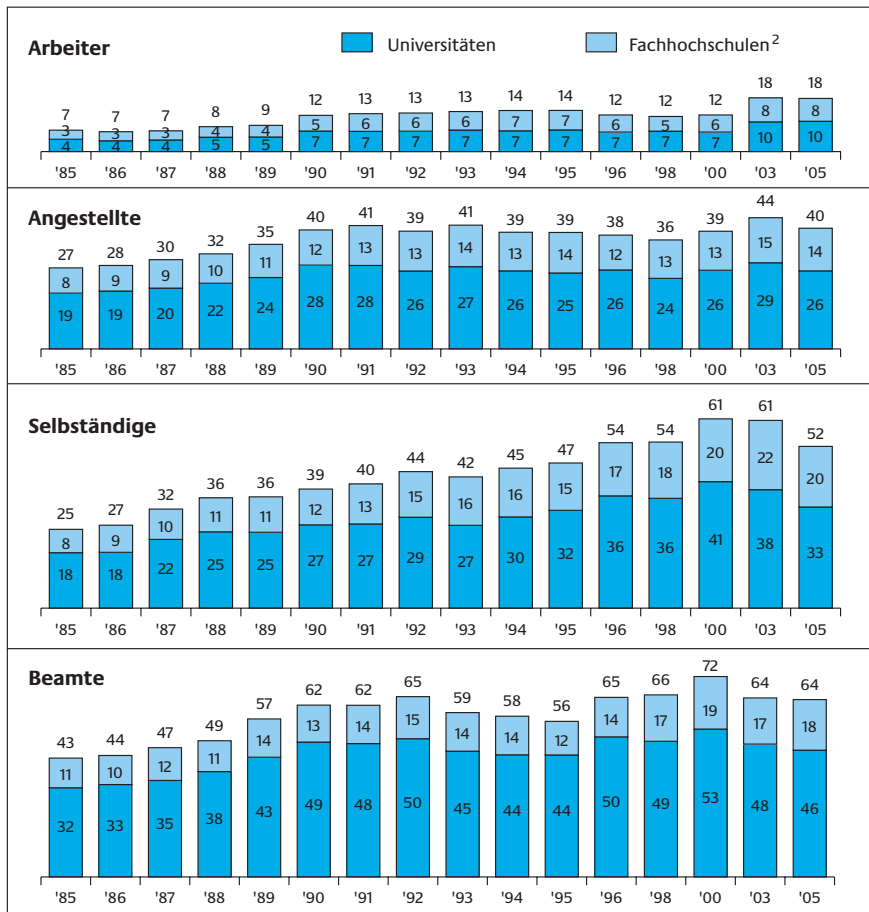
zen ähneln sich jedoch: ein leichter Rückgang der Bildungsbeteiligung in den bisher am stärksten und sich noch immer deutlich im Vorteil befindlichen Gruppen und ein leichter Zugewinn für die aber nach wie vor erheblich benachteiligten Kinder, deren Vater als Arbeiter beschäftigt ist (Bild 3.25).

Über den Zeitraum der letzten zwei Jahrzehnte betrachtet, hat sich die Bildungsbeteiligung der Kinder aus den unterschiedlichen Herkunftsmilieus tendenziell, wenn auch diskontinuierlich angenähert. Die Entwicklung der Chancenverteilung, anhand von Odds Ratios dargestellt, zeigt, dass in den alten Ländern der Abstand zwischen der Bildungsbeteiligung der Kinder von Beamten, Selbständigen und Angestellten und der von Arbeiterkindern seit Mitte der 1980er Jahre geringer geworden ist (Bild 3.26).

Beispielsweise war die Chance, ein Studium zu beginnen, im Jahr 1985 für ein Kind in den alten Ländern, dessen Vater Beamter war, sechs mal so hoch im Vergleich zu einem Arbeiterkind. Im Jahr 2005 hingegen ist die Chance auf eine Studienaufnahme für Beamtenkinder 3,6 mal so groß im Vergleich zu Kindern, deren Vater Arbeiter ist.

Der Unterschied in den Chancen ist demnach in den letzten zwanzig Jahren deutlich geringer geworden. Dieser Angleichungsprozess kann jedoch nicht über die nach wie vor bestehenden großen Disparitäten in der Bildungsbeteiligung hinweg täuschen.

Bild 3.24 Schwelle 4: Beteiligung an Hochschulen nach beruflicher Stellung des Vaters im Zeitverlauf 1985-2005 in den alten Ländern¹ (Studienanfängerquoten) in %



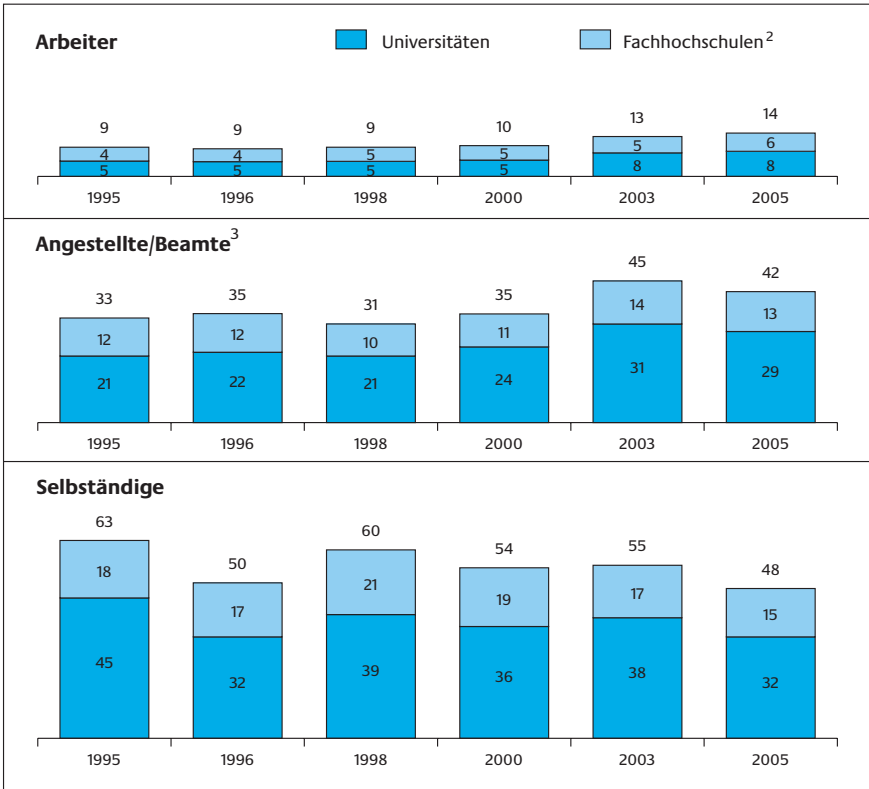
DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ nur deutsche Studienanfänger/innen in den alten Ländern

² einschließlich Verwaltungsfachhochschulen

Quellen: StBA: Bevölkerungstatistik; StBA: Hochschulstatistik; StBA: Sonderauswertungen verschiedener Mikrozensus; HIS: Studienanfängerbefragungen verschiedener Jahre; eigene Berechnungen (Rundungsdifferenzen möglich)

Bild 3.25 Schwelle 4: Beteiligung an Hochschulen nach beruflicher Stellung des Vaters im Zeitverlauf 1995-2005¹ in den neuen Ländern (Studienanfängerquoten) in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

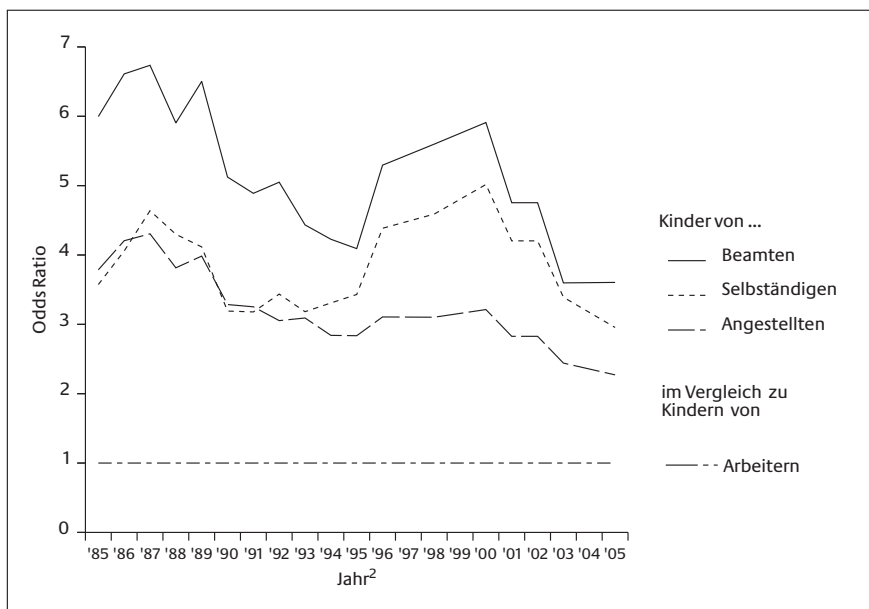
¹ nur deutsche Studienanfänger/innen in den neuen Ländern

² einschließlich Verwaltungsfachhochschulen

³ wegen zu geringer Fallzahlen werden die Beamten zusammen mit den Angestellten ausgewiesen

Quellen: StBA: Bevölkerungsstatistik; StBA: Hochschulstatistik; StBA: Sonderauswertungen verschiedener Mikrozensus; HIS: Studienanfängerbefragungen verschiedener Jahre; eigene Berechnungen (Rundungsdifferenzen möglich)

Bild 3.26 Chancenverhältnis bei der Beteiligung an Hochschulen – Kinder von Beamten, Selbständigen bzw. Angestellten im Vergleich zu Kindern von Arbeitern im Zeitverlauf 1985-2005 in den alten Ländern¹
Odds Ratio



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ nur deutsche Studienanfänger/innen in den alten Ländern

² Für die Jahre 1997, 1999, 2001, 2002 und 2004 liegen keine Daten vor, weshalb die Werte für diese Jahre in der Abbildung interpoliert wurden.

Quellen: StBA: Bevölkerungsstatistik; StBA: Hochschulstatistik; StBA: Sonderauswertungen verschiedener Mikrozensus; HIS: Studienanfängerbefragungen verschiedener Jahre; eigene Berechnungen

Der gleiche Trend kennzeichnete die Entwicklung in neuen Ländern, wenngleich hier der Beobachtungszeitraum nur ein Jahrzehnt umfasst (Bild 3.27). Hier hatten im Jahr 1995 Kinder, deren Vater selbständig oder freiberuflich tätig war, eine fast sieben Mal so große Chance, ein Studium zu beginnen, im Vergleich zu Kindern von Arbeitern.

Innerhalb der folgenden zehn Jahre hat sich diese Diskrepanz auf die Hälfte reduziert, das heißt die Chancen der Kinder von Selbständigen bzw. Freiberuflern auf ein Studium sind im Jahr 2005 noch 3,5 mal so hoch im Vergleich zu denen von Arbeiterkindern.

Bild 3.27 Chancenverhältnis bei der Beteiligung an Hochschulen – Kinder von Beamten, Selbständigen bzw. Angestellten im Vergleich zu Kindern von Arbeitern im Zeitverlauf 1995-2005 in den neuen Ländern¹
Odds Ratio



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ nur deutsche Studienanfänger/innen in den neuen Ländern

² Für die Jahre 1997, 1999, 2001, 2002 und 2004 liegen keine Daten vor, weshalb die Werte für diese Jahre in der Abbildung interpoliert wurden.

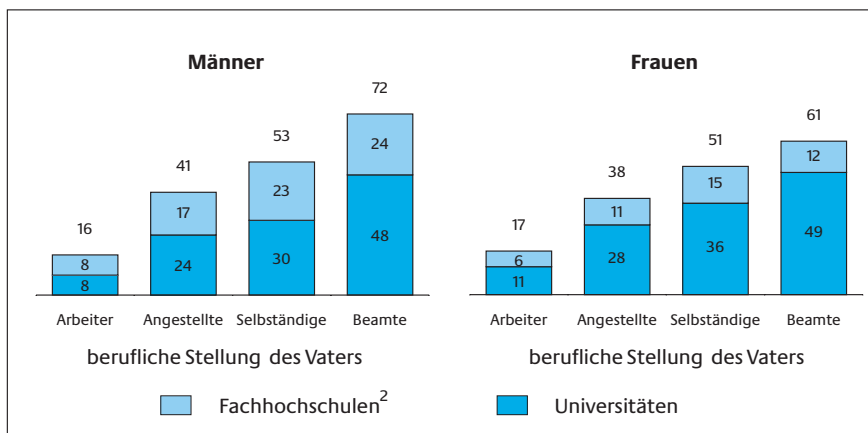
Quellen: StBA: Bevölkerungsstatistik; StBA: Hochschulstatistik; StBA: Sonderauswertungen verschiedener Mikrozensus; HIS: Studienanfängerbefragungen verschiedener Jahre; eigene Berechnungen

Zu der nach 2001 zu beobachtenden Angleichung der Bildungschancen der Kinder von Arbeitern an die der anderen drei Gruppen bzw. dieser drei Gruppen zueinander hat möglicherweise die grundlegende Änderung des BAföG (AföRG) in diesem Jahr beigetragen.

Bildungsbeteiligung nach beruflicher Stellung des Vaters und Geschlecht

Für Männer und Frauen fallen die Studierchancen ebenfalls nach der beruflichen Stellung des Vaters gestuft aus. Bemerkenswert ist, dass die Bildungsbeteiligung der Söhne

Bild 3.28 Beteiligung der 19- bis 24-jährigen¹ an Hochschulen nach beruflicher Stellung des Vaters 2005 und Geschlecht (Studienanfängerquoten) in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ nur deutsche Studienanfänger/innen

² einschließlich Verwaltungsfachhochschulen

Quellen: StBA: Bevölkerungsstatistik; StBA: Hochschulstatistik; StBA: Sonderauswertungen des Mikrozensus 2000; HIS: Studienanfängerbefragung WS 2005/06; eigene Berechnungen (Rundungsdifferenzen möglich)

von Beamten deutlich höher ist als die der Töchter (+11 Prozentpunkte, Bild 3.28).

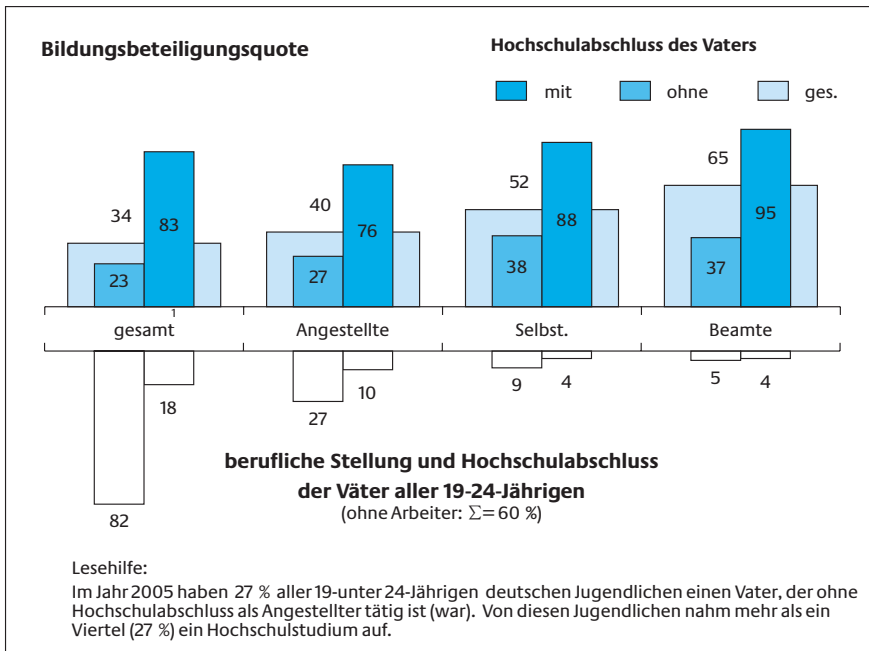
Berufliche Stellung und Hochschulabschluss des Vaters

Um den Einfluss der Bildungskomponente innerhalb der heterogenen Kategorien zur beruflichen Stellung zumindest ansatzweise sichtbar zu machen, wird im Folgenden danach unterschieden, ob der Vater einen Hochschulabschluss erworben hat oder nicht.

Wie bereits für die Bildungsbeteiligung an Schwelle 2 gezeigt wurde (vgl. Bild 3.7),

verblissen unter Hinzunahme dieses Merkmals die Effekte der beruflichen Stellung auf die Studienbeteiligung der Kinder weitgehend. Die Bildungsbeteiligungsquote des Nachwuchses von Beamten ohne Hochschulabschluss ist genauso hoch wie die Quote der Kinder von Selbständigen ohne Studium (Bild 3.29). Der Abstand beider Gruppen zu den Kindern von nicht-akademischen Angestellten beträgt nur noch etwa 10 %. Im Kontrast dazu ist die Bildungsbeteiligung von Kindern aus Akademikerfamilien in allen drei betrachteten Gruppen um ein Vielfaches höher. Die Frage, ob ein

Bild 3.29 Schwelle 4: Beteiligung der 19-24-Jährigen an Hochschulen nach beruflicher Stellung des Vaters 2005 – Vergleich von Vätern mit und ohne Hochschulabschluss 2005 (Studienanfängerquoten) in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Die Quoten für die Bildungsbeteiligung „gesamt“ schließen die berufliche Stellung „Arbeiter“ mit ein. Aufgrund der geringen Anzahl an Arbeitern mit Hochschulabschluss können keine entsprechend differenzierten Quoten ausgewiesen werden.

Quellen: StBA, Sonderauswertung Mikrozensus 2005; eigene Berechnungen

Kind ins Studium gelangt oder nicht, ist demnach zuallererst eine Frage des Bildungsstatus des Elternhauses – und hier vor allem eine des akademischen Hintergrunds – und nur nachrangig eine der beruflichen Stellung.

Wie stark die Unterschiede vom Bil-

dungsstand getragen werden, lässt sich anhand der Anteile an Akademikern innerhalb der Angestellten, Selbständigen und Beamten veranschaulichen. In der altersspezifischen Bevölkerung hat von den Vätern, die als Angestellte tätig sind (waren), etwa jeder vierte einen Hochschulabschluss (insgesamt

37 %: 10 % mit Hochschulabschluss vs. 27 % ohne; siehe Bild 3.29, unterer Diagrammteil: berufliche Stellung aller Väter).

Von den Selbständigen hat mehr als jeder dritte studiert (4 % mit vs. 9 % ohne Hochschulabschluss) und von den verbeamteten Vätern sogar fast die Hälfte (4 % mit Hochschulabschluss vs. 5 % ohne).

Hinter der Stufung der Bildungschancen nach beruflicher Stellung steht demzufolge realiter ihre Stufung nach elterlichem Bildungsstatus. Die verbleibenden Disparitäten, vor allem die zwischen den drei Gruppen mit Hochschulabschluss, zeigen jedoch auch, dass die berufliche Stellung keineswegs gänzlich ohne Relevanz für das Bildungsverhalten ist. So weisen unter den Akademikern die Kinder der Beamten noch immer die mit Abstand höchste Bildungsbeteiligung auf. Die weitere Reihenfolge – zunächst die Selbständigen-, dann die Angestelltenkinder – bleibt auch hier erhalten.

3.5.3 Bildungstrichter

Die Folgen der in den Bildungsbiographien bis zum Studieneintritt wirksamen sozialen Selektion können anhand einer schematischen Darstellung in Form des so genannten Bildungstrichters veranschaulicht werden.

Im Unterschied zu vorherigen Sozialerhebungen werden im Bildungstrichter die Studierenden danach unterschieden, ob ihr Vater einen Hochschulabschluss erworben hat oder nicht. Die Bilder 3.30 und 3.31 können deshalb nicht mit den entsprechenden

Abbildungen älterer Sozialerhebungen verglichen werden, die zwischen den sozialen Herkunftsgruppen „hoch“ und „niedrig“ differenziert haben.

Wie oben gezeigt, üben mehrere Faktoren Einfluss auf die Bildungsbeteiligung aus. Mit einem Extremgruppenvergleich – zwischen jeweils 100 Kindern von Akademikern auf der einen und 100 Kindern von Vätern ohne Hochschulabschluss auf der anderen Seite – kann gezeigt werden, dass die Chancen auf den Besuch einer weiterführenden Schule für Kinder aus hochschulfernen Schichten bereits beim Übergang zu Schwelle 2 (Klassen 11-13) deutlich reduziert sind.

Kinder von Akademikern haben eine fast doppelt so große Chance, die gymnasiale Oberstufe zu besuchen, im Vergleich zu Kindern, deren Vater nicht studiert hat (88 % vs. 46 %). Die Klassenstufen 11-13 erreicht zu haben, ist dann für fast alle Kinder aus dieser Gruppe gleichbedeutend mit der Studienaufnahme. 94 % der Akademikerkinder aus der gymnasialen Oberstufe gehen weiter bis zur Hochschule. Mit 83 % ist ihre Studienanfängerquote dreieinhalb Mal (Odds Ratio= 3,6) so hoch wie die der Kinder von Nicht-Akademikern (23 %). Für letztere verengt sich nach dem Sekundarbereich II der Bildungsweg weiter, es gelangt nur jede/r Zweite zur Hochschule (Übergangsquote: 50 %). Die Bildungsbiographie besteht also aus einer Mehrfachselektion, in deren Ergebnis die Chancen zum Beispiel der Kinder

von Akademikern und der von Nicht-Akademikern zunehmend auseinander driften.

3.6 Bildungsbeteiligung und soziale Zusammensetzung

Die soziale Zusammensetzung aller Studienanfänger/innen ist im Wesentlichen das Ergebnis der sozialgruppenspezifischen Bildungsbeteiligung und der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung.

Am Beispiel der Bildungsbeteiligung, differenziert nach beruflicher Stellung der Eltern, soll das Verhältnis zwischen der absoluten Anzahl der Personen, die einer Sozialgruppe zugehören, und ihrer prozentualen Bildungsbeteiligung beim Hochschulzugang veranschaulicht werden. Ferner kann hiermit der Unterschied zwischen der Bildungsbeteiligungsquote und der sozialen Zusammensetzung der Studienanfänger/innen verdeutlicht werden (vgl. Abschnitt 3.3). Wie groß die Anzahl der Kinder aus einer bestimmten Sozialgruppe ist, die ein Studium aufnehmen, hängt nicht nur von ihrer Bildungsbeteiligungsquote ab, sondern auch vom Umfang der jeweiligen sozialen Gruppe.

Wenn beispielsweise jeweils X % der Kinder von Selbständigen bzw. von Arbeitern ein Studium aufnehmen, so sind das – absolut gezählt – Y-viele bzw. Z-viele Studienanfänger/innen, weil beide sozialen Gruppen unterschiedlich groß sind.

Im Jahr 2005 gab es 349.000 Arbeiterkindern im Alter zwischen 19- und unter 25

Jahren – also den Jahrgängen, aus denen sich Studienanfänger/innen hauptsächlich rekrutieren. Von diesen Arbeiterkindern nahmen 17 % ein Hochschulstudium auf. Dies ergibt 59.000 Studienanfänger/innen, deren Vater Arbeiter ist (Bild 3.32).

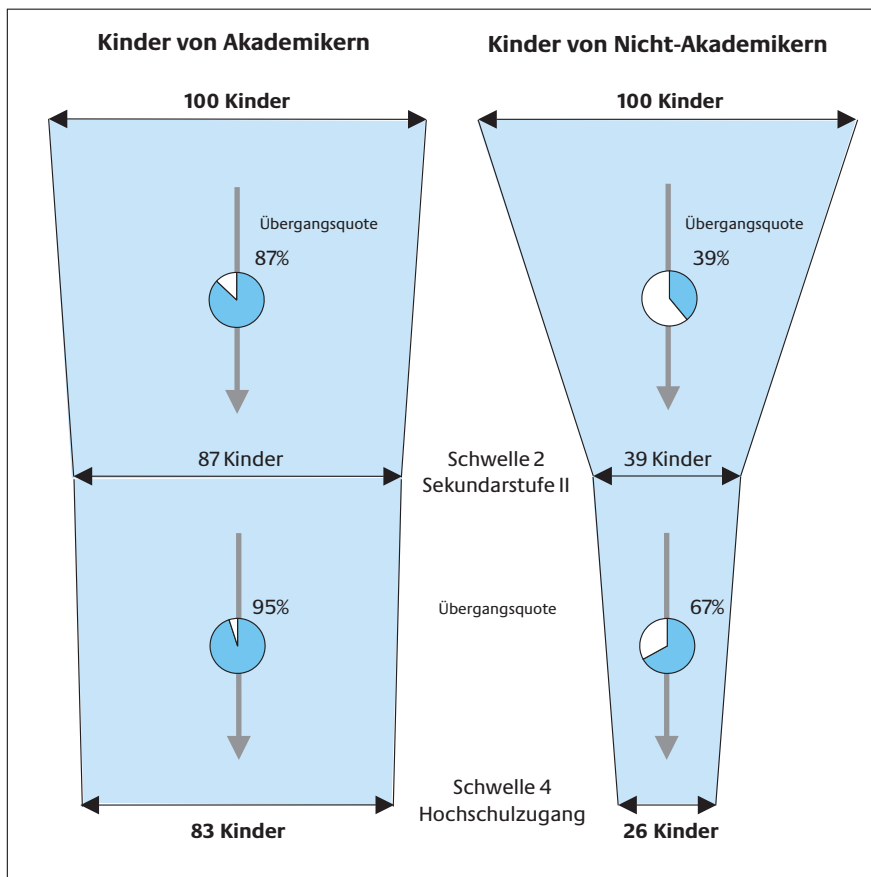
Die geringfügig kleinere Gruppe der Angestelltenkinder von (314.000) im typischen Alter stellt aufgrund ihrer mehr als doppelt so hohen Bildungsbeteiligungsquote mit einer Zahl von 125.000 mehr als doppelt so viele Studienanfänger/innen. Die relativ kleinen Gruppen der Beamten- und Selbständigenkinder weisen noch deutlich höhere Bildungsbeteiligungsquoten (65 % bzw. 52 %) auf und entsenden daher in etwa so viele Studierende ins Studium (49.000 bzw. 58.000) wie die um ein Mehrfaches größere Gruppe der Arbeiter.

Die insgesamt 290.000 deutschen Studienanfänger/innen im Studienjahr 2005/2006 setzen sich demnach zu 17 % aus Beamten-, zu 20 % aus Selbständigen-, zu 43 % aus Angestellten- und zu 20 % aus Arbeiterkindern zusammen.

Gemessen an ihrem Anteil in der altersspezifischen Bevölkerung sind Beamtenkinder jedoch mit einem Faktor von 1,8 an den Hochschulen überrepräsentiert (9 % in der Bevölkerung vs. 17 % unter den Studienanfängern/innen).

Die Kinder von Selbständigen erzielen mit 20 % einen Anteil unter den Erstsemestern, der anderthalb mal so groß ist wie ihr Anteil in ihrer Alterskohorte (13 %). Ange-

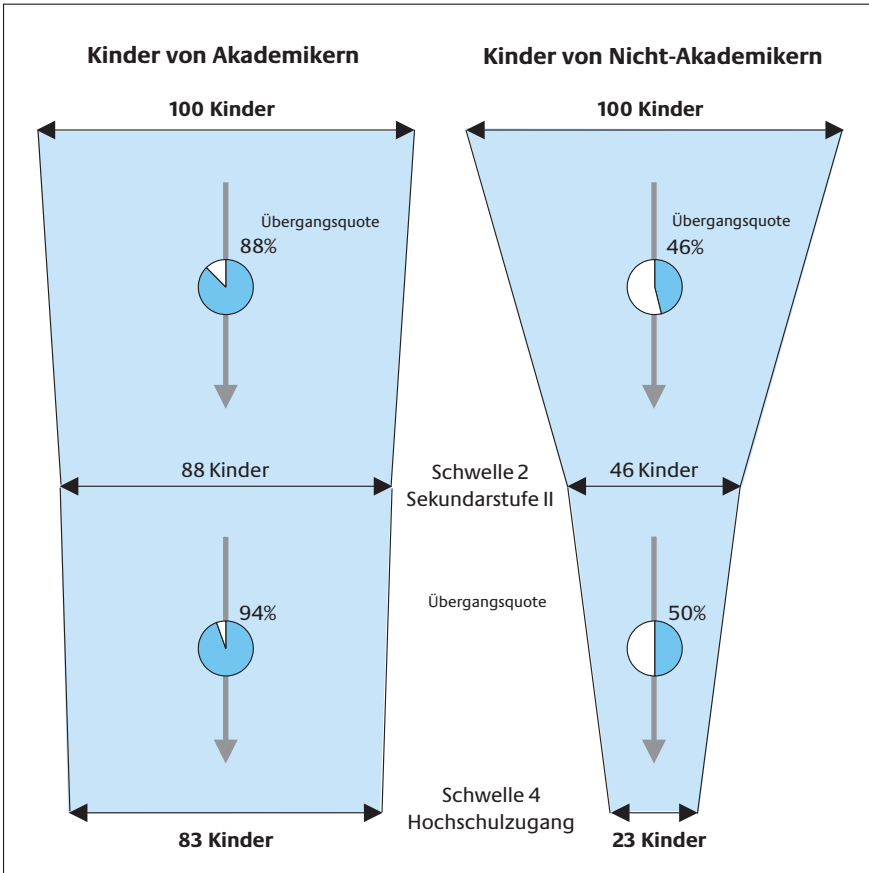
Bild 3.30 Bildungstrichter 2003: Schematische Darstellung sozialer Selektion – Bildungsbeteiligung von Kindern nach akademischem Abschluss des Vaters in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Quellen: StBA, Sonderauswertungen Mikrozensus 1998 und 2003; HIS-Studienanfängerbefragung 2003, eigene Berechnungen

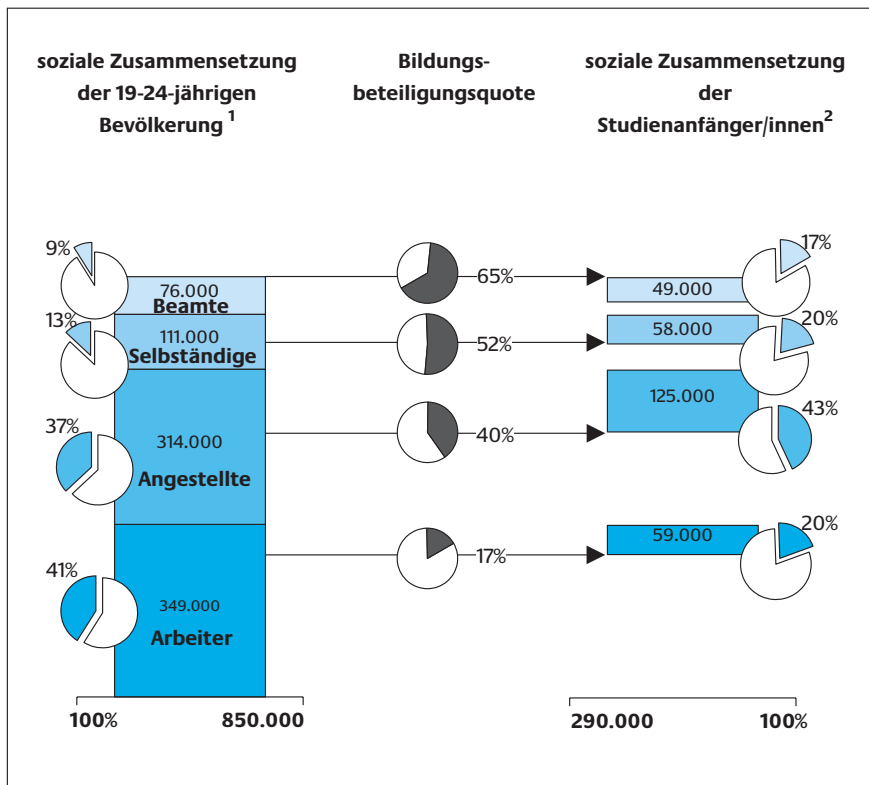
Bild 3.31 Bildungstrichter 2005: Schematische Darstellung sozialer Selektion – Bildungsbeteiligung von Kindern nach akademischem Abschluss des Vaters in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Quellen: StBA, Sonderauswertungen Mikrozensus 2001 und 2005; HIS-Studienanfängerbefragung 2005, eigene Berechnungen

Bild 3.32 Bildungsbeteiligung und soziale Zusammensetzung 2005
nur Deutsche, absolut und in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Synthetischer Bezugsjahrgang (durchschnittliche Jahrgangsstärke der 19-24-jährigen deutschen Bevölkerung in Deutschland), (Werte gerundet)

² Deutsche Studienanfänger/innen im Studienjahr 2005/06 an Universitäten, Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen (Werte gerundet)

Quellen: StBA: Bevölkerungszahlen; StBA: Hochschulstatistik; StBA: Sonderauswertung des Mikrozensus 2000; HIS: Studienanfängerbefragung WS 2005/06

stelltenkinder sind mit einem Faktor von 1,2 ebenfalls noch leicht überrepräsentiert (43 % zu 37 %).

Die einzige der hier betrachteten Sozialgruppen, die im Studienanfängerjahrgang 2005 deutlich zu wenig vertreten ist, sind die Arbeiterkinder. Ihr Anteil ist nur halb so groß wie in der altersgleichen Bevölkerung (20 % zu 41 %).

Die soziale Zusammensetzung der Studienanfänger/innen sagt allerdings – anders als die Bildungsbeteiligungsquote – wenig über die tatsächliche Chancenstruktur beim Hochschulzugang aus. So ist die Beteiligungsquote von Beamtenkindern gut viermal so hoch wie die der Arbeiterkinder. Am höchsten ist sie, nämlich mehr als fünfmal, unter den Kindern aus einer Beamtenfamilie, in welcher der Vater bereits einen Hochschulabschluss erworben hat (Bild 3.29 und Bild 3.33).

Die Anteile einzelner Gruppen in den Studienanfängerjahrgängen hängen auch mit der Entwicklung der Jahrgangsstärken im Zeitverlauf zusammen (Bild 3.34). So lag die Bildungsbeteiligungsquote (Studienanfängerquote) für Arbeiterkinder in den alten Ländern 1985 bei 7 % und pendelte zehn Jahre lang (1990 - 2000) auf niedrigem Niveau zwischen 12 % und 14 %.

Obwohl sich zwischen 1985 und 2000 die Zahl der Arbeiterkinder im typischen Alter halbiert hatte (von 446.000 auf 216.000), war die absolute Zahl der Arbeiterkinder unter den Studienanfänger/innen im Jahr 2000

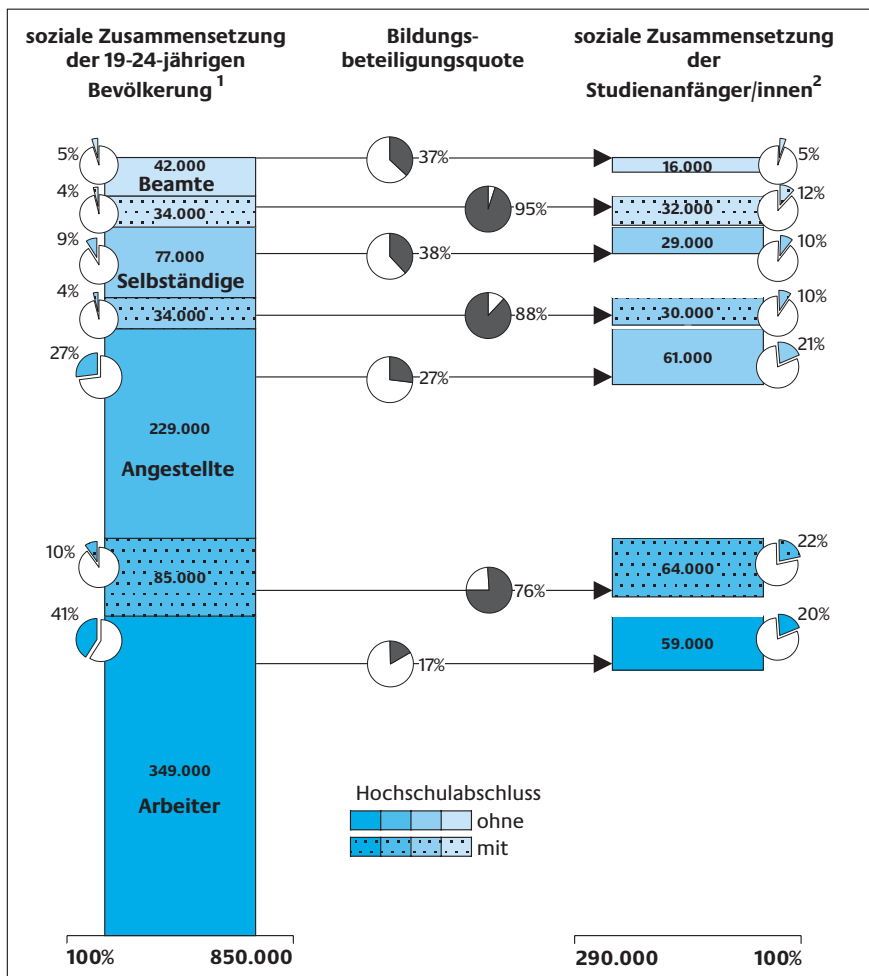
sogar etwas größer, weil der demographisch bedingte Rückgang durch die gestiegene Bildungsbeteiligung (von 7 % auf 12 %) kompensiert worden war. In den letzten fünf Jahren (2000 - 2005) ist der absolute Zuwachs von Arbeiterkindern unter den Studienanfänger/innen auf drei Ursachen zurückzuführen: erstens wieder ein leichter Anstieg des Anteils an Arbeiterkindern in der altersgleichen Bevölkerung, zweitens ein größerer Umfang dieser (geburtenstarken) Jahrgänge insgesamt und dadurch eine höhere Absolutzahl an Arbeiterkindern sowie drittens eine höhere Studienbeteiligung.

Unter den Angestelltenkindern in den alten Ländern stieg die Bildungsbeteiligung zwischen 1985 und 2005 von 27 % auf 40 %. Diese Entwicklung war begleitet von einer bis Mitte der 1990er Jahre abnehmenden und danach wieder steigenden Anzahl der Angestelltenkinder insgesamt.

Der Rückgang ist allerdings deutlich schwächer als bei den Arbeiterkindern. Das Einmünden geburtenstarker Jahrgänge ins Studium und eine geringfügige Erhöhung der Bildungsbeteiligungsquote der Angestelltenkinder führten dazu, dass im Jahr 2005 die Studienanfängerzahl (103.000) dieser Gruppe die zweithöchsten innerhalb der betrachteten zwanzig Jahre ist.

Angesichts der für die letzten zwei Jahrzehnte aufgezeigten Veränderungen auf drei der betrachteten Ebenen (Sozialstruktur Gleichaltriger; absolute Größe der Sozialgruppen; sozialgruppenspezifische Bil-

Bild 3.33 Bildungsbeteiligung und soziale Zusammensetzung 2005 nach akademischem Abschluss des Vaters
nur Deutsche, absolut und in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ und ² siehe Fußnoten zu Bild 3.32 (Abweichungen von Werten im Vergleich zu Bild 3.32 sind rundungsbedingt)

Bild 3.34 Bildungsbeteiligung und soziale Zusammensetzung im Zeitverlauf am Beispiel von Kindern aus Arbeiter- und Angestelltenfamilien in den alten Ländern¹
 nur Deutsche, alte Länder, absolut und in %

Jahr	soziale Zusammensetzung der 19-24-jährigen Bevölkerung ²			Bildungs-beteiligungs- quote	soziale Zusammensetzung der Studienanfänger/innen ³			
	Anteil Sozial- gruppe	Ø Jahrgangs- stärke	Anzahl Sozial- gruppe		Anzahl Sozial- gruppe	Anzahl gesamt	Anteil Sozial- gruppe	
Arbeiter	1985	45%	von 990.000 =	446.000	7%	32.000 von	192.000 =	17%
	1990	40%	von 821.000 =	327.000	12%	40.000 von	254.000 =	16%
	1995	36%	von 569.000 =	204.000	14%	29.000 von	191.000 =	15%
	2000	36%	von 598.000 =	216.000	12%	26.000 von	217.000 =	12%
	2005	37%	von 677.000 =	251.000	18%	45.000 von	244.000 =	18%
Angestellte	1985	29%	von 990.000 =	287.000	27%	78.000 von	192.000 =	41%
	1990	34%	von 821.000 =	276.000	40%	110.000 von	254.000 =	43%
	1995	36%	von 569.000 =	204.000	39%	80.000 von	191.000 =	42%
	2000	38%	von 598.000 =	230.000	39%	90.000 von	217.000 =	41%
	2005	38%	von 677.000 =	257.000	40%	103.000 von	244.000 =	42%

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ nach beruflicher Stellung des Vaters

² Synthetischer Bezugsjahrgang (durchschnittl. Jahrgangsstärken der 18-21-jährigen, ab 1997 der 19-24-jährigen deutschen Bevölkerung), (Werte gerundet)

³ Deutsche Studienanfänger/innen im Studienjahr 2000/01 an Universitäten, Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen (Werte gerundet)

Quellen: StBA: Bevölkerungsstatistik; StBA: Hochschulstatistik; StBA: Sonderauswertungen verschiedener Mikrozensus; HIS: Studienanfängerbefragungen verschiedener Jahre; eigene Berechnungen

dungsbeteiligungsquoten) scheint es doch erstaunlich, dass in der Bilanz aller Entwicklungen die Sozialstruktur der Studienanfänger/innen nahezu unberührt blieb.

Die Anteile beider Gruppen haben sich lediglich jeweils um einen Prozentpunkt erhöht. Der soziale Wandel, der außerhalb der Hochschulen stattfindet, wirkt offenbar kaum in sie hinein. Primäre und sekundäre Effekte sozialer Ungleichheit, die der Hochschule zeitlich vorgelagert sind, erweisen sich offenbar als sehr nachhaltig. Die soziale Binnenstruktur der Studierenden war seit den 1980er Jahren vor weiteren größeren Veränderungen abgeschottet und blieb weitgehend unverändert.

4. Sozio-demographische Merkmale der Studierenden

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick				
Alter der Studierenden 2006 (Mittelwert in Jahren)	insges.	Männer	Frauen	
Studierende insgesamt	24,9	25,2	24,5	
Erststudium	24,3	24,6	23,9	
postgraduales Studium	31,2	31,7	30,7	
Familienstand und Elternschaft 2006 (Studierende in %)	insges.	Männer	Frauen	
nicht verheiratet in fester Partnerschaft	52	47	57	
nicht verheiratet ohne feste Partnerschaft	43	49	37	
verheiratet	5	4	6	
Studierende mit Kind	7	6	8	
Soziale Herkunft der Studierenden (in %) ¹	2000	2003	2006²	
höchster schulischer Abschluss der Eltern				
Hochschulreife	52	55	58	
Realschule	27	28	28	
Hauptschule	20	16	14	
höchster beruflicher Abschluss der Eltern				
Hochschule	44	46	52 ³	
Meister, Fachschule, Techniker	26 ⁴	26 ⁴	20	
Lehre, Facharbeiter	28	28	27	
soziale Herkunftsgruppe				
niedrig	13	12	13	
mittel	28	27	25	
gehoben	26	25	24	
hoch	33	37	38	

¹Rundungsdifferenzen möglich
²2006 einschließlich Bildungsinländer/innen
³ab 2006 Ingenieurschulabschluss zu Hochschule
⁴Fach-/Ingenieurschulabschluss und Meister zusammen

Technische Hinweise

Definitionen:

Soziale Herkunft

Es werden vier soziale Herkunftsgruppen unterschieden, die mit „hoch“, „gehoben“, „mittel“ und „niedrig“ bezeichnet werden. Dabei wird sowohl die berufliche Stellung der Eltern als auch das Bildungsniveau des Elternhauses berücksichtigt. Im Anhang findet sich eine ausführliche Beschreibung, wie die sozialen Herkunftsgruppen gebildet werden.

Berufliche Stellung

Die berufliche Stellung des Vaters bzw. der Mutter wird nach den vier sozialversicherungsrechtlichen Kategorien: Arbeiter, Beamte, Angestellte und Selbständige differenziert. Zur feineren Differenzierung werden diese vier Kategorien jeweils in einer nach Qualifikationsanforderungen drei- oder vierfach gestuften Hierarchie weiter unterteilt.

Soziale Zusammensetzung

Die soziale Zusammensetzung beschreibt, welche sozialen Gruppen zu welchen Anteilen unter den Studierenden vertreten sind. Dieses Sozialprofil erlaubt Rückschlüsse auf das soziale Milieu, das an den Hochschulen anzutreffen ist.

Höchster schulischer/ höchster beruflicher Abschluss

Im Ergebnis des Vergleichs der (höchsten) schulischen bzw. beruflichen Abschlüsse der Eltern wird der jeweils höhere Abschluss zur Bestimmung des Herkunftsmerkmals verwendet. Liegen keine Angaben zu einem Elternteil vor, basiert die Zuordnung zu diesen Herkunftsmerkmalen auf den vorhandenen Informationen zum anderen Elternteil. Die Bildungsherkunft Studierender wird auch als „hochschulnah“ bezeichnet, wenn die Eltern über eine Hochschulreife bzw. einen akademischen Abschluss verfügen. Dieser Begriff beschreibt die hier erfassten Merkmale präziser als der üblicher Weise verwendete Begriff „bildungsnah“.

Bezugsgruppe

Deutsche Studierende und studierende Bildungsinländer/innen

Datenquellen

Daten der Sozialerhebung
(Fragen 34 bis 37 und Fragen 42 bis 45)

Vorbemerkung

Daten zur demographischen und sozialen Zusammensetzung der Studierenden und zur Entwicklung ihres Sozialprofils im Zeitverlauf liefern wichtige Informationen zum besseren Verständnis zahlreicher Befunde zur Studien- und Lebenssituation. Außerdem geben sie Aufschluss darüber, wie sich gesellschaftliche Veränderungen, zum Beispiel bildungspolitische Maßnahmen oder ein Wandel im Bildungs(wahl)verhalten aufeinander folgender Generationen, auf die studentische Sozialstruktur auswirken. Im vorliegenden Kapitel werden dazu sowohl Daten der amtlichen Statistik aufbereitet (Geschlecht) als auch Ergebnisse der Sozialerhebung vorgestellt (Alter, Familienstand, sozio-strukturelle Herkunftsmerkmale).

4.1 Demographische Merkmale

Zu den demographischen Merkmalen, die die Lebens- und Studiensituation am stärksten beeinflussen, gehören Alter und Geschlecht. Beide askriptiven Merkmale stehen in engem Zusammenhang mit dem Status der Studierenden in Bezug auf ihre Partnerbeziehung und Elternschaft, was anhand aktueller Befunde gezeigt werden wird (zur Zusammensetzung der Studierenden nach Geschlecht siehe Kapitel 2).

4.1.1 Altersstruktur

Alter der Studierenden

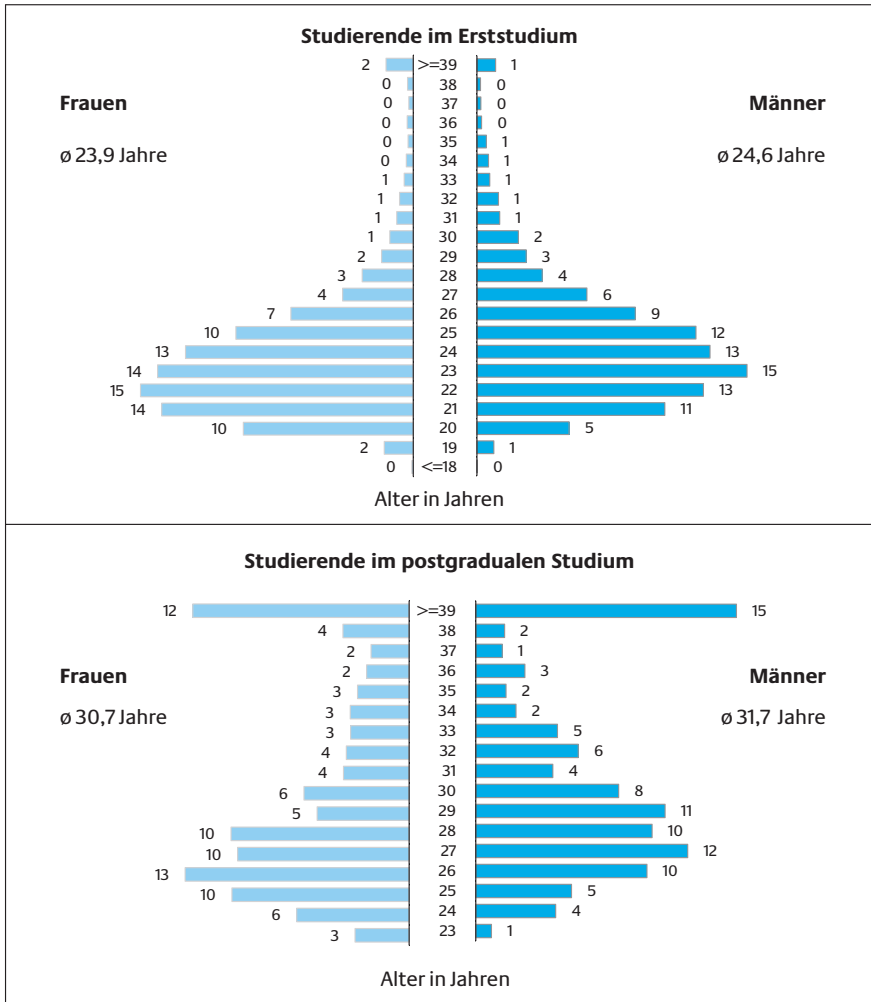
Studierenden an den Hochschulen in Deutschland sind im Durchschnitt 24,9 Jahre alt (Bild 4.1). Studierende Bildungsinländer/innen und deutsche Studierende sind nahezu gleich alt (\bar{x} 25,0 vs. 24,9 Jahre).

Studierende im Erststudium haben ein durchschnittliches Alter von 24,3 Jahren. Unter ihnen sind diejenigen in einem Bachelor-Studiengang erwartungsgemäß die jüngsten (\bar{x} 23,0 Jahre), Studierende eines Diplomstudiengangs an Fachhochschulen

Bild 4.1 *Alter der Studierenden*
arithm. Mittelwert in Jahren

Bezugsgruppe	Alter
Studierende gesamt	24,9
männlich	25,2
weiblich	24,5
Erststudium gesamt	24,3
Diplom (FH)	25,3
Magister	25,0
Diplom (U)	24,1
Staatsexamen (o. LA)	24,0
Lehramt	23,9
kirchliche Prüfung	23,8
Bachelor	23,0
Postgraduales Studium ges.	31,2

Bild 4.2 Altersstruktur der Studierenden
in % je Geschlecht, arithm. Mittelwert in Jahren



die ältesten (\bar{x} 25,3). Im postgradualen Studium beträgt das durchschnittliche Alter 31,2 Jahre.

Im Vergleich zur 17. Sozialerhebung blieb das Alter im Erststudium nahezu unverändert (Sommersemester 2003: 24,4 Jahre). Der seit 1997 beobachtete Trend zur Verjüngung hat sich demnach nicht weiter fortgesetzt.

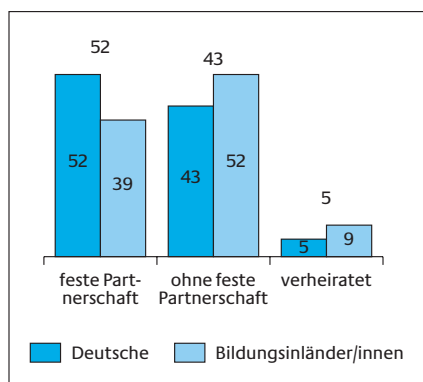
Studentinnen sind im Mittel jünger als Studenten – und das sowohl im Erst- als auch im postgradualen Studium (Bild 4.2). Anhand des Altersbaumes wird vor allem für das Erststudium ersichtlich, dass hierfür der frühere Einstieg der Frauen ins Studium die Ursache ist (vgl. zu Verzögerung der Studienaufnahme Kapitel 2.2.3). Der Altersunterschied zwischen Männern und Frauen, der im Erststudium noch 0,7 Jahre beträgt, umfasst bei Studierenden im postgradualen Studium ein ganzes Jahr.

4.1.2 Familienstand

Seit Jahren ist eine relativ gleich bleibende Zusammensetzung der Studierenden in Bezug auf ihren Familienstand bzw. Partnerschaftsstatus zu beobachten: Etwas mehr als die Hälfte (52 %, Bild 4.3) ist unverheiratet und hat eine feste Partnerschaft. Ohne festen Partner bzw. ohne feste Partnerin sind etwa zwei Fünftel (43 %). Der Anteil der Verheirateten ist konstant gering (5 %).

Frauen sind deutlich häufiger als Männer partnerschaftlich gebunden, von ihnen leben nur 37 % ohne feste Partnerschaft

Bild 4.3 Familienstand im Vgl. deutscher Studierender und studierender Bildungsinländer/innen
Studierende im Erststudium in %



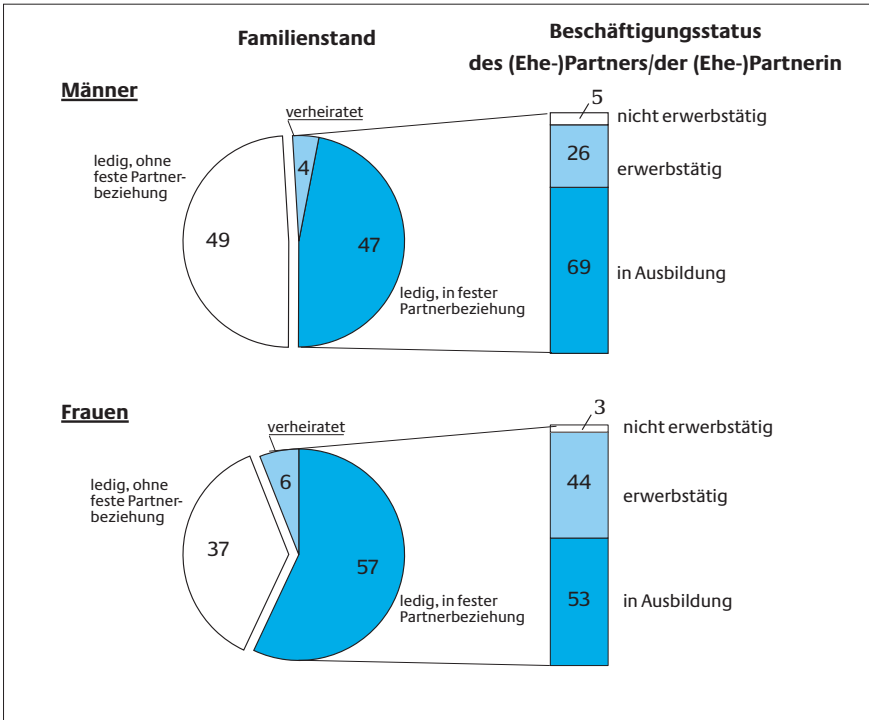
DSW/HIS 18. Sozialerhebung

(Männer 49 %). Studierende Bildungsinländer/innen sind einerseits zwar häufiger verheiratet als deutsche Studierende, andererseits jedoch auch häufiger ohne feste/n Partner/in, was auch Ausdruck einer stärkeren Koppelung von Partnerschaft und Ehestand ist.

Auch innerhalb der Gruppe der Bildungsinländer/innen geben Frauen häufiger als Männer an, eine feste Partnerschaft zu haben (43 % vs. 35 %).

Ein weiterer Unterschied zwischen Männern und Frauen zeigt sich im Beschäftigungsstatus ihrer Partner/innen. Studenten haben zu mehr als zwei Dritteln (69 %) Partner/innen bzw. Ehefrauen, die noch in der Ausbildung sind (Bild 4.4). Gleiches trifft nur

Bild 4.4 Studentinnen und Studenten nach Familienstand sowie Beschäftigungsstatus des (Ehe-)Partners bzw. der (Ehe-)Partnerin Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

auf mehr als jede zweite (53 %) der partnerschaftlich gebundenen Studentinnen zu. Ihre Partner sind häufig bereits erwerbstätig (44 % im Vergleich zu 26 % bei den Studenten).

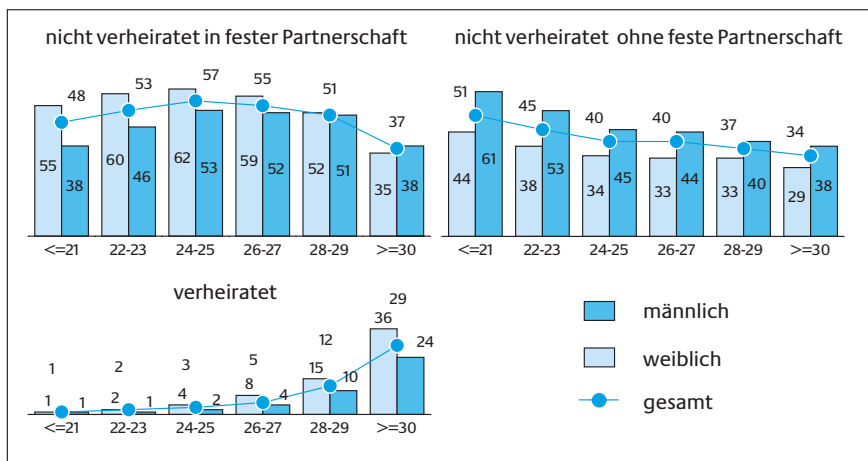
Der Familienstand steht auch bei den Studierenden erwartungsgemäß in Zusam-

menhang mit ihrem Lebensalter. Je älter die Studierenden sind, desto geringer wird der Anteil derer ohne feste Partnerschaft.

Im Alter ab etwa 30 Jahre sind einerseits ca. ein Drittel der Studierenden ohne feste Partnerschaft, andererseits scheint der Übergang zum vierten Lebensjahrzehnt

Bild 4.5 Familienstand nach Altersgruppen und Geschlecht

Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

häufig auch – und vor allem für die Frauen – mit einer Statusänderung verbunden zu sein, denn der Anteil verheirateter Studierender steigt deutlich an bzw. im Gegenzug sinkt der Prozentsatz an Studierenden mit einem/einer festen Partner/in. Über alle Altersgruppen hinweg erhält sich jedoch der Befund, dass Studenten häufiger ohne feste Partnerschaft sind als Studentinnen.

4.1.3 Studierende mit Kind

Studierende mit Kind sind ein Schwerpunktthema der 18. Sozialerhebung. Die Befragung umfasste einen Sonderbogen, mit welchem die Lebenssituation Studierender mit Kind vertiefend erfasst wurde. Zu den Befunden wird ein gesonderter Bericht erstellt.

Der vorliegende Hauptbericht zur Sozialerhebung enthält deshalb nur einen kurzen statistischen Überblick.

Im Sommersemester 2006 hatten 7 % aller Studierenden ein Kind (Bild 4.6). Im Jahr 2003 betrug dieser Anteil 6 %. Die geringfügige Erhöhung des Anteils an Eltern ist darauf zurückzuführen, dass aktuell mehr Studentinnen mit Kind immatrikuliert sind als noch vor drei Jahren (2006: 8 % im Vgl. zu 7 % 2003). Unter den Studenten ist der Anteil an Vätern mit 6 % konstant geblieben.

Von den Studierenden im Erststudium haben nur 5 % bereits (mindestens) ein Kind. Dagegen gehört etwa jeder Fünfte in einem postgradualen Studiengang zu den Studie-

Bild 4.6 Studierende mit Kind in %

Merkmale	ges.	männl.	weibl.
Insgesamt	7	6	8
Erststudium	5	5	6
postgraduales Studium	20	17	22
Alter in Jahren			
bis 21	1	0	1
22-23	2	2	2
24-25	3	2	4
26-27	6	4	8
28-29	13	10	18
30 und älter	35	28	45

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

renden mit Kind – Frauen auch hier häufiger als Männer (Bild 4.6).

Die unterschiedlichen Quoten an Studierenden mit Kind hängen in erster Linie jedoch mit dem Alter zusammen. Von den jüngsten Studierenden haben nicht einmal 1 % ein Kind, ab Mitte 20 erhöht sich dieser Prozentsatz und insbesondere Studentinnen beginnen, eine Familie zu gründen. Im Alter von 28-29 Jahren sind 10 % der Studenten und fast 18 % der Studentinnen bereits Eltern.

4.2 Soziale Herkunft

Zum sozialen Profil der Studierenden gehören neben Merkmalen der Studierenden selbst (Alter, Geschlecht, Familienstand)

auch Charakteristiken ihrer familialen Herkunft. Letztere werden im Rahmen der Sozialerhebung anhand von Informationen zur allgemeinen und beruflichen Bildung bzw. zur Berufstätigkeit ihrer Eltern erfasst.

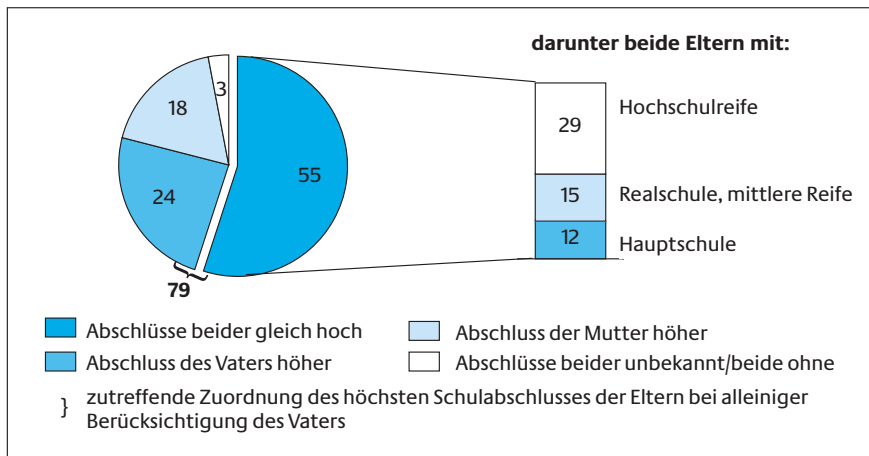
4.2.1 Schul- und Ausbildungsabschluss der Eltern

Die schulischen und beruflichen Abschlüsse der Eltern sind die Grundlage zur Bestimmung der Bildungsherkunft der Studierenden. Dabei wird nachfolgend das jeweils höchste Bildungsniveau, das im Elternhaus besteht, als Merkmal verwendet.

Studierende haben Eltern, die häufig über Bildungsabschlüsse des gleichen Niveaus verfügen. Gemessen am höchsten schulischen Abschluss, den Vater und Mutter erworben haben, ist mehr als jedes zweite Elternhaus homogen zusammengesetzt (55 %, Bild 4.7).

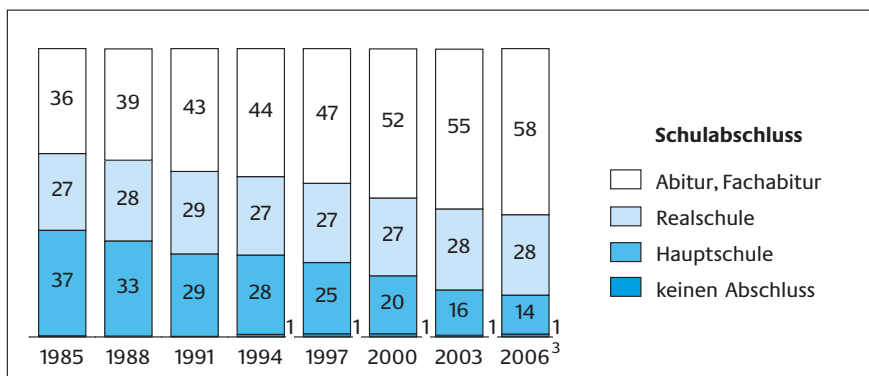
Etwas ein Viertel der Väter hat einen höheren schulischen Abschluss als seine Partnerin. 18 % der Mütter verfügen über einen höheren allgemeinbildenden Abschluss als ihr Partner. Wären hierzu nur Informationen zum Vater vorhanden, wie es im Kapitel 3 der Fall ist, würde das (höchste) schulische Bildungsniveau im Elternhaus zu 79 % zutreffend eingeordnet werden. Diese Quote ist noch höher, wenn der höchste berufsqualifizierende Abschluss zur Bestimmung der Bildungsherkunft Studierender verwendet wird, weil Väter häufig beruflich höher qualifiziert sind als ihre Partnerin. Auf der Basis

Bild 4.7 Vergleich des Niveaus der schulischen Abschlüsse der Eltern von Studierenden in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Bild 4.8 Höchster Schulabschluss der Eltern 1985-2006¹ Studierende in %²



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ ab 1991 einschließlich neue Länder
² Rundungsdifferenzen möglich
³ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

von Informationen zur beruflichen Bildung des Vaters wäre das entsprechende Bildungsniveau im Elternhaus bei 83 % richtig definiert (Bild 4.10).

Schulabschluss der Eltern im Zeitverlauf

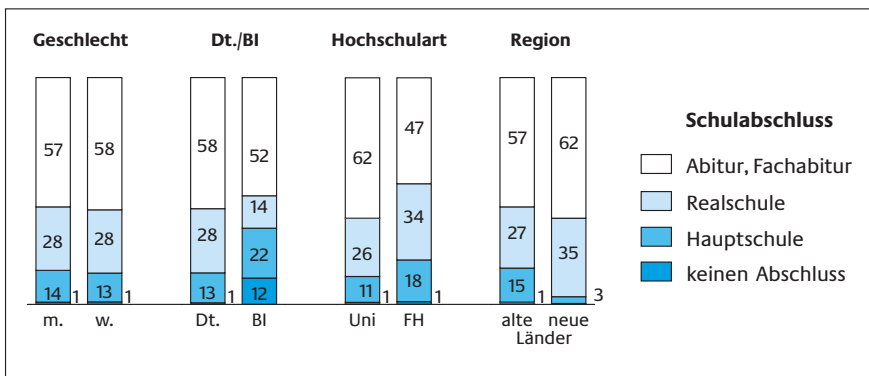
Von den Studierenden im Sommersemester 2006 haben weit mehr als die Hälfte (58 %, Bild 4.8) Eltern, die eine Hochschulreife erworben haben. Dieser Anteil ist im Vergleich zu 2003 erneut gestiegen (drei Prozentpunkte). Bei gleich bleibendem Prozentsatz an Eltern mit Realschulabschluss ging diese Entwicklung ausschließlich zu Lasten des Anteils an Studierenden aus Familien mit Hauptschulabschluss, der erneut zurückgegangen ist. Damit wird der seit Jahren zu beobachtenden Trend einer höheren (Schul-)

Bildung in den Herkunftsfamilien Studierender fortgesetzt. Zur Erklärung hierfür ist zum einen auf soziale Selektionsprozesse im Verlaufe des Bildungsweges bis hin zu Hochschule zu verweisen (siehe Kap. 3.5), zum anderen spiegelt sich hierin die Entwicklung des Bildungsniveaus der gesamten Bevölkerung wider.

Seit den 1950er ist das Bildungsniveau immer weiter angestiegen, und die Hauptschule verlor an Bedeutung (vgl. Bild 3.2). Die Generationen, die maßgeblich von der Bildungsexpansion profitiert haben, sind inzwischen selbst Eltern von (erwachsenen) Kindern, was auch in der sozialen Zusammensetzung der Studierenden seinen Niederschlag findet.

Studentinnen und Studenten haben

Bild 4.9 *Höchster Schulabschluss der Eltern nach Geschlecht, Nationalität, Hochschulart und Region Studierende in %*



eine weitgehend übereinstimmende Bildungsherkunft in Bezug auf die schulischen Abschlüsse ihrer Eltern (Bild 4.9). Dagegen unterscheidet sich das schulische Bildungsniveau der Eltern von Bildungsausländer/innen und von deutschen Studierenden deutlich: Obwohl auch von den Bildungsinländer/innen mehr als die Hälfte Eltern haben, die eine Hochschulreife besitzen (52 %), entstammen gleichzeitig deutlich mehr aus Elternhäusern, in denen der höchste schulische Abschluss der einer Hauptschule ist (22 %) bzw. in denen keine Schule abgeschlossen wurde (12 %).¹

An Universitäten ist eine andere Sozialstruktur vorzufinden als an Fachhochschulen, wie sich u. a. an den schulischen Abschlüssen der Eltern Studierender zeigt. Fachhochschulen bzw. die von ihnen angebotenen Studiengänge werden vorzugsweise von hochschulferneren Schichten zum bildungsbezogenen Aufstieg genutzt. Dafür spricht zum Beispiel die Tatsache, dass an Fachhochschulen weniger als die Hälfte der Studierenden Eltern mit Hochschulreife haben (47 %), aber jeder Dritte (34 %) Eltern mit einem Realschulabschluss und sogar ein Fünftel (19 %) der Eltern maximal die Hauptschule absolviert haben. Deutlich anders ist

das Bild an den Universitäten, wo 62 % der Studierenden einer Familie mit Hochschulreife entstammen.

Die Eltern von Studierenden in den neuen Ländern haben tendenziell eine höhere Schulbildung als in den alten Ländern: Fast zwei Drittel haben Eltern mit Abitur, mehr als ein Drittel solche mit mittlerer Reife, in nahezu keiner Familie ist der Hauptschulabschluss die höchste Schulbildung. Hier wirken sich mehrere Faktoren aus. Zu einem war die mittlere schulische Reife die Norm im Schulsystem der DDR, ein Pendant zur Hauptschule gab es nicht. Zum anderen sind vor allem Kinder aus höheren Schichten in den alten Ländern räumlich mobil und nehmen ein Studium in den neuen Ländern auf (siehe Bild 4.27).

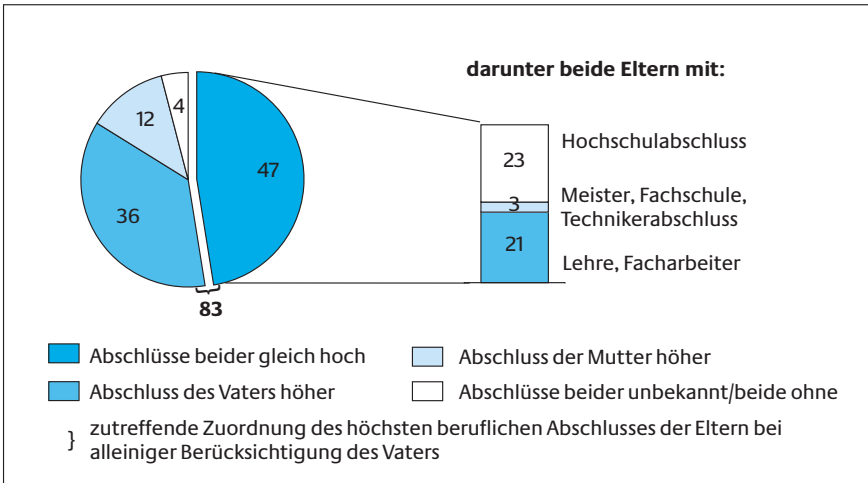
Angesichts der stark unterschiedlichen Studierendenzahlen in den neuen und alten Ländern wirkt sich die West-Ost-Wanderung bei regionaler Differenzierung statistisch stärker aus als die umgekehrte Richtung studentischer Mobilität.

4.2.2 Berufliche Bildung der Eltern

Bezogen auf die berufliche Bildung der Eltern ist die Homogenität der Partnerschaften geringer als bei der schulischen. Weniger als die Hälfte der Studierenden haben Eltern, deren berufliches Bildungsniveau gleich hoch ist. Mehr als ein Drittel der Väter hat eine höhere berufliche Bildung als seine Partnerin, und nur 12 % der Mütter sind be-

¹ Bildungsinländer/innen sind bezogen auf ihre Nationalität sehr heterogen zusammengesetzt. Unter ihnen sind zu einem Fünftel Studierende mit türkischer Staatsangehörigkeit, 10 % haben die Staatsangehörigkeit von Kroatien, 8 % einen italienischen, 7 % einen österreichischen und 6 % einen polnischen Pass.

Bild 4.10 Vergleich des Niveaus der beruflichen Abschlüsse der Eltern von Studierenden in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

ruflich höher qualifiziert als ihr Partner (Bild 4.10).

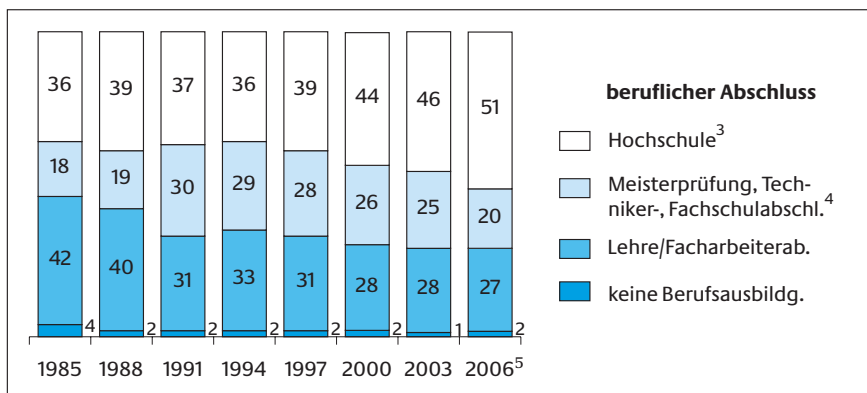
Im Sommersemester 2006 hatte jeder zweite Studierende Eltern, von denen mindestens einer ein Hochschulstudium abgeschlossen hat (Bild 4.11). Ein Viertel der Studierenden hat Eltern, die beide studiert haben (23 %, Bild 4.10, rechter Balken).

Die Eltern in mehr als jeder vierten Herkunftsfamilie haben eine Lehre absolviert bzw. einen Facharbeiterabschluss (27 %) erworben. In jedem fünften Elternhaus ist eine Meisterprüfung, der Abschluss einer Technikerschule bzw. einer Fachschule die höchste berufliche Qualifikation (20 %, Bild 4.11).

Wie sich die Zusammensetzung der Studierenden gemessen am berufsbezogenen Bildungshintergrund im Vergleich zum Jahr 2003 entwickelt hat, kann aufgrund von Veränderungen in der Abfrage der beruflichen Qualifikation der Eltern nicht genau ermittelt werden.² Die Auflösung der

² Die beruflichen Abschlüsse der Ingenieurschulen und Handelsakademien – beide Vorläufer der Fachhochschulen – wurden mit der 18. Sozialerhebung wieder dem tertiären Sektor zugeordnet. Obwohl es unter den Eltern Studierender zunehmend weniger geben wird, die derartige Abschlüsse erworben haben, wird diese Modifikation zur weiteren Erhöhung des Anteils an Studierenden, deren Eltern einen Hochschulabschluss vorweisen können, beigetragen haben.

Bild 4.11 *Höchster beruflicher Abschluss der Eltern 1985-2006¹*
Studierende in %²



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ ab 1991 einschließlich neue Länder

² Rundungsdifferenzen möglich

³ 1985 und 1988 einschließlich Ingenieurschule und Handelsakademie (Vorläufer der Fachhochschulen)

⁴ in den Jahren 1991 - 2003 waren Ingenieurschule und Handelsakademie hier zugeordnet

⁵ ab 2006 einschließlich studierende Bildungsinländer/innen

Kategorie Fach-/Ingenieurschule hat sowohl Einfluss auf den Umfang der Hochschulabschlüsse als auch auf die Kategorie, die jetzt neben der Meisterprüfung auch den Techniker- und Fachschulabschluss umfasst.

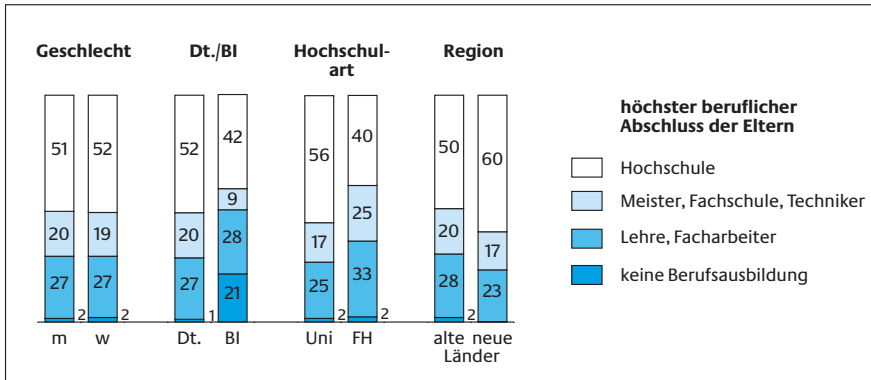
Unterhalb dieser beruflichen Abschlüsse ist der Prozentsatz der Studierenden, die aus einer (Fach-)Arbeiterfamilie kommen bzw. deren Eltern keine berufliche Ausbildung haben, weitgehend unverändert.

Wie schon anhand der elterlichen Schulbildung beobachtet, gibt es auch bezogen auf die beruflichen Abschlüsse der Eltern keine Unterschiede zwischen Studentinnen und Studenten (Bild 4.12). Wiederum

deutlich sind jedoch Disparitäten im Vergleich zwischen deutschen Studierenden und Bildungsinländer/innen. Während von Ersteren mehr als jeder zweite Eltern mit Hochschulabschluss hat, entstammen studierende Bildungsinländer/innen überdurchschnittlich häufig aus Familien, in denen mindestens ein Elternteil eine Lehre absolviert bzw. einen Facharbeiterabschluss hat (28 %) bzw. in denen kein beruflicher Abschluss vorhanden ist (21 %).

Wie ebenfalls bereits anhand des Schulabschlusses aufgezeigt, unterscheidet sich die Bildungsherkunft der Studierenden an Universitäten von solchen an Fachhoch-

Bild 4.12 *Höchster beruflicher Abschluss der Eltern nach Geschlecht, Hochschulart und Region Studierende in %*



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

schulen auch bezogen auf die berufliche Qualifikation der Eltern – und zwar in gleicher Richtung, das heißt, die Eltern der Studierenden an Universitäten sind tendenziell höher qualifiziert. Eine weitere Analogie betrifft den Vergleich der beruflichen Bildung der Eltern in den neuen und den alten Ländern. Auch hierbei entstammen Studierende in den neuen Ländern häufiger aus beruflich hoch qualifizierten Familien (Hochschulabschluss: 50 % alte Länder, 60 % neue Länder, Bild 4.12).

4.2.3 Berufliche Stellung der Eltern

Analog zu den demographischen Standards wird die berufliche Stellung der Eltern anhand der vier sozialversicherungsrechtlichen Kategorien Arbeiter, Angestellte, Be-

amte und Selbständige erfasst. Unterhalb dieser Kategorien wird weiter differenziert nach Qualifikationsanforderungen bzw. Einkommen. Wenn die Eltern zum Befragungszeitpunkt nicht (mehr) am Erwerbsleben teilhaben, sollten die Studierenden deren zuletzt ausgeübten Beruf angeben.

Die Ergebnisse zur beruflichen Stellung der Eltern sind seit Jahren äußerst stabil. Die Mehrheit der Eltern Studierender sind als Angestellte beschäftigt (gewesen): Mütter mit 61 % deutlich häufiger als Väter mit 42 % (Bild 4.13). Mütter bekleiden hierbei überwiegend mittlere Positionen, ein relativ großer Teil übt ausführende Tätigkeiten aus. Väter dagegen haben vergleichsweise häufig gehobene Positionen bzw. eine leitende Stellung inne.

Bild 4.13 Studierende nach der beruflichen Stellung der Eltern
in %

Berufliche Stellung	Mutter			Vater		
	Uni	FH	gesamt	Uni	FH	gesamt
Meister/in, Polier/in	0	0	0	3	4	3
Facharbeiter/in	3	7	4	10	16	12
un-, angelernt	6	11	8	4	7	5
Arbeiter/innen gesamt	9	18	12	17	27	20
leitende Angestellte	1	1	1	7	6	7
Angestellte, gehobene Position	12	8	10	20	16	19
Angestellte, mittlere Position	35	35	35	13	15	13
Angestellte, ausführende Tätigk.	14	18	15	3	4	3
Angestellte gesamt	62	62	61	43	41	42
Beamte, höherer Dienst	8	3	7	11	5	10
Beamte, gehobener Dienst	4	3	4	6	6	6
Beamte, mittlerer Dienst	2	2	2	2	2	2
Beamte gesamt	14	8	13	19	13	18
Selbst./Freiber. m. hohem Einkomm.	1	0	1	3	2	3
Selbst./Freiber. m. mittl. Einkommen	4	2	3	8	6	7
Selbst./Freiber. m. geringem Eink.	7	7	7	10	11	10
Selbständige/freiberufl. Tätige ges.	12	9	11	21	19	20
nie berufstätig gewesen	3	3	3	0	0	0
gesamt	100	100	100	100	100	100

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Jeweils ein Fünftel der Väter ist als Arbeiter beschäftigt bzw. selbstständig oder freiberuflich tätig. Der Beamtenstatus ist unter Vätern häufiger anzutreffen als unter Müttern (18 % vs. 13 %). Mütter sind etwa gleich häufig als Arbeiterin beschäftigt, selbständig oder freiberuflich tätig oder Beamtin

(zwischen 12 % bzw. 11 %).

Wie bei den Merkmalen Schulabschluss und berufliche Bildung der Eltern unterscheiden sich Studierende an Universitäten und Fachhochschulen auch hinsichtlich der beruflichen Stellung, die ihre Eltern inne haben. Die Unterschiede sind jedoch weni-

ger klar, weil jede der vier sozialversicherungsrechtlichen Kategorien das gesamte Spektrum schulischer Bildung bzw. beruflicher Qualifikationsniveaus enthalten kann. Am augenfälligsten sind die Differenzen bei den Anteilen an Arbeitern und Beamten: An Fachhochschulen sind Studierende aus Arbeiter-Familien häufiger anzutreffen als an Universitäten. Im Gegensatz dazu sind Studierende, deren Eltern den Beamtenstatus haben, an Universitäten anteilig stärker präsent als an Fachhochschulen (Bild 4.13).

4.2.4 Erwerbsstatus der Eltern

Die Eltern Studierender sind zu mehr als zwei Dritteln erwerbstätig. Von den Müttern arbeiten 37 % Vollzeit und 29 % sind teilzeitbeschäftigt. Die Väter sind überwiegend voll erwerbstätig (67 %, Bild 4.14).

Besonders bemerkenswert ist die Entwicklung der Erwerbstätigkeit der Mütter, die in den vergangenen 15 Jahren um zwanzig Prozentpunkte zugenommen hat (1991: 46 % voll/teilzeitbeschäftigt, 2006: 66 %). Korrespondierend dazu hat sich der Anteil der Mütter, die nicht berufstätig bzw. aus-

Bild 4.14 Erwerbsstatus der Eltern 1991- 2006¹
in %²

	1991	1994	1997	2003	2006		
					ges.	neue L.	alte L.
Erwerbsstatus Mutter							
voll erwerbstätig	24	25	27	35	37	60	34
teilzeitbeschäftigt	22	24	25	27	29	16	31
Rentnerin/Pensionärin	7	8	10	11	10	8	10
arbeitslos/Kurzarbeit	2	3	4	4	4	7	3
nicht erwerbstätig/Hausfrau	42	37	31	20	17	7	19
verstorben, unbekannt	3	3	3	3	3	2	3
Erwerbsstatus Vater							
voll erwerbstätig	72	69	66	66	67	72	67
teilzeitbeschäftigt	1	1	1	2	2	2	2
Rentner/Pensionär	17	19	22	19	18	11	19
arbeitslos/Kurzarbeit	3	3	4	4	5	6	4
nicht erwerbstätig/Hausmann	0	0	1	1	1	2	1
verstorben, unbekannt	8	8	7	8	7	7	7

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

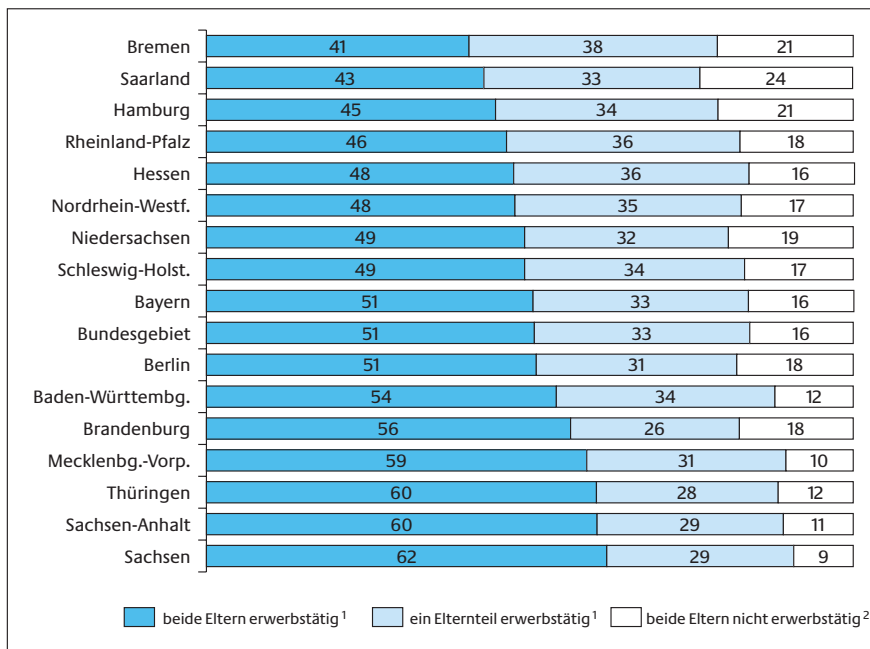
¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

² Rundungsdifferenzen möglich

schließlich als Hausfrau beschäftigt sind, mehr als halbiert (1991: 42 %, 2006: 17 %) – ein Prozess, der sich vor allem unter den Müttern in den alten Ländern vollzog, in denen es deutlich mehr Familien gab, die nach dem traditionellen Modell der „Hausfrauen-Ehe“ organisiert waren. Dass es sich hier um einen sukzessiven Prozess der Ablösung von dieser Familienform handelt, wird deutlich,

wenn jeweils die Anteile verglichen werden, zu denen Mütter in den alten bzw. in den neuen Ländern voll erwerbstätig (34 % vs. 60 %) bzw. teilzeitbeschäftigt (31 % vs. 16 %) sind. Weitere regionale Unterschiede bestehen im höheren Prozentsatz an arbeitssuchenden Eltern in den neuen Ländern bzw. darin, dass anteilig mehr Eltern in den alten Ländern bereits im Ruhestand sind.

Bild 4.15 Studierende nach dem Erwerbsstatus der Eltern je Land
Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ vollzeit- und/oder teilzeitbeschäftigt

² arbeitslos/Kurzarbeit, Renter(in)/Pensionär(in), nicht erwerbstätig (Hausfrau/-mann)

Die länderspezifischen Befunde zur Erwerbstätigkeit der Eltern von Studierenden unterstreichen die beschriebenen Tendenzen. In den neuen Ländern ist die Erwerbsintegration der Eltern überdurchschnittlich hoch und erreicht vor allem bei der doppelten Erwerbstätigkeit hohe Werte (Bild 4.15).

Der Beschäftigungsstatus der Eltern erlaubt jedoch nicht unmittelbar, auf entsprechende Einkommensunterschiede zwischen den beiden Regionen oder den 16 Ländern – und damit auf vorhandene Unterstützungspotentiale – in den Herkunftsfamilien zu schließen (vgl. Kapitel 6).

4.2.5 Soziale Herkunft

Aus den drei dargestellten Merkmalen des Elternhauses (höchster allgemeinbildender Abschluss, höchster berufsqualifizierender Abschluss, berufliche Stellung der Eltern) wird für die Berichterstattung zu den Sozialerhebungen traditionell das Konstrukt „soziale Herkunftsgruppe“ gebildet mit den vier Ausprägungen „hoch“, „gehoben“, „mittel“ und „niedrig“ (vgl. Übersicht zur Bildung der Herkunftsgruppen im Anhang B „Methodische Anmerkungen“). Das Konstrukt beschreibt – ebenso wie die zu seiner Bildung herangezogenen Einzelvariablen – vertikale Ungleichheiten zwischen den Studierenden. Es abstrahiert von horizontalen Disparitäten (wie z. B. Lebensstilen, Habitusmustern, Wertorientierungen, Bildungsaspirationen), die nicht zum Design der Studie gehören.

Die Zusammenfassung der eng assoziierten Herkunftsmerkmale in dem Konstrukt „soziale Herkunftsgruppen“ ermöglicht eine relativ konzentrierte Überprüfung der Bedeutung des familialen Hintergrunds Studierender. Vielfältige Ergebnisse zu den Themen der Sozialerhebung – beispielsweise zur Studienfinanzierung (Kapitel 6), zum Zeitbudget (Kapitel 9), zur Erwerbstätigkeit (Kapitel 10) und zur Einstellung gegenüber dem Studium – zeigen, dass dem Merkmal „soziale Herkunft“, wie es hier verwendet wird, nach wie vor eine zentrale Erklärungskraft zukommt.

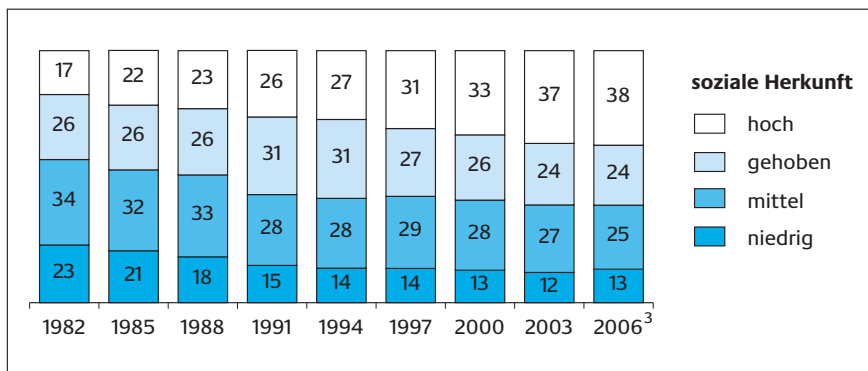
Veränderungen im Zeitverlauf

Die meisten der Studierenden des Sommersemesters 2006 kommen aus der Herkunftsgruppe „hoch“ (38 %, Bild 4.16). Jeweils ein Viertel gehört der Herkunftsgruppe „gehoben“ bzw. „mittel“ an (24 % bzw. 25 %). Diese Zusammensetzung hat sich in den letzten drei Jahren nur geringfügig verändert: Die Anteile der beiden Extremgruppen „hoch“ und „niedrig“ haben sich jeweils lediglich um einen Prozentpunkt verändert.

Diese Veränderungen sind zum Teil auf die Einbeziehung studierender Bildungsländer/innen in die Stichprobe zurückzuführen, wie ein Vergleich ihrer Zugehörigkeit zu den Herkunftsgruppen mit den deutschen Studierenden zeigt.

Die Herkunftsfamilien von Bildungsländer/innen gehören dreieinhalb Mal so häufig zur Gruppe „niedrig“ (42 % vs. 12 %),

Bild 4.16 Entwicklung der sozialen Zusammensetzung der Studierenden nach Herkunftsgruppen 1982 - 2006¹
in %²



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ ab 1991 einschließlich neue Länder

² Rundungsdifferenzen möglich

³ ab 2006 einschließlich Bildungsländer/innen

was zu einem geringfügigen Anstieg des Anteils dieser Herkunftsgruppe im Gesamtprofil der Studierenden geführt hat. Entsprechend seltener zählen Bildungsländer/innen zu den übrigen drei Herkunftsgruppen.

Der Zugewinn im Anteil der Herkunftsgruppe „hoch“ geht in erster Linie auf entsprechende Veränderungen bei der Zusammensetzung der deutschen Studierenden zurück.

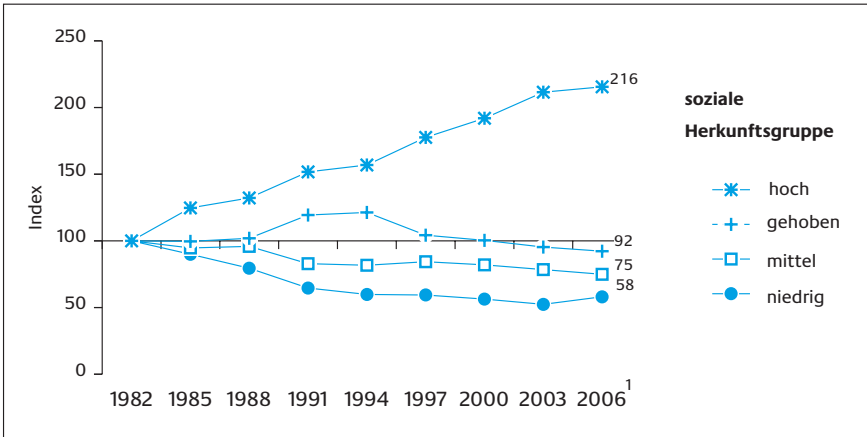
Die Veränderungen in der studentischen Sozialstruktur sind zum einen das Resultat der Entwicklungen bei den Beteiligungsquoten der einzelnen sozialen Gruppen an der Hochschulbildung (vgl. Kap. 3).

Sie hängen darüber hinaus jedoch auch eng mit der Entwicklung des „Rekrutierungspotentials“ zusammen, das heißt mit den oben bereits beschriebenen Veränderungen in der Bevölkerung.

In den letzten Jahrzehnten ist das Bildungsniveau insgesamt deutlich gestiegen. Darüber hinaus hat sich die Beschäftigungsstruktur zum Teil deutlich verändert. Gemessen an der Stellung im Beruf sind die Positionen „Arbeiter“ und „Beamter“ seit Jahren rückläufig zu Gunsten größerer Anteile an „Angestellten“ und „Selbständigen“.

Die Entwicklung in der sozialen Zusammensetzung der Studierenden verlief in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten nahezu un-

Bild 4.17 Entwicklung der sozialen Zusammensetzung der Studierenden nach Herkunftsgruppen 1982 - 2006
 Index (1982=100)



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

verändert in die gleiche Richtung: Der Anteil aus der Herkunftsgruppe „hoch“ stieg kontinuierlich an, während sich der Anteil an Studierenden vor allem aus den unteren beiden Herkunftsgruppen reduzierte.

Werden die Anteile der Herkunftsgruppen im Jahr 1982 gleich Hundert gesetzt, ergeben sich für die nachfolgenden Jahre Indizes, die einen Zuwachs ausschließlich für Studierende der Herkunftsgruppe „hoch“ ausweisen, für alle anderen drei Gruppen jedoch anteilig mehr oder weniger starke Einbußen (Bild 4.17).³

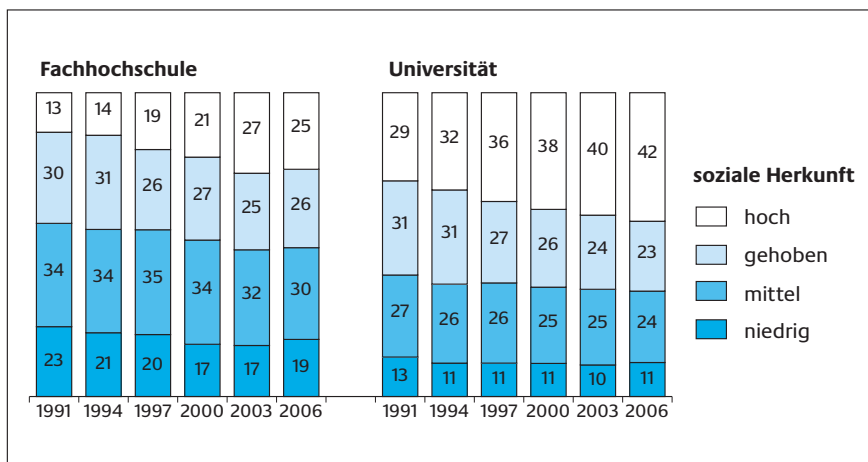
³ 1982 wurde das Konstrukt „soziale Herkunftsgruppe“ erstmalig im Rahmen der 10. Sozialerhebung gebildet.

Innerhalb eines Vierteljahrhunderts hat sich der Anteil der höchsten Herkunftsgruppe mehr als verdoppelt (Index = 216), der Prozentsatz der niedrigsten Gruppe hingegen fast halbiert (Index = 58).

Soziale Herkunft und Studienmerkmale

Die einzelnen Hochschularten weisen seit Jahren typische Unterschiede im sozialen Profil ihrer Studierenden auf. Die Fachhochschulen können als sozial offener charakterisiert werden, denn an ihnen sind Studieninteressierte aus hochschulfernen Schichten relativ stark vertreten (Bild 4.18). Lediglich ein Viertel der Studierenden an Fachhoch-

Bild 4.18 Studierende je Hochschulart nach sozialer Herkunft 1991 - 2006
in %¹



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

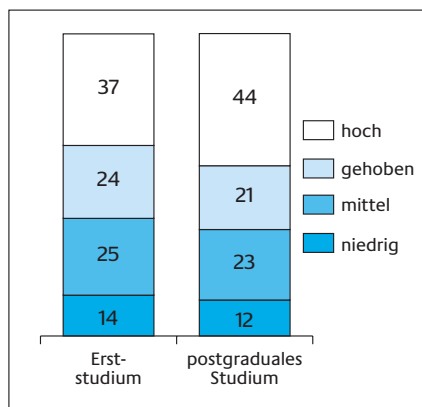
¹ Rundungsdifferenzen möglich

schulen kommt aus der Herkunftsgruppe „hoch“, dafür sind die unteren beiden Gruppen hier überdurchschnittlich häufig anzutreffen.

Deutlich höhere soziale Barrieren bestehen offenbar beim Zugang zu Universitäten. 42 % der dort Studierenden kommen aus der Herkunftsgruppe „hoch“ und nur jeder Zehnte entstammt der untersten sozialen Gruppe.

Mit der Art des Studiums variiert die Sozialstruktur der Studierenden (Bild 4.19). In postgradualen Studiengängen sind Studierende der Herkunftsgruppe „hoch“ anteilig stärker vertreten als im Erststudium. Im Vergleich zu den anderen Sozialgruppen gehen

Bild 4.19 Soziale Herkunft nach Studienart Studierende in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Studierende der Herkunftsgruppe „niedrig“ nach akademischem Erstabschluss eher den Weg eines weiterbildenden Studienganges (Ergänzungs-, Zusatz-, Aufbaustudium, weiterbildender Master) als den eines Zweitstudiums bzw. der Promotion (Bild 4.19 u. 4.20).

Für welchen Studiengang sich Studierende entscheiden, steht ebenfalls in signifikantem Zusammenhang mit ihrem sozialen Hintergrund. Studiengänge, die mit Staatsexamen (nicht Lehramt) abschließen, weisen sowohl den größten Anteil an Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ als auch den geringsten Prozentsatz Studierender aus der untersten Gruppe auf (51 % vs. 9 %, Bild 4.21).

Die soziale Zusammensetzung in Studiengängen, die einen Bachelor-Abschluss vorsehen, entspricht nicht vollständig dem

Durchschnitt im Erststudium: In ihnen sind seltener Studierende der Herkunftsgruppe „hoch“, dafür etwas häufiger Studierende der Herkunftsgruppen „gehoben“ bzw. „niedrig“ immatrikuliert. Diese Abweichungen sind auf den derzeitigen Stand der Reformen zurückzuführen, die vor allem an Fachhochschulen, und dort insbesondere in den ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen am weitesten vorangeschritten sind (HRK 2006: 10), in denen Studierende aus hochschulfernen Schichten am häufigsten anzutreffen sind.

Die soziale Zusammensetzung in den – insgesamt noch recht wenig Studierende umfassenden – Master-Studiengängen entspricht weitgehend dem Durchschnitt der studentischen Sozialstruktur und enthält

Bild 4.20 Postgraduales Studium und soziale Herkunft der Studierenden (Index)
Index bzgl. Anteile der Herkunftsgruppen im Erststudium (=100)

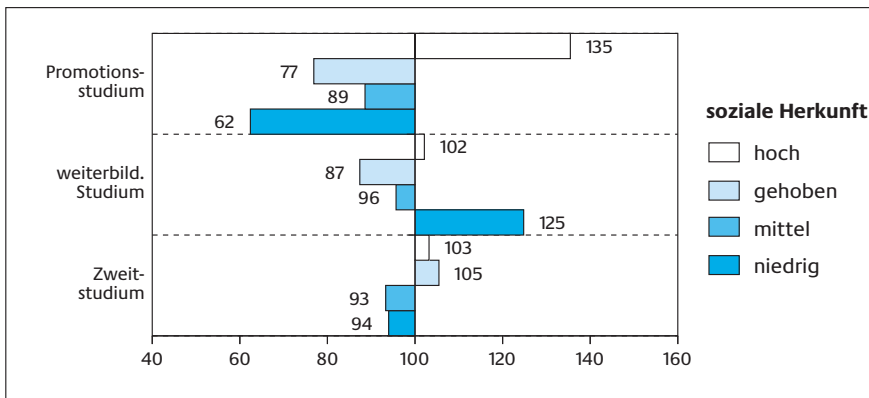
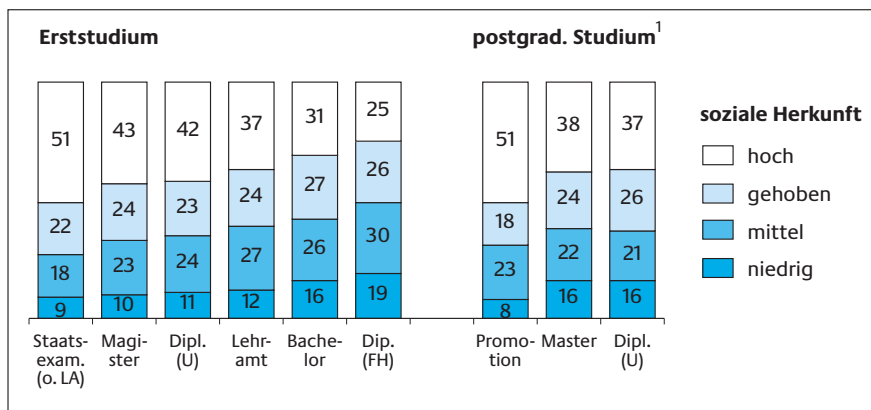


Bild 4.21 Soziale Zusammensetzung der Studierenden nach Abschlussart
in % je Abschlussart



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ ausgewählte Abschlussarten

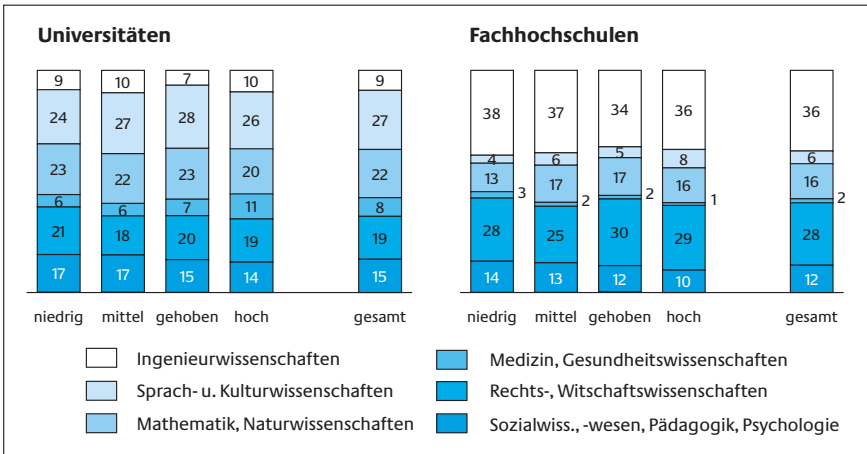
keinen Hinweis auf sozial selektiv wirkende Zugangskriterien.

Für Studierende aus unterschiedlichen Herkunftsgruppen sind Abweichungen bei den Fächerpräferenzen zu erkennen. Sowohl an Universitäten als auch an Fachhochschulen immatrikulieren sich Studierende der Herkunftsgruppe „niedrig“ eher in Fächergruppen wie Sozialwissenschaften, Sozialwesen, Pädagogik, Psychologie oder Ingenieurwissenschaften als beispielsweise in Medizin oder Sprach- und Kulturwissenschaften (Bild 4.22). Die Fächergruppen fassen Fächer zusammen, die hinsichtlich der vorzufindenden Sozialstruktur zum Teil deutlich unterschiedlich zusammengesetzt sind. Sehr anschaulich ist das am Beispiel

der (neuen) amtlichen Fächergruppe Medizin/Gesundheitswissenschaften, wo auf der einen Seite in den gesundheitswissenschaftlichen Fächern Studierende der Herkunftsgruppe „niedrig“ überproportional vertreten sind, und auf der anderen Seite im Fach Humanmedizin Studierende der Herkunftsgruppe „hoch“ überdurchschnittlich häufig immatrikuliert sind (Bild 4.23).

Neben Humanmedizin gehören Physik, Astronomie, Musik, medienbezogene und künstlerische Fächer zu den von hochschulnahen Schichten bevorzugten Studienrichtungen. Hochschulfernere Sozialgruppen hingegen schreiben sich häufiger als andere in Wirtschaftswissenschaften, Sozialwesen, ingenieurwissenschaftlichen Fächern bzw.

Bild 4.22 Fächerstruktur an Universitäten und Fachhochschulen nach sozialer Herkunft der Studierenden
Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Erziehungswissenschaften ein.

Über den gesamten Studienverlauf hinweg bleibt die Zusammensetzung nach Herkunftsgruppen relativ stabil, wie eine Differenzierung nach Anzahl der bereits absolvierten Hochschulsemerester zeigt.

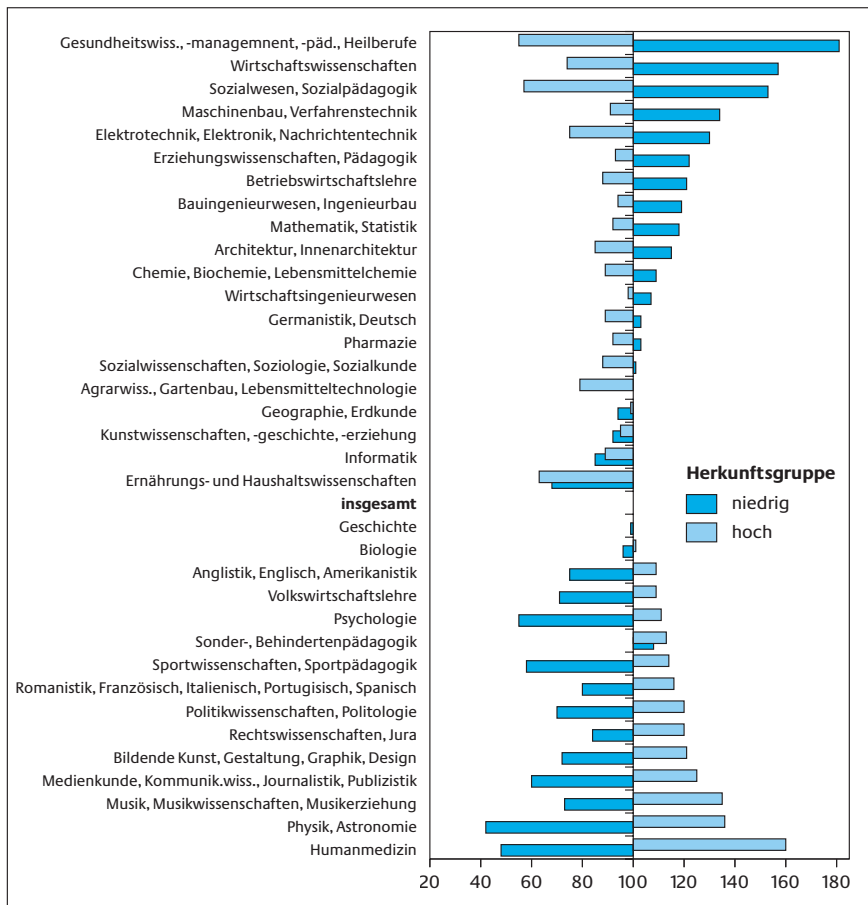
Die Argumentationskette, dass vor allem Studierende aus unteren Herkunftsgruppen aufgrund von geringeren finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten seitens der Eltern z. B. extensiver als andere nebenher erwerbstätig sein müssten, daher weniger Zeit zum Studium haben und deshalb länger bis zum Abschluss benötigen, könnte zu der plausiblen Annahme führen, dass sie häufiger als andere unter den Lang-

zeitstudierenden zu finden seien. Bestätigt wird jedoch eher das Gegenteil:

In den höheren Semestern, insbesondere unmittelbar nach Ablauf der Regelstudienzeit (9. – 12. Semester, Bild 4.24), finden sich anteilig mehr Studierende der Herkunftsgruppe „hoch“ und weniger aus der Gruppe „niedrig“ im Vergleich zu den unteren Semestern. Eine Erklärung hierfür ist das Auslaufen der Förderung nach dem BAföG, wodurch insbesondere Studierende ohne finanzielle Reserven veranlasst werden, die Regelstudienzeiten einzuhalten.

In Untersuchungen zur sozialen Zusammensetzung der Studienabbrecher gibt es keine eindeutigen Hinweise darauf, dass

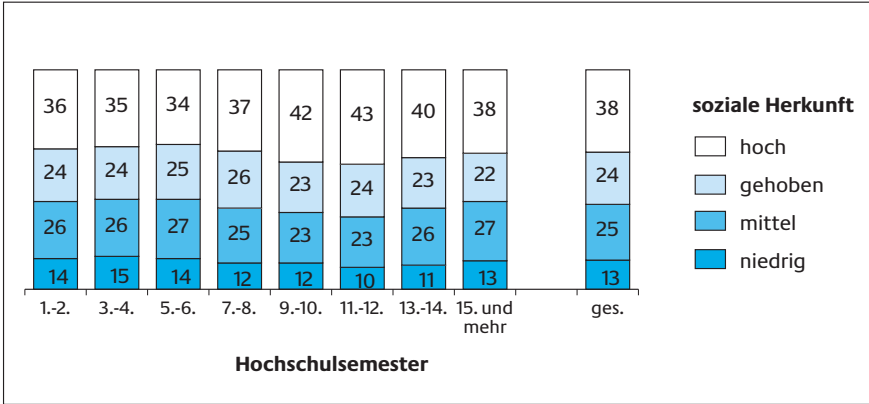
Bild 4.23 Soziale Herkunft der Studierenden nach Studienfach¹
 Index bezogen auf Anteile der beiden Herkunftsgruppen im Erststudium insges. (=100)



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

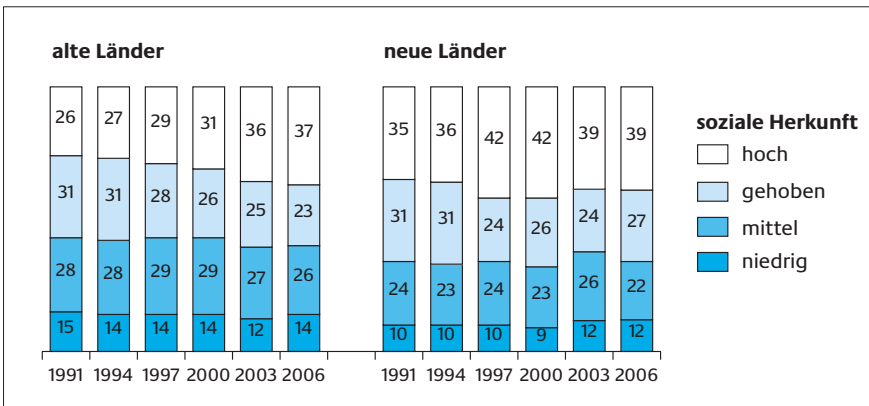
¹ nur Studienfächer ab 100 Fälle in der Stichprobe

Bild 4.24 Soziale Zusammensetzung der Studierenden nach Anzahl absolvierter Hochschulsemester
Studierende im Erststudium, in % je Semestergruppe



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

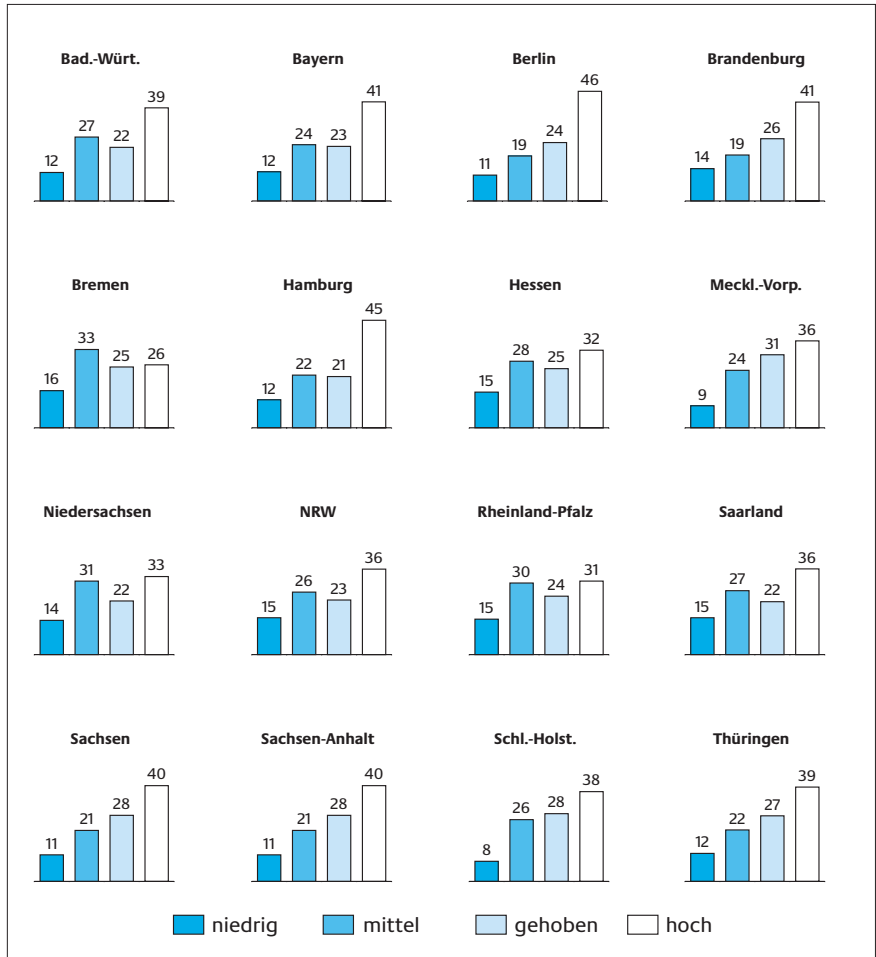
Bild 4.25 Studierende in den alten bzw. neuen Ländern nach sozialer Herkunft 1991 - 2006¹
in %²



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ ab 2000 Berlin zu den alten Ländern; bis 2003 nur deutsche Studierende, 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen
² Rundungsdifferenzen möglich

Bild 4.26 Soziale Herkunft der Studierenden in den Ländern
in %



Studierende aus hochschulfernen Schichten wesentlich häufiger ohne Abschluss die Hochschule verlassen als andere (Heublein, Spangenberg, Sommer 2003), was ebenfalls für einen eher regelstudienzeitnahen Abschluss vor allem dieser Studierenden spricht.

Soziale Herkunft und Region

Wie bereits bei den einzelnen Merkmalen zur elterlichen Bildung und Qualifikation, bestätigt sich auch anhand des Konstrukts „soziale Herkunftsgruppe“, dass Studierende in den neuen Ländern häufiger aus höheren Schichten kommen als Studierende in den alten Ländern (Bild 4.25). Dieser Unterschied ist wiederholt festgestellt worden. Im Jahr 2003 war zum ersten Mal ein Absinken des Anteils der Herkunftsgruppe „hoch“ beobachtet worden, der sich 2006 erneut bestätigt. Das gesamte vergangene Jahrzehnt betrachtend, hat sich die soziale Zusammensetzung in den neuen Ländern „nach unten“, in den alten Ländern hingegen „nach oben“ verschoben, so dass eine leichte Annäherung der Sozialprofile beider Regionen zu beobachten ist.

Im Ländervergleich zeigen sich recht unterschiedliche Sozialprofile der Studierenden. Extremwerte weist Berlin mit 46 % Studierende der Gruppe „hoch“ und 11 % der Gruppe „niedrig“ auf (Bild 4.26). Ähnlich starke Unterschiede finden sich auch in Hamburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Am stärksten ausbalanciert ist die Sozialstruktur

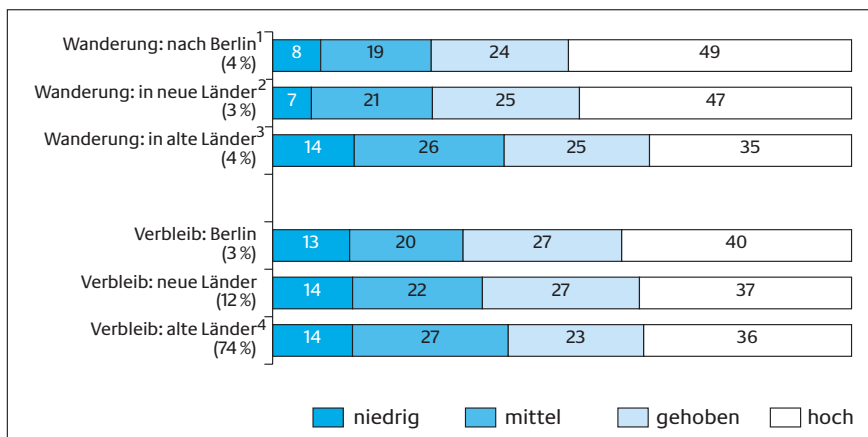
in Bremen. Relativ ausgewogen ist die soziale Zusammensetzung in Hessen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Diese auf das Studienland bezogene Sozialstruktur ist unter anderem das Ergebnis studentischer Mobilität bei der Wahl ihrer Hochschule. Zu den 11 % der Studierenden, die regional mobil sind, gehören in erster Linie Studierende aus höheren sozialen Gruppen.⁴ Studierende aus der Herkunftsgruppe „hoch“ sind insbesondere unter denjenigen vertreten, die sich zum Studium nach Berlin bzw. in die neuen Ländern aufgemacht haben (49 % bzw. 47 %, Bild 4.27). Räumliche Mobilität erfordert zumeist höhere Kosten (Wohn-, Lebenshaltungs-, Fahrtkosten), die Studierende aus den oberen Herkunftsgruppen wahrscheinlich besser tragen können als andere.

Für die meisten Studierenden ist die Nähe zum Wohnort ohnehin das wesentlichste Kriterium bei der Wahl ihres Studienortes (vgl. HIS Studienanfängerbefragungen). Das erklärt auch, warum das Sozialprofil der Studierenden aus den neuen Ländern, die zum Studium eine Hochschule in den alten Ländern gewählt haben, kaum von dem im Erststudium insgesamt abweicht. Die Hochschullandschaft in den neuen Ländern

⁴ Als regional mobil werden in diesem Zusammenhang Studierende bezeichnet, die aus den alten stammend in die neuen Länder zum Studium gegangen sind bzw. umgekehrt, oder die aus beiden Regionen kommend ein Studium in Berlin aufgenommen haben.

Bild 4.27 Soziale Herkunft Studierender nach Wahl der Studienregion
 Studierende im Erststudium, in %, in Klammern: Anteil gesamt



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ unabhängig davon, ob die Hochschulreife in den alten oder neuen Ländern erworben wurde

² einschließlich derer, die aus Berlin in die neuen Länder zum Studium gegangen sind

³ ohne Berlin als Zielland

⁴ einschließlich derer, die aus Berlin in die alten Länder zum Studium gegangen sind

ist weit weniger dicht als in den alten Ländern, so dass eine Hochschule in Wohnortnähe deshalb oft nicht zur Verfügung steht und Mobilität erforderlich ist.

5. Merkmale des Studiums

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick				
Fächerstruktur – Studierende im Erststudium (in %)¹	insg.	Uni	FH	
Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	22	19	28	
Ingenieurwissenschaften	17	9	37	
Mathematik/Naturwissenschaften	20	22	16	
Sprach- und Kulturwissenschaften	20	27	6	
Sozialwiss., -wesen/Psychologie/Pädagogik	14	15	12	
Medizin, Gesundheitswissenschaften	6	8	2	
Studienverlauf (Studierende in %)¹				
Studiengangwechsel (nur Erststudium)	21	23	17	
Studienunterbrechung (nur Erststudium)	15	16	13	
Hochschulwechsel (nur Erststudium)	15	15	14	
weiterführendes Studium	10	12	3	
studienbezogener Auslandsaufenthalt (Studierende in höheren Semestern: FH ab 6, Uni ab 8)	29	34	18	
Angestrebter Abschluss (Studierende in %)¹	2000	2003	2006	
FH-Diplom	25	25	23	
Uni-Diplom	33	32	30	
Magister	11	11	9	
Bachelor	< 1	4	11	
Master	< 1	1	2	
Staatsexamen	13	11	10	
Staatsexamen für ein Lehramt	11	12	11	
Promotion	4	4	4	
kein oder anderer Abschluss	2	1	1	
¹ Rundungsdifferenzen möglich				

Technische Hinweise

Definitionen

Fächergruppen

Folgende Fächergruppen werden abweichend von der Systematik der amtlichen Statistik gebildet:

- Sprach- und Kulturwissenschaften (ohne die Studienbereiche Psychologie, Erziehungswissenschaften und Sonderpädagogik; einschl. die Fächergruppen Sport und Kunst, Kunstwissenschaften),
- Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (ohne Sozialwissenschaften und Sozialwesen)
- Mathematik, Naturwissenschaften (einschl. Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften),
- Medizin/Gesundheitswissenschaften (umfasst die Fächergruppen Humanmedizin/ Gesundheitswissenschaften und Veterinärmedizin) sowie
- Sozialwissenschaften, Sozialwesen, Psychologie, Pädagogik.

Studiengangwechsel

Der Studiengangwechsel umfasst den Wechsel des Hauptstudienfaches, den Wechsel der Abschlussart oder den gleichzeitigen Wechsel von von Hauptstudienfach und Abschlussart.

Studienunterbrechung

Offizielle oder nichtoffizielle Unterbrechung des Studiums von mindestens einem Semester.

Studierende höherer Semester

Studentinnen und Studenten, die zum Befragungszeitpunkt an Fachhochschulen mindestens sechs Hochschulsemester, an Universitäten mindestens acht Hochschulsemester studieren.

Postgraduale Studiengänge

Dazu zählen ein Zweitstudium, ein weiterbildender Studiengang oder ein Promotionsstudium nach Abschluss eines Erststudiums.

Bezugsgruppe

Deutsche Studierende und studierende Bildungsinländer/innen.

Datenquellen

18. Sozialerhebung, Fragen 1-7, 47-49
 Statistisches Bundesamt,
 Fachserien 11 Reihe 4,
 HIS-Absolventenstudien

5.1 Fächerstruktur und angestrebte Abschlüsse

5.1.1 Veränderungen in der Fächerstruktur

Die Fächerstruktur für Studierende im Erststudium hat sich gegenüber 2003 nur unwesentlich verändert. In den Ingenieurwissenschaften nahm der Anteil Studierender leicht zu und beträgt im Sommersemester 2006 gut 17 %. Verglichen mit 1991 liegt dieser Anteil jedoch um sieben Prozentpunkte niedriger (Bild 5.1). Gesunken, wenn auch nur leicht, ist der Anteil der Studierenden in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen bzw. in Studiengängen der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Nach einer Zunahme in den letzten Jahren wird damit wieder der Stand von Mitte der 1990er Jahre erreicht. Die Anteile der Studierenden in den übrigen Fächergruppen bleiben gegenüber dem Jahr 2003 konstant (Bild 5.1). Die Berücksichtigung der Bildungsinländer/innen, die seit dieser Sozialerhebung dem Berichtskreis der Sozialerhebung zugeordnet werden, hat keinen Einfluss auf die Verteilung der Studierenden nach Fächergruppen. Es existieren jedoch Unterschiede zwischen den Gruppen. So belegen Bildungsinländer/innen häufiger Studiengänge der Ingenieur- oder Wirtschaftswissenschaften und sind seltener in den Sozial- bzw. Sprach- und Kulturwissenschaften zu finden.

Die Zusammensetzung der Studieren-

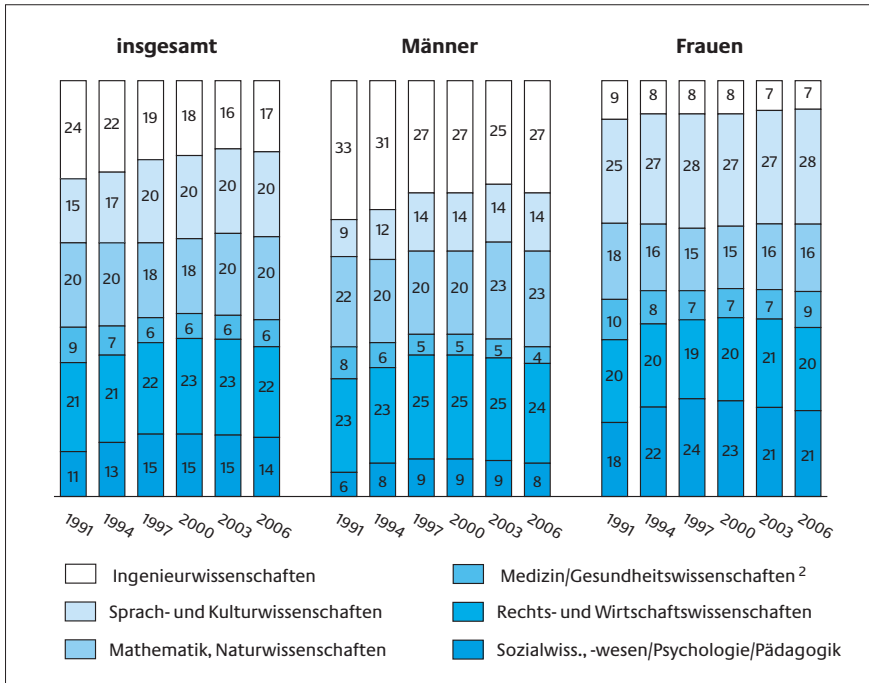
den nach einzelnen Fächergruppen und ihre Entwicklung hängen im Wesentlichen davon ab, wie sich die Studienanfängerzahlen in den einzelnen Fächergruppen verändern. Zwischen 1998 und 2003 sind die Studienanfängerzahlen in fast allen Fächergruppen gestiegen und gingen danach deutlich zurück. Im Jahr 2005 liegen sie dennoch über dem Stand der letzten Sozialerhebung (Bild 5.2).

Die Studienanfängerzahlen variieren mit den Fächergruppen. Seit 2003 (Studienjahr 2002) ist vor allem die Anzahl der Studienanfänger/innen in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gesunken.¹ Ebenso ist ein Rückgang bei den Lehramtsstudiengängen zu beobachten. Eine deutliche Zunahme der Studienanfängerzahlen ist in den Ingenieurwissenschaften zu verzeichnen. Der Zuwachs beträgt im Vergleich zum Studienjahr 2002 zwei Prozentpunkte. Einen, wenn auch geringeren, Anstieg gab es in den übrigen Fächergruppen. Der nach 2003 festzustellende Anstieg der Studienanfänger/innen in der Fächergruppe Medizin/Gesundheitswissenschaften (Bild 5.2) ist vor allem darauf zurückzuführen, dass dieser Fächergruppe seit dem Wintersemester 2004/05 auch die Gesundheitswissenschaften zugeordnet werden.

Langfristig fallen vor allem drei Trends

¹ Das erklärt sich u.a. auch dadurch, dass seit dem Wintersemester 2004/05 Studiengänge, die vorher diesem Bereich zugeordnet waren, der neu gebildeten Fächergruppe Medizin/Gesundheitswissenschaften zugeordnet werden.

Bild 5.1 Studierende nach Fächergruppen – Fächerstruktur¹
 Studierende im Erststudium, in %²



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur Deutsche, 2006 inkl. Bildungsinländer/innen

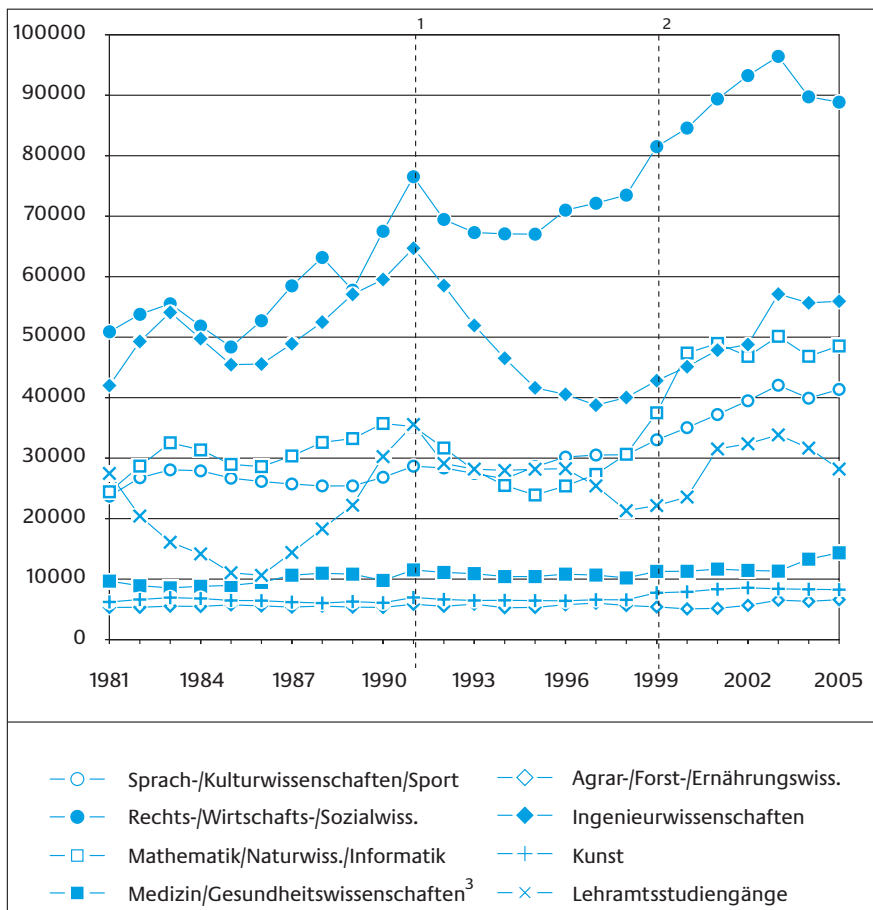
² Rundungsdifferenzen möglich

³ bis 2003 Human- und Veterinärmedizin, ab 2006 einschl. Gesundheitswissenschaften

auf: Trotz der prozentualen Abnahme des Anteils in der Fachrichtung Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in den letzten drei Jahren ist über den Zeitraum von 25 Jahren ein deutlicher Anstieg feststellbar. Demgegenüber nehmen die Anteile der Ingenieurwissenschaften über die-

sen Zeitraum kontinuierlich ab und stabilisieren sich erst in den vergangenen drei Jahren wieder auf niedrigem Niveau. Die sinkenden Anteile erklären sich unter anderem dadurch, dass gerade potentielle Studienanfänger/innen in den Ingenieurwissenschaften sensibel auf Arbeitsmarktentwicklun-

Bild 5.2 Studienanfänger/innen 1981-2005 an Universitäten und Fachhochschulen nach Fächergruppen
in absoluten Zahlen



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ ab 1991 einschließlich neue Länder

² bis 1998 deutsche Studierende, ab 1999 inklusive Bildungsinländer/innen

³ bis 2003 Human- und Veterinärmedizin, ab 2004 inklusive Gesundheitswissenschaften

Quelle: StBA, Fachserie 11 Reihe 4

gen reagieren und sich deshalb konjunkturelle Krisen und industrieller Stukturwandel auf potentielle Studienanfänger/innen dieser Studiengänge auswirken (Minks 2004, Pastohr/Wolter 2005). Weiterhin fällt die alternierende Zu- bzw. Abnahme der Studienanfängerzahlen in den Lehramtsstudiengängen auf. Während sie zwischen den Studienjahren 1998 und 2003, wie schon zum Ende der 1980er Jahre, deutlich anstiegen, fallen sie in den jeweils darauffolgenden Jahren wieder kontinuierlich ab (Bild 5.2).

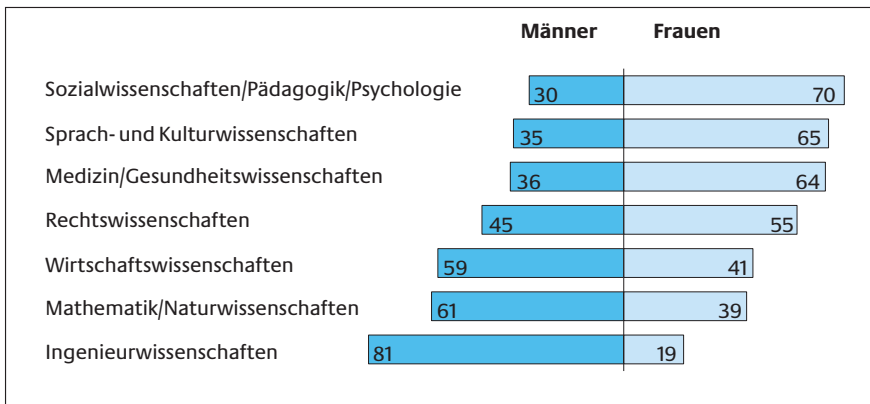
5.1.2 Geschlechtsspezifische Unterschiede

Auch im Sommersemester 2006 unterscheiden sich Männer und Frauen hinsichtlich ihrer Studienfachwahl. Die Präferenzen ver-

festigen sich gegenüber dem Studienjahr 2002 weiter. Die deutlichsten Unterschiede finden sich in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften und der Fächergruppe Sozialwissenschaften, Sozialwesen, Pädagogik und Psychologie (Bild 5.3). Während in der letztgenannten Fächergruppe Studentinnen mit 70 % stark überrepräsentiert sind, überwiegen weiterhin die Männer in den Ingenieurwissenschaften deutlich. Vier von fünf der Studierenden dieser Fächergruppe sind männlich.

Deutlich mehr Frauen als Männer sind in Studiengängen der Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften (65 %) und Medizin/Gesundheitswissenschaften (64 %) eingeschrieben. Allein in den medizinischen Studiengängen ist der Frauenanteil

Bild 5.3 *Studenten und Studentinnen je Fächergruppe Studierende im Erststudium, in %*



von 59 % im Jahre 2003 auf 63 % im Jahre 2006 gestiegen. Umgekehrt gibt es überproportionale Männeranteile in den Wirtschaftswissenschaften (59 %) sowie in den mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern (61 %).

Im Vergleich der Studienfächer nach Ländern zeigen sich kaum Unterschiede. Lediglich der Anteil an Ingenieuren/innen liegt in den neuen Ländern höher als in den alten. Studierende der Rechtswissenschaften sind in den alten Ländern sowohl 2003 als auch im Jahr 2006 leicht überrepräsentiert. Alle anderen Fächergruppen weisen im Zeitvergleich nur marginale Unterschiede auf.

Auch 2006 bleiben bei den Geschlechtern die Unterschiede zwischen den alten und neuen Ländern erhalten. Wie vor drei bzw. sechs Jahren liegt der Anteil der Studentinnen in den neuen Ländern um knapp fünf Prozentpunkte höher als in den alten Ländern. Bemerkenswert ist, dass die vormals klassisch männlich dominierten Studiengänge der Medizin und der Rechtswissenschaften die stärksten Unterschiede aufweisen. Zwei von drei Rechtswissenschaftlern im Erststudium in den neuen Ländern sind Frauen, in den alten Ländern trifft das nur auf jeden zweiten zu. 70 % aller Studierenden der Human-, Zahn- oder Veterinärmedizin aus den neuen Ländern sind Frauen, in den alten Ländern sind es immerhin noch 64 %.

5.1.3 Angestrebte Abschlüsse

Die in der Folge der Bologna-Beschlüsse eingeführte Studienstruktur wirkt sich erwartungsgemäß auf die angestrebten Abschlüsse der Studierenden aus. Auch wenn das Universitätsdiplom noch immer der am häufigsten genannte angestrebte Studienabschluss ist, nimmt aufgrund der fortschreitenden Umstellung der Anteil an Studierenden, die einen Bachelor-Abschluss anstreben, stark zu. Inzwischen sind 11 % aller Studierenden dieser Gruppe zuzuordnen; 2003 waren es lediglich 4 %. Die zunehmende Orientierung auf Bachelorabschlüsse geht mit einer Abnahme bei den „klassischen“ Abschlüssen einher. So weisen Fachhochschul- (23 %) und Universitätsdiplome (30 %) sowie Magisterabschlüsse (9 %) einen leichten Rückgang gegenüber 2003 auf. Jeweils etwas mehr als ein Zehntel plant, das Studium mit einem Staatsexamen für ein Lehramt oder mit einem anderen Staatsexamen zu beenden (Bild 5.4).

Zwischen den Fachhochschulen und den Universitäten zeigen sich die erwarteten Unterschiede. An den Universitäten bleibt die Verteilung der angestrebten Abschlüsse relativ konstant. Hier wollen 42 % der Studierenden mit einem Diplom abschließen, an den Fachhochschulen streben 78 % der Studierenden ein FH-Diplom an. Der deutliche Rückgang gegenüber 2003 erklärt sich aus starken Zunahme an Bachelorabschlüssen. Nahezu jede/r fünfte Studierende strebt an einer Fachhochschule

Bild 5.4 Studierende nach Art des angestrebten Abschlusses
in %¹

angestrebter Abschluss	insgesamt	davon Frauen	Uni	Fachhochschule	Erststudium	post-graduales Studium
FH-Diplom	23	38	1	78	25	3
Uni-Diplom	30	41	42	<1	32	11
Magister	9	63	12	<1	9	4
Bachelor	11	48	8	18	12	2
Master	2	46	1	2	<1	18
Staatsexamen	10	60	14	-	10	3
Staatsexamen für ein Lehramt	11	66	16	-	12	9
Promotion	4	44	5	-	-	45
anderer oder kein Abschluss	1	48	1	<1	<1	5

DSW/HIS 18.Sozialerhebung

¹ Rundungsdifferenzen möglich

diesen Abschluss an.

Frauen unterscheiden sich in der Wahl der Studienabschlüsse von den Männern. Wenig überraschend ist der mit 66 % sehr hohe Anteil der Studentinnen, die ein Lehramt anstreben. In den Studiengängen, die mit einem Bachelor abschließen, sind Frauen leicht unterrepräsentiert. Noch geringer ist ihr Anteil unter Master-Studierenden (46 %), was zum Teil mit der Fächerstruktur zu erklären ist (vgl. HRK 2006: 19).

Von den Studierenden, die sich im post-gradualen Studium befinden, stellen diejenigen die einen Dokortitel erlangen wollen, mit 45 % die größte Gruppe (Bild 5.4). Bereits 18 % dieser Gruppe streben einen Mast-

erabschluss an. Diese durch die Umstellung der Studiengänge in Gang gesetzte Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren weiter fortsetzen. Vor allem ist mit einem weiter ansteigenden Anteil an Abschlüssen aus Masterstudiengängen zu rechnen

5.2 Studienverlauf

5.2.1 Studiengangwechsel

Ein Studiengangwechsel gilt dann als vollzogen, wenn der ursprünglich angestrebte Abschluss, das Studienfach oder beides in Kombination gewechselt wird. Der Anteil der Studiengangwechsler/innen ist mit ca. 20 % über die Jahre konstant geblieben.

Nach wie vor gibt es deutliche Unter-

schiede beim Studiengangwechsel zwischen den Studierenden der Hochschulen. Etwa 22% der Studierenden an Universitäten, aber nur 16% der Studierenden an Fachhochschulen haben bereits einen Studiengangwechsel vollzogen (Bild 5.5).

Wechselquoten nach Fächergruppen

Um Aussagen über den Zusammenhang zwischen einem Studiengangwechsel und möglichen Einflüssen auf die Studieneffektivität machen zu können, bedarf es der Un-

terscheidung der Wechselquoten nach Fächergruppen. Der Wechsel über eine Fächergruppe hinweg wirkt sich eher negativ auf die Effektivität des Studiums aus als ein Wechsel innerhalb der Fächergruppe, da die Anerkennung bisheriger Studienleistungen schwieriger ist und zudem weniger Anknüpfungspunkte an bisher erworbenes Studienwissen existieren. Bild 5.6 zeigt die Fächergruppen vor und nach einem Studiengangwechsel.

Knapp zwei Fünftel der Studiengang-

Bild 5.5 Studiengangwechsler/innen 2006 in %

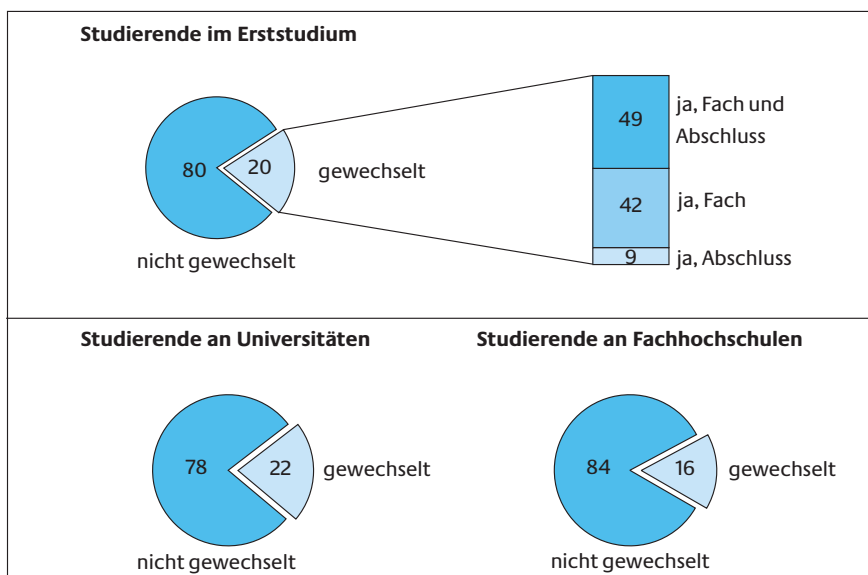


Bild 5.6 Studiengangwechsel und Fächermobilität in %

Fächergruppe vor dem Wechsel	Fächergruppe nach dem Wechsel						
	Ingenieurwiss.	Sprach-/Kulturwiss.	Mathematik, Naturwiss.	Medizin/ Gesundheitsw.	Rechts- u. Wirtschaftswiss.	Soz./Päd./Psy.	
Ingenieurwissenschaften	40	12	19	3	17	9	
Sprach- und Kulturwissenschaften	4	55	7	4	9	21	
Mathematik, Naturwissenschaften	12	28	30	6	13	11	
Medizin/Gesundheitswissenschaften	4	22	19	20	9	26	
Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	6	21	10	4	37	22	
Sozialw., -wesen/Pädagogik/Psychologie	3	36	8	7	14	32	

DSW/HIS 18.Sozialerhebung

wechsler/innen entscheiden sich für einen Wechsel innerhalb der Fächergruppe (39%). Dieser Anteil variiert je nach Fächergruppe zwischen 20% in den medizinischen Disziplinen bis zu 55% in den Sprach- und Kulturwissenschaften.

Zeitpunkt des Studiengangwechsels

Im Durchschnitt erfolgt der Studiengangwechsel nach drei Hochschulsemestern, wobei dieser Wert von einer Reihe deutlich höherer Semesterzahlen verzerrt wird. 58% der Studiengangwechsel werden innerhalb des ersten Studienjahres vollzogen. Innerhalb der ersten drei Semester entscheiden sich knapp 70% aller Studiengangwechsler/innen für einen Wechsel des Studienfaches,

des Abschlusses oder für einen gemeinsamen Wechsel von Fach und Abschluss. Umgekehrt bedeutet das aber auch, dass drei von zehn Studiengangwechslern erst nach mehr als drei Semestern die Entscheidung zur Neuausrichtung ihres Studienziels fällen.

Bei näherer Betrachtung dieser Gruppe wird deutlich, dass es sich vorwiegend um Studenten der Fächergruppen Ingenieurwissenschaften, Medizin sowie Rechts- und Wirtschaftswissenschaften handelt. Eine mögliche Erklärung für den späten Wechsel liegt in den vergleichsweise hohen Leistungsanforderungen und der Studiengestaltung der betroffenen Studiengänge begründet. Wird nach weiteren Einflüssen geprüft

(Geschlecht, Alter, Nationalität, Region, Kinderzahl, Studiengebühren und Beratungsbedarf), bestätigt sich der Trend des signifikant späteren Zeitpunktes des Studienwechsels durch Studierende dieser Fächergruppen. Der Effekt tritt an den Universitäten und den Fachhochschulen gleichermaßen auf.

5.2.2 Studienunterbrechung

Im Sommersemester 2006 weisen weniger Studierende im Erststudium eine Studienunterbrechung auf als 2003 (knapp 13 % vs. 15 %). Werden nur deutsche Studierende verglichen, die bis 2003 Bezugsgruppe der Sozialerhebung waren, fällt die Differenz mit drei Prozentpunkten noch deutlicher aus. Häufig hängen Studiengangwechsel und Studienunterbrechung zusammen. Verglichen mit den Studierenden im Erststudium, die den Studiengang nicht gewechselt haben, weisen Studiengangwechsler/innen eine dreimal höhere Unterbrecherquote auf.

Insgesamt unterbrechen Studierende an Fachhochschulen etwas seltener ihr Studium (11 %) als Studierende an den Universitäten (13 %). Die Unterschiede zwischen Studierenden der alten und neuen Länder, die in allen vorangegangenen Sozialerhebungen festgestellt wurden, sind nicht mehr vorhanden. Sowohl in den neuen als auch den alten Ländern unterbrechen 12 % der Studierenden ihr Studium. Zwischen Männern und Frauen gibt es ebenfalls keine

signifikanten Unterschiede. Jeder achte männliche und jede achte weibliche Studierende im Erststudium hat das Studium einmal unterbrochen.

Dauer und Gründe für eine Studienunterbrechung

Die Gründe für eine Studienunterbrechung sind vielfältig. In der Regel führt sie zur Verlängerung der Studiendauer, muss jedoch nicht zwangsläufig die Qualität, die Studieninhalte und damit die Effektivität des Studiums mindern. Nachteilig wirken sich Unterbrechungen dann aus, wenn die Inhalte des bisherigen und des neuen Studienganges keine inhaltliche Überschneidung aufweisen.

Vier von zehn Studierenden, die das Studium unterbrochen haben, pausierten ein Semester. Ein weiteres Viertel unterbrach das Studium für zwei Semester, knapp zehn Prozent legten eine Pause von drei Semestern ein. 90 Prozent aller Unterbrechungen dauern nicht länger als sechs Semester an.

Wichtigster Unterbrechungsgrund ist, wie auch im Jahr 2003, der Zweifel am Sinn des Studiums. Ein Viertel aller Studienunterbrecher/innen gibt dies als Grund an. Besonders häufig geschieht das bei Studierenden der Sprach- und Kulturwissenschaften sowie der Fächergruppe Sozialwissenschaften/ Sozialwesen/Pädagogik/Psychologie (Bild 5.7).

Weitere Gründe für eine Studienunterbrechung, sind der Wunsch andere Erfah-

Bild 5.7 Gründe einer Studienunterbrechung nach Fächergruppe

Studierende im Erststudium, in %

Fächergruppe	insgesamt	Ingenieurw. wiss.	Sprach- und Kulturwiss.	Mathematik, Naturwiss.	Medizin/ Gesundheitsw.	Rechts- u. Wirt- schaftswiss.	Soz./Päd./ Psy.
Unterbrecherquoten	13	10	20	9	12	12	17
Unterbrechungsgründe¹							
Zweifel am Sinn des Studiums	25	23	31	24	18	19	30
andere Erfahrungen sammeln	23	18	28	24	17	18	24
Erwerbstätigkeit	23	23	21	23	16	25	23
finanzielle Probleme	19	28	16	17	20	18	19
gesundheitliche Probleme	22	21	20	29	17	21	21
familiäre Probleme	13	15	9	13	12	18	13
Schwangerschaft/Kindererzieh.	13	13	13	11	18	9	20
Wehr- und Zivildienst	2	3	0	4	1	1	1
sonstige Gründe	22	20	25	22	36	18	17

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Mehrfachnennungen möglich

rungen zu sammeln, und die Erwerbstätigkeit (je 23 %). Studienunterbrechungen aufgrund von Erwerbstätigkeit kommen besonders häufig bei Studierenden in höheren Semestern vor. Bei nicht wenigen Studierenden wächst gerade in höheren Semestern der wirtschaftliche Druck, weil die BAföG-Förderung ausläuft oder die Eltern die Zahlungen einschränken. Hierdurch sind Studierende eher gezwungen, selbst für ihren Unterhalt aufzukommen und deshalb einer

Erwerbstätigkeit zur Studienfinanzierung nachzugehen (vgl. Kap.8 BAföG). Finanzielle Probleme, die von jedem fünften Studienunterbrecher als Unterbrechungsgrund angegeben werden, betreffen eher Männer (25 %) als Frauen (14 %).

Schwangerschaft bzw. Kindererziehung ist für 13 % der Studienunterbrecher/innen Grund für eine Unterbrechung. Erwartungsgemäß unterbrechen vier von fünf Frauen, ihr Studium in einer Familiengründungs-

phase. Gleiches trifft auf nahezu jeden vierten Studienunterbrecher dieser Gruppe zu (24 %). Verglichen mit allen erwerbstätigen (werdenden) Vätern in Deutschland (vgl. Cornelißen 2005:313f.), ist diese Quote erstaunlich hoch und spricht einerseits für die Motivation der Väter, sich in der Elternphase über den Beruf hinaus in der Familie zu engagieren, andererseits aber auch für die Möglichkeiten, die die Ausbildungsform Studium im Falle einer Familiengründungsphase zulässt.

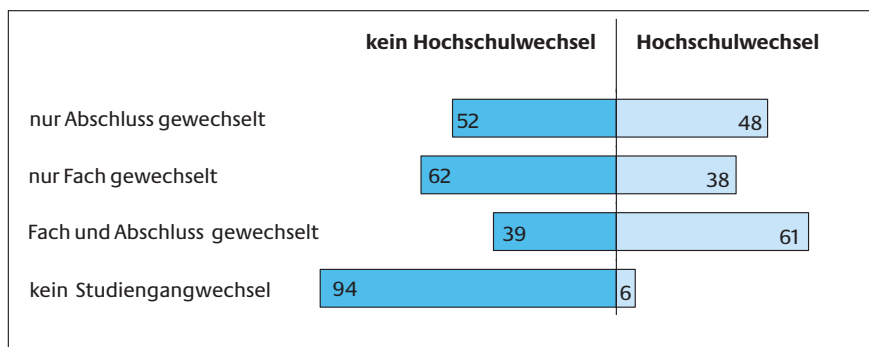
Studierende der Herkunftsgruppe „niedrig“ unterbrechen ihr Studium häufiger wegen finanzieller Probleme als alle anderen. Während Studierende der Herkunftsgruppe „hoch“ nahezu doppelt so häufig wie die der Herkunftsgruppe „niedrig“ unterbrechen, um Erfahrungen außerhalb des Studiums zu sammeln (29 % vs. 16 %).

5.2.3 Hochschulwechsel

Der Anteil der Studierenden, die im Laufe ihres Studiums die Hochschule wechseln, ist in den letzten Jahren konstant geblieben. Er liegt auch 2006 bei knapp 15 %. Grundsätzlich kann sich ein Hochschulwechsel positiv auf die Erfahrungen und Qualifikationen der Studierenden auswirken. Die Daten der 18. Sozialerhebung zeigen jedoch, dass ein Studienfachwechsel, im Rahmen einer Studienunterbrechung oder eines Hochschulwechsels, meist in eine neue Fächergruppe führt (vgl. Kapitel 5.2.1). Dadurch steigt das Risiko, bereits angeeignete fachspezifische Kompetenzen nicht angemessen transferieren zu können.

Mehr als 60 % der Studierenden mit Fach- und Abschlusswechsel wechseln auch die Hochschule. Bei Studierenden, die nur ihren Studienabschluss ändern, wechselt

Bild 5.8 Hochschulwechsel nach Art des Studiengangwechsels
Studierende im Erststudium, in %



knapp jeder zweite die Hochschule, 38 % der Studienfachwechsler studieren an einer anderen Hochschule weiter. Im Gegensatz dazu stellt der Hochschulwechsel bei Studierenden, die auf einen Studiengangwechsel verzichtet haben, die Ausnahme dar. Gerade einmal 6 % der Studierenden dieser Gruppe haben die Hochschule gewechselt (Bild 5.8).

Auch nach Fächergruppen differenziert, variieren die Anteile der Hochschulwechsler. Seltener als der Durchschnitt entscheiden sich angehende Ingenieure/innen, Mathematiker/innen und Naturwissenschaftler/innen für einen Hochschulwechsel. Überproportional häufig wechseln Studie-

rende der Sprach- und Kulturwissenschaften und der Fächergruppe Sozialwissenschaften, Pädagogik und Psychologie (Bild 5.9).

Die Unterschiede im Wechselverhalten der Studierenden nach der Art der Hochschule haben sich angeglichen. Der Anteil der Hochschulwechsler/innen liegt sowohl an den Universitäten als auch den Fachhochschulen bei 15 %. Unterschiede gibt es nach wie vor zwischen den Studierenden, die in den neuen oder den alten Ländern ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben. Studierende aus den alten Ländern wechseln die Hochschule häufiger

Bild 5.9 Hochschulwechsler/innen nach Fächergruppen und Region
Studierende im Erststudium, in %

Merkmal	Anteil der Hochschulwechsler/innen		
	Universität	Fachhochschule	insgesamt
Fächergruppen			
Ingenieurwissenschaften	7	15	12
Sprach- u. Kulturwissenschaften	18	15	17
Mathematik, Naturwissenschaften	11	14	12
Medizin/Gesundheitswissenschaften	16	12	15
Rechts- und Wirtschaftswiss.	15	15	15
Sozialwiss./Pädagogik/Psychologie	18	15	17
Regionale Herkunft			
alte Länder	15	15	15
neue Länder	12	13	12
insgesamt	15	15	15

als Studierende mit einer Hochschulzugangsberechtigung aus den neuen Ländern (15 % vs. 12 %, Bild 5.9).

Studierende mit niedrigerer sozialer Herkunft wechseln seltener die Hochschule als ihre Kommilitonen/innen aus der Herkunftsgruppe „hoch“ (13 % vs. 19 %).

Gründe für einen Hochschulwechsel

Die Motive, die Studierende zu einem Hochschulwechsel bewegen, sind unterschiedlich. Sowohl das Studienangebot (58 %), als auch der Wunsch nach einem Studiengangwechsel (54 %) oder persönliche Gründe (58 %) werden ähnlich häufig genannt. In der nachfolgenden Übersicht werden die Antwortkategorien „sehr starke“ bzw. „starke“ Zustimmung der möglichen Wechselgründe zusammengefasst und nach Rangfolge der Antworthäufigkeiten aufgeführt:

Wechselgründe	Zustimmung in %
Studienangebot	58
persönliche Gründe	58
Studiengangwechsel	54
Studienbedingungen	38
attraktivere Stadt	32
Ruf der Hochschule	28
Lebenshaltungskosten	14
Studienbeiträge	10

Werden die Wechselmotive mit Hilfe einer Faktorenanalyse zusammengefasst, zeigen sich drei Gruppen, auf die sich die Gründe für einen Hochschulwechsel zurückfüh-

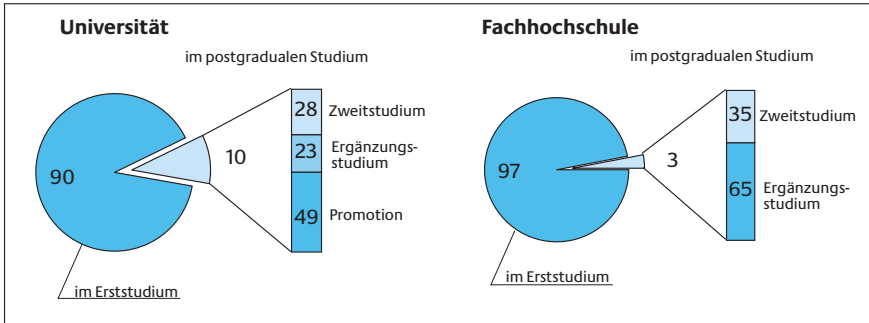
ren lassen. Zum Ersten können studien- bzw. karrierebezogene Motive zu einem Hochschulwechsel führen (Merkmale: Studienbedingungen, Studienangebot, Ruf der Hochschule). Zum Zweiten, wenn auch nur von einer relativ kleinen Gruppe der Wechsler/innen benannt, sind es finanzielle Motive (Lebenshaltungskosten, Studienbeiträge), und zum Dritten spielen private Gründe bei der Entscheidung für eine andere Hochschule eine Rolle (persönliche Gründe, Studiengangwechsel, attraktivere Stadt). Der Wechsel des Studienganges wird hier bei der Entscheidung für einen Hochschulwechsel bewusst in den Hintergrund gestellt.

Unterschieden nach sozialer Herkunft zeigt sich, dass Studierende aus höheren Gruppen sozialer Herkunft seltener finanzielle Motive für einen Hochschulwechsel angeben als Studierende der Herkunftsgruppe „niedrig“. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass diese Aussagen aufgrund geringer Fallzahlen eher tendenziellen Charakter aufweisen.

5.2.4 Postgraduale Studiengänge

Zu den postgradualen Studiengängen gehören das Zweitstudium, weiterführende Studiengänge — also Ergänzungs-, Zusatz- oder Aufbaustudium — und das Promotionsstudium. Etwa jeder zwölfte Studierende befindet sich in einem postgradualen Studium. Das gilt für deutsche Studierende und studierende Bildungsinländer/innen glei-

Bild 5.10 *Anteile der Studierenden in postgradualen Studiengängen nach Hochschulart in %*



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

chermaßen. Damit ist der Trend gegenüber dem Jahr 2003, als sich jeder zehnte Studierende in einem postgradualen Studium befand, leicht rückläufig.

An Universitäten bestehen mehr Möglichkeiten, einen weiterführenden Abschluss zu erlangen, als an Fachhochschulen. Dementsprechend fällt der Vergleich postgradualer Studiengänge nach Hochschularten zugunsten der Universitäten aus (10 % vs. 3 %). Auch die Formen des postgradualen Studiums unterscheiden sich deutlich nach besuchter Hochschulart (Bild 5.10).

Zur Aufnahme eines postgradualen Studiums können unterschiedliche Beweggründe führen. Einige Studierende nutzen ein weiterführendes Studium als Weiter- oder Höherqualifizierung. Hierzu zählen insbesondere Studierende im Ergänzungs- oder Promotionsstudium. In diesen Studien-

arten befinden sich 28 % bzw. 43 % der Studierenden im weiterführenden Studium. Ein Zweitstudium absolvieren etwa 29 % der Studierenden in einem postgradualen Studiengang. In dieser Gruppe dürften sich eher Studierende finden, die ein solches Studium als Zwischenlösung bis zum Berufseintritt nutzen.

Die im Zweitstudium angestrebten Abschlüsse richten sich vor allem nach der bisher erreichten Qualifikation. Deutlich häufiger als noch 2003 geben Studierende mit einem Erstabschluss den Wunsch an, ihr weiterführendes Studium als Master abzuschließen (18 % vs. 5 %). Nahezu ein Drittel der Fachhochschulabsolventen/innen mit Diplom, die ein weiterführendes Studium aufgenommen haben, streben im Sommersemester 2006 einen Masterabschluss an (Bild 5.11).

Bild 5.11 Studierende im postgradualen Studium nach Abschluss im Erststudium und angestrebtem Abschluss
Zeilemprozent

erworbener Abschluss	angestrebter Abschluss									
	FH-Diplom	Uni-Diplom	Magister	Bachelor	Master	Staatsexamen o. LA	Lehramt	Promotion	anderer Abschluss	kein Abschluss
FH-Diplom	7	25	7	5	32	3	12	5	1	3
Uni-Diplom	1	6	3	2	6	1	5	71	3	2
Magister	1	5	2	2	3	1	10	71	5	0
Bachelor	3	10	4	2	77	3	1	0	0	0
Master ¹	4	2	0	0	0	0	0	89	5	0
Staatsexamen (inkl. LA)	1	8	6	0	2	4	17	56	4	2
anderer Abschluss ¹	13	21	11	0	5	11	14	20	5	0
insgesamt	3	11	4	2	18	3	8	46	3	2

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ wegen geringer Fallzahlen sind hier nur Tendenzaussagen möglich

Auch die überwiegende Mehrheit der Bachelorstudenten/innen, die ein postgraduales Studium aufnehmen, wählt als Studienziel den Master. Nur noch knapp jeder Zwanzigste möchte das postgraduale Studium mit einem Magistertitel abschließen. 2003 gab noch jeder Elfte dieses Ziel an. Die Zahlen bestätigen das Fortschreiten des Bologna-Prozesses, das sich hier in der Neuorientierung der angestrebten Bildungsabschlüsse manifestiert.

Sieben von zehn Universitätsabsolventen/innen mit einem Diplom oder mit einem Magistertitel beabsichtigen, sofern sie ein

weiterführendes Studium aufgenommen haben, dieses mit einer Promotion abzuschließen (je 71%). Insgesamt vertritt fast jeder Zweite dieses Ziel (Bild 5.11). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass viele Promotionsstudenten/innen nicht immatrikuliert sind und damit nicht zur Grundgesamtheit der Sozialerhebung gehören.

5.2.5 Studienbezogener Auslandsaufenthalt

Seit 1994 wird durch die Sozialerhebung festgestellt, dass der Anteil Studierender, die einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt durchgeführt haben, kontinuierlich

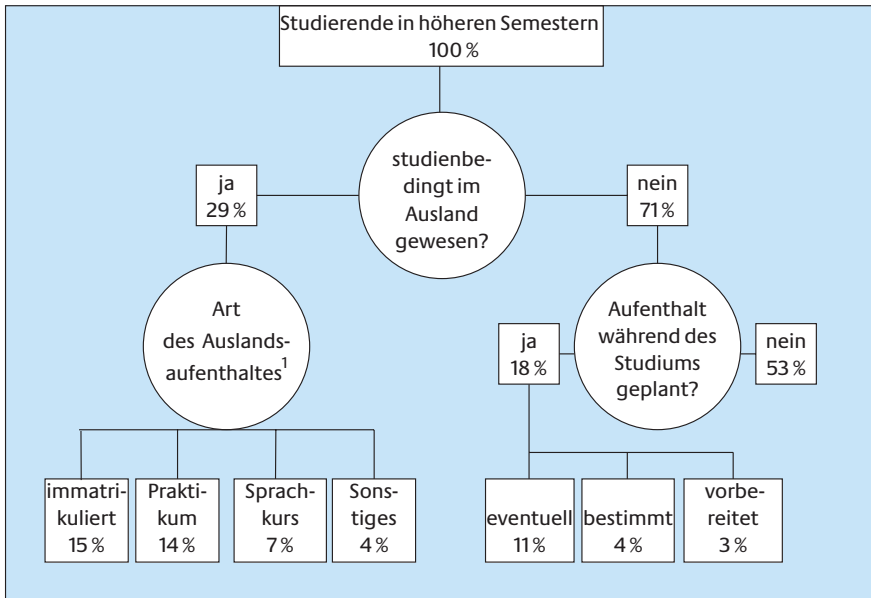
lich steigt (1994: 24 %, 1997: 27 %, 2000: 29 %, 2003: 30 %). 2006 hat sich dieser Trend nicht fortgesetzt. Mit 29 % (Bild 5.12) liegt der Anteil der Studierenden mit studienbezogenen Auslandserfahrungen in etwa auf dem Niveau von 2003 bzw. 2000. Die ausgewiesene Quote gilt auch, wenn wie in den vorangegangenen Sozialerhebungen nur deutsche Studierende berücksichtigt werden.

Diese Quotenberechnung basiert auf Studierenden in höheren Semestern.² Ange-

studierenden in höheren Semestern.² Angesichts der gegenwärtig nur leicht abgeschwächten Tendenz bleibt abzuwarten, ob die Zahl der Auslandsaufenthalte zukünftig weiter zurückgeht oder ob, etwa durch den Bologna-Prozess, neue Impulse gesetzt werden können. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass in einem zentralen Punkt studienbezogener Auslandsaufenthalte,

² Studierende an Fachhochschulen ab dem 6. Semester, an Universitäten ab dem 8. Semester.

Bild 5.12 Studienbezogene Auslandsaufenthalte und Auslandspläne
Studierende in höheren Semestern, in %



¹ Mehrfachnennungen möglich

Art des Auslandsaufenthaltes ¹	insgesamt	Studierende in höheren Semestern in %	
		Universität	Fachhochschule
Auslandsstudium	15	19	8
Praktikum	14	15	11
Sprachkurs	7	8	3
Sonstiges	4	5	2
insgesamt	29	34	18

¹ Mehrfachnennungen möglich

dem Studium an einer ausländischen Hochschule, die Anteile der Studierenden seit 1991 kontinuierlich gestiegen sind und sich im Jahr 2006 auf dem Niveau der Ergebnisse der vergangenen Befragung stabilisieren.

Frauen unternehmen auch 2006 häufiger den Schritt zu einem studienbezogenen Auslandsaufenthalt. Von den Studentinnen waren 34 % bereits im Ausland, von ihren Kommilitonen nur 25 %. Dieser Befund bestätigt sich auch unter Berücksichtigung der Fächerstruktur. Damit vergrößert sich der Unterschied zwischen Frauen und Männern gegenüber 2003 um zwei Prozentpunkte.

Studierende, die ihre Hochschulreife in den neuen Ländern erworben haben, gehen nicht signifikant seltener studienbezo-

gen ins Ausland als Studierende mit einer Hochschulzugangsberechtigung aus den alten Ländern. Noch 2003 waren Studierende mit einer in den alten Ländern erworbenen Hochschulreife deutlich häufiger im Ausland als ihre Kommilitonen/innen mit einer Hochschulreife aus den neuen Ländern.

Die Veränderungen in der Studienstruktur führen an Fachhochschulen offensichtlich nicht dazu, ein stärkeres Auslandsengagement zu entwickeln. Während der Anteil der Studierenden mit einem studienbezogenen Aufenthalt an Universitäten, wie auch schon 2003, bei 34 % liegt, verringert sich der Anteil dieser Gruppe an Fachhochschulen (2003: 20 %, 2006: 18 %). Dieser Unterschied zeigt sich in allen Formen des studi-

Auslandsaufenthalt nach Fächergruppen	insgesamt	Studierende in höheren Semestern in %	
		Universität	Fachhochschule
Sprach- und Kulturwissenschaften	30	34	8
Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	22	18	44
Medizin/Gesundheitswissenschaften	9	10	2
Mathematik, Naturwissenschaften	17	19	8
Sozialwiss./Pädagogik/Psychologie	12	13	11
Ingenieurwissenschaften	10	6	27

enbezogenen Auslandsaufenthaltes. Besonders ausgeprägt ist er aber bei den Studienaufenthalten: 19 % der Studierenden in höheren Semestern an den Universitäten, aber nur 8 % der Studierenden an Fachhochschulen haben einen Abschnitt ihres Studiums im Ausland absolviert. Ein deutlicher Unterschied besteht auch bei den geleisteten Auslandspraktika. Die Chance, ein Auslandspraktikum zu belegen ist für Studierende der Universitäten deutlich höher als für Studierende an Fachhochschulen (15 % vs. 11 %).

Die spezifische Fächerstruktur der Fachhochschulen reicht allein als Erklärung für die Unterschiede nicht aus. Vielmehr gibt es eine Überlagerung verschiedener Faktoren, die die Realisierung eines Auslandsaufenthaltes beeinflussen. Von Bedeutung ist u. a. die durchschnittlich niedrigere soziale Herkunft der Studierenden an Fachhochschulen. Hinter einer niedrigeren sozialen Herkunft verbergen sich i.d.R. geringere finanzielle Möglichkeiten der Eltern.

Von den Studierenden, die der sozialen Herkunftsgruppe „niedrig“ zuzuordnen sind, haben 17 % einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt absolviert, von den Studierenden der höchsten Herkunftsgruppe sind es 37 %. Die Chance für Studierende, deren Eltern einer höheren sozialen Gruppe zuzuordnen sind, einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt zu realisieren, ist damit mehr als doppelt so hoch im Vergleich zu Studierenden mit niedriger sozialer Herkunft. So tragen auch die Auslandsaufent-

halte dazu bei, soziale Ungleichheiten zu produzieren, indem sie Absolventen unterschiedliche Wettbewerbschancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnen.

Die Unterschiede in den einzelnen Fächergruppen erklären sich zum Teil aus den oben aufgeführten Unterschieden in der Fächerstruktur zwischen Fachhochschulen und Universitäten. Die Unterschiede, zeigen jedoch auch, inwieweit der Aufbau einzelner Studiengänge die Möglichkeit eines Auslandsaufenthaltes während des Studiums erleichtert. Weiterhin spielt eine Rolle, wie nützlich Studierende einen Auslandsaufenthalt in Bezug auf studienbegleitende Erfahrungen und Erwerbschancen nach Studienabschluss einschätzen.

Sonderauswertungen der HIS-Absolventenbefragungen zeigen, dass ein Auslandsstudium die Studiendauer nicht zwangsläufig verlängert. Gerade in Fächern der Sprach- und Kulturwissenschaften wird ein Studienaufenthalt im Ausland als sehr viel nützlicher angesehen als in anderen Studienfächern. Dagegen ist es in stärker reglementierten Fächern schwerer, einen Studienabschnitt im Ausland in das Studium zu integrieren, ohne dadurch das Studium zu verlängern. 30 % der Studierenden, die ein Fach der Sprach- und Kulturwissenschaften studieren, haben einen Teil ihres bisherigen Studienweges im Ausland zurückgelegt. Bei Studierenden der Ingenieurwissenschaften waren es 10 %.

6. Studienfinanzierung – Einnahmen der Studierenden

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick			
für die Bezugsgruppe „Normalstudent“			
Monatliche Einnahmen		2003	2006
- Durchschnittsbetrag	arithm. Mittel in €	767	770
- Median der Einnahmenverteilung (50% der Studierenden haben geringere, 50% höhere Einnahmen)	€	720	725
Monatliche Einnahmen 2006		alte Länder	neue Länder
- Durchschnittsbetrag	arithm. Mittel in €	788	685
- Median	€	750	650
- Zusammensetzung nach Finanzierungsquellen:			
	Beitrag der Eltern	52	50
	BAföG	13	22
	eigener Verdienst	25	17
	sonstige Quellen	10	11
(Anteil der Quellen in % am Durchschnittsbudget)			
Finanzierungsquellen 2006		Stud. in %	€
	- von den Eltern	90	448
	- nach dem BAföG	29	376
	- eigener Verdienst	60	308
(es erhalten ... % der Studierenden im Durchschnitt ... €)			
Monatliche Einnahmen 2006 nach dem Alter der Studierenden		€	davon eigener Verdienst (%)
	- bis 21 Jahre	681	10
	- 22/23 Jahre	727	17
	- 24/25 Jahre	781	25
	- 26/27 Jahre	836	30
	- 28/29 Jahre	860	38
	- 30 Jahre und älter	977	53

Technische Hinweise

Definitionen:

Bezugsgruppe „Normalstudent“

Ledige Studierende, die außerhalb des Elternhauses wohnen und sich im Erststudium befinden.

Monatliche Einnahmen

Summe der regelmäßigen Einnahmen aus den verschiedenen in Anspruch genommenen Finanzierungsquellen.

Finanzierungsstruktur

Die Finanzierungsstruktur beschreibt, zu welchen Anteilen die verschiedenen Finanzierungsquellen durchschnittlich an den monatlichen Einnahmen beteiligt sind.

Einnahmenbeträge in €

Einnahmenbeträge werden in der Regel als arithmetische Mittelwerte ausgewiesen. Zur Beschreibung der Einnahmenverteilung wird häufiger auch der Median, als der Mittelwert, der von Extremwerten weniger beeinflussbar ist, aufgeführt. Der Median ist zu verstehen als der Betrag, den die eine Hälfte der Studierenden unter- und die andere Hälfte überschreitet. DM-Beträge aus vorangehenden Sozialerhebungen wurden nach der Formel: $\text{€} = \text{DM} / 1,95583$ umgerechnet.

Sockelfinanzierung

Damit ist die Summe der Einnahmen aus allen Finanzierungsquellen, ausgenommen die Einnahmen durch eigenen Verdienst, gemeint.

Bezugsgruppe

Bezugsgruppe „Normalstudent“
(Definition s.o.)

Datenquellen

Daten der Sozialerhebung (Frage 25 und 26)
Statistisches Bundesamt, Verbraucherpreisindex für Deutschland (früher: Preisindex für die Lebenshaltung):
<http://www.destatis.de/indicators/d/vpi101ad.htm>, 12.05.06 und
<http://www.destatis.de/indicators/d/vpi001ad.htm>, 09.11.06

6.1 Grundlagen der Analyse

6.1.1 Rechtslage

Nach der in Deutschland geltenden Rechtslage haben Eltern ihren Kindern Ausbildungsunterhalt zu gewähren. Die Eltern eines studierenden Kindes sind danach in der Regel verpflichtet, mit einer angemessenen Unterhaltszahlung die Lebenshaltungskosten und die Kosten des Studiums zu tragen. Die Rechtsprechung geht derzeit von einem Unterhaltsbedarf des studierenden Kindes, welches nicht mehr im Elternhaus wohnt, von 640 € pro Monat aus (Düsseldorfer Tabelle, 2005). Soweit unterhaltsberechtigter Studierende sich selbst gegen Krankheit zu versichern haben, sind diese Kosten zusätzlich von den Eltern zu tragen.

Die Unterhaltspflicht der Eltern besteht für eine berufsqualifizierende Ausbildung. Sie besteht i. d. R. nicht mehr, wenn ein zweites Studium, ein Ergänzungs-, Zusatz-Aufbau- oder Promotionsstudium absolviert wird. Interessant dürfte in diesem Zusammenhang werden, wie die Rechtsprechung die Unterhaltspflicht der Eltern bei den neu eingeführten konsekutiven Masterstudiengängen entscheiden wird.

Bei der Höhe des Betrags, mit dem unterhaltspflichtige Eltern das studierende Kind tatsächlich zu alimentieren haben, orientiert sich die Rechtsprechung in der Regel an den wirtschaftlichen Verhältnissen der Eltern. Sind Eltern gar nicht oder nur beschränkt leistungsfähig, bietet der Staat mit

dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) Studienwilligen die Möglichkeit, das Studium zu finanzieren (s. Kapitel 8).

Eltern, die ihrer Unterhaltspflicht nachkommen, werden staatlicherseits durch verschiedene, vom Gesetzgeber unter dem Oberbegriff Familienleistungsausgleich zusammengefasste Regelungen entlastet. Hier ist zunächst das staatliche Kindergeld zu nennen. Bis Ende 2006 hatten in der Regel die Eltern Anspruch auf Kindergeld, bis das studierende Kind das 27. Lebensjahr vollendet hatte. Diese Altersgrenze wurde vom Gesetzgeber neu festgelegt, so dass ab dem 01.01.2007 Kindergeld in der Regel nur noch bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres gezahlt wird.

Im Jahre 2006 konnten Eltern, wie bereits 2003, mit einem monatlichen Kindergeldbetrag von 154 € für das erste bis dritte Kind und 179 € für jedes weitere Kind rechnen. Dieser Kindergeldanspruch kann aber nur dann realisiert werden, wenn das eigene Einkommen des studierenden Kindes eine bestimmte Grenze pro Jahr nicht überschreitet (2003: 7.188 €, 2006: 7.680 €).

Darüber hinaus wird unterhaltspflichtigen Eltern die Möglichkeit eingeräumt – sofern ein Anspruch auf Kindergeld besteht –, durch den so genannten Kinderfreibetrag (3.648 € pro Jahr) und den Freibetrag für Betreuung-, Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf (2.160 € pro Jahr) ihr steuerpflichtiges Einkommen zu reduzieren. Eine Entlastung durch diese Freibeträge ergibt sich nach

dem derzeit gültigen Steuerrecht allerdings nur dann, wenn die aufgrund dieser Freibeträge zu gewährende Steuerminderung betragsmäßig höher ausfällt als das erhaltene Kindergeld.

Als weitere Entlastungsmöglichkeit für alle Eltern mit steuerpflichtigem Einkommen ist der Freibetrag zur Abgeltung eines Sonderbedarfs bei Berufsausbildung eines volljährigen Kindes zu nennen. Dieser Freibetrag wird auf Antrag gewährt, solange ein Anspruch auf Kindergeld für das studierende Kind besteht und das Kind nicht mehr im Elternhaus wohnt. Antragsberechtigte Eltern können mit diesem Freibetrag ihr steuerpflichtiges Einkommen derzeit, wie bereits auch 2003, um maximal 924 € reduzieren. Allerdings verringert sich dieser Betrag entsprechend, sobald das Kind über eigenes Einkommen verfügt (dazu zählt u. a. der Zuschussbetrag der BAföG-Förderung), welches 1.848 € pro Jahr übersteigt.

Im Jahre 2006 werden Eltern von studierenden Kindern, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, folglich durch staatliche Transferleistungen in monatlicher Höhe von mindestens 154 € bis höchstens rd. 236 € je Kind entlastet (2003: bis rd. 272 €). Mit dem Höchstbetrag von rd. 236 € können allerdings nur Eltern rechnen, deren Einkommen so hoch ist, dass für die geltend gemachten Freibeträge die maximale steuerliche Entlastung greift (Spitzensteuersatz 42 %).

Aber auch für Eltern, die aufgrund des

fortgeschrittenen Alters ihres studierenden Kindes kein Kindergeld erhalten, besteht die Möglichkeit, bei fortdauernder Unterhaltspflicht, ihre Unterhaltsleistungen steuerlich geltend zu machen. In diesen Fällen kann ein Unterhaltsfreibetrag in Anspruch genommen werden, durch den sich die Steuerschuld bis zu rd. 269 € (2003: bis 291 €) pro Monat reduzieren lässt.

Die Rahmenbedingungen der Studienfinanzierung sind mit der Unterhaltspflicht der Eltern, den steuerlichen Entlastungen der unterhaltspflichtigen Eltern und der staatlichen Ausbildungsförderung nach dem BAföG, für Studierende aus nicht ausreichend leistungsfähigen Elternhäusern, im wesentlichen beschrieben. Faktisch kommt als weitere Säule der Studienfinanzierung die Selbstfinanzierung der Studierenden durch eigenen Verdienst aus Erwerbstätigkeit neben dem Studium hinzu. Der eigene Verdienst der Studierenden wird vom Gesetzgeber bis zu bestimmten Grenzbeträgen als unschädlich sowohl bei der steuerlichen Entlastung der Eltern als auch der Förderung nach dem BAföG toleriert.

Mit Förderung durch die Politik wurden in jüngerer Zeit neue Elemente der Studienfinanzierung eingeführt. So wird, zitiert nach dem Internetangebot des BMBF (Quelle: <http://www.bmbf.de/de/892.php> – 18.11.06): „... mit dem Bildungskredit ein zeitlich befristeter, zinsgünstiger Kredit zur Unterstützung in fortgeschrittenen Ausbildungsphasen angeboten. Aber auch diejeni-

gen, deren Eltern die Ausbildungskosten finanziell tragen könnten, haben seit Frühjahr 2006 die Möglichkeit, selbst ihr Studium zu finanzieren über einen Studienkredit, den die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Auftrag des Bundes unbürokratisch und passgenau zu günstigen Konditionen anbietet.“

Ob mit Kreditangeboten zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten, die mittlerweile auch von Geschäftsbanken offeriert werden, sowie auch den von einigen Ländern initiierten Kreditangeboten zur Bestreitung der Studienbeiträge bzw. -gebühren eine Verlagerung der finanziellen Ausbildungslasten von den Eltern auf die studierenden Kinder einhergeht, wird die Entwicklung zeigen. Auf jeden Fall entlassen diese Kreditangebote die Eltern nicht aus ihrer Unterhaltungspflicht. Die aktuelle Sozialerhebung, durchgeführt vor der allgemeinen Einführung von Studienbeiträgen/-gebühren, ist als Messung des „Nullpunkts“ zu verstehen, von dem aus, mit der nächsten Sozialerhebung, die resultierenden Veränderungen zu beobachten sind.

6.1.2 Haushaltstyp „Normalstudent“

Die Beschreibung und Analyse der finanziellen Situation konzentriert sich auf die Gruppe der Studierenden, die nicht mehr im Elternhaus wohnen, ledig sind und sich im Erststudium befinden. Zu dieser Gruppe gehören derzeit gut 65 % der studierenden

Deutschen und Bildungsinländer.

Die ähnlichen Randbedingungen, unter denen diese Studierenden „haushalten“, erlauben es, diese Gruppe als relativ homogenen Haushaltstyp zu betrachten. Bei den übrigen Studierenden wird die wirtschaftliche Situation erheblich davon bestimmt, ob sie noch im Elternhaus wohnen, verheiratet sind oder bereits ein Studium erfolgreich abgeschlossen haben. Bei früheren Sozialerhebungen (vgl. 10. bis 13. Sozialerhebung) war die finanzielle Situation auch dieser unterschiedlichen Studierendengruppen Gegenstand der Berichterstattung. Im Rahmen der 14. Sozialerhebung wurde entschieden, die Beschreibung und Analyse der finanziellen Situation auf die so genannte Bezugsgruppe „Normalstudent“ zu beschränken. Mit ausschlaggebend für diese Entscheidung war, dass der „Normalstudent“ derjenige Studententyp ist, der bei förderungspolitischen Überlegungen sowie unterhaltsrechtlichen Fragestellungen als Regelfall im Vordergrund steht.

6.1.3 Methodische Anmerkungen

Die monatlichen Einnahmen werden ermittelt, indem nach dem Betrag gefragt wird, mit dem die jeweils in Anspruch genommene Finanzierungsquelle zur Bestreitung des Lebensunterhalts beiträgt. Bei einigen Finanzierungsquellen (eigener Verdienst, eigene Mittel, die vor dem Studium angespart/erworben wurden, Darlehen von der Kreditwirtschaft oder Privatpersonen) wird

ausdrücklich darauf hingewiesen, nur den Betrag anzugeben, der monatlich zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten eingesetzt wird. Dies bedeutet, dass die im Folgenden ausgewiesenen Beträge des eigenen Verdienstes nicht gleichzusetzen sind mit dem gesamten Verdienst der Studierenden. Ermittelt und dargestellt wird lediglich der Betrag, den Studierende vom eigenen Verdienst monatlich zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts einsetzen.

Die Summe der aus den verschiedenen Finanzierungsquellen zur Verfügung stehenden Beträge ergibt die monatlichen Bareinnahmen der Studierenden, also den Betrag, den sie mehr oder weniger disponibel zur Bestreitung ihrer Lebenshaltungskosten einsetzen können.

Die Bareinnahmen sind der hauptsächliche Bestandteil der monatlichen Einnahmen der Studierenden. Der zweite Bestandteil sind Leistungen vor allem der Eltern, seltener Leistungen des Lebenspartners/der Lebenspartnerin, die diese – über den Geldtransfer hinaus (Bareinnahmen) oder auch an seiner Stelle – für bestimmte Positionen der Lebenshaltung der begünstigten Studierenden erbringen. Damit gemeint ist z. B. die Überweisung der Miete durch die Eltern, direkt an den Vermieter des Studierenden. Aber auch von den Eltern unmittelbar getätigte Ausgaben für Ernährung, Kleidung, Lernmittel, verschiedene Versicherungen (beispielsweise die ggf. notwendige Krankenversicherung oder, bei Besitz eines Au-

tos, die dann fällige Haftpflichtversicherung) u. a. m. zählen dazu (vgl. Fragebogen, Anhang).

Seit Einführung des beschriebene Fragemodells zur Ermittlung der monatlichen Einnahmen im Jahre 1982 lässt sich beobachten, dass der Anteil der so genannten unbaren Leistungen an den monatlichen Einnahmen, von Erhebung zu Erhebung variierend, zwischen 10 % bis 16 % liegt.

Der größte Teil des als unbare Leistung ermittelten Einnahmenbetrags entfällt regelmäßig auf Mietzahlungen (2006: 57 %). Dies ist nachvollziehbar, wird berücksichtigt, dass ein erheblicher Teil der Studierenden (2006: 21 %) von den verfügbaren Bareinnahmen überhaupt keine Ausgaben für Miete einschließlich Nebenkosten bestreitet, sondern stattdessen die Mietzahlung als unbare Leistung der Eltern – also als direkte Überweisung der Eltern an den Vermieter – deklariert. Da die Höhe der Miete als regelmäßige, vertraglich fixierte Leistung jedem Studierenden bekannt sein wird, ist es ist nahe liegend, dass dieser Teil der unbaren Leistungen zuverlässig ermittelt wird. Bei den übrigen unbaren Leistungen ist hingegen überwiegend von Werten auszugehen, die als grobe Schätzungen einzustufen sind. So ist z. B. nicht davon auszugehen, dass sehr viele Studierende exakt angeben können, wie viel Geld die Eltern durchschnittlich pro Monat für Kleidungsgegenstände zu Gunsten des Studierenden aufwenden.

Die ausgewiesenen Monatsbeträge der

studentischen Einnahmen stehen folglich generell unter dem Vorbehalt, dass es sich dabei teils um Schätzungen handelt. Die ausgewiesenen Beträge sind unter diesem Vorbehalt zu interpretieren. Veränderungen der monatlichen Einnahmen in Abhängigkeit von verschiedenen Merkmalen, aber auch im Zeitverlauf, können hingegen mit einer Ausnahme vorbehaltlos interpretiert werden.

Die Ausnahme gilt für den Vergleich der 2003 und 2006 ermittelten Ergebnisse betreffend die Barzuwendungen und die unbaren Leistungen der Eltern. Im Fragebogen der aktuellen Sozialerhebung wurde das Fragemodell zur Ermittlung der monatlichen Einnahmen durch einige Erläuterungen präzisiert. Dies führte offensichtlich zu einer Änderung im Antwortverhalten der Studierenden. Aus den Angaben in den übermittelten Fragebogen wird deutlich, dass eine Vielzahl der Befragten den Betrag der elterlichen Barzuwendung reduzierte, nachdem sie die folgenden Erläuterungen zur Frage nach den unbaren Leistungen zur Kenntnis genommen hatten. Dabei wurde die Barzuwendung überwiegend um den Betrag gekürzt, der dann als unbare Leistung der Eltern für die Miete eingetragen wurde.

Dies führte dazu, dass der Anteil der Studierenden, die Aufwendungen für Miete als unbare Leistung der Eltern deklarierten sich gegenüber 2003 deutlich erhöhte (29 % vs. 16 %). Der ermittelte Durchschnittsbetrag

der unbaren Leistungen für Miete hat sich dadurch gegenüber 2003 verdoppelt. Bei der finanziellen Unterstützung durch die Eltern geht der Betrag der Barzuwendungen von 2003 auf 2006 etwas zurück (vgl. Bild 6.3), während der Betrag der unbaren Leistungen steigt. Hier ist nachdrücklich darauf hinzuweisen, dass dieses Ergebnis hauptsächlich auf die beschriebene Veränderung des Fragemodells im Jahre 2006 zurückzuführen ist und folglich nicht als Entwicklung von 2003 auf 2006 interpretiert werden kann. Die Entwicklung der finanziellen Unterstützung durch das Elternhaus ist allein aus den ausgewiesenen Ergebnissen für die Gesamtleistung der Eltern (Barzuwendung plus unbare Leistung) ablesbar.

Die geldwerte Summe der so genannten unbaren Leistungen wird stets zum Betrag des direkten Geldtransfers der Eltern hinzugeaddiert und bei den nachfolgenden Ergebnisdarstellungen als Leistung der Eltern ausgewiesen. Entsprechend der Fragestellung, mit der nach den Leistungen der Eltern und/oder des Partners bzw. der Partnerin gefragt wird, könnte ein Teil dieser Leistung auch vom Partner bzw. der Partnerin erbracht worden sein.

Die Wahrscheinlichkeit, dass ledige Studierende vom Partner/von der Partnerin finanziell unterstützt werden, ist äußerst gering. Angenommen, die angegebenen unbaren Leistungen werden in vollem Umfang vom erwerbstätigen Partner/der erwerbstätigen Partnerin erbracht, dann würde der

Anteil der von den Eltern finanziell unterstützten Studierenden 2006 um einen Prozentpunkt und der von ihnen durchschnittlich bereitgestellte Geldbetrag um knapp 2 Prozent niedriger ausfallen als derzeit ausgewiesen wird (vgl. Bild 6.3).

Außerdem ist unter methodischen Aspekten darauf hinzuweisen, dass bei den zur Ermittlung der monatlichen Einnahmen gestellten Fragen gegenüber der Version von 2003 zwei weitere Änderungen vorgenommen wurden. Bei der Frage nach den monatlichen Bareinnahmen wurden die Antwortvorgaben weiter differenziert. Die 2003 vorgegebene Finanzierungsquelle „Darlehen von einer Bank/Sparkasse/Firma/Privatperson“ wurde 2006 durch zwei Vorgaben ersetzt: „Kredit zur Studienfinanzierung von einer Bank/Sparkasse“ und „Kredit von einer Privatperson“. Ein Vergleich der Angaben 2003 und 2006 zeigt (Bild 6.3), dass diese Änderung keine messbaren Auswirkungen auf die Höhe der 2006 ermittelten monatlichen Einnahmen hat.

Die zweite Änderung betrifft die so genannten unbaren Leistungen. Gegenüber der Frageversion von 2003 wurde 2006 bei den Antwortvorgaben eine weitere Position aufgenommen und zwar Leistungen der Eltern bzw. des Partners/der Partnerin für Freizeit, Kultur und Sport. Hierzu machten 2006 knapp 7% der Studierenden eine Angabe, durch die der Durchschnittsbetrag der monatlichen Einnahmen 2006 um rd. 2 € höher ausfällt. Da die realen Auswirkungen der be-

schriebenen Veränderung marginal sind, ist die Vergleichbarkeit nicht infrage gestellt.

Ziel der nachfolgenden Betrachtungen ist es, die im Sommer 2006 vorgefundene Situation der Finanzierung des Studiums darzustellen und herauszuarbeiten, in welcher Weise die ordnungspolitische Grundvorstellung der Alimentation der Studierenden durch Eltern oder ersatzweise nach dem BAföG umgesetzt ist. Außerdem wird aufgezeigt, welche Veränderungen sich im Zeitverlauf ergeben haben, wobei in der Regel die Entwicklung im Zeitraum 2003 - 2006 im Vordergrund steht.

Generell ist darauf hinzuweisen, dass es sich bei den im Folgenden erörterten Einnahmebeträgen stets um auf den Monat bezogene Beträge handelt.

6.2 Studienfinanzierung im Überblick

6.2.1 Höhe der monatlichen Einnahmen

Der Durchschnittsbetrag der monatlichen Einnahmen liegt mit 770 € auf dem gleichen Niveau wie 2003 (Bild 6.1). Praktisch hat es keine nominale Steigerung der monatlichen Einnahmen von 2003 auf 2006 gegeben.

Die 2006 vorgenommene Erweiterung des Berichtskreises um die Bildungsinländer hat auf die Entwicklung der monatlichen Einnahmen keinen signifikanten Einfluss. Tendenziell verfügen Bildungsinländer 2006 über höhere Einnahmen als 2003 (803 ± 50 € vs. 757 ± 37 €), während die mo-

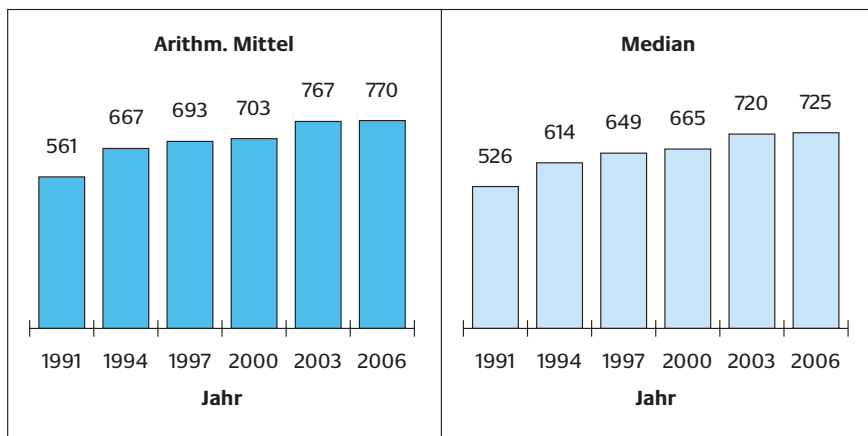
natlichen Einnahmen der deutschen Studierenden auf dem Niveau von 2003 verbleiben (769 ± 5 € vs. 767 ± 5 €).

Wird die zwischenzeitliche Entwicklung des Verbraucherpreisindex berücksichtigt, ist festzuhalten: Mit durchschnittlichen monatlichen Einnahmen von 770 € verfügen die Studierenden des Jahres 2006 im Vergleich mit den Studierenden des Jahres 2003 über eine Kaufkraft, die um knapp 5 % geringer ausfällt. Von 2000 nach 2003 wurde hingegen noch eine reale Steigerung der Einnahmen um gut 4 % gemessen. Die Studierenden des Jahres 2006 haben mit den erzielten monatlichen Einnahmen folglich annähernd die Kaufkraft derjenigen des Jahres 2000.

Längerfristig betrachtet, ausgehend vom Jahr der ersten gesamtdeutschen Sozialerhebung 1991, haben sich die monatlichen Einnahmen der Studierenden nominal um 37 % erhöht. Real bedeutet dies, dass die Kaufkraft der Studierenden des Jahres 2006 um rd. 2 % höher liegt als die des Jahres 1991. Die Steigerung der Arbeitnehmerinkommen fiel im Vergleichszeitraum geringer aus. Gemessen an den Nettolöhnen und -gehältern, erhöhten sich die Arbeitnehmerinkommen im Zeitraum 1991-2005 nominal um knapp 28 % (BAföG-Bericht, 2007).

Verglichen mit dem Höchstsatz der BAföG-Förderung, der für außerhalb des Elternhauses wohnende Studierende bei monatlich 585 € liegt (einschl. Zuschläge für

Bild 6.1 Höhe der monatlichen Einnahmen – Mittelwerte
Bezugsgruppe „Normalstudent“¹, in €



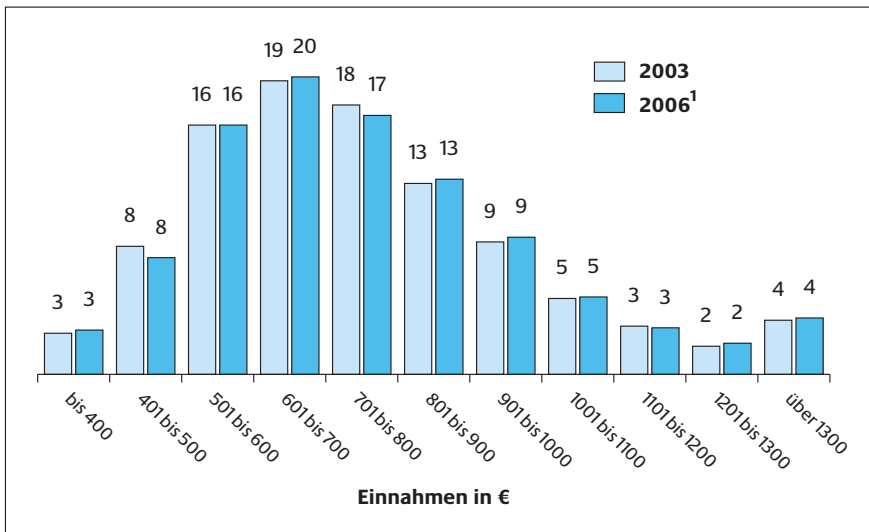
¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

eine ggf. notwendige Kranken- und Pflegeversicherung) oder mit dem Bedarfssatz der Rechtsprechung, der bei 640 € für außerhalb des Elternhauses wohnende Studierende liegt (ohne Zuschläge für eine ggf. notwendige Kranken- und Pflegeversicherung), lässt die Höhe der durchschnittlichen Einnahmen auf eine angemessene finanzielle Ausstattung der Studierenden schließen. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass die monatlichen Einnahmen eines erheblichen Teils der Studierenden niedriger ausfallen als nach den genannten Bedarfssätzen adäquat wäre:

- Gemessen am Höchstsatz der BAföG-Förderung (585 €), verfügen 22% der Studierenden über geringere Einnahmen.
- Wird der Bedarfssatz der Rechtsprechung als Maßstab angelegt (640 €), verfügen rd. 33% der Studierenden über geringere Einnahmen.

In Bild 6.2 ist die Bandbreite der studentischen Einnahmen dargestellt. Die Extrempunkte der Verteilung werden besetzt durch einerseits 3% der Studierenden mit monatlichen Einnahmen bis 400 € und andererseits 4% der Studierenden mit Einnahmen über 1.300 €.

Bild 6.2 Einnahmenverteilung – Studierende nach der Höhe der monatlichen Einnahmen
 Bezugsgruppe „Normalstudent“, in %



¹ einschließlich Bildungsinländer/innen

Wird die Einnahmenverteilung in Quartile aufgeteilt, ergeben sich für das untere Quartil monatliche Einnahmen bis 600 € und für das obere Quartil Einnahmen über 895 €. Es liegt nahe, dass die Studierenden des unteren und oberen Einnahmenquartils sich nicht nur nach der Höhe der monatlichen Einnahmen unterscheiden. Im unteren Einnahmenquartil sind weit überdurchschnittlich vertreten (d. h. der Erwartungswert wird um mindestens fünf Prozentpunkte überschritten; vgl. auch Kap. 6.3):

- jüngere Studierende (bis 23 Jahre),
- Studierende, die ihren Lebensunterhalt ohne eigenen Verdienst bestreiten,
- Wohnheimbewohner und Untermieter,
- Studierende in den neuen Ländern und
- Studierende der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften.

Hingegen gehören zu den Studierenden des oberen Einnahmenquartils überdurchschnittlich oft:

- ältere Studierende (26 Jahre und älter),
- solche, die hinzuverdienen,
- die in einer Wohnung allein leben oder sich diese mit dem Partner/der Partnerin teilen,
- Studierende, die elternunabhängig nach dem BAföG gefördert werden, und
- solche, die bisher keine BAföG-Förderung in Anspruch genommen haben,
- sowie Studierende der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften.

6.2.2 Herkunft und Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen

Die meisten Studierenden werden nach wie vor von den Eltern finanziell unterstützt. Mit 90 % hat sich der Anteil der alimentierten Studierenden gegenüber 2003 praktisch nicht verändert (Bild 6.3). Im Durchschnitt werden diesen Studierenden monatlich 448 € von den Eltern zur Verfügung gestellt. Der Betrag, der von den Eltern bereitgestellt wird, liegt nominal 2006 durchschnittlich um 3 % höher als 2003.

Der Anteil der Studierenden, die ihren Lebensunterhalt allein mit Transferleistungen der Eltern bestreiten, liegt bei knapp 13 %. Bezogen auf diese Studierenden, beläuft sich die finanzielle Unterstützung der Eltern auf durchschnittlich 659 € pro Monat.

Auffällig ist, dass die Beträge, die den Studierenden von den Eltern direkt zur Verfügung gestellt werden (Barzuwendung), 2006 geringer ausfallen als 2003, während die so genannten unbaren Zuwendungen der Eltern (beispielsweise Mietzahlung der Eltern direkt an den Vermieter) nicht nur betragsmäßig deutlich höher ausfallen als 2003, sondern auch der Anteil der Studierenden, der solche Leistungen erhält. Dieses Ergebnis ist auf ein verändertes Antwortverhalten der Befragten, ausgelöst durch eine 2006 vorgenommene Präzisierung der Fragestellung, zurückzuführen (vgl. Kap. 6.1.3). Die Vergleichbarkeit der *gesamten* Elternleistung 2006 gegenüber 2003 wird davon

Bild 6.3 Finanzierungsquellen - Inanspruchnahme und geleistete Beträge
Bezugsgruppe „Normalstudent“, in %, Beträge in €

Finanzierungsquelle	2003			2006 ¹		
	Stud.	Beträge in €		Stud.	Beträge in €	
	%	arithm. Mittel	Median	%	arithm. Mittel	Median
Elternleistung	89	435	428	90	448	450
- als Barzuwendung	83	368	350	83	338	300
- als unbare Zuwendung	51	162	110	55	221	200
eigener Verdienst aus Tätigkeiten während des Studiums	63	325	250	60	308	240
BAföG	27,5	367	400	28,9	376	404
Rückgriff auf Mittel, die vor dem Studium angesammelt wurden	16	127	100	17	126	90
Verwandte, Bekannte	17	82	50	20	81	50
Waisengeld oder Waisenrente	4	214	188	4	221	185
Partner/Partnerin	3	188	128	3	161	100
Stipendium	2	318	275	2	328	300
Bildungskredit von der KfW	0,8	295	300	1,5	289	300
Kredit zur Studienfinanzierung von einer Bank/Sparkasse ²	0,9	253	200	0,8	411	400
Kredit von einer Privatperson	0,6	198	100	0,6	198	100
sonstige Finanzierungsquellen	3	425	265	3	353	223

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ einschließlich Bildungsinländer/innen

² einschließlich Studienkredit der KfW

nicht berührt.

Nach der finanziellen Unterstützung durch das Elternhaus ist die Selbstfinanzie-

rung durch eigenen Verdienst diejenige Finanzierungsquelle, welche die meisten Studierenden zur Bestreitung des Lebensunter-

halts einsetzen. Allerdings ist festzustellen, dass mit 60 % sowohl der Anteil der Studierenden mit eigenem Verdienst als auch mit 308 € der von diesen durchschnittlich monatlich eingesetzte Betrag des eigenen Verdienstes geringer ausfallen als 2003 (63 % mit 325 €).

Knapp 5 % der Studierenden gaben als einzige Finanzierungsquelle, aus der ihnen Barmittel zur Verfügung stehen, den eigenen Verdienst an. Diese Studierenden verfügen durchschnittlich über einen monatlichen Verdienst von 867 €.

Eine Förderung nach dem BAföG wird von knapp 29 % der Studierenden der Bezugsgruppe „Normalstudent“ in Anspruch genommen (zur BAföG-Quote unter allen Studierenden vgl. Kap. 8). Der Anteil der BAföG-Empfänger hat sich folglich gegenüber 2003 um rd. einen Prozentpunkt erhöht, tendenziell hat sich auch der durchschnittliche Förderungsbetrag, mit dem diese Studierenden unterstützt werden, leicht erhöht (von 367 € auf 376 €).

Studierende, für die der BAföG-Betrag die einzigen Barmittel sind, sind relativ selten anzutreffen (2 %). Der Förderungsbetrag, der diesen Studierenden bewilligt wird, beläuft sich auf durchschnittlich 485 € pro Monat. Allerdings werden diese Studierenden außerdem durch unbare Leistungen der Eltern unterstützt, die dazu führen, dass ihre monatlichen Einnahmen auf 561 € steigen.

Die Finanzierung des Lebensunterhalts der Studierenden basiert auch 2006 vor al-

lem auf der finanziellen Unterstützung durch das Elternhaus, dem eigenen Verdienst und der Förderung nach dem BAföG. Daneben wird von Studierenden auch noch eine Reihe weiterer Finanzierungsquellen in Anspruch genommen. In Bild 6.3 sind alle Finanzierungsquellen im Einzelnen aufgeführt. Ergänzend werden der Anteil der Studierenden, welche die jeweilige Quelle in Anspruch nehmen, und der bereitgestellte Durchschnittsbetrag ausgewiesen. Aus den Ergebnissen wird deutlich, dass neben den Hauptquellen der Studienfinanzierung (Eltern, eigener Verdienst, BAföG), den übrigen Finanzierungsquellen, deren Bedeutung im Einzelfall sicherlich nicht zu unterschätzen ist, insgesamt nur eine nachgeordnete Rolle zukommt.

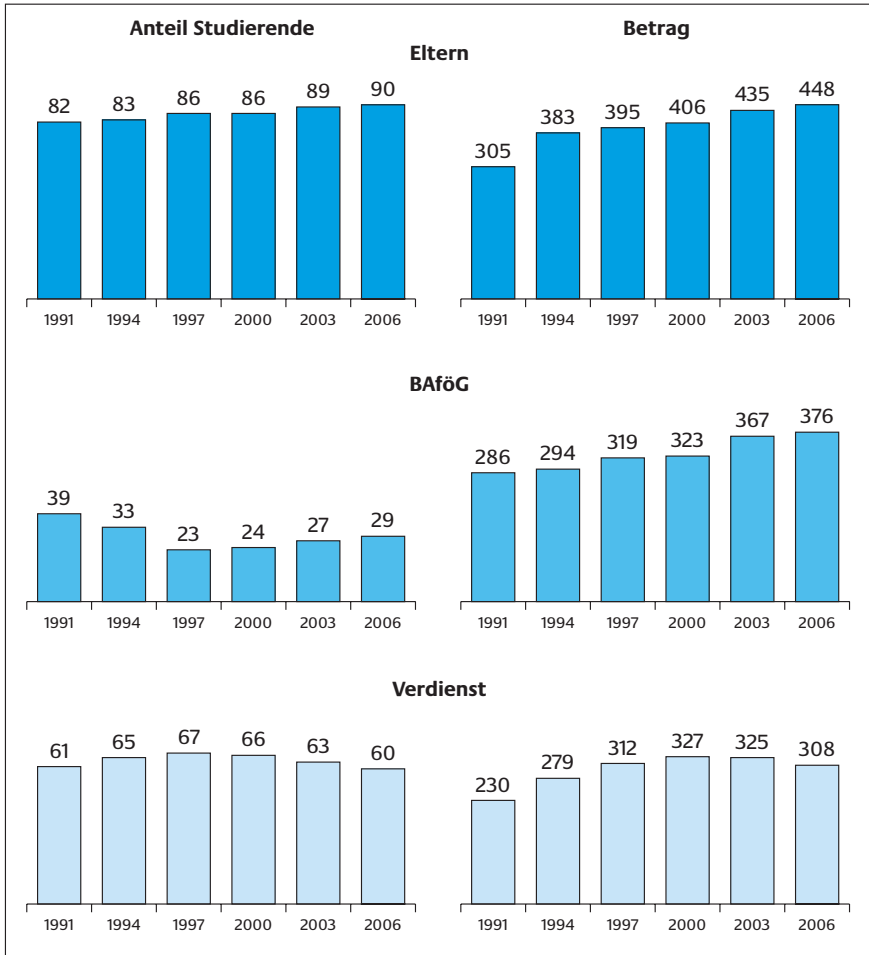
Inanspruchnahme der hauptsächlichen Finanzierungsquellen 1991 - 2006

In Bild 6.4 ist dargestellt, wie sich die Inanspruchnahme der drei Hauptquellen der Studienfinanzierung seit 1991 entwickelt hat. Danach hatte allein der Anteil der Studierenden, die von den Eltern finanziell unterstützt werden, über den gesamten Zeitraum von 1991 bis 2006 betrachtet, steigende Tendenz. Gegenüber 1991 wird 2006 mit 90 % ein um 8 Prozentpunkte höherer Anteil der Studierenden finanziell von den Eltern unterstützt.

Der Anteil der BAföG-Empfänger/Empfängerinnen war von 1991 bis 1997 rückläu-

Bild 6.4 Ausgewählte Finanzierungsquellen 1991-2006 – Anteil der Studierenden mit Einnahmen aus der jeweiligen Quelle und Höhe des Betrags¹

Bezugsgruppe „Normalstudent“, Studierende in %, Beträge in € – arithmetischer Mittelwert



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschl. Bildungsinländer/innen

fig. 2000 wurde dieser Trend gestoppt, und in den folgenden Beobachtungsjahren wurde jeweils eine leichte Erhöhung gemessen. Allerdings liegt der Anteil der Studierenden der Bezugsgruppe „Normalstudent“, der 2006 BAföG erhält, mit 29 % um 10 Prozentpunkte niedriger als 1991 (zur Entwicklung der BAföG-Quote vgl. Kap. 8)

Die Quote der Studierenden, die eigenen Verdienst zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten einsetzen, stieg von 1991 bis 1997 und ist seitdem rückläufig. 2006 liegt dieser Anteil mit 60 % praktisch wieder auf dem Niveau von 1991 (61 %).

Die Durchschnittsbeträge, die den unterstützten Studierenden von den Eltern und nach dem BAföG zur Verfügung gestellt wurden, fielen im Zeitraum 1991 bis 2006 in jedem Beobachtungsjahr nominal höher aus. Der Durchschnittsbetrag des eingesetzten eigenen Verdienstes erhöhte sich nominal ebenfalls von 1991 bis 2000 ständig (von 230 € auf 327 €). 2003 wurde erstmals keine Erhöhung dieses Betrags gemessen. Verglichen mit 2003 fällt der durchschnittliche Verdienst im Jahre 2006 mit 308 € um rd. 5 % geringer aus.

Bildungsinländer/innen

Die 2006 vorgenommene Erweiterung des Berichtskreises der Sozialerhebung um die relativ kleine Gruppe der studierenden Bildungsinländer/innen hat auf die vorgestellten Ergebnisse lediglich marginale Auswirkungen. Die Ergebnisse für 2006 wären

nicht wesentlich anders ausgefallen, wenn – wie bisher – nur über deutsche Studierende berichtet würde.

Davon unberührt ist festzustellen, dass es bei der Inanspruchnahme der Finanzierungsquellen zwischen studierenden Bildungsinländern/innen und deutschen Studierenden statistisch signifikante Unterschiede gibt. So erhält von den Bildungsinländern/innen ein geringerer Anteil als von den Deutschen eine finanzielle Unterstützung durch das Elternhaus (77 % vs. 90 %). Die Anteile der Bildungsinländer/innen und der Deutschen, die eigenen Verdienst einsetzen oder eine Förderung nach dem BAföG erhalten, unterscheiden sich indes nicht signifikant. Ein deutlicher Unterschied ist wiederum bei der Inanspruchnahme der übrigen Finanzierungsquellen festzustellen, aus denen 29 % der Bildungsinländer/innen, aber 42 % der Deutschen Barmittel beziehen. Dabei fällt auf, dass Bildungsinländer/innen relativ selten von Verwandten finanziell unterstützt werden (6 % vs. 20 %).

Werden die Durchschnittsbeträge betrachtet, die den unterstützten Studierenden aus den verschiedenen Quellen zufließen, sind nur zwei statistisch signifikante Unterschiede gegeben: Bildungsinländer/innen setzen einen deutlich höheren eigenen Verdienst zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten ein (398 € vs. 306 €) und sie erhalten eine höhere BAföG-Förderung (448 € vs. 375 €).

Zahl der genutzten Quellen

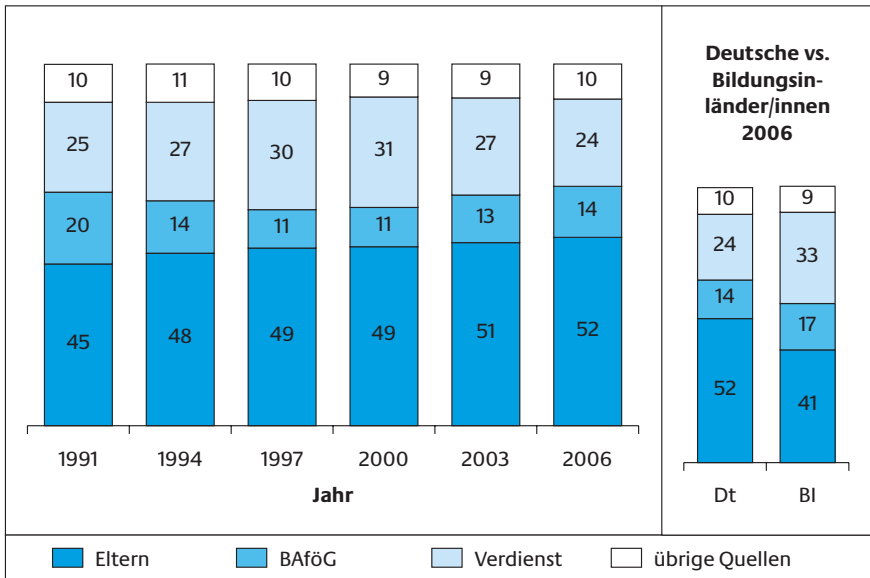
Wie bei der Beschreibung der Hauptquellen der Studienfinanzierung bereits angedeutet wurde, sind die Studierenden, die lediglich aus einer Finanzierungsquelle Barmittel erhalten, eine Minderheit – lediglich 21% der Studierenden sind in dieser Situation. Im Durchschnitt verfügen die Studierenden über Barmittel aus zwei Finanzierungsquellen. Ein gutes Drittel bestreitet den Lebensunterhalt sogar mit Einnahmen aus drei und mehr Quellen. Die Studienfinanzierung ist

demnach hauptsächlich eine Mischfinanzierung.

Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen

Die durchschnittliche Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen wird ausgewiesen als Anteil der verschiedenen Finanzierungsquellen am Gesamtbetrag der monatlichen Einnahmen (Bild 6.5). Danach stellen 2006 die Eltern mit 52% den weitaus größten Teil der Mittel, mit denen Studierende ihre Lebenshaltungskosten bestrei-

Bild 6.5 *Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen nach der Herkunft der Mittel¹*
Bezugsgruppe „Normalstudent“, Anteil je Finanzierungsquelle in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschl. Bildungsinländer/innen

ten. An zweiter Stelle steht die Selbstfinanzierung der Studierenden durch eigenen Verdienst. Immerhin 24 % der gesamten Einnahmen werden von den Studierenden durch Erwerbstätigkeit neben dem Studium erzielt. Die Förderung nach dem BAföG ist durchschnittlich mit 14 % an den Einnahmen der Studierenden beteiligt, während die übrigen Finanzierungsquellen zusammengefasst 10 % beisteuern.

Verglichen mit der Situation im Jahre 2003 ist festzustellen, dass sich die steigende Tendenz des Anteils der Eltern an den monatlichen Einnahmen fortgesetzt hat (von 51 % auf 52 %), ebenso des Anteils der BAföG-Förderung (von 13 % auf 14 %), während der Anteil des eigenen Verdienstes, wie bereits von 2000 nach 2003, sich nochmals verringert hat (von 27 % auf 24 %).

Längerfristig betrachtet ist der Trend offensichtlich, dass die Eltern einen sich ständig erhöhenden Anteil der studentischen Einnahmen tragen. Von 1991 bis 2006 hat sich ihr Anteil von 45 % auf nunmehr 52 % erhöht (Bild 6.5). Der Anteil des BAföG hingegen war von 1991 bis 1997 rückläufig (von 20 % auf 11 %), stagnierte von 1997 nach 2000 und zeigt danach steigende Tendenz. Bei der Entwicklung des BAföG-Anteils ist allerdings zu beachten, dass im Jahre 1991 die erste gesamtdeutsche Sozialerhebung stattfand. Der zu dem Zeitpunkt gemessene BAföG-Anteil an den monatlichen Einnahmen lag in den neuen Ländern bei 60 %. In den alten Ländern hingegen belief sich die-

ser Anteilswert auf 17 % und lag damit geringfügig höher als 1988, aber deutlich unter dem 1982 ermitteltem Anteil von 25 % (vgl. Bild 6.21). Bezogen auf die Studierenden in den alten Ländern, war eine rückläufige Entwicklung des BAföG-Anteils an den monatlichen Einnahmen also bereits vor 1991 zu beobachten.

Der Anteil des eigenen Verdienstes an den monatlichen Einnahmen hatte von 1991 bis 2000 steigende Tendenz (von 25 % auf 31 %) – bezogen auf die Studierenden in den alten Ländern bereits seit 1982 (vgl. Bild 6.21) – und ist seit dem im Jahre 2000 erreichten Höhepunkt deutlich zurückgegangen. Mit 24 % im Jahre 2006 liegt dieser Anteil sogar unter dem 1991 gemessenen Wert.

Die Ergebnisse einer getrennten Berechnung der Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen der Deutschen und der Bildungsinländer verdeutlichen (Bild 6.5), dass die bei den einzelnen Finanzierungsquellen bereits beschriebenen Unterschiede zu einer abweichenden Finanzierungsstruktur der Bildungsinländer führen. Bei den Bildungsinländern spielt die Unterstützung durch die Eltern eine geringere, der eigene Verdienst und auch die Förderung nach dem BAföG hingegen eine größere Rolle.

Leistung der Finanzierungsquellen

Die im vorangehenden Abschnitt beschriebenen Veränderungen der Finanzierungsstruktur, also die sich ändernde Zusammen-

setzung der monatlichen Einnahmen im Zeitverlauf aber auch in Abhängigkeit von verschiedenen Beschreibungsmerkmalen der Studierenden (vgl. Kap. 6.3), ist ein relativ einfaches Verfahren um die Bedeutung der einzelnen Finanzierungsquellen im Kontext der Studienfinanzierung zu vermitteln. Aus der Veränderung der Finanzierungsstruktur lässt sich allerdings nicht unmittelbar ablesen, ob sich die Leistung einer Finanzierungsquelle erhöht oder verringert hat.

Hier bietet sich als probates Verfahren an, die Entwicklung des Finanzvolumens der jeweiligen Finanzierungsquelle von Beobachtungsjahr zu Beobachtungsjahr heranzuziehen. Das Finanzvolumen lässt sich anhand der Angaben der Studierenden (vgl. Bild 6.3) und unter Berücksichtigung der Studierendenzahlen, für jede Finanzierungsquelle berechnen.

Für die hier untersuchte Bezugsgruppe „Normalstudent“ (2006 rd. 1,1 Mio. Studierende) werden größenordnungsmäßig von den verschiedenen Finanzierungsquellen im Jahre 2006 rd. 10,2 Mrd. € zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten bereitgestellt. Daran sind die einzelnen Finanzierungsquellen mit folgenden Beträgen beteiligt:

- Eltern rd. 5,3 Mrd. €
- BAföG rd. 1,4 Mrd. €
- Verdienst rd. 2,5 Mrd. €
- Übrige rd. 1,0 Mrd. €

Im Bild 6.6 ist dargestellt, wie sich die Leistung der Finanzierungsquellen 2006 im Ver-

gleich mit 2003, 2000 und 1991 nominal und real (also unter Berücksichtigung des Verbraucherpreisindex) entwickelt hat.

Das hier angewandte Verfahren zur Berechnung der Leistungsänderung einer Finanzierungsquelle wird am Beispiel der finanziellen Unterstützung durch die Eltern 2006 gegenüber 2003 im Folgenden erläutert. 2003 lag das von den Eltern für Studierende der Bezugsgruppe „Normalstudent“ transferierte Finanzvolumen bei monatlich rd. 422 Mio. €. Die zugrunde liegende Berechnungsformel lautet: Finanzvolumen 2003 = $[(\text{arithm. Mittelwert der elterlichen Unterstützung 2003} \times \text{Anteil unterstützter Studierender 2003}) / 100] \times \text{Zahl der Studierenden 2003}$. Bei angenommener konstanter Leistung der Eltern ist für 2006 ein Finanzvolumen in Höhe von rd. 430 Mio. € pro Monat zu erwarten, welches durch die veränderte Studierendenzahl bestimmt wird. Die Berechnung erfolgt nach folgender Formel: Erwartetes Finanzvolumen 2006 = $[(\text{arithm. Mittelwert der elterlichen Unterstützung 2003} \times \text{Anteil unterstützter Studierender 2003}) / 100] \times \text{Zahl der Studierenden 2006}$. Das 2006 tatsächlich transferierte Finanzvolumen liegt aber bei rd. 441 Mio. € pro Monat – berechnet nach der Formel: Finanzvolumen 2006 = $[(\text{arithm. Mittelwert der elterlichen Unterstützung 2006} \times \text{Anteil unterstützter Studierender 2006}) / 100] \times \text{Zahl der Studierenden 2006}$. Der Unterschied zwischen dem erwarteten Finanzvolumen 2006 und dem tatsächlich transferierten Fi-

Bild 6.6 Leistungsentwicklung¹ der Finanzierungsquellen
Bezugsgruppe „Normalstudent“

Finanzierungsquelle	Nominale Veränderung der 2006 erbrachten Leistung gegenüber			Reale Veränderung ² der 2006 erbrachten Leistung gegenüber		

	2003	2000	1991	2003	2000	1991
Eltern	3 %	15 %	60 %	-2 %	5 %	19 %
BAföG	8 %	42 %	-3 %	2 %	29 %	-28 %
Verdienst	-10 %	-13 %	33 %	-14 %	-21 %	-1 %
Übrige	4 %	17 %	26 %	-1 %	6 %	-6 %

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Basierend auf dem Finanzvolumen der Quelle, welches im jeweiligen Beobachtungsjahr zur Verfügung steht.

² Bei Berücksichtigung des Verbraucherpreisindex für Deutschland

nanzvolumen 2006 zeigt die nominale Veränderung der Elternleistung an. Im Ergebnis haben die Eltern ihr finanzielles Engagement 2006 gegenüber 2003 um nominal 3 % erhöht. Real, also unter Berücksichtigung der Entwicklung des Verbraucherpreisindex, liegt die Kaufkraft des 2006 transferierten Finanzvolumens allerdings um rd. 2 % niedriger als 2003.

Entsprechend berechnet, fällt das Finanzvolumen des BAföG für Studierende der Bezugsgruppe „Normalstudent“ 2006 nominal um 8 % höher aus als 2003. Damit ist auch eine reale Steigerung der Kaufkraft um rd. 2 % erreicht worden. Lediglich das Finanzvolumen, welches durch eigenen Verdienst der Studierenden aufgebracht wird, fällt 2006 nominal und real deutlich geringer aus als 2003 – um 10 % nominal bzw. 14 % real.

Auch beim Vergleich mit der Leistung der Finanzierungsquellen im Jahre 2000 ist allein beim eigenen Verdienst ein nominaler und realer Rückgang zu konstatieren. Insbesondere fällt hier die erhebliche Steigerung des BAföG-Finanzvolumens auf, welches 2006 nominal um 42 % und real um 29 % höher liegt als im Jahre 2000.

Wird die Entwicklung ausgehend von dem im Jahre 1991 zur Verfügung gestelltem Finanzvolumen betrachtet, sind folgende Feststellungen zu treffen (Bild 6.6): Die finanziellen Aufwendungen der Eltern liegen 2006 um nominal 60 % höher als 1991. Real liegt damit das finanzielle Engagement der Eltern um 19 % höher als 1991. Ebenso fällt das durch eigenen Verdienst aufgebrachte Finanzvolumen 2006 nominal um ein Drittel höher aus als 1991. Real liegt damit die Kaufkraft des 2006 erworbenen Verdienstes

annähernd auf dem Niveau von 1991. Allein das nach dem BAföG aufgebrachte Finanzvolumen bleibt 2006 nominal hinter der 1991 erbrachten Leistung zurück (um 3%). Die Kaufkraft der BAföG-Förderung im Jahre 2006 liegt folglich um rd 28 % niedriger als die Kaufkraft der BAföG-Förderung des Jahres 1991.

6.3 Einnahmensituation nach ausgewählten Faktoren

6.3.1 Einnahmen und Geschlecht

Einnahmenhöhe

Von 1991 bis 2003 wurde mit jeder Sozialerhebung festgestellt, dass die monatlichen Einnahmen der Studentinnen im Durchschnitt etwas niedriger ausfallen als die der Studenten. Der Einnahmenunterschied variierte in den Beobachtungsjahren zwischen 25 € und 36 €. Überwiegend war diese Differenz auf Unterschiede in der Altersstruktur zurückzuführen. Wurden die Einnahmen gleichaltriger Studentinnen und Studenten gegenübergestellt, waren die Unterschiede in der Regel statistisch nicht signifikant.

Auch 2006 ist wieder festzustellen, dass in der hier betrachteten Bezugsgruppe „Normalstudent“ die Studentinnen im Durchschnitt knapp ein Jahr jünger sind als die Studenten. Anders als in den Vorjahren liegen allerdings die monatlichen Einnahmen der Studentinnen mit 767 € und der Studenten mit 774 € auf einem Niveau (Bild 6.7, linke Grafik). Ein statistisch signifikan-

ter Unterschied ist nicht mehr festzustellen.

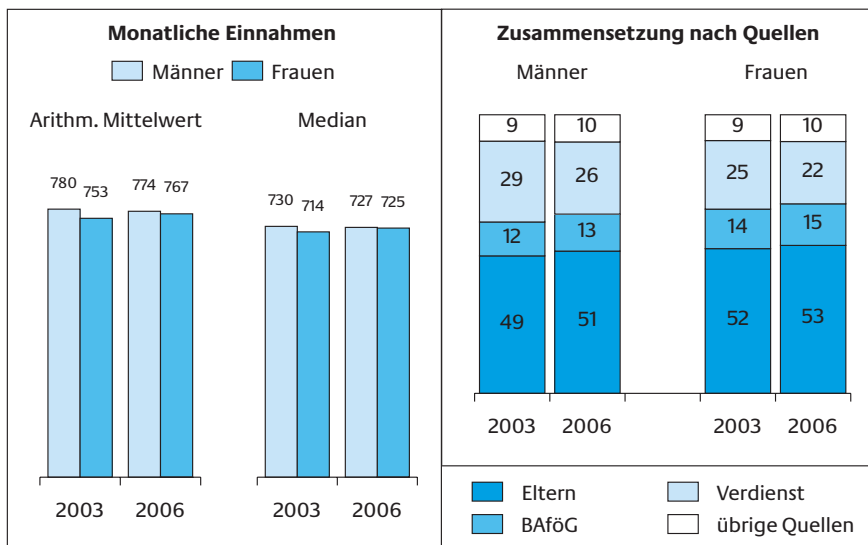
Anders auch als bei den vorangehenden Untersuchungen ist zu konstatieren: In allen Altersgruppen fallen die monatlichen Einnahmen der Studentinnen tendenziell höher aus als die der Studenten. Folgerichtig sollten auch insgesamt die Einnahmen der Studentinnen höher sein. Die Erklärung dafür, dass dennoch die Höhe der monatlichen Einnahmen von Studentinnen und Studenten sich nicht unterscheidet, ist durch die unterschiedliche Altersstruktur gegeben. Bei übereinstimmender Altersstruktur lägen die monatlichen Einnahmen der Studentinnen um durchschnittlich 21 € höher als die der Studenten.

Finanzierungsstruktur

Die durchschnittliche Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen unterscheidet sich im Wesentlichen dadurch, dass bei den Studentinnen der jeweilige Anteil, mit dem die Eltern und das BAföG zu den Einnahmen beitragen, etwas höher liegt als bei den Studenten und der Anteil der Selbstfinanzierung durch eigenen Verdienst bei den Studentinnen niedriger ausfällt (Bild 6.7, rechte Grafik). Verglichen mit den Ergebnissen des Jahres 2003 ist anzumerken: Der Anteil der einzelnen Finanzierungsquellen an den monatlichen Einnahmen hat sich bei Studentinnen und Studenten analog entwickelt. Während der Anteil der Selbstfinanzierung zurückgegangen ist, stiegen die Anteile der anderen Finanzierungsquellen.

Bild 6.7 Höhe und Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen nach dem Geschlecht der Studierenden¹

Bezugsgruppe „Normalstudent“, Einnahmen in €, Quellenanteil in %



¹ 2003 nur deutsche Studierende, 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Finanzierungsquellen

Bei der Inanspruchnahme der verschiedenen Finanzierungsquellen zeigen sich nur wenige Unterschiede zwischen Studentinnen und Studenten (Bild 6.8). Es fällt auf, dass ein höherer Anteil der Studentinnen BAföG erhält und die erwerbstätigen Studentinnen mit durchschnittlich 286 € über einen deutlich geringeren eigenen Verdienst verfügen als die entsprechenden Studenten mit 330 €. Verglichen mit der Situation im Jahre 2003 hat sich bei den Studentin-

nen der Anteil, der nach dem BAföG gefördert wird, etwas stärker erhöht und ist der Anteil mit eigenem Verdienst deutlicher zurückgegangen. Allerdings fällt der Durchschnittsverdienst der Studentinnen gegenüber 2003 kaum geringer aus (286 € vs. 292 €), während bei den Studenten ein deutlicher Rückgang festzustellen ist (von 359 € auf 330 €).

Die Leistung der verschiedenen Finanzierungsquellen hat sich, gemessen an dem für Studentinnen und Studenten jeweils aufgebrachtem Finanzvolumen, von 2003 nach

Bild 6.8 Leistung der Finanzierungsquellen nach dem Geschlecht der Studierenden
Bezugsgruppe „Normalstudent“

Geschlecht	Finanzierungs- quelle	Es erhielten ... (Stud. in %)		Betrag (Arithm. Mittelwert in €)		Nominale Veränderung der 2006 erbrachten Leistung ¹ gegenüber ...		
		2003	2006 ²	2003	2006 ²	2003	2000	1991
männlich								
	Eltern	88	89	437	444	3 %	14 %	59 %
	BAföG	26	27	364	380	8 %	42 %	-8 %
	Verdienst	63	61	359	330	-11 %	-13 %	32 %
	Übrige	40	42	183	180	2 %	7 %	20 %
weiblich								
	Eltern	91	90	432	451	4 %	16 %	60 %
	BAföG	29	31	369	374	7 %	41 %	2 %
	Verdienst	63	60	292	286	-8 %	-13 %	39 %
	Übrige	37	41	188	181	6 %	30 %	38 %

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Basierend auf dem Finanzvolumen der Quelle, welches im jeweiligen Beobachtungsjahr zur Verfügung steht.

² einschließlich Bildungsinländer/innen

2006 ähnlich entwickelt (Bild 6.8). Allerdings fällt die nominale Steigerung der finanziellen Unterstützung durch die Eltern bei den Studentinnen deutlicher aus und ist der nominale Rückgang des eigenen Verdienstes geringer. Beides zusammen erklärt, den Abbau des noch 2003 signifikanten Unterschieds zwischen der Höhe der monatlichen Einnahmen der Studentinnen und Studenten.

Bei einem längerfristigen Vergleich fällt auf, dass das Finanzvolumen des BAföG, wel-

ches auf Studentinnen entfällt, 2006 nominal um 2% höher liegt als 1991. Das Finanzvolumen für Studenten hingegen fällt um 8% geringer aus. Hauptsächlich ist dies damit zu erklären, dass der Anteil der geförderten Studentinnen und Studenten sich 1991 nicht unterschied (jeweils 39%), während 2006 mehr Studentinnen gefördert werden.

Das von den Eltern bereitgestellte Finanzvolumen liegt verglichen mit 1991 für Studentinnen nominal um 60% höher, das für Studenten um 59%. Beide Geschlechter

partizipierten vom verstärkten finanziellen Engagement der Eltern folglich im gleichen Umfang.

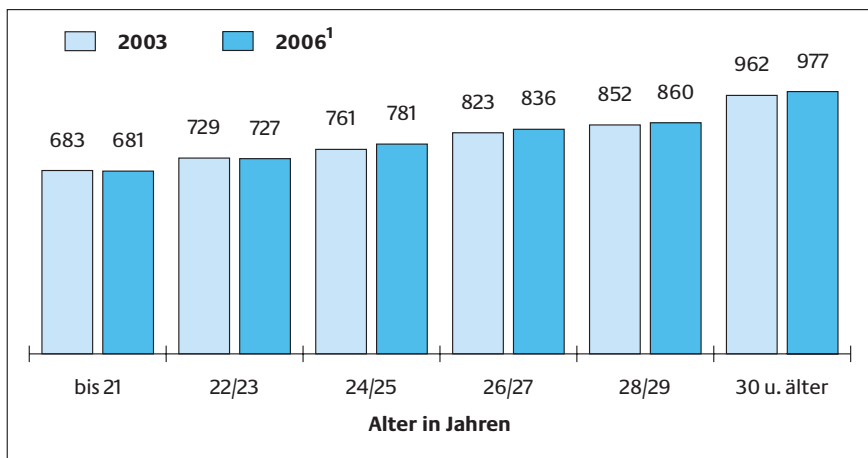
Die nominale Erhöhung des durch Erwerbstätigkeit erwirtschafteten Finanzvolumen, fällt 2006 gegenüber 1991 bei den Studentinnen mit 39 % etwas höher aus als bei den Studenten mit 32 %. Dies ist damit zu erklären, dass gegenüber 1991 der Anteil der erwerbstätigen Studentinnen etwas höher ausfällt, während der entsprechende Anteil der Studenten leicht zurückgegangen ist. Außerdem ist der durchschnittliche Verdienst der erwerbstätigen Studentinnen etwas stärker gestiegen (37 % vs. 35 %).

6.3.2 Einnahmen und Alter

Einnahmenhöhe

Mit zunehmendem Alter der Studierenden steigt der Durchschnittsbetrag der monatlichen Einnahmen. Ein Befund, der seit 1982 durch jede weitere Sozialerhebung immer wieder bestätigt wird. 2006 erhöhen sich die monatlichen Einnahmen von 681 € bei den jüngsten Studierenden (bis 21 Jahre) bis auf 977 € bei den ältesten Studierenden (30 Jahre und älter). Von Altersgruppe zu Altersgruppe ist jeweils eine deutliche Steigerung der monatlichen Einnahmen zu erkennen (Bild 6.9). Hauptsächlich ist dies damit zu erklären, dass mit zunehmendem Alter der

Bild 6.9 Höhe der monatlichen Einnahmen nach dem Alter der Studierenden
Bezugsgruppe „Normalstudent“, arithm. Mittel in €



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ einschließlich Bildungsinländer/innen

Anteil der hinzuverdienenden Studierenden beträchtlich ansteigt und ebenso die Höhe des erzielten Verdienstes (vgl. Bild 6.11).

Verglichen mit den monatlichen Einnahmen, die 2003 zur Verfügung standen, haben die jüngeren Studierenden (bis 23 Jahre) das Niveau gehalten, während die älteren Studierenden tendenziell über höhere Einnahmen verfügen als die Gleichaltrigen des Jahres 2003. Die Zusammensetzung der Studierenden hat sich gegenüber 2003 leicht zu Gunsten der jüngeren Studierenden mit geringeren Einnahmen verschoben. Die Veränderung der Altersstruktur wirkt sich aber auf die Höhe der monatlichen Einnahmen der Gesamtgruppe nur unwesentlich aus. Bei konstanter Altersstruktur wäre lediglich ein um 4 € höherer Durchschnittsbetrag erzielt worden.

Finanzierungsstruktur

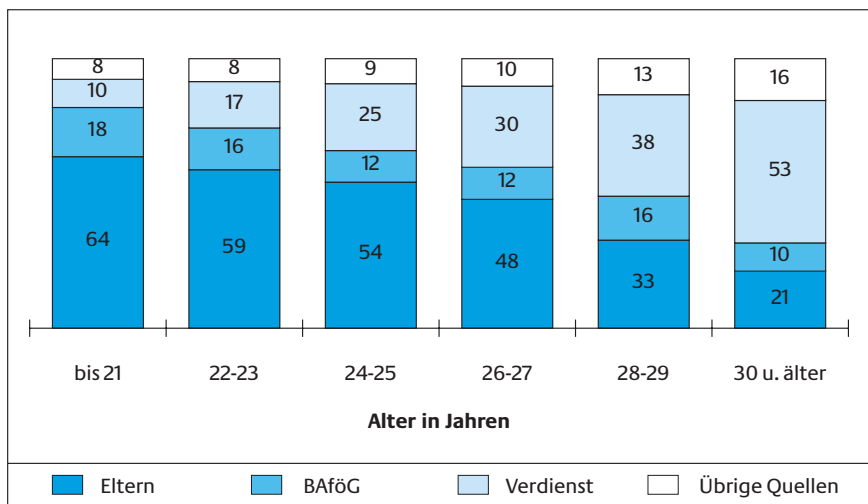
Mit zunehmendem Alter der Studierenden steigen nicht nur die monatlichen Einnahmen, sondern es verändert sich auch der Beitrag der Eltern und des eigenen Verdienstes. So sinkt der Elternbeitrag von 64 % bei den jüngsten bis auf 21 % bei den ältesten Studierenden (Bild 6.10). Umgekehrt stellt sich die Rolle des eigenen Verdienstes dar: Während bei den jüngsten Studierenden der Selbstfinanzierungsanteil bei lediglich 10 % der monatlichen Einnahmen liegt, erhöht sich dieser Anteil mit dem Alter bis auf 53 % bei den ältesten.

Die BAföG-Förderung variiert von Al-

tersgruppe zu Altersgruppe mit einem Anteil an den monatlichen Einnahmen, der zwischen 10 % und 18 % liegt. Es ist nachzuvollziehen, dass dieser Anteil bei den jüngeren Studierenden, bei denen in der Regel noch keine BAföG-Ausschlussgründe (Fachwechsel, Fehlen eines Leistungsnachweises, Überschreiten der Förderungshöchstdauer) vorliegen, am höchsten ausfällt. Aber auch bei den älteren Studierenden (28 Jahre und älter) ist an der durchschnittlichen Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen das BAföG mit einem nicht unerheblichen Anteil beteiligt. Dies ist vor allem auf die elternunabhängige Förderung eines Teils der älteren Studierenden zurückzuführen (vgl. Kap. 8.4).

Verglichen mit der Situation im Jahre 2003 ist in allen Altersgruppen der Anteil des Verdienstes an den monatlichen Einnahmen (wie bereits von 2000 nach 2003) zurückgegangen – bei den älteren Studierenden etwas deutlicher als bei den jüngeren. Der Anteil des BAföG an den monatlichen Einnahmen hat sich bei den jüngeren Studierenden praktisch nicht verändert, während bei den älteren eine Erhöhung festzustellen ist. Die finanzielle Unterstützung durch das Elternhaus spielt lediglich bei den jüngsten und den ältesten Studierenden eine größere Rolle als 2003. Bei den 28/29-jährigen ist hingegen eine Verringerung des Elternbeitrags festzustellen. Allerdings hat sich auch nur bei dieser Altersgruppe der Anteil der übrigen Finanzie-

Bild 6.10 Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen nach dem Alter der Studierenden
Bezugsgruppe „Normalstudent“, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

rungsquellen an den monatlichen Einnahmen merklich erhöht (um drei Prozentpunkte).

Finanzierungsquellen

Anhand der in Bild 6.11 zusammengestellten Ergebnisse ist nachvollziehbar, wie sich der Anteil der von den Eltern finanziell unterstützten Studierenden mit zunehmendem Alter zunächst nur leicht verringert, um dann bei älteren Studierenden (ab 28 Jahre) erheblich zurückzufallen. Ähnliches gilt für die Beträge, die von den Eltern zur Verfügung gestellt werden. Bis zum Alter von 27 Jahren werden Beträge transferiert, die

durchschnittlich bei 450 € liegen. Werden ältere Studierende von den Eltern finanziell unterstützt, fällt der bereitgestellte Betrag deutlich geringer aus.

Der Anteil, der mit eigenem Verdienst zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten beiträgt, liegt bereits bei den jüngsten Studierenden bei beachtlichen 42%. Mit zunehmendem Alter steigt dieser Anteil bis auf 79% unter den ältesten Studierenden. Die Beträge, die von den jüngsten Studierenden hinzuverdient werden liegen bei durchschnittlich 171 €, sie erhöhen sich mit dem Alter der Studierenden bis auf 651 € unter den ältesten (Bild 6.11). Allerdings sind die

Bild 6.11 Leistung der Finanzierungsquellen nach dem Alter der Studierenden
Bezugsgruppe „Normalstudent“

Altersgruppe	Finanzierungsquelle	Es erhielten ... (Stud. in %)		Betrag (Arithm. Mittelwert in €)	
		2003	2006 ¹	2003	2006 ¹
bis 21 Jahre					
	Eltern	96	96	440	450
	BAföG	38	36	334	346
	Verdienst	45	42	180	171
	Übrige	42	42	126	123
22/23 Jahre					
	Eltern	95	94	445	453
	BAföG	32	33	347	343
	Verdienst	60	57	233	220
	Übrige	37	42	147	146
24/25 Jahre					
	Eltern	93	93	440	455
	BAföG	25	25	355	367
	Verdienst	66	65	296	296
	Übrige	38	40	177	179
26/27 Jahre					
	Eltern	89	88	437	453
	BAföG	19	23	419	441
	Verdienst	74	70	365	360
	Übrige	40	42	217	202
28/29 Jahre					
	Eltern	76	72	414	390
	BAföG	19	28	507	502
	Verdienst	75	76	472	428
	Übrige	35	40	258	287

Fortsetzung Bild 6.11

Altersgruppe	Finanzierungsquelle	Es erhielten ... (Stud. in %)		Betrag (Arithm. Mittelwert in €)	
		2003	2006 ¹	2003	2006 ¹
30 Jahre und älter					
	Eltern	52	53	322	392
	BAföG	15	19	532	527
	Verdienst	84	79	670	651
	Übrige	38	37	401	404

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ einschließlich Bildungsinländer/innen

Anteile der erwerbstätigen Studierenden in allen Altersgruppen von 2003 nach 2006 zurückgegangen, ebenso sind die Beträge tendenziell rückläufig.

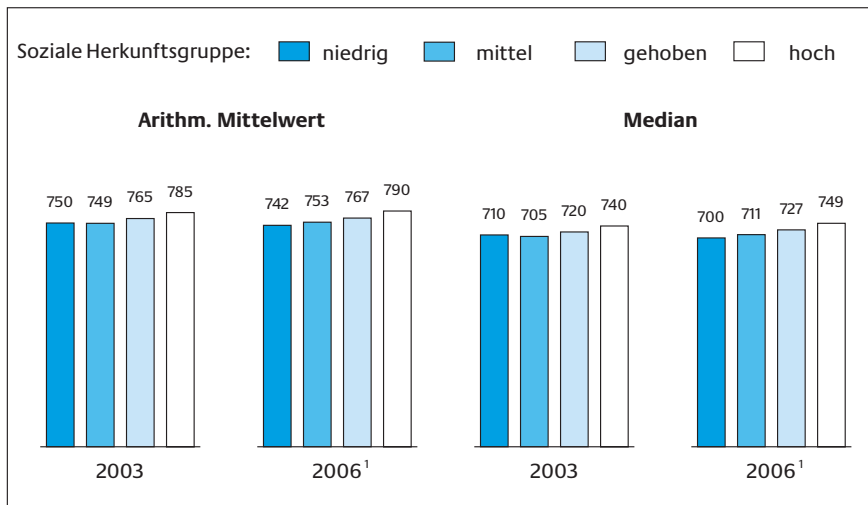
Während die Anteile der BAföG-Empfänger unter den jüngeren Studierenden im Vergleich mit 2003 praktisch konstant geblieben sind, hat sich unter den älteren Studierenden (ab 26 Jahre) der Anteil der BAföG-Empfänger deutlich erhöht.

6.3.3 Einnahmen und soziale Herkunft

Einnahmenhöhe

Erwartungsgemäß verfügen auch 2006 die Studierenden der oberen sozialen Herkunftsguppe über die höchsten monatlichen Einnahmen (Bild 6.12). Verglichen mit den Studierenden der beiden unteren Herkunftsguppen haben die Studierenden der

Bild 6.12 Höhe der monatlichen Einnahmen nach sozialer Herkunft
 Bezugsgruppe „Normalstudent“, arithm. Mittel in €



¹ einschließlich Bildungsinländer/innen

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

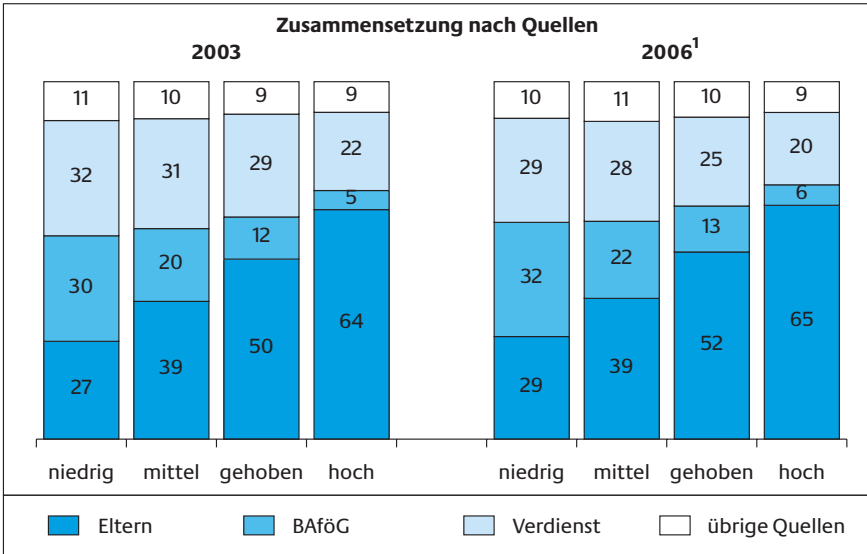
Herkunftsgruppe „hoch“ um 6 % bzw. 5 % höhere Einnahmen. Mit 3 % ist der Abstand zwischen den beiden oberen Herkunftsgruppen geringer, dennoch ist der Unterschied zwischen den Durchschnittsbeträgen statistisch signifikant. Der Abstand zwischen den monatlichen Einnahmen der Studierenden der verschiedenen sozialen Herkunftsgruppen variiert seit 1991 zwischen 5 % und 10 % (1991: 5 %, 1994: 10 %, 1997: 8 %, 2000: 6 %, 2003: 5 %, 2006: 6 %).

Finanzierungsstruktur

Während die Unterschiede bei der Höhe der monatlichen Einnahmen zwischen den Stu-

dierenden der verschiedenen Herkunftsgruppen relativ moderat sind, zeigen sich erhebliche Unterschiede, bei der Herkunft der monatlichen Einnahmen. So sind Studierende der unteren Herkunftsgruppe bei der Bestreitung der Lebenshaltungskosten während des Studiums jeweils in ähnlicher Größenordnung sowohl auf die finanzielle Unterstützung durch die Eltern als auch das BAföG und den eigenen Verdienst angewiesen. Mit höherer sozialer Herkunft – damit der Leistungsfähigkeit der Elternhäuser – verringert sich die Abhängigkeit vom BAföG und eigenem Verdienst erheblich (Bild 6.13).

Bild 6.13 *Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen nach sozialer Herkunft*
Bezugsgruppe „Normalstudent“, Anteile in %



¹ einschließlich Bildungsinländer/innen

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Die durchschnittliche Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen hat sich gegenüber 2003 bei den Studierenden der einzelnen Herkunftsgruppen ähnlich verändert. Der Anteil, mit dem die Eltern zu den monatlichen Einnahmen beitragen, hat sich erhöht, ausgenommen bei der Herkunftsgruppe „mittel“. Der BAföG-Anteil ist ausnahmslos bei den Studierenden jeder Herkunftsgruppe gestiegen. Zurückgegangen ist hingegen in allen Herkunftsgruppen der Anteil des eigenen Verdienstes an den monatlichen Einnahmen.

Finanzierungsquellen

Anhand der in Bild 6.14 dargestellten Ergebnisse lässt sich nachvollziehen, wie sich die Inanspruchnahme der einzelnen Finanzierungsquellen durch Studierende unterschiedlicher sozialer Herkunft von 2003 nach 2006 entwickelt hat. Hervorzuheben ist, dass sich bei den Studierende der Herkunftsgruppe „niedrig“ der Anteil der BAföG-Empfänger, bei konstant bleibenden Förderungsbeträgen, von 54% auf 58% erhöht hat. Eine leichte Zunahme des Anteils der BAföG-Empfänger ist auch bei den Stu-

Bild 6.14 Leistung der Finanzierungsquellen nach sozialer Herkunft der Studierenden
Bezugsgruppe „Normalstudent“

Herkunfts- gruppe	Finanzierungs- quelle	Es erhielten ... (Stud. in %)		Betrag (Arithm. Mittelwert in €)		Nominale Veränderung der 2006 erbrachten Leistung ¹ gegenüber ...		
		2003	2006 ²	2003	2006 ²	2003	2000	1991
niedrig								
	Eltern	78	77	263	276	4 %	25 %	78 %
	BAföG	54	58	409	411	7 %	32 %	16 %
	Verdienst	65	62	371	351	-11 %	-22 %	40 %
	Übrige	38	38	214	197	-7 %	10 %	11 %
mittel								
	Eltern	85	85	341	347	3 %	11 %	51 %
	BAföG	41	42	376	387	6 %	49 %	12 %
	Verdienst	67	64	346	328	-9 %	-12 %	41 %
	Übrige	39	44	200	191	8 %	24 %	38 %
gehoben								
	Eltern	90	90	427	445	4 %	11 %	49 %
	BAföG	25	27	355	365	9 %	48 %	4 %
	Verdienst	65	61	338	314	-13 %	-11 %	32 %
	Übrige	39	42	177	182	9 %	27 %	31 %
hoch								
	Eltern	95	95	530	543	3 %	14 %	47 %
	BAföG	13	14	316	329	8 %	70 %	-10 %
	Verdienst	60	57	288	279	-7 %	-10 %	35 %
	Übrige	39	40	173	168	1 %	10 %	29 %

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Basierend auf dem Finanzvolumen der Quelle, welches im jeweiligen Beobachtungsjahr zur Verfügung steht.

² einschließlich Bildungsinländer/innen

dierenden der übrigen Herkunftsgruppen zu messen.

Erwartungsgemäß verringert sich der Anteil der BAföG-Empfänger und auch der

durchschnittliche Förderungsbetrag bei steigender sozialer Herkunft. Komplementär dazu erhöht sich mit steigender sozialer Herkunft der Anteil, der von den Eltern fi-

nanziell unterstüzt wird, und die von den Eltern bereitgestellten Beträge. Der eigene Verdienst hingegen folgt nicht diesem Muster. Der Anteil der Studierenden mit eigenem Verdienst, ausgenommen die Herkunftsgruppe „hoch“, liegt auf etwa einem Niveau. Die durchschnittliche Höhe des Verdienstes ist wiederum abhängig von der sozialen Herkunft: je höher der Verdienst um so niedriger die soziale Herkunft (Bild 6.14). Allerdings ist von 2003 nach 2006 in allen Herkunftsgruppen der Anteil der Studierenden mit eigenem Verdienst gesunken und ebenso die durchschnittliche Höhe des Verdienstes.

Das von den Eltern transferierte Finanzvolumen hat sich für die Studierende jeder Herkunftsgruppe 2006 gegenüber 2003 um nominal 3 % bzw. 4 % erhöht (Bild 6.14). Erwartungsgemäß fällt die nominale Steigerung gegenüber 2000 höher aus. Allerdings wird erst durch diesen Vergleich deutlich, dass das finanzielle Engagement der Eltern der Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ in jüngerer Zeit stärker gestiegen ist, als das der Eltern der Studierenden der übrigen Herkunftsgruppen (um 25 % vs. 11 % bzw. 14 %). Aber auch bei einem längerfristigen Vergleich, mit den im Jahre 1991 ermittelten Ergebnissen, fällt auf, dass die Eltern der Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ ihr finanzielles Engagement stärker ausgeweitet haben – um nominal 78 % vs. 51 % bzw. 49 % bzw. 47 %.

Eine weitere Möglichkeit die Partizipati-

on der Studierenden unterschiedlicher sozialer Herkunft am bereitgestellten Finanzvolumen der Finanzierungsquellen einzuschätzen, lässt sich auch aus einem Vergleich des Anteils der Studierenden in der Bezugsgruppe „Normalstudent“ mit dem Anteil des auf sie entfallenden Finanzvolumens ableiten. So gehören 2006 rd. 11 % der Studierenden zur Herkunftsgruppe „niedrig“. Der Anteil des von den Eltern transferierten Finanzvolumens, der auf diese Studierenden entfällt, ist mit 6 % deutlich unterproportional, während der Anteil des BAföG-Finanzvolumens für diese Studierenden mit 25 % weit überproportional ausfällt. Ebenfalls deutlich überproportional ist der Anteil des BAföG-Finanzvolumens, der auf die Studierenden der Herkunftsgruppe „mittel“ entfällt (Bild 6.15). Auch hier ist dies als Folge der unterproportionalen Leistungsfähigkeit der Eltern zu sehen.

Angesichts der Finanzierungssituation der Studierenden der beiden unteren sozialen Herkunftsgruppen liegt der Schluss nahe, dass ohne BAföG-Förderung die Zahl der Studierenden mit entsprechendem sozialen Hintergrund nicht auf dem erreichten Niveau liegen würde. Aber auch die Studierenden der beiden oberen Herkunftsgruppen partizipieren am nach dem BAföG bereitgestellten Finanzvolumen beachtlich. Während der Anteil der Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ in der hier untersuchten Gruppe bei 40 % liegt, entfallen 17 % des BAföG-Finanzvolumens auf diese Studie-

Bild 6.15 Verteilung des Finanzvolumens der Finanzierungsquellen auf die Studierenden nach sozialer Herkunft

Bezugsgruppe „Normalstudent“, Finanzvolumen in %

sozialeHerkunfts- gruppe	Finanzierungsquelle				Studierende in %
	Eltern	BAföG	Verdienst	übrige Quellen	
niedrig	6	25	13	11	11
mittel	18	37	28	27	24
gehoben	24	22	25	25	24
hoch	52	17	35	37	40
insgesamt	100	100	100	100	100

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

renden. Es ist folglich davon auszugehen, dass auch Studierende der Herkunftsgruppe „hoch“ zu einem erheblichen Anteil aus Elternhäusern kommen, deren finanzielle Leistungsfähigkeit nicht ausreicht, um ihre studierenden Kinder angemessen zu alimentieren.

Auffällig ist auch, dass von dem durch Erwerbstätigkeit der Studierenden erwirtschafteten Finanzvolumen nur ein leicht überproportionaler Anteil auf die Studierenden der beiden unteren Herkunftsgruppen entfällt, während Studierende der Herkunftsgruppe „gehoben“ einen etwa proportionalen Anteil des Verdienstes und Studierende der Herkunftsgruppe „hoch“ einen leicht unterproportionalen Anteil erwirtschaften. Dies legt den Schluss nahe, dass der Umfang der Erwerbstätigkeit, unabhängig von der sozialen Herkunft, insbesondere vom finanziellen Engagement der

Eltern beeinflusst wird.

6.3.4 Einnahmen und Förderung nach dem BAföG

Werden die Studierenden danach differenziert, ob sie aktuelle oder ehemalige BAföG-Empfänger sind, ihr Erstantrag auf BAföG abgelehnt wurde oder sie bisher keinen Antrag gestellt haben, ergeben sich bemerkenswerte Unterschiede im Hinblick auf die Finanzierungssituation.

Die Summe der monatlichen Einnahmen aus den jeweils zur Verfügung stehenden Finanzierungsquellen (vgl. Bild 6.17) ist mit durchschnittlich 720 € bei den aktuellen BAföG-Empfängern/innen, denen das BAföG in Abhängigkeit von der Einkommenssituation im Elternhaus nach dem Subsidiaritätssprinzip gewährt wird (elternabhängige Förderung), am niedrigsten (Bild 6.16, linke Grafik). Etwas höher sind die Einnahmen

der ehemaligen BAföG-Empfänger/innen, also derjenigen, die in früheren Phasen des Studiums gefördert wurden, mit durchschnittlich 745 €. Auf dem gleichen Niveau liegen die Einnahmen solcher Studierenden, die in Erwartung einer BAföG-Förderung einen Erstantrag stellten, der aber abschlägig beschieden wurde. Über die höchsten monatlichen Einnahmen verfügen Studierende, deren finanzieller Hintergrund einen BAföG-Antrag bisher unnötig machte (815 €), sowie die relativ kleine Gruppe der

BAföG-Empfänger/innen, deren Eltern nicht mehr unterhaltspflichtig sind und die deshalb elternunabhängig gefördert werden (827 €).

Bei den aktuellen BAföG-Empfängern/innen wird der weitaus größte Teil der monatlichen Einnahmen durch die staatliche Förderung ermöglicht. Ein deutlich kleinerer Anteil der Einnahmen, im Vergleich mit den übrigen Studierenden, wird von den BAföG-Empfängern/innen mit eigenem Verdienst bestritten (Bild 6.16, rechte Grafik).

Bild 6.16 Höhe und Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen nach dem BAföG-Status Bezugsgruppe „Normalstudent“

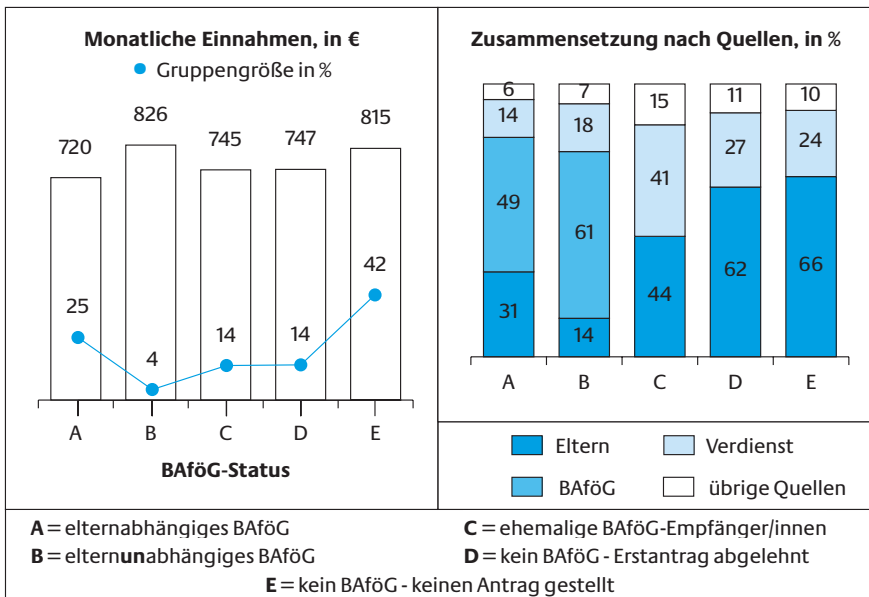


Bild 6.17 *Inanspruchnahme der Finanzierungsquellen nach dem BAföG-Status*
Bezugsgruppe „Normalstudent“

BAföG-Status Finanzierungs- quelle	Es erhielten ... (Stud. in %)		Betrag (Arithm. Mittel- wert in €)	
	2003	2006 ¹	2003	2006 ¹
elternabhängige Förderung				
Eltern	89	87	255	258
BAföG	100	100	345	355
Verdienst	53	50	203	200
Übrige	33	35	119	119
elternunabhängige Förderung				
Eltern	58	63	175	185
BAföG	100	100	512	504
Verdienst	57	61	243	237
Übrige	33	33	185	179
ehemalige BAföG-Empfänger				
Eltern	80	86	361	384
Verdienst	77	76	448	399
Übrige	44	48	243	234
nie BAföG erhalten – Erstantrag abgelehnt				
Eltern	94	94	469	493
Verdienst	72	67	320	306
Übrige	41	42	170	187
nie BAföG erhalten – keinen Antrag gestellt				
Eltern	94	94	555	575
Verdienst	63	59	345	333
Übrige	39	43	198	185

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ einschließlich Bildungsinländer/innen

Die höchste Selbstfinanzierungsquote haben ehemalige BAföG-Empfänger/innen. 41% ihrer Einnahmen werden von ihnen selbst durch Erwerbstätigkeit neben dem Studium erwirtschaftet. Hier liegt der Schluss nahe, dass der größte Teil dieser Gruppe, nämlich die drei Viertel, die monatlich im Durchschnitt 399 € verdienen (Bild 6.17), ohne eigenen Verdienst das Studium wahrscheinlich nicht fortsetzen könnte.

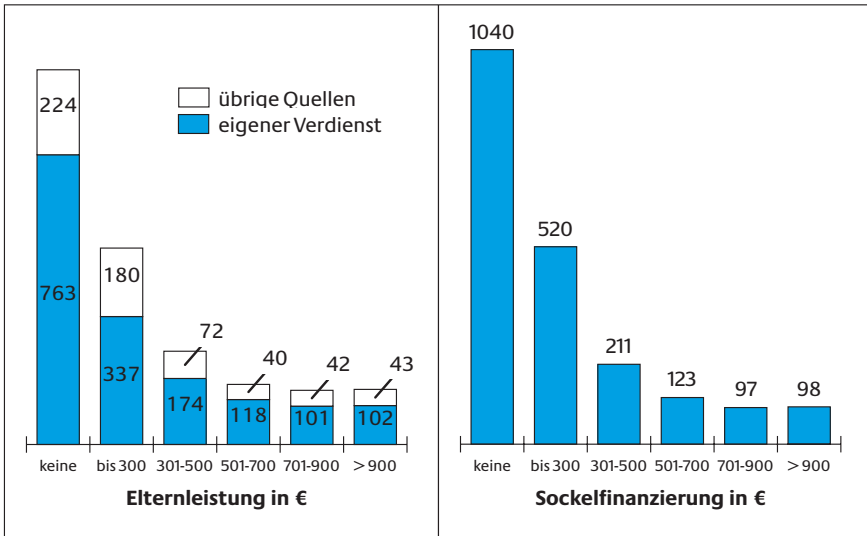
Angewiesen auf die Eltern

Die beiden verbleibenden Gruppen (BAföG-Erstantrag abgelehnt, keinen BAföG-Antrag gestellt), zu denen mehr als die Hälfte der Studierenden gehört, werden überwiegend von den Eltern finanziert. Allerdings liegt die durchschnittliche Selbstfinanzierungsquote bei diesen Studierenden mit 27 % bzw. 24 % deutlich höher als bei den aktuellen BAföG-Empfängern/innen.

Zum Teil dürfte die relativ hohe Selbstfinanzierungsquote dieser Studierenden darauf zurückzuführen sein, dass 6 % von ihnen keine finanzielle Unterstützung der Eltern erhalten. Hauptsächlich ist dies aber damit zu erklären, dass ein großer Teil dieser Studierenden von den Eltern lediglich in einem Umfang alimentiert wird, der eigenen Verdienst unumgänglich macht. In Bild 6.18 (linke Grafik) ist dargestellt, in welchem Umfang diese Studierenden in Abhängigkeit von der Höhe der finanziellen Unterstützung durch die Eltern, eigenen Verdienst einsetzen.

Bild 6.18 Eigener Verdienst in Abhängigkeit von der Höhe der finanziellen Unterstützung durch die Eltern bzw. der Sockelfinanzierung¹

Bezugsgruppe „Normalstudent“² – Teilgruppe „kein BAföG“³, arithm. Mittelwerte in €



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Summe aus Elternleistung und übrigen Quellen

² 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

³ Studierende, deren Erstantrag abgelehnt wurde und solche, die keinen Antrag gestellt haben

Es wird deutlich, dass Studierende, die von den Eltern gar nicht oder mit monatlichen Beträgen bis höchstens 500 € unterstützt werden, in höherem Umfang auf eigenen Verdienst und die übrigen Finanzierungsquellen angewiesen sind als diejenigen, die von den Eltern monatlich mit Beträgen über 500 € unterstützt werden.

Die Leistung der Eltern, die weniger als 500 € pro Monat dem studierenden Kind zur Verfügung stellen, mag in einigen Fällen

deshalb so gering sein, weil das Kind eine der übrigen Quellen nutzt (z. B. ein Stipendium erhält). Wird dies berücksichtigt, indem die finanzielle Leistung der Eltern und die Leistung der übrigen Quellen addiert werden, ergibt sich die in Bild 6.18 (rechte Grafik) dargestellte Abhängigkeit des eigenen Verdienstes von der Höhe der den Studierenden zur Verfügung stehenden Sockelfinanzierung (= alle Einnahmen ohne eigenen Verdienst). Nach dieser Darstellung ver-

dienen Studierende, deren Sockelfinanzierung den Grenzwert von 500 € pro Monat nicht überschreitet, in deutlich höherem Umfang hinzu als jene, die mit einer höheren Sockelfinanzierung ausgestattet sind.

Bezogen auf die hier untersuchte Teilgruppe (kein BAföG, weil Erstantrag abgelehnt oder kein Antrag gestellt wurde), die für ca. 625.000 Studierende steht, ist festzustellen: knapp 4% haben keine Sockelfinanzierung, rd. 7% erhalten bis 300 € und 23% Beträge über 300 € bis 500 €. In dieser Situation leben folglich rd. 210.000 Studierende.

Um diejenigen bei der weiteren Betrachtung auszuschließen, deren Unterhaltsberechtigung gegenüber den Eltern fraglich ist, wird unterstellt, dass Studierende, die bei Studienaufnahme das 25. Lebensjahr bereits vollendet hatten und/oder Studierende, die sich erst fünf Jahre und später nach dem Erwerb der Hochschulreife immatrikuliert haben, wahrscheinlich nicht mehr unterhaltsberechtigt sind. Nach den Daten der Sozialerhebung reduziert sich der Kreis der Studierenden dann auf ca. 190.000 unterhaltsberechtigte Studierende. Diese verfügen über eine durchschnittliche Sockelfinanzierung von 355 €, die mit 319 € eigenem Verdienst zu monatlichen Einnahmen von 674 € aufgestockt werden.

Wird der Frage nachgegangen, warum diese Studierenden bisher keinen BAföG-Antrag gestellt haben, ergibt sich die folgende Verteilung auf die angegebenen Gründe (Mehrfachnennungen waren möglich):

- Einkommen der Eltern ist zu hoch 74%
- eigenes Einkommen/Vermögen ist zu hoch 23%
- der zu erwartende Förderungsbetrag ist so gering, dass es sich nicht lohnt 14%
- will keine Schulden machen 25%
- anderer Grund 9%

Auch diese Antworten sind als Indiz dafür zu werten, dass ein nicht unerheblicher Teil der Studierenden von den Eltern keine angemessene finanzielle Unterstützung erfährt. Die sich hier aufdrängende Frage, ob die Eltern nicht wollen oder nicht können, lässt sich mit den Daten der Sozialerhebung nicht beantworten.

Ergänzend ist darauf hinzuweisen: Gemessen an dem Anteil, mit dem Studierende unterschiedlicher sozialer Herkunft in der hier untersuchten Teilgruppe (kein BAföG, weil Erstantrag abgelehnt oder kein Antrag gestellt wurde) vertreten sind, fällt auf, dass gerade Studierende mit der höchsten sozialen Herkunft (Anteil in der Teilgruppe: 55%) zu einem erheblichen Anteil, wenn auch unterproportional, unter denen zu finden sind, die nur eine geringe finanzielle Unterstützung durch die Eltern erfahren (44%). Insbesondere Studierende der Herkunftsgruppe „mittel“, deren Anteil in der untersuchten Teilgruppe bei 17% liegt, sind unter denen, die nur in geringem Umfang von den Eltern unterstützt werden überproportional vertreten (23%).

Angewiesen auf das BAföG

Studierende, die in Abhängigkeit von der Einkommenssituation der Eltern gefördert werden, erhalten nach dem Subsidiaritätsprinzip eine staatliche Förderung, die sich danach bemisst, welcher Differenzbetrag zum individuell berechneten Förderungshöchstsatz entsteht, wenn der von den Eltern aufgrund ihrer finanzieller Leistungsfähigkeit zu erbringende Unterhaltsbetrag subtrahiert wird. Das bedeutet, alle Geförderten, bei denen nach den Regelungen des BAföG den Eltern eine teilweise Leistungsfähigkeit attestiert wurde, sind darauf angewiesen, dass die Eltern sie auch entsprechend unterstützen.

Zur Untersuchung der Fragestellung, ob elternabhängig geförderte BAföG-Empfänger/innen von den Eltern in dem zu erwartenden Umfang unterstützt werden, wird für jeden Fall zunächst der individuelle Förderungshöchstsatz berechnet. In diese Berechnung fließt zunächst der Grundbedarf von 333 € und der Wohnbedarf von 133 € ein. Darüber hinaus wird berücksichtigt, ob Studierende angeben, einen höheren Wohnbedarf geltend zu machen. Falls ja, wird in Abhängigkeit von den tatsächlichen Ausgaben für Miete und Nebenkosten der höhere Wohnbedarf, der maximal 64 € betragen kann, berechnet. Ebenfalls wird berücksichtigt, ob die Studierenden angeben, einen Zuschlag für Kranken- und Pflegeversicherung zu erhalten (zusammen 55 €). Von dem sich ergebenden individuellen För-

derungshöchstsatz wird der tatsächlich gewährte Förderungsbetrag subtrahiert. Nach der Logik des BAföG wird unterstellt, dass die Eltern leistungsfähig sind, den Differenzbetrag zu tragen. Soweit Studierende über Elternersatzleistungen wie Waisengeld oder finanzielle Zuwendungen anderer Verwandter verfügen, werden diese zu Gunsten der Eltern berücksichtigt.

Das unter den beschriebenen Voraussetzungen ermittelte Ergebnis lautet: Die große Mehrheit der Eltern verhält sich so, wie es der Gesetzgeber erwartet, und unterstützt die studierenden Kinder mit zumindest dem Betrag, der nach Abzug des tatsächlichen BAföG-Förderungsbetrags vom individuellen Förderungshöchstsatz offen bleibt. Allerdings ergibt sich nach den Angaben der Studierenden auch, dass 30 % der Eltern von BAföG-Empfängern/innen (absolut rd. 70.000) dieser Erwartung nicht genügen.

In Abhängigkeit von der Höhe des gewährten BAföG-Betrags stellt sich dies sehr unterschiedlich dar. Relativ hoch ist der Anteil der Eltern, die die Erwartung nicht erfüllen, bei Studierenden mit BAföG-Beträgen bis 400 €. Sprunghaft geringer wird dieser Anteil, wenn der Förderungsbetrag über 400 € liegt. Der Betrag mit dem die Leistung der Eltern im Durchschnitt hinter den Erwartungen zurückbleibt, verringert sich mit steigender BAföG-Förderung deutlich (Bild 6.19).

Nach der sozialen Herkunft unterscheiden sich die Studierenden, deren Eltern die

Bild 6.19 *Finanzielle Unterstützung durch die Eltern nach Höhe der BAföG-Förderung bei elternabhängiger Förderung*
Bezugsgruppe „Normalstudent“, Geförderte Studierende in %

BAföG-Förderung in €	finanzielle Unterstützung durch die Eltern „erwartungsgemäß“		falls nein: durchschnittlicher Fehlbetrag (in €)
	ja	nein	
bis 100	51	49	138
101-200	51	49	113
201-300	57	43	93
301-400	63	37	79
über 400	86	14	42
insgesamt	70	30	90

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

erwartete finanzielle Unterstützung nicht gewähren, kaum von der Gesamtgruppe der hier untersuchten elternabhängig Geförderten. Die zu geringe Unterstützung durch die Eltern ist folglich nicht von der sozialen Herkunft der Studierenden abhängig.

6.3.5 Regionale Unterschiede

Alte Länder – neue Länder

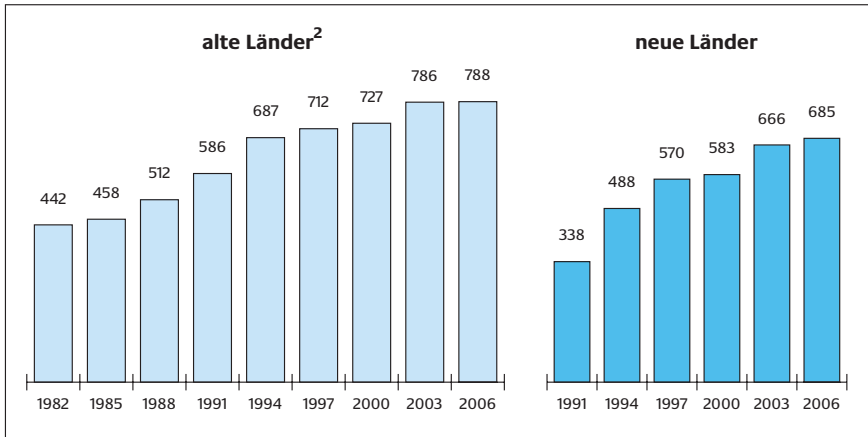
Nach wie vor unterscheidet sich die Höhe der monatlichen Einnahmen zwischen Studierenden in den alten und neuen Ländern erheblich (Bild 6.20). Nach den Ergebnissen der 18. Sozialerhebung haben Studierende in den alten Ländern mit durchschnittlich 788 € um 103 € höhere Einnahmen als die Studierenden in den neuen Ländern. Allerdings hat sich der Abstand zwischen den Einnahmen von 2003 nach 2006 verringert.

Während die Studierenden in den neuen Ländern ihre monatlichen Einnahmen leicht erhöhen konnten (nominal um knapp 3%), blieben die Einnahmen der Studierenden in den alten Ländern auf dem Niveau von 2003.

Von 1991, dem Jahr der ersten gesamtdeutschen Sozialerhebung, bis 2006 hat sich der Unterschied zwischen den Einnahmen von Beobachtungsjahr zu Beobachtungsjahr verringert. Die Annäherung der monatlichen Einnahmen der Studierenden in den alten und neuen Ländern hat sich folglich kontinuierlich fortgesetzt.

Auch die Finanzierungsstruktur in den alten und neuen Ländern hat sich deutlich angenähert (Bild 6.21). Der Anteil an den monatlichen Einnahmen, der von den Eltern zur Verfügung gestellt wird, unter-

Bild 6.20 Entwicklung der monatlichen Einnahmen in den alten und neuen Ländern
 Bezugsgruppe „Normalstudent“¹, arithm. Mittelwert in €



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ bis 2003 deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

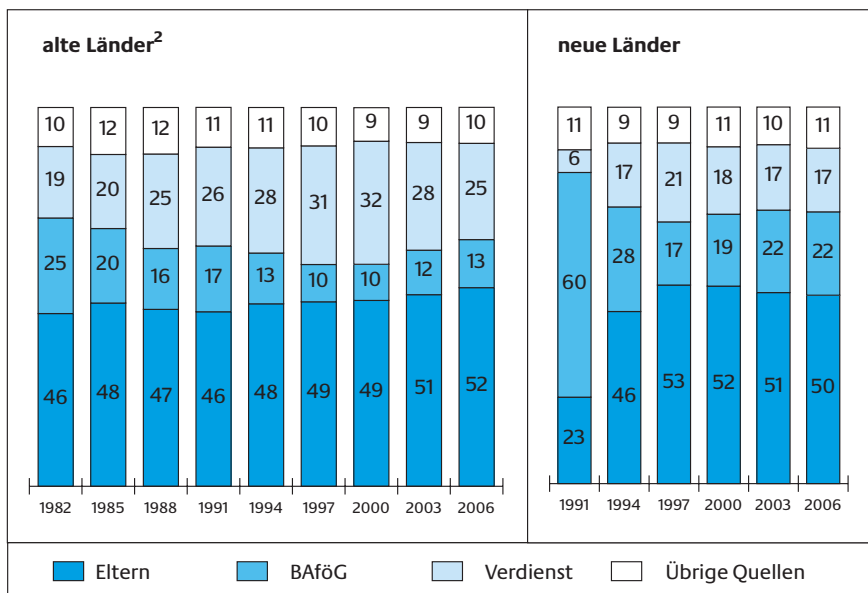
² ab 2000 Berlin insgesamt zugeordnet, vorher nur Berlin (West)

scheidet sich kaum noch (52 % vs. 50 %). Deutliche Unterschiede gibt es nach wie vor im Hinblick auf das BAföG und den eigenen Verdienst. Bei den Studierenden in den alten Ländern spielt der eigene Verdienst eine größere Rolle als das BAföG – ein Viertel der Einnahmen werden selbst aufgebracht, 13 % durch die BAföG-Förderung. In den neuen Ländern sind die Verhältnisse umgekehrt – 22 % der Einnahmen werden durch die staatliche Förderung bereitgestellt, 17 % durch eigenen Verdienst.

Der höhere Anteil des BAföG an den monatlichen Einnahmen der Studierenden in den neuen Ländern ist mit einer wesentlich

höheren Gefördertenquote, als Folge eines höheren Anteils einkommensschwächerer Eltern, zu erklären. Während in den neuen Ländern 41 % der Studierenden der Bezugsgruppe „Normalstudent“ nach dem BAföG gefördert werden, sind es in den alten Ländern 26 %. Der durchschnittliche Förderungsbetrag, der den BAföG-Empfängern in den alten und neuen Ländern ausgezahlt wird, unterscheidet sich hingegen nur marginal (Bild 6.22). Deutliche Unterschiede sind wiederum festzustellen, wird die finanzielle Unterstützung durch die Eltern verglichen. Die jeweils 90 % der Studierenden, die von den Eltern finanziert werden, erhalten

Bild 6.21 Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen nach alten und neuen Ländern
 Bezugsgruppe „Normalstudent“¹, Quellenanteil in %



¹ bis 2003 deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

² ab 2000 Berlin insgesamt zugeordnet, vorher nur Berlin (West)

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

im Durchschnitt 461 €, wenn sie in den alten Ländern studieren, und 381 €, wenn sie in den neuen Ländern immatrikuliert sind. Auch der eigene Verdienst der erwerbstätigen Studierenden in den alten Ländern (63%) liegt mit durchschnittlich 319 € erheblich höher als der Verdienst der erwerbstätigen Studierenden (48%) in den neuen Ländern mit 240 €. Diese Unterschiede erklären den Abstand zwischen den monatlichen Einnahmen der Studierenden beider Regionen.

Die Leistung der Finanzierungsquellen hat sich für Studierende in den alten und neuen Ländern unterschiedlich entwickelt (Bild 6.22). Wird das 2006 zur Verfügung stehende Finanzvolumen mit dem Ergebnis von 2003 verglichen, ist für Studierende in den neuen Ländern eine etwas geringere nominale Steigerung der finanziellen Unterstützung durch die Eltern und das BAföG zu konstatieren. Deutlicher ist der Unterschied beim eigenen Verdienst. Während der Ver-

Bild 6.22 Leistung der Finanzierungsquellen für Studierende in den alten und neuen Ländern
Bezugsgruppe „Normalstudent“

Region Finanzierungs- quelle	Es erhielten ... (Stud. in %)		Betrag (Arithm. Mittelwert in €)		Nominale Veränderung der 2006 erbrachten Leistung ¹ gegenüber ...		
	2003	2006 ²	2003	2006 ²	2003	2000	1991
alte Länder							
Eltern	89	90	448	461	4 %	16 %	53 %
BAföG	25	26	372	378	8 %	44 %	-2 %
Verdienst	66	63	338	319	-10 %	-15 %	31 %
Übrige	38	40	192	184	3 %	16 %	22 %
neue Länder							
Eltern	92	90	368	381	1 %	12 %	340 %
BAföG	41	41	352	370	4 %	36 %	-25 %
Verdienst	50	48	234	240	-0 %	11 %	461 %
Übrige	43	46	154	163	13 %	22 %	96 %

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Basierend auf dem Finanzvolumen der Quelle, welches im jeweiligen Beobachtungsjahr zur Verfügung steht.

² einschließlich Bildungsinländer/innen

dienst der Studierenden in den neuen Ländern auf dem Niveau von 2003 blieb, haben die Studierenden in den alten Ländern rd. 10 % weniger verdient als noch 2003.

Auffällig sind die hohen Steigerungen der nominalen Leistung in den neuen Ländern, wird das Ergebnis von 2006 mit dem von 1991 verglichen. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, dass 1991, kurz nach der staatlichen Vereinigung, das Ausgangsniveau – bezogen auf die Finanzierungsquellen „Eltern“ und „eigener Verdienst“ – in den neuen Ländern erheblich geringer war als in den alten Ländern.

Ebenso fallen die Unterschiede bei der

Entwicklung der BAföG-Leistung auf. Während in den alten Ländern der nominale Unterschied zwischen den 2006 und 1991 bereitgestelltem BAföG-Finanzvolumen nur gering ist (-2 %), fällt das Förderungsvolumen des Jahres 2006 für Studierende in den neuen Ländern nominal um 25 % geringer aus als 1991. Hier ist zu berücksichtigen, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit der Eltern sich gegenüber der Situation im Jahre 1991 deutlich verbessert hat, folglich auch die BAföG-Quote unter Studierenden der Bezugsgruppe „Normalstudent“ in den neuen Ländern mit 41 % wesentlich niedriger liegt als 1991 mit 90 %.

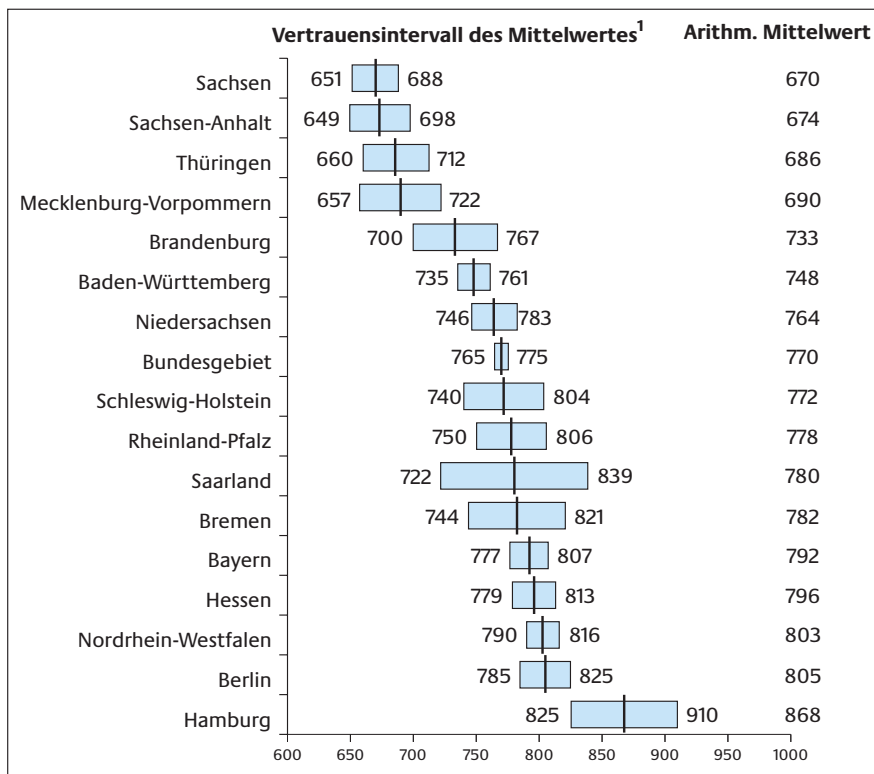
Länder

Wird die regionale Differenzierung weitergeführt, zeigt sich, dass es bei der Höhe der monatlichen Einnahmen nicht nur Unterschiede zwischen alten und neuen Ländern

gibt, sondern auch zwischen den einzelnen Ländern (Bild 6.23). Das Spektrum reicht von den Studierenden in Sachsen, die monatlich im Durchschnitt 670 € zur Verfügung haben, bis zu den Studierenden in Hamburg,

Bild 6.23 Höhe der monatlichen Einnahmen nach Ländern

Bezugsgruppe „Normalstudent“, in €



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Bei 5%iger Irrtumswahrscheinlichkeit. Von statistisch signifikanten Unterschieden ist dann auszugehen, wenn keine Überschneidung der Vertrauensintervalle festzustellen ist.

die ihren Lebensunterhalt mit durchschnittlich 868 € bestreiten. Ergänzend ist anzumerken, dass Studierende in Hochschulorten mit einer Wohnbevölkerung über einer halben Million, gemessen an ihren monatlichen Einnahmen, wohl generell mehr Geld benötigen als die Studierenden in den kleineren Städten (841 € vs. 745 €).

6.3.6 Studienspezifische Einnahmenunterschiede

Hochschulart

Studierende an Fachhochschulen verfügen mit 792 € über durchschnittlich höhere Einnahmen als Studierende an Universitäten

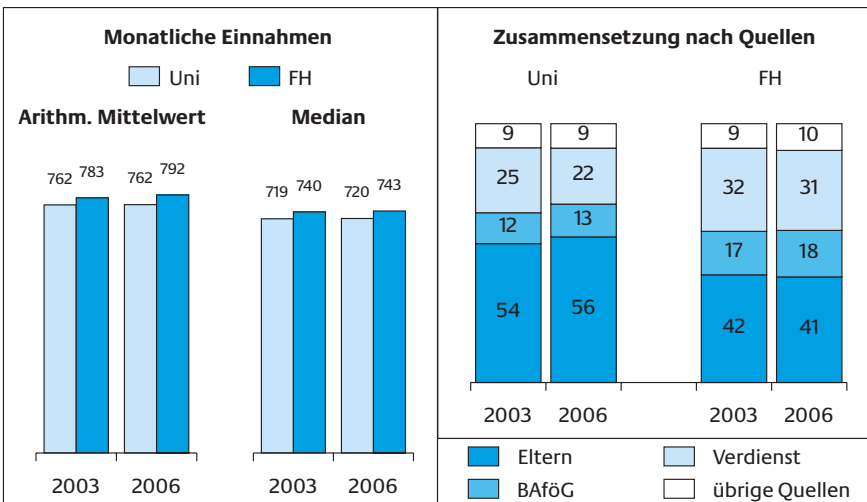
mit 762 €. Verglichen mit den Ergebnissen von 2003, hat sich der Abstand zwischen den monatlichen Einnahmen der Studierenden der beiden Hochschularten etwas erhöht (Bild 6.24). Noch 2000 lagen die Einnahmen auf einem Niveau (Uni: 704 €, FH: 702 €).

Die Struktur der Einnahmen unterscheidet sich im Wesentlichen dadurch, dass Uni-Studierende einen erheblich höheren Anteil ihrer Einnahmen von den Eltern erhalten. Bei der Finanzierung der FH-Studierenden hingegen spielen der eigene Verdienst und die Förderung nach dem BAföG eine deutlich größere Rolle (Bild 6.24).

2006 erhielten 92% der Studierenden an

Bild 6.24 Höhe und Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen nach Hochschulart

Bezugsgruppe „Normalstudent“, Einnahmen in €, Quellenanteil in %



Universitäten von den Eltern durchschnittlich 468 €. Die Vergleichswerte für den Fachhochschulbereich liegen bei 82% und 387 €. Die geringere Unterstützung der FH-Studierenden ist im Wesentlichen damit erklärt, dass ein größerer Teil aus finanziell leistungsschwächeren Elternhäusern stammt. Dies wird auch bestätigt durch den höheren Anteil der BAföG-Empfänger unter den FH-Studierenden. Werden von den Studierenden der hier untersuchten Bezugsgruppe „Normalstudent“ an den Fachhochschulen 35% gefördert, sind es an den Universitäten 27%. Außerdem liegt der Förderungsbetrag für BAföG-Empfänger an Fachhochschulen

deutlich höher als der für BAföG-Empfänger an Universitäten (404 € vs. 363 €). Allerdings war noch 2003 der Unterschied zwischen den durchschnittlichen Förderungsbeträgen erheblich geringer (Bild 6.25).

Während an den Universitäten der Anteil der Studierenden, die zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten eigenen Verdienst einsetzen, zurückgegangen ist (von 63% auf 59%), ist dieser Anteilswert an den Fachhochschulen konstant geblieben. Die durchschnittlichen Beträge, die von den erwerbstätigen Studierenden beider Hochschularten verdient werden, liegen 2006 niedriger als 2003 (Bild 6.25). Allerdings ha-

Bild 6.25 Leistung der Finanzierungsquellen nach Hochschulart
Bezugsgruppe „Normalstudent“

Hochschulart	Finanzierungsquelle	Es erhielten ... (Stud. in %)		Betrag (Arithm. Mittelwert in €)		Nominale Veränderung der 2006 erbrachten Leistung ¹ gegenüber ...		
		2003	2006 ²	2003	2006 ²	2003	2000	1991
Universität								
	Eltern	91	92	449	468	5 %	17 %	64 %
	BAföG	25	27	362	363	6 %	46 %	-6 %
	Verdienst	63	59	304	281	-14 %	-20 %	21 %
	Übrige	39	42	182	171	2 %	14 %	30 %
Fachhochschule								
	Eltern	84	84	387	387	-1 %	15 %	58 %
	BAföG	35	35	379	404	8 %	29 %	-4 %
	Verdienst	65	65	387	377	-3 %	0 %	58 %
	Übrige	38	39	195	207	10 %	24 %	10 %

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Basierend auf dem Finanzvolumen der Quelle, welches im jeweiligen Beobachtungsjahr zur Verfügung steht

² einschließlich Bildungsinländer/innen

ben die erwerbstätigen FH-Studierenden durchschnittlich auch 2006 einen deutlich höheren Verdienst als die Uni-Studierenden (377 € vs. 281 €). Aufgrund der Veränderungen fällt das Finanzvolumen des eigenen Verdienstes 2006 bei Studierenden der Universität nominal um 14 %, bei Studierenden der Fachhochschulen um lediglich 3 % geringer aus als 2003. Verglichen mit dem Ergebnis von 1991 fällt auf, dass das durch eigenen Verdienst aufgebrauchte Finanzvolumen der FH-Studierenden nominal deutlich stärker gestiegen ist als das der Uni-Studierenden (58 % vs. 21 %).

Fächerguppe

Unterschieden nach Fächergruppen, verfügen die Studierenden der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften über die niedrigsten monatlichen Einnahmen und haben die Studierenden der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften die höchsten Einnahmen.

• Mathematik/Naturwissenschaften	730 €
• Ingenieurwissenschaften	749 €
• Sprach- und Kulturwiss.	755 €
• Sozialwissenschaften, Sozialwesen	
Psychologie, Pädagogik	794 €
• Medizin, Gesundheitswiss.	803 €
• Rechts- und Wirtschaftswiss.	812 €

Neue vs. alte Studiengänge

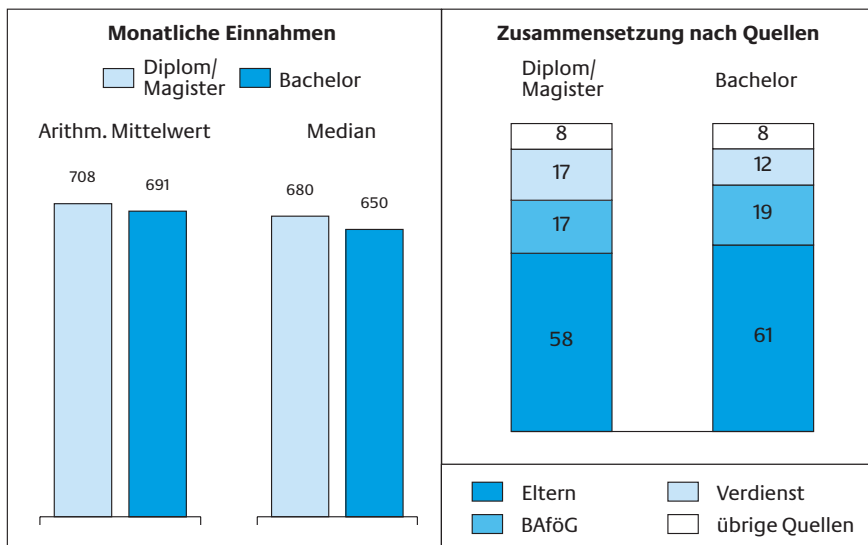
Um einen ersten Eindruck darüber zu gewinnen, ob die neuen Studiengänge zu Veränderungen bei der Studienfinanzierung führen, wird im Folgenden gegenüberge-

stellt, wie gleichaltrige Studierende der traditionellen Diplom- oder Magister-Studiengänge und der neuen Bachelor-Studiengänge im Jahre 2006 ihr Studium finanzieren. Einbezogen in den Vergleich wurden Studierende bis zum 23. Lebensjahr.

Zunächst ist festzustellen, dass sich die Höhe der monatlichen Einnahmen beider Gruppen nicht wesentlich unterscheidet (Bild 6.26). Bei der Struktur der Einnahmen gibt es hingegen leichte Unterschiede. So bestreiten Bachelor-Studierende einen etwas höheren Anteil ihrer monatlichen Einnahmen durch finanzielle Zuwendungen der Eltern und einen geringeren Anteil durch eigenen Verdienst.

Bezogen auf die Inanspruchnahme der verschiedenen Finanzierungsquellen ist festzustellen, dass Studierende eines Bachelor-Studiengangs deutlich seltener eigenen Verdienst zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten einsetzen als Studierende in den traditionellen Studiengängen (43 % vs. 54 %). Die Höhe des Verdienstes beider Gruppen unterscheidet sich allerdings nicht statistisch signifikant (189 € vs. 219 €). Sowohl die Anteile, die von den Eltern finanziell unterstützt werden (94 % vs. 95 %), als auch die Anteile, die eine BAFÖG-Förderung erhalten (37 % vs. 35 %), liegen auf einem Niveau. Ebenso wenig unterscheiden sich die Beträge, die diesen Studierenden von den Eltern bzw. nach dem BAFÖG zur Verfügung gestellt werden. Zur Zeit ist folglich nur ein signifikanter Unterschied bei der Studienfi-

Bild 6.26 Höhe und Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen 2006 gleichaltriger Studierender in Diplom- und Magister-Studiengängen vs. Bachelor-Studiengängen
Bezugsgruppe „Normalstudent“ – bis 23 Jahre, Einnahmen in €, Quellenanteil in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

nanzierung zu konstatieren: Der Anteil der Bachelor-Studierenden, die eigenen Verdienst einsetzen, liegt deutlich niedriger als bei den Studierenden in Diplom- oder Magister-Studiengängen, aber mit 43 % dennoch auf einem beachtlichen Niveau.

6.4 Einschätzung der finanziellen Situation

Aufgefordert, die Aussage, ob die Finanzierung des Lebensunterhalts während des Studiums sichergestellt ist, anhand einer Fünfer-Skala von „trifft gar nicht zu“ bis „trifft völlig zu“ für die eigene Situation zu bewer-

ten, reagierte gut ein Drittel der Studierenden mit uneingeschränkter Zustimmung (Bild 6.27). Ein weiteres Viertel bejahte diese Aussage durch Ankreuzen der Skalenposition 4 („trifft zu“). Insgesamt gehen folglich rd. 60 % der Studierenden im Sommer 2006 von einer gesicherten Finanzierung des Studiums aus. Verglichen mit dem entsprechenden Ergebnis von 2003 ist dieser Anteil um fünf Prozentpunkte zurückgegangen. Erhöht hat sich im Vergleich mit 2003 der Anteil derjenigen, die davon ausgehen, dass die Finanzierung des Studiums nicht sicher-

Bild 6.27 *Einschätzung der Finanzierungssicherheit**Bezugsgruppe „Normalstudent“, in %*

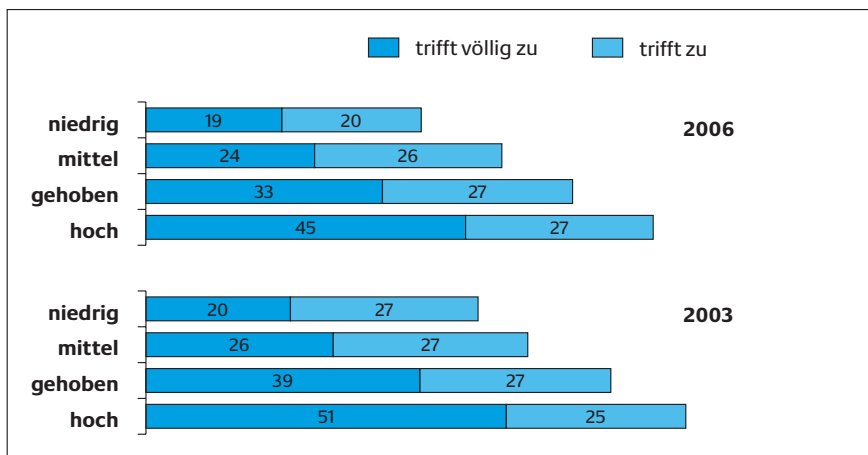
Finanzierung sichergestellt ¹	2000	2003	2006
trifft gar nicht zu	7	5	7
trifft nicht zu	11	10	11
unentschieden	19	20	22
trifft zu	22	26	26
trifft völlig zu	41	39	34
insgesamt	100	100	100

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Die Finanzierung meines Lebensunterhalts während des Studiums ist sichergestellt.

gestellt ist (um 3 Prozentpunkte) und der Anteil derer, die dieser Fragestellung unentschieden gegenüber stehen (um 2 Prozentpunkte).

Werden die Antworten nach der sozialen Herkunft der Studierenden differenziert (Bild 6.28), sind deutliche Unterschiede festzustellen. Mit steigender sozialer Herkunft steigt auch der Anteil derjenigen, die von einer gesicherten Studienfinanzierung ausgehen – von der Herkunftsgruppe „niedrig“ mit 39% bis zur Herkunftsgruppe „hoch“ mit 72%. Dementsprechend verringert sich der Anteil derjenigen, die hinsichtlich der Gewährleistung der Studienfinanzierung unsicher sind, von der unteren Herkunftsgruppe

Bild 6.28 *Finanzierungssicherheit nach sozialer Herkunft – Zustimmung zur Aussage: Die Finanzierung meines Lebensunterhalts während des Studiums ist sichergestellt.**Bezugsgruppe „Normalstudent“, in % je Herkunftsgruppe*

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

pe mit 61% bis auf immer noch beachtliche 28% bei der oberen Herkunftsgruppe. Auffällig ist, dass von 2003 nach 2006 in jeder Herkunftsgruppe der Anteil derer zurückgegangen ist – wenn auch in unterschiedlichem Umfang –, die von einer gesicherten Studienfinanzierung ausgehen.

Die Sicherheit der Studienfinanzierung wird von Studentinnen nicht wesentlich anders eingeschätzt als von Studenten (Bild 6.29). Fast identisch sind die Antworten der Studierenden aus den alten und neuen Ländern. Deutliche Unterschiede gibt es, wird nach dem Alter der Studierenden differenziert. Mit zunehmendem Alter verringert sich der Anteil derjenigen, die von einer gesicherten Studienfinanzierung ausgehen. Auch nach Fächergruppen gibt es Unterschiede. So sind 70% der Studierenden der Fächergruppe Medizin, Gesundheitswissenschaften sich ihrer Finanzierung sicher, aber nur 59% der Studierenden der Fächergruppe Sozialwissenschaften, Sozialwesen, Psychologie, Pädagogik. Werden die Studierenden nach dem so genannten BAföG-Status differenziert, wird deutlich, dass von den aktuellen und den ehemaligen BAföG-Empfängern weniger als die Hälfte davon ausgeht, dass die Finanzierung für das gesamte Studium gesichert ist. Von den Studierenden hingegen, die überwiegend aufgrund der materiellen Situation im Elternhaus nie einen BAföG-Antrag gestellt haben, gehen mehr als drei Viertel von einer gesicherten Studienfinanzierung aus.

Teilaspekte der Finanzierungssituation

Neben der generellen Frage zur Sicherheit der Studienfinanzierung wurden den Befragten auch einige Aussagen vorgelegt, um ihre Sicht auf Teilaspekte der Finanzierungssituation zu erfahren. Da nicht jede dieser Aussagen für die Situation aller Studierenden zutreffend ist (vgl. Auflistung in Bild 6.30), wurde nur von den Studierenden eine Antwort erwartet, die mit der jeweiligen Aussage einen Bezug zur eigenen Situation herstellen konnten. In Bild 6.30 wird deshalb zunächst der Anteil der Studierenden ausgewiesen, der die jeweilige Aussage bewertete und dann die Bewertung.

Nach dem Urteil der antwortenden Studierenden (88%) sind gut vier Fünftel davon überzeugt, dass ihre Eltern sie finanziell unterstützen, so gut sie können. D. h. aber auch, knapp ein Fünftel geht davon aus, dass die finanzielle Unterstützung nicht der aus ihrer Sicht vorhandenen finanziellen Leistungsfähigkeit der Eltern entspricht. Immerhin ein Viertel der antwortenden Studierenden (81%) hat den Eindruck, dass die Eltern finanziell von ihnen überfordert werden. Wenn dann auch noch knapp zwei Drittel sich in dem Sinne äußern (von 90%), dass sie finanziell nicht auf die Eltern angewiesen sein wollen, zeigt dies deutlich die ambivalente Situation der Studierenden. Auf der einen Seite sind sie auf die finanzielle Unterstützung der Eltern angewiesen und kritisieren zum Teil die aus ihrer Sicht nicht

Bild 6.29 *Einschätzung der Finanzierungssicherheit nach ausgewählten Merkmalen*
Bezugsgruppe „Normalstudent“, in % je Merkmalsausprägung

Merkmal	Die Finanzierung meines Lebensunterhalts während des Studiums ist sichergestellt.		
	trifft nicht zu	unentschieden	trifft zu
1. Geschlecht			
- männlich	16	22	62
- weiblich	19	23	58
2. Alter in Jahren			
- bis 21	14	22	64
- 22/23	14	20	66
- 24/25	17	22	61
- 26/27	20	25	55
- 28/29	26	28	46
- 30 und älter	35	25	40
3. Fächergruppe			
- Ingenieurwissenschaften	19	24	57
- Sprach- und Kulturwiss.	21	23	56
- Mathematik/Naturwiss.	15	21	64
- Medizin, Gesundheitswiss.	15	20	65
- Rechts- u. Wirtschaftsw.	15	21	64
- Sozialwiss./Psy./Päd.	19	26	55
4. Hochschulart			
- Universität o. ä.	17	21	62
- Fachhochschule	22	25	53
5. BAföG-Status			
- elternabhängige Förderung	23	28	49
- elternunabhängige Förderung	27	29	44
- ehemalige BAföG-Empfänger	29	28	43
- kein BAföG -Antrag abgelehnt	22	24	54
- kein BAföG - nicht beantragt	9	15	76
6. Region			
- alte Länder	18	22	60
- neue Länder	18	23	59
insgesamt	18	22	60

Bild 6.30 *Einschätzung verschiedener Aussagen zur Studienfinanzierung aus der Sicht der Studierenden*

Bezugsgruppe „Normalstudent“, Stud. in % je Aussage

Aussage	Aussage bewertet ¹	Bewertungsskala				
		1 (= trifft gar nicht zu)	2	3	4	5 (= trifft völlig zu)
meine Eltern unterstützen mich finanziell so gut sie können	88	4	5	10	20	61
ich habe den Eindruck, meine Eltern finanziell zu überfordern	81	27	25	23	15	10
ich will finanziell nicht auf meine Eltern angewiesen sein	90	5	10	21	24	40
es macht mir nichts aus, neben dem Studium Geld verdienen zu müssen	84	12	18	24	23	23
durch das Jobben wird sich die Studienzzeit verlängern	75	25	14	14	18	29
ohne BAföG-Förderung könnte ich nicht studieren	49	34	7	7	9	43
die BAföG-Förderung ist angemessen	38	23	13	18	21	25
die BAföG-Förderung gibt eine sichere Planungsperspektive	35	24	13	18	20	25
nur BAföG-Geförderte zur Aussage: ohne BAföG-Förderung könnte ich nicht studieren						
- elternabhängige Förderung	97	7	6	9	14	64
- elternunabhängige Förderung	98	2	2	3	8	85
- insgesamt	97	6	6	8	13	67

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Anteil der Studierenden, der die Aussage bewertete

angemessene Alimentation, auf der anderen Seite steht das Bewusstsein, ein volljähriger Mensch zu sein und die dennoch kaum

aufzulösende finanzielle Abhängigkeit.

Knapp die Hälfte der antwortenden Studierenden (84%) stört es nicht, neben dem

Studium Geld verdienen zu müssen. Ebenfalls knapp die Hälfte der sich äussernden Studierenden (75 %) macht aber darauf aufmerksam, dass sich durch das Jobben die Studienzeit verlängern wird.

Es ist nahe liegend, dass Aussagen zum BAföG nur von weniger als der Hälfte der Studierenden bewertet wurden (Bild 6.30). Beschränkt auf die Studierenden, die im Sommersemester 2006 tatsächlich gefördert wurden, liegt der Anteil derer, die davon ausgehen, ohne BAföG nicht studieren zu können (Skalenwerte 4+5) bei 80 %. Elternunabhängig Geförderte teilen diese Ansicht häufiger als elternabhängig Geförderte (93 % vs. 78 %).

7. Lebenshaltungskosten – ausgewählte Ausgabenpositionen

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick			
für die Bezugsgruppe „Normalstudent“			
Monatliche Ausgaben für ... (arithm. Mittelwerte)		2003	2006
Miete einschließlich Nebenkosten	€	250	266
Ernährung	€	159	147
Kleidung	€	57	50
Lernmittel	€	37	35
Auto und/oder öffentliche Verkehrsmittel	€	86	82
Krankenversicherung, Arztkosten, Medikamente	€	60	54
Telefon, Internet, Rundfunk- und Fernsehgebühren	€	49	43
Freizeit, Kultur und Sport	€	- ¹	62
Ausgaben für Miete nach der Wohnform		2003	2006
Wohnheim	€	181	201
Untermiete	€	212	234
Wohngemeinschaft	€	232	246
Wohnung mit Partner	€	267	292
Wohnung allein	€	300	316
Ausgaben für ein Auto		2003	2006
Studierende mit entsprechenden Ausgaben	%	44	39
- Studentinnen	%	39	36
- Studenten	%	50	43
Höhe der Ausgaben	€	119	116
¹ nicht ermittelt			

Technische Hinweise

Definitionen:

Bezugsgruppe „Normalstudent“

Ledige Studierende, die außerhalb des Elternhauses wohnen und sich im Erststudium befinden.

Ausgabenbeträge in €

Ausgabenbeträge werden in der Regel als arithmetische Mittelwerte ausgewiesen. Ergänzend wird der Median der Ausgabenverteilung angegeben. Der Median ist zu verstehen als der Betrag, den die eine Hälfte der Studierenden unter- und die andere Hälfte überschreitet.

DM-Beträge aus vorangehenden Sozialerhebungen wurden nach der Formel:
 $\text{€} = \text{DM} / 1,95583$ umgerechnet.

Einnahmen/Ausgaben-Bilanzierung

Bei der Bilanzierung werden nur Studierende berücksichtigt, die neben ihren Einnahmen zumindest die Ausgaben für Miete und Ernährung sowie die Ausgaben für weitere vier Positionen angegeben haben.

Das Bilanzergebnis wird wie folgt definiert:

- positiv (Einnahmen übersteigen die Ausgaben um mehr als 10 %),
- ausgeglichen (Einnahmen unter- bzw. überschreiten die Ausgaben um bis zu 10 %),
- negativ (Ausgaben überschreiten die Einnahmen um mehr als 10 %).

Bezugsgruppe

Bezugsgruppe „Normalstudent“

Diese Teilgruppe (Definition s.o.) umfasst 65 % aller Studierenden.

Datenquellen

Daten der Sozialerhebung (Frage 26)
Statistisches Bundesamt, Verbraucherpreisindex für Deutschland (früher: Preisindex für die Lebenshaltung)
<http://www.destatis.de/indicators/d/vpi101ad.htm>, 12.05.06 und
<http://www.destatis.de/indicators/d/vpi001ad.htm>, 09.11.06

7.1 Vorbemerkung

Die Erfassung der regelmäßigen Ausgaben der Studierenden beschränkt sich auf monatliche Aufwendungen für die nachfolgenden Positionen der Lebensführung:

- Miete einschließlich Nebenkosten
- Ernährung
- Kleidung
- Lernmittel
- laufende Ausgaben für ein Auto
- öffentliche Verkehrsmittel
- eigene Krankenversicherung sowie Arztkosten und Medikamente
- Telefon, Internet, Rundfunk- und Fernsehgebühren, Porto
- Freizeit, Kultur und Sport.

Es ist offensichtlich, dass es sich dabei lediglich um eine Auswahl handelt. Eine vollständige Erfassung aller Ausgabenpositionen, zu denen dann neben weiteren regelmäßig wiederkehrenden auch die unregelmäßigen Ausgaben gehören müssten, wird damit nicht beabsichtigt. Ein solcher Anspruch kann methodisch nicht eingelöst werden und wurde bereits bei der 17. Sozialerhebung aufgegeben.

Die im Folgenden auch ausgewiesene Summe der erfragten Einzelausgaben (Kap. 7.3) beschreibt folglich nicht den Gesamtbetrag der monatlichen Ausgaben von Studierenden, sondern lediglich die Summe der Ausgaben für die oben genannten ausgewählten Positionen der Lebensführung.

Entsprechend der Fragestellung, ergeben sich die Ausgaben für jede einzelne Po-

sition durch Addition des Betrags, den die Studierenden selbst aufwenden, und ggf. den Aufwendungen, die die Eltern bzw. der Partner/die Partnerin unmittelbar zu Gunsten der Studierenden tätigen (vgl. Frage 26, Fragebogen im Anhang).

Die in diesem Kapitel dargestellten Ergebnisse beschreiben – in Ergänzung zum Einnahmenkapitel – die Ausgaben der ledigen Studierenden im Erststudium, die nicht im Elternhaus wohnen (Bezugsgruppe „Normalstudent“, vgl. Kap. 6.1.2).

Zunächst wird die Höhe der Ausgaben für die ermittelten Positionen dargelegt; ferner wird beschrieben, von welchen Faktoren die Höhe der Ausgaben beeinflusst wird (Kap. 7.2.1 bis Kap. 7.2.8). Zusammenfassend für alle Ausgabenpositionen wird in Kap. 7.2.9 ein Überblick darüber gegeben, welche Ausgabenunterschiede in Abhängigkeit von der Höhe der monatlich verfügbaren Einnahmen bestehen. In Kapitel 7.3 folgt eine Bilanzierung der Einnahmen mit der Summe der ausgewählten Ausgaben. Abschließend wird in Kap. 7.4 dargelegt, welche Ausgaben Studierende für die Einschreibung bzw. Rückmeldung zum Sommersemester 2006 hatten; darüber hinaus wird beschrieben, in welchem Umfang bereits für dieses Semester Studienbeiträge/Studiengebühren zu zahlen waren.

7.2 Ausgewählte Ausgabenpositionen

7.2.1 Ausgaben für Miete einschließlich Nebenkosten

Die Ausgaben für Miete und Nebenkosten belasten das studentische Budget weitaus am stärksten. Im Durchschnitt geben Studierende rd. 34% ihrer monatlichen Einnahmen für das Wohnen aus. Mit 266 € pro Monat liegt der Durchschnittsbetrag der Mietausgaben im Jahre 2006 nominal um rd. 6% höher als 2003 (Bild 7.1). Real, also unter Berücksichtigung des Verbraucherpreisindex für Wohnungsmiete, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe, fallen die Mietausgaben knapp 1% niedriger aus als 2003. Am studentische Wohnungsmarkt hat sich die allgemeine Preissteigerung für Mieten fol-

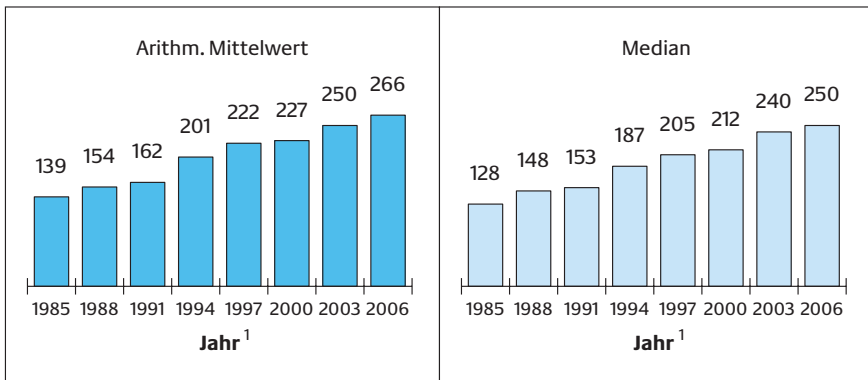
lich nicht in vollem Umfang durchgesetzt.

Die ganze Spannweite der studentischen Mietausgaben wird deutlich, wenn die Verteilung der Studierenden entsprechend der Höhe ihrer Mietausgaben dargestellt wird (Bild 7.2). Danach haben rd. 6% der Studierenden Mietausgaben, die nicht über 150 € hinausgehen. Dem gegenüber stehen knapp 7%, deren Mietausgaben über 400 € liegen. Gut zwei Drittel der Studierenden geben für Miete zwischen 151 € bis 300 € aus.

Einflussfaktoren

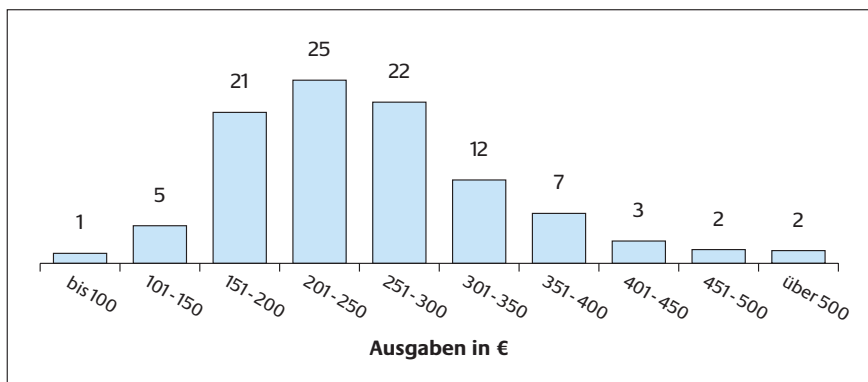
Die Höhe der Mietausgaben hängt erheblich davon ab, welche der studentischen Wohnformen genutzt wird (vgl. Kap. 11). Für Studierende, die nicht mehr im Elternhaus wohnen, ist unter Kostenaspekten auch im

Bild 7.1 Entwicklung der monatlichen Ausgaben für Miete und Nebenkosten - Mittelwerte
Bezugsgruppe „Normalstudent“, Mittelwerte in €



¹ ab 1991 einschl. neue Länder

Bild 7.2 Studierende nach der Höhe der monatlichen Ausgaben für Miete
 Bezugsgruppe „Normalstudent“, in %



DSW/HIS 18, Sozialerhebung

Jahre 2006 das Wohnen im Wohnheim die günstigste Wohnform. Für den Wohnheimplatz werden im Durchschnitt 201 € ausgegeben – nominal 11% mehr als 2003 (Bild 7.3). Relativ kostengünstig sind auch das Woh-

nen zur Untermiete oder in einer Wohngemeinschaft. Die Ausgaben für die Untermiete belaufen sich auf 234 €, 10% mehr als 2003, und für die Wohngemeinschaft auf 246 €, 6% mehr als 2003. Deutlich teurer ist

Bild 7.3 Monatliche Ausgaben für Miete einschl. Nebenkosten nach Wohnform
 Bezugsgruppe „Normalstudent“

Wohnform	Ausgaben in € - Arithm. Mittel		Veränderung 2006 vs. 2003 in %	2006 werden für Miete ... % der Einnahmen ausgegeben
	2003	2006		
Wohnheim ¹	181	201	11,0	30
Untermiete	212	234	10,4	32
Wohngemeinschaft	232	246	6,1	34
Wohnung mit Partner/-in	267	292	9,6	34
Wohnung allein	300	316	5,3	38

DSW/HIS 18, Sozialerhebung

¹ Umfasst Wohnheime aller Träger (vgl. Kap. 11). Die Warmmiete für einen Wohnheimplatz in Trägerschaft der Studentenwerke liegt nach Angaben des Deutschen Studentenwerks 2006 bei durchschnittlich 182 €.

es, wenn Studierende eine eigene Wohnung angemietet haben: Wer eine Wohnung mit dem Partner/der Partnerin teilt, hat Mietausgaben in durchschnittlicher Höhe von 292 €, 10% mehr als 2003. Wird die Wohnung hingegen allein bewohnt, fallen mit 316 € die höchsten monatlichen Aufwendungen für Miete einschließlich Nebenkosten an, 5% mehr als 2003.

Offensichtlich besteht ein Zusammenhang zwischen der Höhe der Mietausgaben und der Höhe der monatlich zur Verfügung stehenden Einnahmen (Bild 7.4). Das Viertel der Studierenden mit den geringsten Einnahmen hat Mietausgaben in durchschnittlicher Höhe von 214 € und benötigt zur Begleichung der Mietkosten rd. 42% seiner Einnahmen. Studierende hingegen, die zum Viertel mit den höchsten Einnahmen gehö-

ren, geben davon lediglich 30% für Miete aus. Die durchschnittlichen Mietausgaben dieser Studierenden liegen mit 335 € allerdings erheblich höher.

Es ist nahe liegend, dass die kostengünstigeren Wohnformen vor allem von Studierenden mit geringeren Einnahmen genutzt werden (Bild 7.4). So überwiegen unter den Studierenden, die im Wohnheim oder in einer Wohngemeinschaft leben, solche mit geringeren Einnahmen, während eine eigene Wohnung vor allem von Studierenden mit höheren Einnahmen angemietet wurde.

Die durchschnittlichen Mietausgaben der Studentinnen liegen 2006 mit 269 € nur unwesentlich höher als die der Studenten mit 263 €. 2003 gab es bei diesen Ausgaben praktisch keinen Unterschied zwischen Studentinnen und Studenten (251 € vs. 249 €).

Bild 7.4 Studierende je Wohnform nach der Höhe der Einnahmen in Quartilen
 Bezugsgruppe „Normalstudent“, in % je Wohnform

Wohnform	Einnahmenquartile, in €				insgesamt
	bis 600	über 600 bis 725	über 725 bis 895	über 895	
Wohnheim	44	26	19	11	100
Untermiete	38	21	20	21	100
Wohngemeinschaft	32	26	25	17	100
Wohnung mit Partner/-in	18	18	26	38	100
Wohnung allein	16	21	28	35	100
Ausgaben für Miete, in €	214	245	272	335	266
Anteil an den Einnahmen, in %	42	37	34	30	34

Bild 7.5 Entwicklung der monatlichen Ausgaben für Miete einschließlich Nebenkosten – Mittelwerte nach alten und neuen Ländern
Bezugsgruppe „Normalstudent“, Mittelwerte in €

Jahr	alte Länder ¹		neue Länder	
	Arithm. Mittelwert	Median	Arithm. Mittelwert	Median
1985	139	128	-	-
1988	154	148	-	-
1991	176	164	33	26
1994	212	199	110	87
1997	231	215	164	153
2000	237	230	174	163
2003	260	250	200	189
2006	275	260	221	200

¹ ab 2000 Berlin insgesamt den alten Ländern zugeordnet

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Bild 7.6 Monatliche Ausgaben für Miete einschließlich Nebenkosten nach Wohnformen in den alten und neuen Ländern
Bezugsgruppe „Normalstudent“, arithm. Mittel in €

Wohnform	Jahr							
	1985	1988	1991	1994	1997	2000	2003	2006
alte Länder¹								
Wohnheim	97	105	117	142	156	165	187	205
Untermiete	115	129	152	174	183	204	215	237
Wohngemeinschaft	137	151	192	201	220	222	243	256
Wohnung mit Partner/-in	153	172	205	243	261	262	276	300
Wohnung allein	170	193	216	258	283	288	306	323
neue Länder								
Wohnheim	-	-	29	76	111	129	161	185
Untermiete	-	-	48	138	164	155	186	218
Wohngemeinschaft	-	-	36	124	170	173	186	200
Wohnung mit Partner/-in	-	-	46	154	204	213	218	252
Wohnung allein	-	-	48	182	241	242	254	268

¹ ab 2000 Berlin insgesamt den alten Ländern zugeordnet

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Mietausgaben nach Regionen

Wer in den neuen Ländern studiert, gibt für Miete und Nebenkosten mit 221 € im Durchschnitt 54 € weniger aus als die Studierenden in den alten Ländern. Während in den neuen Ländern die durchschnittlichen Mietausgaben gegenüber 2003 nominal um knapp 11% gestiegen sind, lag die Steigerungsrate in den alten Ländern bei knapp 6%. Folglich hat sich die Differenz zwischen den Aufwendungen für Miete in den alten und neuen Ländern von 2003 nach 2006 verringert (Bild 7.5).

Die höheren Mietausgaben in den alten Ländern erklären sich hauptsächlich dadurch, dass für jede Wohnform ein höherer Mietzins zu entrichten ist als in den neuen Ländern (Bild 7.6). Außerdem verteilen sich die Studierenden in den neuen Ländern anders auf die einzelnen Wohnformen als in den alten Ländern (vgl. Kap. 11).

Differenziert nach den einzelnen Ländern, sind die durchschnittlichen Mietausgaben der Studierende in Sachsen-Anhalt am niedrigsten und der Studierenden im Stadtstaat Hamburg am höchsten (Bild 7.7).

Bild 7.7 *Monatliche Ausgaben für Miete einschl. Nebenkosten nach Ländern*
Bezugsgruppe „Normalstudent“, Mittelwerte in €

Land	2003		2006	
	Arithm. Mittelwert	Median	Arithm. Mittelwert	Median
Hamburg	305	300	319	300
Bremen	278	260	286	270
Berlin	272	250	282	269
Hessen	269	250	280	266
Nordrhein-Westfalen	261	250	279	260
Bayern	253	236	277	254
Schleswig-Holstein	258	250	269	250
Rheinland-Pfalz	262	250	268	250
Baden-Württemberg	254	250	266	250
Bundesgebiet	250	240	266	250
Saarland	235	250	263	255
Niedersachsen	238	230	258	250
Brandenburg	216	200	246	230
Mecklenburg-Vorpommern	204	190	224	215
Thüringen	190	180	217	200
Sachsen	197	183	217	200
Sachsen-Anhalt	202	191	213	200

Mietausgaben nach Hochschulstandorten

Studierende, die an Hochschulen in Städten mit einer Wohnbevölkerung über 500.000 Einwohnern eingeschrieben sind, haben im Durchschnitt deutlich höhere Ausgaben für Miete und Nebenkosten als Studierende, die an Hochschulen in kleineren Städten studieren (305 € vs. 252 €). Auch unterschieden nach den einzelnen Wohnformen sind die Mietausgaben der Studierenden in den großen Städten jeweils deutlich höher:

Mietausgaben nach Größe des Hochschulortes, in € pro Monat

Wohnform	bis 500.000 Einwohner	über 500.000 Einwohner
Wohnheim	196	224
Untermiete	222	279
Wohngemeinschaft	235	278
Wohnung mit Part.	275	328
Wohnung allein	304	344

Dieser Unterschied dürfte folglich vor allem damit zu erklären sein, dass das Niveau der Mieten in größeren Städten generell höher liegt. So ist es nicht überraschend, wenn in Städten wie München, Köln, Frankfurt am Main, Hamburg und Düsseldorf Studierende mit über 300 € die höchsten Mietausgaben haben (Bild 7.8). In Hochschulstädten wie Kiel, Konstanz, Aachen, Wuppertal, Saarbrücken und Marburg liegen die Mietausgaben auf dem Niveau des Bundesdurchschnitts (266 €), während die niedrigsten Mieten in den Hochschulstädten der

neuen Länder, ausgenommen Potsdam, bezahlt werden.

7.2.2 Ausgaben für Ernährung

Nach den Angaben der Studierenden geben zwei Prozent höchstens 40 € im Monat für Lebensmittel und Getränke aus, und ebenfalls zwei Prozent investieren dafür mehr als 360 €. Die Spannweite der Einzelangaben reicht von 10 € bis 600 €. Es ist kaum vorstellbar, dass 10 € reichen können, um sich 30 Tage angemessen zu ernähren. Die Vermutung liegt folglich nahe, dass ein nicht unerheblicher Teil der Studierenden die Frage nach den monatlichen Ausgaben für Ernährung mit einer spontanen Schätzung beantwortet hat, bei der häufig eine Unter-, aber auch Überschätzung der Ausgaben für diese Position vorgekommen sein wird. Aus der Verteilung der Studierenden nach der Höhe der monatlichen Ausgaben für Ernährung (Bild 7.9) ist abzulesen, dass die Antworten der Studierenden im Sommer 2006 nicht wesentlich von denen der Studierenden im Sommer 2003 abweichen. Mehr als zwei Drittel der Studierenden gaben sowohl 2003 und als auch 2006 Ernährungsausgaben zwischen 80 € und 200 € an, was auf eine mehrheitlich eher realistische Einschätzung dieser Ausgaben schließen lässt.

Bereits aus der Verteilung der Studierenden nach der Höhe der Ernährungsausgaben wird deutlich, dass die Anteilswerte mit geringeren Ernährungsausgaben sich gegenüber 2003 erhöht haben (Bild 7.9).

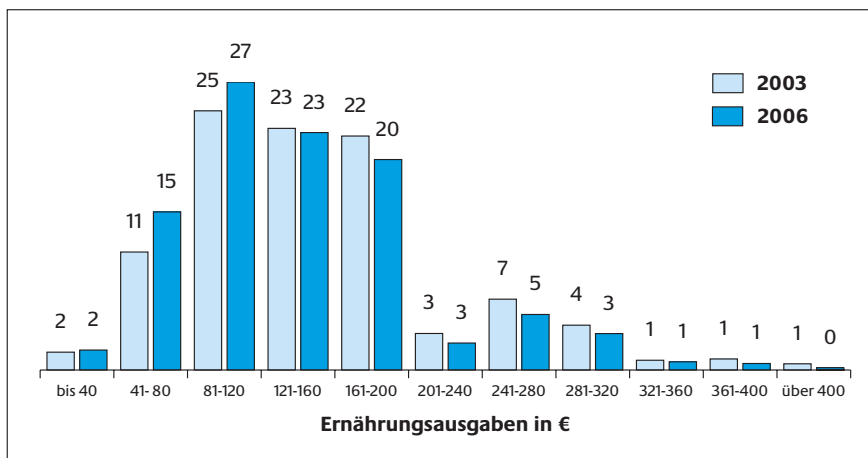
Bild 7.8 Rangfolge der Hochschulstädte nach der Höhe der monatlichen Ausgaben für Miete und Nebenkosten*Bezugsgruppe „Normalstudent“, arithm. Mittelwert in €*

Rang	Standort ¹	Ausgaben für Miete einschl. Nebenkosten	Rang	Standort ¹	Ausgaben für Miete einschl. Nebenkosten
1	München	336	28	Potsdam	257
2	Köln	330	29	Münster	255
3	Frankfurt a. M.	327	30	Trier	255
4	Hamburg	319	31	Karlsruhe	255
5	Düsseldorf	311	32	Regensburg	255
6	Darmstadt	297	33	Siegen	254
7	Lüneburg	296	34	Augsburg	254
8	Erlangen-Nürnberg	292	35	Gießen	252
9	Dortmund	290	36	Ulm	251
10	Bremen	289	37	Paderborn	249
11	Mainz	288	38	Passau	249
12	Mannheim	287	39	Osnabrück	248
13	Hannover	286	40	Bielefeld	244
14	Stuttgart	282	41	Würzburg	243
15	Berlin	282	42	Göttingen	241
16	Heidelberg	281	43	Oldenburg	237
17	Bonn	276	44	Kassel	237
18	Freiburg	274	45	Bamberg	235
19	Kiel	269	46	Bayreuth	232
20	Konstanz	269	47	Greifswald	226
21	Aachen	267	48	Rostock	222
22	Wuppertal	266	49	Leipzig	222
23	Saarbrücken	263	50	Magdeburg	219
24	Marburg	263	51	Dresden	219
25	Bochum	261	52	Jena	217
26	Braunschweig	259	53	Halle	214
27	Tübingen	257	54	Chemnitz	199

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ nur Standorte, für die Angaben von mindestens 50 Studierenden vorliegen

Bild 7.9 Studierende nach der Höhe der monatlichen Ausgaben für Ernährung
 Bezugsgruppe „Normalstudent“, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Folglich fällt der Mittelwert für Ernährungsausgaben 2006 mit monatlich 147 € niedriger aus als 2003 mit 159 €. Wird berücksichtigt, dass die Einnahmen der Studierenden praktisch konstant geblieben sind, die Ausgaben für Miete im Durchschnitt 2006 aber um 16 € gestiegen sind, ist der Rückgang der Ernährungsausgaben um durchschnittlich 12 € nachvollziehbar.

Nominal fallen die Ausgaben der Studierenden für Ernährung 2006 um knapp 8 % niedriger als 2003. Real, also unter Berücksichtigung der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke, liegt die Kaufkraft der Ernährungsausgaben 2006 um rd. 14 % niedriger als 2003.

riger als 2003.

Die Ernährungsausgaben der Studentinnen sind mit durchschnittlich 140 € geringer als die der Studenten, die dafür 155 € pro Monat investieren. Damit geben Studentinnen monatlich 13 € und Studenten 10 € weniger für die Ernährung aus als im Jahre 2003.

Differenziert nach Studierenden in den alten und neuen Ländern ist auch der Unterschied bei den Ausgaben für Ernährung bemerkenswert. Während Studierende in den alten Ländern durchschnittlich 151 € pro Monat für die eigene Ernährung ausgeben, sind es bei den Studierenden in den neuen Ländern 130 €. Nachdem die durchschnittlichen Ernährungsausgaben von 2000 nach

Bild 7.10 Entwicklung der monatlichen Ausgaben für Ernährung - Mittelwerte
 Bezugsgruppe "Normalstudent", Mittelwerte in €

Jahr	alte Länder ¹		neue Länder		insgesamt	
	Arithm. Mittelwert	Median	Arithm. Mittelwert	Median	Arithm. Mittelwert	Median
1985	104	102	-	-	104	102
1988	112	102	-	-	112	102
1991	126	123	94	92	123	112
1994	140	128	110	102	137	128
1997	137	128	112	102	133	128
2000	134	128	108	102	129	128
2003	164	150	136	120	159	150
2006	151	150	130	120	147	150

¹ ab 2000 Berlin insgesamt den alten Ländern zugeordnet

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

2003 sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern deutlich gestiegen waren, ist in beiden Regionen ein leichter Rückgang von 2003 auf 2006 zu konstatieren (Bild 7.10). Nach dem Median der Ernährungsausgaben, der weniger durch Extremwerte beeinflusst wird, hat 2006 wie bereits 2003 die eine Hälfte der Studierenden in den alten Ländern monatliche Ernährungsausgaben, die unter 150 € liegen, während die andere Hälfte mehr als 150 € ausgibt. Für Studierende in den neuen Ländern liegt der Median der Ernährungsausgaben sowohl 2003 als auch 2006 bei 120 €.

7.2.3 Ausgaben für Kleidung

Die monatlichen Ausgaben für Kleidung liegen 2006 bei durchschnittlich 50 €. Studentinnen geben dafür 53 € und Studenten 48 €

aus. Gegenüber 2003 fallen die durchschnittlichen Kleidungs Ausgaben um 7 € niedriger aus – bei den Studentinnen um 6 €, den Studenten um 7 €. Auch für diese Ausgabenposition liegt der Durchschnittsbetrag bei den Studierenden in den alten Ländern höher als bei denen in den neuen Ländern (52 € vs. 44 €).

7.2.4 Ausgaben für Lernmittel

Bei der Frage nach den Ausgaben für Lernmittel wird beispielhaft aufgeführt: Fachliteratur, Schreibwaren, Kopien, Chemikalien, Druckerpatronen usw.; aber nicht: Anschaffungskosten für einen Computer, ein Instrument o. ä. Der mit dieser Fragestellung ermittelte Durchschnittsbetrag der monatlichen Ausgaben beläuft sich auf 35 € (2003: 37 €). Knapp ein Fünftel der Studie-

renden gibt monatlich bis zu 10 € für Lernmittel aus, knapp 7% Beträge über 100 €. Die Höhe dieser Ausgaben hängt u. a. von der Studienrichtung ab. So haben Studierende der Zahnmedizin und des Studienbereichs „Bildenden Kunst, Gestaltung, Graphik, Design, neue Medien“ mit durchschnittlich 77 € bzw. 57 € die höchsten Ausgaben für Lernmittel. Ebenfalls überdurchschnittlich sind mit 54 € die Ausgaben der Studierenden des Bereichs Architektur/Innenarchitektur. Aber auch Rechtswissenschaftler und Veterinärmediziner haben mit jeweils 47 €, gefolgt von den Humanmedizinerinnen mit 44 €, noch relativ hohe Lernmittelausgaben. Deutlich weniger geben für diese Position Studierende der Wirtschaftswissenschaften (33 €), der Ingenieurwissenschaften – ohne Architektur – und der Naturwissenschaften aus (jeweils 30 €).

Die ermittelten Lernmittelausgaben der Studentinnen und Studenten unterscheiden sich nicht. Auch in Abhängigkeit von der Zahl der studierten Semester sind keine statistisch signifikanten Unterschiede bei den Ausgaben für Lernmittel festzustellen. Differenziert nach Studierenden in den alten und neuen Ländern, ist hingegen ein kleiner Unterschied zu konstatieren (36 € vs. 30 €).

7.2.5 Ausgaben für Fahrtkosten

Bei den Ausgaben für Fahrtkosten handelt es sich um Ausgaben für ein Auto und/oder für öffentliche Verkehrsmittel. 82% der im Sommersemester 2006 befragten Studieren-

den gaben Ausgaben für diese Position in durchschnittlicher Höhe von monatlich 82 € an. 2003 hatten dafür 87% monatliche Ausgaben von 86 €.

Der Anteil der Studierenden, der Ausgaben für ein Auto hat, ist seit 1991 rückläufig (Bild 7.11). 2006 liegt er mit 39% deutlich niedriger als 2003 mit 44%. Während 2006 von den Studenten 43% Ausgaben für ein Auto hatten, waren es von den Studentinnen lediglich 36%. Verglichen mit 2003 hat sich der entsprechende Anteil bei den Studenten um sieben Prozentpunkte und bei den Studentinnen um drei Prozentpunkte verringert.

Mit zunehmendem Alter der Studierenden erhöht sich der Anteil, der Ausgaben für ein Auto hat. Für 2003 gilt diese Aussage uneingeschränkt, während 2006 – wie der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen ist – die Altersgruppe der 28/29-Jährigen auszunehmen ist.

Anteil der Studierenden mit Ausgaben für ein Auto, in % je Altersgruppe

Altersgruppe	2003	2006
bis 21 Jahre	37	33
22/23 Jahre	41	35
24/25 Jahre	47	40
26/27 Jahre	48	46
28/29 Jahre	51	43
30 Jahre und älter	53	49

In den alten Ländern ist der Anteil der Studierenden, der Ausgaben für ein Auto hat, von 2003 nach 2006 um vier Prozent-

Bild 7.11 Ausgaben für ein Auto und/oder öffentliche Verkehrsmittel
Bezugsgruppe „Normalstudent“, Studierende in %, arithm. Mittelwert in €

Merkmal	Ausgaben für ein Auto		Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel		insgesamt	
	%	€	%	€	%	€
1. Geschlecht						
- männlich	43	121	57	34	80	88
- weiblich	36	110	67	36	84	76
2. Region						
- alte Länder	39	115	62	35	81	81
- neue Länder	44	119	61	34	86	85
insgesamt	39	116	62	35	82	82
Vorjahre						
2003	44	119	66	32	87	86
2000	45	105	.. ¹	.. ¹	.. ¹	.. ¹
1997	48	97	69	20	90	67
1994	52	94	65	19	90	67
1991	53	85	54	23	90	64

¹ nicht ermittelt

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

punkte zurückgegangen, in den neuen Ländern sogar um sechs Prozentpunkte. Allerdings liegt der Anteil der Autofahrer unter den Studierenden der neuen Länder nach wie vor höher als unter den Studierenden der alten Länder (2006: 44 % vs. 39 %, 2003: 50 % vs. 43 %).

Die Ausgaben für ein Auto liegen 2006 bei durchschnittlich 119 € pro Monat. (2003: 116 €). Autofahrende Studenten geben dafür etwas mehr aus als autofahrende Studentinnen (121 € vs. 110 €).

Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel

(einschließlich Ausgaben für ein Semesterticket) tätigen 62 % der Studierenden. Im Durchschnitt liegen diese Ausgaben bei monatlich 35 €. Solche Ausgaben haben Studentinnen häufiger als Studenten (67 % vs. 57 %). Allerdings ist der Anteil zahlender Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel unter den Studierenden von 66 % im Jahre 2003 auf 62 % im Jahre 2006 zurückgegangen. Dieser Rückgang ist bei Studentinnen und Studenten in ähnlichem Umfang festzustellen. Die Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel sind hingegen von 2003 nach 2006

der Tendenz nach leicht gestiegen – von 32 € auf 35 €.

7.2.6 Ausgaben für Krankenversicherung, Arztkosten, Medikamente

Ausgaben für eine eigene Krankenversicherung sind für Studierende nicht obligatorisch. In der gesetzlichen Krankenversicherung besteht die Möglichkeit, dass Studierende bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres über die Eltern versichert sind. Folglich ist es auch nicht verwunderlich, wenn die Frage nach den Ausgaben für eine eigene Krankenversicherung sowie Arztkosten und Medikamente lediglich von 61% der Studierenden mit der Angabe eines Betrags beantwortet wurde. Diese Studierenden nannten Ausgaben in durchschnittlicher Höhe von 54 € pro Monat.

Sowohl der Anteil der Studierenden, der Ausgaben für die Position Krankenversicherung/Arztkosten/Medikamente hat, als auch der Betrag, der für diese Position ausgegeben wird, erhöht sich mit dem Alter der Studierenden (Bild 7.12). Auffällig ist, dass bei den jüngeren Studierenden (bis 25 Jahre) der Anteil mit solchen Ausgaben deutlich höher liegt als 2003, die Beträge, die diese Studierenden ausgeben, im Durchschnitt aber geringer ausfallen als 2003. Wie schon erläutert, ist davon auszugehen, dass der größere Teil der jüngeren Studierenden noch keine Ausgaben für eine eigene Krankenversicherung hat. Die von diesen Studierenden verausgabten Beträge liegen überwiegend unterhalb des Beitragsatzes der studentischen Krankenversicherung (Gesetzliche Krankenversicherung einschl. Pflegeversicherung: 56,62 €/Monat). Es ist zu

Bild 7.12 *Monatliche Ausgaben für Krankenversicherung, Arztkosten und Medikamente nach dem Alter der Studierenden*
Bezugsgruppe „Normalstudent“, Studierende je Altersgruppe in %, arithm. Mittelwert in €

Alter in Jahren	Studierende mit Ausgaben		Höhe der Ausgaben	
	2003	2006	2003	2006
bis 21	35	49	38	32
22/23	35	49	41	35
24/25	46	60	51	48
26/27	79	82	62	63
28/29	88	90	69	70
30 und älter	88	86	115	120
insgesamt	51	61	60	54

vermuten, dass es sich bei den hier angegebenen Beträgen überwiegend um Ausgaben handelt, die aus der Sicht der Befragten zur Erhaltung der Gesundheit getätigt wurden. Von den älteren Studierenden haben mehr als 80 % Ausgaben für eine eigene Krankenversicherung, Arztkosten oder Medikamente, und die gezahlten Beträge liegen wesentlich höher. Hier fällt auf, dass auch von den Studierenden der Altersgruppen 28/29-Jahre und 30 Jahre und älter 10 % bzw. 14 % keine Ausgaben für eine eigene Krankenversicherung nannten. Es bleibt unklar, ob diese Studierenden nicht krankenversichert sind oder sie lediglich die Antwort verweigerten.

Nach den vorliegenden Angaben haben 55 % der Studenten und 67 % der Studentinnen Ausgaben für Krankenversicherung, Arztkosten oder Medikamente. Im Durchschnitt liegen die monatlichen Ausgaben dieser Studenten bei 58 € und dieser Studentinnen bei 49 €. Der Unterschied bei den Beträgen ist hauptsächlich damit zu erklären, dass unter den im Durchschnitt älteren Studenten, der Anteil derjenigen, für die eine eigene Krankenversicherung obligatorisch ist, höher liegt.

7.2.7 Ausgaben für Telefon, Internet, Rundfunk- und Fernsehgebühren

Die durchschnittlichen Ausgaben für Telefon, Internet, Rundfunk- und Fernsehgebühren sowie Porto belaufen sich 2006 auf monatlich 43 €. Gegenüber 2003 werden für

diese Position im Durchschnitt 6 € weniger ausgegeben.

Bei den Ausgaben für Telefon, Internet usw. gibt es keinen Unterschied zwischen Studentinnen und Studenten. Differenziert nach alten und neuen Ländern ist hingegen ein geringer aber statistisch signifikanter Ausgabenunterschied festzustellen (44 € vs. 38 €).

7.2.8 Ausgaben für Freizeit, Kultur und Sport

Knapp 12 % der befragten Studierenden machten keine Angabe zu ihren Ausgaben für Freizeit, Kultur und Sport. Für die gut 88 %, die hier einen Betrag nannten, ergeben sich monatliche Ausgaben, die bei durchschnittlich 62 € liegen. Damit investieren diese Studierenden rd. 8 % ihrer monatlichen Einnahmen für Freizeit, Kultur und Sport.

Studentinnen räumten etwas häufiger als Studenten Ausgaben für Freizeitaktivitäten ein (90 % vs. 87%). Der aus diesen Angaben ermittelte Durchschnittsbetrag der monatlichen Ausgaben für Freizeit, Kultur und Sport fällt bei den Studentinnen mit 57 € geringer aus als bei den Studenten, die dafür 67 € ausgeben.

Wie der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen ist, verringert sich ab dem 26. Lebensjahr der Anteil der Studierenden, der Ausgaben für Freizeit, Kultur und Sport angegeben hat. Da die älteren Studierenden i. d. R. auch die höheren monatlichen Einnah-

men haben, ist zu vermuten, dass dieser Rückgang eher auf mangelnde Auskunftsbereitschaft zurückzuführen ist. Bei den Studierenden, die ihre Ausgaben für Freizeit, Kultur und Sport angeben, ist mit zunehmendem Alter eine leichte Steigerung der durchschnittlichen Ausgaben für diese Position zu konstatieren.

Anteil der Studierenden mit Ausgaben für Freizeit, Kultur und Sport (in % je Altersgruppe) und Höhe der Ausgaben (in €)

Altersgruppe	Anteil Stud.	Arithm. Mittel
bis 21 Jahre	89	52
22/23 Jahre	90	60
24/25 Jahre	90	66
26/27 Jahre	87	68
28/29 Jahre	84	74
30 Jahre und älter	79	66

Differenziert nach alten und neuen Ländern gilt: Studierende in den neuen Ländern geben im Durchschnitt weniger für Freizeitaktivitäten aus als Studierende in den alten Ländern (49 € vs. 65 €).

Bereits in Kapitel 6.3.5 wurde dargelegt, dass die monatlichen Einnahmen der Studierenden in den neuen Ländern um durchschnittlich 103 € geringer ausfallen als die Einnahmen der Studierenden in den alten Ländern. Diese Einnahmendifferenz dürfte neben Unterschieden bei den Lebenshaltungskosten in den alten und neuen Ländern mit erklären, warum bei allen ermittelten Ausgabenpositionen, die Aufwendun-

gen der Studierenden in den neuen Ländern niedriger liegen.

7.2.9 Einnahmenabhängigkeit der Ausgaben

Bei der Darstellung der Ausgaben für ausgewählte Positionen der Lebensführung wurde bereits erörtert, welche Faktoren die Höhe der Ausgaben maßgeblich beeinflussen. Dabei wurde weitgehend darauf verzichtet, auf den nahe liegenden Zusammenhang zwischen verfügbaren Einnahmen und den dadurch gesetzten Rahmen für die Ausgaben einzugehen. Dies soll hier nachgeholt werden, indem die Ausgaben der Studierenden für die Lebensführung in Abhängigkeit von der Höhe der zur Verfügung stehenden Einnahmen zusammenfassend präsentiert werden.

Nach den in Bild 7.13 dargestellten Ergebnissen, gibt es keine Ausgabenpositionen, die nicht von der Höhe der Einnahmen abhängig ist. Das Viertel der Studierenden mit den geringsten Einnahmen hat bei jeder Ausgabenposition auch die im Durchschnitt niedrigsten Ausgaben. Mit der Höhe der Einnahmen steigen die Ausgaben für jede Position und liegen bei dem Viertel mit den höchsten Einnahmen zwischen 50 % und mehr als 130 % höher als bei dem Viertel mit den geringsten Einnahmen.

Absolut fällt der Unterschied zwischen dem unteren und oberen Einnahmenquartil bei den Mietausgaben mit 121 € am höchsten aus (vgl. Erläuterungen im Kap. 7.2.1 und

Bild 7.13 Ausgaben in Abhängigkeit von der Höhe der Einnahmen in Quartilen
Bezugsgruppe „Normalstudent“, arithm. Mittelwert in €

Ausgabenposition	Einnahmenquartil				insgesamt
	1. Quartil	2. Quartil	3. Quartil	4. Quartil	
Miete einschl. Nebenkosten	214	245	272	335	266
Ernährung	111	137	154	190	147
Kleidung	35	44	52	70	50
Lernmittel	26	32	35	47	35
Auto und/oder öffentliche Verkehrsmittel	54	64	79	125	82
eigene Krankenversicherung, Arztkosten, Medikamente	38	42	54	72	54
Kommunikation (Telefon, Internet u. a. m.)	31	38	44	58	43
Freizeit, Kultur und Sport	40	52	66	88	62

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Ausgewiesen wird der Durchschnittsbetrag bezogen auf die Studierenden, die Angaben zu der jeweiligen Position machten. Die Antworthäufigkeit je Position variiert zwischen 62 % und 99 %.

Bild 7.4). Relativ ist der Unterschied bei den Ausgaben für ein Auto und/oder öffentliche Verkehrsmittel am größten. Die Ausgaben der Studierenden, die zum Viertel mit den höchsten Einnahmen gehören, liegen für diese Position um 131 % höher als die Ausgaben der Studierenden, die zum Viertel mit den geringsten Einnahmen zählen. Der Unterschied bei dieser Ausgabenposition ist hauptsächlich damit zu erklären, dass mit der Höhe der Einnahmen der Anteil der Studierenden, die Ausgaben für ein Auto angeben, sich mehr als verdoppelt. Der Anteil, der Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel hat, steigt hingegen nicht mit der Höhe der Einnahmen (vgl. nachfolgende Übersicht).

Studierende mit Ausgaben für ein Auto und Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel nach der Höhe der monatlichen Einnahmen

Einnahmen	Auto	öff. Verkehrsm.
1. Quartil	26 %	58 %
2. Quartil	33 %	66 %
3. Quartil	42 %	64 %
4. Quartil	58 %	61 %

Auch die Unterschiede bei den Ausgaben für Freizeitaktivitäten zeigen, dass die Gestaltungsmöglichkeiten der Lebensführung, abhängig von der Höhe der realisierten Einnahmen, sehr unterschiedlich sind.

7.3 Bilanzierung der Einnahmen und Ausgaben

Werden die vollständig erfassten monatlichen Einnahmen bilanziert mit der Summe der Ausgaben für ausgewählte Positionen der Lebensführung, so kann aus dem Ergebnis abgelesen werden, wie viel Geld den Studierenden ggf. bleibt, um die nicht erfragten Ausgabepositionen zu bestreiten.

Eine Bilanzierung setzt voraus, dass die Ausgaben zu den vorgegebenen Positionen relativ vollständig ermittelt wurden. Wenn z. B. bei den Ausgaben allein die Miete angegeben wurde, dann ist eine Bilanzierung offensichtlich wenig sinnvoll. Deshalb wurden für das Bilanzierungsverfahren nur die Angaben der Studierenden berücksichtigt, die folgende Zusatzbedingungen erfüllten:

- Es müssen zumindest die Ausgaben für Miete und Ernährung angegeben worden sein.
- Darüber hinaus müssen von den acht abgefragten Ausgabenpositionen (dabei zählen Ausgaben für ein Auto und Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel als eine Position) mehr als fünf beantwortet worden sein.

Durch die beschriebenen Zusatzbedingungen reduziert sich der Kreis der Studierenden, die für die Berechnung der Einnahmen die Basis bildeten (vgl. Kap. 6), um rd. 10%. Für die Einnahmen/Ausgaben-Bilanzierung stehen schließlich die Angaben von 9.635 Studierenden zur Verfügung. Diese Teilmenge der Studierenden hat monatliche

Einnahmen in durchschnittlicher Höhe von 784 €. Davon werden im Durchschnitt für die ausgewählten Positionen der Lebensführung monatlich 699 € ausgegeben. Es verbleiben folglich pro Monat im Durchschnitt 85 €, die für nicht abgefragte Positionen der Lebensführung (wie Körperpflege, Reinigen und Waschen der Kleidung, Zeitungen und Zeitschriften usw.) ausgegeben werden können.

Die Bilanzierung wurde im Einzelnen wie folgt durchgeführt:

- Übertreffen die monatliche Einnahmen die Summe der Ausgaben für die ausgewählten Positionen um mehr als 10 %, wird von einer positiven Bilanz ausgegangen.
- Liegen die Einnahmen bis zu 10 % über oder unter der Summe der Ausgaben für die ausgewählten Positionen, wird eine ausgeglichene Bilanz angenommen.
- Übersteigt die Summe der Ausgaben für die ausgewählten Positionen die monatlichen Einnahmen um mehr als 10 %, wird eine negative Bilanz unterstellt.

So berechnet, ist zu konstatieren: 46 % der Studierenden haben eine positive Bilanz und ihnen verbleiben für weitere Ausgaben durchschnittlich 194 €. Bei 47 % der Studierenden ist die Bilanz ausgeglichen und ihnen steht für weitere Ausgaben praktisch kein Geld zur Verfügung. Die verbleibenden 7 % haben eine negative Bilanz; bereits ihre Ausgaben für die ausgewählten Positionen überschreiten die Einnahmen deutlich.

Differenziert nach dem Geschlecht oder

der sozialen Herkunft der Studierenden, unterscheidet sich das Bilanzierungsergebnis nicht wesentlich (Bild 7.14). Deutlicher sind die Unterschiede nach dem Alter. Bei den jüngsten Studierenden (bis 21 Jahre) fällt der Anteil mit einer positiven Bilanz mit 50% am

höchsten aus, mit zunehmendem Alter sinkt dieser Anteil bis auf 39% (30 Jahre und älter).

Die Summe der Ausgaben für die ausgewählten Positionen der Lebenshaltung fällt in den neuen Ländern mit 608 € deutlich niedriger aus als in den alten Ländern mit

Bild 7.14 Einnahmen/Ausgaben-Bilanz nach ausgewählten Merkmalen
Bezugsgruppe „Normalstudent“, Studierende je Merkmal in %, arithm. Mittelwert in €

Merkmal	Bilanzergebnis – Studierendenanteile			insgesamt	Bilanzergebnis – Beträge			insgesamt
	negativ	ausgeglichen	positiv		negativ	ausgeglichen	positiv	
1. Geschlecht								
- männlich	7	48	45	100	-157	9	202	83
- weiblich	6	46	48	100	-163	13	187	86
2. Soziale Herkunft								
- niedrig	8	45	47	100	-157	9	193	80
- mittel	8	46	46	100	-146	11	184	79
- gehoben	7	48	45	100	-164	11	194	81
- hoch	5	48	47	100	-172	12	199	90
3. Alter								
- bis 21 Jahre	6	44	50	100	-174	10	172	79
- 22/23 Jahre	5	46	49	100	-151	10	182	85
- 24/25 Jahre	6	46	48	100	-152	11	191	86
- 26/27 Jahre	8	51	41	100	-155	14	214	84
- 28/29 Jahre	10	51	39	100	-173	13	225	77
- 30 Jahre und älter	8	53	39	100	-174	11	284	103
4. Region								
- alte Länder	7	48	45	100	-163	12	199	85
- neue Länder	5	44	51	100	-139	10	173	85
insgesamt	7	47	46	100	-161	11	194	85

718 €. Die Bilanzierung mit den Einnahmen, die in den neuen Ländern um rd. 100 € niedriger liegen (vgl. Kap. 6.3.5), führt zu einem ähnlichen Ergebnis für die Studierenden in beiden Regionen. In den neuen Ländern ist der Anteil mit einer positiven Bilanz etwas höher als in den alten Ländern (51% vs. 45%), während der Anteil mit einer ausgeglichenen Bilanz in den neuen Ländern etwas geringer ausfällt (44% vs. 48%). Der Unterschied beim Anteil mit einer negativen Bilanz ist hingegen gering (5% vs. 7%).

Wie zu erwarten, gibt es die deutlichsten Unterschiede, wird bei der Bilanzierung nach der Höhe der monatlichen Einnahmen unterschieden. Bei dem Viertel der Studierenden, die über die geringsten mo-

natlichen Einnahmen verfügen, ist der niedrigste Anteil mit einer positiven Bilanz (36%) und der höchste mit einer negativen Bilanz zu finden (13%). Von dem Viertel der Studierenden mit den höchsten monatlichen Einnahmen haben hingegen nur wenige eine negative Bilanz (3%). Unter diesen Studierenden steigt der Anteil mit einer positiven Bilanz auf 61%, denen für weitere Ausgaben im Durchschnitt 294 € verbleiben (Bild 7.15). Diese Studierenden, die rd. 15% aller Studierenden der Bezugsgruppe „Normalstudent“ umfassen, leben, bezogen auf die Möglichkeiten ihren Lebensunterhalt zu finanzieren, in einer vergleichsweise komfortablen Situation.

Bild 7.15 Bilanzierung abhängig von der Höhe der Einnahmen
Bezugsgruppe „Normalstudent“

Einnahmen	Bilanzergebnis			insgesamt
	negativ	ausgeglichen	positiv	
	Studierendenanteile je Quartil in %			
1. Einnahmenquartil	13	56	31	100
2. Einnahmenquartil	7	50	43	100
3. Einnahmenquartil	4	46	50	100
4. Einnahmenquartil	3	36	61	100
	Beträge in €			
1. Einnahmenquartil	-142	4	102	16
2. Einnahmenquartil	-155	8	139	54
3. Einnahmenquartil	-160	13	177	88
4. Einnahmenquartil	-248	26	294	180

7.4 Beiträge an die Hochschule

7.4.1 Ausgaben für Einschreibung und Rückmeldung

Mit der Frage nach den Ausgaben für die Einschreibung bzw. Rückmeldung für das Sommersemester 2006 war eine Bestandsaufnahme der Ausgaben für Verwaltungsgebühren, Studentenwerksbeitrag, Studierendenselbstverwaltung und Semester ticket intendiert. Beantwortet wurde diese Frage von 97 % der Studierenden. Im Durchschnitt wurden von diesen Studierenden für den Semesterbeitrag 147 € ausgegeben (Median: 140 €).

Ein deutlicher Unterschied ist bei den Semesterbeiträgen zwischen den alten und neuen Ländern zu konstatieren. Während Studierende in den alten Ländern dafür im Durchschnitt 156 € ausgeben (an Universitäten 160 €, an Fachhochschulen 147 €), sind die Ausgaben für den Semesterbeitrag in den neuen Ländern mit 99 € wesentlich geringer (an Universitäten 105 €, an Fachhochschulen 84 €).

7.4.2 Studiengebühren, Studienbeiträge

Die Frage, ob für das Sommersemester 2006 Studiengebühren bzw. Studienbeiträge bezahlt wurden, bejahten knapp 8 % der Studierenden. Die ergänzende Frage nach der Höhe der Studiengebühr/des Studienbeitrags wurde allerdings nur von zwei Fünfteln dieser Studierenden beantwortet. Bezogen auf alle Befragten, haben etwas mehr

als 3 % der Studierenden sowohl die Frage nach den Studiengebühren bejaht als auch den Betrag der Studiengebühren angegeben.

Es ist davon auszugehen, dass von den Studierenden, die die Gebührenfrage bejahten, aber den Betrag nicht angaben, nur wenige bereits für das Sommersemester 2006 Studiengebühren zu zahlen hatten. Diese Schlussfolgerung wird dadurch gestützt, dass nach den übrigen Angaben der weitaus größte Teil dieser Studierenden sich innerhalb der Regelstudienzeit im Erststudium befand. Es liegt die Vermutung nahe, dass von diesen Studierenden die Studiengebührenfrage lediglich im Hinblick auf die erwartete Entwicklung bejaht wurde.

Die 3 % der Studierenden, die die Höhe der Studiengebühren/des Studienbeitrags für das Sommersemester 2006 angaben, hatten dafür im Durchschnitt 841 € zu bezahlen (Median: 650 €).

Ein Zehntel dieser Gebührenzahler waren an privaten Hochschulen eingeschrieben. Der durchschnittliche Betrag der Studiengebühren für diese Studierenden beläuft sich auf 2.185 €. Die übrigen an staatlichen Hochschulen eingeschriebenen Gebührenzahler zahlten im Durchschnitt 699 €. Da diese Gebührenzahler durchschnittlich bereits seit 17 Semestern studieren, ist davon auszugehen, dass es sich hierbei hauptsächlich um solche Studierenden handelt, die Langzeitstudiengebühren zu zahlen haben.

8. Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAföG

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick					
BAföG-Quoten, in %	normative Methode		Standard-Methode		
	2003	2006	2003	2006	
• im Bundesgebiet	32,8	32,2	22,6	23,2	
• bei Studentinnen	34	34	24	25	
• bei Studenten	32	30	21	22	
• nach sozialen Herkunftsgruppen					
<div style="border: 1px solid black; padding: 2px; display: inline-block;"> normative Methode: Geförderte bezogen auf Anspruchsberechtigte Standard-Methode: Geförderte bezogen auf alle Studierenden </div>	niedrig	66	60	44	43
	mittel	47	45	31	32
	gehoben	29	28	20	21
	hoch	16	16	11	11
• in den alten Ländern	30	29	20	21	
• in den neuen Ländern	49	47	36	35	
• an Universitäten	31	31	20	21	
• an Fachhochschulen	38	36	29	28	
Durchschnittliche Förderungsbeträge, in €			2003	2006	
• insgesamt			352	363	
• bei den Eltern wohnende Studierende			271	283	
• nicht bei den Eltern wohnende Studierende			369	378	
Geförderte nach Art der Förderung 2006			Anteil, in %	Betrag, in €	
• elternabhängige Förderung			86	363	
• elternunabhängige Förderung			14	490	
Zusammensetzung der Geförderten nach sozialer Herkunft, in %			2003	2006	
• niedrig			23	25	
• mittel			37	35	
• gehoben			22	22	
• hoch			18	18	

Technische Hinweise

Definitionen

BAföG-Quote nach der Standard-Methode¹

Anteil der geförderten Studierenden unter den Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland (Ausgenommen: Beurlaubte, Fernstudenten, Studierende der Verwaltungshochschulen und der Universitäten der Bundeswehr) im Sommersemester des Befragungsjahres.

BAföG-Quote nach der normativen Methode¹

Anteil der Geförderten, bezogen auf den Teil der Studierenden, die nach den Regelungen des BAföG einen Anspruch geltend machen könnten. Der Kreis der Anspruchsberechtigten wird ermittelt, indem näherungsweise diejenigen ausgeschlossen werden, die bereits die Förderungshöchstdauer/Regelstudienzeit überschritten haben. Darüber hinaus werden die Studierenden ausgeschlossen, die nach eigener Angabe wegen fehlender Leistungsbescheinigung, Fachwechsel bzw. Überschreitens der Altersgrenze vor Studienaufnahme keinen Anspruch auf BAföG mehr geltend machen können.

¹ Bis 2003 bezog sich die jeweilige BAföG-Quote ausschließlich auf deutsche Studierende. Ab 2006 sind auch die so genannten Bildungsinländer einbezogen.

Förderungsbeträge in €

Ausgewiesen werden in der Regel Durchschnittsbeträge pro Monat (arithm. Mittelwerte).

DM-Beträge aus früheren Sozialerhebungen wurden nach der Formel:
 $\text{€} = \text{DM}/1,95583$ umgerechnet.

Bezugsgruppen

- Studierende insgesamt
(Deutsche plus Bildungsinländer)
- BAföG-Empfänger/Empfängerinnen
(Deutsche plus Bildungsinländer)

Datenquellen

Daten der Sozialerhebung
(Fragen 22 bis 25)

8.1 Rahmenbedingungen

Nach dem Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAFöG) soll auch denjenigen eine Ausbildung ermöglicht werden – die ihrer Neigung, Eignung und Leistung entspricht –, deren Familien wirtschaftlich nicht in der Lage sind, diese allein zu finanzieren. In solchen Fällen stellt der Staat den Studierenden die für den Lebensunterhalt notwendigen Mittel nach den im BAFöG festgelegten Bedarfssätzen ganz oder teilweise zur Verfügung. In welchem Umfang eine Förderung gewährt wird, richtet sich nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der unterhaltspflichtigen Eltern (Subsidiaritätsprinzip). Die Leistungsfähigkeit wird nach im BAFöG festgelegten Konditionen für jeden Einzelfall ermittelt.

Sofern gegenüber den Eltern kein Anspruch auf Ausbildungsunterhalt mehr geltend gemacht werden kann (z. B. bei fünfjähriger Erwerbstätigkeit nach Vollendung des 18. Lebensjahres), offeriert das BAFöG auch die Möglichkeit der elternunabhängigen Förderung. In solchen Fällen bleibt die Einkommenssituation im Elternhaus bei der Feststellung der Bedürftigkeit der Studierenden unberücksichtigt.

Der den Studierenden zur Verfügung gestellte Förderungsbetrag wird im Normalfall, d. h. für den durch das Gesetz festgelegten Förderungszeitraum, zur Hälfte als Zuschuss und zur Hälfte als zinsloses Darlehen gewährt. Außerdem besteht die Möglich-

keit, über die Förderungshöchstdauer hinaus gefördert zu werden, soweit im Gesetz festgelegte Sachverhalte zutreffen.

Zum Zeitpunkt der Befragung im Sommersemester 2006 war das BAFöG, welches 1971 eingeführt wurde, in der Fassung gültig, die sich nach der vorerst letzten Novellierung durch das 21. BAFöG-Änderungsgesetz vom 2. Dezember 2004 ergibt. Die für die Einschätzung der Förderung wesentlichen Kennziffern (Freibetrag vom Elterneinkommen und Bedarfssatz der Studierenden) haben sich gegenüber 2003 nicht geändert. Die nachfolgende Übersicht zeigt, welcher absolute Freibetrag vom Elterneinkommen und welcher Bedarfssatz für Studierende, die nicht im Elternhaus wohnen, zum Zeitpunkt der jeweiligen Sozialerhebung gültig waren (Beträge in €):

Jahr	Freibetrag vom Elterneinkommen	Bedarfssatz Studierende
1991	920	383
1994	971	406
1997	1.033	424
2000	1.161	440
2003	1.440	466
2006	1.440	466

Quelle: BMBF, 17. BAFöG-Bericht, 2007

Inklusive aller möglichen Zuschläge (erhöhter Mietzuschuss, Kranken- und Pflegeversicherungszuschlag) beläuft sich der monatliche Förderungshöchstsatz im Jahre 2006 – wie bereits 2003 – auf 432 € für Studierende,

die im Elternhaus wohnen, und 585 € für diejenigen, die nicht im Elternhaus wohnen.

8.2 Umfang der Förderung

Der Umfang der BAFÖG-Förderung lässt sich zum einen durch das Finanzvolumen beschreiben, welches staatlicherseits für die Ausbildungsförderung der Studierenden bereitgestellt wird (nach dem 17. BAFÖG-Bericht im Jahre 2005: 1,488 Mrd. €) und zum anderen durch die so genannte BAFÖG-Quote.

Im Rahmen der Sozialerhebung werden zwei unterschiedliche BAFÖG-Quoten berechnet: Zum einen die Quote nach der Standard-Methode und zum anderen die Quote nach der so genannten normativen Methode. Mit der Standard-Quote wird ausgewiesen, welcher Anteil an allen Studierenden eine Förderung erhält, während mit der normativen Quote nachgewiesen wird, welcher Anteil der Studierenden gefördert wird, die im Falle der Bedürftigkeit einen Anspruch auf BAFÖG noch geltend machen könnten.

Zur Berechnung der normativen Quote ist folglich zunächst der Kreis der potentiell Anspruchsberechtigten zu bestimmen. Von der 11. bis zur 15. Sozialerhebung wurde dieser Kreis abgegrenzt, indem alle Studierenden an Universitäten mit einer Studiendauer bis zu elf Semestern und an Fachhochschulen bis zu acht Semestern dazu gezählt wurden. Seit der 16. Sozialerhebung wurde die Abgrenzung der potentiell Anspruchsberechtigten verfeinert, indem

versucht wird, die Ausschlussgrenzen weitestgehend an die durch das BAFÖG geregelte aktuelle Förderungshöchstdauer anzupassen. Zusätzlich werden die Studierenden ausgeschlossen, die nach eigenen Angaben kein BAFÖG erhalten, weil sie das Studienfach gewechselt haben, eine Leistungsbescheinigung nicht erbringen konnten oder bei Studienaufnahme die Altersgrenze des BAFÖG bereits überschritten hatten. Außerdem bleiben Studierende unberücksichtigt, die nach einem ersten Abschluss in einem in der Regel nicht förderungsfähigen Zweitstudium eingeschrieben sind.

Die normative Quote gibt folglich Auskunft darüber, welcher Anteil eines näherungsweise bestimmten Kreises der potentiell anspruchsberechtigten Studierenden nach dem BAFÖG gefördert wird.

Die Entwicklung sowohl der Standard-Quote als auch der normativen Quote wird im Folgenden als Maßstab angelegt, um Veränderungen bei der BAFÖG-Förderung zu beschreiben. Bei der normativen Quote werden in der Regel nur die Ergebnisse von 2003 und 2006 herangezogen. Für beide Jahre wurde der Kreis der potentiell Anspruchsberechtigten nach entsprechenden Bedingungen abgegrenzt.

Generell ist anzumerken, dass die BAFÖG-Quoten der Sozialerhebung Momentaufnahmen sind, jeweils bezogen auf die Situation im Sommer des Befragungsjahres.

8.2.1 Stand und Entwicklung der BAFÖG-Quote

Standard-Quote

Im Sommersemester 2006 wurden von den eingeschriebenen deutschen Studierenden knapp 23,2% nach dem BAFÖG gefördert. Bezogen auf den erweiterten Berichtskreis der 18. Sozialerhebung, der deutsche Studierende und studierende Bildungsinländer umfasst, ergibt sich ein Gefördertenanteil von gut 23,2%.¹ Die Erweiterung des Berichtskreises hat demnach nur marginale Auswirkungen auf die BAFÖG-Quote. Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse des Jahres 2006 mit Sozialerhebungen früher Jahre ist folglich gewährleistet.

Gegenüber 2003 hat sich die BAFÖG-Quote, berechnet nach der Standard-Methode, praktisch nicht verändert (Bild 8.1). Allerdings bedeutet eine Erhöhung der Quote um 0,6 Prozentpunkte, dass im Sommersemester 2006 die Zahl der geförderten Studierenden, bezogen auf deutsche Studierende, um knapp 5% höher liegt als im Sommersemester 2003 (vgl. Bild 8.3). Danach hat sich die Zahl der geförderten deutschen Studierenden von 2003 nach 2006, relativ gesehen, stärker erhöht als die Zahl der deutschen Studierenden (4,7% vs. 1,8%).

Verglichen mit der Situation im Jahre

¹ Die ermittelte BAFÖG-Quote für Bildungsinländer liegt nach der Standard-Methode bei 26%. Die Fehlertoleranz ist allerdings mit $\pm 5\%$ erheblich, so dass der Unterschied zur Quote der Deutschen nicht statistisch signifikant ist.

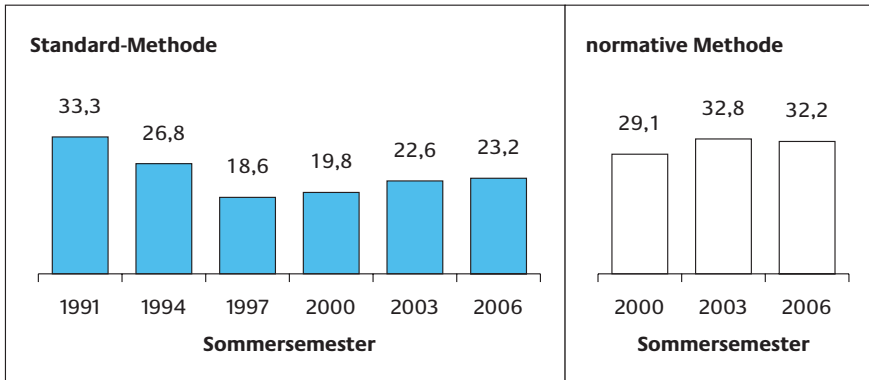
1997, als eine BAFÖG-Quote von 19% den bisherigen Tiefststand der Förderung markierte, liegt 2006 die Zahl der geförderten Studierenden um rd. 29% höher. Gegenüber 1991, als jeder dritte Studierende eine BAFÖG-Förderung erhielt, fällt die Zahl der Geförderten allerdings um 24% geringer aus.

Normative Quote

Die normative BAFÖG-Quote, also die Zahl der Geförderten bezogen auf die Zahl der Studierenden, die – wie beschrieben – nach den Regelungen des BAFÖG als potentiell Anspruchsberechtigte gelten, liegt 2006 bei 32,2%. Bezogen allein auf die deutschen Studierenden, fällt die Quote mit 32,0% etwas geringer aus. Die Einbeziehung der Bildungsinländer – von denen nach der normativen Methode 41% gefördert werden – in den Berichtskreis der Sozialerhebung führt 2006 folglich zu einer geringfügig höheren normativen Quote. Dieser Effekt wird auch bei Vergleichen der für 2003 und 2006 nach verschiedenen Merkmalen berechneten normativen Quote eine Rolle spielen; die Auswirkungen dürften aber zu vernachlässigen sein.

Praktisch hat sich auch die normative Quote gegenüber 2003 nicht verändert (Bild 8.1). Der Tendenz nach ist sie allerdings, im Gegensatz zur Standard-Quote, leicht rückläufig. Hier ist zu berücksichtigen, dass sich der Anteil der potentiell Anspruchsberechtigten von 65% im Jahre 2003 auf 67% im

Bild 8.1 BAFÖG-Quote bezogen auf alle Studierenden (Standard-Methode) und bezogen auf die Gruppe der Anspruchsberechtigten (normative Methode)¹
in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

Jahre 2006 erhöht hat. Bei zeitgleich gestiegenen Studierendenzahlen bedeutet dies, dass die Zahl der potentiell Anspruchsberechtigten 2006 um rd. 6 % höher liegt als 2003. Basierend auf der normativen Berechnung, fällt die Zahl der Geförderten im Sommersemester 2006 um rd. 4 % höher aus als 2003. Die Zahl der Geförderten ist folglich von 2003 auf 2006 nicht in dem Umfang gestiegen wie die Zahl der potentiell Anspruchsberechtigten. Folgerichtig signalisiert die Entwicklung der normativen Quote einen leichten Rückgang des Anteils der Geförderten. Es liegt der Schluss nahe, dass unter den potentiell Anspruchsberechtigten des Jahres 2006 ein geringerer Anteil im Sinne des BAFÖG bedürftig ist als 2003.

8.2.2 BAFÖG-Quote nach ausgewählten Merkmalen

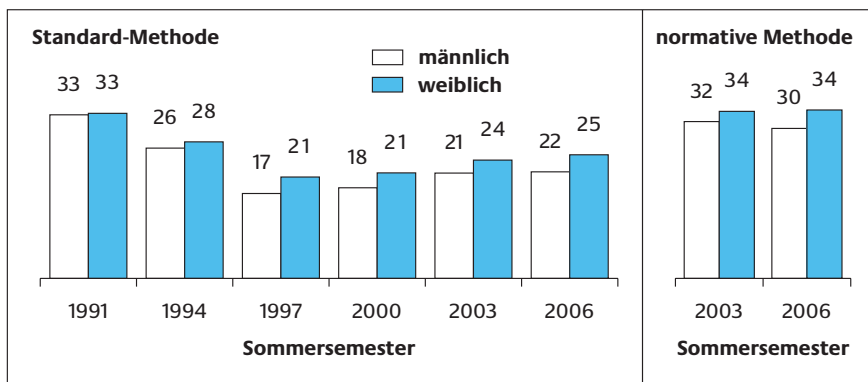
Geschlecht

Der nach der Standard-Methode berechnete Anteil der im Sommer 2006 geförderten Studentinnen liegt mit 25 % höher als der Anteil der geförderten Studenten mit 22 %. Gegenüber 2003 hat sich sowohl die BAFÖG-Quote der Studentinnen als auch der Studenten leicht erhöht (Bild 8.2).

Während 1991 praktisch ein gleich hoher Anteil der Studentinnen und Studenten gefördert wurde, liegt in den Folgejahren der Anteil der geförderten Studentinnen stets etwas höher (Bild 8.2).

Nach der normativen BAFÖG-Quote wird 2006 ein geringerer Anteil der potentiell an-

Bild 8.2 BAFÖG-Quoten nach Geschlecht¹
 Anteil der geförderten Studierenden, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

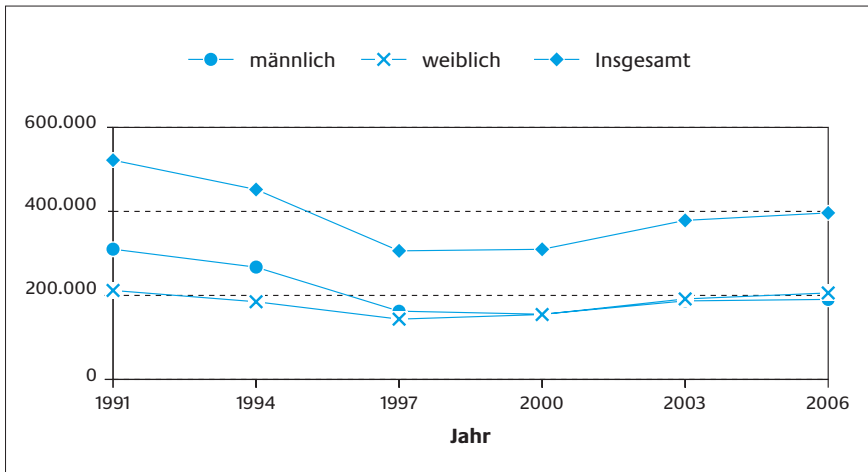
spruchsberechtigten Studenten gefördert als 2003 (30,4 % vs. 31,8 %), während bei den Studentinnen der Anteil praktisch konstant geblieben ist (34,1 % vs. 33,9 %).

Die unterschiedliche Entwicklung ist damit zu erklären, dass von 2003 nach 2006 bei den Studenten die Zahl der Anspruchsberechtigten stärker gestiegen ist als die Zahl der Geförderten (7 % vs. 2 %), während bei den Studentinnen die Steigerung beider Zahlen sich mit 5 % (Anspruchsberechtigte) bzw. 6 % (Gefördertenzahl) nur wenig unterscheidet.

Wird die absolute Zahl der geförderten Studierenden, die sich mittels der Standard-BAföG-Quote und den Studierendenzahlen in jeweiligen Berichtsjahr annähernd schätzen lässt, der Betrachtung zugrunde gelegt,

ist folgende Entwicklung zu beschreiben (Bild 8.3): Lag 1991 die Zahl der geförderten Studenten noch deutlich höher als die der geförderten Studentinnen, näherten sich in den Folgejahren die zurückgehenden Gefördertenzahlen beider Geschlechter an. Erstmals im Jahre 2000 wurden genauso viele Studentinnen wie Studenten gefördert. Nach 2000 stieg sowohl die Zahl der geförderten Studentinnen als auch die der Studenten. Dabei erhöhte sich die Zahl der geförderten Studentinnen stärker, so dass seit 2003 und deutlicher noch 2006 mehr Studentinnen als Studenten nach dem BAFÖG gefördert werden.

Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass unter den geförderten Studierenden der Anteil der Frauen von knapp 41 % im Jah-

Bild 8.3 Zahl der Geförderten nach Geschlecht¹

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Berechnungsbasis: BAFÖG-Quote nach der Standard-Methode und Studierendenzahlen im jeweiligen Wintersemester

re 1991 bis auf rd. 52% im Jahre 2006 gestiegen ist. Dem Wirkungsprinzip des BAFÖG folgend bedeutet dies, dass in den letzten Jahren studienberechtigte Frauen aus einkommensschwächeren Familien deutlich häufiger ein Studium aufgenommen haben als Männer mit entsprechendem Hintergrund.

Soziale Herkunft

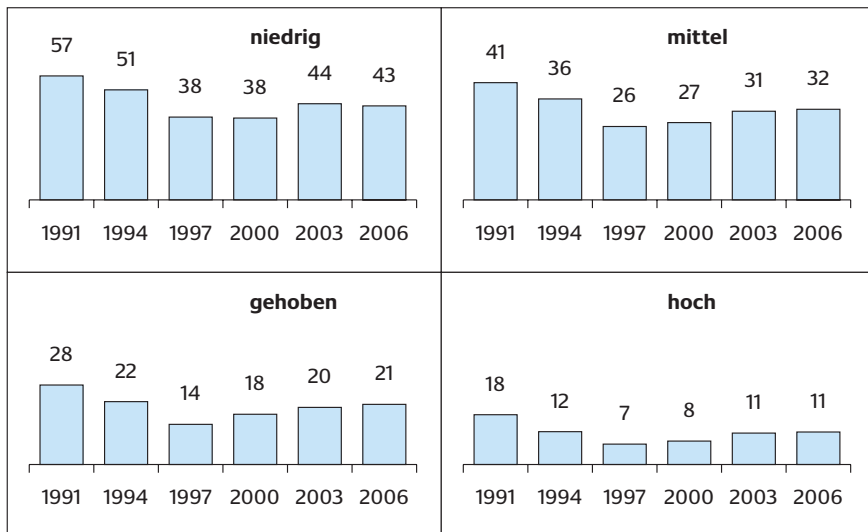
Erwartungsgemäß ist die BAFÖG-Quote, berechnet nach der Standard-Methode, unter den Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ auch 2006 mit Abstand am höchsten und verringert sich mit steigender sozialer Herkunft beträchtlich (Bild 8.4). Allerdings ist gegenüber 2003 für die Herkunfts-

gruppe „niedrig“ eine leicht rückläufige BAFÖG-Quote, für die übrigen Herkunftsgruppen hingegen eine leichte Steigerung bzw. keine Veränderung zu konstatieren.

Die Entwicklung der normativen BAFÖG-Quote vermittelt ein davon leicht abweichendes Bild. Danach ist von 2003 auf 2006 der Anteil der Anspruchsberechtigten, die eine Förderung erhalten, nicht nur bei den Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ zurückgegangen, sondern in geringem Umfang auch bei den Studierenden der Herkunftsgruppen „mittel“ und „gehoben“ (Bild 8.5).

Der relativ hohe Rückgang bei den Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“

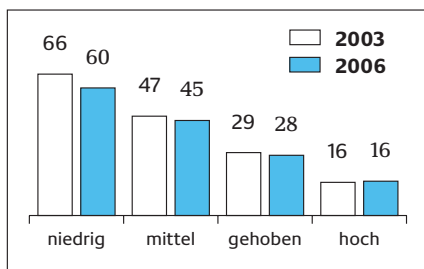
Bild 8.4 BAFÖG-Quote nach sozialer Herkunft¹ – Standard-Methode
Anteil der geförderten Studierenden, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

Bild 8.5 BAFÖG-Quote nach sozialer Herkunft¹ – normative Methode
Anteil der geförderten Studierenden, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

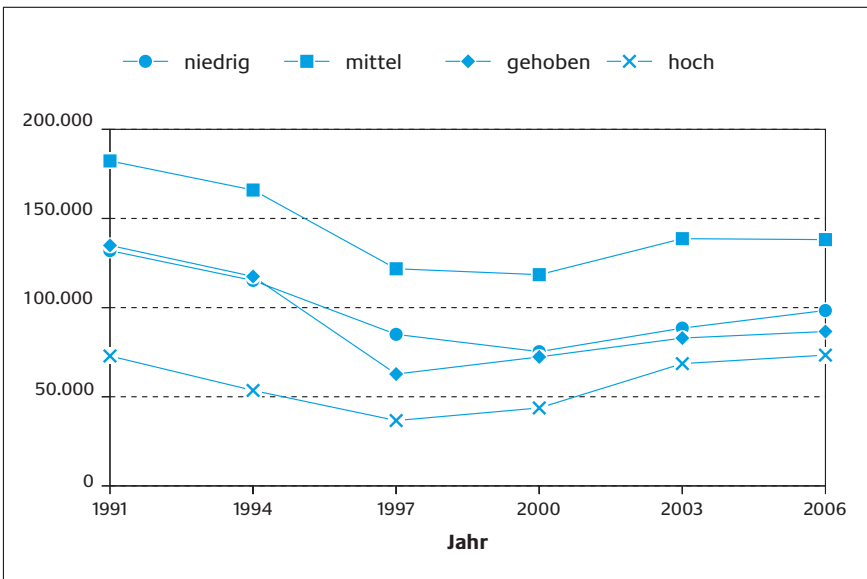
ist damit zu erklären, dass von 2003 nach 2006 die Zahl der potentiell Anspruchsberechtigten dieser Herkunft deutlich stärker gestiegen ist als die Zahl der Geförderten (23 % vs. 11%). Auch bei den Studierenden der Herkunftsgruppen „mittel“ und „gehoben“ hat sich die Zahl der Anspruchsberechtigten stärker erhöht (um 4% bzw. 6%) als die Zahl der Geförderten (um 0 % bzw. 1%). Lediglich bei der Herkunftsgruppe „hoch“ ist die Entwicklung so verlaufen, dass die Zahl der Geförderten von 2003 nach 2006 stärker gestiegen ist als die Zahl der Anspruchsberechtigten (5 % vs. 2 %).

Obwohl die BAFÖG-Quote nach beiden Berechnungsmethoden für Studierende der Herkunftsgruppe „niedrig“ am höchsten ausfällt, stellt diese Gruppe lediglich das zweitgrößte Kontingent der BAFÖG-Empfänger/Empfängerinnen. Unterschieden nach der sozialen Herkunft, liegt die Zahl der Geförderten, die der Herkunftsgruppe „mittel“ zuzuordnen sind, bei weitem am höchsten (Bild 8.6).

Die Zahl der BAFÖG-Geförderten mit unterschiedlicher sozialer Herkunft hat sich, ausgenommen die Herkunftsgruppe „mit-

tel“, im Zeitraum 1991 bis 2006 deutlich angenähert. Während der Rückgang der Gefördertenanzahl von 1991 bis 1997 bei den beiden unteren Herkunftsgruppen eine Reduzierung um rd. ein Drittel bedeutete, sank die Zahl der Geförderten der beiden oberen Herkunftsgruppen um rd. die Hälfte. Von 1997 bis 2000 setzte sich der Rückgang der Gefördertenanzahl aus den beiden unteren Herkunftsgruppen fort (um 11% bzw. 3%), während für die beiden oberen Herkunftsgruppen ein Anstieg zu verzeichnen war (um 15% bzw. 19%). Die Novellierung des

Bild 8.6 Zahl der BAFÖG-Empfänger/innen nach sozialer Herkunft¹



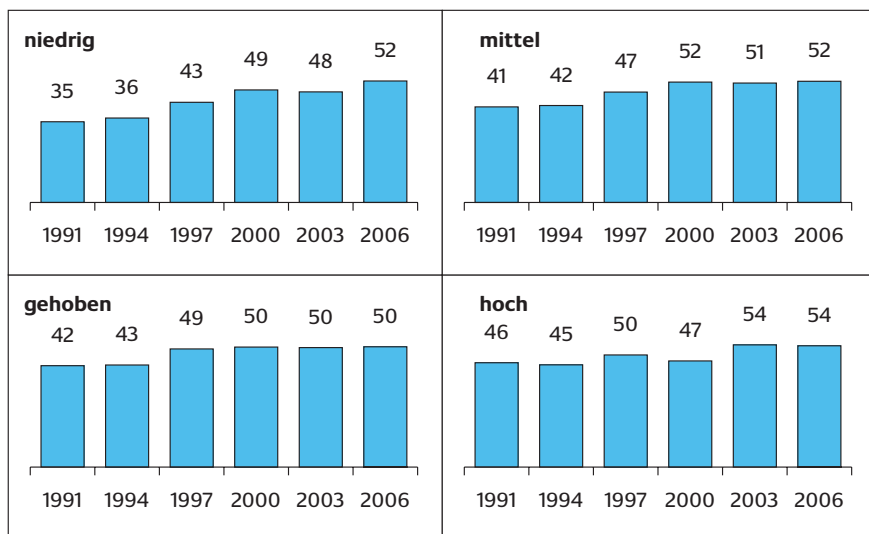
DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Berechnungsbasis: BAFÖG-Quote nach der Standard-Methode und Studierendenzahlen im jeweiligen Wintersemester

BAföG im Jahre 2001 durch das Ausbildungs-förderungsgesetz bewirkte, dass die Geförderten-zahlen 2003 generell um gut ein Fünftel höher lag als 2000. Differenziert nach der sozialen Herkunft ergaben sich von der unteren bis zur oberen Herkunftsgruppe folgende Steigerungsraten: 18 %, 17 %, 15 % und 57 %. Ausgenommen die Herkunftsgruppe „mittel“, haben sich die Geförderten-zahlen der übrigen Herkunftsgruppen auch von 2003 nach 2006 nochmals erhöht – um 11 % (Gruppe „niedrig“), 4 % (Gruppe „gehoben“) und 7 % (Gruppe „hoch“).

Im Jahre 2006 liegen die Geförderten-zahlen der Herkunftsgruppe „niedrig“ um 31 % und die der Herkunftsgruppe „mittel“ um 17 % höher, als zum Zeitpunkt der niedrigsten Geförderten-zahl für diese beiden Herkunftsgruppen im Jahre 2000. Bei den Studierenden der beiden übrigen Herkunftsgruppen war die Talsohle bereits im Jahre 1997 erreicht. Damit verglichen, fällt die Geförderten-zahl der Herkunftsgruppe „gehoben“ im Jahre 2006 um 38 % höher aus und hat sich die der Herkunftsgruppe „hoch“ verdoppelt. Allein die Geförderten-

Bild 8.7 Frauenanteil unter den Geförderten nach sozialer Herkunft¹
in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

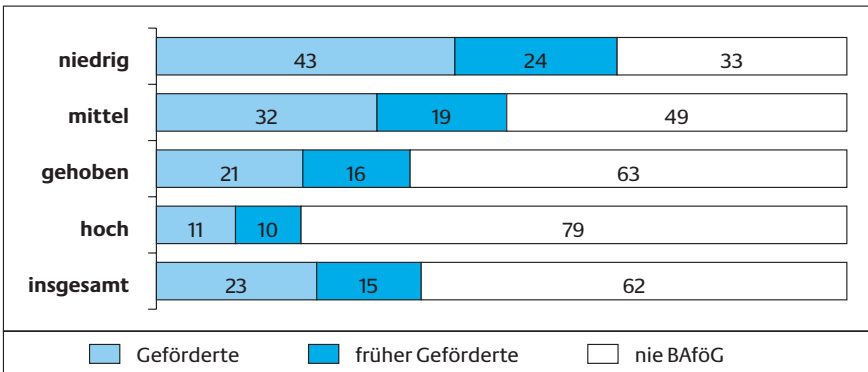
zahl aus der Herkunftsgruppe „hoch“ liegt 2006 wieder auf dem Niveau von 1991, während die Gefördertenzahlen der übrigen Herkunftsgruppen 2006 deutlich niedriger ausfallen als 1991.

Wie bereits dargelegt, hat sich der Frauenanteil unter den Geförderten von 41% im Jahr 1991 bis auf 52% im Jahr 2006 erhöht. Unterschieden nach der sozialen Herkunft wird deutlich, dass unter den Geförderten der Herkunftsgruppe „niedrig“ der Frauenanteil am deutlichsten gestiegen ist – von gut einem Drittel auf mehr als die Hälfte (Bild 8.7). 1991 lag der Frauenanteil unter den Geförderten der anderen Herkunftsgruppen mit 41% bis 46% noch deutlich höher als in der Herkunftsgruppe „niedrig“. 2006 hingegen liegen die Frauenanteile unter den Geförderten der vier sozialen Her-

kunftsgruppen mit 50% bis 54% relativ nah beieinander.

In welchem Umfang überhaupt Studierende unterschiedlicher sozialer Herkunft von der BAFÖG-Förderung profitiert haben, ist in Bild 8.8 dargestellt. Dort ist ausgewiesen, welcher Anteil der Studierenden je Herkunftsgruppe zum Zeitpunkt der Befragung gefördert wird und welcher Anteil angab, aktuell keine Förderung zu erhalten, aber in früheren Semestern gefördert worden zu sein. Danach profitierten von den Studierenden des Sommersemester 2006 im Verlauf ihres bisherigen Studiums 38% von der BAFÖG-Förderung. Die Unterschiede nach der sozialen Herkunft sind erheblich: Während von den Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ zwei Drittel BAFÖG in Anspruch nahmen, sinkt dieser Anteil bis auf

Bild 8.8 Inanspruchnahme des BAFÖG durch Studierende der sozialen Herkunftsgruppen in % je Herkunftsgruppe



gut ein Fünftel bei den Studierenden der Herkunftsgruppe hoch. Auch dieses Ergebnis verdeutlicht, dass durch die BAFÖG-Förderung vor allem Studierende der beiden unteren sozialen Herkunftsgruppen unterstützt werden. Aus der nachfolgenden Verteilung derjenigen, die BAFÖG in Anspruch nehmen oder nahmen (rd. 650.000 Studierende), ergibt sich allerdings auch, dass ein beachtlicher Teil dieser Studierenden den beiden oberen Herkunftsgruppen zuzuordnen ist.

Studierende des Sommersemesters 2006, die nach dem BAFÖG gefördert werden oder wurden, nach sozialer Herkunft:

• niedrig	23 %
• mittel	34 %
• gehoben	23 %
• hoch	20 %

Weitere familiäre Merkmale

Bei Studierenden, die **Geschwister** haben, fällt der Anteil der Geförderten höher aus als bei denen ohne Geschwister (24% vs. 18%). Dies gilt auch, differenziert nach der sozialen Herkunft, für die Studierenden jeder Herkunftsgruppe (BAFÖG-Quote nach der Standard-Methode, in %)

Herkunftsgruppe	Geschwister	
	ja	nein
niedrig	44	37
mittel	34	24
gehoben	22	15
hoch	12	8

Bei Studierenden mit Geschwistern, die ebenfalls eine Ausbildung absolvieren, ist eine mit der Geschwisterzahl steigende BAFÖG-Quote festzustellen (Standard-Methode, in %):

BAFÖG-Quote nach der Zahl der in Ausbildung befindlichen Geschwister:

• ein Geschwister	23 %
• zwei Geschwister	32 %
• drei und mehr Geschwister	40 %

Auch unterschieden nach der beruflichen **Ausbildung der Eltern** sind erhebliche Unterschiede zu konstatieren. Falls zumindest ein Elternteil über einen Hochschulabschluss verfügt, liegt die BAFÖG-Quote nach der Standard-Methode bei 16 %. Kommen die Studierenden aus Elternhäusern, in denen der höchste berufliche Abschluss eine Meisterprüfung oder ein Fachschul- bzw. Technikerabschluss ist, liegt die BAFÖG-Quote bei 25 %. Ist der höchste berufliche Abschluss der Eltern eine Lehre bzw. ein Facharbeiterabschluss steigt die BAFÖG-Quote auf 34 %.

Von den im Sommersemester 2006 Geförderten stammt der größte Teil (40 %) aus den zuletzt genannten Familien. Der Anteil der Geförderten aus Familien, in denen zumindest ein Elternteil über einen Hochschulabschluss verfügt, ist aber nicht wesentlich geringer (35 %). Weitere 21 % der Geförderten kommen aus Familien, in denen der höchste berufliche Abschluss der Eltern eine Meisterprüfung oder ein Fachschul- bzw. Technikerabschluss ist. Bei den verblei-

benden 4 % der Geförderten hatten die Eltern keinen beruflichen Abschluss oder dieser war den Studierenden nicht bekannt (BAföG-Quote: 32 %).

Bei Studierenden, die einen voll erwerbstätigen Vater haben, fällt der Anteil der Geförderten mit 21 % niedriger aus als bei den übrigen Studierenden (Vater: teilszeit beschäftigt, arbeitslos, Rentner/Pensionär, verstorben/unbekannt) mit 28 %.

BAföG-Quote nach der beruflichen Ausbildung und dem Erwerbsstatus des Vaters im Sommer 2006 (Standard-Methode):

Ausbildung	voll erwerbstätig	
	ja	nein
• Lehre, Facharbeiter	32 %	35 %
• Meister, Techniker	23 %	24 %
• Hochschulabschluss	13 %	19 %
insgesamt	21 %	28 %

Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, dass die BAföG-Quote bei **Studierenden mit Kind** niedriger ausfällt als bei Studierenden ohne Kind (19 % vs. 23 %). Dies ist hauptsächlich damit zu erklären, dass ein erheblicher Anteil der studierenden Mütter und Väter mit einem/einer erwerbstätigen Partner/Partnerin verheiratet ist. Während von den studierenden Müttern 21 % eine Förderung erhalten, liegt die Quote bei den studierenden Vätern bei 16 %. Auch bei **verheirateten Studierenden** fällt die BAföG-Quote mit 15 % unterdurchschnittlich aus.

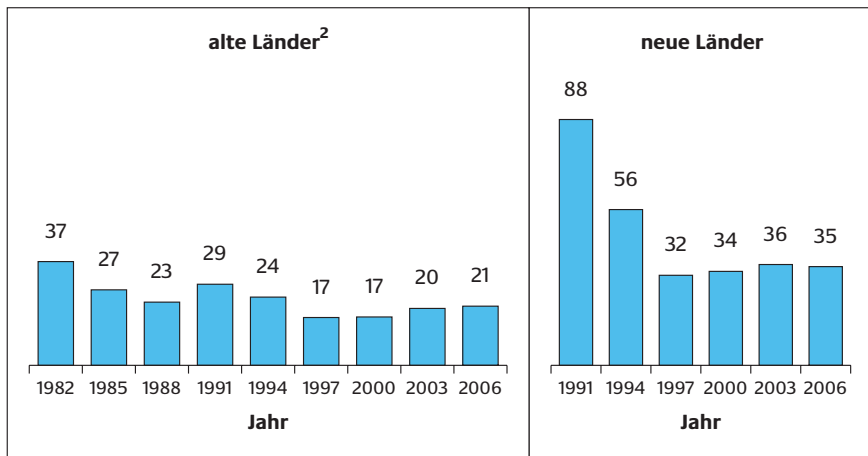
Alte Länder – neue Länder

Nach wie vor ist in den neuen Ländern ein deutlich höherer Anteil der Studierenden auf die Förderung nach dem BAföG angewiesen als in den alten Ländern. Wird in den neuen Ländern 2006 ein gutes Drittel der Studierenden gefördert, sind es in den alten Ländern gut ein Fünftel (Bild 8.9).

Danach unterschieden, in welchem Landesteil die Geförderten ihre Hochschulreife erworben haben, ist für 2006 festzustellen: 15 % der Geförderten in den neuen Ländern haben die Hochschulreife in den alten Ländern erworben, während von den Geförderten in den alten Ländern rd. 11 % die Hochschulreife in den neuen Ländern erworben. Die Zahl der Geförderten, die von den neuen in die alten Länder gewandert sind, liegt allerdings mehr als doppelt so hoch als die Zahl der Geförderten, die den umgekehrten Weg gegangen sind. Bilanziert erzielen die alten Länder hierdurch 2006 einen Wanderungsgewinn von rd. 20.000 Geförderten.

In den neuen Ländern fällt die BAföG-Quote im Sommer 2006 erheblich geringer aus als zum Zeitpunkt der ersten gesamtdeutschen Sozialerhebung im Jahre 1991. Es ist nahe liegend, dass diese Entwicklung vor allem mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in den Elternhäusern der Studierenden zu erklären ist. Wird zur Einschätzung des BAföG die Entwicklung der Zahl der Geförderten herangezogen, ist festzustellen, dass diese 1991 in den neuen

Bild 8.9 BAFÖG-Quote in den alten und neuen Ländern¹ – Standard-Methode
 Anteil der geförderten Studierenden, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

² ab 1991 Berlin insgesamt zugeordnet – durch diese Änderung erhöhte sich die Quote für 1991 um weniger als einen Prozentpunkt

Ländern bei rd. 99.000 lag und 2006 bei rd. 90.000 liegt. Der relative Rückgang der Gefördertenanzahl liegt damit bei 9 %. Ein entsprechender Vergleich für die alten Länder ergibt 2006 eine um rd. 27 % geringere Gefördertenanzahl als 1991.

Wird unterstellt, dass die 1991 in den neuen Ländern Geförderten auch der Herkunft nach aus den neuen Ländern stammen – weil die Wanderung der Studierenden von den neuen in die alten Länder bzw. umgekehrt zu dem Zeitpunkt eher marginal war –, dann liegt 2006 die Zahl der geförderten Studierenden aus den neuen Ländern

um rd. 11 % höher als 1991. Differenziert nach der regionalen Herkunft, stammen 2006 rd. 17 % der Studierenden aber 28 % der Geförderten aus den neuen Ländern.

Unterschieden nach den einzelnen Ländern, wird von den in Mecklenburg-Vorpommern immatrikulierten Studierenden mit 40 % der größte Teil nach dem BAFÖG gefördert. Auch in den übrigen neuen Ländern wird von den dort eingeschriebenen Studierenden jeweils ein deutlich höherer Anteil gefördert als in den alten Ländern (Bild 8.10). Mit Abstand die wenigsten Geförderten sind unter den Studierenden im Stadt-

Bild 8.10 BAFÖG-Quoten nach Ländern
Anteil der geförderten Studierenden, in %

Land	Standard-Methode	
	A ¹	B ²
Mecklenburg-Vorp.	40	38
Thüringen	39	43
Sachsen-Anhalt	35	36
Sachsen	34	37
Brandenburg	28	36
Schleswig-Holstein	25	22
Berlin	25	25
Bremen	25	18
Niedersachsen	25	25
Nordrhein-Westfalen	22	21
Saarland	21	26
Rheinland-Pfalz	20	19
Hessen	19	17
Bayern	19	19
Baden-Württemberg	19	17
Hamburg	14	22
Bundesgebiet	23	23

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ im Land eingeschriebene Geförderte, bezogen auf alle Studierenden im Land

² aus dem Land stammende Geförderte, bezogen auf alle aus dem Land stammenden Studierenden

staat Hamburg zu finden (14%). Allerdings liegt die BAFÖG-Quote unter den Studierenden, die in Hamburg die Hochschulreife erworben haben, mit 22% deutlich höher. Ebenso deutlich ist der entsprechende Unterschied bezogen auf Brandenburg (28% vs. 36%) und das Saarland (21% vs. 26%). Für den Stadtstaat Bremen hingegen sind die Ver-

hältnisse umgekehrt: Während von den an Bremer Hochschulen eingeschriebenen Studierenden 25% gefördert werden, erhalten von den Landeskindern 18% eine BAFÖG-Förderung.

Studienspezifische Merkmale

Mit 28% liegt der Anteil der geförderten Studierenden an Fachhochschulen deutlich höher als an Universitäten mit 21%. Dieser Unterschied ist vor allem damit zu erklären, dass sich nach der sozialen Herkunft die Klientel der Fachhochschulen anders zusammensetzt als die der Universitäten. An den Fachhochschulen sind die unteren sozialen Herkunftsgruppen anteilmäßig stärker vertreten als an den Universitäten (vgl. Kap. 4). Der Abstand zwischen den BAFÖG-Quoten der beiden Hochschularten hat sich allerdings seit 2000 verringert (Bild 8.11).

Unterschieden nach Semestern ist es nahe liegend, dass in den ersten vier Semestern der größte Anteil der Geförderten zu finden ist (Bild 8.11). Im fünften bis achten Semester ist die BAFÖG-Quote schon deutlich geringer, weil die ersten Studierenden wegen einer fehlenden Leistungsbescheinigung oder eines zu späten oder nicht ausreichend begründeten Fachrichtungswechsels ihre Anspruchsberechtigung bereits verwirkt haben. Aber auch die Förderungshöchstdauer, die in Bachelorstudiengängen überwiegend bei sechs Semestern liegt, zeigt bereits ihre Wirkung. Ab dem neunten Semester verringert sich die BAFÖG-Quote

Bild 8.11 BAFÖG-Quote nach studienspezifischen Merkmalen¹ – Standard-Methode
Anteil der geförderten Studierenden, in %

Merkmal	Sommersemester		
	2000	2003	2006
1. Hochschulart			
- Universität	17	20	21
- Fachhochschule	28	29	28
2. Hochschulsesemester			
-1/2	32	36	34
-3/4	33	37	34
-5/6	26	28	29
-7/8	23	25	25
-9/10	11	12	13
-11 u. mehr	2	2	3
3. Fächergruppe			
- Ingenieurwissenschaften	23	26	25
- Sprach- u. Kulturwissenschaften	17	20	22
- Mathematik/ Naturwissenschaften	20	23	23
- Medizin, Gesundheitswissenschaften ²	19	19	22
- Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	20	21	22
- Sozialwiss./Psychologie/Pädagogik	20	24	25

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

² einschl. Gesundheitswissenschaften ab 2006

vor allem durch Überschreiten der Förderungshöchstdauer.

Nach Fächergruppen differenziert ist die BAFÖG-Quote bei Ingenieurwissenschaftlern und in der Gruppe Sozialwissenschaften/Sozialwesen/ Psychologie/Pädagogik mit jeweils 25 % am höchsten. Aber auch von den Studierenden der übrigen Fächergruppen wird ein nicht wesentlich geringerer Anteil nach dem BAFÖG gefördert. Wird für

die 2006 neu gebildete Fächergruppe Medizin/Gesundheitswissenschaften die BAFÖG-Quote getrennt nach Medizinern und Gesundheitswissenschaftlern berechnet, ergibt sich ein Gefördertenanteil von 21 % bzw. 24 %. Der Gefördertenanteil unter den Studierenden allein der medizinischen Studiengänge hat sich folglich von 2003 auf 2006 um zwei Prozentpunkte erhöht.

8.3 Förderungsbeträge

Die Höhe der Förderungsbeträge, mit denen BAFÖG-Empfänger/Empfängerinnen unterstützt werden, fällt 2006 nicht wesentlich anders aus als 2003. Die Verteilung der Geförderten nach der Höhe des Förderungsbetrags zeigt lediglich beim Anteil derer, die monatlich mit mehr als 500 € gefördert werden, eine meßbare Steigerung (Bild 8.12).

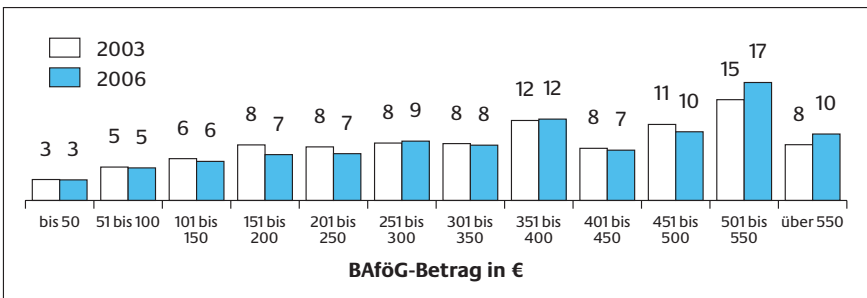
Tendenziell sind die Förderungsbeträge sowohl für bei den Eltern wohnende Studierende als auch für Studierende, die nicht im Elternhaus wohnen, von 2003 nach 2006 leicht gestiegen. Entsprechendes gilt auch für die Entwicklung der Förderungsbeträge von 2003 nach 2006, die den Geförderten, unterschieden nach Geschlecht, sozialer Herkunft, Hochschulart und Region, gewährt werden (Bild 8.13).

Während geförderte Studentinnen und Studenten 2006 im Durchschnitt den glei-

chen monatlichen Förderungsbetrag erhalten (361 €) und der durchschnittliche Förderungsbetrag für Geförderte in den alten und neuen Ländern auch auf einem Niveau liegt (363 € bzw. 361 €), differieren die durchschnittlichen Förderungsbeträge zwischen den sozialen Herkunftsgruppen und den Hochschularten nach wie vor (Bild 8.12).

Wie bereits erläutert wurde, unterscheidet das BAFÖG beim Wohnbedarf danach, ob die Studierenden im Elternhaus wohnen oder nicht. Wird die gewährte Förderung nach diesem Kriterium differenziert, ergeben sich die in Bild 8.14 ausgewiesenen Förderungsbeträge. Danach unterscheiden sich die durchschnittlichen Förderungsbeträge für Studierende, die im Elternhaus wohnen, abhängig vom Geschlecht, der Hochschulart und der Region, nur geringfügig. Lediglich nach der sozialen Herkunft ist ein Unterschied festzustellen: Bei den Eltern wohnen-

Bild 8.12 Geförderte nach der Höhe des monatlichen BAFÖG-Betrags¹
in %



¹ 2003 nur deutsche Studierende, 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

Bild 8.13 Höhe der Förderungsbeträge nach ausgewählten Merkmalen¹
Bezugsgruppe „BAföG-Empfänger“, arithm. Mittelwert in €

Merkmal	Förderungsbeträge		
	2000	2003	2006
1. Wohnung			
- bei den Eltern	218	271	283
- nicht im Elternhaus	325	369	378
2. Geschlecht			
- männlich	303	348	361
- weiblich	309	356	361
3. soziale Herkunft			
- niedrig	338	383	390
- mittel	307	361	369
- gehoben	294	342	354
- hoch	265	307	326
4. Hochschulart			
- Universität u.ä.	306	347	353
- Fachhochschule	307	362	382
5. Region			
- alte Länder	315	355	363
- neue Länder	285	343	361
insgesamt	306	352	363

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

de Studierende der Herkunftsgruppe „niedrig“ erhalten eine höhere Förderung als vergleichbare Studierende der übrigen Herkunftsgruppen. In diesem Zusammenhang ist auch bemerkenswert, dass der Anteil der Geförderten, der im Elternhaus wohnt, von 21% bei der Herkunftsgruppe „niedrig“ bis auf 12% bei der Herkunftsgruppe „hoch“ zurückgeht.

Bei den Geförderten, die nicht im Eltern-

haus wohnen, ist die Höhe des Förderungsbetrags offensichtlich von der sozialen Herkunft abhängig. Während solche Geförderten aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ mit durchschnittlich 413 € unterstützt werden, verringert sich dieser Betrag mit steigender sozialer Herkunft bis auf 334 € bei den Geförderten der Herkunftsgruppe „hoch“ (Bild 8.14).

Die Frage, ob bei der Berechnung ihres

Bild 8.14 Höhe der Förderungsbeträge 2006 abhängig vom Wohnbedarf
Bezugsgruppe „BAföG-Empfänger“, arithm. Mittelwert in €

Merkmal	Förderungsbeträge nach Wohnbedarf		Anteil, der im Elternhaus wohnt
	Elternwohner	eigene Wohnung	
1. Geschlecht			
- männlich	280	382	18
- weiblich	287	375	14
2. soziale Herkunft			
- niedrig	306	413	21
- mittel	268	388	16
- gehoben	277	366	14
- hoch	271	334	12
3. Hochschulart			
- Universität u.ä.	279	365	14
- Fachhochschule	287	406	20
4. Region			
- alte Länder	283	380	17
- neue Länder	282	372	11
insgesamt	283	378	16

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Förderungsbetrags auch der Zuschlag für erhöhte Mietkosten berücksichtigt wurde, bejahten 62% der Geförderten. Von 34% wurde dies verneint und 4% gaben keine Antwort. Deutlich höher liegt mit 16% der Anteil der Geförderten, die auf die Frage, ob sie einen Zuschuss wegen einer eigenen Kranken-/ Pflegeversicherung erhalten, keine Auskunft geben konnten oder wollten. Bejaht wurde diese Frage von 24%, verneint von 60%. Unbeantwortet blieb diese Frage vor allem von jüngeren Geförderten (bis 24 Jahre), die in der Regel noch über die Eltern

krankenversichert sein können. Bejaht wurde diese Frage hingegen vor allem von Geförderten, die das 25. Lebensjahr bereits vollendet hatten.

8.4 Förderungsarten

Im Normalfall wird die BAFÖG-Förderung zur Hälfte als Zuschuss und zur Hälfte als unverzinsliches Darlehen gewährt. Darüber hinaus gibt es eine reine Zuschussförderung, die dann geleistet wird, wenn infolge einer Behinderung, Schwangerschaft oder der Pflege und Erziehung eines bis zehnjährigen Kindes die Förderungshöchstdauer

überschritten wird. Außerdem besteht die Möglichkeit, auch nach Überschreiten der Förderungshöchstdauer in bestimmten Fällen, beispielsweise als Hilfe zum Studienabschluss, Bafög zu beziehen, dann allerdings als verzinsliches Darlehen der KfW Bankengruppe. Wie der nachfolgenden Verteilung der Geförderten auf die drei Förderungsarten zu entnehmen ist, sind die reine Zuschussförderung und die Unterstützung durch ein verzinsliches Darlehen die Ausnahme.

Geförderte nach Förderungsart (in %)

Förderungsart	2000	2003	2006
• Zuschuss und Darlehen	97,8	97,8	96,6
• Zuschuss	0,7	0,5	0,9
• verzinsliches Darlehen	1,5	1,7	2,5

Elternabhängige und elternunabhängige Förderung

Während bedürftigen Studierenden, die noch einen Unterhaltsanspruch gegenüber den Eltern geltend machen können, das Bafög in Abhängigkeit von der nachzuweisenden Einkommenssituation im Elternhaus nach dem Subsidiaritätsprinzip gewährt wird (elternabhängige Förderung), können bedürftige Studierende ohne Unterhaltsanspruch gegenüber den Eltern eine Förderung ohne Prüfung der Einkommenssituation im Elternhaus erhalten (elternunabhängige Förderung).

2006 erhielten – ebenso wie bereits 2003 – 86 % der Geförderten eine elternabhängige

und 14 % eine elternunabhängige Bafög-Förderung. Eine elternunabhängige Förderung erhalten vor allem ältere Studierende und Studierende, die vor Studienaufnahme bereits eine Berufsausbildung absolviert hatten (Bild 8.15). Der höhere Anteil von Studierenden mit Berufsausbildung ist auch eine Erklärung dafür, dass Geförderte an Fachhochschulen häufiger als Geförderte an Universitäten elternunabhängig unterstützt werden (23 % vs. 10 %).

Differenziert nach der sozialen Herkunft ist 2006 bezüglich der elternunabhängigen Förderung kein statistisch signifikanter Unterschied festzustellen. Der Anteil der elternunabhängig Geförderten je Herkunftsgruppe liegt auf einem Niveau. Entsprechendes gilt auch für die elternunabhängig Geförderten in den alten und neuen Ländern.

Der monatliche Förderungsbetrag, den elternunabhängig geförderte Studierende im Durchschnitt erhalten, liegt 2006, wie bereits 2003, bei 490 €. Elternabhängig Geförderte werden hingegen mit durchschnittlich 342 € unterstützt (2003: 331 €).

Auslandsförderung

Auch für ein Studium oder Praktikum im Ausland ist nach bestimmten Regelungen eine Förderung durch das Bafög möglich. Von den im Sommersemester 2006 eingeschriebenen Studierenden im Erststudium hatten knapp zwei Prozent mit Bafög-Förderung ein zeitweises Studium und weniger

Bild 8.15 Elternabhängig und elternunabhängig Geförderte nach ausgewählten Merkmalen¹
Bezugsgruppe „BAföG-Empfänger/Empfängerinnen“, in %

Merkmal	abhängig Geförderte ²			unabhängig Geförderte ²			Anteil unabhängig Geförderte		
	2000	2003	2006	2000	2003	2006	2000	2003	2006
1. Geschlecht									
- männlich	49	49	47	54	53	55	16	15	16
- weiblich	51	51	53	46	47	45	14	13	13
2. Alter in Jahren									
- bis 23	65	67	64	12	19	17	3	4	4
- 24 oder 25	21	23	23	11	11	14	8	7	9
- 26 oder 27	10	8	9	19	24	21	26	33	29
- 28 oder 29	2	2	2	26	18	24	66	60	65
- 30 und älter	2	1	1	32	27	23	79	87	76
3. Berufsausbildung vor dem Studium									
- ja	28	26	24	84	76	78	35	31	36
- nein	72	74	76	16	24	22	4	5	5
4. Hochschulart									
- Uni	69	70	69	54	49	46	12	10	10
- FH	31	30	31	46	51	54	21	21	23
5. Hochschulsesemester									
- 1 oder 2	28	30	24	23	28	23	13	13	14
- 3 oder 4	29	29	27	24	29	27	13	14	14
- 5 oder 6	19	19	22	25	19	26	19	13	17
- 7 oder 8	16	14	17	18	16	15	16	15	13
- 9 oder 10	5	5	7	9	5	6	23	13	14
- 11 oder mehr	3	2	3	2	2	3	9	17	16
insgesamt	100	100	100	100	100	100	15	14	14

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

² Rundungsdifferenzen möglich

als ein Prozent ein Praktikum im Ausland absolviert – absolut sind das rd. 30.000 bzw. rd. 12.000 Studierende. Gegenüber 2003 hat

sich die Zahl derer, die mit BAföG-Unterstützung bereits im Ausland studiert hatten, um 30 % und solcher, die ein Auslandspraktikum

absolviert hatten, um 47% erhöht.²

8.5 Einschätzung der BAföG-Förderung aus der Sicht der Betroffenen

Fast vier Fünftel der geförderten Studierenden stimmen der Aussage zu: „Ohne BAföG-Förderung könnte ich nicht studieren.“ Auf einer Bewertungsskala von „trifft gar nicht zu“ bis „trifft völlig zu“ wurde von 79% der Geförderten die Bewertung „trifft zu“ oder „trifft völlig zu“ abgegeben (2003: 69%).

Demgegenüber fällt die Zustimmung zu den beiden Aussagen „Meine BAföG-Förderung ist angemessen.“ und „Meine BAföG-Förderung gibt mir eine sichere Planungsperspektive“ mit 53% bzw. 51% deutlich geringer aus (2003: 51% bzw. 49%). Die Einschätzung der männlichen und weiblichen Geförderten unterscheidet sich dabei nicht.

Bezogen auf die Aussage „Ohne BAföG-Förderung könnte ich nicht studieren“, ist erwartungsgemäß eine deutliche Abhängigkeit von der Höhe des empfangenen BAföG-Betrags zu erkennen. Die Zustimmung zu dieser Aussage steigt von 27% bei den Geförderten mit Beträgen bis 100 € bis auf 97% bei den Studierenden, die mit mehr als 550 € monatlich gefördert werden. Differenziert nach der sozialen Herkunft der Geförderten, wird diese Aussage ebenfalls unterschiedlich bewertet (Bild 8.16).

Auch auf die Frage, ob die Finanzierung

des Lebensunterhalts während des Studiums sichergestellt sei, äußerten sich die Geförderten der verschiedenen sozialen Herkunftsgruppen unterschiedlich (Bild 8.17). Insgesamt sehen 48% der BAföG-Empfänger/Empfängerinnen ihre Studienfinanzierung als sichergestellt (2003: 52%). Bei den nicht geförderten Studierenden gehen immerhin 66% davon aus, dass die Studienfinanzierung sichergestellt ist (2003: 70%).

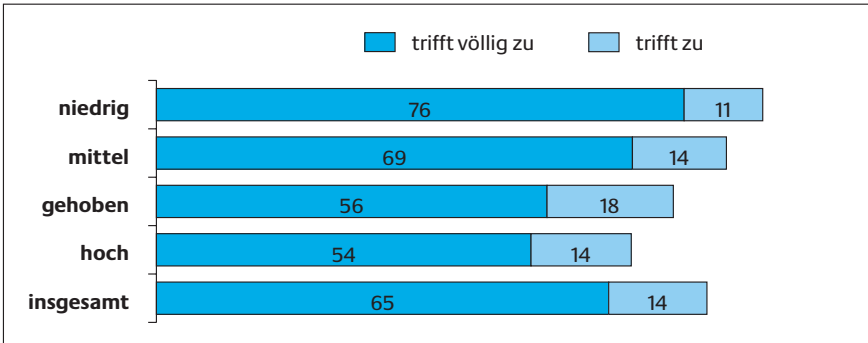
8.6 Warum kein BAföG?

Studierende, die im Sommersemester 2006 keine Förderung nach dem BAföG erhielten, begründeten dies sehr unterschiedlich, je nachdem ob sie ehemalige BAföG-Empfänger/innen sind oder bisher kein BAföG bezogen bzw. beantragt haben. Von den Erstgenannten wird mit 36% die Überschreitung der Förderungshöchstdauer am häufigsten als Grund für den Wegfall der Förderung genannt (2003: 41%). Mehr als ein Viertel der früher Geförderten (28%) fiel aus der Förderung heraus, weil sich zwischenzeitlich die Einkommenssituation im Elternhaus verändert hat (2003: 23%). 13% der ehemals Geförderten verloren den Förderungsanspruch wegen eines Studienfachwechsels, 12% wegen einer fehlenden Leistungsbescheinigung (2003: 14% bzw. 13%).

Studierende, die deshalb nicht gefördert werden, weil sie nie einen BAföG-Antrag gestellt haben oder weil ihr Erstantrag abgelehnt wurde, begründen dies vor allem mit der Einkommenssituation im Elternhaus

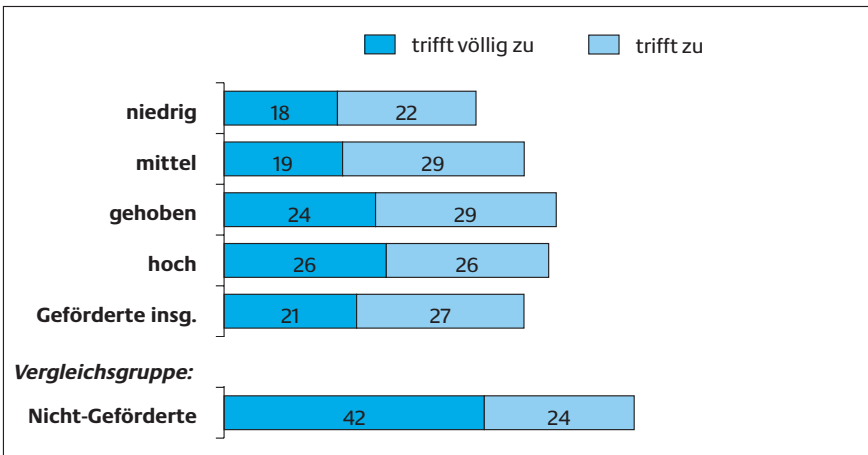
² Weitere Informationen im Sonderbericht „Internationalisierung des Studiums“.

Bild 8.16 Zustimmungsrate der Geförderten nach sozialer Herkunft zur Aussage: *Ohne BAFÖG-Förderung könnte ich nicht studieren.*
 BAFÖG-Empfänger/Empfängerinnen, in % je Herkunftsgruppe



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Bild 8.17 Zustimmungsrate der Geförderten nach sozialer Herkunft zur Aussage: *Die Finanzierung meines Lebensunterhalts während des Studiums ist sichergestellt.*
 BAFÖG-Empfänger/Empfängerinnen, in % je Herkunftsgruppe



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

(Bild 8.18). Differenziert nach der sozialen Herkunft der Studierenden erhöht sich erwartungsgemäß dieser Anteil bei steigender Herkunft von 48 % bei der Herkunftsgruppe „niedrig“ bis auf 88 % bei der Herkunftsgruppe „hoch“. Andererseits verringert sich der Anteil, der angibt, das eigene Einkommen sei zu hoch, von der unteren Herkunftsgruppe mit 34 % bis zur oberen Herkunftsgruppe mit 15 %. Hier ist davon auszugehen, dass zu-

mindest die Studierenden der unteren Herkunftsgruppen bei dieser Begründung überwiegend an den eigenen Verdienst gedacht haben. Anzumerken bleibt außerdem, dass die Begründung „will keine Schulden machen“ von den Nicht-Geförderten der Herkunftsgruppen „hoch“ und „gehoben“ mit 20 % bzw. 23 % weniger häufig angegeben wurde als von denen der Herkunftsgruppen „niedrig“ und „mittel“ mit jeweils 31 %.

Bild 8.18 Studierende, die im Sommer 2006 keine BAföG-Förderung erhalten, nach den Gründen

Bezugsgruppe „Erststudium“, Mehrfachnennungen, in %

Gründe	ehemalige BAföG-Geförderte			bisher kein BAföG erhalten		
	insg.	darunter nach Herkunft:		insg.	darunter nach Herkunft:	
		niedrig	mittel		niedrig	mittel
- Einkommen der Eltern bzw. des Ehepartners ist zu hoch	28	20	23	79	48	66
- eigenes Einkommen/Vermögen ist zu hoch	12	12	12	21	34	30
- Förderungshöchstdauer wurde überschritten	36	39	41	3	4	2
- Studienfach wurde gewechselt	13	14	13	3	5	3
- Leistungsbescheinigung konnte nicht erbracht werden	12	14	12	1	2	1
- bei Studienbeginn war das 30. Lebensjahr bereits vollendet	1	2	2	2	6	4
- der Förderungsbetrag ist so gering, dass er sich nicht lohnt	12	10	11	14	16	18
- will keine Schulden machen	12	14	13	24	31	31
- sonstiger Grund	10	9	10	6	12	8

9. Zeitbudget

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick				
Zeitaufwand für Studium und Erwerbstätigkeit (Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche)		2000	2003	2006¹
	Lehrveranstaltungen	19	18	17
	Selbststudium	17	16	17
	Erwerbstätigkeit	8	7	7
	Zeitaufwand insgesamt	45	41	41
Zeitaufwand 2006 für Studium und Erwerbstätigkeit im Studienverlauf (Erststudium)		Insges.	Studium	Erwerbs-tätigkeit
	1.- 2. Hochschulsesemester	40	37	4
	3.- 4. Hochschulsesemester	41	35	5
Mittelwerte in Stunden/ Woche	5.- 6. Hochschulsesemester	42	35	7
	7.- 8. Hochschulsesemester	41	34	7
	9.- 10. Hochschulsesemester	42	33	8
	11.-12. Hochschulsesemester	42	33	9
Zeitaufwand 2006 für Studium und Erwerbstätigkeit nach angestrebtem Abschluss (1. + 2. Hochschulsesem.)		insges.	Studium	Erwerbs-tätigkeit
	Staatsexamen (o. LA)	45	41	4
	Bachelor	42	36	6
Mittelwerte in Stunden/ Woche	Diplom (FH)	42	34	8
	Lehramt	40	34	6
	Diplom (U)	41	34	7
	Magister	39	30	9
Studierende nach Studien-Erwerbs-Typ (Erststudium, in %)		1991	2000	2006¹
	Vollzeitstudierende insgesamt	87	80	75
	Vollzeitstudierende, ohne/geringe Erwerbstätigkeit	77	67	66
	Vollzeitstudierende mit hoher Erwerbstätigkeit	10	13	9
	Teilzeitstudierende insgesamt	13	20	25
	Teilzeitstudierende, ohne/geringe Erwerbstätigkeit	8	12	17
	Teilzeitstudierende mit hoher Erwerbstätigkeit	5	8	8

¹ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

Technische Hinweise

Definitionen:

Lehrveranstaltungen

Vorlesungen, Seminare, Praktika und sonstige betreute bzw. unterstützte Studienformen.

Selbststudium

Sonstiger studienbezogener Aufwand, nicht-unterstützte Lernformen, u. a. Vor- und Nachbereitung von Lehrveranstaltungen, Fachlektüre, Haus- und Abschluss-, Bibliotheksarbeiten, Konsultationen.

Studienaufwand

Zusammenfassung von Lehrveranstaltungen und sonstigem studienbezogenen Aufwand.

Erwerbstätigkeit/Jobben

Alle Tätigkeiten zum Gelderwerb.

Vorlesungsfreie Zeit

Zeitraum, der in der Regel am Ende eines Semesters mehrere Wochen umfasst, die weitgehend frei von Lehrveranstaltungen selbstbestimmten Studienformen vorbehalten sind. Nicht gemeint sind Weihnachtsferien oder ähnliche Ferienzeiten.

Studien-Erwerbs-Typ

Zuordnung der Studierenden nach Zeitaufwand für Studienaktivitäten und Erwerbstätigkeit:

- I Vollzeitstudierende ohne bzw. mit geringer Erwerbsbelastung – Studienaufwand ≥ 25 Std./Woche und Erwerbsaufwand ≤ 15 Std./Woche
- II Vollzeitstudierende mit hoher Erwerbsbelastung – Studienaufwand ≥ 25 Std./Woche und Erwerbsaufwand > 15 Std./Woche
- III Teilzeitstudierende ohne bzw. mit geringer Erwerbsbelastung – Studienaufwand < 25 Std./Woche und Erwerbsaufwand ≤ 15 Std./Woche
- IV Teilzeitstudierende mit hoher Erwerbsbelastung – Studienaufwand < 25 Std./Woche und Erwerbsaufwand > 15 Std./Woche

Bezugsgruppe:

deutsche Studierende und studierende Bildungsinländer/innen, von denen für mindestens eine Tätigkeit (Lehrveranstaltungen, Selbststudium, Erwerbstätigkeit) Zeitangaben vorliegen

Datenquellen:

18. Sozialerhebung, insbesondere Fragen 12 und 13

Vorbemerkung

Die Analyse des studentischen Zeitbudgets im Rahmen der Sozialerhebung beschränkt sich auf die Zeiten, die Studierende während der Vorlesungszeit für den Besuch von Lehrveranstaltungen (Vorlesungen, Seminare, Praktika und sonstige betreute Studienformen), für das Selbststudium (sonstige selbstgeleitete studienbezogene Tätigkeiten) und für eine eventuelle Erwerbstätigkeit neben dem Studium aufwenden.

Bis zur 17. Sozialerhebung wurden die Befragten gebeten zu schätzen, wie viel Zeit sie in einer typischen Semesterwoche für die drei genannten Tätigkeitsarten investieren. Mit dieser Frageform hatte ein Teil der Studierenden Schwierigkeiten, weil es nach ihrer Erfahrung keine „typische“ Semesterwoche gibt. Mit der 18. Sozialerhebung wurde nach dem Zeitaufwand gefragt, den die Studierenden in der „vergangenen“ Woche für die drei genannten Tätigkeitsarten hatten. Das bereitete wiederum Einigen Probleme, weil sie gerade die vergangene Woche als „untypisch“ betrachteten.

Ungeachtet dessen, können die Zeitangaben zum Sommersemester 2006 insgesamt als plausibel eingestuft werden. Wie nachfolgend gezeigt wird, hat sich die modifizierte Frageform kaum auf die Ergebnisse ausgewirkt, wohl auch deshalb, weil durch den großen Stichprobenumfang und die relativ lange Feldphase von fast vier Monaten (Mai bis August 2006) Schwankungen, die im Semesterverlauf bestehen oder durch

Feiertage bedingt sind, in der Summe aufgefangen und im Ergebnis „gemittelt“ werden.

Der Zeitaufwand wird anhand einer Tabelle erfasst, in die wochentaggenau die auf volle Stunden gerundeten Aufwendungen für Lehrveranstaltungen, Selbststudium und Erwerbstätigkeit in der Woche eingetragen werden sollen. Bezugszeitraum war jeweils die Woche, die der Woche vorausging, in der die Befragten den Bogen ausgefüllt haben. Es wurden alle Studierenden in die Analyse aufgenommen, die für mindestens eine Tätigkeitsart plausible Zeitangaben gemacht hatten. Die nachfolgend ausgewiesenen Mittelwerte enthalten demnach – sofern nicht anders ausgewiesen – auch die Angaben derer, die für eine bestimmte Aktivität aktuell keinen Zeitaufwand hatten, beispielsweise weil sie nicht erwerbstätig waren oder in der Studienabschlussphase keine Lehrveranstaltungen mehr besuchten.

9.1 Zeitaufwand für das Studium

Der studienbezogene Zeitaufwand umfasst sowohl den Besuch von Lehrveranstaltungen im weiteren Sinne, das heißt Vorlesungen, Seminare, betreute Laborarbeiten, Pflichtpraktika usw., als auch alle übrigen im Zusammenhang mit dem Studium erforderliche Tätigkeiten, wie zum Beispiel das Vor- und Nachbereiten von Lehrveranstaltungen, die Anfertigung schriftlicher Arbei-

ten, die Ausleihe und Lektüre von Fachliteratur, der Besuch von Sprechstunden und Konsultationen. Letztere werden unter dem Begriff Selbststudium subsummiert.

Der Umfang des Studienaufwandes insgesamt und seine Zusammensetzung aus Zeiten für Lehrveranstaltungen bzw. Zeiten des selbstgeleiteten Studiums hängen mit zahlreichen Faktoren zusammen, wie nachfolgend gezeigt werden wird.

9.1.1 Studienaufwand nach Art des Studiums

Der Studienaufwand hängt in hohem Maße mit der Art des Studiums zusammen. Erwartungsgemäß investieren Studierende im Erststudium vergleichsweise viel Zeit in ihr Studium: Für Lehrveranstaltungen und Selbststudium bringen sie wöchentlich ins-

gesamt etwa 34 Stunden auf. Gemessen am Zeitbudget, sind beide hier betrachteten Studienformen nahezu gleich wichtig und beanspruchen einen Zeitumfang von jeweils etwa 17 Stunden in der Woche (Bild 9.1). In postgradualen Studiengängen hat das Selbststudium erwartungsgemäß eine ungleich höhere Bedeutung als der Besuch von Lehrveranstaltungen.

Verglichen mit den Befunden der letzten Sozialerhebung, hat sich der studienbezogene Zeitaufwand kaum verändert: Bei gleichgebliebenem Gesamtumfang investierten Studierende im Erststudium im Jahr 2006 etwa eine Stunde pro Woche mehr ins Selbststudium zu Lasten der Zeit für Lehrveranstaltungen, für die eine Stunde weniger Zeit aufgewandt wurde als noch 2003 (Bild 9.2).

Bild 9.1 Studienaufwand nach Art des Studiums
Mittelwerte in Stunden/Woche

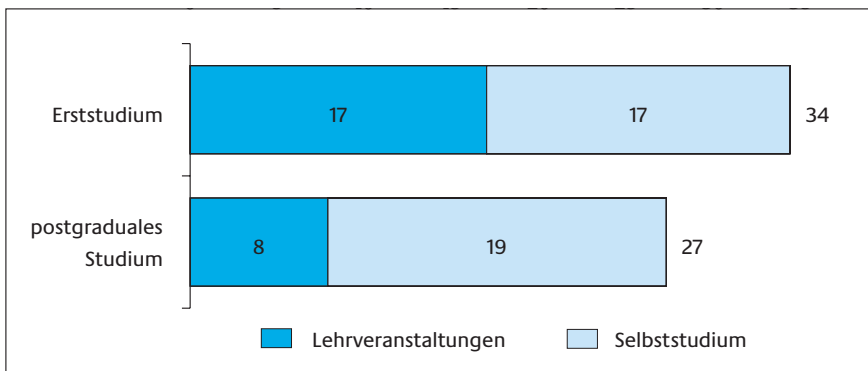
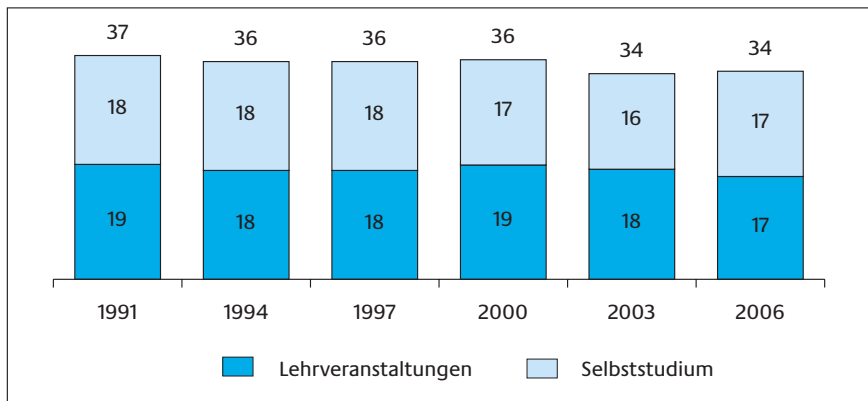


Bild 9.2 Studienbezogener Zeitaufwand 1991 - 2006¹
Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



¹ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Der Rückgang des Studienaufwands, wie er seit Beginn der 1990er Jahre bis zum Jahr 2003 beobachtet worden war, hat sich offenbar nicht weiter fortgesetzt.

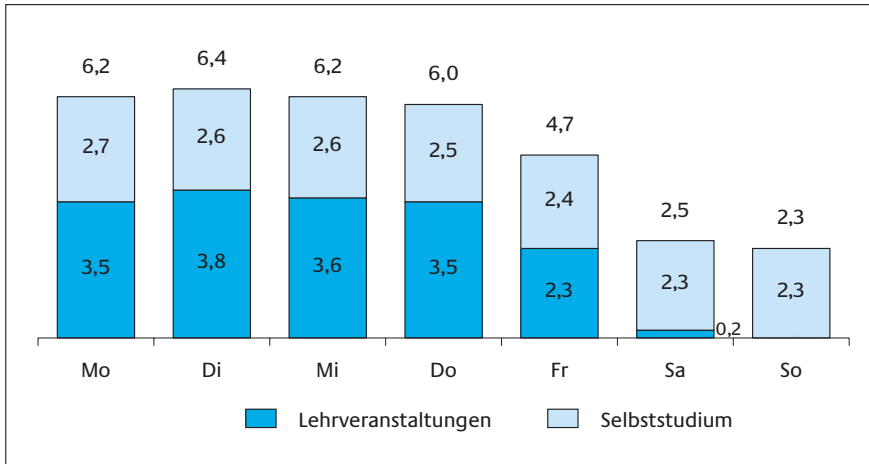
Aufgrund der noch immer relativ geringen Anzahl an Studierenden in Bachelor-Studiengängen schlagen sich mögliche Veränderungen, zum Beispiel umfangreichere studienbezogene Zeitinvestitionen, noch nicht auf den Studienaufwand im Durchschnitt aller Studierenden nieder.

Die zeitlich weitgehend gleichrangige Bedeutung von betreuten und unbetreuten Studienformen, wie sie mit den Daten der Sozialerhebung seit Jahren dokumentiert wird, besteht jedoch nur als durchschnittliche Gesamtrelation, die einzelne Studien-

phasen unberücksichtigt lässt.

Im Verlauf einer Studienwoche verändert sich die zeitliche Beanspruchung durch Lehrveranstaltungsbesuch und Selbststudium. Mit Ausnahme des Freitags haben Lehrveranstaltungen an den Werktagen gegenüber selbstbestimmten Studienaktivitäten die zeitlich größere Bedeutung (Bild 9.3). Von den etwas mehr als sechs Stunden, die Studierende im Erststudium täglich im Durchschnitt dem Studium widmen, übersteigen die Zeiten für Lehrveranstaltungen die des Selbststudiums um ungefähr eine Stunde. Die Zeitaufwendungen für das Selbststudium am weitgehend lehrveranstaltungs-freien Wochenende bleiben im Mittel unterhalb des Niveaus der Werktage.

Bild 9.3 Zeitaufwand für das Studium im Wochenverlauf
Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Tag



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Studierende reservieren sich offenbar – ebenso wie die meisten Arbeitnehmer/innen – das Wochenende für freizeitbetonte Aktivitäten.

Auch gemessen an der Teilnahmequote an Lehrveranstaltungen und dem dafür aufgewendeten Zeitumfang erstreckt sich die Studienwoche im Wesentlichen von Montag bis Donnerstag. Etwa drei Viertel der Studierenden im Erststudium nehmen an diesen Tagen an Lehrveranstaltungen teil und wenden dafür fast fünf Stunden auf (Bild 9.4). Fast 20 % niedriger ist die Teilnahme an Lehrveranstaltungen am Freitag, die zudem noch um fast eine Stunde kürzer ausfällt. Das hängt auch mit einem reduzierten

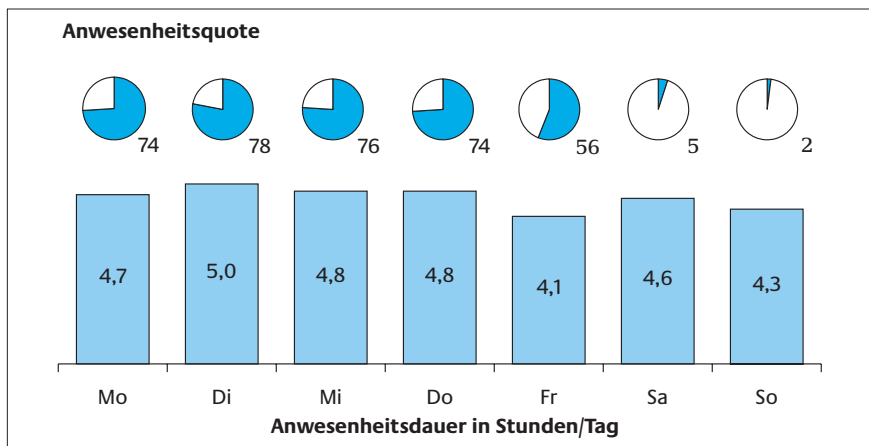
Angebot an Lehrveranstaltungen an diesem Wochentag zusammen.

Am Wochenende werden nur vereinzelt Blockseminare besucht oder Laborpraktika u. ä. absolviert.

9.1.2 Studienaufwand im Studienverlauf

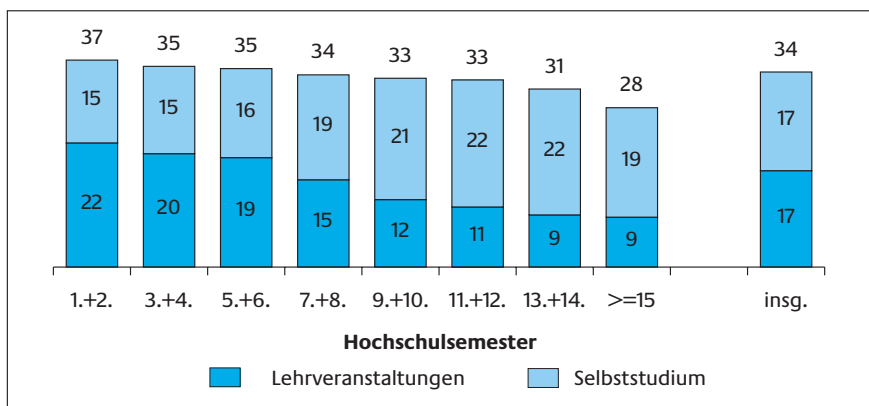
Zu Beginn des Studiums ist der studienbezogene Zeitaufwand mit durchschnittlich fast 37 Stunden pro Woche am höchsten. In diesem Zeitbudget nehmen Lehrveranstaltungen mit sechs von zehn Stunden einen hohen Stellenwert ein (Bild 9.5). Im Studienverlauf reduziert sich der zeitliche Gesamtaufwand für das Studium immer mehr – und

Bild 9.4 Anwesenheit an der Hochschule zu Lehrveranstaltungen und Anwesenheitsdauer an den Präsenztagen
 Studierende im Erststudium, Anwesenheitsquote in %, Mittelwerte in Stunden/Tag bezogen auf den jeweils anwesenden Teil der Studierenden



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Bild 9.5 Studienbezogener Zeitaufwand im Studienverlauf
 Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

zwar ausschließlich zu Lasten der Zeit, die für die Teilnahme an Lehrveranstaltungen aufgewendet wird. Das Selbststudium hingegen gewinnt sukzessive an Bedeutung. Zum Ende des Studiums erreicht es einen Anteil von mehr als zwei Drittel des gesamten studienbezogenen Stundenumfangs.

Relativ unabhängig von der Studienphase verläuft die Studienwoche für alle nach einem ähnlichen Muster ab, wenngleich auf unterschiedlichem Niveau: Von Montag bis Donnerstag ist der Anteil derer, die Zeit in betreute bzw. unbetreute Studienformen investieren, insgesamt am höchsten (Bild 9.6). Wie bereits erwähnt, reduziert sich freitags der Anteil derer, die Lehr-

veranstaltungen besuchen, schon deutlich. Selbstgeleitete Studienaktivitäten verlieren an diesem Wochentag jedoch ebenfalls an Bedeutung. Am Wochenende finden kaum Lehrveranstaltungen statt. Mindestens jeder zweite widmet sich an diesen Tagen dem Selbststudium.

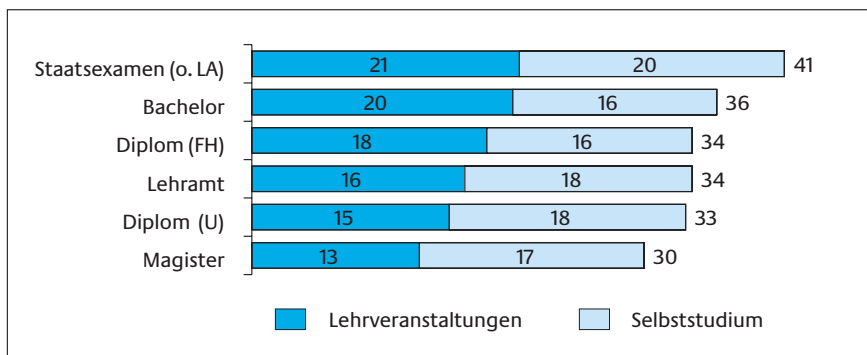
9.1.3 Studienaufwand nach angestrebtem Abschluss

Im Vergleich der Studiengänge werden jedoch zum Teil recht große Unterschiede deutlich: So verringert sich beispielsweise der Zeitaufwand für Lehrveranstaltungen für Studierende, die ein Staatsexamen anstreben, weniger stark als für Studierende

Bild 9.6 Studierende mit Zeitaufwand für Lehrveranstaltungen und Selbststudium im Wochenverlauf nach Anzahl absolvierter Hochschulsemeister
Studierende im Erststudium, Anteil Studierender mit entsprechendem Zeitaufwand in %

Lehrveranstaltungsbesuch							
ausgewählte Hochschulsemeister	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
1. + 2.	93	93	93	89	71	4	1
5. + 6.	83	87	85	83	63	5	2
9. + 10.	53	58	57	54	41	4	2
13. + 14.	41	44	44	42	28	5	3
Selbststudium							
ausgewählte Hochschulsemeister	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
1. + 2.	80	79	78	74	64	60	62
5. + 6.	79	76	75	72	65	60	58
9. + 10.	79	79	77	74	70	60	56
13. + 14.	77	77	76	74	67	57	54

Bild 9.7 Studienaufwand nach Art des angestrebten Abschlusses
Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

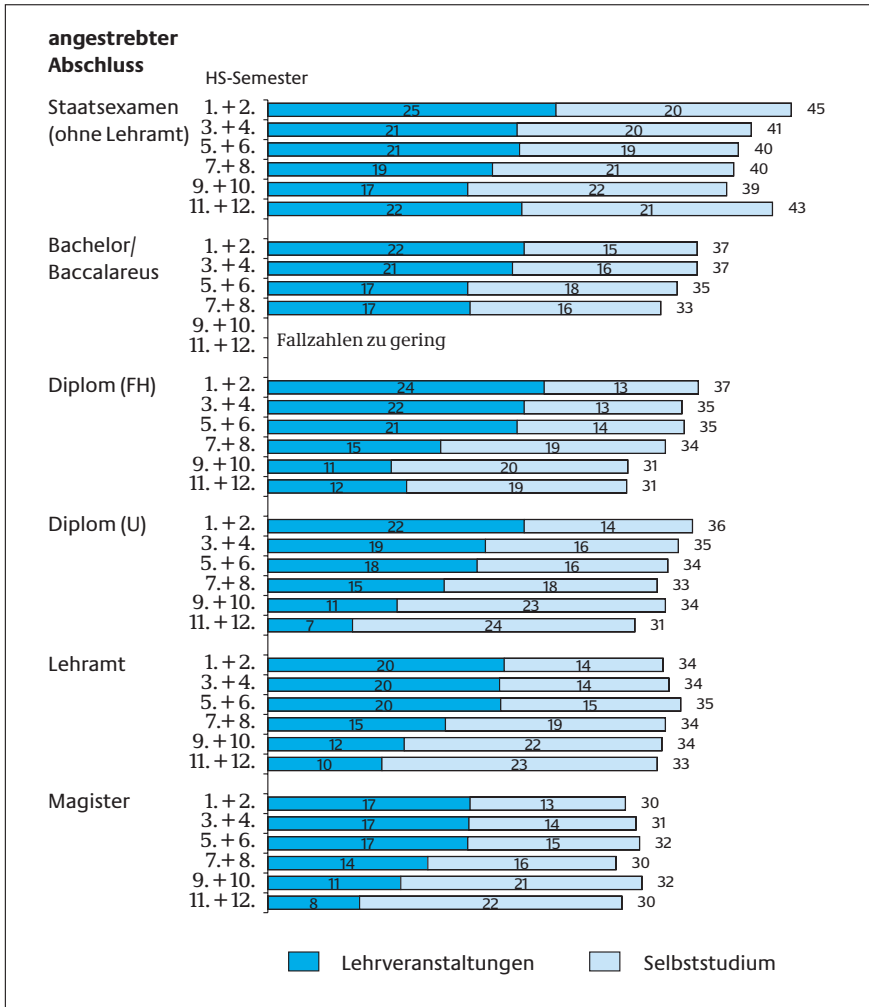
anderer Abschlussarten (Bild 9. 7). Gegen Ende des Studiums ist hier sogar ein erneuter Anstieg an betreuten Studienformen zu verzeichnen, was hauptsächlich auf die für die Examensvorbereitung unerlässlichen Tutorien in rechtswissenschaftlichen Studiengängen zurückzuführen sein wird.

Die Disparitäten im studienbezogenen Gesamtaufwand zwischen den einzelnen Studiengängen sind in erster Linie auf Disparitäten im Umfang der Zeiten für Lehrveranstaltungen zurückzuführen und weniger auf Unterschiede, die sich aus dem Aufwand für das Selbststudium ableiten. Mit der Einführung der neuen Studiengänge wird insbesondere für Bachelor-Studiengänge eine Verdichtung des Studiums erwartet, die sich anhand der hier erhobenen Daten andeutet. Werden die Studiengänge außer

Acht gelassen, aus denen sich die gegenwärtigen Bachelor-Studiengänge nicht rekrutieren bzw. die in absehbarer Zeit nicht umgestellt werden (Staatsexamen), dann liegt der zeitbezogene Studienaufwand der Studierenden in Bachelor-Studiengängen in den ersten beiden Studienjahren leicht über dem Durchschnitt. Das wird jedoch in erster Linie durch ihren höheren Aufwand für das Selbststudium erreicht und nicht durch einen überdurchschnittlich hohen Zeitaufwand für den Besuch von Lehrveranstaltungen (Bild 9.8).

Dieser Befund wird bestätigt, wenn zum Beispiel der Besuch von Lehrveranstaltungen ausschließlich der Studierenden verschiedener Studiengänge miteinander verglichen werden, die sich im 1. und 2. Hochschulsesemester befinden. Studierende im

Bild 9.8 Studienaufwand nach Art des Abschlusses und absolvierten Hochschulsemestern
 Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



Bachelor-Studium frequentieren im Verlauf einer Studienwoche weder anteilig mehr noch zeitlich länger Lehrveranstaltungen als beispielsweise Studierende, die in einem (Uni-)Diplomstudiengang immatrikuliert sind oder ein Staatsexamen anstreben (Bild 9.9). Wie in allen anderen Studiengängen, fällt auch im Bachelor-Studium der betreute Studienaufwand sowohl im Anteil als auch gemessen am Umfang freitags deutlich ab im Vergleich zu den übrigen Wochentagen.

9.1.4 Studienaufwand nach Hochschulart

Gemessen am Studienaufwand insgesamt unterscheiden sich Studierende an Universitäten von denen an Fachhochschulen nicht. Im Sommersemester 2006 investieren beide Gruppen durchschnittlich 34 Stunden in ihr Studium und damit den gleichen Umfang wie drei Jahre zuvor. Dahinter steht für beide Hochschularten ein weiterer Rückgang der Zeit für den Besuch von Lehrveranstaltungen zu Gunsten eines wachsenden Zeitbudgets für selbstbestimmte Studienaktivitäten. Im Durchschnitt aller Studierenden im Erststudium überwiegt an Fachhochschulen jedoch nach wie vor die Zeit, die be-

treute Studienformen einnehmen, im Gegensatz zu den Universitäten, an denen inzwischen das Selbststudium die meiste studienbezogene Zeit in Anspruch nimmt.

9.1.5 Studienaufwand nach Fächergruppen

Das studierte Fach ist von hoher Relevanz für den zeitlichen Studienaufwand. Die entsprechenden Unterschiede zwischen den Studienfächern sind zum Teil erheblich und können als traditionell charakterisiert werden: Den größten Studienaufwand haben Studierende der Fächergruppe Medizin, wozu die Fächer Human-, Zahn-, Tiermedizin und neustens auch Gesundheitswissenschaften gehören (Bild 9.10).

Im Jahr 2006 lag ihr studienbezogenes Zeitbudget bei 43 Stunden in der Woche und damit im Vergleich zum Jahr 2003 unverändert hoch. Den durchschnittlich zweithöchsten Studienaufwand betreiben mit 40 Stunden in der Woche Studierende der Fachrichtungen Biologie/Chemie bzw. Architektur/Bauwesen. Letztere investieren mit 23 Wochenstunden im Vergleich aller Fachrichtungen die meiste Zeit in selbstgeleitete Studienaktivitäten.

Einen studienbezogenen Gesamtaufwand, der oberhalb des Durchschnitts liegt, haben ebenso Studierende der Fachrichtungen Elektrotechnik/Elektronik, der Geowissenschaften/Physik, der Kunst/Kunstwissenschaften und des Maschinenbaus. Wiederholt zeigen die Befunde der Sozialerhebung,

Studienaufwand Erststudium (Std./Wo.)	FH			Uni		
	'00	'03	'06 ¹	'00	'03	'06 ¹
Lehrveranst.	22	21	19	18	17	16
Selbststudium	15	13	15	18	17	18
insgesamt	37	34	34	36	34	34

¹ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

Bild 9.9 Anwesenheit zu Lehrveranstaltungen im Wochenverlauf nach Abschlussart
Studierende im 1. und 2. Hochschulsesemester, in %/Tag bzw. Mittelwerte in Stunden/Tag

Anwesende zu Lehrveranstaltungen (in %)							
angestrebter Abschluss	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
Diplom (FH)	92	92	91	89	70	5	1
Diplom (Uni)	95	95	96	90	76	3	1
Magister	91	90	88	97	56	2	1
Bachelor	91	90	91	87	70	6	2
Staatsexamen (o. LA)	96	97	98	91	75	5	1
Lehramt	91	95	94	92	63	2	1
Anwesenheit zu Lehrveranstaltungen (in Stunden je Tag)							
angestrebter Abschluss	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
Diplom (FH)	6	6	5	6	4	4	2
Diplom (Uni)	5	5	5	5	4	3	5
Magister	4	5	4	4	3	4	4
Bachelor	5	5	5	5	4	5	4
Staatsexamen (o. LA)	5	6	6	5	4	4	4
Lehramt	5	5	5	5	3	5	5

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

dass in Fachrichtungen wie Psychologie, Sprach-/Kulturwissenschaften, Pädagogik und Sozialwissenschaften/Sozialwesen das Studium mit einem unterdurchschnittlich hohen wöchentlichen Zeitaufwand absolviert wird. Diese Unterschiede sind überwiegend fachkultureller Art und bestehen über alle Studienphasen hinweg, wie eine Differenzierung nach der Anzahl bereits absolvierter Hochschulsesemester zeigt (Bild 9.11).

Alle Fachrichtungen weisen das bereits beschriebene Verlaufsmuster auf: Zu Be-

ginn des Studiums ist die investierte Zeit am höchsten und hier vor allem der Aufwand, der für den Besuch von Lehrveranstaltungen anfällt. Im Verlaufe des Studiums geht der Anteil dieser Studientätigkeit zu Gunsten umfassenderer Zeiten für das Selbststudium zurück. Die von Anbeginn des Studiums bestehenden Unterschiede im Umfang des Studienaufwandes in den einzelnen Fächergruppen bleiben relativ konstant über den gesamten Studienverlauf bestehen.

Bild 9.10 Studienaufwand im Vergleich der Fachrichtungen
Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche

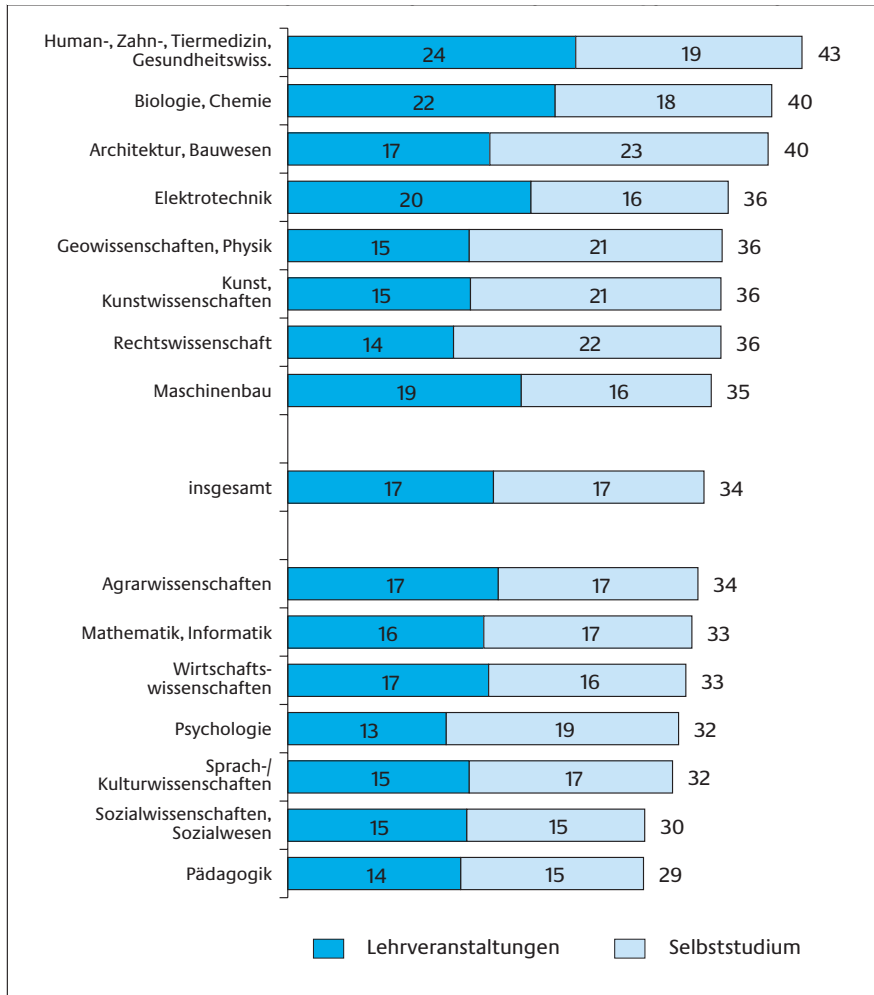
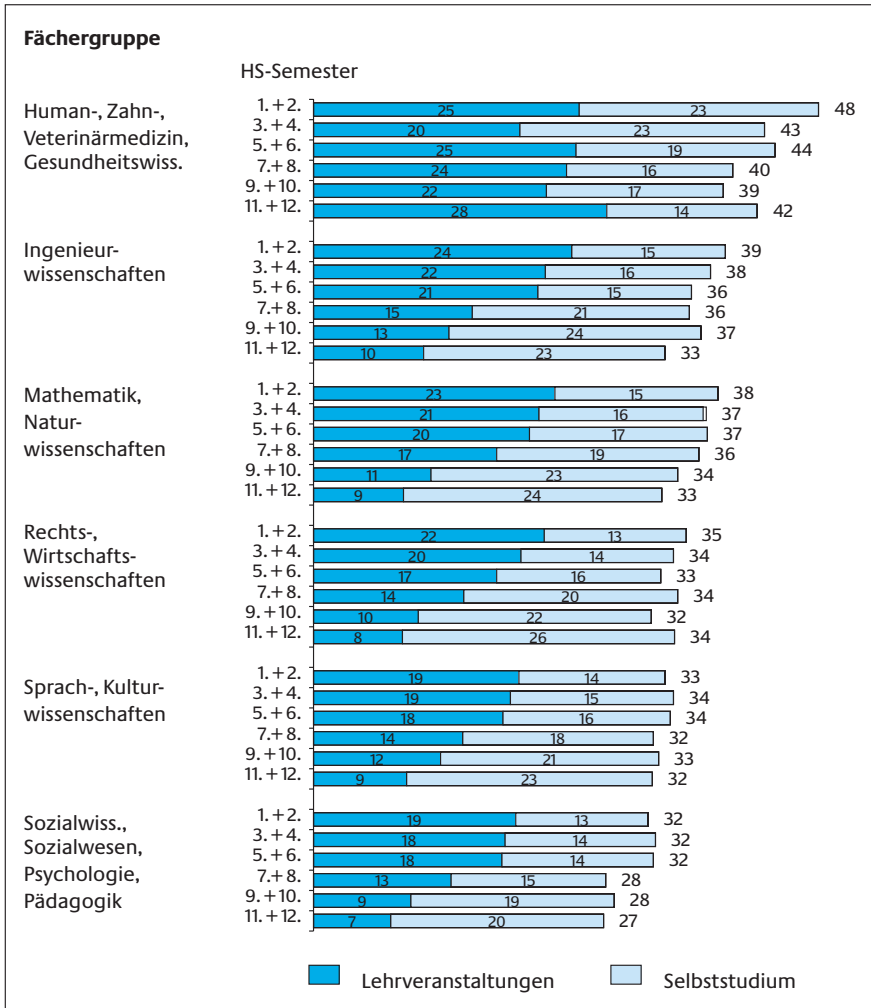


Bild 9.11 Studienaufwand nach Fächergruppen und absolvierten Hochschulsemestern
 Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



9.2 Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit

Zum studentischen Zeitbudget gehören für einen in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegenen Anteil Studierender auch Zeiten für Erwerbstätigkeit (vgl. Kapitel 10), die mit den Anforderungen des Studiums in Übereinstimmung gebracht werden müssen und die den Ablauf der Woche auch während der Vorlesungszeit zum Teil nicht unwesentlich mitbestimmen.

Die Zeitinvestitionen in einen Job neben dem Studium sind unterschiedlich hoch und variieren in Abhängigkeit von vielfältigen Merkmalen, zu denen auch zahlreiche Charakteristika des Studiums gehören.

9.2.1 Erwerbsaufwand nach Art des Studiums

Die studienbegleitende Erwerbstätigkeit gewinnt im Studienverlauf sukzessive an Raum. Im Erststudium, und hier insbesondere zu Beginn, ist der Anteil derer, die nebenher jobben, noch relativ gering. Wer einen ersten akademischen Abschluss anstrebt, arbeitete im Sommersemester 2006 durchschnittlich etwa 6,8 Stunden in der Woche.

Im Vergleich zu 2003 hat sich dieser Erwerbsaufwand um etwa eine halbe Stunde

Erwerbsaufwand (arithm. Mittelwert in Std./Wo.)	2003		2006 ¹	
	insg.	mit Job	insg.	mit Job
Erststudium	7,4	11,8	6,8	11,2

¹ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

reduziert – und zwar sowohl bezogen auf alle Studierende als auch auf diejenigen beschränkt, die tatsächlich neben dem Studium erwerbstätig sind.

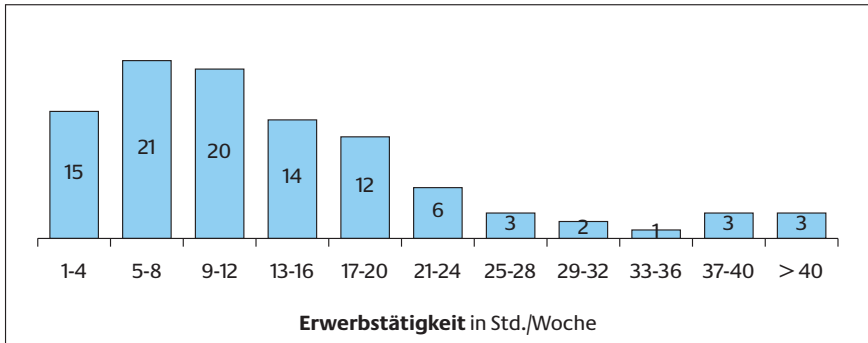
Dieser Mittelwert, der alle Studierende einbezieht unabhängig davon, ob sie einen Job neben dem Studium haben oder nicht, täuscht darüber hinweg, dass die zeitliche Belastung derjenigen, die tatsächlich jobben, höher liegt (vgl. Bild 9.16).

Nur etwa ein Drittel der erwerbstätigen Studierenden hat einen Zeitaufwand von maximal einem Arbeitstag, bei zwei Dritteln jedoch liegt die Erwerbsbelastung darüber (Bild 9.12). Unter den Studierenden im Erststudium arbeiten 30 % mehr als 16 Stunden in der Woche. Sie können damit de facto als teilzeitbeschäftigt eingestuft werden.

Die Erwerbstätigkeit erstreckt sich auf die gesamte Studienwoche. Im Vergleich zum studienbezogenen Zeitaufwand (vgl. Bild 9.6) weist der Anteil derer, die einem Job nachgehen, weniger starke Schwankungen auf und beträgt an den Werktagen jeweils ca. ein Fünftel aller Studierenden im Erststudium (Bild 9.13). Der Freitag bildet wiederum eine Ausnahme: Korrespondierend zum verringerten Studienaufwand ist an diesem Tag die Quote erwerbstätiger Studierender mit fast einem Viertel besonders hoch.

Am Wochenende, insbesondere jedoch am Sonntag, ist der Anteil erwerbstätiger Studierender vergleichsweise gering, was die oben aufgestellte These stützt, dass das

Bild 9.12 Studierende nach Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit
erwerbstätige Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

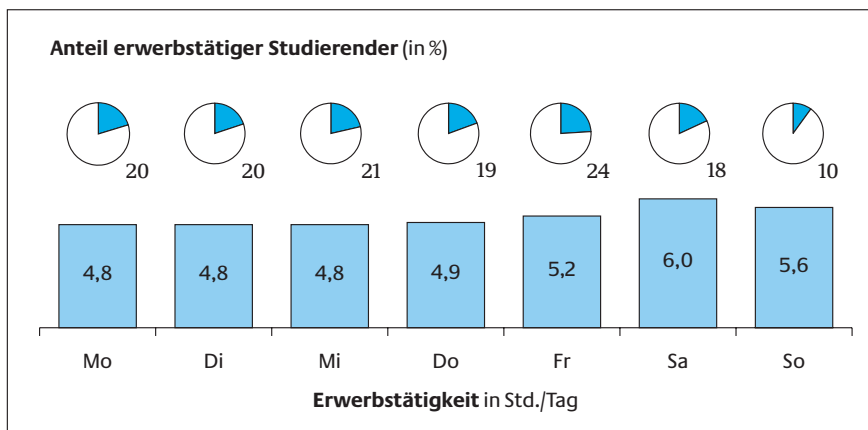
Wochenende der Freizeit vorbehalten ist. Diejenigen jedoch, die am Wochenende jobben, tun das im Umfang von durchschnittlich etwa sechs Stunden, was im Vergleich zu den anderen Wochentagen der höchste Zeitaufwand ist.

Anhand der Daten der Sozialerhebung sind mögliche Veränderungen des studentischen Zeitbudgets in den neuen Studiengängen noch nicht vollständig abzulesen. Die Quoten an erwerbstätigen Studierenden liegen in Bachelor-Studiengängen an allen Wochentagen eher im Mittelfeld aller Studiengänge. Der tägliche Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit schwankt je nach Studiengang recht breit und liegt für Studierende, die einen Bachelor anstreben, an allen Wochentagen ebenfalls im mittleren Bereich.

9.2.2 Erwerbsaufwand nach Hochschulart

Studierende an Fachhochschulen sind durchschnittlich 8 Stunden in der Woche neben dem Studium erwerbstätig. Das ist deutlich länger als an Universitäten, deren Studierende im Mittel 6,3 Stunden pro Woche arbeiten (Bild 9.14, Mittelwerte in unterer Grafik). Die Differenz von 1,7 Stunden hat sich Vergleich zum Sommersemester 2003 mehr als verdoppelt: Vor drei Jahren jobbten Studierende an Fachhochschulen mit 7,9 Stunden pro Woche durchschnittlich 0,6 Stunden mehr als Studierende an Universitäten, die 7,3 Stunden arbeiteten. Der Grund für diese Entwicklung ist nahezu vollständig im Rückgang der Erwerbszeiten seitens der Studierenden an den Universitäten zu suchen, die 2006 ca. eine Stunde weniger erwerbstätig waren als noch 2003.

Bild 9.13 Erwerbstätigkeit und Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit im Wochenverlauf
Studierende im Erststudium, in %, Mittelwerte in Stunden/Tag



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

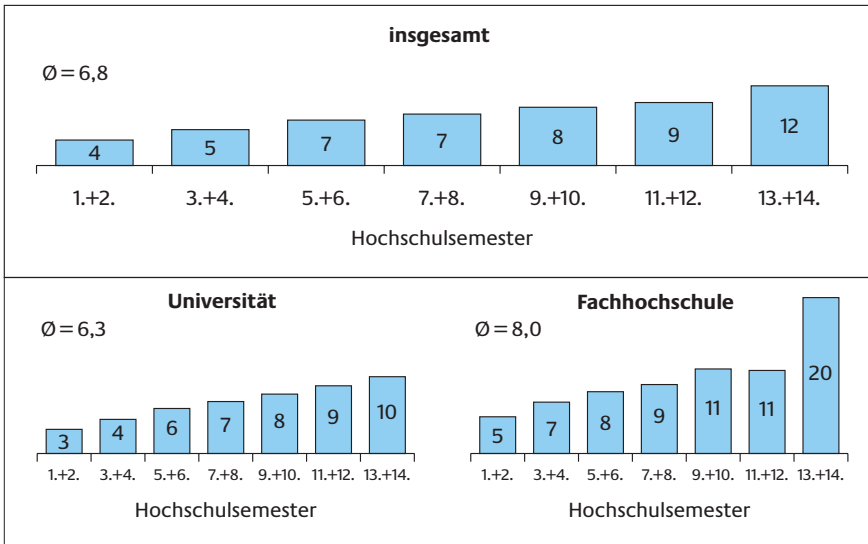
Der höhere Erwerbsaufwand von Studierenden an Fachhochschulen erklärt sich aus zahlreichen Besonderheiten: Sie sind häufiger bereits vor dem Studium erwerbstätig gewesen, haben häufiger schon eine Berufsausbildung, ein studienvorbereitendes Praktikum o. ä. absolviert (vgl. Kap. 2). Damit im Zusammenhang steht, dass sie durchschnittlich älter sind als Studierende an Universitäten und zudem finanziell unabhängiger vom Elternhaus leben (müssen). Darüber hinaus haben bereits relativ viele von ihnen einen eigenen Haushalt bzw. eine eigene Familie gegründet (vgl. Kap. 4).

9.2.3 Erwerbsaufwand im Studienverlauf

Während des Studiums steigt nicht nur der Anteil derer, die nebenher jobben, sondern es erhöht sich gleichzeitig der in die Erwerbstätigkeit investierte Zeiteumfang. Während Studierende im ersten Studienjahr pro Woche durchschnittlich etwa vier Stunden für Geld arbeiten, beträgt der entsprechende Zeitaufwand zum Ende der Regelstudienzeit ungefähr acht Stunden und ist damit bereits doppelt so hoch (Bild 9.14).

Langzeitstudierende, insbesondere jedoch diejenigen, die die Fördervoraussetzungen des BAföG verloren haben, dehnen die Erwerbstätigkeit jenseits der Regelstudienzeit sprunghaft aus. Gerade ehemalige

Bild 9.14 Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit im Studienverlauf insgesamt und nach Hochschulart
 Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

BAföG-Empfänger/innen müssen jetzt mehr jobben, um den Wegfall der finanziellen Förderung zu kompensieren (siehe Kap. 6).

Die im Studienverlauf steigende Erwerbstätigkeit umfasst alle Werkzeuge gleichermaßen. Lediglich am Wochenende ist der Anteil erwerbstätiger Studierender in allen Studienjahren etwas geringer als in der übrigen Woche (Bild 9.15). Die Anzahl der Stunden, die täglich für Jobs aufgewandt werden, liegt an Werktagen zwischen vier und sechs Stunden, bei deutlicher Differenzierung in Abhängigkeit von der Studien-

phase. Zum Wochenende hin nimmt der Erwerbsaufwand zu. Er ist bereits freitags relativ hoch und erreicht sonnabends die höchste Stundenzahl (Bild 9.15). Die vergleichsweise wenigen, die am Wochenende erwerbstätig sind, jobben jedoch besonders lange.

An den Universitäten ist der Umfang der Erwerbstätigkeit Studierender von Beginn an etwas geringer als an Fachhochschulen (Bild 9.14). An Fachhochschulen ist der Erwerbsaufwand bereits zu Studienbeginn mit ca. fünf Stunden in der Woche relativ hoch

und nimmt im weiteren Studienverlauf zudem rascher und stärker zu, als das für Universitäten zu beobachten ist. Die Ursachen hierfür sind vielfältig und zum Beispiel im für Fachhochschulen typischen Profil der Studierenden zu suchen: Zahlreiche Merkmale¹ stehen mit einer höheren Quote studentischer Selbstfinanzierung in Zusammenhang (vgl. Kap. 6 Einnahmen).

¹ Dazu gehören beispielsweise im Durchschnitt eine spätere Studienaufnahme, anteilig mehr Studierende mit abgeschlossener Berufsausbildung bzw. mit längerer Berufserfahrung, höhere Anteile aus sozial schwächeren Schichten, mehr ältere Studierende, die sich bereits stärker vom Elternhaus abgelöst und häufiger bereits eine eigene Familie haben.

9.3 Zeitbudget aus Studium und Erwerbstätigkeit

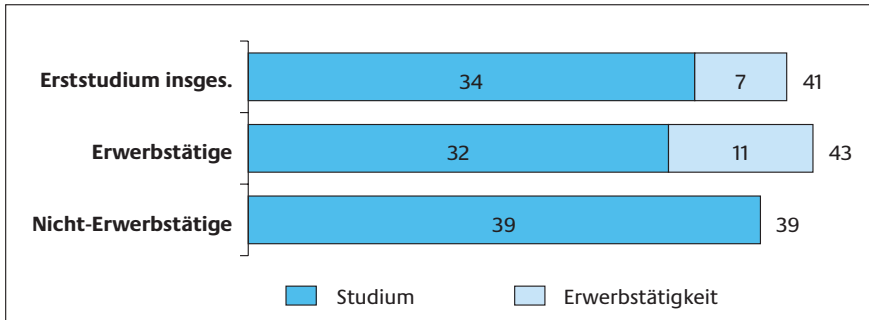
Die Zeitaufwendungen für Studium und Erwerbstätigkeit führen in der Summe für Studierende im Erststudium zu einer Belastung von durchschnittlich etwas mehr als 41 Stunden in der Woche. In postgradualen Studiengängen liegt die Gesamtbelastung um zwei Stunden pro Woche höher. Letztere haben im Vergleich zu Studierenden im Erststudium einen mehr als doppelt so hohen Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit bei gleichzeitig geringerem studienbezogenen Zeitbudget (Bild 9.16).

Hinter diesem Gesamteindruck verbirgt sich jedoch eine relativ große Spannweite

Bild 9.15 Studierende mit Zeitaufwand für Erwerbstätigkeit und Dauer der Erwerbstätigkeit im Wochenverlauf nach Anzahl absolvierter Hochschulsemeister
Studierende im Erststudium, Anteil Studierender mit entsprechendem Zeitaufwand in %

ausgewählte Hochschulsemeister	Erwerbstätigenquote (in %)						
	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
1. + 2.	9	10	11	10	17	14	7
5. + 6.	20	19	21	20	23	20	11
9. + 10.	27	27	27	25	27	18	11
13. + 14.	36	34	33	31	37	23	13
ausgewählte Hochschulsemeister	Dauer der Erwerbstätigkeit (in Std./Tag)						
	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
1. + 2.	4	4	5	5	5	6	5
5. + 6.	5	4	5	4	5	6	6
9. + 10.	5	5	5	5	5	6	6
13. + 14.	6	6	6	6	6	6	5

Bild 9.16 Gesamtaufwand für Studium und Erwerbstätigkeit
Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

im Zeitbudget Studierender: Ein knappes Viertel bringt wöchentlich maximal 30 Stunden für Studium und Job auf (23 %, Bild 9.17), mehr als jeder Vierte hat einen Zeitaufwand zwischen 30 und 40 Wochenstunden (27 %), ein weiteres Viertel (26 %) wendet für beides zwischen 40 und 50 Stunden je Woche auf. Einen vergleichsweise hohen Zeitaufwand von zum Teil deutlich mehr als 50 Stunden hat nach eigener Darstellung fast jeder vierte Studierende (24 %).

9.3.1 Zeitbudget nach regionalen Merkmalen

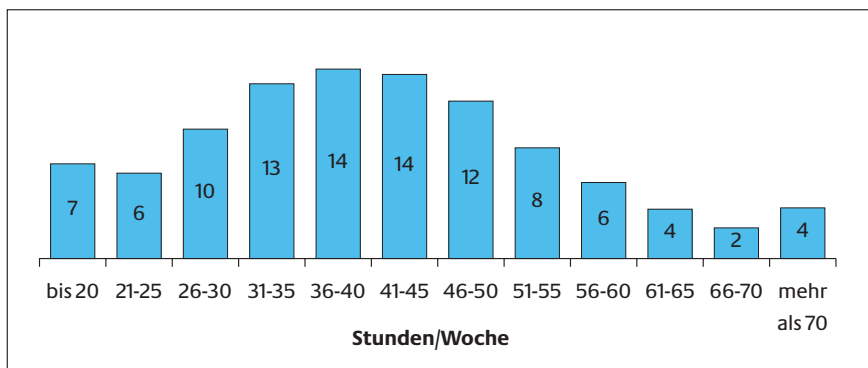
Umfang und Zusammensetzung des studentischen Zeitbudgets hängen unter anderem mit zahlreichen Standortfaktoren zusammen. Es wird beispielsweise von Merkmalen des regionalen Arbeitsmarktes (Arbeitslosigkeit, Stellenangebote, Anzahl jobsuchender Studierender), von den ortsspezifischen

Lebensverhältnissen (Wohn-, Unterhaltskosten), von der Größe des Hochschulstandortes bzw. der Hochschule, von der Fachkultur (Regelungsdichte des Studiums, Akzeptanz von Jobs) mitbestimmt.

Studierende in den neuen Ländern investieren nach wie vor mehr Zeit in das Studium als Studierende in den alten Ländern. Der Unterschied hat sich jedoch im Vergleich zu den Vorjahren verringert (von +2 Stunden pro Woche seit 1997 auf +1 im Jahr 2006, Bild 9.18). Die hier zu beobachtende Angleichung findet wiederum in Form einer Annäherung an die alten Länder statt. 1997 bzw. 2000 investierten Studierende in den neuen Länder 38 Stunden wöchentlich in ihr Studium, im Jahr 2006 liegt dieser Zeitaufwand schon um drei Stunden niedriger.

Der Rückgang des Studienaufwandes Studierender in den alten Ländern in die-

Bild 9.17 Studierende nach zeitlicher Gesamtbelastung durch Studium und Erwerbstätigkeit
Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

sem Zeitraum war geringer und betrug nur zwei Stunden: sie wandten 1997 bzw. 2000 wöchentlich 36 Stunden für das Studium auf und studieren im Jahr 2006 34 Stunden pro Woche. Auch der Abstand im Aufwand für Erwerbstätigkeit hat sich verringert und beträgt inzwischen nur noch eine Stunde, so dass in der Bilanz des Zeitbudgets aus Studium und Job Studierende in den alten Ländern eine gleich hohe zeitliche Belastung haben wie die in den neuen Ländern.

Die zeitliche Gesamtbelastung streut weniger breit als jeweils die zeitlichen Investitionen in das Studium bzw. in eine Erwerbstätigkeit. Das veranschaulicht ein Vergleich nach ausgewählten Hochschulstandorten: Studierende in Marburg beispielsweise haben einen überdurchschnittlich hohen Studienaufwand und jobben vergleichswei-

se wenig. Sie bewältigen die gleiche zeitliche Belastung wie Studierende in Hannover, die jedoch im Mittel zwei Stunden länger erwerbstätig sind und 2 bzw. 3 Stunden weniger ins Studium investieren. Im Abschnitt 9.3.3 wird gezeigt, welcher Zusammenhang zwischen Studien- und Erwerbszeiten besteht und der im Ergebnis zu einem relativ einheitlichen Wochenpensum führt.

Mit der Größe des Hochschulstandortes, gemessen an der Wohnbevölkerung, wachsen die Zeitinvestitionen in eine Erwerbstätigkeit neben dem Studium, das gleichzeitig weniger zeitintensiv verfolgt wird (Bild 9.18). Hier wirken sich sowohl Merkmale des Arbeitsmarktes (z. B. Jobgelegenheiten) als auch der Hochschule aus.

Bild 9.18 Zeitbudget und regionale Merkmale
 Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche

Merkmal	Zeitaufwand für		insgesamt	
	Studium	Erwerbstät.		
Region der Hochschule¹	neue Länder	35	6	41
	alte Länder	34	7	41
Hochschulstandort (Auswahl)	Marburg	40	4	44
	Hannover	37	7	44
	Jena	36	5	41
	Aachen	36	7	43
	Berlin	35	8	43
	Mainz	35	7	42
	Halle	35	8	43
	Konstanz	35	5	40
	Bamberg	34	6	40
	Mannheim	34	6	40
	Braunschweig	34	6	40
	Leipzig	34	6	40
	Düsseldorf	33	10	43
	Frankfurt am Main	33	8	41
	Karlsruhe	33	6	39
	Bremen	33	8	41
Bochum	32	9	41	
Lüneburg	32	10	42	
Bielefeld	32	7	39	
Wohnbevölkerung am Hochschulort	bis 50.000	36	6	42
	50.001 - 100.000	35	6	41
	100.001 - 200.000	35	6	41
	200.001 - 300.000	34	6	40
	300.001 - 500.000	33	7	40
	500.001 - 700.000	34	8	42
über 700.000	34	8	42	
insgesamt		34	7	41

9.3.2 Zeitbudget und persönliche Merkmale

Wie schon oben für den Studienverlauf gezeigt, verschiebt sich die Zusammensetzung des studentischen Zeitbudgets, es reduziert sich der Studienaufwand zu Gunsten eines größeren Zeitanteils der Erwerbstätigkeit. Die jüngsten Studierenden (bis 21 Jahre) wenden mit 36 Stunden in der Woche am meisten Zeit für das Studium auf (Bild 9.19). Sind sie vier bis fünf Jahre älter, hat sich ihr Studienaufwand bereits um ca. zwei Stunden verringert und die in Jobs investierte Zeit schon ungefähr verdoppelt.

Je älter die Studierenden sind, desto höher ist ihre zeitliche Gesamtbelastung, weil – wie noch zu zeigen sein wird – die Ausdehnung der Erwerbstätigkeit nicht identisch ist mit einer Reduzierung des Studienaufwandes in gleichem Umfang.

Die Verschiebung in der Zusammensetzung des studentischen Zeitbudgets hängt in erster Linie mit den für die einzelnen Altersstufen typischen Studien- und Lebensphasen zusammen, wie die Überprüfung der Abhängigkeit des Studienaufwandes von beiden Faktoren – Anzahl Hochschulsemester und Alter – in einem Regressionsmodell zeigt. Der Zusammenhang zwischen Studienaufwand und Semesterzahl ist höher als der zwischen Studienaufwand und Alter der Studierenden.

Wird der Zeitaufwand Studierender aus verschiedenen Herkunftsgruppen verglichen, zeigt sich, dass die soziale Herkunft im

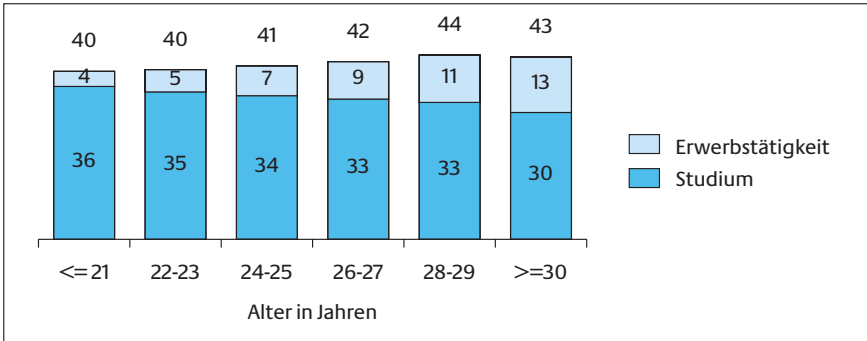
Studienverlauf an Bedeutung für das Zeitbudget gewinnt. Besonders anschaulich ist diese Entwicklung anhand der beiden Gruppen sozialer Herkunft „niedrig“ vs. „hoch“ nachzuzeichnen: Zu Beginn des Studiums unterscheidet sich der Zeitaufwand der Studierenden beider Gruppen nicht. Im ersten Studienjahr wenden sie etwa 37 Stunden pro Woche für das Studium auf und jobben im Umfang von ca. drei Stunden (Bild 9.20).

In den späteren Studienjahren reduziert sich bei beiden Gruppen der Studienaufwand, bei Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ etwas mehr als bei denen der Herkunftsgruppe „hoch“. Vor drei Jahren war dieser Unterschied noch etwas stärker ausgeprägt als 2006 und entstand vor allem nach dem 8. Hochschulsemester.

Von stabil hoher Bedeutung ist der soziale Hintergrund jedoch für den Erwerbsaufwand, den Studierende leisten bzw. leisten müssen. Nach dem fünften Studienjahr steigt die Anzahl der Stunden, in denen gejobbt wird, vor allem bei Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ deutlich an, und es öffnet sich die Schere zwischen ihnen und den Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“. Von ursprünglich gleich hohem Erwerbsaufwand vergrößert sich der Unterschied auf bis zu fünf Stunden pro Woche gegen Studienende. Dieser Befund wird im folgenden Kapitel zur studentischen Erwerbstätigkeit (Kapitel 10) nochmals anhand der Erwerbstätigenquoten diskutiert, die ähnlich sozialgruppenspezifisch sind.

Bild 9.19 Zeitaufwand für Studium und Erwerbstätigkeit nach Alter

Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

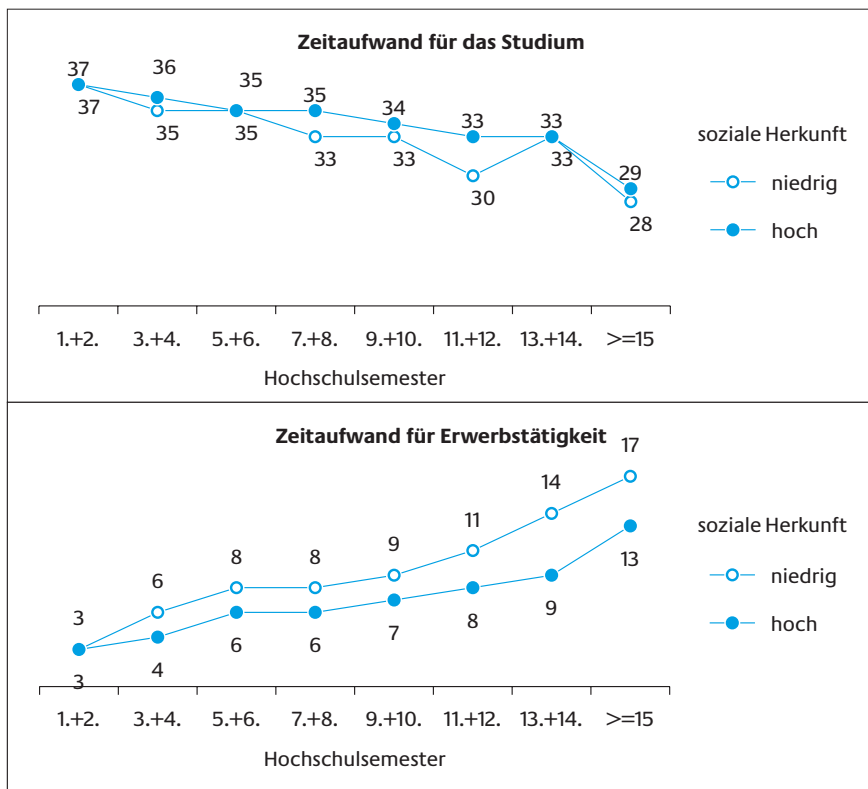
Ursachen hierfür liegen unter anderem in Unterschieden der Finanzierungsstruktur (vgl. Kapitel 6 Einnahmen). Wenn z. B. nach Erreichen der Förderungshöchstdauer das BAföG (vgl. Kapitel 8) wegfällt oder finanziell weniger starke Eltern nach der Regelstudienzeit ihre Unterstützung reduzieren, dann muss das von den Studierenden kompensiert werden. Eine Ausweitung der Erwerbstätigkeit ist für viele in solchen Situationen, von denen Studierende der Herkunftsguppe „niedrig“ ungleich häufiger betroffen sind als die der anderen Herkunftsguppen, ein naheliegender Weg.

9.3.3 Zusammenhang zwischen Studien- und Erwerbszeit

Wie oben mehrfach gezeigt, besteht zwischen der Zeit, die Studierende für das Studium aufwenden und Zeiten, in denen sie job-

ben, ein enger Zusammenhang. Beide Zeitarten „kommunizieren“ jedoch nicht vollständig: Die Ausdehnung der Erwerbstätigkeit schlägt sich nicht vollständig auf den geleisteten Studienaufwand nieder. Einen linearen Zusammenhang unterstellend, zeigen Regressionsmodelle, dass Zeiten für Jobs etwa je zur Hälfte zu Lasten von Lehrveranstaltungen und Selbststudium gehen. Darüber hinaus beeinträchtigen Erwerbszeiten in gleichem Umfang das übrige Zeitbudget (Freizeit, Familienzeit) der Studierenden. In Zahlen ausgedrückt: Jede Stunde, die Studierende erwerbstätig sind, vermindert sowohl ihren Studienaufwand als auch ihre Freizeit um jeweils etwa 30 Minuten. Maßstab ist hierbei der Studienaufwand derjenigen, die nicht erwerbstätig sind. Die Reduzierung der Zeiten für das Studium er-

Bild 9.20 Zeitaufwand für Studium und Erwerbstätigkeit im Studienverlauf nach sozialer Herkunft – Extremgruppenvergleich
Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



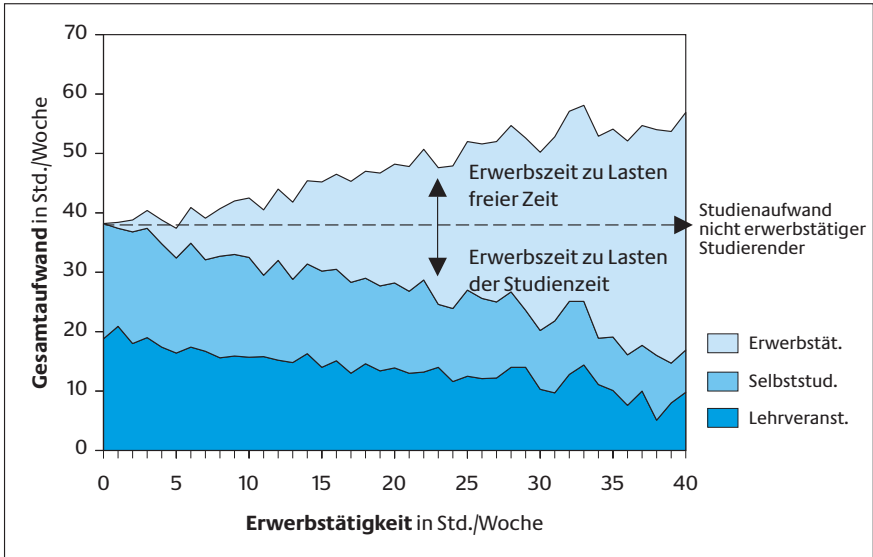
DSW/HIS 18, Sozialerhebung

folgt in nahezu gleichem Umfang zu Lasten des Besuchs von Lehrveranstaltungen und des Selbststudiums (Bild 9.21). Hohe Gesamtbelastungen von 45 Stunden und mehr in der Woche sind zumeist mit überdurch-

schnittlich umfangreicher Erwerbstätigkeit verbunden.

Obwohl – wie oben gezeigt – der zeitliche Aufwand für das Studium in den Fächergruppen zum Teil sehr unterschiedlich hoch

Bild 9.21 Erwerbstätigkeit und Studienaufwand
 Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

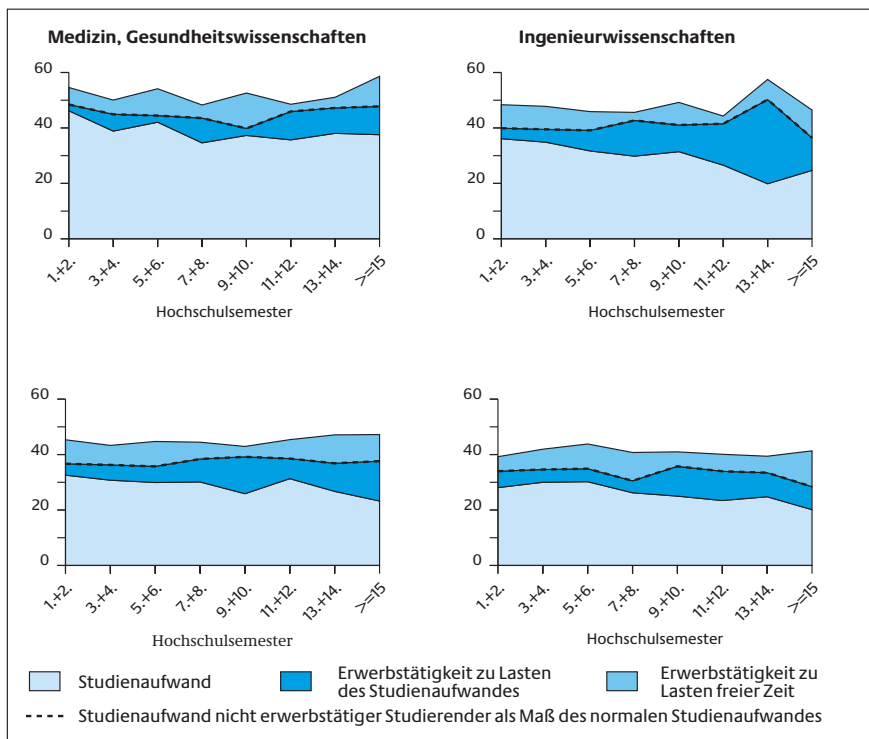
ist, zeigt sich bei allen Fächern, dass die im Studienverlauf steigende Erwerbstätigkeit den Studienaufwand zunehmend beeinflusst. Insbesondere nach der Regelstudienzeit geht die Ausdehnung des Jobbens stärker zu Lasten des Studiums als auf Kosten freier Zeit. Das wird bei Studierenden der Ingenieurwissenschaften besonders deutlich (Bild 9.22), wenngleich es gerade in diesen Studienrichtungen, die ja überdurchschnittlich häufig an Fachhochschulen angeboten werden und die Vorreiter bei der Umstellung auf Bachelor-Studiengänge sind, be-

sondere Gründe geben muss (wie Fachwechsel, Studienunterbrechung), um länger als fünf Jahre zu studieren.

Bislang waren Studierende der Medizin immer ein Gegenbeispiel, weil sie bei einem überdurchschnittlich hohen Studienaufwand relativ wenig nebenher gejobbt haben und das auch kaum zu Lasten ihrer Studienzeiten. Im Jahr 2006 haben sie diese Sonderstellung nicht mehr so deutlich inne. Obwohl sie nach wie vor viel Zeit dem Studium widmen, investieren sie zudem mehr Zeit in einen Job, wovon ihr Studienaufwand eben-

Bild 9.22 Aufwand für Studium und Erwerbstätigkeit ausgewählter Fächergruppen im Studienverlauf

Studierende im Erststudium, Mittelwerte in Stunden/Woche



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

so beeinträchtigt wird wie in anderen Fächergruppen. Diese Veränderung kann zum Teil damit erklärt werden, dass hierunter jetzt auch Studierende der Gesundheitswissenschaften gefasst werden.

9.3.4 Vollzeit- versus Teilzeitstudium

Ein reguläres Vollzeitstudium ist nach wie vor die typische Studienform in Deutschland. Anders als in anderen Ländern ist hier das organisierte Teilzeitstudium kaum verbreitet. Wenngleich die Anzahl an Teilzeit-

studiengängen in den letzten Jahren erhöht wurde, werden noch immer lediglich etwa 2,5 % aller grundständigen Studiengänge (218 von 8.867 Studienmöglichkeiten, Stand: 01. Februar 2007) als Teilzeitstudium, überwiegend an Fachhochschulen, angeboten (Daten der HRK siehe www.hochschulkompass.de). Um sich in einem Teilzeitstudengang immatrikulieren zu können, müssen bestimmte Voraussetzungen vorliegen.²

Die Angaben der Studierenden zu ihrem Zeitbudget belegen jedoch seit Jahren, dass ein nicht unerheblicher Teil de facto ein Teilzeitstudium praktiziert, das heißt, dass sie ohne formale oder organisatorische Voraussetzungen an den Hochschulen (z.B. in Form entsprechender Studienordnungen) einen Studienaufwand betreiben, der unterhalb bestimmter Normwerte liegt. In den letzten Jahren ist dieser Prozentsatz sukzessive gestiegen.

Die Sozialerhebung versucht seit 1991 mittels eines idealtypischen Modells diese Realität zu beschreiben. Es werden vier Studien-Erwerbs-Typen unterschieden, die den Studien- und Erwerbsaufwand berücksichtigen:

- I Vollzeitstudierende (VZ) ohne/mit geringer Erwerbsbelastung
Studienaufwand ≥ 25 Std./Woche und

² z.B. Berufstätigkeit von mehr als 15 Stunden/Woche, besondere familiäre Verpflichtungen, wie Sorgerecht für mindestens ein Kind im eigenen Haushalt, Pflegefall im engsten Familienkreis

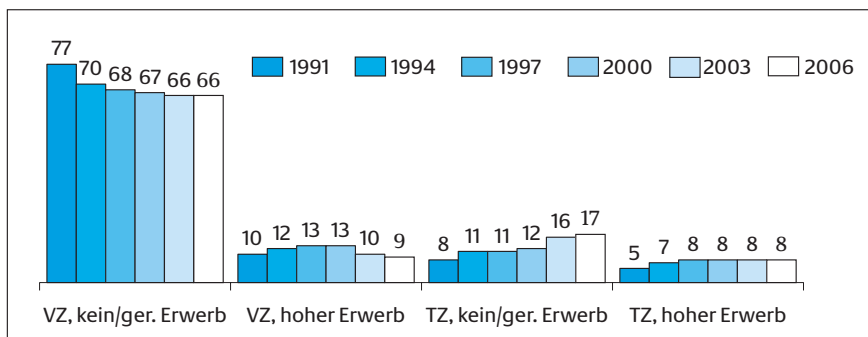
- Erwerbsaufwand ≤ 15 Std./Woche
- II Vollzeitstudierende (VZ) mit hoher Erwerbsbelastung
Studienaufwand ≥ 25 Std./Woche und Erwerbsaufwand > 15 Std./Woche
- III Teilzeitstudierende (TZ) ohne/mit geringer Erwerbsbelastung
Studienaufwand < 25 Std./Woche und Erwerbsaufwand ≤ 15 Std./Woche
- IV Teilzeitstudierende (TZ) mit hoher Erwerbsbelastung
Studienaufwand < 25 Std./Woche und Erwerbsaufwand > 15 Std./Woche

Im Sommersemester 2006 realisieren drei von vier Studierenden im Erststudium ein Vollzeitstudium. Zwei Drittel studieren Vollzeit ohne bzw. mit lediglich geringer zeitlicher Belastung durch Erwerbstätigkeit, 9 % sind darüber hinaus in recht erheblichem Umfang erwerbstätig. Ein Viertel aller Studierenden praktiziert ein Teilzeitstudium. Unter ihnen finden sich doppelt so viele mit vergleichsweise geringem Zeitaufwand für einen studienbegleitenden Job (17 %) wie solche mit hoher Erwerbsbelastung (8 %, Bild 9.23).

Der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend eines deutlich steigenden Anteils an de facto Teilzeitstudierenden hat sich demzufolge zum Sommersemester 2006 weiter fortgesetzt. 1991 konnten noch 87 % aller im Erststudium als Vollzeitstudierende eingestuft werden. 15 Jahre später ist dieser Anteil um 12 % geringer und hat sich der Anteil derer, die Teilzeit studieren, fast verdoppelt.

Bild 9.23 Studien-Erwerbs-Typ – Entwicklung 1991 - 2006¹

Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

Nach wie vor wird in den alten Ländern häufiger als in den neuen Ländern de facto Teilzeit studiert (25 % vs. 23 %), wengleich auch hier eine weitere Angleichung des Studierverhaltens zu beobachten ist: Im Jahr 2003 lag die Teilzeitquote in den neuen Ländern noch bei 19 %. Das Teilzeitstudium ist mittlerweile an beiden Hochschularten gleich stark verbreitet (jeweils 25 %).

Die oben bereits beschriebene Tatsache, dass Studierende an Fachhochschulen häufiger und länger nebenher jobben, schlägt sich in einem höheren Anteil Studierender mit hoher Erwerbsbelastung innerhalb der

Gruppen der Voll- bzw. der Teilzeitstudierenden nieder.

Ein Vollzeitstudium zu absolvieren, bedeutet für zwei Drittel aller Studierenden, einen Zeitaufwand von etwa 44 Stunden in der Woche zu haben, darunter etwa 41 Stunden für das Studium (Bild 9.24).

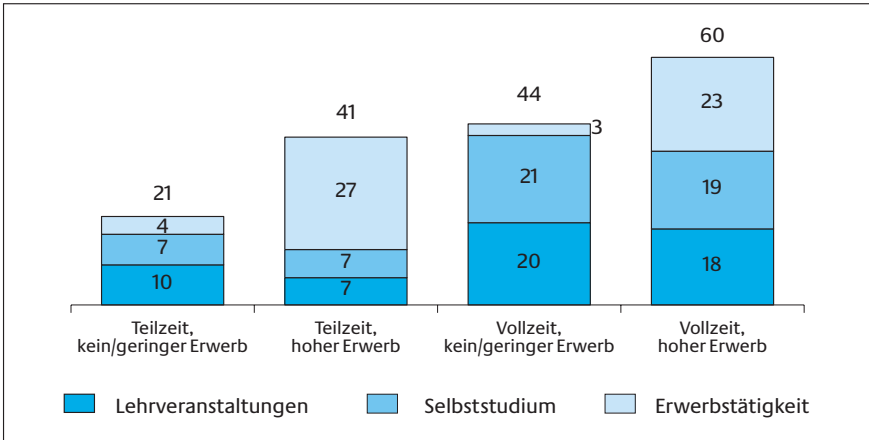
Fast jeder zehnte Studierende studiert Vollzeit bei gleichzeitig hohem Erwerbsaufwand. Diese Studierenden haben im Durchschnitt eine 60-Stunden-Woche und damit die mit Abstand höchste Gesamtbelastung. Sie können mit ca. 23 Stunden Erwerbstätigkeit pro Woche als teilzeitbeschäftigt gelten. Die Abstriche am Studienaufwand im Vergleich zu den Vollzeitstudierenden ohne hohen Erwerbsaufwand sind mit durchschnittlich -3 Stunden eher minimal.

Teilzeitstudierende mit hoher Erwerbs-

Erststudium in %	'91	'94	'97	'00	'03	'06 ¹
Vollzeitstud.	87	82	81	80	76	75
Teilzeitstud.	13	18	19	20	24	25

¹ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

Bild 9.24 Zeitaufwand nach Studien-Erwerbs-Typ
Studierende im Erststudium, in Stunden/Woche



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

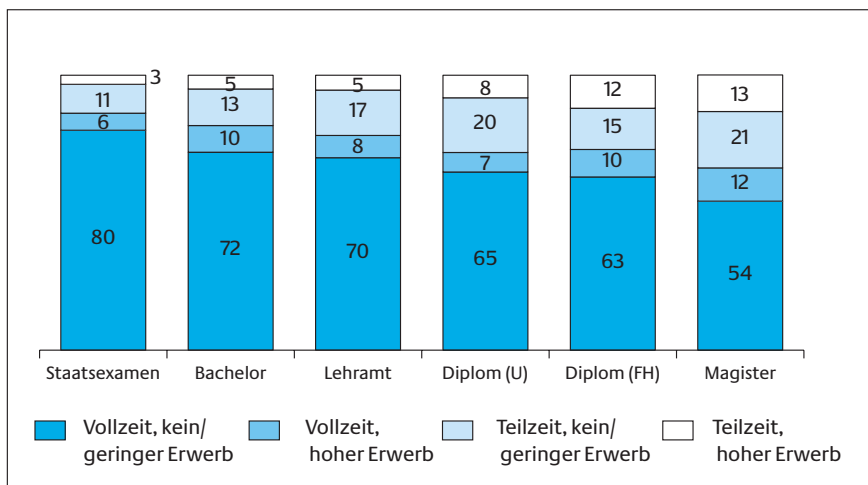
belastung arbeiten durchschnittlich nur vier Stunden in der Woche länger als Vollzeitstudierende mit gleicher Zusatzbelastung, ihr Studienaufwand ist jedoch um 23 Stunden niedriger. Wie weiter unten gezeigt wird, steht für sie das Studium eher im Hintergrund (Bild 9.28). Mit ca. 21 Stunden in der Woche haben Studierende im Teilzeitstudium, die gleichzeitig nicht oder kaum erwerbstätig sind, nur eine höchstens halb so hohe Gesamtbelastung im Vergleich zu den übrigen.

Je nach Studiengang gibt es unterschiedliche (formale) Möglichkeiten und studienorganisatorische Voraussetzungen, ein Teilzeitstudium zu realisieren. Den geringsten Anteil an Teilzeitstudierenden ha-

ben Studiengänge, die mit einem Staatsexamen abschließen (14 %, Bild 9.25). Von Studierenden im Bachelor-Studium studieren 82 % Vollzeit. Dass 18 % von ihnen kein Vollzeitstudium betreiben, hängt auch mit der oben erwähnten Steigerung der Anzahl an Teilzeitstudiengängen v. a. an Fachhochschulen zusammen. Diese sind bei der Umsetzung der Studienstrukturreform am weitesten fortgeschritten, was sich auch auf die neu implementierten Teilzeitstudiengänge erstreckt.

Von den gegenwärtig bestehenden 218 Teilzeitstudienmöglichkeiten sind 115 (53 %) Bachelor-Studiengänge. Fast ein Viertel (23 %) der als Teilzeitstudium konzipierten Studiengänge schließen mit einem Fach-

Bild 9.25 Studien-Erwerbs-Typ nach Art des angestrebten Abschlusses
Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

hochschuldiplom ab, was auch eine Erklärung für den hohen Anteil an Teilzeitstudierenden in diesen Studiengängen ist.

Das unter Studierenden im Magister-Studium recht weit verbreitete Teilzeitstudium ist überwiegend als „de facto“ einzustufen, denn lediglich 39 der 1.177 Magister-Studiengänge sind derzeit im grundständigen Studium als Teilzeitstudiengang zugelassen (vgl. www.hochschulkompass.de).

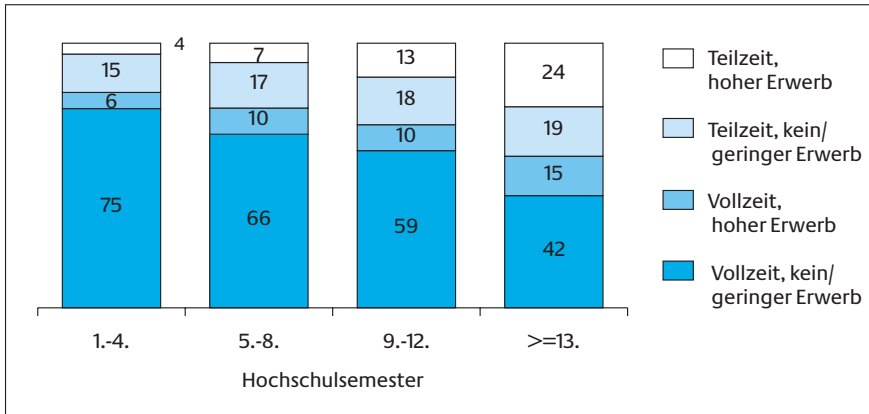
Studienverlauf

Angesichts der bisher vorgestellten Zusammenhänge zwischen Studienverlauf und Zeitbudget entspricht die Zugehörigkeit zu den Studien-Erwerbs-Typen, differenziert

nach Anzahl absolvierter Hochschulsemer, den Erwartungen: Im Verlaufe des Studiums nimmt der Anteil Studierender im Vollzeitstudium ab, gleichzeitig steigt die Erwerbsbelastung und demzufolge auch der Anteil derer, die Teilzeit studieren (Bild 9.26) – ein Trend, der seit Jahren unverändert beobachtet wird.

Im Grundstudium gehören vier Fünftel zu den Vollzeit Studierenden. Im Hauptstudium, zwischen dem fünften und achten Hochschulsemer, ist dieser Anteil schon auf drei Viertel zurückgegangen. Ist die Regelstudienzeit vorüber, studieren nur noch 57 % im Umfang eines Vollzeitstudiums und

Bild 9.26 Studien-Erwerbs-Typen nach Studienphase
Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

mehr als 40 % gehören zu den Teilzeitstudierenden.

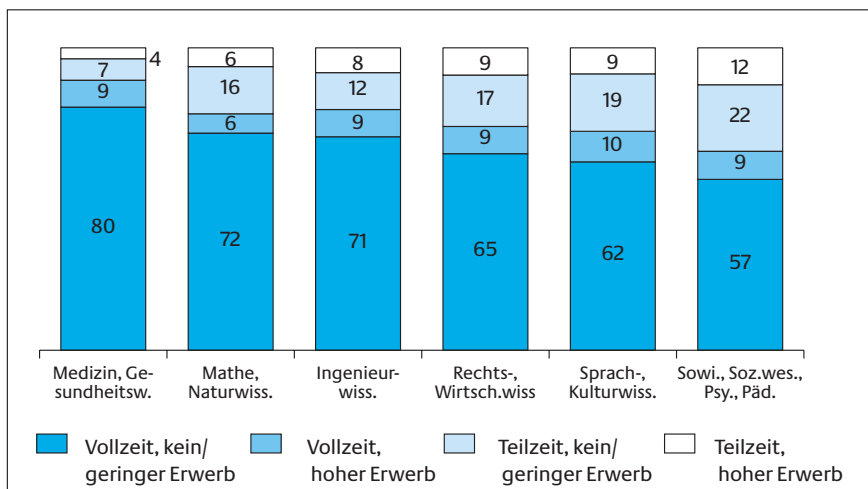
In den letzten Jahren gleichbleibend, gibt es von Beginn an bereits im Erststudium einen im Studienverlauf mit 15 % - 19 % relativ konstanten Anteil an Studierenden, die ein Teilzeitstudium praktizieren – und das augenscheinlich nicht, weil sie extensiv selbst für ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit nebenher sorgen müssen. Diese Studierenden können als „nicht erwerbsbedingt“ Teilzeitstudierende charakterisiert werden.

Fächergruppe

Bei der Betrachtung des Anteils an Teilzeitstudierenden in Abhängigkeit vom angestrebten Abschluss wurde der Zusammen-

hang zum Grad der Reglementierung in einem Studiengang bereits ersichtlich. Auch der Vergleich der Fächergruppen unterstreicht, dass in stark reglementierten Studienfächern der Anteil derer, die ein Vollzeitsstudium absolvieren, größer ist als in Fächern, die weniger stark reglementiert sind. Extrembeispiele hierfür sind medizinische und sozialwissenschaftliche Fächer: Während 89 % der Studierenden der Medizin im Vollzeitstudium sind, gehören lediglich zwei Drittel (66 %) der Studierenden in der Fächergruppe Sozialwissenschaften, Sozialwesen, Psychologie, Pädagogik zu dieser Gruppe (Bild 9.27). Große Differenzen in der gleichen Richtung finden sich auch bei Studierenden im Teilzeitstudium ohne bzw. mit

Bild 9.27 Studien-Erwerbs-Typ nach Fächergruppen
Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

geringer Erwerbsbelastung – also bei den „nicht erwerbsbedingt“ Teilzeitstudierenden (zwischen 7 % und 22 %).

Weniger groß sind die Unterschiede zwischen den Fächergruppen bei den Vollzeitstudierenden mit hoher Erwerbsbelastung (6 % - 10 %).

Zentralität des Studiums

Das mit dem Zeitbudget erfasste Studierverhalten steht sowohl mit zahlreichen Merkmalen der Lebenssituation Studierender (zum Beispiel Familiensituation, Studienfinanzierung) als auch mit ihren auf das Studium bezogenen Einstellungen in Zusammenhang.

Die vorliegende Untersuchungsreihe konzentriert sich – als eine Form der Sozialberichterstattung – auf die Erfassung von „objektiven“ Daten zur studentischen Lebenslage und enthält vergleichsweise wenig Fragen, mit denen Wertungen und Einstellungen gemessen werden. Dazu gehört traditionell die Frage nach der Bedeutung von Studium und Hochschule im Vergleich zu den Interessen und Aktivitäten außerhalb, die anhand von drei Statements beschrieben werden soll.

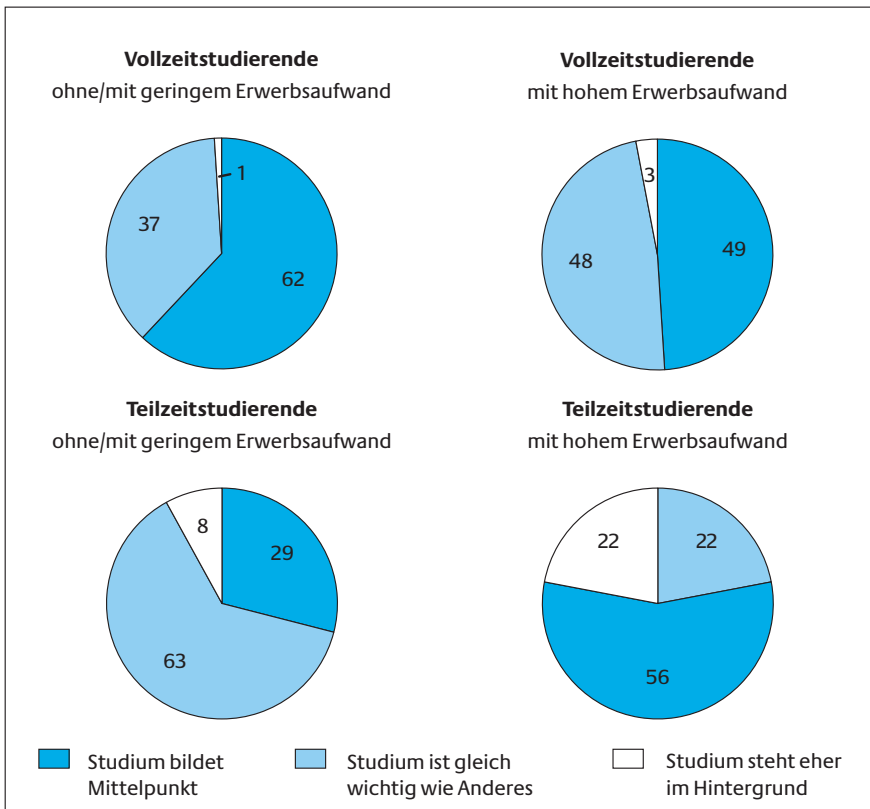
Die Beschreibung der gegenwärtigen Bedeutung des Studiums variiert zum Teil recht stark und steht in Zusammenhang mit

dem Umfang und der Struktur des studentischen Zeitbudgets. Von den Studierenden, die sich in einem Vollzeitstudium befinden und die gar nicht oder nur wenig nebenher jobben, sagen die meisten (62 %), dass für sie

Studium und Hochschule den Mittelpunkt bilden, auf den fast alle ihre Interessen und Aktivitäten gerichtet sind (Bild 9.28).

Gleiches trifft nur auf jeden zweiten Studierenden zu, bei dem das Vollzeitstudium

Bild 9.28 Studien-Erwerbs-Typ und Zentralität des Studiums
Studierende im Erststudium, in %



mit einer recht hohen Erwerbsbelastung einhergeht (49 %). Fast genauso viele dieser Studierenden (48 %) äußern jedoch, dass ihre Interessen und Aktivitäten außerhalb der Hochschule für sie eine gleichrangige Bedeutung haben.

Bei einem Teilzeitstudium geht die Zentralität von Studium und Hochschule tendenziell verloren, zumal dann, wenn es mit erhöhter Erwerbsbelastung einhergeht. Zwischen 29 % und 22 % der Teilzeitstudierenden betonen, dass das Studium im Mittelpunkt steht. Für mehr als die Hälfte von ihnen ist es jedoch gleichrangig mit Interessen und Aktivitäten außerhalb der Hochschule.

Von den Studierenden im Teilzeitstudium, die einen hohen Erwerbsaufwand haben, bekundet jeder Fünfte, dass das Studium eher im Hintergrund steht.

9.4 Verwendung der vorlesungsfreien Zeit

Die Studienstrukturreform basiert auf der Annahme, dass das gesamte akademische Jahr zeitrelevant für das Studium ist. Mit dem Ziel, diese neuere Entwicklungen aufzugreifen und ihre Auswirkungen auf den Studienalltag empirisch zu begleiten, enthielt der Fragenkatalog zur 18. Sozialerhebung erstmals eine Frage zur Verwendung der vorlesungsfreien Zeit. Es sollte zumindest ein grober Überblick darüber gewonnen werden, wie die neuen zeitbezogenen Strukturvorgaben im Studienalltag ihre Um-

setzung finden, indem Angaben zu den drei auch für die Vorlesungszeit differenzierten Tätigkeitsarten – Lehrveranstaltung, Selbststudium und Erwerbstätigkeit – erhoben werden.

Die Befragten wurden deshalb gebeten, die Anzahl aller Stunden, die sie für eine der drei Tätigkeiten aufgewandt haben, für den gesamten Zeitraum zu schätzen und gerundet anzugeben. Um diese Zeitangaben mit dem für die Vorlesungszeit erhobenen Zeitbudget vergleichen zu können, sollten die Studierenden darüber hinaus den Beginn und das Ende der vorlesungsfreien Zeit (Tag und Monat; vgl. Frage 13 des Fragebogens im Anhang) angeben. Auf der Grundlage dieser Zeitspanne sollte die Umrechnung in Tagen erfolgen und anhand der Gesamtstundenzahl für die Tätigkeitsarten ein mittleres Zeitbudget pro Woche berechnet werden, um es dem Zeitaufwand während der Vorlesungszeit gegenüberzustellen. In der Praxis funktionierten diese erhebungsmethodischen Überlegungen leider jedoch nur unzureichend, weil der Begriff „vorlesungsfreie Zeit“ offenbar vielfältig gebraucht und verstanden wird, zahlreiche Studierende sich nicht mehr taggenau an Beginn und Ende der vorlesungsfreien Zeit erinnern konnten und es ihnen in der Retrospektive häufig nicht möglich war, die Stundenzahl je Tätigkeitsart anzugeben.

Aufgrund dieser Probleme muss auf die Ermittlung von Stunden pro Woche je Tätigkeitsart verzichtet werden. Dennoch kann

ein Überblick über die Art der Verwendung der vorlesungsfreien Zeit für Lehrveranstaltungen, Selbststudium und Erwerbstätigkeit gegeben werden. Eine Gegenüberstellung mit dem Zeitbudget während des Sommersemesters 2006 erfolgt nicht.

Nach Prüfung der Plausibilität können etwa zwei Drittel der Fälle in die Auswertung einbezogen werden. Ein Drittel der Befragten gab unvollständige bzw. unplausible Antworten, die als „keine Angabe“ (k. A.) eingestuft wurden.

9.4.1 Vorlesungsfreie Zeit und Studienmerkmale

Erwartungsgemäß wird die vorlesungsfreie Zeit insgesamt häufiger für selbst bestimmte Studienaktivitäten genutzt als für betreute Studienformen. Von den Studierenden im Erststudium war weit mehr als die Hälfte (57 %, Bild 9.29) in Form von Selbststudium studienbezogen tätig. Dass die Verwendung der vorlesungsfreien Zeit für selbst bestimmte Studienaktivitäten weit verbreitet ist, kann auch daran abgelesen werden, dass nur eine kleine Minderheit von 8 % der Studierenden im Erststudium angegeben hat, damit keine Zeit verbracht zu haben.

Mehr als ein Drittel (36 %) besuchte Lehrveranstaltungen, worunter gerade in diesem Zeitraum vermehrt Prüfungen, Klausuren, Blockseminare und Praktika gehören – im Unterschied zur Vorlesungszeit, zu der Vorlesungen und Seminare die häufigsten betreuten Studienformen sind. Mehr als ein

Drittel (35 %) der Studierenden nutzte die vorlesungsfreie Zeit auch, um erwerbstätig zu sein.

Studierende an Universitäten verwenden die vorlesungsfreie Zeit deutlich häufiger studienbezogen als Studierende an Fachhochschulen. Gleichzeitig betonen sie seltener als letztere, dass sie nichts für das Studium getan haben. Auch bezogen auf eine Erwerbstätigkeit in diesem Zeitraum sind Studierende an Universitäten tendenziell aktiver, wenngleich dieser Unterschied wesentlich geringer ausfällt.

Im Verlaufe des Studiums ist der Anteil derer, die in der vorlesungsfreien Zeit Lehrveranstaltungen haben bzw. unbetreut studieren, zwischen dem zweiten und vierten Studienjahr besonders hoch. Nach dem zehnten Semester verringert sich der Anteil derer deutlich, der Zeit für betreute Studienformen aufbringt und auch das Selbststudium verliert wieder an Bedeutung. Parallel dazu nimmt im Studienverlauf der Prozentsatz an Studierenden sukzessive zu, die in dieser Zeitspanne jobben.

Entgegen den Erwartungen, sind für Studierende in Bachelor-Studiengängen (noch) keine Besonderheiten bei der Verwendung der vorlesungsfreien Zeit festzustellen. Studierende mit dem Studienziel Bachelor-Abschluss waren zum Teil sogar seltener mit Lehrveranstaltungen beschäftigt als Studierende mit dem Ziel Lehramt, Diplom (U) und Staatsexamen. Sie haben sich ebenfalls seltener als diese dem Selbst-

Bild 9.29 Verwendung der vorlesungsfreien Zeit nach Merkmalen des Studiums
Studierende im Erststudium, in %¹

Studienmerkmale		Lehrveranstaltungen		Selbststudium		Erwerbstätigkeit	
		Zeitaufwand ja	Zeitaufwand nein	Zeitaufwand ja	Zeitaufwand nein	Zeitaufwand ja	Zeitaufwand nein
Erststudium	insges.	36	28	57	8	35	23
	Universität	41	26	63	5	37	24
	Fachhochschule	25	32	42	14	31	22
Hochschulsemester							
	1.+2.	36	26	52	9	27	28
	3.+4.	42	26	60	9	33	27
	5.+6.	42	26	60	9	38	24
	7.+8.	38	28	58	9	38	23
	9.+10.	31	32	59	5	37	20
	11.+12.	26	32	53	6	37	18
	13.+14.	26	28	52	3	41	12
	15.+höher	19	35	50	5	42	12
Abschlussart							
	Lehramt	44	26	68	4	43	20
	Diplom (Uni)	43	24	63	5	37	24
	Staatsexamen	40	24	57	6	26	29
	Bachelor	37	24	52	9	30	24
	Magister	27	40	65	4	45	20
	Diplom (FH)	24	33	43	14	32	22
Fächergruppe							
	Medizin, Gesundheitswiss.	43	20	54	7	27	27
	Mathematik, Naturwiss.	41	23	58	7	31	27
	Sozialwiss., -wesen, Psy., Päd.	35	31	62	5	43	19
	Ingenieurwiss.	35	27	51	11	31	25
	Sprach-, Kulturwiss.	34	33	65	4	43	20
	Jura,Wirtschaftswiss.	34	28	51	11	33	23

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Anteil der Studierenden mit bzw. ohne Zeitaufwand für die genannte Tätigkeit an allen Studierenden, d.h. einschließlich derer, die keine Antwort gaben bzw. unplausible Angaben machten.

studium gewidmet. Gleichzeitig spielte bei ihnen die Erwerbstätigkeit die geringste Rolle im Vergleich mit den Studierenden aller übrigen Abschlussarten.

Wie bereits im Zusammenhang mit dem Zeitbudget während der Vorlesungszeit festgestellt wurde, muss auch für den Zeitraum der vorlesungsfreien Zeit konstatiert werden, dass – gemessen am Zeithaushalt – noch keine nennenswerten Auswirkungen der Studienstrukturreform für die „neuen“ Studiengänge im Vergleich zu den „alten“ zu registrieren sind.

In gewisser Weise spiegeln die Tätigkeiten während der vorlesungsfreien Zeit die Zeitstruktur während der Vorlesungszeit wider. Sie können der Tendenz nach als ihre Fortsetzung interpretiert werden, weil beispielsweise nahezu die gleichen Fächergruppen in der vorlesungsfreien Zeit überdurchschnittlich häufig studienbezogen aktiv sind, die auch während der Vorlesungszeit eine relativ hohe Studienbelastung tragen. Dazu gehören Studierende der Medizin/ Gesundheitswissenschaften und der Mathematik/ Naturwissenschaften.

Studierende der beiden Fächergruppen Sozialwissenschaften/ Sozialwesen/ Psychologie/ Pädagogik bzw. Sprach-/ Kulturwissenschaften weisen hier – ebenso wie bereits für die Vorlesungszeit gezeigt – einen überdurchschnittlich hohen Selbststudienanteil aus. Gleichzeitig ist unter den Studierenden dieser beiden Fächergruppen der Anteil überdurchschnittlich hoch, der die vorle-

sungsfreie Zeit für Erwerbstätigkeit nutzte.

9.4.2 Vorlesungsfreie Zeit und Merkmale der Studierenden

Wie die vorlesungsfreie Zeit verwendet wird, hat unter anderem mit demographischen Merkmalen der Studierenden selbst zu tun und korreliert mit ihrer Einstellung zum Studium bzw. ihrem Studierverhalten. Gemessen am Anteil derer, die Zeitaufwand für Lehrveranstaltungen und/oder Selbststudium benannt haben, nutzen Studentinnen die vorlesungsfreie Zeit etwas häufiger studienbezogen als Studenten (Bild 9.30).

Männer und Frauen waren jedoch nahezu gleich häufig in diesem Zeitraum erwerbstätig. In gewisser Weise spielen hier jedoch auch Effekte unterschiedlicher Fächerpräferenzen von Männern und Frauen sowie ihre disparate Verteilung auf die Hochschularten mit hinein.

Die familiäre Situation ist von vergleichsweise großer Bedeutung für die Verwendung der vorlesungsfreien Zeit. Studierende, die ein Kind haben und/oder verheiratet sind, haben seltener etwas für das Studium getan als ledige Studierende. Bei Ledigen spielt es keine Rolle, ob sie in einer festen Partnerschaft sind oder nicht. Die Tatsache, dass Verheiratete bzw. Studierende mit Kind(ern) gleichfalls relativ selten erwerbstätig waren, spricht dafür, dass sie sich in der vorlesungsfreien Zeit stärker als ihre Kommilitonen der Familie widmen.

Bild 9.30 Verwendung der vorlesungsfreien Zeit nach Merkmalen der Studierenden
Studierende im Erststudium, in %¹

Merkmale		Lehrveranstaltungen		Selbststudium		Erwerbstätigkeit	
		Zeitaufwand ja	Zeitaufwand nein	Zeitaufwand ja	Zeitaufwand nein	Zeitaufwand ja	Zeitaufwand nein
Geschlecht	männlich	33	28	54	9	34	22
	weiblich	39	28	60	7	36	24
Familienstand	verheiratet	26	26	47	6	26	18
	ledig, mit Partner/in	37	28	58	8	38	22
	ledig, ohne Partner/in	36	28	57	8	34	25
	ohne Kind	36	28	56	8	36	23
	mit Kind(ern)	22	27	44	7	27	16
Alter	<= 21 Jahre	44	24	60	8	29	30
	22 - 23 Jahre	42	25	61	8	35	26
	24 - 25 Jahre	32	30	55	8	37	21
	26 - 27 Jahre	29	32	54	8	38	19
	28 - 29 Jahre	28	30	51	7	40	14
	>= 30	22	33	50	7	38	12
Soziale Herkunft	niedrig	32	27	49	10	32	22
	mittel	36	28	57	7	37	21
	gehoben	35	28	56	8	35	23
	hoch	38	28	60	7	35	25
Studium	... bildet den Mittelpunkt	39	26	59	7	33	25
	... ist gleich wichtig wie Anderes	35	29	56	9	38	22
	... steht eher im Hintergrund	19	32	39	13	36	14
Studien-Erwerbs-Typ	Vollzeit, ohne/ger. Erwerb	40	27	61	7	31	29
	Vollzeit, hoher Erwerb	32	30	57	6	59	4
	Teilzeit, ohne/ger. Erwerb	32	30	53	9	35	22
	Teilzeit, hoher Erwerb	22	35	45	12	53	4

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Anteil der Studierenden mit bzw. ohne Zeitaufwand für die genannte Tätigkeit an allen Studierenden, d.h. einschließlich derer, die keine Antwort gaben bzw. unplausible Angaben machten.

Wie bei der Verwendung der vorlesungsfreien Zeit zeigt sich auch mit zunehmenden Alter der Studierenden eine Abnahme studienbezogener Aktivitäten zu Gunsten der Erwerbstätigkeit. Das heißt auch, dass dieser – bereits für die Vorlesungszeit festgestellte – Zusammenhang das gesamte Studienjahr über gilt.

Damit wird die Überlegung bestätigt, dass sich die Zeitstruktur, die in der Vorlesungszeit beobachtet wird, tendenziell auch der Struktur der Zeitverwendung während der vorlesungsfreien Zeit entspricht. Im Rahmen der Analyse studentischer Erwerbstätigkeit zeigen die Befunde der Sozialerhebung schon seit Jahren eine Angleichung der Quote Erwerbstätiger in beiden Abschnitten des Semesters (vgl. auch Kap. 10).

Die These, dass Studierende aus unteren sozialen Schichten die vorlesungsfreie Zeit vermehrt für Erwerbstätigkeit nutzen (müssen) und daher weniger Zeit als Studierende aus höheren Schichten für studienbezogene Tätigkeiten haben, kann mit den vorliegenden Daten nicht bestätigt werden. Die Befunde sind eher indifferent: Einerseits tun Studierende der Herkunftsgruppe „niedrig“ seltener als andere in der vorlesungsfreien Zeit etwas für ihr Studium, andererseits sind sie jedoch nicht häufiger als Studierende aus höheren sozialen Herkunftsgruppen erwerbstätig.

Einen klaren Zusammenhang gibt es dagegen mit der Stellung, die das Studium im Lebenszusammenhang der Studierenden

einnimmt. Für diejenigen, für die das Studium im Mittelpunkt steht, sind die vorlesungsfreien Wochen häufiger studienbezogene Zeit als für Studierende, für die das Studium eher nachrangig ist. Letztere bekundeten häufiger, dass sie keinen studienbezogenen Zeitaufwand hatten bzw. dass sie (auch) in dieser Periode erwerbstätig waren.

Die Ähnlichkeit studentischer Zeitstrukturen in beiden Semesterphasen wird ebenfalls deutlich anhand der Verwendung der vorlesungsfreien Zeit, differenziert nach dem Studien-Erwerbs-Typs, der ja auf der Grundlage des Zeitbudgets der Vorlesungszeit gebildet wurde.

Studierende im Vollzeitstudium ohne umfangreiche Erwerbsbelastung widmen auch die vorlesungsfreie Zeit häufiger als alle anderen dem Studium, und vergleichsweise wenige von ihnen sind während dieser Studienphase erwerbstätig. Von den Studierenden, für die in der Vorlesungszeit eine hohe Erwerbsbelastung festgestellt wurde, sind überdurchschnittlich viele auch während der vorlesungsfreien Zeit erwerbstätig – und zwar unabhängig davon, ob sie ein Vollzeitstudium realisieren oder nicht. Der geringste Anteil an Studierenden, die in der vorlesungsfreien Zeit studienbezogenen Aufwand betreiben, findet sich unter denjenigen im de facto Teilzeitstudium, die gleichzeitig eine hohe Erwerbsbelastung tragen.

9.4.3 Vorlesungsfreie Zeit und regionale Merkmale

Im Gegensatz zum Zeitbudget während der Vorlesungszeit scheint es bei der Verwendung der vorlesungsfreien Zeit stärkere regionale Einflüsse zu geben. Studierende in den alten Ländern sind anteilig seltener studienbezogen aktiv als Studierende in den neuen Ländern. Dafür sind sie häufiger erwerbstätig als diese (Bild 9.31).

Dieser Unterschied bestätigt sich anhand der Differenzierung nach Ländern: Zu den Ländern, in denen die Studierenden überdurchschnittlich häufig die vorlesungsfreie Zeit studienaktiv verbringen, gehören vier von fünf der neuen Länder – und das sowohl bei Lehrveranstaltungen als auch beim Selbststudium. Gleichzeitig weisen die Studierenden hier relativ geringe Quoten Erwerbstätiger auf bzw. sagen relativ häufig, dass sie in dieser Studienphase keine Zeit in einen Job investiert haben.

Weniger eindeutig sind die Befunde in Abhängigkeit von der Größe des Hochschulstandortes, gemessen an der Anzahl der Wohnbevölkerung. Der einzige klar auszumachende Trend ist der mit der Größe des Standortes steigende Anteil an Studierenden, die während der vorlesungsfreien Zeit erwerbstätig sind. Dahinter stehen zahlreiche Faktoren, die oben bereits mehrfach aufgeführt worden sind, wie z. B. unterschiedliche Bedingungen des regionalen Arbeitsmarktes (größere Jobangebote an größeren Orten), Größe der Hochschule, unter-

schiedlicher Grad der Akzeptanz von studienbegleitenden Jobs, höherer Bedarf zur Selbstfinanzierung an größeren Standorten aufgrund höherer Lebenshaltungskosten.

Bild 9.31 Verwendung der vorlesungsfreien Zeit nach regionalen Merkmalen
Studierende im Erststudium, in %¹

Merkmale		Lehrveranstaltungen		Selbststudium		Erwerbstätigkeit	
		Zeitaufwand ja	nein	Zeitaufwand ja	nein	Zeitaufwand ja	nein
Erststudium	insges.	36	28	57	8	35	23
Region	alte Länder	35	28	55	8	36	22
	neue Länder	42	27	63	7	30	31
Land	Sachsen-Anhalt	45	25	63	7	29	32
	Thüringen	45	25	62	6	28	31
	Mecklenburg-Vorpommern	43	29	63	8	27	37
	Sachsen	41	29	64	7	32	33
	Bayern	38	33	58	13	39	26
	Nordrhein-Westfalen	38	24	57	6	35	21
	Niedersachsen	36	28	57	9	36	23
	Berlin	35	33	62	7	42	21
	Brandenburg	35	28	61	4	33	21
	Schleswig-Holstein	34	24	54	5	32	21
	Saarland	34	28	53	9	31	22
	Baden-Württemberg	34	27	51	10	32	22
	Bremen	32	29	55	7	36	22
	Hessen	31	28	52	8	35	19
	Hamburg	29	35	59	6	41	19
	Rheinland-Pfalz	29	30	54	5	36	18
Wohnbevölkerung am Hochschulort							
	bis 50.000	28	27	46	11	28	24
	50.001 - 100.000	34	29	54	8	32	24
	100.001 - 200.000	37	28	59	8	35	23
	200.001 - 300.000	40	25	59	6	33	25
	300.001 - 500.000	39	27	59	7	35	26
	500.001 - 700.000	36	24	54	7	37	20
	über 700.000	35	33	60	8	43	21

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Anteil der Studierenden mit bzw. ohne Zeitaufwand für die genannte Tätigkeit an allen Studierenden, d.h. einschließlich derer, die keine Antwort gaben bzw. unplausible Angaben machten.

10. Studentische Erwerbstätigkeit

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick			
Erwerbstätigkeit im Sommersemester 2006 (in %)	Erststudium	postgraduales Studium	
Erwerbstätigenquote	63	78	
darunter: „laufend erwerbstätig“	33	59	
Erwerbstätigenquoten (Erststudium, in %)	1991	2000	2006¹
während der Vorlesungszeit	52	65	63
während der vorlesungsfreien Zeit	56	65	62
zu keiner Zeit erwerbstätig	40	26	31
Erwerbstätigenquoten (in %) und Erwerbsaufwand (Median in Std./Woche) nach Abschlussart 2006 (Erststudium)	Erwerbstätigenquote	Erwerbsaufwand	
Magister	72	11	
Lehramt	70	8	
Diplom (FH)	67	10	
Diplom (Uni)	62	9	
Bachelor	56	8	
Staatsexamen (o. LA)	48	7	
Motive der Erwerbstätigkeit (Erststudium, Antwortposition „trifft völlig zu“)	1991	2000	2006¹
notwendig für Lebensunterhalt	30	46	42
sich etwas mehr leisten können	29	41	39
Unabhängigkeit von den Eltern	18	29	28
Sammlung praktischer Erfahrungen	17	28	26
Kontakte für spätere Beschäftigung	8	17	16

¹ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

Technische Hinweise

Definitionen

Erwerbstätigenquote

Anteil der Studierenden, die während der Vorlesungszeit des Sommersemesters 2006 gegen Entgelt gelegentlich, häufig oder laufend erwerbstätig waren.

Erwerbsaufwand

Durchschnittliche Anzahl an Stunden in der Woche, die für Erwerbstätigkeit aufgebracht wurden.

Datenquellen

Daten der Sozialerhebungen, insbesondere Frage 30 der 18. Sozialerhebung

Bezugsgruppe

Deutsche Studierende und studierende Bildungsinländer/innen, die während der Vorlesungszeit im Sommersemester 2006 erwerbstätig waren.

Für Befunde, die in Zusammenhang mit der Art der ausgeübten Tätigkeit dargestellt werden (z.B. Nettostundenlohn), wurden nur die Angaben der Studierenden berücksichtigt, die eine einzelne Tätigkeitsart genannt hatten (Mehrfachnennungen waren möglich).

Entwicklungstendenzen studentischer Erwerbstätigkeit

Im vorangegangenen Kapitel 9 wurde bereits gezeigt, dass Erwerbstätigkeit für viele zum Studienalltag gehört. Neben dem Studium zu jobben, ist schon seit Langem nicht mehr auf die vorlesungsfreie Zeit beschränkt, sondern Bestandteil des studentischen Zeitbudgets auch während der Vorlesungszeit.

Aufgrund der Angleichung des Erwerbsverhaltens zwischen Vorlesungs- und vorlesungsfreier Zeit und der größeren Relevanz, die der studentischen Erwerbstätigkeit während der Vorlesungszeit für die Studieneffektivität zukommt, werden im vorliegenden Kapitel ausschließlich Befunde zur Erwerbstätigkeit während der Vorlesungszeit des Sommersemesters dargestellt.

Warum Studierende erwerbstätig sind, hat verschiedene Gründe. Wie nachfolgend gezeigt wird, stehen die verschiedenen Erwerbsmotive in Zusammenhang mit der Art und dem zeitlichen Umfang der Erwerbstätigkeit bzw. der Höhe des erzielten Verdienstes.

10.1 Erwerbstätigenquote

10.1.1 Stand und Entwicklung der Erwerbstätigenquote

Im Sommersemester 2006 waren 64 % aller Studierenden bzw. 63 % der Studierenden im Erststudium nebenher erwerbstätig (Bild 10.1 und Bild 10.2). Diese Erwerbstätigenquo-

te Studierender im Erststudium ist um drei Prozentpunkte niedriger als im Jahr 2003, als sie 66 % betrug. Erstmals nach Jahren des mehr oder weniger starken Anstiegs ist somit eine Verringerung des Anteils erwerbstätiger Studierender zu verzeichnen (Bild 10.1). Trotz dieser Verringerung liegt die Erwerbstätigenquote 2006 jedoch nach wie vor auf relativ hohem Niveau.

Die erstmalige Einbeziehung studierender Bildungsinländer/innen in den Berichtskreis der Sozialerhebung (vgl. Kap. 1), hat die Quote erwerbstätiger Studierender im Erststudium nur geringfügig beeinflusst. Von den Bildungsinländer/innen im Erststudium 68 % während der Vorlesungszeit erwerbstätig. Aufgrund ihres geringen Anteils in der Stichprobe erhöht sich jedoch dadurch die Erwerbstätigenquote für alle Studierenden lediglich im Nachkommastellenbereich.

Zum jetzt registrierten Rückgang der Erwerbstätigkeit werden vielfältige Faktoren beigetragen haben. Dazu gehört die Einführung von Langzeitstudiengebühren seit 2003 in immer mehr Ländern. Durch diese Maßnahme hat sich der Anteil an Langzeitstudierenden reduziert. Gerade diese Studierenden gehören zu denen, die einen überdurchschnittlich hohen Erwerbseinsatz haben. Nach den Ergebnissen der Sozialerhebungen betrug der Anteil an Langzeitstudierenden im Jahr 2000 etwa 12 %. Er verringerte sich bis 2003 auf ca. 10 % und

liegt im Sommersemester 2006 bei 8 %.¹

Darüber hinaus werden Maßnahmen in Zusammenhang mit der Studienstrukturreform eine Bedeutung für die Erwerbstätigenquote haben, weil zwischenzeitlich die Anzahl neuer Studiengänge größer geworden ist. Für Bachelor-Studiengänge wird davon ausgegangen, dass sie eine höhere Regelungsichte aufweisen als zum Beispiel Diplom-Studiengänge. Weiter unten wird gezeigt, ob bzw. inwieweit sich das bereits

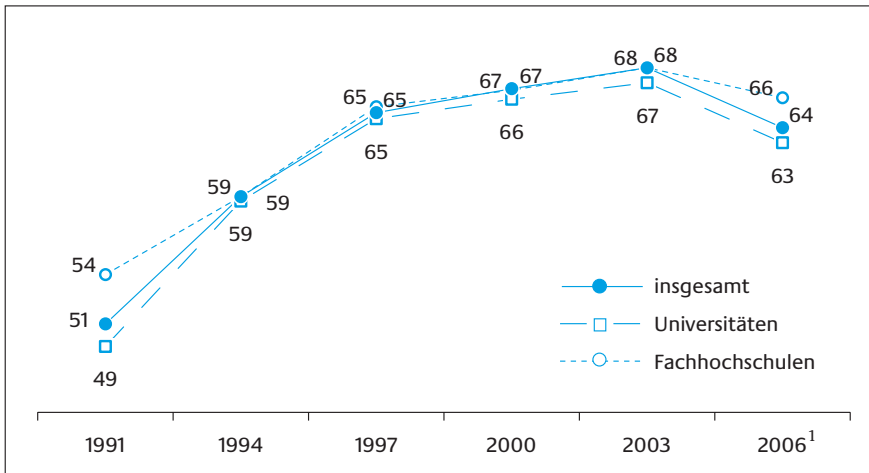
an den erhobenen Daten ablesen lässt.

Des Weiteren ist der Anteil an Studierenden aus sozial höher gestellten Gruppen wiederum etwas gestiegen (vgl. Kap. 4). Hinzu kommt, dass die finanzielle Unterstützung seitens der Eltern insbesondere bei den jüngeren Studierenden im Jahr 2006 höher war als zuvor (vgl. Kap. 6). Die Selbstfinanzierung der Studierenden über einen Job neben dem Studium war dadurch weniger notwendig.

Wie stark die einzelnen Faktoren letztendlich den Rückgang des Anteils erwerbstätiger Studierender beeinflusst haben, ist

¹ Einbezogen wurden hier Studierende im Erststudium ab dem 10. Hochschulsemester an Fachhochschulen bzw. ab dem 14. Hochschulsemester an Universitäten.

Bild 10.1 Entwicklung der Erwerbstätigenquote während der Vorlesungszeit nach Hochschulart
in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

mit den vorliegenden Daten nicht zu beantworten. Ob sich diese Entwicklung stabilisiert, werden u. a. die nächsten Befragungen dieser Untersuchungsreihe zeigen.

Im postgradualen Studium ist die Erwerbstätigenquote erwartungsgemäß deutlich höher als im Erststudium. Sie betrug in der Vorlesungszeit des Sommersemesters 2006 78 % und hat sich im Vergleich zu 2003 ebenfalls reduziert (82 %, Bild 10.2). Aus den Daten ist dafür keine Erklärung abzuleiten.

Studierende an Universitäten jobben anteilig seltener als an Fachhochschulen (63 % vs. 66 %, Bild 10.1). Im Vergleich der Hochschularten hat sich die Quote erwerbstätiger Studierender unterschiedlich entwickelt. Sie ist unter Studierenden an Universitäten im Vergleich zum Jahr 2003 stärker zurückgegangen (-4 Prozentpunkte) als unter denen an Fachhochschulen (-2 Prozentpunkte), so dass sich die Erwerbstätigenquoten nach mehr als einem Jahrzehnt weitgehender Übereinstimmung erstmals wieder nach Hochschulart unterscheiden.

Studierende, die im Sommersemester 2006 Studiengebühren/-beiträge bezahlen mussten, arbeiten anteilig häufiger als Studierende ohne entsprechende Gebühren/Beiträge (Erststudium: 80 % vs. 62 %). Die meisten von ihnen sind Langzeitstudierende, wenige sind an privaten Hochschulen immatrikuliert.

10.1.2 Regelmäßigkeit der Erwerbstätigkeit

Die Erwerbstätigenquoten fassen diejenigen zusammen, die angaben, während des Sommersemesters 2006 „gelegentlich“, „häufig“ oder „laufend“ gearbeitet zu haben. Von den Studierenden im Erststudium hat jeder dritte „laufend“ gearbeitet, ein Zehntel war „häufig“ erwerbstätig und jeder fünfte jobbte „gelegentlich“ (Bild 10.2).

Im Vergleich zu 2003 wird ersichtlich, dass der Rückgang der Erwerbstätigenquote zu einem großen Teil auf einen Rückgang des Anteils derer zurückzuführen ist, die „laufend“ gearbeitet haben (von 36 % auf 33 %). Das spricht für die Annahme, dass im Sommersemester 2006 weniger Langzeitstudierende mit hohem Erwerbसाufwand immatrikuliert waren als noch 2003 bzw. in den Jahren zuvor.

Auf der anderen Seite stützt der gestiegene Anteil an Studierenden, die sagen, dass ihnen eine Erwerbstätigkeit aufgrund der Studienbelastung nicht möglich ist (von 20 % im Jahr 2003 auf 24 %), die These, dass sich Maßnahmen der Studienstrukturreform auf die studentische Erwerbstätigkeit auswirken. Diese Erklärung wird weiter unten nochmals aufgegriffen, wenn der Zusammenhang von Erwerbstätigkeit und angestrebtem Abschluss diskutiert wird (vgl. Abschnitt 10.2.6, Bild 10.12).

Die Regelmäßigkeit der Erwerbstätigkeit hat sich bei Studierenden im postgradualen Studium ganz ähnlich entwickelt wie

Bild 10.2 *Erwerbstätigenquote, Regelmäßigkeit der Erwerbstätigkeit und Erwerbsaufwand in %, Median in Stunden/Woche*

Sommersemester	Erststudium			postgraduales Studium		
	2000	2003	2006 ¹	2000	2003	2006 ¹
Erwerbstätigenquote	65	66	63	81	82	78
Regelmäßigkeit der Erwerbstätigkeit (in %)						
nicht erforderlich	13	11	10	10	11	12
wegen Studienbelastung nicht möglich	21	20	24	8	6	9
ohne Erfolg Job gesucht	2	3	4	1	1	2
gelegentlich gearbeitet	23	19	19	12	10	11
häufig gearbeitet	16	11	10	11	6	7
laufend gearbeitet	25	36	33	58	66	59
Erwerbsaufwand (Median in Std./Woche)						
gelegentlich gearbeitet	7	5	2	8	6	2
häufig gearbeitet	14	11	10	15	15	10
laufend gearbeitet	15	13	12	25	20	21
insgesamt	11	10	9	20	20	19

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

unter denen im Erststudium. Von ihnen arbeitet weit mehr als die Hälfte „laufend“ (59%). Dieser Anteil ist jedoch im Vergleich zu drei Jahren zuvor um sieben Prozentpunkte zurückgegangen.

Wie im Erststudium gibt es auch im postgradualen Studium 2006 anteilig mehr Studierende als noch 2003, die sagen, dass eine Erwerbstätigkeit wegen der Studienbelastung nicht möglich ist (9 % vs. 6 %).

Ein weiteres Indiz für eine rückläufige Erwerbstätigkeit ist der Stundenumfang,

den Studierende arbeiten. Verglichen mit 2003 reduzierte sich der Erwerbsaufwand insgesamt um durchschnittlich eine Stunde (Erststudium: von 10 auf 9 Stunden pro Woche, postgraduales Studium: von 20 auf 19 Stunden pro Woche, Bild 10.2).

Diese, für das Erststudium signifikante Reduzierung des Erwerbsaufwandes ist bei allen Studierenden zu beobachten, das heißt unabhängig davon, wie regelmäßig sie jobben. Eine Ausnahme bilden lediglich Studierende im postgradualen Studium, die „lau-

fend“ erwerbstätig sind. Ihr Zeitaufwand für Jobs liegt im Vergleich zu 2003 im Sommersemester 2006 um eine Stunde höher (20 vs. 21 Stunden pro Woche) was jedoch kein signifikanter Unterschied ist .

10.2 Einflussfaktoren auf studentische Erwerbstätigkeit

10.2.1 Regionale Aspekte

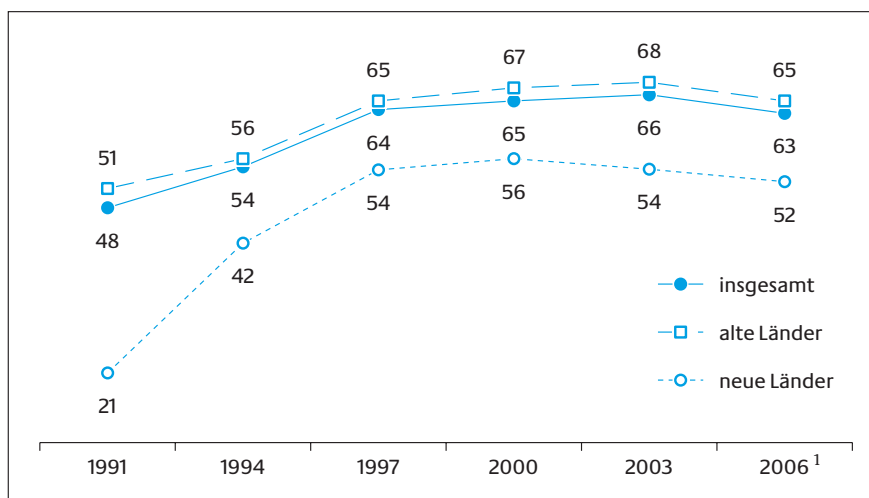
Alte versus neue Länder

Von den Studierenden im Erststudium sind im Sommersemester 2006 in den alten Ländern 65 %, aber nur 52 % in den neuen Ländern nebenher erwerbstätig (Bild 10.3).

Im Vergleich zu 2003 arbeiten die Studierenden in beiden Regionen anteilig seltener. Der Rückgang der Erwerbstätigenquoten in den alten Ländern ist um einen Prozentpunkt höher als in den neuen Ländern. Dadurch hat sich der Abstand zwischen den Regionen wiederum etwas reduziert. Mit 13 Prozentpunkten Unterschied liegt die Erwerbstätigenquote in den neuen Ländern dennoch deutlich unter der in den alten Ländern.

Differenziert nach der Regelmäßigkeit der Erwerbstätigkeit fällt für die alten Länder auf, dass hier im Vergleich zum Jahr 2003 zum einen der Anteil derjenigen deut-

Bild 10.3 Entwicklung der Erwerbstätigenquote in den alten und neuen Ländern
Studierende im Erststudium, in %



¹ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

lich gestiegen ist, die einschätzen, dass es ihnen wegen der Studienbelastung nicht möglich ist, neben dem Studium zu arbeiten (von 19 % auf 23 %, Bild 10.4). Zum anderen sind hier weniger Studierende als noch 2003 „laufend“ erwerbstätig (von 38 % auf 35 %). Von den Studierenden in den neuen Ländern charakterisieren sich im Vergleich dazu weniger als „laufend“ bzw. als „gelegentlich“ erwerbstätig.

Gemessen an der wöchentlich investierten Zeit hat sich in beiden Regionen der Erwerbsaufwand vor allem derjenigen reduziert, die nicht „laufend“ arbeiten. Der Zeit-

aufwand für Jobs neben dem Studium ging in den neuen Ländern insgesamt um ca. eine Stunde pro Woche zurück, in den alten Ländern verminderte er sich sogar um zwei Stunden wöchentlich.

Länder und Hochschulstandorte

Wie viele Studierende neben dem Studium jobben, hat auch mit Rahmenbedingungen wie dem regionalen Arbeitsmarkt und den Beschäftigungschancen für Studierende zu tun. Die Unterschiede der Erwerbstätigenquoten im Ländervergleich zeigen, dass in strukturschwachen Regionen mit hoher Erwerbslosigkeit auch für Studierende ver-

Bild 10.4 Regelmäßigkeit der Erwerbstätigkeit und Erwerbsaufwand – Vergleich neue und alte Länder
Studierende im Erststudium, in %, Median in Stunden/Woche

	neue Länder			alte Länder		
	2000	2003	2006 ¹	2000	2003	2006 ¹
Regelmäßigkeit der Erwerbstätigkeit (in %)						
nicht erforderlich	14	13	13	12	10	9
wegen Studienbelastung nicht möglich	27	29	30	20	19	23
ohne Erfolg Job gesucht	3	4	5	1	3	3
gelegentlich gearbeitet	24	20	18	23	19	19
häufig gearbeitet	14	10	11	17	11	11
laufend gearbeitet	18	24	23	27	38	35
Erwerbsaufwand (Median in Std./Woche)						
gelegentlich gearbeitet	6	4	2	7	5	3
häufig gearbeitet	14	11	9	13	11	10
laufend gearbeitet	15	12	13	15	13	12
insgesamt	10	9	8	12	11	9

¹ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

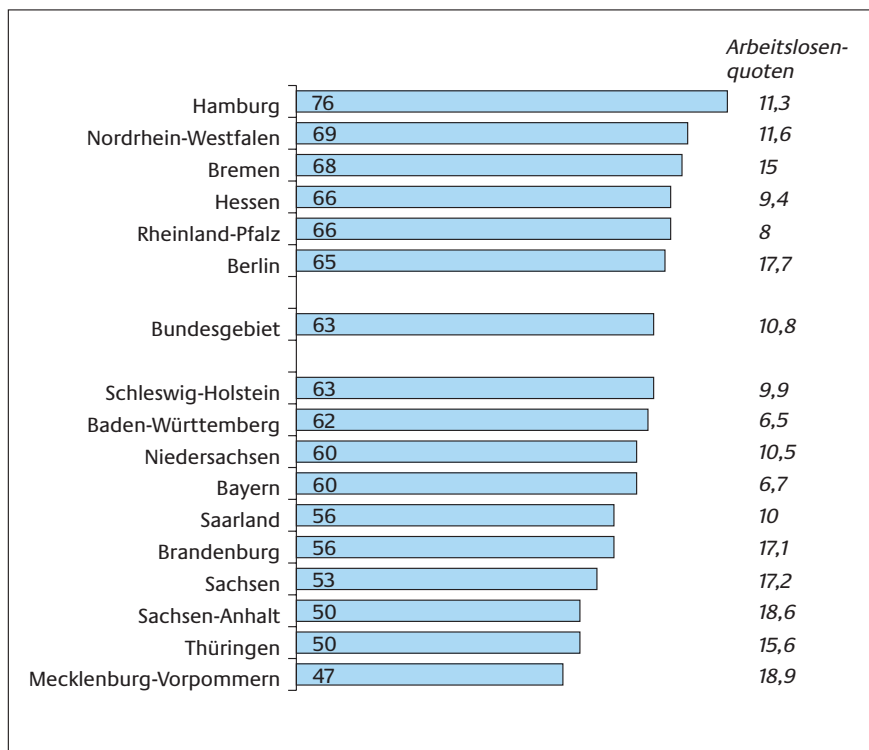
gleichsweise schlechte Voraussetzungen bestehen, einen Job zu finden, bzw. in Ballungszentren die Beschäftigungschancen besonders gut sind.

Die mit Abstand höchste Erwerbstätigenquote findet sich unter Studierenden in

Hamburg, wo drei Viertel nebenher jobben (76 %, Bild 10.5). Weitere Beispiele für überdurchschnittlich hohe Quoten an erwerbstätigen Studierenden sind Nordrhein-Westfalen und Bremen. Vergleichsweise wenig erwerbstätige Studierende gibt es in Nieder-

Bild 10.5 Erwerbstätigenquoten nach Land der Hochschule

Studierende im Erststudium, in %, kursiv: offizielle Arbeitslosenquoten im Mai 2006¹



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Quelle: <http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/A01-Allgemein-Info/A011-Press/Publikation/pdf/Landkarten-Eckwerte-05-06.pdf>

sachen, Bayern und im Saarland.

In den neuen Ländern sind die Arbeitslosenquoten überdurchschnittlich hoch. Das ist eine Ursache dafür, dass die Erwerbstätigenquoten der Studierenden in allen fünf neuen Ländern unterhalb des Durchschnitts liegen.

Von den Studierenden im strukturschwachen Mecklenburg-Vorpommern arbeiten anteilig die wenigsten (47 %).

In den neuen Ländern sagen entspre-

chend mehr Studierende als im Durchschnitt (4 %), dass sie im Sommersemester 2006 nicht gearbeitet haben, weil ihre Suche nach einer Tätigkeit ohne Erfolg geblieben war (z. B. Thüringen: 7 %, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt: 5 %).

Die Wirtschaftskraft einer Region kann jedoch nicht die alleinige Erklärung für Disparitäten in der studentischen Erwerbstätigkeit sein. Es sind weitere Faktoren von Bedeutung, wie zum Beispiel die Größe des

Bild 10.6 Erwerbstätigenquoten nach Hochschulstandort¹
Studierende im Erststudium, in %

Standort	Erw.-quote	Standort	Erw.-quote	Standort	Erw.-quote
Köln	78	Wuppertal	67	Braunschweig	57
Hamburg	76	Erlangen-Nürnberg	66	Paderborn	57
Mönchengladbach	74	Mannheim	66	Regensburg	56
Frankfurt am Main	73	Berlin	65	Saarbrücken	56
Darmstadt	72	Kiel	65	Würzburg	56
Dortmund	72	Hannover	64	Heidelberg	54
Essen	72	Potsdam	64	Leipzig	54
Bochum	71	Trier	64	Magdeburg	54
Bonn	71	Freiburg	62	Oldenburg	53
Düsseldorf	70	Karlsruhe	62	Dresden	52
Siegen	69	Kassel	62	Göttingen	52
Bremen	68	Aachen	61	Halle	52
Duisburg	68	Konstanz	61	Augsburg	51
Koblenz	68	Münster	60	Jena	51
München	68	Tübingen	60	Rostock	51
Bielefeld	67	Gießen	58	Marburg	47
Mainz	67	Ulm	58	Osnabrück	46

¹ nur Hochschulstandorte mit mindestens 100 Fällen

Standortes, der Anteil Studierender am Hochschulort oder die Rolle der Erwerbstätigkeit für die Selbstfinanzierung der Studierenden.

Das komplexe Bedingungsgefüge für studentische Erwerbstätigkeit veranschaulichen die stark variierenden Erwerbstätigenquoten Studierender im Vergleich einzelner Hochschulstandorte (Bild 10.6).

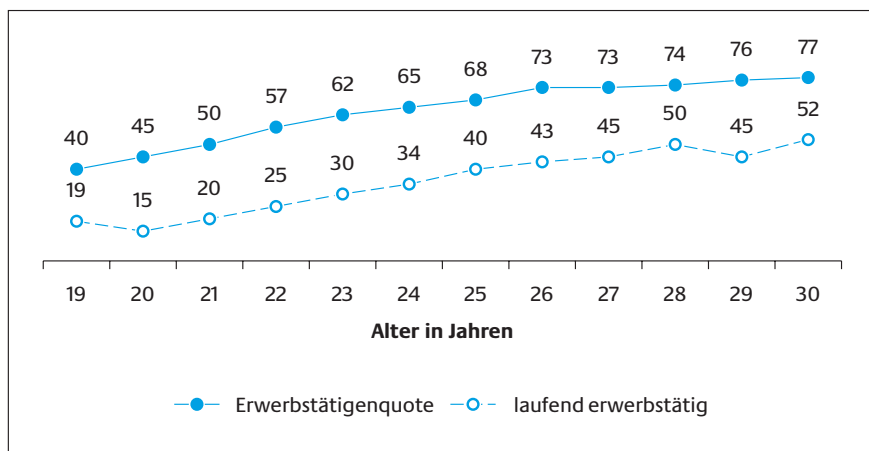
10.2.2 Alter

Mit dem Alter der Studierenden steigt der Anteil derjenigen, die neben dem Studium arbeiten. Von den Studierenden im Alter bis zu 20 Jahren verdient nicht einmal jeder zweite nebenher Geld (40 % bzw. 45 %,

Bild 10.7). Im Alter von 24 bis 25 Jahren arbeiten bereits zwei Drittel der Studierenden, und ab Ende 20 sind mindestens drei Viertel erwerbstätig. Mit der Erwerbstätigenquote nimmt auch der Anteil derer kontinuierlich zu, die nach eigener Einschätzung „laufend“ erwerbstätig sind. Unter den jüngsten Studierenden im Erststudium ist etwa jeder Fünfte „laufend“ erwerbstätig. Bei den 28-Jährigen erreicht dieser Anteil bereits 50 %.

Die altersabhängige Betrachtung der Erwerbstätigenquoten bestätigt die zuvor dargestellte Entwicklung, dass die studentische Erwerbsbeteiligung seit 2003 zurückgegangen ist. Für alle Altersstufen, insbesondere jedoch in den Jüngeren im Alter bis zu 21

Bild 10.7 Erwerbstätigenquote und Anteil laufend erwerbstätiger Studierender nach Alter Studierende im Erststudium, in %



Jahren, ist im Sommersemester 2006 eine niedrigere Erwerbstätigenquote zu verzeichnen als drei Jahre zuvor. Dieser Rückgang betrifft auch die Anteile derer, die in den einzelnen Jahrgängen „laufend“ erwerbstätig sind: Dessen ungeachtet muss die Erwerbstätigenquote als nach wie vor sehr hoch bewertet werden, insbesondere unter den jüngeren Studierenden.

10.2.3 Geschlecht

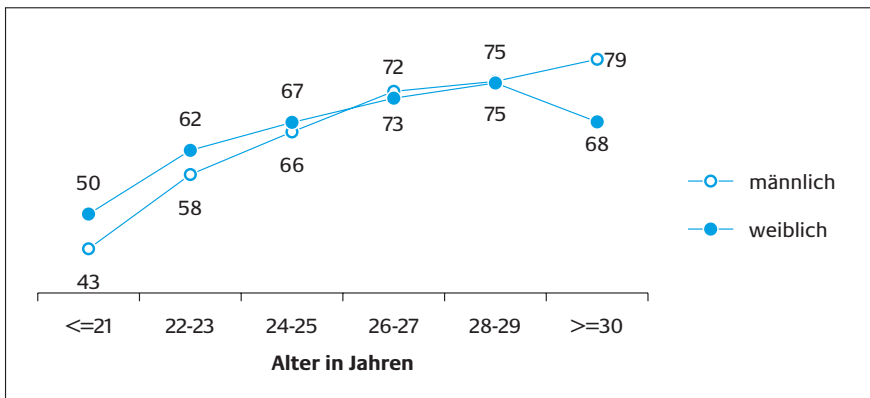
Im Erststudium unterscheiden sich die Anteile Erwerbstätiger zwischen Studentinnen und Studenten insgesamt nur um einen Prozentpunkt (62 % vs. 63 %). Frauen und Männer sind gleich häufig „laufend“ erwerbstätig (jeweils 33 %). Das Merkmal Geschlecht scheint erst ab einem Alter von 30 Jahren für

die Erwerbstätigkeit neben dem Studium Bedeutung zu erlangen, denn die Erwerbstätigenquote der Studenten liegt in dieser Altersgruppe mit elf Prozentpunkten deutlich höher als die der Studentinnen (79 % vs. 68 %, Bild 10.8).

10.2.4 Soziale Herkunft

Die Erwerbstätigenquoten der Studierenden unterschiedlicher sozialer Herkunft weichen insgesamt weniger voneinander ab, als möglicherweise zu erwarten gewesen wäre. Der geringste Anteil jobbender Studierender ist unter denen der Herkunftsgruppe „hoch“ anzutreffen (61 %), den höchsten weisen Studierende der Herkunftsgruppe „mittel“ auf, von denen zwei Drittel Geld verdienen (Bild 10.9). Die Er-

Bild 10.8 Erwerbstätigenquote nach Geschlecht und Alter
Studierende im Erststudium, in %



werbstätigenquoten der übrigen beiden Herkunftsgruppen „niedrig“ und „gehoben“ entsprechen mit 63 % dem Durchschnitt aller Studierenden im Erststudium.

Die Regelmäßigkeit studentischer Erwerbstätigkeit kann auch als Indiz für ihre Notwendigkeit zur Finanzierung des Lebensunterhalts interpretiert werden. Das wird deutlich, wenn die Erwerbstätigenquoten der Studierenden aus den einzelnen Herkunftsgruppen unterschieden werden nach den Anteilen jener, die „laufend“ arbeiten (müssen). Wiederum ist dieser Prozentsatz bei Studierenden der Herkunftsgruppe „mittel“ mit 37 % am höchsten, übersteigt aber auch bei den Studierenden aus der Herkunftsgruppe „niedrig“ die Werte der bei-

den übrigen Gruppen (36 % vs. 34 % bzw. 30 %).

Dass Studierende der unteren Herkunftsgruppen eher und anteilig häufiger veranlasst sind, neben dem Studium für den eigenen Lebensunterhalt erwerbstätig zu sein, unterstreichen die unterschiedlichen Anteile an Erwerbstätigen nach dem Ende der Regelstudienzeit bzw. dem Erreichen der Förderungshöchstdauer nach dem BAföG (Bild 10.10). Wie bereits u. a. im Kapitel zum Zeitbudget ausgeführt und noch anhand der Erwerbsmotive weiter unten aufgezeigt wird, muss der Wegfall von Einnahmequellen wie das BAföG mit (zusätzlicher) Selbstfinanzierung aus Erwerbstätigkeit kompensiert werden. Anhand des Anteils

Bild 10.9 Erwerbstätigenquote und Regelmäßigkeit der Erwerbstätigkeit nach sozialer Herkunft

Studierende im Erststudium, in %

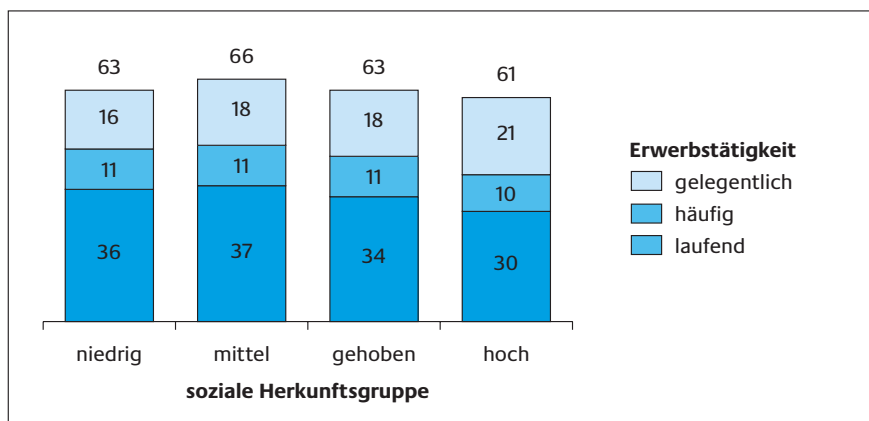
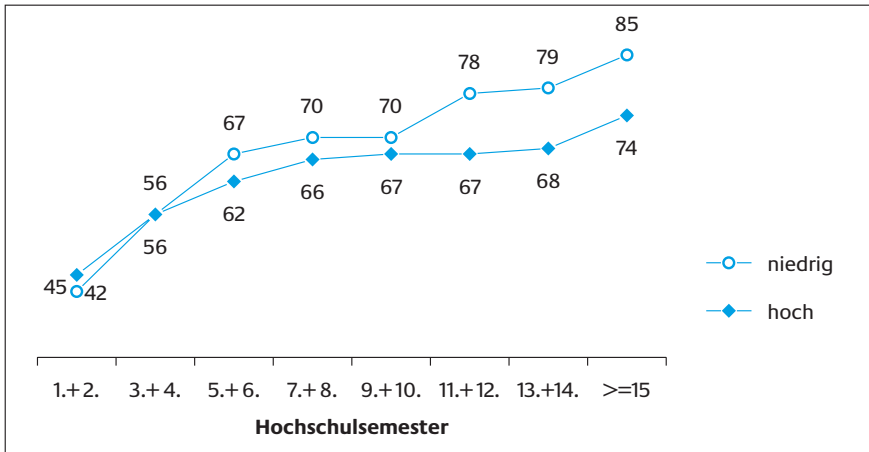


Bild 10.10 *Erwerbstätigenquote Studierender unterschiedlicher sozialer Herkunft nach Anzahl absolvierter Hochschulsemester*
Extremgruppenvergleich, Studierende im Erststudium, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

„laufend“ Erwerbstätiger wurde bereits deutlich, dass ein Teil der Studierenden der Herkunftsgruppe „mittel“ offensichtlich in hohem Maße auf Eigenfinanzierung angewiesen ist. Das bestätigt sich auch angesichts der Tatsache, dass diese Studierenden in den unteren vier Semestern anteilig am häufigsten zu denjenigen gehören, die nebenher arbeiten. Möglicherweise betrifft dies vor allem Studierende, deren Eltern über Einkommen verfügen, die knapp oberhalb der Grenzen liegen, welche einen Förderungsanspruch nach dem BAföG begründen.

10.2.5 Hochschulzugang und Studienverlauf

Das Ausmaß studentischer Erwerbstätigkeit – gemessen sowohl an der Quote erwerbstätiger Studierender als auch am Erwerbsaufwand – steht unter anderem auch in Zusammenhang mit Merkmalen des Hochschulzugangs, des Studiums selbst und seines bisherigen Verlaufs.

Je direkter der Weg zur Hochschule genommen wurde, desto geringer ist der Anteil erwerbstätiger Studierender. So arbeiten Studierende mit Abitur seltener als beispielsweise solche, die über eine fachgebundene Hochschulreife verfügen (62 % vs. 75 %,

Bild 10.11). Studierende, die vor dem Studium bereits einen Beruf erlernt haben, sind häufiger auch während des Studiums erwerbstätig im Vergleich zu solchen ohne beruflichen Abschluss. Sie leisten darüber hinaus im Durchschnitt einen höheren Erwerbsaufwand (zehn vs. acht Stunden pro Woche).

Unstetigkeit im Studienverlauf, beispielsweise durch Wechsel des Studiengangs oder Unterbrechung des Studiums, steht in Zusammenhang mit vergleichsweise hohen Erwerbstätigenquoten bzw. hohem zeitlichen Erwerbsaufwand.

Mit der Studiendauer steigt der Anteil derer, die neben dem Studium Geld verdienen, ebenso kontinuierlich wie die wöchentliche Stundenzahl, die dafür aufgewendet wird. Das begründet sich nicht zuletzt mit dem oben bereits aufgezeigten engen Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und Alter der Studierenden.

10.2.6 Hochschulart, Abschluss und Fächergruppe

Zahlreiche Merkmale des Studiums wie Regelungsdichte und Fachkultur sind von Belang für die Möglichkeit von studentischer Erwerbstätigkeit. Es wurde bereits gezeigt, dass Studierende an Fachhochschulen häufiger erwerbstätig sind als an Universitäten. Darüber hinaus gibt es zum Teil deutliche Unterschiede bei den Erwerbstätigenquoten in Abhängigkeit vom gewählten Studiengang bzw. Fächergruppe.

Zwei Drittel der Studierenden, die sich an Fachhochschulen im Erststudium befinden, sind nebenher erwerbstätig. Gleiches trifft nur auf 61 % der Studierenden an Universitäten zu (Bild 10.12). Obwohl der Anteil erwerbstätiger Studierender im Erststudium an beiden Hochschularten im Vergleich zum Sommersemester 2003 gesunken ist (Fachhochschulen: -2 Prozentpunkte, Universitäten: -4 Prozentpunkte), ist der Unterschied zwischen Universitäten und Fachhochschulen ein weiteres Mal, wenn auch geringfügig, größer geworden (von 3 Prozentpunkten Differenz auf 4 Prozentpunkte).

Zu denjenigen, die relativ selten erwerbstätig sind, gehören seit langem Studierende in lernintensiven Studiengängen mit hoher Regelungsdichte, die mit dem Staatsexamen abschließen (Medizin, Rechtswissenschaften). Weniger als die Hälfte der Studierenden in diesen Studiengängen (48 %) arbeitet neben dem Studium – und falls doch, so tun sie das mit einem geringeren zeitlichen Aufwand (Bild 10.11). Zweifellos wirken sich hier neben Studienmerkmalen auch Effekte der sozialen Herkunft aus, die bei den Studierenden in diesen Fächergruppen überdurchschnittlich hoch ist (vgl. Kap. 4).

Die Erwerbstätigenquote der Studierenden, die einen Bachelor anstreben, liegt ebenfalls unterhalb des Durchschnitts (56 %), ebenso wie die in einen Job investierte Zeit: Da Bachelor-Studierende ganz über-

Bild 10.11 Erwerbstätigenquote und Erwerbsaufwand nach ausgewählten Merkmalen des Hochschulzugangs und Studienverlaufs
Studierende im Erststudium, in %, Median in Stunden/Woche

Merkmal		Erwerbs-	Erwerbsaufwand
		tätigenquote	Median
		in %	
Hochschul- zugangsberechtigung	allgemeine HS-Reife, Abitur	62	9
	Fachhochschulreife	65	10
	fachgeb. Hochschulreife	75	10
Berufsausbildung vor dem Studium	nein	60	8
	ja	68	10
Studiengang- wechsel	nein	61	8
	ja	69	10
Studien- unterbrechung	nein	61	8
	ja	72	14
Hochschul- semester	1. + 2.	46	7
	3. + 4.	58	8
	5. + 6.	64	8
	7. + 8.	68	9
	9. + 10.	70	10
	11. + 12.	72	10
	13. + 14. >=15	76 77	12 18
Abschlussart	Staatsexamen (o. LA)	48	7
	Bachelor	56	8
	Diplom (Uni)	62	9
	Diplom (FH)	67	10
	Lehramt	70	8
	Magister	72	11

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

wiegend zu den unteren Altersgruppen gehören, müssen die Erwerbstätigenquoten in diesen Zusammenhang gestellt werden (s. Tabelle zu Erwerbstätigenquoten nach Ab-

schlussart und Alter): In der Altersgruppe bis 21 Jahre sind beispielsweise Studierende, die an einer Universitäten ein Diplom erwerben wollen, anteilig seltener erwerbstätig

Erwerbstätigen- quote in %	Alter in Jahren		
	bis 21	22-23	24-25
Staatsexamen (o. LA)	37	45	48
Diplom (U)	43	59	67
Bachelor	45	54	68
Magister	52	70	76
Diplom (FH)	55	61	65
Lehramt	59	70	75

als Gleichaltrige in einem Bachelor-Studiengang. In der Altersgruppe der 22-23-Jährigen kehrt sich dieses Verhältnis um. Bei den 24-25-Jährigen hat sich der Abstand zwischen den Erwerbstätigenquote in beiden Studiengängen auf einen Prozentpunkt reduziert. In dieser Altersgruppe sind Studierende in Bachelor-Studiengängen zum Beispiel anteilig häufiger erwerbstätig als gleichaltrige Studierende, die an Fachhochschulen ein Diplom erwerben wollen (68 % vs. 65 %).

Im Kapitel zum Zeitbudget dargestellte Befunde (Kap. 9) deuteten bereits darauf hin, dass Studierenden in Bachelor-Studiengängen im Vergleich zu den „alten“ Studiengängen, deren Umwandlung noch aussteht, ein relativ geringes Ausmaß an Erwerbstätigkeit aufweisen. Das bestätigt sich prinzipiell auch anhand der Erwerbstätigenquoten. Es muss dabei jedoch beachtet werden, dass Studierende in Bachelor-Studiengängen Besonderheiten aufweisen, die von Bedeutung sind für das Ausmaß und den Umfang von Erwerbstätigkeit. Dazu ge-

hören insbesondere das Alter, die Hochschulart und die Fächergruppe.

Von den Studierenden, die einen Magister, ein Lehramt oder das Diplom einer Fachhochschule erwerben wollen, arbeiten relativ viele und – mit Ausnahme der Studierenden in Lehramtsstudiengängen – mit einem vergleichsweise hohen Zeitaufwand.

Im Vergleich der Fächergruppen zeigt sich, dass Hochschulart und Fachkultur unterschiedlich zusammenwirken (Bild 10.12). Es gibt Fächergruppen, bei denen – entgegen der generellen Tendenz – der Anteil erwerbstätiger Studierender an Universitäten gleich hoch oder sogar höher ist als an Fachhochschulen (Mathematik/Informatik, Architektur/Bauwesen, Kunst/Kunstwissenschaften).

Die geringsten Erwerbstätigenquoten weisen Studierende an Universitäten in Diplom-Studiengängen der Biologie bzw. Chemie auf. Ein hoher Prozentsatz Erwerbstätiger findet sich an Universitäten unter Studierenden der Sozialwissenschaften/Sozialwesen, Sprach-/Kulturwissenschaften, Pädagogik und Kunst/Kunstwissenschaften. An den Fachhochschulen weisen Studierende in wirtschafts-, kunst- und sozialwissenschaftlichen Fächern Erwerbstätigenquoten auf, die über dem Durchschnitt liegen.

10.3 Motive studentischer Erwerbstätigkeit

Warum Studierende neben dem Studium arbeiten, hat vielfältige Gründe. Zu den mögli-

Bild 10.12 Erwerbstätigenquote nach Fächergruppen und Hochschulart
Studierende im Erststudium, in %

Fächergruppe	Universität	Fachhochschule ¹	insgesamt
Biologie, Chemie	45	-	47
Medizin, Gesundheitswissenschaften	49	-	52
Rechtswissenschaften	52	-	52
Agrarwissenschaften	52	55	54
Elektotechnik	56	60	59
Geowissenschaften, Physik	57	-	57
Maschinenbau	59	60	60
Wirtschaftswissenschaften	62	69	65
Mathematik, Informatik	63	63	63
Architektur, Bauwesen	64	64	64
Psychologie	66	-	66
Sozialwissenschaften, Sozialwesen	67	76	71
Sprach-, Kulturwissenschaften	68	-	68
Pädagogik	70	-	71
Kunst, Kunstwissenschaften	79	74	77
insgesamt	61	66	63

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ nur Fächergruppen mit mindestens 100 Fällen in der Stichprobe

chen Motiven gehören ökonomische Beweggründe (notwendiger Beitrag zum Lebensunterhalt, sich etwas mehr leisten können) ebenso wie lebenslaufspezifische Motivlagen (Unabhängigkeit von den Eltern, Mitfinanzierung von Angehörigen) und Ziele, die auf den anstehenden Übergang in eine berufliche Tätigkeit orientiert sind (Praxiserfahrung, Kontakte ins Berufsfeld).

Im Rahmen der Sozialerhebungen wird den Befragten regelmäßig ein Katalog möglicher Gründe für ihre Erwerbstätigkeit vor-

gelegt. Sie haben die Möglichkeit, jeden aufgeführten Grund abgestuft nach Relevanz zu bewerten. Damit wird der Mehrdimensionalität der Motive, die Studierende für Erwerbstätigkeit haben, entsprochen.

10.3.1 Einzelmotive

Bildet der Anteil derer, die einem Erwerbsmotiv völlig zustimmen, Grundlage der Bewertung, so ist der notwendige Beitrag zum Lebensunterhalt der am häufigsten genannte Beweggrund, nebenher Geld zu verdie-

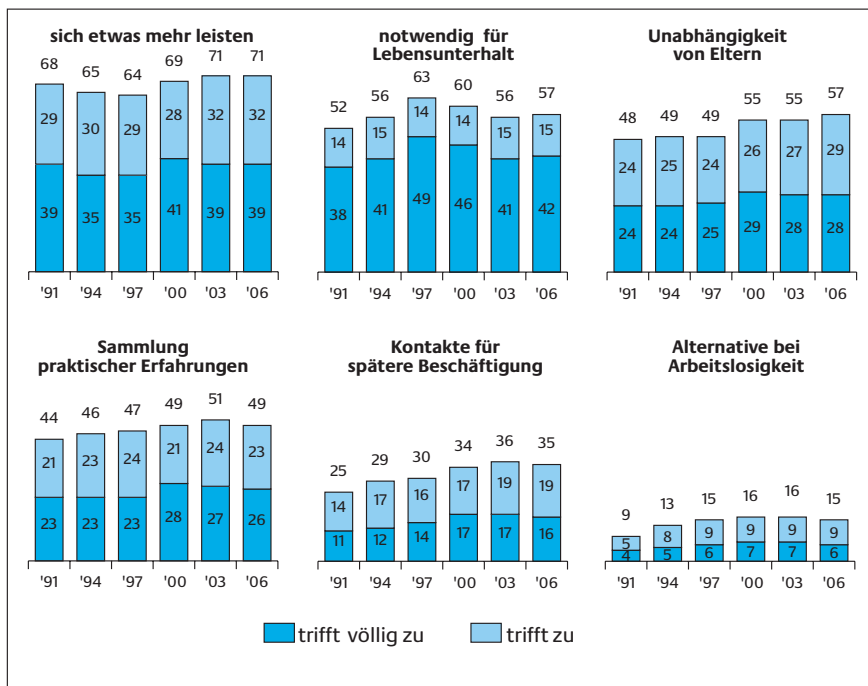
nen. 42 % stimmen der Aussage, „ich verdiene während des Studiums Geld, weil es zur Bestreitung meines Lebensunterhaltes unbedingt notwendig ist“, völlig zu.

An zweiter Stelle folgt das Motiv, neben dem Studium zu jobben, um sich etwas mehr leisten zu können. Werden auch die berücksichtigt, die das jeweilige Motiv – ab-

gestuft – als zutreffend beurteilen, dann ist der häufigste Anlass für Erwerbstätigkeit, sich etwas mehr leisten zu können. 71 % der erwerbstätigen Studierenden äußern sich entsprechend (Bild 10.13).

Beide Zustimmungsp Positionen zusammen genommen, arbeiten jeweils 57 %, weil es notwendig für ihren Lebensunterhalt ist

Bild 10.13 Entwicklung der Motive für Erwerbstätigkeit 1991 - 2006¹
Studierende im Erststudium, in %, Positionen „trifft völlig zu“ und „trifft zu“ auf einer Bewertungsskala von „trifft gar nicht zu“ bis „trifft völlig zu“



¹ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

bzw. , um „finanziell unabhängig von den Eltern zu sein“ („trifft zu/trifft völlig zu“).

Jeder Zweite arbeitet, um praktische Erfahrungen zu sammeln, die im späteren Beruf von Nutzen sind (49% „trifft zu/trifft völlig zu“). Jeder Dritte strebt an, über den Job Kontakte für eine mögliche spätere Beschäftigung zu knüpfen. Etwa jeder sechste Studierende sieht in der Erwerbstätigkeit eine Vorbereitung auf eine alternative, gegebenenfalls vom Studienabschluss unabhängige Beschäftigung.

Die Notwendigkeit, Partner/in und/oder Kind(er) durch die Erwerbstätigkeit mitzufinanzieren, ist für relativ wenige Studierende im Erststudium ein Grund zu jobben (6% „trifft zu/trifft völlig zu“).

Im zurückliegenden Jahrzehnt hat sich an der Rangfolge und Ausprägung der genannten Erwerbsmotive kaum etwas verändert. Wie zuvor haben Studierende mehrere Gründe, neben dem Studium Geld zu verdienen: Sie stufen durchschnittlich etwa drei der vorgegebenen Erwerbsmotive als relevant ein.

10.3.2 Hauptdimensionen der Erwerbsmotivation

Aufgrund der Vielfalt möglicher Erwerbsmotive einerseits und der Konzentration ähnlich gelagerter Motive je nach Lebens- und Studiensituation andererseits, wurden die Gründe für studentische Erwerbstätigkeit mittels Faktorenanalyse gruppiert. Dadurch wird eine übersichtlichere, höher ag-

gregierte Darstellung des individuellen Motivationsgefüges möglich. Wie auch in den Sozialerhebungen zuvor, existieren drei Dimensionen, die dem Jobben neben dem Studium zu Grunde liegen und Einfluss auf Erwerbsaufwand und Verdienst haben: Diese Faktoren werden mit „Praxis“, „Lebensunterhalt“ und „Sich etwas mehr leisten“ bezeichnet. Die in der nachfolgenden Tabelle dargestellten Erwerbsgründe (Variablen) gehören zu den genannten Faktoren.

Für alle nachfolgenden Befunde zeigt sich eine Übereinstimmung mit den Ergebnissen der letzten Sozialerhebung. Das spricht dafür, dass trotz des im Vergleich zum Jahr 2003 niedrigeren Anteils an erwerbstätigen Studierenden und des geringeren Stundenumfangs, den sie durchschnittlich jobben, die studentische Erwerbstätigkeit unter weitgehend gleichen Rahmenbedingungen erfolgt.

10.3.3 Erwerbsmotive und Zeitaufwand bzw. Verdienst

Für den zeitlichen Umfang der Erwerbstätigkeit und für den Geldbetrag, der verdient wird, ist es von Bedeutung, aus welchen Gründen Studierende in erster Linie arbeiten.

Steht bei Studierenden das Motiv „Lebensunterhalt“ im Vergleich zum Beweggrund „Sich etwas mehr leisten“ eher im Hintergrund, so arbeiten Studierende in der Regel maximal acht Stunden pro Woche.

Ab mehr als zehn Stunden pro Woche

Dimension	Variablen ¹
Praxis	Job für spätere Arbeitskontakte (.90)
	Job, um praktische Erfahrungen zu sammeln (.88)
Lebensunterhalt	Job, um unabhängig von den Eltern zu sein (.83)
	Job notwendig für Lebensunterhalt (.75)
sich etwas mehr leisten	Job, um sich etwas mehr leisten zu können (.80)

¹ in Klammern: Faktorladung (Korrelationskoeffizient zwischen Faktor und Variable)

wird das Jobben zunehmend vom Motiv „Lebensunterhalt“ geleitet und verliert der Grund, sich etwas mehr leisten zu können“, an Bedeutung (Bild 10.14).²

Beide Motivdimensionen korrespondieren in ähnlicher Weise, wenn die Höhe des Verdienstes aus Erwerbstätigkeit betrachtet wird. Der Beweggrund „Damit ich mir etwas mehr leisten kann“ bezieht sich offenbar auf zusätzliche Einnahmen zur Erfüllung von Wünschen über den prinzipiell gesicherten

² Die im Folgenden dargestellten Befunde, welche die Faktorwerte ausweisen, müssen so interpretiert werden, dass positive Zahlen (Faktorwerte) für eine Bejahung bzw. ein Zutreffen der Motivdimension stehen. Die Zustimmung ist um so stärker, je größer der ausgewiesene Wert ist. Faktorwerte mit negativem Vorzeichen stehen für das Nichtzutreffen bzw. die Ablehnung der aufgeführten Motivdimension. Der Grad der Ablehnung bzw. des Nichtzutreffens ist wiederum ablesbar an der Größe des Faktorwertes. Faktorwerte um Null stehen für eine indifferente Haltung bzw. für das Fehlen eines Zusammenhangs zwischen der entsprechenden Motivdimension und der Erwerbstätigkeit Studierender.

Grundbedarf des Lebensunterhalts hinaus. Dieses Motiv ist bis zu einer Einnahmenhöhe von ca. 250 € im Monat bestimmend (Bild 10.15).

Wer neben dem Studium arbeitet, um „sich etwas mehr leisten“ zu können, verdient im Durchschnitt bis zu 150 € pro Monat (Bild 10.15) und arbeitet dafür durchschnittlich maximal einen Tag bzw. sieben Stunden in der Woche (Bild 10.14).

Muss der eigene Lebensunterhalt aus den Einnahmen bestritten werden, dann werden mindestens zehn Stunden Erwerbsaufwand pro Woche geleistet (Bild 10.14) und mindesten 250 € im Monat hinzu verdient (Bild 10.15).

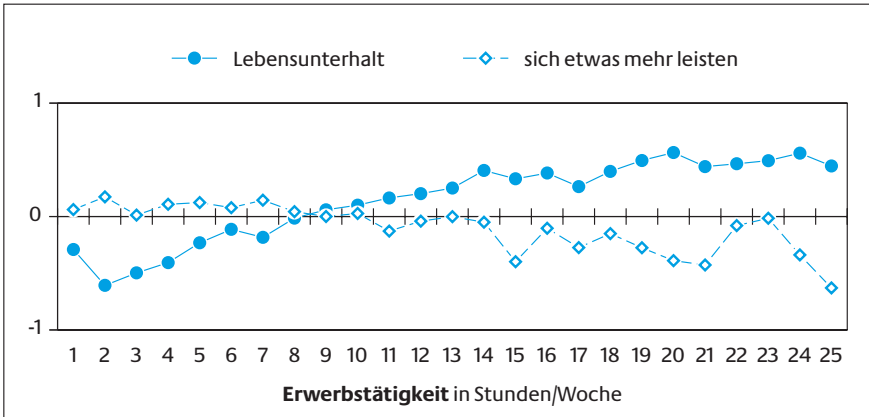
Das Motiv „Praxis“ steht mit dem geleisteten Stundenumfang bzw. der erzielten Verdiensthöhe in keinem nachweisbaren Zusammenhang. Da dieses Motiv gegen Ende des Studiums stärker wird, scheint es so, als würde es mit einem höherem Zeitaufwand bzw. vergleichsweise hohen Verdienst einhergehen. Tatsächlich jedoch hängt beides – Erwerbsaufwand und Verdiensthöhe – mit dem für höhere Semester typischen größeren Anteil der Eigenfinanzierung zusammen (vgl. Kap. 6 und Kap. 9).

10.3.4 Erwerbsmotivation und Alter

Das Alter der Studierenden spielt auch für ihre Motive, neben dem Studium zu arbeiten, eine wichtige Rolle. Bis zu einem Alter von etwa 24 Jahren überwiegt das Motiv,

Bild 10.14 Zusammenhang zwischen Ausprägungsgrad von Erwerbsmotiven und Erwerbsaufwand

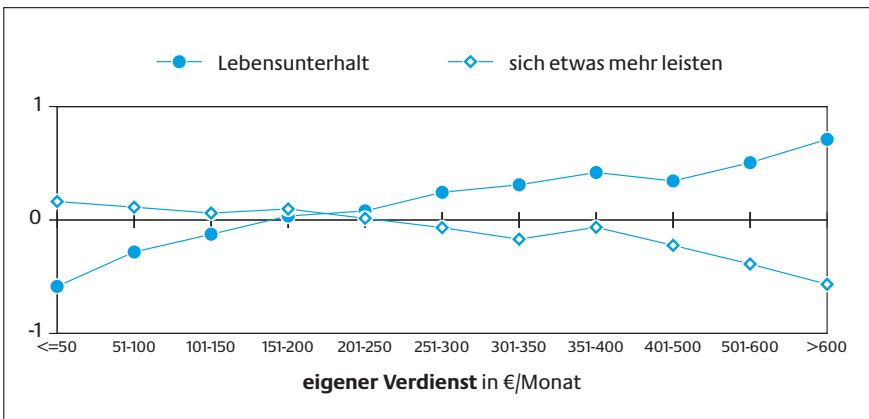
Erststudium, Mittelwerte der Faktorwerte



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Bild 10.15 Zusammenhang zwischen Ausprägungsgrad von Erwerbsmotiven und der Höhe des eigenen Verdienstes

Studierende im Erststudium, Mittelwerte der Faktorwerte



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

sich etwas mehr leisten zu wollen. Praxisorientierung oder Lebensunterhalt sind keine typischen Beweggründe für ihre Erwerbstätigkeit (Bild 10.16).

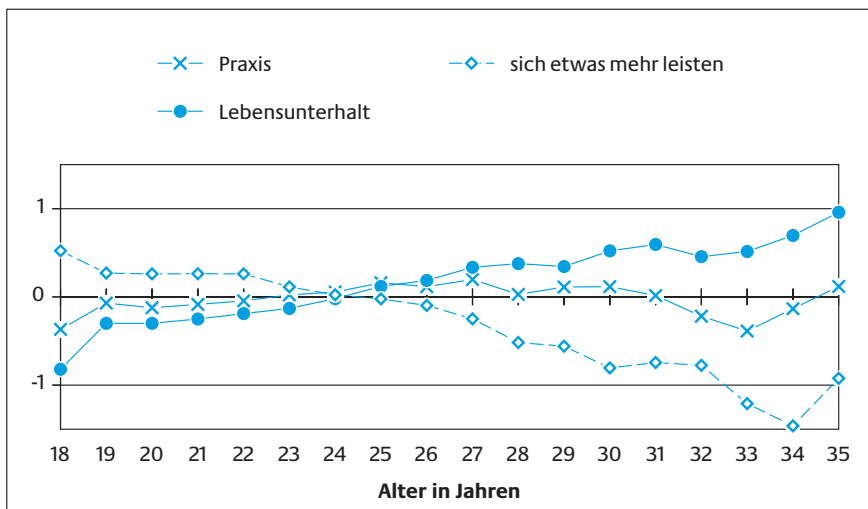
Etwa ab einem Alter von 27 Jahren tritt das Motiv Lebensunterhalt zunehmend in den Vordergrund; das Ziel, sich etwas mehr leisten zu können, begründet kaum noch, warum neben dem Studium gearbeitet wird. Die Indifferenz der Motivdimension „Praxis“ zeigt sich auch hier. Ihre Bedeutung hat wenig mit dem Alter zu tun, sondern korrespondiert erwartungsgemäß stark mit der Studienphase.

10.3.5 Soziale Herkunft und Erwerbsmotivation

Die soziale Herkunftsgruppe der Studierenden steht sowohl mit dem Anteil erwerbstätiger Studierender, ihrem zeitlichen Erwerbsaufwand als auch mit der Höhe des Verdienstes in engem Zusammenhang (vgl. Kap. 6, Kap. 9 und Abschnitt 10.2.4). Studierende mit unterschiedlichem sozialen Hintergrund haben erwartungsgemäß tendenziell unterschiedliche Motive, neben dem Studium zu arbeiten. Auf eine Formel gebracht, lautet der Trend: Je hochschulferner bzw. „niedriger“ die soziale Herkunft ist,

Bild 10.16 Zusammenhang zwischen Ausprägungsgrad von Erwerbsmotiven und Alter der Studierenden

Studierende im Erststudium, Mittelwerte der Faktorwerte



desto mehr gewinnt der Beweggrund „Lebensunterhalt“ an Bedeutung.

Umgekehrt ist das Motiv, sich etwas mehr leisten zu können, um so stärker ausgeprägt, je „höher“ die soziale Herkunft der Studierenden ist. Ähnlich verhält es sich mit praxisorientierten Gründen für studentische Erwerbstätigkeit: Auch sie sind um so verbreiteter, je „höher“ die soziale Herkunft ist.

Erwerbstätige Studierende der Herkunftsgruppe „niedrig“ arbeiten von Beginn des Studiums an stärker als andere aus dem Motiv heraus, zur Selbstfinanzierung beizutragen. Der Grund, sich etwas mehr leisten zu können, ist bei ihnen durchgängig geringer ausgeprägt als beispielsweise unter Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ (Bild 10.17).

Oben wurden die Studierenden der Herkunftsgruppe „mittel“ angesichts ihrer hohen Erwerbstätigenquoten als überdurchschnittlich häufig zur Eigenfinanzierung veranlasst charakterisiert. Gemessen an den von ihnen genannten Motiven für Erwerbstätigkeit jedoch entsprechen sie ihrer „mittleren“ Position. Bei ihnen spielt die Motividimension „Lebensunterhalt“ eine größere Rolle als für Studierende der Herkunftsgruppen „gehoben“ und „hoch“, aber eine geringere im Vergleich zu Studierenden der Gruppe „niedrig“. Umgekehrt verhält es sich mit dem Motiv „Sich etwas mehr leisten“: Es ist für sie wichtiger als für Studierende der Herkunftsgruppe „niedrig“, hat aber eine

geringere Bedeutung im Vergleich zu Studierenden aus den beiden oberen Herkunftsgruppen.

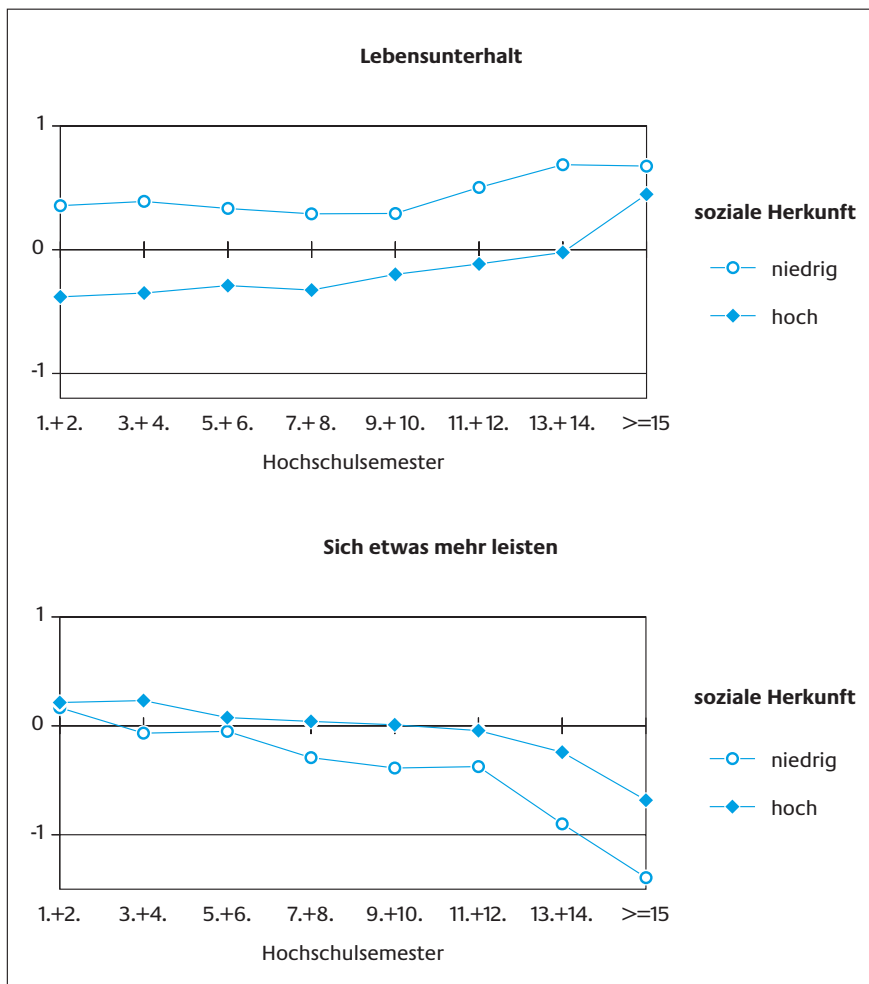
10.3.6 Erwerbsmotivation und Einstellung zum Studium

Bei der Analyse des studentischen Zeitbudgets (Kap. 9) wurde bereits gezeigt, dass es einen engen Zusammenhang zwischen dem Studien- und Erwerbsaufwand und der Einstellung, die Studierenden ihrem Studium gegenüber haben (vgl. Bild 9.28) gibt.

Ein analoger Zusammenhang besteht zwischen den Motiven, neben dem Studium Geld zu verdienen, und den drei unterschiedlichen Einstellungen zum Studium: Wenn das Studium den Mittelpunkt bildet, auf den nahezu alle ihre Interessen und Aktivitäten ausgerichtet sind, dann arbeiten Studierende vor allem, weil sie Einblicke in die Praxis gewinnen und hier Kontakte knüpfen wollen. Im Vergleich zu den Ergebnissen der 17. Sozialerhebung, ist bei diesen Studierenden das Ziel, etwas mehr Geld für die Erfüllung kleinerer Wünsche zu haben, in den Hintergrund getreten.

Auch bei den Studierenden, für die das Studium gleichrangig ist mit anderen Interessen und Aktivitäten, ist die Motividimension „Sich etwas mehr leisten“ im Vergleich - zu 2003 rückläufig. Dagegen hat die Bedeutung der Erwerbstätigkeit zur Finanzierung des Lebensunterhaltes und zur Gewinnung von Praxiserfahrung und -kontakten für sie tendenziell an Bedeutung gewonnen.

Bild 10.17 Erwerbsmotive Studierender nach sozialer Herkunft und Anzahl absolvierter Hochschulsemester (Extremgruppenvergleich)
 Studierende im Erststudium, Mittelwerte der Faktorwerte



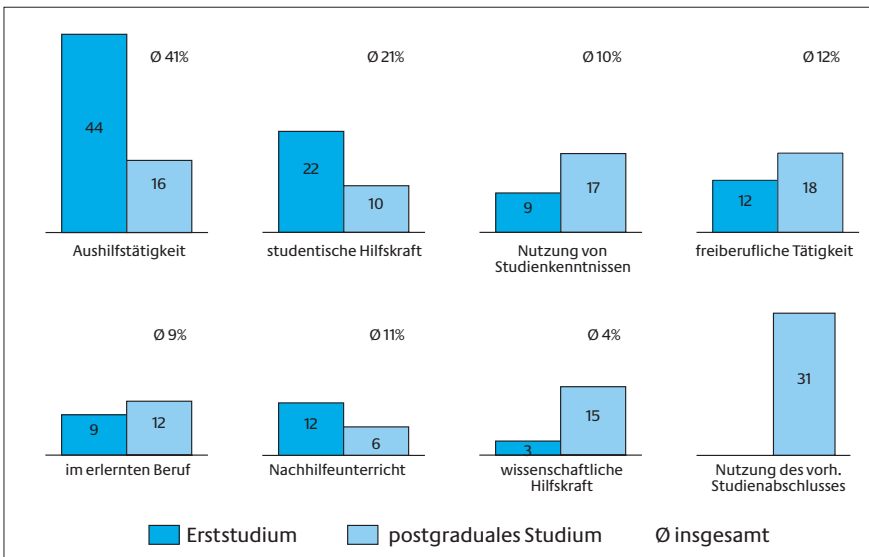
Neben dem Studium zu Jobben erfolgt bei den Studierenden, die sagen, dass das Studium eher im Hintergrund steht und andere Interessen und Aktivitäten außerhalb der Hochschule wichtiger sind, ganz klar aus dem Motiv heraus, sich selbst (und darüber hinaus u. U. auch andere) zu finanzieren. Im Vergleich zu 2003 hat das Erwerbsmotiv „Lebensunterhalt“ eine noch größere Bedeutung für diese Studierende. Gleichzeitig hat der Beweggrund, sich etwas mehr leisten zu können, für sie weiter an Relevanz verloren.

10.4 Tätigkeitsarten

Studierende erledigen die vielfältigsten Jobs. Sie führen einfache Arbeiten aus, die keine besonderen Vorkenntnisse voraussetzen, ebenso wie hochspezialisierte Tätigkeiten, für die sie Kenntnisse aus dem Studium einsetzen. Trotz dieser qualitativen Spannweite sind Aushilfstätigkeiten wie Kellnern, Taxi-Fahren, Verkaufen, Bürohilfe am weitesten verbreitet.

Vor allem Studierende im Erststudium jobben als Aushilfskraft (44 % Bild 10.18). Nur halb so viele arbeiten als studentische Hilfs-

Bild 10.18 Art der Erwerbstätigkeit nach Art des Studiums
erwerbstätige Studierende, in %



kraft (22 %). Fast jeder zehnte Studierende im Erststudium nutzt erworbenes Studienwissen, um Geld zu verdienen. Wahrscheinlich sind auch freiberuflich ausgeübte Tätigkeiten und die Erteilung von Nachhilfeunterricht großenteils studiennahe Jobs.

Studierende in postgradualen Studiengängen sind im Vergleich zu jenen im Erststudium relativ häufig studien(abschluss)nah beschäftigt. Fast ein Drittel von ihnen hat eine Beschäftigung, bei welcher der akademische Abschluss vorausgesetzt wird. Etwa ein Sechstel nutzt Wissen aus dem Studium für den Job bzw. arbeitet als wissenschaftliche Hilfskraft.

Fächergruppe und Hochschulart

Die Besonderheiten der Fachhochschulen im Vergleich zu den Universitäten, z. B. in Bezug auf die angebotene Fächerstruktur und den Hochschulzugang ihrer Studierenden (vgl. Kap. 2 und Kap. 4), spiegeln sich in gewisser Weise auch in den studentischen Jobs. Studierende an Fachhochschulen arbeiten häufiger als diejenigen an Universitäten im erlernten Beruf (16 % vs. 6 %, Bild 10.19), und sie nutzen häufiger als diese Kenntnisse aus dem Studium, wenn sie nebenher jobben.

Studierende an Universitäten üben zu vergleichsweise hohen Anteilen Aushilfs-

Bild 10.19 Art der Erwerbstätigkeit nach Fächergruppen und Hochschulart
erwerbstätige Studierende im Erststudium, in %

Hochschulart/ Fächergruppe	Tätigkeit						
	Aushilfs- tätigkeit	student./wiss. Hilfskraft	Nutzg. Studi- enkenntn.	freiberufliche Tätigkeit	erlernter Beruf	Nachhilfe- unterricht	bezahltes Praktikum
Erststudium insges.	44	25	9	11	9	12	4
Universität	45	28	8	12	6	14	3
Fachhochschule	42	19	10	10	16	7	8
Ingenieurwissenschaften	38	30	9	10	11	8	7
Sprach- und Kulturwiss.	49	21	10	17	5	17	2
Math., Naturwissenschaften	38	33	8	9	7	14	3
Rechts- u. Wirtschaftswiss.	48	22	6	9	10	7	7
Sozialwiss., Päd., Psychologie	44	22	11	14	10	12	5
Medizin, Gesundheitswiss.	40	30	9	7	19	7	1

tigkeiten aus oder sind als studentische Hilfskraft beschäftigt. Entsprechend der hier angebotenen (Lehramts-)Studiengänge geben sie häufiger als Studierende an Fachhochschulen Nachhilfeunterricht. Nachhilfeunterricht scheint insbesondere für Fächer nachgefragt zu werden, die Studierende der Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften und Sprach-/Kulturwissenschaften besonders gut erteilen können. Von letzteren sind darüber hinaus auch relativ viele freiberuflich tätig. Studierende der Medizin/Gesundheitswissenschaften arbeiten häufiger als alle anderen im zuvor erlernten (meist medizinischen bzw. pflegerischen) Beruf.

Ein bezahltes Praktikum führen Studierende im Erststudium anteilig selten durch.

Tätigkeitsart und Herkunft

Welchen Job Studierende ausüben, hat auch

mit Merkmalen der Studierenden zu tun, wie ein Vergleich nach sozialer Herkunft zeigt. Studierende der Herkunftsgruppe „niedrig“ üben häufiger Aushilfstätigkeiten aus als die der anderen Herkunftsmilieus. Häufiger als andere sind Studierende der Herkunftsgruppe „hoch“ als studentische Hilfskraft bzw. freiberuflich tätig (Bild 10.20). Diese Unterschiede erklären sich in erster Linie aus den Motiven für die Erwerbstätigkeit.

Wer Geld verdienen muss, wird weniger wählerisch sein. Wem es vor allem auf praktische Erfahrungen und Kontakte ins künftige Berufsfeld ankommt, der kann den Job stärker nach entsprechenden Kriterien auswählen.

Studierende, die eine Aushilfstätigkeit ausführen, verneinen tendenziell, dass es ihnen dabei um (berufs)praktische Erfahrun-

Bild 10.20 Art der Erwerbstätigkeit nach sozialer Herkunft
erwerbstätige Studierende im Erststudium, in %

Tätigkeit	Herkunftsgruppe			
	niedrig	mittel	gehoben	hoch
Aushilfstätigkeit	50	44	43	41
studentische Hilfskraft	18	21	22	25
wissenschaftliche Hilfskraft	2	3	3	3
erlernter Beruf	11	11	9	6
Nutzung v. Studienkenntnissen	6	9	9	9
freiberufliche Tätigkeit	9	11	11	13
Nachhilfeunterricht	11	12	11	12

Bild 10.21 Art der Erwerbstätigkeit und Erwerbsmotivation*Studierende im Erststudium, Mittelwerte der Faktorwerte*

Tätigkeitsart	Dimension der Erwerbsmotivation		
	Lebens- unterhalt	sich etwas mehr leisten	Praxis
erlernter Beruf	0,53	-0,47	0,26
freiberufliche Tätigkeit	0,22	-0,17	0,42
Aushilfstätigkeit	0,20	0,03	-0,38
Nutzung v. Studienkenntnissen	0,05	-0,30	0,81
wissenschaftliche Hilfskraft	-0,16	-0,14	0,46
Nachhilfeunterricht	-0,11	0,06	-0,15
studentische Hilfskraft	-0,05	-0,02	0,31

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

gen geht. Für sie steht der Beitrag zum Lebensunterhalt im Vordergrund (Bild 10.21).

Ganz anders stellt sich die Motivlage von Studierenden dar, die beispielsweise als studentische Hilfskraft arbeiten: Ihnen kommt es in erster Linie darauf an, praktische Erfahrungen zu sammeln und Arbeitskontakte für später zu knüpfen. Studierende, die im vor dem Studium erlernten Beruf tätig sind bzw. freiberuflich arbeiten, verknüpfen offenbar zwei Dimensionen der Erwerbsmotivationen miteinander: Lebensunterhalt und Praxis, wenngleich mit unterschiedlicher Gewichtung.

10.5 Finanzieller Ertrag der Tätigkeiten

Die durchschnittliche Vergütung, die Studierende mit ihren Jobs erzielen, beträgt 9 € netto pro Stunde. Das ist im Vergleich zur 17.

Sozialerhebung 1 € weniger. Studierende im postgradualen Studium erhalten mit 12 € einen durchschnittlich höheren Stundenlohn als diejenigen im Erststudium (Bild 10.22). Im Vergleich zu 2003 sank ihre Vergütung noch stärker als im Durchschnitt, denn sie betrug damals noch 15 € pro Stunde. Den geringsten durchschnittlichen Ertrag erzielen mit 7 € pro Stunde Studierende in den neuen Ländern.

Mit einer selbständigen Tätigkeit im eigenen Unternehmen lässt sich offenbar am meisten verdienen. Darüber hinaus gilt unverändert, dass je stärker die Tätigkeit an eine bestimmte Qualifikation gebunden ist – z. B. an einen erworbenen Berufs- oder Studienabschluss –, desto höher fällt die erzielte Vergütung aus. Praktika gehören seit Jahren zu den am schlechtesten bezahlten Tätigkeiten, offenbar auch, weil hier der

Bild 10.22 Verdienst im Vergleich nach Region und Art des Studiums
erwerbstätige Studierende mit einer Tätigkeitsangabe, Mittelwert in €

Art der Tätigkeit	Netto-Stundenlohn (in €)				
	Insgesamt	Erststudium	postgrad. Studium	neue Länder	alte Länder ¹
selbständige Tätigkeit im eigenen Unternehmen	18	18	26	13	18
freiberufliche Tätigkeit	12	12	14	8	12
Berufstät. im Rahmen eines berufsbezgl. Studiums	13	11	16	7	14
Tätigkeit, die Studienabschluss voraussetzt	12	-	12	9	12
Tätigkeit im erlernten Beruf	12	11	16	10	12
Nachhilfeunterricht	11	11	12	11	11
Tätigkeit, die Studienkenntnisse voraussetzt	11	11	13	8	11
studentische Hilfskraft	8	8	9	7	9
Aushilftätigkeit	8	8	9	7	8
wissenschaftliche Hilfskraft	10	9	11	9	10
betriebliche Ausbildung (integriert ins Studium)	5	5	-	-	5
bezahltes Praktikum	6	6	5	5	6
insgesamt	9	9	12	7	9

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ einschließlich Berlin

Gelderwerb nicht im Vordergrund steht.

Studierende in postgradualen Studiengängen erzielen durchschnittlich höhere Verdienste als diejenigen im Erststudium, was sich unter anderem aus ihrem höheren Anteil an fachadäquaten Tätigkeiten erklärt.

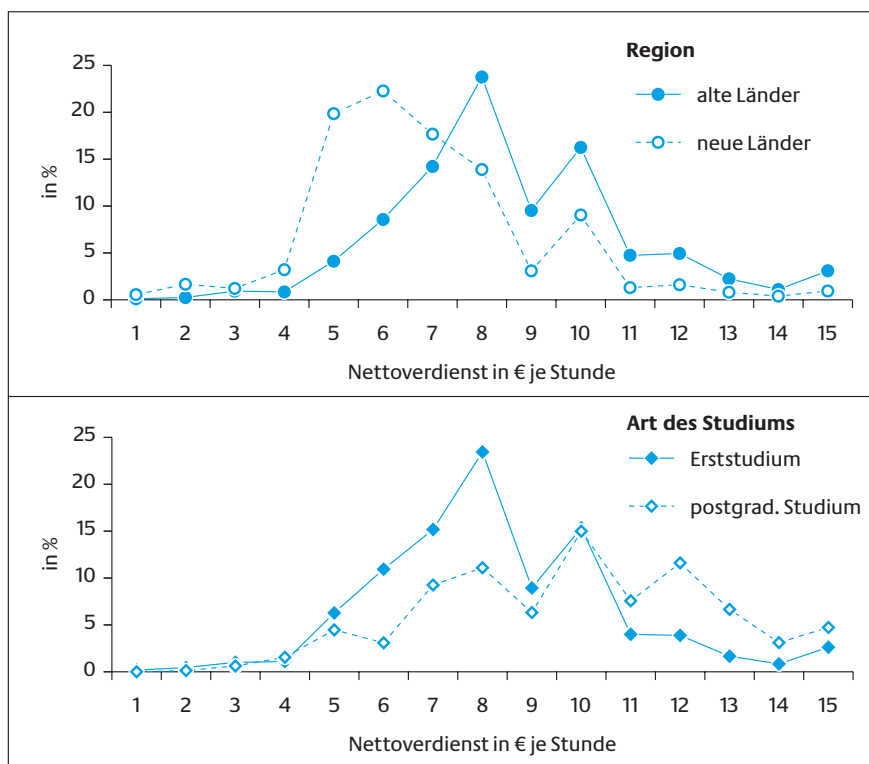
Aber auch bei gleicher Art der Tätigkeit verdienen Studierende, die bereits einen akademischen Abschluss haben, mehr als Studierende ohne Hochschulabschluss.

Die meisten Studierenden im Erststudium haben eine Stundenvergütung, die zwi-

schen sechs und zehn Euro liegt. Wie stark sich nach wie vor das regionale Lohngefälle auch auf studentische Jobs erstreckt, veranschaulicht die in Bild 10.23 dargestellte prozentuale Verteilung auf die verschiedenen Stundenlöhne.

Die Mehrheit der Studierenden in den alten Ländern erhalten zwischen neun und zwölf Euro in der Stunde, während die Studierenden in den neuen Ländern am häufigsten lediglich zwischen sieben und zehn Euro in der Stunde verdienen.

Bild 10.23 Studierende nach Verdiensthöhe im Vergleich nach Region und Art des Studiums
erwerbstätige Studierende mit einer Tätigkeitsangabe, Mittelwert in €



11. Wohnsituation

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick		
Studierende nach Wohnformen (in %)¹	2003	2006
Eltern	22	23
Studentenwohnheim	12	11
Untermiete	2	2
Wohngemeinschaft	22	25
Wohnung allein	23	20
Wohnung mit Partner bzw. Partnerin	20	20
Wohnformen 2006 nach Geschlecht (Stud. in %)¹	weiblich	männlich
Eltern	19	26
Studentenwohnheim	10	12
Untermiete	2	2
Wohngemeinschaft	26	24
Wohnung allein	20	20
Wohnung mit Partner bzw. Partnerin	23	17
Studierende nach gewünschter Wohnform (in %)¹	2003	2006
Eltern	7	8
Studentenwohnheim	9	9
Untermiete	1	1
Wohngemeinschaft	24	25
Wohnung allein	29	26
Wohnung mit Partner bzw. Partnerin	29	30
¹ Rundungsdifferenzen möglich		

Technische Hinweise

Definitionen:

Eigene Wohnung

Hierbei handelt es sich um eine in der Regel abgeschlossene Miet- oder Eigentumswohnung, die alleine oder mit Partner/ Partnerin und/oder Kind bewohnt wird.

Elternwohner

Studierende, die bei den Eltern wohnen, selten auch bei Schwiegereltern oder anderen Verwandten.

Wohnheime

Wohngebäude, die nach ihrer baulichen Anlage und Ausstattung zur Unterbringung von Studierenden bestimmt sind. Der Bau wird häufig mit öffentlichen Mitteln gefördert. Die meisten Wohnheime werden von den Studentenwerken getragen und bewirtschaftet. Daneben gibt es auch Wohnheime in der Trägerschaft von Kirchen, freien Verbänden, Stiftungen und Privatpersonen.

Bezugsgruppe

Deutsche Studierende und studierende
Bildungsinländer/innen

Datenquellen

Daten der Sozialerhebung
(Fragen 18 bis 20)

11.1 Genutzte Wohnform

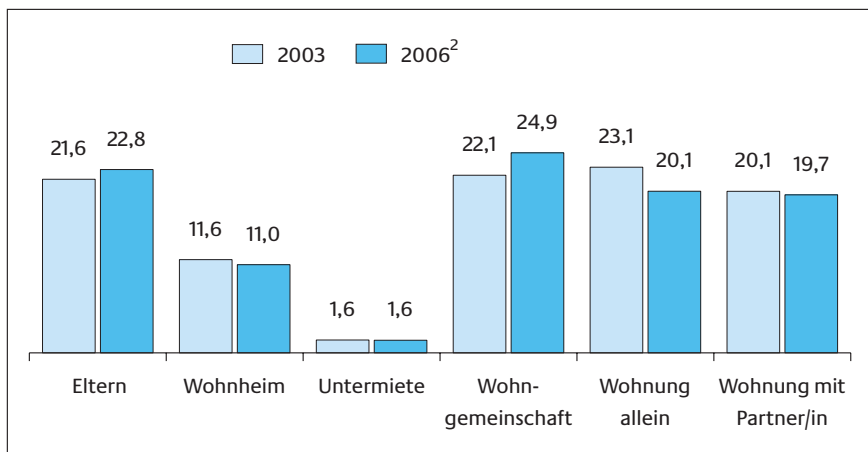
Der Anteil der Studierenden, der eine Wohnung angemietet hat, um diese allein oder mit dem Partner bzw. der Partnerin zu bewohnen, liegt 2006 bei rd. 40 %. Ein Viertel der Studierenden lebt in einer Wohngemeinschaft und ein nicht wesentlich geringerer Anteil wohnt bei den Eltern (Bild 11.1). In einem Studentenwohnheim leben 11 % und weniger als 2% wohnen zur Untermiete.

Verglichen mit 2003 sind vor allem zwei Entwicklungen bemerkenswert: Zum einen der Anstieg des Anteils derer, die in einer Wohngemeinschaft wohnen, um knapp 3 Prozentpunkte, und zum anderen das Ab-

sinken des Anteils der Studierenden, die allein in einer eigenen Wohnung wohnen, um etwa den gleichen Betrag.

Die Verteilung der Studierenden auf die einzelnen Wohnformen, wird durch die 2006 erstmals vorgenommene zusammenfassende Betrachtung der deutschen Studierenden und der Bildungsinländer/innen nur marginal beeinflusst. Lediglich bei den Wohnformen „Eltern“ und „Wohngemeinschaft“ sind Auswirkungen messbar. Durch die Einbeziehung der Bildungsinländer/innen fällt, im Vergleich allein mit den deutschen Studierenden, der Anteil, der im Elternhaus wohnt, geringfügig höher und der

Bild 11.1 Studierende nach der Wohnform
in %¹



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Rundungsdifferenzen möglich

² einschl. Bildungsinländer/-innen

Anteil, der in einer Wohngemeinschaft lebt, etwas geringer aus. Wie der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen ist, nutzen Deutsche und Bildungsinländer/-innen die einzelnen Wohnformen unterschiedlich. Statistisch signifikant sind die Unterschiede aber lediglich bei den Wohnformen „Eltern“ und „Wohngemeinschaft“.

Studierende 2006 nach Wohnform (in %)

Wohnform	Deutsche	Bildungsinländer
Eltern	22,3	37,5
Wohnheim	11,0	10,2
Untermiete	1,5	2,2
Wohngemeinschaft	25,2	15,8
Wohnung allein	20,2	16,9
Wohnung mit Partn.	19,7	17,4

Die Nutzungshäufigkeit der einzelnen Wohnformen durch Studierende im Erststu-

dium und in postgradualen Studiengängen unterscheidet sich deutlich (Bild 11.2). Dabei ist zu berücksichtigen, dass Studierende in postgradualen Studiengängen im Durchschnitt ca. sieben Jahre älter sind und in der Regel über höhere monatliche Einnahmen verfügen. Hinzu kommt, dass diesen Studierenden nur noch selten Wohnheimplätze zur Verfügung stehen, sie folglich auf andere Wohnformen ausweichen müssen.

Während knapp ein Viertel der Studierenden im Erststudium bei den Eltern wohnt, ist es bei den Studierenden in postgradualen Studiengängen nur ein knappes Zehntel. Ebenfalls deutlich sind die Unterschiede bei der Wohnform „Wohnheim“: Studierende im Erststudium wohnen im Vergleich zu Studierenden, die bereits ein Studium abgeschlossen haben, mehr als doppelt so häufig in einem Wohnheim. Studierende

Bild 11.2 Wohnformen der Studierenden nach Studienart
in %

Wohnform	Erststudium		Postgraduales Studium	
	2003	2006 ¹	2003	2006 ¹
Eltern	22,9	24,0	9,3	9,4
Wohnheim	12,3	11,5	4,4	5,3
Untermiete	1,6	1,6	1,1	1,2
Wohngemeinschaft	22,9	25,6	14,4	16,4
Wohnung allein	22,5	19,6	29,5	25,7
Wohnung mit Partner/-in	17,8	17,7	41,3	42,0

¹ einschl. Bildungsinländer/innen

in postgradualen Studiengängen leben statt dessen sehr viel häufiger gemeinsam mit einem Partner bzw. einer Partnerin in einer (Miet-)Wohnung (42 % vs. 18 %). Auch die allein gemietete Wohnung ist bei diesen Studierenden eine häufiger genutzte Wohnform (26% vs. 20%).

Im Vergleich zu 2003 ist sowohl bei Studierenden im Erststudium als auch bei solchen in postgradualen Studiengängen eine Erhöhung des in einer Wohngemeinschaft lebenden Anteils zu beobachten. Rückläufig hingegen ist bei beiden Gruppen der Anteil, der allein in einer Wohnung lebt.

Entwicklung der studentischen Wohnformen seit 1953

Die Entwicklungen auf dem studentischen Wohnungsmarkt sind, nicht anders als generell auf dem Wohnungsmarkt, abhängig von Angebot und Nachfrage. Bei beiden Einflussfaktoren sind in den vergangenen fünf Jahrzehnten erhebliche Veränderungen zu beobachten, die auch gesamtgesellschaftliche Wandlungsprozesse spiegeln. 1950, als die erste Sozialerhebung durchgeführt wurde, waren viele Universitätsstädte noch durch die Zerstörungen des 2. Weltkrieges gekennzeichnet. Wohnraum war generell knapp. Eine eigene Wohnung war kaum verfügbar und auch nur für wenige erschwinglich.

So gab es im Wesentlichen drei Wohnformen, auf die Studierende zurückgreifen konnten oder mussten: Die Untermiete als

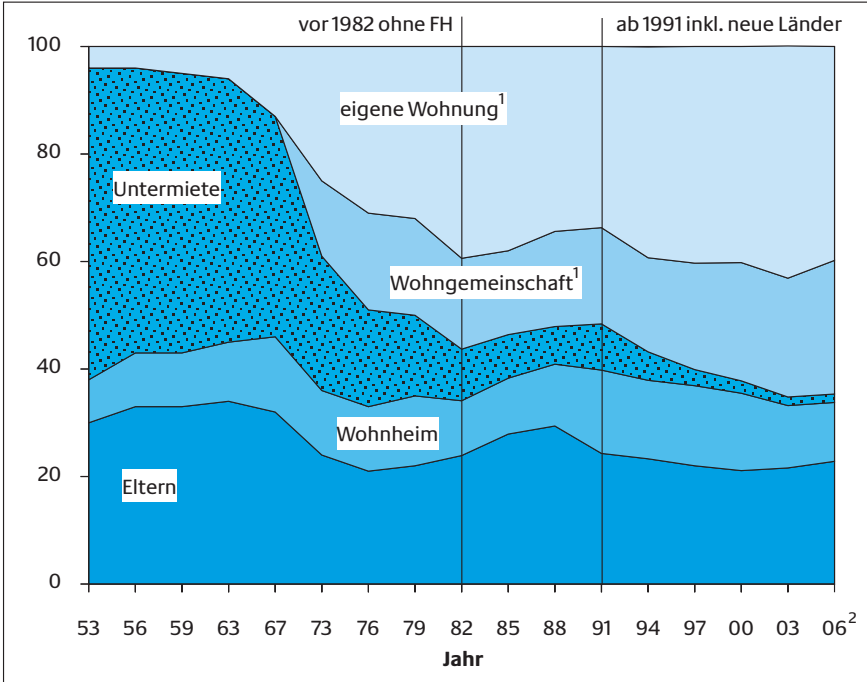
am häufigsten genutzte Wohnform, die elterliche Wohnung und das Studentenwohnheim.

Der Wiederaufbau der Städte führte dazu, dass sich die Anzahl großer preiswerter Altbauwohnungen auf dem Wohnungsmarkt zugunsten kleinerer Neubauwohnungen oder modernisierter Wohnungen verringerte, was sich auch auf das Angebot an Untermietzimmern auswirkte. Gleichzeitig veränderte sich aber auch die Nachfrageseite in mehrfacher Hinsicht, wobei zuallererst die massiv gestiegene Anzahl Studierender zu nennen ist. Diese gleichzeitigen Änderungen von Angebot und Nachfrage müssen auch bei der Interpretation des Bildes 11.3 mit bedacht werden.

Zwei Beispiele sollen das illustrieren: Seit der 1. Sozialerhebung, die 1953 durchgeführt wurde, sank der Anteil der zur Untermiete wohnte bis 1973, von über der Hälfte aller Studierenden auf nur noch ein Viertel. Tatsächlich wohnten aber 1973 ca. 16.000 Studierende mehr zur Untermiete als noch 1953. Das Angebot blieb also nahezu konstant.

Genau andersherum ist die Entwicklung bei den Wohnheimen: Über den langen Zeitraum von 1953 bis 2006 stieg der Anteil der Wohnheimbewohner/innen in den alten Ländern nur um knapp 3 Prozentpunkte. Die 8% bezogen sich 1953 jedoch auf nur 104.000 Studierende während sich die 11% im Jahr 2006 auf ca. 1,4 Mio. Studierende in den alten Ländern beziehen. Hochgerechnet bedeutet dies, dass in den alten Ländern

Bild 11.3 Entwicklung genutzter Wohnformen seit 1953
Studierende in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ bis 1967 sind Wohnungen und Wohngemeinschaften nicht getrennt erfasst worden

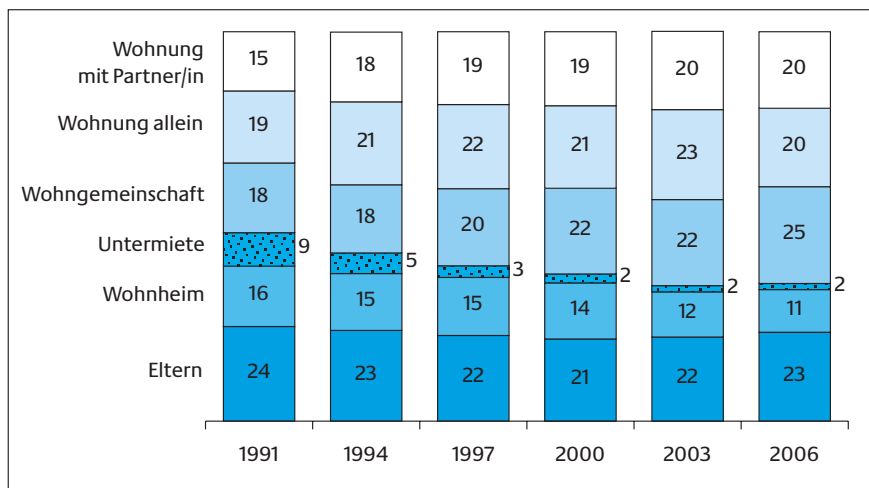
² ab 2006 einschl. Bildungsinländer/innen

1953 (grob gerundet) 8.000 Studierende im Wohnheim wohnten, 53 Jahre später aber 147.000 Studierende. Bedenkt man zusätzlich noch die große Zahl ausländischer Studierender, die gegenwärtig in den Wohnheimen wohnen, wird die enorme Leistung deutlich, die hinter dem Aufbau der Wohnheime steckt.

Neben den Studierendenzahlen haben auch geänderte Präferenzen der Studierenden sowie deren verbesserte finanziellen Möglichkeiten zu einer Änderung des Nachfrageverhaltens geführt.

Die Entwicklung der Wohnformen seit 1991, dem Jahr der ersten gesamtdeutschen Sozialerhebung, ist in Bild 11.4 dargestellt.

Bild 11.4 Entwicklung der Wohnformen seit 1991¹
in %²



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ ab 2006 einschl. Bildungsinländer/innen

² Rundungsdifferenzen möglich

Auffällig ist für den Zeitraum 1991 bis 2006 eine deutliche Zunahme des Anteils der Studierenden, die in einer Wohngemeinschaft leben. Ebenfalls fällt der kontinuierliche Rückgang des Anteils derjenigen auf, die in einem Wohnheim leben. Letzteres ist vor allem auf die Entwicklung in den neuen Ländern zurückzuführen (vgl. Kap. 11.2.1).

11.2 Einflussfaktoren bei der Wahl der Wohnform

11.2.1 Regionale Aspekte

Welche Wohnform von Studierenden genutzt wird, welche Optionen ihnen über-

haupt bei der Wohnungssuche zur Verfügung stehen, hängt u. a. davon ab, wo sie studieren.

Alte Länder – neue Länder

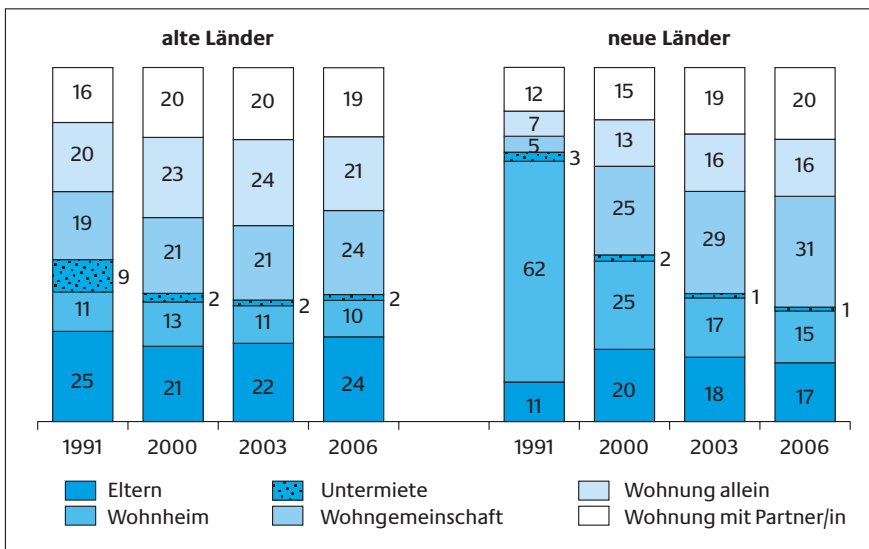
Trotz aller Angleichungstendenzen zwischen den alten und neuen Ländern, gibt es noch immer Unterschiede (Bild 11.5), die zum einen historisch geprägt, zum anderen neu entstanden sind. In den neuen Ländern ist 2006 der Anteil der Studierenden, die noch bei den Eltern wohnen, etwa 8 Prozentpunkte geringer als in den alten Ländern (17% vs. 24%). Geringer ist auch der An-

teil der Studierenden, der allein eine Mietwohnung bewohnt (16% vs. 21%). Größer sind hingegen die Anteile derer, die im Wohnheim (15% vs. 10%) oder in einer Wohngemeinschaft leben (31% vs. 24%).

Wird die Entwicklung in den neuen Ländern betrachtet, fällt zunächst auf, dass 2006 ein erheblich geringerer Anteil an Studierenden in einem Wohnheim lebt als noch vor sechs Jahren und erst recht als Anfang der 1990er Jahre. Dies ist zum einen auf die deutlich gestiegenen Studierendenzahlen in den neuen Ländern und zum anderen

auf ein relativ wie absolut geringeres Angebot an Wohnheimplätzen sowie den zunehmend verfügbaren attraktiven Alternativen auf dem freien Wohnungsmarkt zurückzuführen. Der Abbau von Wohnheimkapazitäten in den neuen Ländern ist vor allem Folge umfangreicher und zweifelsfrei notwendiger Modernisierungsmaßnahmen. Letzteres belegen folgende Zahlen: Wohnten 1991 fast alle Wohnheimbewohner bzw. -bewohnerinnen in den alten Ländern in einem Einzelzimmer (98%), so waren es in den neuen Ländern nur 11%. Die überwiegende Mehr-

Bild 11.5 Studierende nach der Wohnform in den alten und neuen Ländern¹
in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ ab 2000 Berlin den alten Ländern zugeordnet; ab 2006 einschl. Bildungsinländer/innen

heit musste sich das Zimmer mit einer weiteren (45%), mit zwei (29%) oder sogar mit noch mehr Personen (15%) teilen. Durch Umbau und Modernisierung wurden aus Mehrbettzimmern Einzelzimmer. Mit einer Unterbringungsquote von 14,5 % stehen in den neuen Ländern aber nach wie vor mehr Wohnheimplätze, gemessen an allen Studierenden (deutsche und ausländische), zur Verfügung als in den alten Ländern, wo die Unterbringungsquote bei 11,4 % liegt (DSW 2006, 21).

Länder

Die beschriebenen Unterschiede sind allerdings mehr und mehr von regionalen Besonderheiten überlagert. Bei einem Vergleich der einzelnen Länder ist festzustellen, dass zwar mit Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, und Sachsen drei der neuen Länder die größten Wohnheimanteile aufweisen, dann folgen aber mit Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bayern drei der alten Länder vor Brandenburg und Sachsen-Anhalt (Bild 11.6).

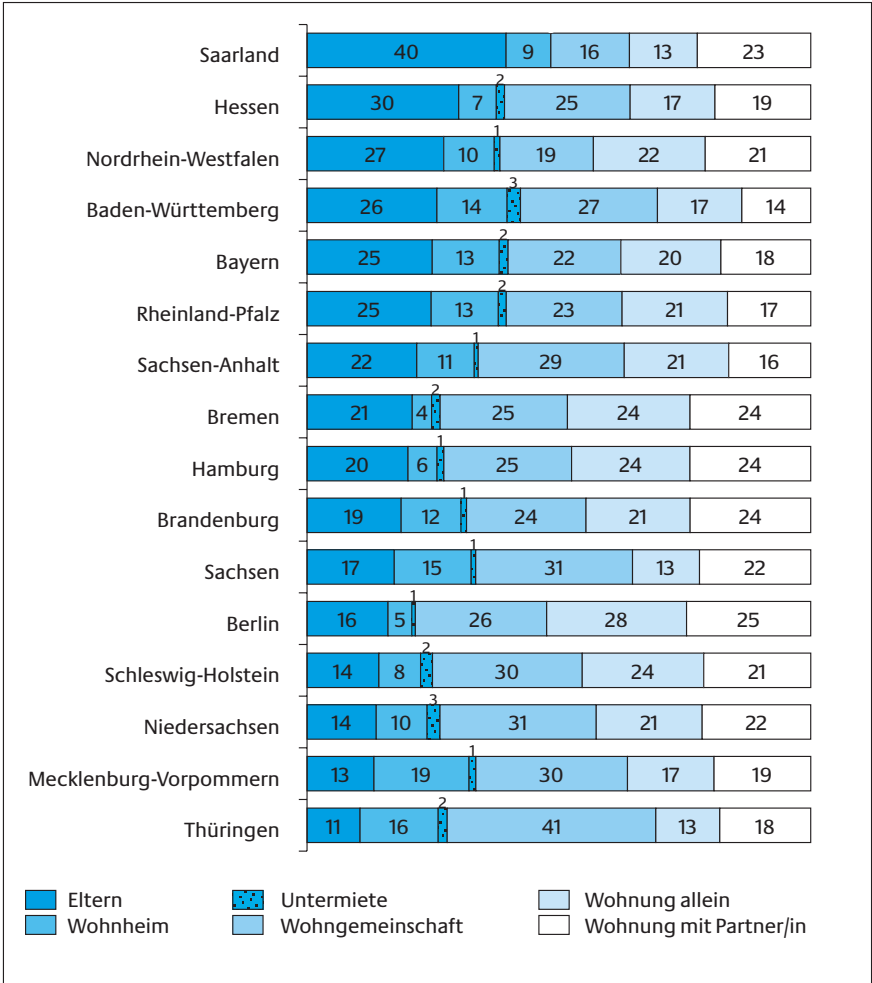
Dennoch sind die Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern nicht aufgehoben. Studierende *aus* den neuen Ländern wohnen signifikant häufiger in Wohnheimen als Studierende *aus* alten Ländern und zwar unabhängig davon, ob ihr Studienort in den neuen oder in den alten Ländern liegt. Von den Studierenden, die in den alten Ländern ihre Studienberechtigung erworben haben und zum Studium in

die neuen Länder gehen, leben nur knapp 11 % im Wohnheim. Von den Studierenden in den neuen Ländern, die auch dort studieren, sind es dagegen gut 15 % und das, obwohl ein sehr viel größerer Teil dieser Gruppe die Gelegenheit hat und nutzt, noch in der elterlichen Wohnung zu leben. Auch Studierende, die aus den neuen Ländern kommen und zum Studium in die alten Länder abwandern, wohnen überproportional häufig in Wohnheimen, obwohl das Angebot in der Regel kleiner ist als in den neuen Ländern (19 %). Ob Studierende sich für ein Wohnheim entscheiden, ist also auch Folge der regionalen Herkunft und nicht nur Ergebnis des regionalen Angebotes. Als Erklärung bieten sich neben der unterschiedlichen finanziellen Leistungsfähigkeit auch kulturelle Traditionen an, war doch für die Elterngeneration in den neuen Bundesländern die Wohnheimunterbringung noch nahezu selbstverständlicher Bestandteil studentischen Lebens.

11.2.2 Alter

Je älter Studierende sind, desto häufiger teilen sie sich eine Wohnung mit einem Partner oder einer Partnerin (Bild 11.7). Bei den bis 21-Jährigen sind es nur knapp 7 %, die sich für diese Wohnform entscheiden. Bei den 28/29-Jährigen sind es bereits 33 % und bei den 30-Jährigen und älteren wohnt bereits mehr als jede(r) Zweite gemeinsam mit einem Partner oder einer Partnerin in einer eigenen Wohnung. Hierin spiegelt sich vor al-

Bild 11.6 Studierende nach der Wohnform im Ländervergleich
in %¹



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

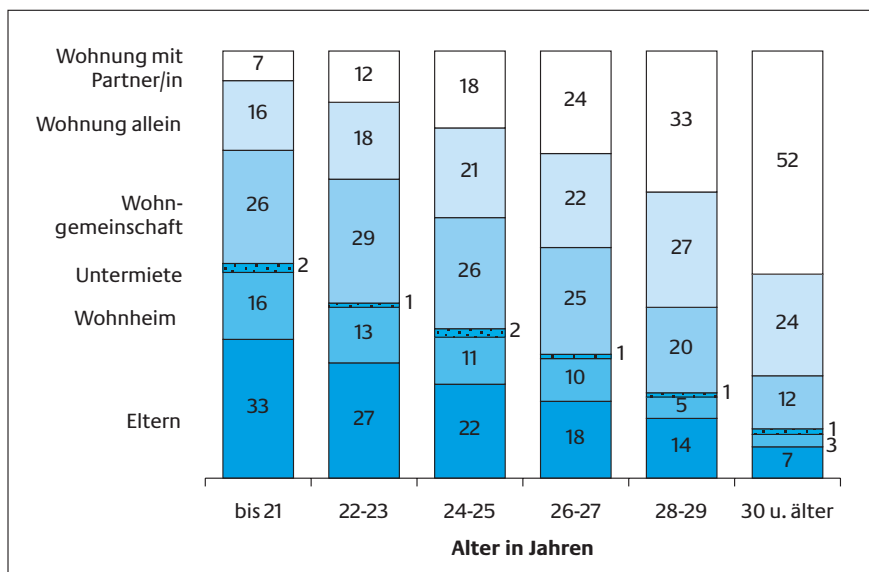
¹ Rundungsdifferenzen möglich

lem eine typische altersabhängige Entwicklung hin zu selbstbestimmteren, unabhängigeren Lebensformen. Diese Tendenz findet ihren Ausdruck ebenfalls in der mit steigendem Alter häufiger gewählten eigenen „Singlewohnung“ wie auch – mit umgekehrtem Vorzeichen – bei den Elternwohnern, deren Anteil mit zunehmendem Alter von 32% bei den bis 21-Jährigen auf 7% bei den ab 30-Jährigen zurückgeht.

Ob ein Wohnheim genutzt wird, hängt nicht nur mit den Wohnpräferenzen zusam-

men, auf die weiter unten eingegangen wird, sondern auch mit dem verfügbaren Angebot an Wohnmöglichkeiten. Von den Studienanfängern (bis 21 Jahre) wohnen etwa 16% in einem Wohnheim. Bis zu einem Alter von 26-27 Jahren sinken diese Anteile auf rund 10%, um in der Altersgruppe der 28-29-Jährigen deutlich auf etwa 5% zu fallen. Dieser deutliche Rückgang gerade in dieser Altersgruppe ist Folge einer häufig begrenzten maximalen Wohndauer, die es auch nachwachsenden Studierendengene-

Bild 11.7 Wohnformen nach dem Alter der Studierenden
Studierende in % je Altersgruppe¹



¹ Rundungsdifferenzen möglich

rationen ermöglichen soll, einen kostengünstigen Wohnheimplatz zu erhalten.

Im Vergleich zu der Untersuchung vor drei Jahren, als sehr markante Veränderungen in den jüngsten Altersgruppen zu verzeichnen waren, sind diesmal nur kleinere Veränderungen zu beobachten, die, ebenfalls anders als noch vor drei Jahren, in allen Altersgruppen gleichmäßig auftreten: So fällt auf, dass in allen Altersgruppen weniger Studierende allein in einer Mietwohnung leben und sich statt dessen mehr Studierende ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft suchen, was einerseits Folge des Wohnungsangebots aber auch Folge veränderter finanzieller Möglichkeiten sein kann.

11.2.3 Geschlecht und Familienstand

Studentinnen verlassen schneller die elterliche Wohnung als Studenten: Während von den Frauen gut 19 % bei den Eltern wohnen, sind es bei den Männern knapp 26 %.

Studentinnen leben bereits in jüngeren Jahren häufiger in festen Partnerschaften, was sich auch in den von ihnen genutzten Wohnformen zeigt: 23 % der Studentinnen, aber nur ca. 17 % der Studenten teilen sich eine Wohnung mit einem Partner bzw. mit einer Partnerin. Ebenfalls häufiger als Studenten entscheiden sich Studentinnen für eine Wohngemeinschaft, wobei hier der Unterschied mit nur 2 Prozentpunkten deutlich geringer ist (Bild 11.8).

Studentinnen weisen auch deshalb ein

etwas anderes Wohnverhalten auf, weil bei ihnen das typische Verlaufsmuster genutzter Wohnformen (von den Eltern über WG oder Wohnheim zu einer eigenen Wohnung mit Partner oder Partnerin) in einem früheren Lebensabschnitt beginnt als bei Studenten. Die geschlechtstypischen Unterschiede zeigen sich auch dann in leicht unterschiedlicher Ausprägung, wenn das unterschiedliche Studierverhalten berücksichtigt wird, das sich in den gewählten Studienfächern wie auch in den von Frauen und Männern typischerweise genutzten Hochschultypen zeigt, die ebenfalls in einem Zusammenhang mit den genutzten Wohnformen stehen.

2006 wohnen im Vergleich zu 2003 mehr Studentinnen und mehr Studenten in einer WG (26 % vs. 23 % bzw. 24 % vs. 21 %). Der Anteil, der eine Wohnung allein nutzt, ist hingegen sowohl bei den Studentinnen als auch bei den Studenten zurückgegangen (20 % vs. 23 % bzw. 20 % vs. 24 %).

Eine feste Partnerschaft beschleunigt den Ablösungsprozess vom Elternhaus. Studierende, die einen festen Partner bzw. eine feste Partnerin haben, wohnen deutlich seltener bei den Eltern (21 %) als ihre Kommilitonen, die derzeit in keiner festen Partnerschaft leben (28 %). Der geringe Unterschied im Durchschnittsalter – Studierende in fester Partnerschaft sind im Durchschnitt 4 Monate älter – kann den deutlichen Unterschied von ca. 7 Prozentpunkten nicht erklären.

Bild 11.8 Studierende nach der Wohnform in Abhängigkeit vom Geschlecht und Familienstand in %

Wohnform	Studenten		Studentinnen		Familienstand 2006		
	2003	2006	2003	2006	ledig ohne Partner	ledig mit Partner	verheiratet
Eltern	25	26	18	19	28	21	4
Wohnheim	12	12	11	10	14	10	2
Untermiete	2	2	2	2	2	1	1
Wohngemeinschaft	21	24	23	26	29	24	2
Wohnung allein	24	20	23	20	26	18	3
Wohnung mit Partner/in	17	17	23	23	1	27	88
Insgesamt ²	100	100	100	100	100	100	100

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ 2006 einschl. Bildungsinländer/innen

² Rundungsdifferenzen möglich

Bemerkenswert ist auch die Tatsache, dass etwa 12 % der verheirateten Studierenden, zumindest in der Studienwoche, nicht mit dem Ehepartner/der Ehepartnerin zusammenwohnen (können).

Die bereits beschriebenen Änderungen in den genutzten Wohnformen wirken sich nur bei den ledigen Studierenden aus. Sowohl bei den in fester Partnerschaft lebenden Studentinnen und Studenten als auch bei denen ohne Partner/in wohnen 2006 weniger Studierende als noch 2003 in einer eigenen Wohnung (mit Partner/in: 18 % vs. 21 %; ohne Partner/in: 26 % vs. 29 %) und mehr Studierende in einer Wohngemeinschaft (mit Partner/in: 24 % vs. 22 %; ohne Partner/in: 29 % vs. 26 %).

11.2.4 Soziale Herkunft

Nach der sozialen Herkunft der Studierenden unterscheiden sich insbesondere die Anteile, die im Elternhaus wohnen und die in einer Wohngemeinschaft leben (Bild 11.9). Während mit steigender sozialer Herkunft der Anteil, der im Elternhaus wohnt, sich von 29 % auf 19 % verringert, erhöht sich der Anteil, der in einer Wohngemeinschaft lebt von 18 % auf 28 %. Geringere Unterschiede gibt es auch bei denen, die eine Wohnung allein nutzen. Dies gilt für 17 % der Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ und 22 % der Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“. Umgekehrt sind die Verhältnisse bei der Mietwohnung, die mit einem

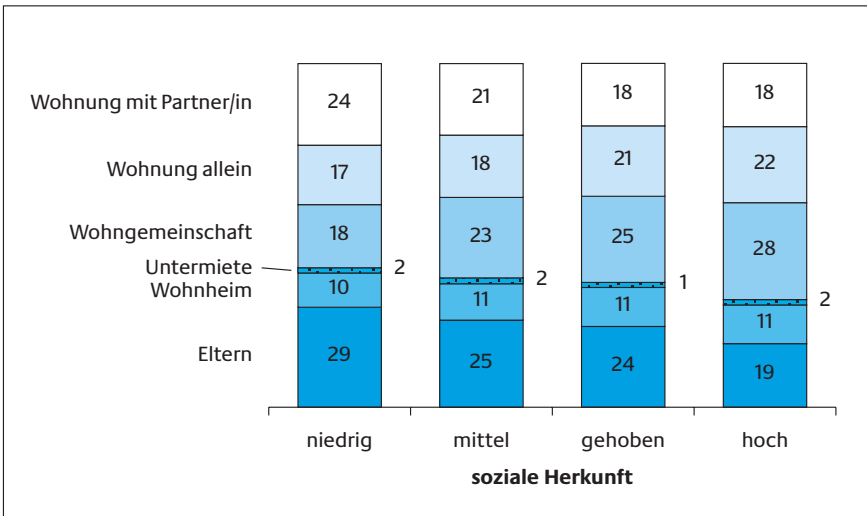
Partner bzw. einer Partnerin geteilt wird. Diese Wohnform nutzen Studierende der Herkunftsgruppe „niedrig“ häufiger als die der Herkunftsgruppe „hoch“ (24% vs. 18%).

Die beschriebenen Unterschiede im Wohnverhalten der einzelnen sozialen Herkunftsgruppen sind Folge einer Vielzahl von Einflussfaktoren. So entscheiden sich Studierende aus den unteren Herkunftsgruppen häufiger für ein Studium an einer Fachhochschule, was für höhere Elternwohneranteile spricht, andererseits sind Studierende aus den unteren Herkunftsgruppen deutlich älter als ihre Mitstudenten und Mitstudentin-

nen aus den höheren Herkunftsgruppen, was dafür spricht, dass sie seltener bei den Eltern wohnen und sich statt dessen häufiger für eine eigene Wohnung entscheiden.

Bei der Betrachtung altershomogener Gruppen wird der Einfluss des Alters „herausgerechnet“. Wird nur die Gruppe der 22- bis 23-jährigen untersucht, wird noch deutlicher, dass Studierende aus unteren Herkunftsgruppen häufiger bei den Eltern wohnen (Herkunftsgruppe „niedrig“: 39%, „hoch“: 21%). Hier spielen sicherlich auch finanzielle Erwägungen eine Rolle, ist doch die elterliche Wohnung während des Studi-

Bild 11.9 Wohnformen nach sozialer Herkunft der Studierenden
Studierende in % je Herkunftsgruppe



ums zumeist die preiswerteste Wohnform.

22- bis 23-Jährige aus der Herkunftsgruppe „hoch“ wohnen dementsprechend häufiger in einer Wohngemeinschaft (32 % vs. 24 %) oder allein in einer Wohnung (20 % vs. 15 %).

11.2.5 Studienspezifische Merkmale

Allein aufgrund ihrer Häufigkeit sind Fachhochschulen besser in der Fläche verteilt. Studierende, die sich für ein Fachhochschulstudium entscheiden, haben daher eher als Studierende, die sich für ein Universitätsstudium entscheiden, die Möglichkeit, auch nach der Studienaufnahme bei den Eltern zu wohnen. Von den Studierenden an Fachhochschulen wohnt mit 30 % fast ein Drittel bei den Eltern, bei den Studierenden an Universitäten ist es dagegen nur ein Fünftel (20 %). Dafür entscheiden sich die Studierenden an Universitäten häufiger für eine Wohngemeinschaft (27 %) als ihre Kommilitonen bzw. Kommilitoninnen an den Fachhochschulen, von denen nur knapp ein Fünftel in einer Wohngemeinschaft lebt (Bild 11.10). Dieser Unterschied hat sich in den letzten Jahren eher noch verstärkt, wuchs doch der Anteil der Studierenden, die in einer WG wohnen, seit 2003 an den Universitäten um drei Prozentpunkte, an den Fachhochschulen aber nur um einen Prozentpunkt. Angeglichen haben sich in den vergangenen drei Jahren die Anteile derer, die allein in einer eigenen Wohnung leben,

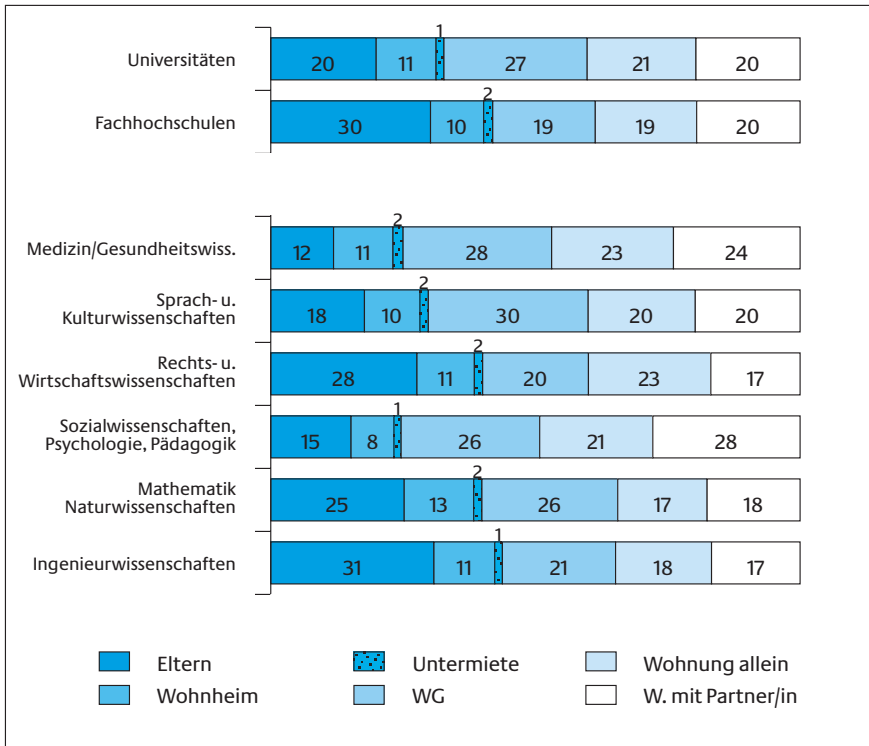
was ausschließlich auf den Rückgang bei Studierenden der Universitäten zurückzuführen ist (von 24 % auf 21 %). An den Fachhochschulen nutzten 2003 und nutzen 2006 etwa 20 % der Studierenden diese Wohnform.

Unterschiede, die sich bei den Studierenden einzelner Fächergruppen beobachten lassen (Bild 11.10), haben eine Reihe von Ursachen. Eine wichtige Rolle spielt die regionale Verbreitung eines Studienfachs: Je seltener ein Studienfach angeboten wird, desto häufiger sind die Studierenden gezwungen, weiter weg vom elterlichen Wohnort zu studieren. Das ist einer der Gründe, weshalb der Anteil der Elternwohner bei Studierenden in medizinischen Fächern deutlich niedriger ist als in den meisten anderen Studienfächern.

Dass bei den Studierenden in der Fächergruppe Sozialwissenschaften, Psychologie und Pädagogik ebenfalls nur unterdurchschnittlich viele Studierende bei den Eltern wohnen, hängt dagegen auch mit dem höheren Durchschnittsalter dieser Studierenden zusammen. Betrachtet man die altershomogene Gruppe der 22- bis 23-jährigen Studierenden, stellt man fest, dass zwar noch immer unterdurchschnittlich viele Studierende bei den Eltern wohnen, doch erhöht sich der Anteil der Elternwohner auf ca. 20 %, während er bei den angehenden Medizinerinnen bei 11 % verharrt.

Sind von allen Studierenden gut 28 % an Fachhochschulen immatrikuliert, so sind es

Bild 11.10 Studierende je Hochschulart und Fächergruppe nach der Wohnform in %¹



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Rundungsdifferenzen möglich

von den angehenden Ingenieuren bzw. Ingenieurinnen ca. 62%. Dieser überproportionale Anteil ist ein wesentlicher Erklärungsfaktor für den sehr hohen Anteil der bei den Eltern wohnenden Studierenden im Fachhochschulbereich.

Studierende, die sich in einem Bachelorstudiengang eingeschrieben haben, wohnen deutlich häufiger bei den Eltern, als Studierende, die einen anderen Abschluss anstreben. Die eigene Mietwohnung, aber auch Wohngemeinschaften werden dafür

deutlich seltener genutzt. Diese Auffälligkeiten haben jedoch eher mit dem niedrigeren Durchschnittsalter der Studierenden in Bachelorstudiengängen und der von ihnen gewählten Hochschulart zu tun als mit den Besonderheiten, die sich aus der für die neuen Bachelorstudiengänge typischen Studienorganisation ergeben. Vergleicht man 22- bis 23jährige Studierende, die einen Bachelor an einer Fachhochschule anstreben, mit ihren altersgleichen Kommilitonen/innen in den traditionellen FH-Diplomstudiengängen, zeigen sich allenfalls marginale Unterschiede im Wohnverhalten.

22- bis 23-jährige Studierende an Fachhochschulen nach Wohnform (in %)

Wohnform	angestrebter Abschluss	
	Bachelor	FH-Diplom
Eltern	36	38
Wohnheim	10	11
Untermiete	1	2
Wohngemeinschaft	23	21
Wohnung allein	18	16
Wohnung mit Partn.	11	12

Bei den 22- bis 23-Jährigen an Universitäten unterscheiden sich bezüglich der gewählten Wohnform vor allem Studierende in Magisterstudiengängen von denjenigen, die einen Bachelor oder ein Diplom anstreben.

22- bis 23-Jährige Studierende an Universitäten nach Wohnform (in %)

Wohnform	angestrebter Abschluss		
	BA	Mag.	Dipl.
Eltern	27	20	25
Wohnheim	13	8	15
Untermiete	1	0	1
Wohngemeinschaft	32	39	31
Wohnung allein	16	18	18
Wohnung mit Partn.	11	16	11

11.3 Wohnwünsche und Wohnzufriedenheit

11.3.1 Wohnwünsche

Gut zwei Fünftel der Studierenden würden lieber eine andere Wohnform nutzen, wenn sie tatsächlich die freie Wahl hätten. Die freie Wahl ist aber vor allem eingeschränkt durch das Unterkunftsangebot am Studienort und die finanziellen Möglichkeiten der einzelnen Studierenden.

Es ist erkennbar, dass die Diskrepanz zwischen genutzter und präferierter Wohnform stark davon abhängt, wo die Studierenden gegenwärtig wohnen (Bild 11.11). Am seltensten spüren Studierende, die sich eine Wohnung mit einem Partner bzw. einer Partnerin teilen, den Wunsch, woanders zu wohnen: Nur gut 5 % würden lieber eine andere Wohnform nutzen. Gemessen an der Übereinstimmung zwischen genutzter und präferierter Wohnform sind auch Studierende, die in einer Wohngemeinschaft bzw. allein in einer Mietwohnung leben, mehr-

Bild 11.11 Übereinstimmung zwischen realisierter und bevorzugter Wohnform
Studierende je Wohnform, in %

realisierte Wohnform	bevorzugte Wohnform						insg. ¹
	Eltern	Wohnheim	Untermiete	Wohn-gemein-schaft	Wohnung allein	W. mit Partner/in	
Eltern	26	11	1	16	26	20	100
Wohnheim	5	44	1	17	18	15	100
Untermiete	4	7	25	18	29	16	100
Wohngemeinschaft	2	2	0	69	16	11	100
Wohnung allein	4	3	0	7	66	19	100
Wohnung mit Partner/in	1	2	0	1	1	95	100
insgesamt	8	9	1	25	26	30	100

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Rundungsdifferenzen möglich

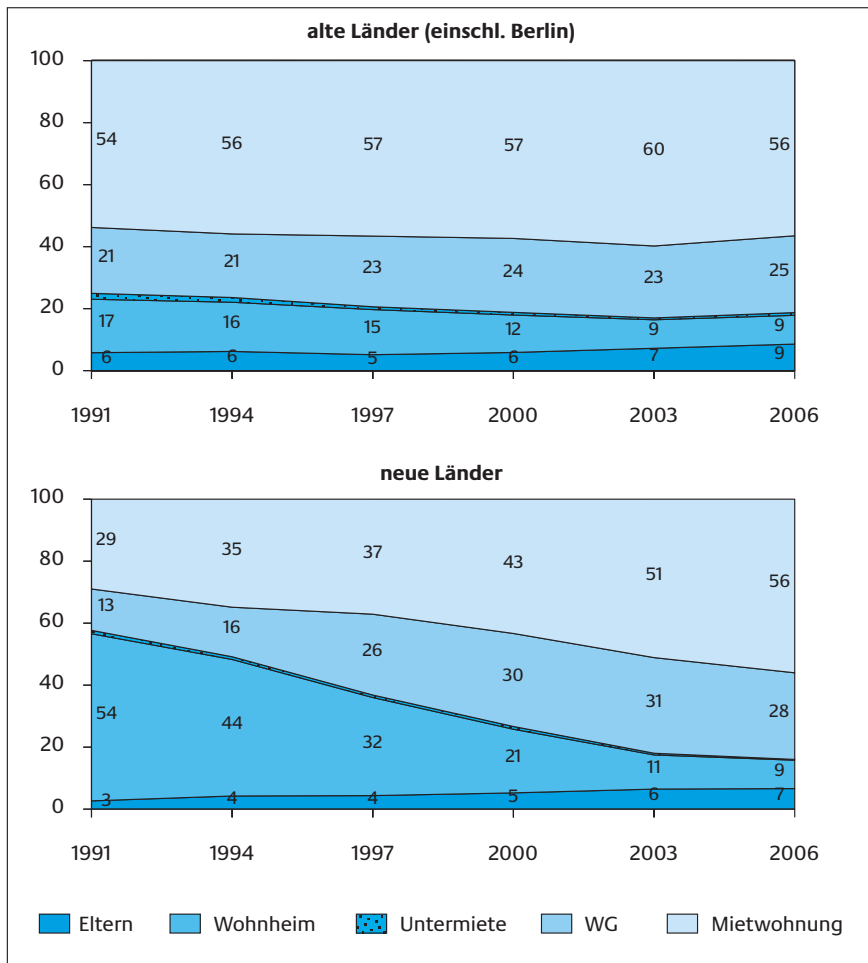
heitlich zufrieden. Bei 69% bzw. 66% der Studierenden in diesen beiden Gruppen stimmen Wunsch und Realität überein. Deutlich geringer ist die Übereinstimmung bei Studierenden, die in Wohnheimen wohnen: Über die Hälfte der Wohnheimbewohner/innen (56%) würde bei tatsächlich freier Wahl eine andere Wohnform bevorzugen. Bei Studierenden, die bei den Eltern oder zur Untermiete wohnen, stimmt nur noch bei einem Viertel Wohnpräferenz und Wohnrealität überein.

Ginge es allein nach den Wünschen der Studierenden, würden etwa 30% gemeinsam mit einem Partner bzw. mit einer Partnerin die Wohnung teilen, und jeweils ein Viertel (26%) würde allein in einer Mietwohnung oder in einer WG (25%) leben. Das Wohnheim bzw. das Wohnen im Elternhaus

präferieren jeweils weniger als ein Zehntel der Studierenden (9% bzw. 8%).

Eine wichtige Erkenntnis ist, dass sich die Wohnpräferenzen der deutschen Studierenden in den neuen und alten Ländern kaum mehr unterscheiden. Im Jahr 1991 sah die Situation noch ganz anders aus: Damals wollte in den neuen Ländern noch mehr als jeder zweite Studierende in einem Wohnheim leben. In den alten Ländern war es immerhin noch fast ein Fünftel. Das deutet darauf hin, dass bereits in den Wünschen der Studierenden das „Machbare“ (wenigstens zum Teil) berücksichtigt ist. So gaben 1991 immerhin 17% der Studierenden in den neuen Ländern an, ein Zweibettzimmer zu präferieren. Offensichtlich war für viele Studierende der Wunsch nach einer eigenen Wohnung am Studienort angesichts des überaus

Bild 11.12 Entwicklung der Wohnpräferenzen – alte und neue Länder im Vergleich¹
Studierende in %²



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ 2006 einschl. Bildungsinländer/innen

² Rundungsdifferenzen möglich

knappen Wohnungsmarktes fern jeder Realität.

Wie relativ schnell der Angleichungsprozess ablief, ist auch bei der Entwicklung des Anteils zu beobachten, der das Wohnheim präferiert: In dem Umfang, in dem in den neuen Ländern von Beobachtungsjahr zu Beobachtungsjahr der Anteil, der als mögliche Wohnform ein Wohnheim bevorzugt, deutlich zurückging, erhöhte sich der Anteil der eine Wohngemeinschaft oder eine eigene Wohnung präferiert (Bild 11.12).

Auch in den alten Ländern ist seit 1991 die Präferenz für ein Wohnheim rückläufig – wenngleich hier der Rückgang, von einem deutlich niedrigen Niveau ausgehend, langsamer verlief. Tendenziell gestiegen sind hingegen von 1991 nach 2006 die Anteile der Studierenden, die eine eigene Wohnung, eine Wohngemeinschaft oder das Wohnen im Elternhaus präferieren.

Auch bei den Wohnheimbewohnern/innen selbst, ist das Wohnheim als bevorzugte Wohnform rückläufig: War 1994 für 74 % der Wohnheimbewohner/innen in den neuen Ländern und für 59 % in den alten Ländern das Wohnheim auch die bevorzugte Wohnform, liegen die entsprechenden Werte 2006 bei 41 % bzw. 44 %.

11.3.2 Wohnzufriedenheit

Gesamtzufriedenheit

Die Studierenden sind mehrheitlich mit ihrer Wohnsituation zufrieden (Bild 11.13). Etwa ein Viertel der Studierenden gibt an,

sehr zufrieden zu sein. Ein weiteres Drittel der Studierenden ist zufrieden. Explizit unzufrieden zeigt sich nur etwa ein Fünftel der Studierenden (12 % unzufrieden, 9 % sehr unzufrieden).

Wie zufrieden die Studierenden mit ihrer Unterkunft am Studienort sind, ist in nicht unerheblichem Maß abhängig von der jeweils genutzten Wohnform. So wie es bereits die unterschiedlichen Anteile der Übereinstimmung von genutzter und präferierter Wohnform vermuten lassen, sind Studierende, die mit einem Partner bzw. mit einer Partnerin zusammenwohnen, am zufriedensten ((sehr) zufrieden: 70 %). Überwiegend zufrieden sind auch diejenigen, die allein in einer Wohnung oder in einer Wohngemeinschaft wohnen ((sehr) zufrieden: je 62 %).

Von den Studierenden, die im Wohnheim oder zur Untermiete wohnen, ist mehr als die Hälfte (je 53 %) damit zufrieden oder sehr zufrieden. Am unzufriedensten zeigen sich die Elternwohner, was neben der nur vergleichsweise seltenen Übereinstimmung von Wohnwunsch und Wohnrealität darauf hinweist, dass es sich bei der Unterkunft bei den Eltern um eine eher unbeliebte Wohnform handelt.

Ebenfalls nicht neu ist der Befund, dass Studierende aus den höheren sozialen Herkunftsguppen zufriedener mit ihrer Wohnsituation sind als Studierende der unteren Herkunftsguppen. Diese höhere Zufriedenheit ist nicht nur Folge der unterschiedlich

Bild 11.13 Zufriedenheit mit der aktuellen Wohnsituation*Beurteilung auf einer Skala von sehr unzufrieden bis sehr zufrieden, Studierende je Wohnform, in %*

Wohnform	sehr		unent- schieden	un- zufrieden	sehr un- zufrieden
	zufrieden	zufrieden			
Eltern	17	31	27	17	8
Wohnheim	16	37	24	15	8
Untermiete	20	33	21	15	11
Wohngemeinschaft	25	37	18	11	9
Wohnung allein	28	34	19	11	8
Wohnung mit Partner/in	39	31	12	8	10
insgesamt	25	34	20	12	9

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

häufig genutzten Wohnmöglichkeiten (vgl. Bild 11.9), sondern zeigt sich auch innerhalb der einzelnen Wohnformen – wenn auch in unterschiedlich starker Ausprägung (Bild 11.14). Insgesamt sind von den Studierenden der Herkunftsgruppe niedrig 52%, von de-

nen der Herkunftsgruppe hoch aber 63% (sehr) zufrieden.

Diese Unterschiede sind auch bei der altershomogenen Gruppe der 22- bis 23-jährigen zu beobachten.

Bild 11.14 Anteil mit der Wohnsituation zufriedener Studierender nach sozialer Herkunft*Beurteilung auf einer Skala von sehr unzufrieden bis sehr zufrieden, in %*

Wohnform	soziale Herkunft			
	niedrig	mittel	gehoben	hoch
bei den Eltern	43	47	50	50
Wohnheim	45	50	53	58
Untermiete	46	41	61	60
Wohngemeinschaft	51	59	63	65
Wohnung allein	54	61	62	66
Wohnung mit Partner/in	65	67	74	73
Insgesamt	52	57	61	63

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Einzelaspekte der Wohnzufriedenheit

In die Zufriedenheitsbeurteilung der Studierenden gehen eine Vielzahl verschiedener Einzelaspekte mit je eigenem Gewicht ein. Die Abfrage der Zufriedenheit mit einigen dieser Teilaspekte erlaubt, die Stärken und Schwächen der einzelnen Wohnformen zu erkennen. In der 18. Sozialerhebung wurden die Studierenden gebeten, zu fünf Teilaspekten (Größe des Wohnbereichs, Entfernung zur Hochschule, Nachbarschaftsverhältnis, Wohngegend und Miethöhe – soweit sie Miete zahlen) Stellung zu nehmen.¹

Studierende, die sich eine Wohnung mit einem Partner oder einer Partnerin teilen, sind mit der Größe ihres Wohnbereiches am zufriedensten ((sehr) zufrieden: 65 %). Überdurchschnittlich zufrieden sind sie auch mit der Wohngegend, dem Nachbarschaftsverhältnis und, wenn auch bereits mit Abstrichen, mit der Miete, die sie zu zahlen haben (Bild 11.15). Dieser Wohnkomfort wird allerdings mit weiteren Wegen zur Hochschule erkaufte, was sich an der unterdurchschnittlichen Zufriedenheit mit der Entfernung zur Hochschule zeigt.

Die Zufriedenheit mit den erhobenen Teilaspekten der Wohnsituation von Elternwohnern ähnelt dem Muster der Studieren-

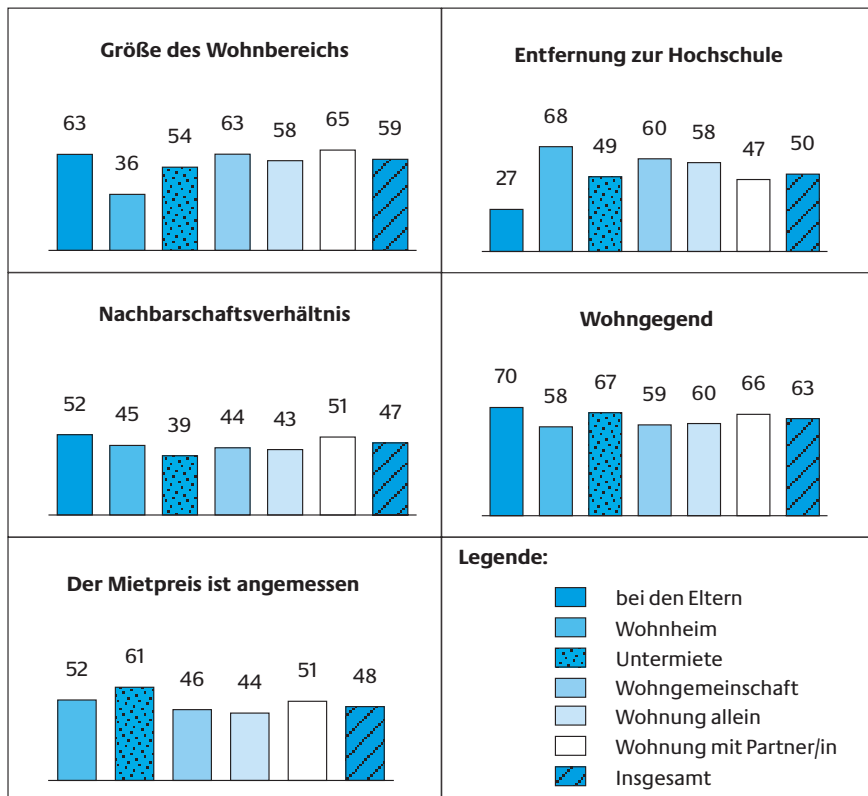
den, die sich die Wohnung mit einer Partnerin oder einem Partner teilen: Vergleichsweise hohe Zufriedenheitswerte bei der Größe des Wohnbereichs, dem Nachbarschaftsverhältnis und der Wohngegend gehen einher mit einer erheblichen Unzufriedenheit in Bezug auf die Entfernung zur Hochschule.

Ähnlich sind auch die Zufriedenheitsmuster von WG-Bewohnern bzw. -Bewohnerinnen und Studierenden, die allein in einer Wohnung leben: Eine überdurchschnittliche Zufriedenheit bei der Entfernung zur Hochschule geht einher mit einer unterdurchschnittlichen Zufriedenheit mit dem Nachbarschaftsverhältnis und einer leicht unterdurchschnittlichen Zufriedenheit mit der Wohngegend. Merkbliche Unterschiede zwischen beiden Gruppen gibt es vor allem bei der Zufriedenheit mit der Größe des Wohnbereiches: Hier geben 58 % der Studierenden mit einer eigenen Wohnung, aber 63 % der Studierenden in einer WG an, zufrieden oder sehr zufrieden zu sein. Offenbar müssen einige Studierende zugunsten der Individualität auf Wohnfläche verzichten.

Das Wohnheim hat zwei besondere Stärken: Die Nähe zur Hochschule und den vergleichsweise günstigen Mietpreis. Nach dem Urteil der im Wohnheim lebenden Studierenden sind 68 % mit der Entfernung zur Hochschule und 61 % mit dem Mietpreis ((sehr) zufrieden. Bezogen auf alle Wohnformen sind mit diesen beiden Aspekten ledig-

¹ Im Vergleich zur 17. Sozialerhebung wurde die Fragestellung ergänzt und leicht geändert. Veränderungen in den Anteilswerten dürfen daher nicht als Änderungen im Zeitverlauf interpretiert werden.

Bild 11.15 Zufriedenheit mit Einzelaspekten der Wohnsituation
Anteil der (sehr) zufriedenen Studierenden, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

lich 50% bzw. 48% der Studierenden (sehr) zufrieden. Wohnheime haben, verglichen mit den anderen Wohnformen, aber auch Schwächen: Vor allem die Größe des Wohnbereichs wird bemängelt. Nur gut ein Drittel (36%) der Studierenden, die in Wohnheimen

leben, ist damit zufrieden. In allen anderen Wohnformen sind diesbezüglich deutlich mehr Studierende zufrieden (Bild 11.15). Auch bezüglich der Wohngegend ist der Anteil der zufriedenen Bewohnerinnen und Bewohner der Wohnheime nicht so hoch

wie bei den übrigen Wohnformen.

Relative Bedeutung der Einzelaspekte

Studierende, die gemeinsam mit einem Partner oder einer Partnerin die Wohnung teilen, haben die größte Gesamtzufriedenheit. Sie bewerten vor allem jene Teilaspekte positiv, die eine hohe Bedeutung für die Gesamtzufriedenheit haben.

Die Vorteile von Wohnheimen, nämlich kurze Wege zur Hochschule und günstige Mietpreise, kommen bei der Einschätzung der Gesamtzufriedenheit dagegen kaum zum Tragen. Sie sind von deutlich geringerer relativer Bedeutung.

Diese Befunde resultieren aus einer multiplen Regressionsanalyse, in die die Gesamtzufriedenheit als abhängige Variable und die Teilzufriedenheiten als unabhängige Variablen eingehen. Mit dieser Modellschätzung wird nicht der Anspruch erhoben, eine umfassende Erklärung der Wohnzufriedenheit zu bieten. Vielmehr dient sie lediglich dazu, abzuschätzen, wie groß die Bedeutung eines der abgefragten Aspekte im Vergleich zu den übrigen ist (Bild 11.17). Der hohe Wert von über 40 % der erklärten Varianz deutet allerdings darauf hin, dass die zentralen Merkmale im Fragebogen erhoben wurden.

Da so genannte Elternwohner nur in Ausnahmefällen selbst Miete zu zahlen haben, können sie sich in aller Regel auch nicht zur Miethöhe äußern. Folglich werden

ihre Meinungen in einem Modell, welches alle fünf Teilaspekte einbezieht, nicht berücksichtigt. Da jedoch immerhin gut ein Fünftel aller Studierenden noch bei ihren Eltern lebt, wird ein zweites Modell vorgestellt, in dem die Gesamtzufriedenheit durch die Zufriedenheit in nur vier Teilbereichen (Größe, Entfernung, Nachbarschaftsverhältnis und Wohngegend) erklärt wird.

Im ersten Modell, in welchem Elternwohner nicht berücksichtigt werden, hat die Zufriedenheit mit der Größe des Wohnbereichs die größte Erklärungskraft für die Gesamtzufriedenheit ($b=0,32$). Die Wohngegend ist ebenfalls sehr bedeutsam für die allgemeine Wohnzufriedenheit ($b=0,22$). Die Zufriedenheit mit dem Nachbarschaftsverhältnis ($b=0,16$), dem Mietpreis ($b=0,15$) und mit der Entfernung zur Hochschule ($b=0,12$) spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Im zweiten Modell, in dem auch die Elternwohner berücksichtigt werden, bestätigen sich die o.g. Befunde: Die Größe des Wohnbereichs und die Wohngegend haben den größten Einfluss auf die Wohnzufriedenheit, das Nachbarschaftsverhältnis und die Entfernung zur Hochschule haben dagegen nur nachrangige Bedeutung.

Bild 11.16 *Relative Bedeutung von Einzelaspekten für die Gesamtzufriedenheit mit der Wohnsituation*
Regressionskoeffizienten und erklärte Varianz

Einzelaspekt	Modell I ¹	Modell II ¹
	alle Studierende	alle Studierende, die nicht bei ihren Eltern wohnen
Zufriedenheit mit der Größe des Wohnbereichs	0,34	0,32
Zufriedenheit mit der Entfernung zur Hochschule	0,16	0,12
Zufriedenheit mit dem Nachbarschaftsverhältnis	0,16	0,15
Zufriedenheit mit der Wohngegend	0,22	0,22
Zufriedenheit mit der Angemessenheit des Mietpreises	-	0,14
Konstante	0,46	0,28
adjusted R ²	0,44	0,47

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Gesamtmodell und alle Koeffizienten höchst signifikant

12. Gastronomische Einrichtungen im Hochschulbereich – Mensa und Cafeteria

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick			
Anteil der Studierenden, die 2006 zum Essen (Frühstück, Zwischenmahlzeit, Mittag, Abendessen) in die Mensa/Cafeteria gehen (in %):			83
- durchschnittliche Häufigkeit pro Woche:			viermal
Häufigkeit der Mittagsmahlzeit in der Mensa/Cafeteria pro Woche (Studierende in %)		2003	2006
	- keinmal	23	26
	- einmal	17	17
	- zweimal	18	17
	- dreimal	18	17
	- viermal	13	11
	- fünfmal und häufiger	11	12
Mensanutzertyp nach der Anzahl der Mittagsmahlzeit in der Mensa/Cafeteria pro Woche (Studierende in %)		2003	2006
Stammgäste (dreimal und öfter)	insgesamt	42	40
	- männlich	50	49
	- weiblich	32	30
Sporadische Nutzer (ein- bis zweimal)	insgesamt	35	34
	- männlich	30	30
	- weiblich	41	39
Nichtnutzer	insgesamt	23	26
	- männlich	20	21
	- weiblich	27	31
Aspekte, die den Studierenden 2006 an den Mensen und Cafeterien wichtig sind (Anteil der Studierenden mit entsprechendem Urteil, in %)			
- räumliche Nähe zur Hochschule			88
- kostengünstige Angebote			81
- qualitativ hochwertige Angebote			77
- geringer Zeitaufwand			58
- Ort der Kommunikation/Information			45

Technische Hinweise

Definitionen:

Mensa

Innerhalb der Hochschule befindliche Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung mit dem Schwerpunkt Mittagsverpflegung. Mensen werden fast ausschließlich von den Studentenwerken betrieben.

Cafeteria

Verpflegungseinrichtung für die Zwischenmahlzeiten.

Stammgäste der Mensa/Cafeteria

Studierende, die im Laufe einer Woche mindestens dreimal das Mittagessen in der Mensa/Cafeteria einnehmen.

Sporadische Nutzer der Mensa/Cafeteria

Studierende, die im Laufe einer Woche ein- bis zweimal das Mittagessen in der Mensa/Cafeteria einnehmen.

Nichtnutzer der Mensa/Cafeteria

Studierende, die zum Mittagessen nicht in die Mensa/Cafeteria gehen.

Bezugsgruppe

Deutsche Studierende und studierende Bildungsinländer/-innen

Datenquellen

Daten der Sozialerhebung (Fragen 31 bis 33) Studentenwerke im Zahlenspiegel 2005/2006, Deutsches Studentenwerk 2006

12.1 Mensa und Cafeteria – Leistungsbeschreibung

Mensen und Cafeterien im Hochschulbereich sind Einrichtungen der Studentenwerke. Ihre Aufgabe ist es u. a., hochschulnah für Studierende preiswerte Speisen und Getränke unter Berücksichtigung moderner ernährungsphysiologischer Erkenntnisse anzubieten.

Dienstleistungen zur Verpflegung der Studierenden werden bundesweit in mehr als 700 Einrichtungen erbracht. Dabei stehen knapp 200.000 Tischplätze zur Verfügung. Im Durchschnitt werden für 100 Studierende 10,5 Tischplätze angeboten. Der Gesamtumsatz in den gastronomischen Einrichtungen der Studentenwerke lag 2005 bei 308 Mio. € (Deutsches Studentenwerk, 2006).

12.2 Nutzung des Angebots

Im Laufe einer Woche suchen 83 % der Studierenden eine Mensa oder Cafeteria auf um dort zu frühstücken, eine Zwischenmahlzeit am Vor- oder Nachmittag zu sich zu nehmen, zu Mittag oder zu Abend zu essen. Im Durchschnitt besuchen diese Studierenden im Laufe einer Woche viermal eine Mensa oder Cafeteria, um dort eine der genannten Mahlzeiten einzunehmen.

Unterschieden nach der Art der Mahlzeiten, die in den Mensen und Cafeterien angeboten werden, ist das Mittagessen der mit Abstand häufigste Anlass, die Mensa oder Cafeteria aufzusuchen. Von allen dort

eingenommenen Mahlzeiten sind 60 % Mittagessen. Zwischenmahlzeiten am Vormittag oder am Nachmittag folgen mit einem Anteil von 15 % bzw. 13 %. Während das Frühstück mit 9 % aller Mahlzeiten zu Buche schlägt, spielt das Abendessen in der Mensa/Cafeteria derzeit nur eine geringe Rolle (Bild 12.1).

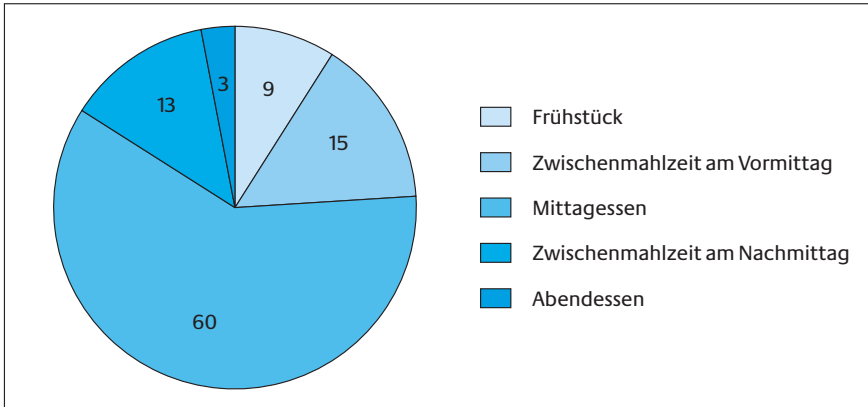
42 % der in den Mensen und Cafeterien ausgegebenen Mahlzeiten entfallen auf Studentinnen und 58 % auf Studenten. Verglichen mit der Zusammensetzung der Studierenden nach dem Geschlecht, wird das Angebot der Mensen und Cafeterien von Frauen unter- und von Männern überdurchschnittlich in Anspruch genommen. Unterschieden nach der Art der Mahlzeit, gilt dies für Frühstück, Mittag- und Abendessen, während an den Zwischenmahlzeiten am Vor- und Nachmittag eher Studentinnen überdurchschnittlich beteiligt sind.

Anteil der ausgegebenen Mahlzeiten, die auf Studentinnen entfallen:

• Frühstück	37 %
• Zwischenmahlzeit am Vormittag	49 %
• Mittagessen	39 %
• Zwischenmahlzeit am Nachmittag	51 %
• Abendessen	35 %

Zum Mittagessen in die Mensa/Cafeteria gehen 74 % der Studierenden (2003: 77 %). Die Frequenz der Besuche innerhalb einer Woche ist allerdings recht unterschiedlich. Ein-

Bild 12.1 Mahlzeiten in der Mensa/Cafeteria – Anteil nach der Art der Mahlzeit in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

bis dreimal pro Woche gehen jeweils 17 % zum Mittagessen in die Mensa/Cafeteria (Bild 12.2). 11 % essen dort viermal zu Mittag und 12 % fünfmal und häufiger. Daraus ergibt sich rechnerisch, dass diese Studierenden durchschnittlich 2,8 mal pro Woche in der Mensa/Cafeteria zu Mittag essen.

Die Anteile der Studierenden, die eine der anderen Mahlzeiten in der Mensa/Cafeteria zu sich nehmen, sind beträchtlich geringer. Sie liegen zwischen 28 %, die dort am Vormittag eine Zwischenmahlzeit einnehmen, und 6 %, die dort zu Abend essen (Bild 12.2).

12.3 Mittagessen

12.3.1 Inanspruchnahme

Der Anteil der Studierenden, der eine Mensa oder Cafeteria zum Mittagessen aufsucht, hat sich von 1991 bis 2006 kaum verändert, er liegt relativ konstant bei etwa drei Vierteln. Deutlicher verändert hat sich allerdings die Häufigkeit der Mensabesuche im Laufe einer Woche. Der Anteil der Studierenden, der mindestens dreimal pro Woche zum Mittagessen in die Mensa/Cafeteria geht (Stammgäste der Mensa), lag 1994 bei 47 % und ist seit dem rückläufig (Bild 12.3). Der Anteil der Studierenden, die nur ein- bis zweimal die Woche zum Mittagessen in die Mensa/Cafeteria gehen (sporadische Nutzer), hat sich hingegen nach 1997 erhöht.

Bild 12.2 Mensa-/Cafeteria-Besuche im Lauf einer Woche nach Art der Mahlzeit
Studierende in %

Häufigkeit	Frühstück	Zwischen- mahlzeit Vormittag	Mittagessen	Zwischen- mahlzeit Nachmittag	Abendessen
keinmal	85	72	26	74	94
einmal	7	13	17	14	4
zweimal	4	9	17	7	1
dreimal	2	4	17	3	1
viermal	1	1	11	1	0
fünfmal u. häufiger	1	1	12	1	0
insgesamt	100	100	100	100	100
Ø Häufigkeit ¹	2,0	1,8	2,8	1,7	1,6

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ durchschnittliche Häufigkeit bezogen auf diejenigen, die eine entsprechende Mahlzeit einnehmen

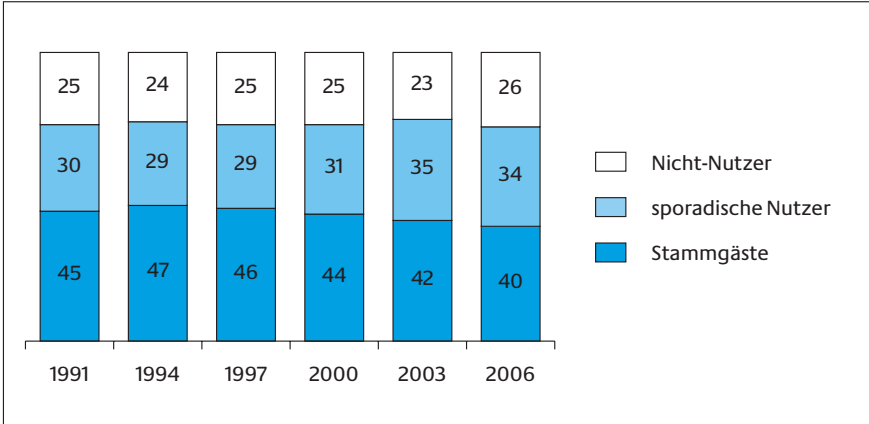
12.3.2 Beeinflussende Faktoren

Geschlecht

Bezogen auf die Situation im Jahre 2006 ist festzustellen: Stammgäste der Mensa/Cafeteria sind weit häufiger Studenten als Studentinnen (Bild 12.4). Von den Studenten gehen dort 49 % mindestens dreimal die Woche zum Mittagessen, von den Studentinnen lediglich 30 %. Studentinnen hingegen gehen häufiger als Studenten sporadisch zum Mittagessen in die Mensa/Cafeteria (39 % vs. 30 %). Allerdings ist auch der Anteil der Studentinnen, der nie zum Mittagessen in die Mensa/Cafeteria geht, deutlich höher als der entsprechende Anteil der Studenten (31 % vs. 21 %).

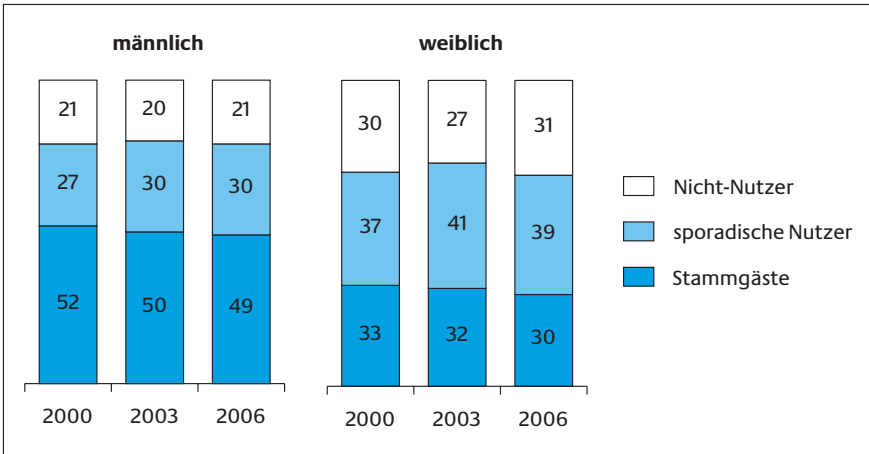
Verglichen mit 2003 ist der Anteil der Studenten, die zum Mittagessen nicht in die Mensa/Cafeteria gehen, kaum gestiegen (von 20 % auf 21 %). Bei den Studentinnen hingegen hat sich dieser Anteil spürbar erhöht (von 27 % auf 31 %). Während bei den Studentinnen sowohl der Anteil der Mensa-Stammgäste als auch der sporadischen Nutzerinnen von 2003 auf 2006 um zwei Prozentpunkte zurückgegangen ist, hat sich bei den Studenten in diesem Zeitraum lediglich der Anteil der Stammgäste um einen Prozentpunkt verringert. Gegenüber 2000 hat sich der Anteil der männlichen und weiblichen Stammgäste ausgehend von 52 % bzw. 33 % bis 2006 jeweils um drei Prozentpunkte verringert.

Bild 12.3 Häufigkeit des Mensabesuches im Zeitvergleich
in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Bild 12.4 Häufigkeit des Mensabesuches nach Geschlecht
in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Alter

Ob das Angebot, kostengünstig in der Mensa/Cafeteria zu Mittag zu essen, angenommen wird, ist offensichtlich auch vom Alter der Studierenden abhängig. Während von den jüngsten Studierenden (bis 21 Jahre) 80 % in der Mensa zu Mittag essen, verringert sich dieser Anteil mit zunehmendem Alter (Bild 12.5). Verglichen mit den Ergebnissen von 2003 ist der Anteil der Stammgäste bei den jüngeren Studierenden (bis 25 Jahre) stärker zurückgegangen als bei den älteren Studierenden (26 Jahre und älter).

Wohnform

Wer im Wohnheim wohnt, geht nach wie vor am häufigsten zum Mittagessen in die Mensa/Cafeteria. Der Anteil der Stammgäste

beläuft sich bei diesen Studierenden auf 53 %. Allerdings fällt der Rückgang dieses Anteils von 2003 auf 2006 mit fünf Prozentpunkten deutlicher aus als bei den Studierenden, die eine der anderen Wohnformen nutzen (Bild 12.6). Der relativ hohe Stammgastanteil unter den Wohnheimbewohnern dürfte u. a. damit zu erklären sein, dass dort hauptsächlich jüngere und männliche Studierende wohnen, die, wie dargelegt, häufiger in der Mensa/Cafeteria zu Mittag essen als ältere und weibliche Studierende.

Ältere und weibliche Studierende überwiegen bei denen, die mit einem Partner/einer Partnerin die Wohnung teilen. Folglich kann es auch nicht überraschen, dass unter denen, die in dieser Wohnform leben, mit

Bild 12.5 Häufigkeit des Mensabesuches nach Alter
in %

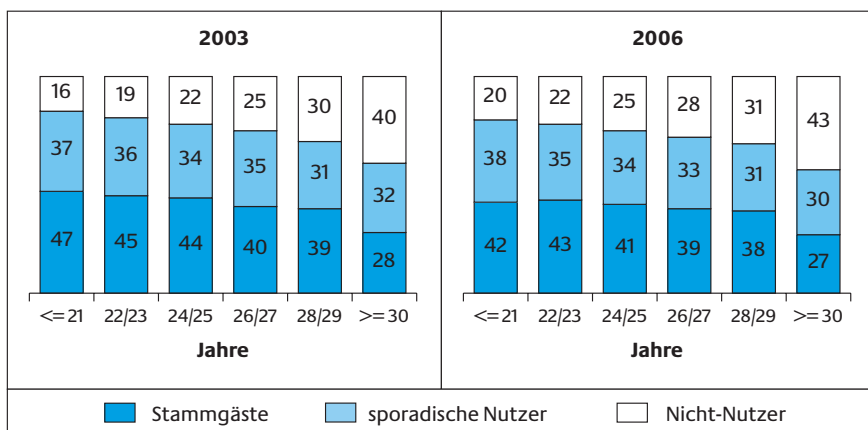


Bild 12.6 Anteil der Mensastammgäste nach der Wohnform
in %

Wohnform	1994	1997	2000	2003	2006
- Eltern	38	40	40	40	36
- Wohnheim	64	64	56	58	53
- Untermiete	58	59	55	47	47
- Wohngemeinschaft	51	52	47	46	45
- Wohnung allein	50	46	43	42	40
- Wohnung mit Partner/in	33	33	32	30	29
insgesamt	47	46	44	42	40

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

29 % der geringste Anteil der Mensastammgäste zu finden ist.

Finanzielle Aspekte

Wer nach dem BAföG gefördert wird, geht häufiger zum Mittagessen in die Mensa/Cafeteria als Nicht-Geförderte (79 % vs. 73 %). Dabei liegt sowohl der Anteil der Stammgäste als auch der Anteil der sporadischen Nutzer unter den Geförderten höher als unter den Nicht-Geförderten (43 % vs. 39 % bzw. 36 % vs. 34 %).

Ob sich die Höhe der monatlich zur Verfügung stehenden Einnahmen auf die Frequenz der Mittagsmahlzeiten in der Mensa/Cafeteria auswirkt, wurde für die ledigen, nicht im Elternhaus wohnenden Studierenden (Bezugsgruppe „Normalstudent“), für die zuverlässige Angaben zur Einnahmensituation vorliegen, überprüft. Dabei wurden die in der folgenden Übersicht dargestellten Ergebnisse ermittelt.

Studierende je Einnahmenquartil nach dem Mensanutzertyp, in %

Einnahmen (€/Monat)	Stammgast	sporad. Nutzer	Nicht-Nutzer
bis 600	39	36	25
über 600 bis 725	42	35	23
über 725 bis 895	41	35	24
über 895	38	32	30

Anhand dieser Ergebnisse lässt sich konstatieren: Die Höhe der Einnahmen beeinflusst die Häufigkeit der Mittagsmahlzeiten in der Mensa/Cafeteria nur wenig.

Auffällig ist, dass der Anteil der Stammgäste des unteren Einnahmenquartils, verglichen mit dem Ergebnis von 2003 – Einnahmen bis 600 € – sich um acht Prozentpunkte verringert hat, beim oberen Einnahmenquartil – 2003: Einnahmen über 890 € – der Anteil der Stammgäste hingegen konstant geblieben ist. Dies legt die Frage nahe, ob für Studierende des unteren Einnahmen-

quartils die Preisgestaltung in der Mensa/Cafeteria das Mittagessen zunehmend unbezahlbar macht oder lediglich eine Verhaltensänderung diesen Rückgang verursacht hat.

Studienspezifische Aspekte

Unterschieden nach Fächergruppen sind es die Studierenden der Ingenieurwissenschaften, die am häufigsten als Stammgäste in der Mensa/Cafeteria zu Mittag essen (49%). Mit nur geringem Abstand folgen die Studierenden der Mathematik/Naturwissenschaften und der Medizin/Gesundheitswissenschaften (48% bzw. 47%). Auch von den Studierenden der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften ist mit 43% ein noch relativ hoher Anteil beim Mittagessen Stammgast der Mensa/Cafeteria.

Studierende der Sprach- und Kulturwissenschaften sowie der Fächergruppe Sozialwissenschaften, Sozialwesen, Psychologie, Pädagogik sind hingegen vergleichsweise selten Stammgast einer Mensa/Cafeteria (29% bzw. 26%). Studierende dieser beiden Fächergruppen gehören überdurchschnittlich oft zu den sporadischen Gästen (40% bzw. 41%). Bei den übrigen Fächergruppen liegt der Anteil der sporadischen Nutzer zwischen 29% (Ingenieurwissenschaften) und 33% (Rechts- und Wirtschaftswissenschaften).

Studierende, die einen Bachelor-Studiengang absolvieren, zeigen kein anderes Nutzungsverhalten der Mensa/Cafeteria als

Studierende der traditionellen Studiengänge. Es ist nahe liegend, dass es sich bei den Studierenden der neu eingeführten Bachelor-Studiengänge vor allem um jüngere Studierende handelt. Um den Einfluss des Alters auf das Nutzungsverhalten der Mensen/Cafeterien auszuschließen, wurden nur Studierende der traditionellen und der neuen Studiengänge im Alter bis 23 Jahre miteinander verglichen. Im Ergebnis besuchen die gleichaltrigen Studierenden der Bachelor- und der übrigen Studiengänge eine Mensa/Cafeteria zum Mittagessen praktisch gleich häufig (2,7 bzw. 2,8 mal pro Woche).

Studierende der Universitäten gehen zum Mittagessen etwas häufiger als Studierende der Fachhochschulen in die Mensa/Cafeteria (76% vs. 71%). Während sich der Anteil der Stammgäste bei den Studierenden der beiden Hochschularten kaum unterscheidet (40% vs. 39%), ist der Unterschied bei den sporadischen Mensanutzern deutlicher (36% vs. 32%).

12.3.3 Hindernisse, in der Mensa/Cafeteria zu Mittag zu essen

Die Studierenden, die überhaupt nicht oder nur selten zum Mittagessen in die Mensa gehen, waren aufgefordert, sich dazu zu äußern, was sie daran hindert, häufiger in der Mensa zu essen. Dazu sollten sie zu acht vorgegebenen möglichen Hindernissen ihre Bewertung auf einer Fünfer-Skala von „trifft gar nicht zu“ bis „trifft völlig zu“ abgeben.

In Bild 12.7 ist dargestellt, zu welchen Anteilen Studierende die einzelnen Hindernisse als zutreffend bezeichneten. Dabei wird jeweils unterschieden zwischen Nicht-Nutzern und sporadischen Nutzern des Angebots der Mensen und Cafeterien. Die Qualität der Angebote wird von 38% der Nicht-Nutzer als der zutreffende Grund aufgeführt, der sie daran hindert in der Mensa/Cafeteria zu Mittag zu essen. Aber auch unter den sporadischen Nutzern liegt dieser Anteil mit 32% relativ hoch.

Als Hinderungsgrund, in der Mensa zu Mittag zu essen, wird die Qualität der Angebote von Nicht-Nutzern im Alter von 22 bis

27 Jahren überdurchschnittlich häufig angeführt (22/23 Jahre: 41%, 24/25 Jahre: 43%, 26/27 Jahre: 40%). Ältere Studierende nennen diesen Grund deutlich seltener (28/29 Jahre: 34%, 30 Jahre und älter: 26%). Bei einer Differenzierung nach der Wohnform fällt auf, dass dieser Grund besonders häufig von Nicht-Nutzern der Mensa genannt wird, die in einem Wohnheim oder einer Wohngemeinschaft leben (49% bzw. 48%).

Die persönliche Lebenssituation als Hinderungsgrund, in der Mensa/Cafeteria zu Mittag zu essen, wird von ebenfalls 38% der Nicht-Nutzer angeführt. Dieser Grund wird überdurchschnittlich häufig von älteren

Bild 12.7 *Hindernisse, häufiger in der Mensa zu Mittag zu essen*
Studierende in %, die das jeweilige Hindernis als zutreffend bezeichnen

Hindernis	Nicht-Nutzer			sporadische Nutzer		
	insg.	männlich	weiblich	insg.	männlich	weiblich
Qualität der Angebote	38	38	37	32	32	32
persönliche Lebenssituation	38	37	38	24	23	25
Zeitmangel	31	27	35	35	32	37
Atmosphäre	28	28	29	16	15	17
Lehrveranstaltungen liegen zeitl. ungünstig	27	21	32	40	35	45
Abneigung gegen Verpflegung aus Großküchen	26	24	28	11	10	12
Preis/Leistungs-Verhältnis der Angebote	22	25	19	17	18	16
Lage und Erreichbarkeit	15	14	16	10	11	10

Studierenden genannt (26 bis 29 Jahre: 44 %, 30 Jahre und älter: 66 %) und von Studierenden, die mit einem Partner/einer Partnerin die Wohnung teilen (58 %).

Zeitmangel als Hinderungsgrund wird von 31 % der Nicht-Nutzer und 35 % der sporadischen Nutzer angegeben. Dieser Grund spielt bei Studentinnen eine größere Rolle als bei Studenten (Bild 12.7). Zeitmangel ist ein Grund, den Studierende aller Altersgruppen in ähnlichem Umfang anführen. Lediglich von den 30-Jährigen und älteren wird dieser Grund überdurchschnittlich häufig genannt.

Ein weiterer häufig genannter Grund, nicht in die Mensa/Cafeteria zu gehen, ist die dort vorgefundene Atmosphäre. Für 28 % der Nichtnutzer und 16 % der sporadischen Nutzer ist dies ein Grund, nicht bzw. nicht häufiger die Mensa zum Mittagessen aufzusuchen. Dieser Grund gilt für Männer und Frauen gleichermaßen. Nach dem Alter der Studierenden sind diesbezüglich keine wesentlichen Unterschiede festzustellen.

Lehrveranstaltungen, die zeitlich ungünstig liegen, so dass deshalb die Mensa/Cafeteria nicht zum Mittagessen aufgesucht werden kann, gaben 27 % der Nicht-Nutzer und 40 % der sporadischen Nutzer an. Hier fällt auf, dass dieser Grund von Studentinnen deutlich häufiger genannt wird als von Studenten (Bild 12.7).

Vergleichsweise selten wird sowohl von Nicht-Nutzern als auch sporadischen Nut-

zern das Preis/Leistungs-Verhältnis der Angebote als Hinderungsgrund genannt (22 % bzw. 17 %). Studenten lassen sich aus diesem Grund etwas häufiger als Studentinnen vom Mittagessen in der Mensa/Cafeteria abhalten (Bild 12.7). Unterschieden nach dem Alter der Studierenden, nennen die Nicht-Nutzer im Alter von 22 bis 26 Jahren diesen Grund überdurchschnittlich oft, während die Häufigkeit der Nennungen der übrigen Studierenden unter dem Durchschnitt liegt. Nicht-Nutzer der Mensa, die in einem Wohnheim oder in einer Wohngemeinschaft leben, nennen auch diesen Grund am häufigsten (jeweils 30 %).

Nicht-Nutzer und sporadische Nutzer der Mensen/Cafeterien, die in einem Bachelor-Studiengang eingeschrieben sind, unterscheiden sich bei ihren Antworten auf die Frage, was sie daran hindert häufiger die Mensa zu nutzen, in der Regel nicht von den gleichaltrigen Studierenden in anderen Studiengängen. Zeitmangel als Hindernis in der Mensa/Cafeteria zu Mittag zu essen, wird von Studierenden in Bachelor-Studiengängen etwas seltener genannt als von den übrigen Studierenden (32 % vs. 35 %).

Werden bei der Auswertung der Frage nach den Hinderungsgründen auch die Antworten der Studierenden berücksichtigt, die mindestens dreimal pro Woche in der Mensa/Cafeteria zu Mittag essen (Stammgäste), ergibt sich die in der folgenden Übersicht dargestellte Rangfolge der

Gründe, die als Hindernis genannt wurden, dort überhaupt nicht oder nicht häufiger zu essen.¹

Anteil von allen Studierenden, die den jeweiligen Grund als zutreffend bezeichneten (= A) und Anteil von allen Stammgästen (= B), in %

	A	B
• Lehrveranstaltungen liegen zeitlich ungünstig	28	18
• Zeitmangel	27	17
• Qualität der Angebote	26	14
• persönliche Lebenssituation	21	7
• Atmosphäre	15	6
• Preis/Leistungs-Verhältnis der Angebote	14	7
• Abneigung gegen Verpflegung aus Großküchen	12	4
• Lage und Erreichbarkeit	9	4

12.4 Mensen und Cafeterien – Wichtige Aspekte aus studentischer Sicht

Mit der Frage: „Was ist Ihnen an den Mensen/Cafeterien besonders wichtig?“, wurden die Studierenden gebeten, verschiedene Vorgaben mittels einer Fünfer-Skala von „überhaupt nicht wichtig“ bis „sehr wichtig“ zu bewerten.

Danach ist den Studierenden mit Abstand am wichtigsten, dass die Mensen/Ca-

¹ Dabei ist zu beachten, dass lediglich für knapp die Hälfte der Mensa-Stammgäste Antworten auf die Frage nach den Hinderungsgründen vorliegen. Eigentlich sollte diese Frage nur von den Studierenden beantwortet werden, die nie oder nur selten in die Mensa gehen.

feterien in räumlicher Nähe zur Hochschule liegen (88%), ihre Angebote kostengünstig (81%) und qualitativ hochwertig sind (77%). Für deutlich mehr als die Hälfte der Studierenden (58%) ist es außerdem wichtig, dass für das Essen in der Mensa/Cafeteria nur ein geringer Zeitaufwand investiert werden muss. Fast die Hälfte der Studierenden (45%) hält es für wichtig, dass Mensen und Cafeterien auch Orte der Kommunikation und Information sind. Der Anteil der Studierenden, für den guter Service in den Mensen/Cafeterien und die räumliche Gestaltung wichtig sind, liegt bei jeweils 44%. Für 28% der Studierenden ist es wichtig, dass Mensen und Cafeterien Angebote aus ökologisch erzeugten Produkten offerieren (Bild 12.8).

Zwischen Studentinnen und Studenten differieren die Ansichten zu den Mensen und Cafeterien in vier Punkten. Eine gute Gestaltung der Räumlichkeiten ist für einen größeren Teil der Studentinnen als der Studenten von Bedeutung (50% vs. 39%). Ebenso ist für Studentinnen die Mensa/Cafeteria als Ort der Kommunikation/Information wichtiger (50% vs. 41%). Darüber hinaus erwarten Studentinnen häufiger, dass der Service gut ist (46% vs. 41%) und ebenso, dass Angebote aus ökologisch erzeugten Produkten gemacht werden (32% vs. 24%).

Differenziert nach dem Alter der Studierenden weicht die Bewertung der einzelnen Aspekte nur wenig vom Durchschnitt ab. Lediglich beim Angebot aus ökologisch erzeugten Produkten ist eine deutliche Alters-

Bild 12.8 Mensa/Cafeteria – wichtige Aspekte aus der Sicht der Studierenden
 Anteil der Studierenden, der den jeweiligen Aspekt für wichtig oder sehr wichtig hält, in %

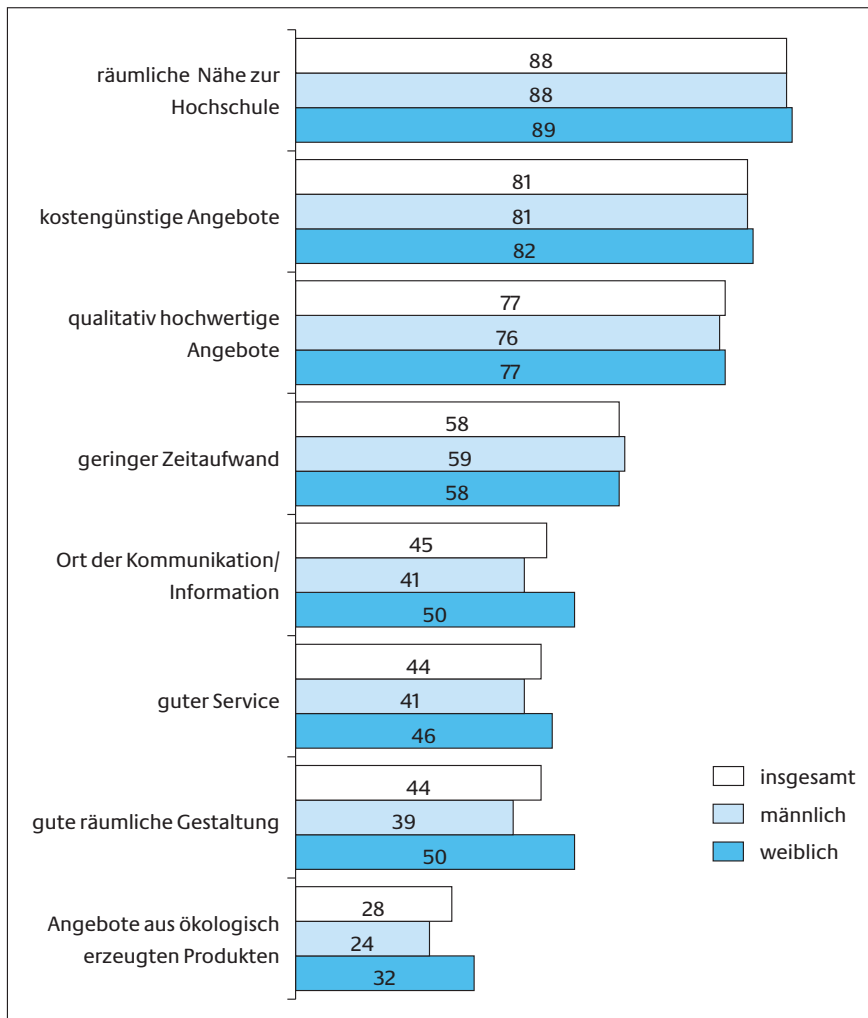
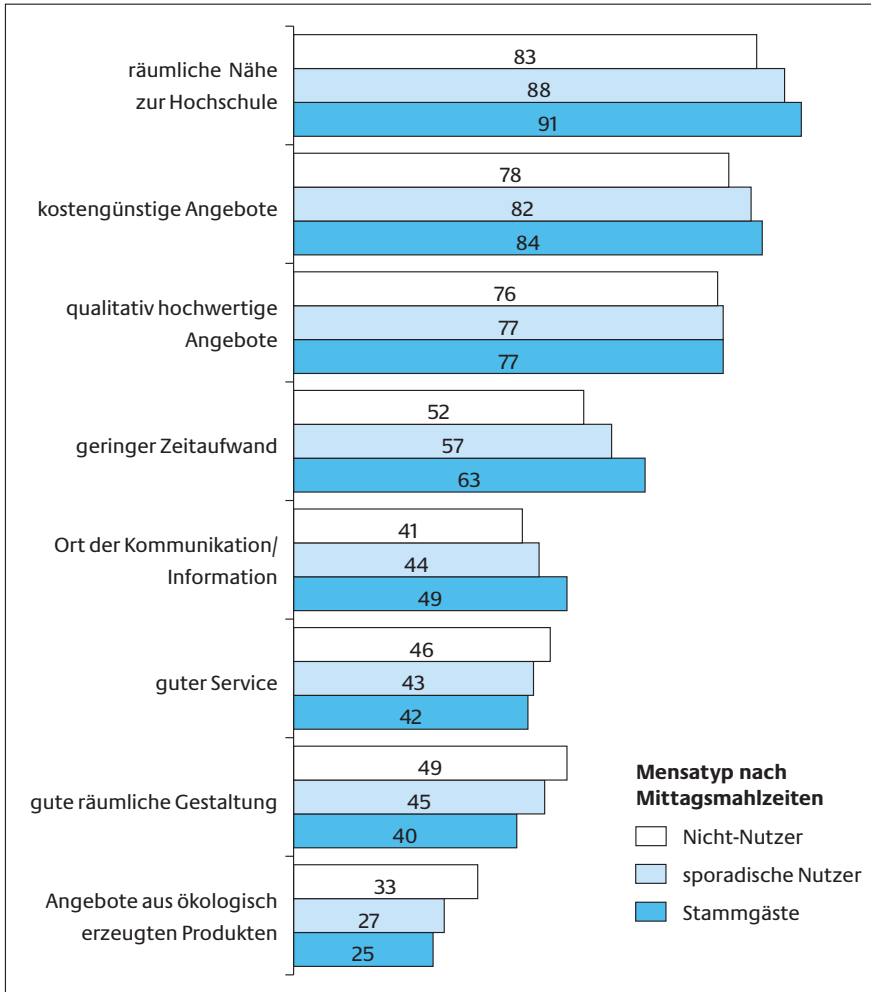


Bild 12.9 *Wichtige Aspekte aus der Sicht der Studierenden nach der Häufigkeit der im Lauf einer Woche in der Mensa/Cafeteria eingenommenen Mittagsmahlzeiten*
Anteil der Studierenden, der den jeweiligen Aspekt für wichtig oder sehr wichtig hält, in %



abhängigkeit der Einstellung festzustellen. Hier steigt der Anteil, der dies für wichtig hält, von 22 % bei den jüngsten Studierenden (bis 21 Jahre) bis auf 47 % bei den ältesten Studierenden (30 Jahre und älter).

Auch differenziert nach der sozialen Herkunft unterscheiden sich die Studierenden kaum, wenn es darum geht, was ihnen an der Mensa/Cafeteria wichtig ist. Erwartungsgemäß verringert sich mit steigender Herkunft der Anteil, der kostengünstige Angebote für wichtig hält, von 86 % bei den Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ bis auf 78 % bei der Herkunftsgruppe „hoch“. Umgekehrt verringert sich der Anteil, der qualitativ hochwertige Angebote für wichtig hält, von 78 % auf 73 %.

Was den Studierenden an der Mensa/Cafeteria in Abhängigkeit von der Besuchshäufigkeit wichtig ist, ist in Bild 12.9 ausgewiesen. Danach ist ein geringer Zeitaufwand für das Essen, den häufigen Nutzern der Mensa deutlich wichtiger als den Nicht-Nutzern (63 % vs. 52 %). Ebenso sind die Mensen und Cafeterien den Stammgästen als Orte der Kommunikation/Information häufiger wichtig (49 % vs. 41 %). Andererseits ist für häufige Mensabesucher das Angebot ökologisch erzeugter Produkte weniger wichtig als für Nicht-Nutzer der Mensa/Cafeteria (25 % vs. 33 %).

Studierende, die in einem der neu eingerichteten Bachelor-Studiengänge eingeschrieben sind, unterscheiden sich bezüglich der Aspekte, die ihnen an den Mensen/

Cafeterien wichtig sind, von den gleichaltrigen Studierenden in anderen Studiengängen kaum. In der Tendenz wird von Studierenden der Bachelor-Studiengängen die Wichtigkeit qualitativ hochwertige Angebote etwas häufiger genannt (80 % vs. 77 %). Ein kostengünstiges Angebot ist ihnen hingegen etwas weniger wichtig (84 % vs. 88 %). Auch der Anteil, für den Mensen/Cafeterien als Ort der Kommunikation und Information wichtig sind, fällt bei den Studierenden in den neuen Studiengängen etwas höher aus (48 % vs. 46 %).

13. Gesundheitliche Beeinträchtigungen

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick			
Studierende 2006 mit gesundheitlicher Schädigung (in %)	insgesamt	männlich	weiblich
	19	19	18
davon:			
Grad der Studienbeeinträchtigung durch eine gesundheitliche Schädigung (in %)¹			
keine Beeinträchtigung	56	57	56
schwach	22	23	21
mittel	13	12	14
¹ Rundungsdifferenzen möglich	stark	8	8
Art der gesundheitlichen Schädigung (Mehrfachnennungen, in %)			
Allergien oder Atemwegserkrankungen	60	62	57
Schädigungen des Stütz- und Bewegungsapparates	13	12	13
Sehschädigungen	16	17	15
Hauterkrankungen	14	10	18
Erkrankungen innerer Organe/chronische Stoffwechselstörungen	12	10	15
psychische Erkrankungen	11	9	12
Hörschädigungen	4	5	3
Schädigungen des Hals- und Nasenbereiches	2	2	2
Schädigungen des zentralen Nervensystems	2	2	3
sonstige Schädigungen	8	8	8

Technische Hinweise

Definitionen

Eine *gesundheitliche Schädigung* liegt vor, wenn die Studierenden angeben, eine Behinderung und/oder chronische Krankheit zu haben. Der Terminus *gesundheitliche Schädigung* ist synonym zu *Beeinträchtigung* verwendbar. Im Text wird anstatt *Beeinträchtigung* ausschließlich *Schädigung* verwandt, um die Unterscheidbarkeit zum häufig verwendeten Begriff *Studienbeeinträchtigung* zu gewährleisten.

Studierende sind *behindert*, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und damit ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist.

Eine *Studienbeeinträchtigung* ist dann gegeben, wenn Studierende aufgrund einer vorhandenen gesundheitlichen Schädigung angeben in der Ausübung ihres Studiums eingeschränkt zu sein.

Bezugsgruppe

Alle deutschen Studierenden und studierende Bildungsinländer/innen.

18. Sozialerhebung, Angaben zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen (insbesondere Fragen 41 bis 41.2)

13.1 Begriffliche Abgrenzung

Die Kategorisierung gesundheitlicher und mit Gesundheit zusammenhängender Zustände hat in den letzten Jahren einen grundlegenden Wandel erfahren. Die fachpolitische Diskussion im Rahmen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat zur Weiterentwicklung der Kategorisierung von gesundheitlichen Schädigungen hin zur „Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF)“ geführt (WHO 2001). Funktionsfähigkeit umfasst dabei alle Aspekte der funktionalen Gesundheit (körperliche Funktion, einschließlich des mentalen Bereiches, Körperstruktur, Fähigkeit der Aktivität, Fähigkeit der Teilhabe an Lebensbereichen) und steht in Wechselwirkung mit Umwelt- und personenbezogenen Faktoren (ebd.).

Wesentliche Aspekte des ICF wurden in das Neunte Buch des Sozialgesetzbuches (SGB IX) aufgenommen. Menschen sind demnach dann behindert, „wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und damit ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist“ (§ 2 SGB IX).

Seit 1982 wird in der Sozialerhebung erfasst, bei welchem Anteil von Studierenden eine Behinderung und bzw. oder eine chronische Krankheit vorliegt. Diese Differenzierung wird nach der hier zu Grunde gelegten

Definition nicht mehr vorgenommen. In ihr werden sowohl die unter Behinderung als auch unter chronischer Krankheit angegebenen gesundheitlichen Schädigungen gefasst. Im Fragebogen wird die Art der Schädigung in vorgegebenen Kategorien erfasst.

Die Studierenden übermitteln mit ihren Aussagen, was sie durch ärztliche Befunde und entsprechende Behandlung über ihren Gesundheitszustand erfahren haben. Ob sich der Einzelne durch eine gesundheitliche Schädigung als im Studium beeinträchtigt erlebt, hängt stärker vom subjektiven Urteil ab als die Aussage, ob überhaupt eine gesundheitliche Schädigung vorliegt. Beide Aussagen sind von Interesse, da neben der Feststellung des Anteils gesundheitlicher Schädigungen gerade die persönliche Einschätzung über die Auswirkungen einer gesundheitlichen Schädigung auf das Studium von Bedeutung ist.

In der Sozialerhebung werden gesundheitlich geschädigte Studierende denjenigen ohne gesundheitliche Schädigung gegenübergestellt, um spezifische Problemlagen von Studierenden zu verdeutlichen. In der nachfolgenden Darstellung werden Studierende mit Behinderung oder chronischer Krankheit gemäß der o.g. Definition als Studierende mit einer gesundheitlichen Schädigung bezeichnet. Der Terminus *gesundheitliche Schädigung* ist synonym zu *Beeinträchtigung* verwendbar. Im Text wird anstatt Beeinträchtigung ausschließlich Schädigung verwandt, um die Unterscheidbar-

keit zum häufig verwendeten Begriff *Studienbeeinträchtigung* zu gewährleisten.

13.2 Studierende mit gesundheitlicher Schädigung

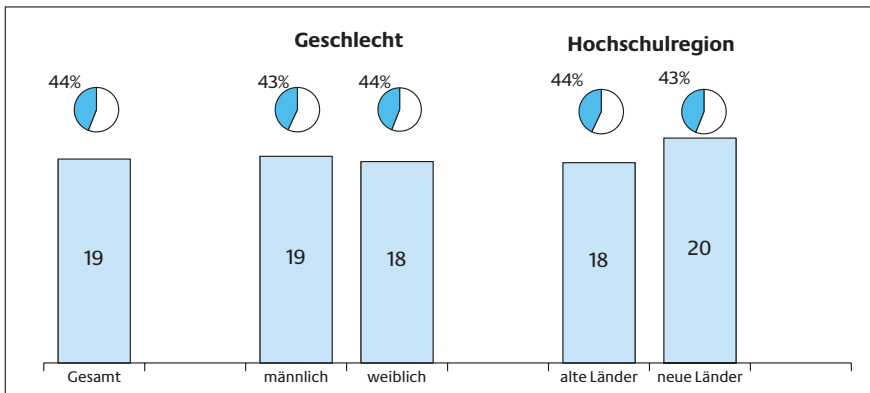
13.2.1 Anteil Studierender mit gesundheitlicher Schädigung

Der Anteil der gesundheitlich geschädigten Studierenden beträgt im Sommersemester 2006 knapp 19 %. Gegenüber dem Jahr 2000, als zuletzt Studierende zu diesem Thema befragt wurden, ist die Quote deutlich angewachsen (2000: 15%). Allgemein ist jedoch zu berücksichtigen, dass für 56 % (2000: 61 %) dieser Studierenden nach eigener Einschätzung keine Studienbeeinträchtigung daraus resultiert (Bild 13.1).

Bezogen auf die 1,76 Millionen Studierenden des Berichtskreises der Sozialerhebung errechnen sich in absoluten Häufigkeiten knapp 327.000 (2000: 240.000) Studierende mit gesundheitlicher Beeinträchtigung. 44 %, also etwa 143.000, von ihnen fühlen sich dadurch in ihrem Studium eingeschränkt. Unter einer (sehr) starken Studieneinschränkung leiden etwa 27.000 Studierende.

Die Angaben über bestimmte gesundheitliche Schädigungen sagen allerdings noch nichts über den möglichen Grad einer Studienbeeinträchtigung aus.

Bild 13.1 Studierende mit gesundheitlicher Schädigung und Anteile mit Studienbeeinträchtigung in %



13.2.2 Grad der Studienbeeinträchtigung

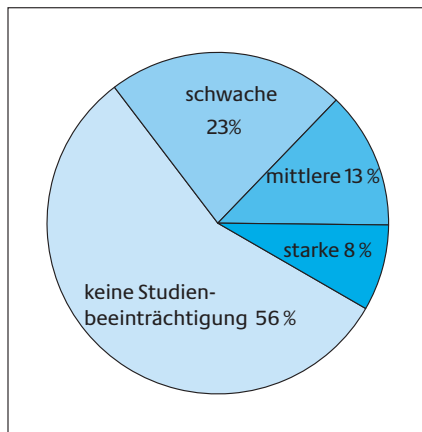
Aus dem Blickwinkel der Sozialerhebung sind vor allem jene Studierende von Interesse, deren gesundheitliche Schädigung Auswirkungen auf das Studium nach sich zieht. Das trifft auf 8 % aller Studierenden zu.

Studierende mit gesundheitlicher Beeinträchtigung weisen keine einheitlichen Gruppenmerkmale auf. Die Schädigungsformen sind uneinheitlich und führen in einem unterschiedlichen Maße zu Studienbeeinträchtigung. Bei der Mehrheit wirkt sich die gesundheitliche Schädigung nicht nachteilig auf das Studium aus (56 %, Bild 13.2). Bei den Studenten fällt die Quote minimal günstiger aus als bei den Studentinnen (57 % zu 56 %).

Eine Studienbeeinträchtigung tritt in unterschiedlicher Stärke auf. Bei 23 % (2000: 18 %) aller Studierenden mit gesundheitlichen Problemen beeinträchtigen diese das Studium nur schwach und bei weiteren 13 % (2000:13 %) in mittlerer Stärke. Bei acht Prozent der Studierenden mit gesundheitlicher Schädigung schränkt sie das Studium stark ein (Bild 13.2). Das entspricht einem Anteil von etwa 1,5 % an allen Studierenden.

Ob eine gesundheitliche Schädigung im Studium wirklich Probleme bereitet, hängt wesentlich vom Grad der Beeinträchtigung ab. Beispielsweise kommen Allergien und Atemwegserkrankungen als gesundheitliche Schädigungen unter den Studierenden am häufigsten vor. Sie verursachen aller-

Bild 13.2 Grad der Studienbeeinträchtigung¹
Studierende mit gesundheitlicher Schädigung



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ zusammengefasste 5-stufige Skala von sehr schwach bis sehr stark

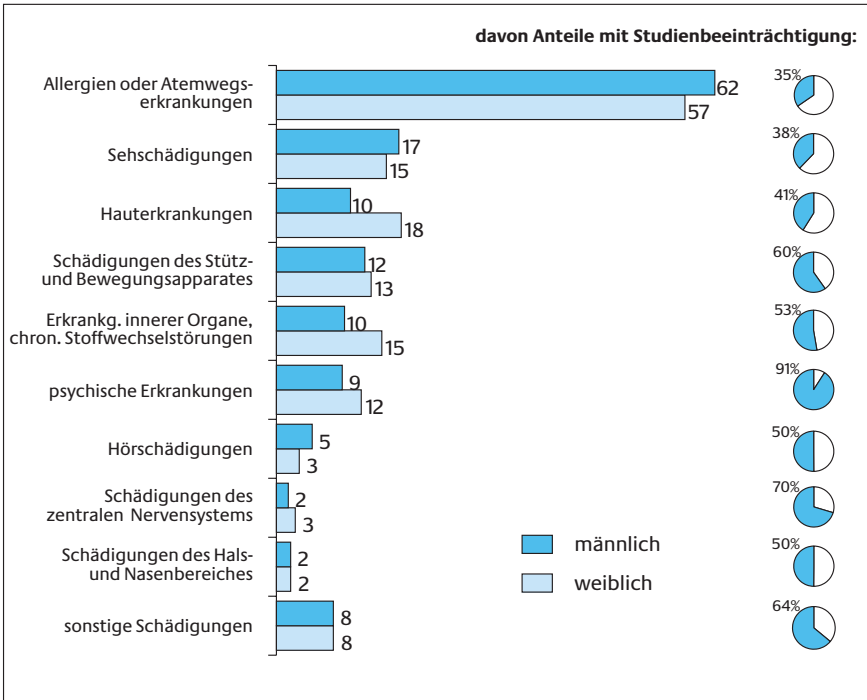
dings verhältnismäßig selten überhaupt und in den wenigsten Fällen eine mittlere oder starke Studienbeeinträchtigung (Bild 13.4). Im Kontrast dazu sind von psychischen Schädigungen vergleichsweise wenige Studierende betroffen, der Grad der Studienbeeinträchtigung ist jedoch in vier von zehn Fällen erheblich.

13.2.3 Formen der Schädigung

Die Formen gesundheitlicher Schädigung wurden in Kategorien abgefragt, die unterschiedliche Schädigungen berücksichtigen (Bild 13.3). Die auf diese Weise gewonnenen Daten zeigen, in welcher Häufigkeit die verschiedenen Formen von gesundheitlicher

Bild 13.3 Art gesundheitlicher Schädigung nach Geschlecht und Anteile mit Studienbeeinträchtigung

Studierende mit gesundheitlicher Schädigung, in %



DSW/HIS 18.Sozialerhebung

Schädigung unter Studierenden auftreten.

Allen voran stehen Allergien und Atemwegserkrankungen. Sechs von zehn Studierenden mit gesundheitlichen Problemen geben diese Erkrankungen an. Jeder sechste bis achte Studierende mit gesundheitlicher Schädigung gibt Seherschädigungen (16%), Hauterkrankungen (14%) oder Schädigung

gen des Stütz- und Bewegungsapparates (13%) an. Insgesamt 11% der Studierenden mit gesundheitlichen Problemen sehen sich von psychischen Krankheiten betroffen.

Bild 13.4 Grad der Studienbeeinträchtigung nach Art der gesundheitlichen Schädigung¹
Studierende mit gesundheitlicher Schädigung, in %

Art der gesundheitlichen Schädigung	Grad der Beeinträchtigung ¹			
	ohne	schwach	mittel	stark
Allergien oder Atemwegserkrankungen	65	21	10	4
Sehschädigungen	62	23	11	4
Hauterkrankungen	59	22	13	6
Hörschädigungen	50	24	19	7
Schädigungen des Hals- und Nasenbereiches	50	20	12	18
Erkrankungen innerer Organe/ chron. Stoffwechselstörungen	47	26	16	11
Schädigungen des Stütz- und Bewegungsapparates	40	29	17	14
sonstige Schädigungen	36	26	20	18
Schädigungen des zentralen Nervensystems	30	25	21	24
Psychische Erkrankungen	9	21	33	37
insgesamt	56	23	13	8

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ in 3 Gruppen zusammengefasste 5-stufige Skala von sehr schwach bis sehr stark

13.2.4 Demographische Merkmale und gesundheitliche Schädigung

Studentinnen und Studenten weisen in den Anteilen an gesundheitlicher Schädigung nur geringe Unterschiede auf (19 % vs. 18 %) (vgl. Bild 13.1).

Auch in der Form der gesundheitlichen Schädigung bestehen Unterschiede zwi-

sehen Männern und Frauen (vgl. Bild 13.3). Im Unterschied zum Jahr 2000 geben Männer häufiger als Frauen Allergien und Atemwegserkrankungen an. Frauen sind, wie im Jahr 2000 auch, häufiger von Hauterkrankungen und psychischen Erkrankungen betroffen. Für letztere ist festzustellen, dass der Unterschied zwischen Frauen und Männern gegenüber dem Jahr 2000 deut-

lich abgenommen hat (Frauen 2000: 11 %, 2006: 12 %; Männer 2000: 6 %, 2006: 9 %). Frauen fühlen sich zwar häufiger durch psychische Schädigungen im Studium beeinträchtigt, allerdings trifft dies nur für gut jede dritte in starkem Maße zu (34 %). Dagegen fühlt sich jeder zweite Mann mit psychischen Schädigungen im Studium stark beeinträchtigt (47 %).

Der Anteil gesundheitlich Geschädigter beträgt für Studierende bis 25 Jahre gleichbleibend 17 - 18 % (vgl. nachfolgende Übersicht). Für Studierende, die 26 Jahre und älter sind, nimmt der Anteil mit gesundheitlicher Schädigung kontinuierlich zu und liegt zwischen 19 % bei den 26- und 27-jährigen und 24 % bei denen über 30 Jahre.

Studierende mit gesundheitlicher Schädigung, in %		
Altersgruppe	2006	2000
unter 21 Jahren	17	14
bis 23 Jahre	18	14
bis 25 Jahre	17	14
bis 27 Jahre	19	14
bis 29 Jahre	20	17
30 Jahre und älter	24	19
insgesamt	19	15

Im Vergleich mit den Ergebnissen des Jahres 2000 zeigt sich, dass nicht nur der Anteil von Studierenden mit gesundheitlicher Schädigung gestiegen ist, sondern diese bei jüngeren Altersgruppen auch häufiger anzutreffen sind. Zum größten Teil erklärt sich

der Anstieg aus der prozentualen Zunahme von Personen mit sehr schwacher Studienbeeinträchtigung.

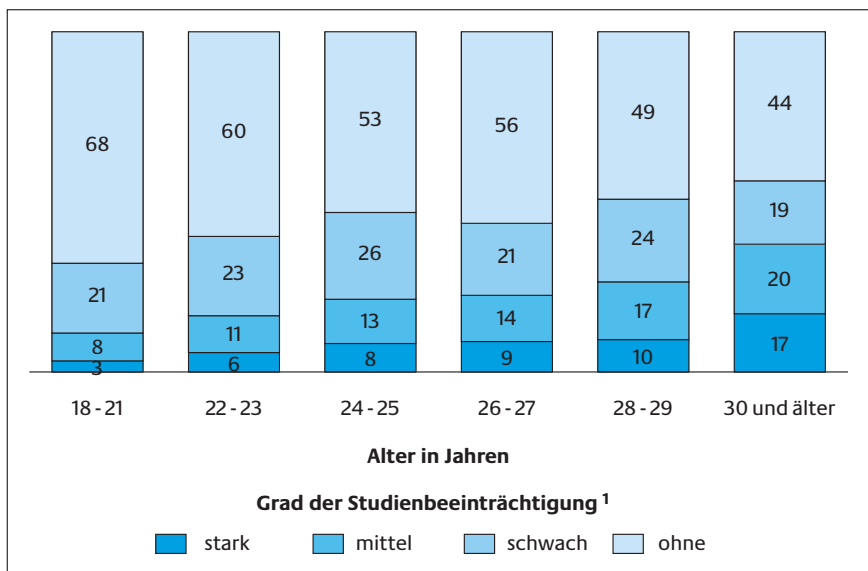
Erkennbare Zusammenhänge bestehen zwischen dem Alter der Studierenden und dem Grad der Studienbeeinträchtigung (Bild 13.5). Je älter die Studierenden sind, desto häufiger führen gesundheitliche Probleme zu einer Beeinträchtigung im Studium. Dieser Befund bleibt auch nach einer Prüfung durch zusätzliche Einflußgrößen (Geschlecht, soziale Herkunft, Hochschulstandort) bestehen.

13.3 Studium und gesundheitliche Schädigung

13.3.1 Fächerstruktur

Die Anteile gesundheitlicher Schädigungen variieren über die Fächergruppen. Während 16 % der Studierenden der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften eine gesundheitliche Schädigung angeben, trifft dies auf mehr als jeden fünften Studierenden der Fächergruppe Sozialwissenschaften, Sozialwesen/Pädagogik/Psychologie zu (21 %, Bild 13.6). Gleichzeitig ist hier, ähnlich wie in den Sprach- und Kulturwissenschaften auch, der Anteil derjenigen am höchsten, deren Schädigung eine Studienbeeinträchtigung darstellt (48 % bzw. 49 %). Darüber hinaus weisen diese Fächergruppen auch den höchsten Anteil an Studierenden mit starker Studienbeeinträchtigung auf.

Bild 13.5 Grad der Studienbeeinträchtigung nach Alter
Studierende mit gesundheitlicher Schädigung, in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

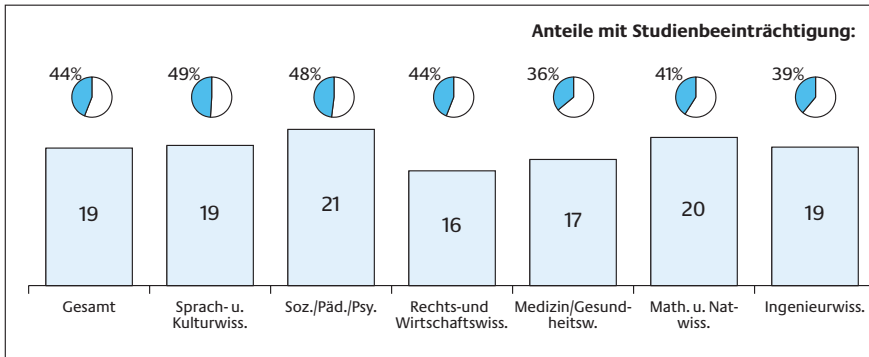
¹ in 3 Gruppen zusammengefasste 5-stufige Skala von sehr schwach bis sehr stark

13.3.2 Studienverlauf

Die zufriedenstellende und erfolgreiche Realisierung des Studiums ist für Studierende mit gesundheitlichen Schädigungen in besonderer Weise mit der Bewältigung von organisatorischen, zeitlichen und materiellen Herausforderungen verbunden. Gleichwohl gelingt es nicht in jedem Fall, eine möglicherweise vorhandene Studienbeeinträchtigung zu kompensieren. Deshalb absolvieren diese Studierenden das Studium teilweise weniger komplikations-

los als der Durchschnitt der Studierenden. So verweilen gesundheitlich geschädigte Studierende mit Studienbeeinträchtigung auch unter Berücksichtigung der Studienunterbrechungsdauer signifikant länger an den Hochschulen. Analysen, in denen der Einfluss weiterer Merkmale (Geschlecht, Alter, Dauer einer Studienunterbrechung, Studiengangwechsel, zeitlicher Aufwand für das Studium) auf die bisherige Verweildauer an einer Hochschule geprüft wurde, bestätigen den Befund. Besonders Studierende mit

Bild 13.6 Studierende mit gesundheitlicher Schädigung nach Fächergruppen mit Anteilen der Studienbeeinträchtigung in %



DSW/HIS 18.Sozialerhebung

starker Studienbeeinträchtigung weisen eine höhere bisherige Studienverweildauer auf.

Studienbeginn und Stellenwert des Studiums

Im Sommersemester 2006 sind keine Unterschiede für den Zeitraum zwischen Erlangen der Hochschulreife bis zur Aufnahme des Studiums bei Studierenden mit bzw. ohne gesundheitliche Schädigung auszumachen. Lediglich Personen mit besonders starker Studienbeeinträchtigung aufgrund gesundheitlicher Schädigungen benötigen tendenziell mehr Zeit als andere Studierende bis zur Aufnahme des Studiums (25 vs 16 Monate).

Studierende mit einer Schädigung nehmen das Hochschulstudium genauso wich-

tig wie alle anderen Studierenden auch (Bild 13.7). Mit zunehmendem Grad der Studienbeeinträchtigung steigt allerdings der Anteil der Studierenden, für die ein Studium eher im Hintergrund steht. Gleichzeitig geben diese Studierenden häufiger an, dass eine meist notwendige Erwerbstätigkeit neben dem Studium ihre Studienzeit verlängert (Bild 13.9).

Studiengangwechsel

23 % der Studierenden mit einer gesundheitlichen Schädigung haben nach ihrer Immatrikulation entweder das Fach, den ursprünglich angestrebten Abschluss oder beides gewechselt (Bild 13.8). Ein solcher Studiengangwechsel kommt bei Studierenden ohne gesundheitliche Schädigung seltener vor (19%). Ein Studiengangwechsel verlän-

Bild 13.7 Stellenwert des Studiums nach Gesundheitszustand und Grad der Studienbeeinträchtigung
Studierende im Erststudium, in %

Gesundheitszustand	Stellenwert des Studiums		
	als Mittelpunkt aller Interessen	als normale Berufstätigkeit	im Hintergrund
ohne gesundheitliche Schädigung	52	44	4
mit gesundheitlicher Schädigung	51	43	6
Grad der Studienbeeinträchtigung (nur Studierende mit gesundheitlicher Schädigung)			
ohne	51	44	5
schwach	56	39	5
mittel	43	48	9
stark	44	42	14

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ in 3 Gruppen zusammengefasste 5-stufige Skala von sehr schwach bis sehr stark

gert im Allgemeinen die Studienzeit. Die Daten der Sozialerhebung belegen den signifikanten Einfluss des Studiengangwechsels auf die mittlere Verweildauer der Studierenden.

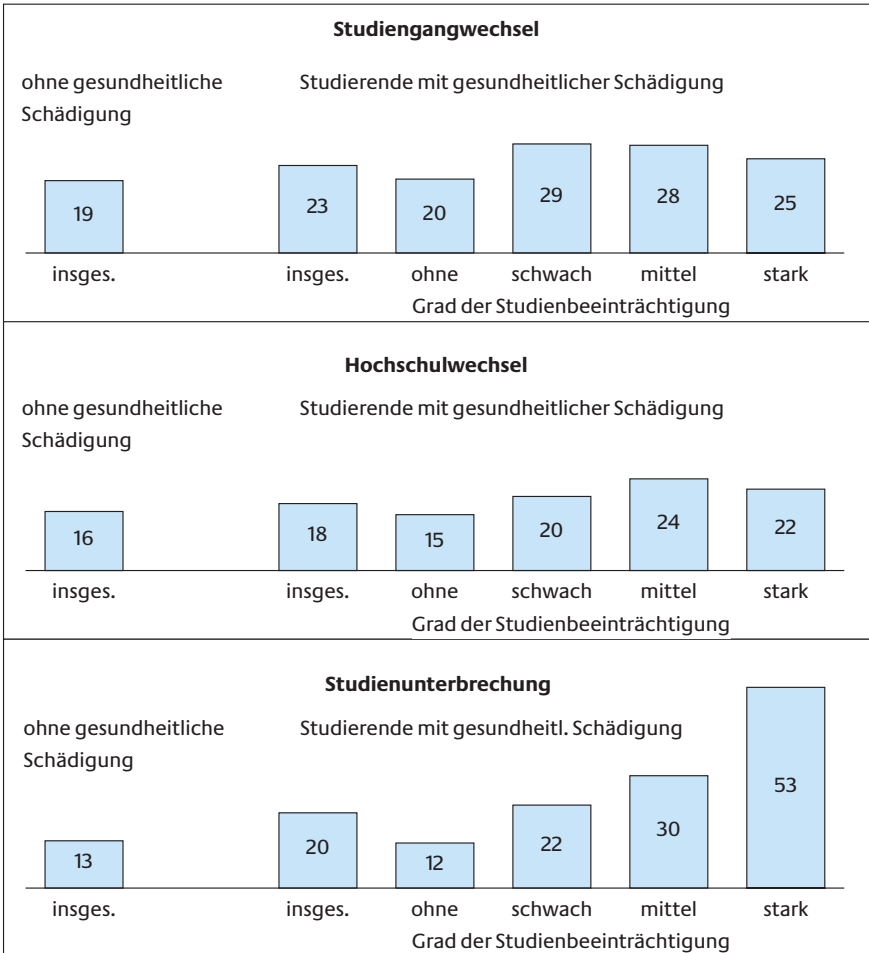
Dieser Befund bestätigt die Ergebnisse der vorangegangenen Sozialerhebungen, in denen Studienbeeinträchtigungen thematisiert wurden. Offensichtlich lassen sich vor der Studienaufnahme die Konsequenzen einer bestimmten Studienfachwahl und vorhandene Barrieren in Hinblick auf eine gesundheitliche Schädigung nur schwer abschätzen.

Auch wenn ungeklärt bleibt, in wie vielen Fällen eine gesundheitliche Schädigung erst im Verlaufe des Studiums eintritt oder sich als hinderlich offenbart, unterstreicht die höhere Quote korrigierter Studiengangsentscheidungen die Notwendigkeit bestehende Barrieren abzubauen (vgl. Kap. 13.5).

Hochschulwechsel

Etwas häufiger als der Durchschnitt aller Studierenden gehen gesundheitlich geschädigte Studierende von einer Hochschule ab, um sich an einer anderen zu immatrikulieren (18 % vs. 16 %). Ein Hochschulwechsel tritt

Bild 13.8 Studienverlauf nach dem Grad der Studienbeeinträchtigung¹ durch eine gesundheitliche Schädigung
in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ in 3 Gruppen zusammengefasste 5-stufige Skala von sehr schwach bis sehr stark

dann häufiger auf, wenn aus der gesundheitlichen Schädigung eine Studienbeeinträchtigung resultiert (Bild 13.8).

Studienunterbrechung

Jeder fünfte Studierende mit einer gesundheitlichen Schädigung, darunter mehr als jeder Zweite mit starker Studienbeeinträchtigung, unterbricht das Studium. Unter den anderen Studierenden ist die Unterbrecherquote deutlich niedriger (13 %, Bild 13.8). Studierende mit gesundheitlicher Schädigung weisen darüber hinaus eine längere Unterbrechungsdauer auf. Während mehr als zwei Drittel ihrer Kommilitonen/innen ohne gesundheitliche Schädigung nicht länger als zwei Semester unterbrechen, trifft das lediglich auf etwas mehr als die Hälfte der Studienunterbrecher/innen mit gesundheitlicher Schädigung zu (67 % vs. 55 %).

Gründe einer Studienunterbrechung

Als Hauptgrund für eine Studienunterbrechung gibt fast jeder zweite Studierende mit einer gesundheitlichen Schädigung erwartungsgemäß gesundheitliche Probleme an, während dies unter den anderen Studierenden weit seltener vorkommt (48 % vs. 10 %). Besonders psychische Erkrankungen liegen bei Studienunterbrechern/innen doppelt so häufig vor wie bei den übrigen Studierenden mit gesundheitlicher Schädigung. Auch finanzielle Schwierigkeiten spielen häufiger eine Rolle. Bald jeder vierte Studierende mit, aber nur jeder sechste ohne gesundheitli-

che Schädigung, unterbricht das Studium wegen finanzieller Schwierigkeiten (23 % vs. 17 %).

13.4 Finanzielle Situation und Wohnverhältnisse

Die Einschätzung der finanziellen Situation von Studierenden mit bzw. ohne gesundheitliche Schädigung fällt sehr unterschiedlich aus. Abhängig vom Grad der Studienbeeinträchtigung, unterscheidet sich die Einschätzung über die finanzielle Absicherung des Studiums.

Während nur jeder fünfzehnte Studierende mit gesundheitlicher Schädigung, aber ohne Studienbeeinträchtigung angibt, die Finanzierung des Lebensunterhaltes während des Studiums sei gar nicht sicher gestellt, gilt das für nahezu jeden vierten Studierenden mit starker Studienbeeinträchtigung (6,5 % vs. 23 %). Hinzu kommt, dass die Möglichkeiten, Geld zu verdienen, nicht mit gleicher Selbstverständlichkeit wie bei Studierenden ohne gesundheitliche Schädigung bzw. ohne Studienbeeinträchtigung umzusetzen sind. Die Antwort auf die Frage, ob ein Job neben dem Studium nichts ausmache, trifft für nahezu die Hälfte der Studierenden ohne Studienbeeinträchtigung (völlig) zu (47%), aber nur für 30 % der Studierenden mit starker Studienbeeinträchtigung.

Studierende mit einer gesundheitlichen Schädigung haben monatlich etwa so viel Geld zur Verfügung wie alle anderen Studie-

renden¹. Die Einnahmen der Bezugsgruppe „Normalstudent“ ohne gesundheitliche Schädigung belaufen sich monatlich auf 781 € und die der gesundheitlich geschädigten Studierenden auf 794 €. Allerdings haben Studierende mit gesundheitlicher Schädigung, abhängig vom Grad ihrer Studienbeeinträchtigung höhere Ausgaben zu tragen. Während für Studierende ohne gesundheitliche Schädigung durchschnittliche monatliche Ausgaben ausgewählter Posten von 695€ anfallen, liegen sie für Studierende mit gesundheitlicher Schädigung ohne Studienbeeinträchtigung durchschnittlich lediglich um 6 €, bei geringer bzw. mittlerer Studienbeeinträchtigung um 19 € bzw. 52 € höher. Die letztgenannte Gruppe verfügt allerdings auch über die höchsten monatlichen Einnahmen. Studierende mit starker Studienbeeinträchtigung haben sogar durchschnittliche Ausgaben ausgewählter Posten von 766 € monatlich (+ 71 €).

Unter Berücksichtigung aller Einnahmen und der angegebenen ausgewählten Ausgaben zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Bilanz der Ein- und Ausgaben und dem Grad der Studienbeeinträchtigung. Studierende mit schwacher bzw. starker Studienbeeinträchtigung haben weniger Mittel zur Bestreitung weiterer Ausgabenposten zur Verfügung. Alle Gruppen von Studierenden mit Studienbeein-

trächtigung sind signifikant häufiger in der Bilanzgruppe „negativ“ und „ausgeglichene“, nicht aber in der Gruppe „positiv“ zu finden (vgl. Kapitel 7.3).

Daraus resultiert eine kritischere Einschätzung ihrer finanziellen Lage (Bild 13.9). Überproportional viele von ihnen gehen davon aus, dass ihre Studienfinanzierung nicht sichergestellt ist, sie neben dem Studium arbeiten müssen und sich dadurch die Studienzeit verlängern wird.

Die Vermutung, dass die gesundheitliche Schädigung sich auf die Selbstbestimmtheit der Wohnform der Studierenden auswirkt, bestätigt sich nicht. Studierende mit gesundheitlicher Schädigung wohnen kaum häufiger bei Eltern und Verwandten als Studierende ohne gesundheitliche Schädigung (24 % vs. 23 %). Sie wohnen eher allein oder zur Untermiete und seltener mit Partner/in oder in einer Wohngemeinschaft. Zu gleichen Teilen wohnen Studierende mit und ohne gesundheitliche Schädigung in Wohnheimen (11 %).

Studierende mit gesundheitlicher Schädigung unterscheiden sich auch in der Angabe der präferierten Wohnform kaum von anderen Studierenden (vgl. dazu Kapitel 11.3.1). Lediglich stark studienbeeinträchtigte Studierende wünschen sich häufiger eine eigene Wohnung und seltener eine Wohnung mit Partner oder in einer Wohngemeinschaft.

¹ Zur Berechnung der Einnahmen und Ausgaben vgl. Kap. 6 und Kap. 7.

Bild 13.9 Urteile über die finanzielle Situation nach gesundheitlicher Schädigung
 Bezugsgruppe „Normalstudent“, nur Position „trifft (völlig) zu“ auf einer 5-stufigen Skala, in %

Aussagen zur finanziellen Situation	Studierende	
	ohne Schädigung	mit Schädigung
Eltern		
Meine Eltern unterstützen mich finanziell so gut sie können.	81	81
Ich habe den Eindruck, meine Eltern finanziell zu überfordern.	10	12
Ich will nicht auf meine Eltern angewiesen sein.	40	43
Erwerbstätigkeit		
Es macht mir nichts aus, neben dem Studium Geld verdienen zu müssen.	24	20
Durch das Jobben wird sich die Studienzzeit verlängern.	27	35
BAföG		
Ohne BAföG-Förderung könnte ich nicht studieren.	41	45
Die BAföG-Förderung ist angemessen.	24	25
Die BAföG-Förderung gibt eine sichere Planungsperspektive.	24	23
Lebensunterhalt		
Die Finanzierung meines Lebensunterhaltes während des Studiums ist sichergestellt.	35	30

DSW/HIS 18.Sozialerhebung

13.5 Gesundheitliche Schädigung und Beratungsbedarf

Beratungsbedarf zu studienrelevanten Themen haben Studierende mit gesundheitlicher Schädigung in größerem Umfang als diejenigen ohne gesundheitliche Schädigung. Geben lediglich knapp zwei Drittel

der Studierenden ohne Schädigung an, in den letzten 12 Monaten Beratungsbedarf gehabt zu haben (64 % vs. 73 % mit Schädigung), steigt dieser Anteil mit dem Grad der Studienbeeinträchtigung deutlich an. Bei schwacher Studienbeeinträchtigung geben fast vier von fünf Studierenden Beratungs-

bedarf an (79 %), bei starker Studienbeeinträchtigung sind es sogar neun von zehn Befragten (89 %).

Wie zu erwarten, ist der Beratungsbedarf zum Thema Studium mit gesundheitlicher Schädigung besonders hoch. Außerdem sind Lern- und Leistungsprobleme, Prüfungsangst, Konzentrationsschwierigkeiten, mangelndes Selbstwertgefühl und depressive Verstimmungen bei Studierenden mit gesundheitlicher Schädigung, und hier in erster Linie bei Studierenden mit starker Studienbeeinträchtigung, wesentlich häufiger Inhalt eines Beratungsbedarfs als bei Studierenden ohne Schädigungen. Auch die Inanspruchnahme von Beratungsangeboten erfolgt bei Studierenden mit gesundheitlicher Schädigung in höherem Maße. Dabei wird, gerade in den eben aufgeführten Themenbereichen, etwas häufiger auf Beratungsangebote außerhalb des Hochschulbereiches zurückgegriffen (vgl. Kapitel 14).

14. Beratungs- und Informationsbedarf

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick			
Beratungs- und Informationsbedarf	2003	2006¹	
Erststudium, in % (Mehrfachnennungen)			
Finanzierung des Studiums	24		25
Krankenversicherung	25		24
Finanzierung eines studienbezogenen Auslandsaufenthalts	24		21
Zweifel, das Studium fortzuführen	- ²		16
Arbeitsorganisation, Zeitmanagement	- ²		15
Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit	19		14
depressive Verstimmungen	- ²		14
Arbeits-, Konzentrationsschwierigkeiten	- ²		14
Prüfungsangst	14		13
Lern-/Leistungsprobleme	16		11
Beratungsbedarf 2006 nach Abschlussart	Diplom (FH)	Diplom (Uni)	Bachelor
Erststudium, in % (Mehrfachnennungen)			
Studierende mit Beratungs- bzw. Informationsbedarf insgesamt	63	65	67
Finanzierung des Studiums	25	22	29
Krankenversicherung	26	23	21
Finanzierung eines studienbezogenen Auslandsaufenthalts	18	21	24
Arbeitsorganisation, Zeitmanagement	14	15	16
Zweifel, das Studium fortzuführen	13	15	18
Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit	16	14	17
Nutzung eines Beratungs-/Informationsangebotes 2006	an der Hochschule	außerhalb Hochschule	
Erststudium, in % (Mehrfachnennungen)			
Studierende, die mindestens ein Angebot genutzt haben		18	18

¹ ab 2006 einschließlich Bildungsinländer/innen

² im Jahr 2003 nicht erhoben

Technische Hinweise

Definitionen

Beratungs- und Informationsbedarf

Interesse und/oder Notwendigkeit, Auskünfte und/oder Hilfestellung zu einem Themenbereich zu erhalten. Die Vorgaben im Fragebogen konzentrieren sich im Wesentlichen auf Bereiche, zu denen auch die Studentenwerke Beratungsangebote unterbreiten. Der erkundete Beratungs- und Informationsbedarf betrifft nicht die fachliche und studienorganisatorische Beratung und Betreuung im engeren Sinne, wie sie an den Fachbereichen – und hier insbesondere von den Lehrenden – angeboten werden.

Beratungsangebot der Hochschule bzw. des Studentenwerks

Institutionalisierte, professionelle Beratung durch Mitarbeiter/innen der Studentenwerke bzw. durch Einrichtungen, die organisatorisch zur Hochschule gehören und/oder von ihr zum Zweck der Beratung Studierender gefördert werden.

Beratungsangebot außerhalb des Hochschulbereichs

Institutionalisierte, professionelle Beratung durch Einrichtungen, die räumlich, organisatorisch und finanziell nicht mit der Hochschule oder dem Studentenwerk in Zusammenhang stehen und deren Klientel sich in der Regel nicht auf Studierende beschränkt bzw. deren Beratungsangebot inhaltlich nicht ausschließlich auf Studierende ausgerichtet ist.

Bezugsgruppe

Deutsche Studierende und studierende Bildungsinländer/innen

Datenquellen

Daten der Sozialerhebung, insbesondere Frage 46

Vorbemerkung

Studierende sind mit vielfältigen Anforderungen und Situationen konfrontiert, für deren Bewältigung sie Informationen und Beratung benötigen. Über studienbezogene Problemstellungen und Leistungserwartungen hinaus, befinden sich Studierende im Erststudium zumeist in einer Lebensphase, in der – entwicklungspsychologisch gesehen – besondere Aufgaben (Ablösung aus dem Elternhaus, Aufbau eines eigenen sozialen Netzes) zu lösen sind. Professionelle Einrichtungen stellen Information und Beratung zur Verfügung, die zur Bewältigung von damit in Zusammenhang stehenden Anforderungssituationen notwendig sind. Daneben suchen Studierende häufig Rat bei Personen im persönlichen Umfeld, recherchieren im Internet bzw. informieren sich anhand von Zeitschriften, Fernsehen etc.

Der Bedarf an Beratung und Information wird retrospektiv erhoben und ist auf das Zeitfenster der letzten zwölf Monate, gemessen vom Befragungszeitpunkt an, bezogen. Zum einen sollen mit dieser zeitlichen Nähe realistische Bedarfsquoten ermittelt werden. Zum anderen können so bestehende Zusammenhänge zwischen Studien- und Lebensverlauf und Beratungs- bzw. Informationsbedarf aufgezeigt werden.

Anhand eines vorgegebenen Katalogs von 18 Bereichen, zu denen während des Studiums eine Nachfrage nach Information bzw. Beratung entstehen könnte, wurde ermittelt, welche entsprechenden Bedarfe die

Studierenden ihren eigenen Angaben nach hatten. Im Vergleich zur 17. Sozialerhebung ist der Bereich „psychische Probleme“ weiter ausdifferenziert worden und drei unmittelbar studienbezogene Bereiche wurden neu aufgenommen. Der aktuelle Katalog enthält nunmehr doppelt so viele Themenfelder wie noch vor drei Jahren.

Die Frage nach in Anspruch genommener Beratung und Information war dieses Mal auf professionelle Angebote beschränkt. Es wird unterschieden zwischen Angeboten der Studentenwerke bzw. der Hochschulen und solchen, die außerhalb des Hochschulbereichs bestehen.

In der nachfolgenden Darstellung wird aus Gründen der Lesbarkeit abkürzend häufig „Beratungsbedarf“ gleichbedeutend mit „Bedarf an Beratung und Information“ verwendet. Im Erhebungsinstrument ist die Frage so formuliert, dass zwischen „Beratung“ und „Information“ nicht unterschieden werden kann.

14.1 Bereiche des Beratungs- und Informationsbedarfs

Über alle Themenfelder hinweg hatten zwei Drittel der Studierenden im Erststudium in den zwölf Monaten vor der Befragung im Sommersemester 2006 Bedarf an Beratung und/oder Information zu mindestens einem der vorgegebenen Bereiche. Der Beratungsbedarf Studierender in postgradualen Studiengängen war mit insgesamt 61 % etwas geringer. Wenn sie Beratungs- und Informati-

onsbedarf während des letzten Jahres hatten, dann nannten die Studierenden beider Studienarten im Durchschnitt drei der 18 aufgelisteten Bereiche. Mit der Art des Studiums hängen nicht nur die Quoten des Beratungsbedarfs insgesamt zusammen, sondern auch die Häufigkeit, mit der einzelne Themen nachgefragt werden.

Die Vielfalt der erhobenen Beratungsbereiche berührt im Wesentlichen drei Problemfelder: i. w. S. finanzierungsbezogene, studien(leistungs)bezogene und solche, die sich sowohl auf die eigene Person als auch auf das persönliche Umfeld beziehen.¹

Diese drei Problemfelder sind nicht scharf voneinander zu trennen, sie überlappen einander bzw. stehen zueinander in Wechselwirkung. Beispielsweise können Studienabschlussprobleme eng mit finanziellen Problemen zusammenhängen bzw. auf Selbstzweifeln oder Prüfungsangst beruhen.

Die den drei Problemfeldern zugeordneten Beratungsbereiche können weitere, nicht genannte Problemdimensionen betreffen: So haben Probleme der Vereinbarkeit von Studium und Kind selbstverständlich keineswegs nur eine finanzielle Dimension, sondern beinhalten z.B. auch zeitliche oder studienorganisatorische Aspekte.

Informations- und Beratungsbedarf im Erststudium

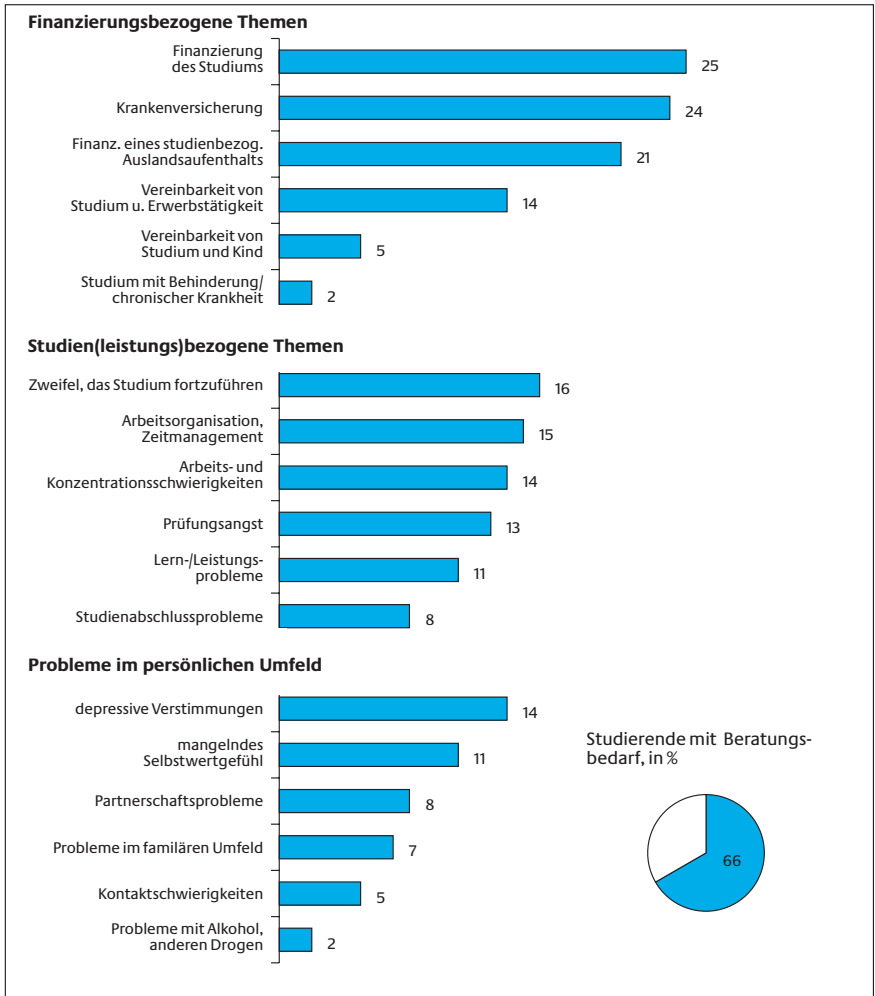
Gemessen an der Häufigkeit, mit der die Beratungsbereiche genannt wurden, stehen finanzielle Fragen und Themen, die im engeren Sinne für den Studienerfolg relevant sind, im Vordergrund.

Jeder vierte Studierende hatte Fragen zur Finanzierung des Studiums und zur Krankenversicherung (Bild 14.1). An dritter Stelle steht die Finanzierung eines studienbezogenen Auslandsaufenthaltes, wofür sich jeder Fünfte interessierte (21 %). Mehr als ein Sechstel der Studierenden hatte Zweifel, das Studium fortzuführen. Es folgen einige, inhaltlich recht unterschiedliche Beratungsfelder, die ungefähr gleich häufig genannt wurden: Arbeitsorganisation und Zeitmanagement, Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit, depressive Verstimmungen, Arbeits- und Konzentrationschwierigkeiten und Prüfungsangst. Einige Beratungsbereiche betreffen nur relativ kleine Gruppen der Studierenden, weshalb sie anteilig selten genannt werden. Dazu gehören Beratung und Information zu einem Studium mit Kind, zu einem Studium mit Behinderung bzw. chronischer Krankheit.

Auch Themen wie Probleme mit Alkohol und anderen Drogen sind sensible Bereiche mit einer relativ kleinen Anzahl an Betroffenen. Sie sind mit standardisierten Befragungsmethoden, wie sie die Sozialerhebung anwendet, kaum realitätsnah zu erfassen.

¹ Das dritte Problemfeld wird aus Gründen der Lesbarkeit nachfolgend als „Probleme im persönlichen Umfeld“ bezeichnet.

Bild 14.1 Bereiche des Beratungs- und Informationsbedarfs
Studierende im Erststudium, in %



Für Studierende in postgradualen Studiengängen ist das wichtigste Thema die Krankenversicherung, wozu ein Drittel Beratungsbedarf hatte. Am zweitwichtigsten sind für sie Fragen der Studienfinanzierung und der Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit. Fast genauso häufig benötigen sie Beratung und Information zur Arbeitsorganisation bzw. zum Zeitmanagement.

Sie erwägen offenbar seltener als Studierende im Erststudium die Durchführung eines studienbezogenen Auslandsaufenthaltes und fragen dieses Thema entsprechend weniger nach.

Studienzweifel, depressive Verstimmungen, Arbeits- und Konzentrationsschwierigkeiten, Prüfungsangst und Lern- und Leistungsprobleme sind für sie weniger Gegenstand für Beratung und Information als für Studierende im Erststudium. Da für sie das Studium mit Kind an Bedeutung gewinnt, stellen sich ihnen vermehrt Fragen zur Vereinbarkeit von Studium und Kind.

14.2 Beratungs- und Informationsbedarf und Merkmale des Studiums

14.2.1 Beratungsbedarf und Hochschulart

Studierende an Universitäten haben insgesamt anteilig einen etwas größeren Bedarf an Beratung und Information als Studierende an Fachhochschulen (68 % vs. 63 %, Bild 14.2). Sie fragen häufiger als diese zum Bei-

spiel Informationen zu einem studienbezogenen Auslandsaufenthalt nach. Das hängt eng mit dem unterschiedlichen Studienangebot der Hochschularten zusammen.

Studierende an Fachhochschulen hatten etwas häufiger Bedarf an Beratung und Information zur Studienfinanzierung und zur Krankenversicherung als diejenigen an Universitäten. Wesentliche Ursachen hierfür liegen darin, dass Studierende an Fachhochschulen im Vergleich zu Studierenden an Universitäten häufiger aus unteren sozialen Herkunftsgruppen kommen (vgl. Kap. 4), eine geringere finanzielle Unterstützung von ihren Eltern erhalten und deshalb ihren Lebensunterhalt zu einem höheren Anteil selbst bestreiten müssen (vgl. Kap. 6). Das erklärt ihr etwas höheres Interesse an Beratung und Information zur Problematik der Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit.

Studierende an Universitäten hingegen haben vergleichsweise häufig Zweifel, ob sie ihr Studium fortführen sollen, und nennen häufiger Bereiche, die für verschiedene psychische Probleme stehen.

14.2.2 Beratungsbedarf und angestrebter Abschluss

Im Erststudium haben Studierende in Diplom-Studiengängen an Fachhochschulen anteilig den geringsten Bedarf an Beratung und Information (63 %, Bild 14.3) im Kontrast zu Studierenden, die einen Magister anstreben (74 %). Unter Studierenden in Bachelor-

Bild 14.2 Bereiche des Beratungs- und Informationsbedarfs nach Hochschulart
Studierende im Erststudium, in %

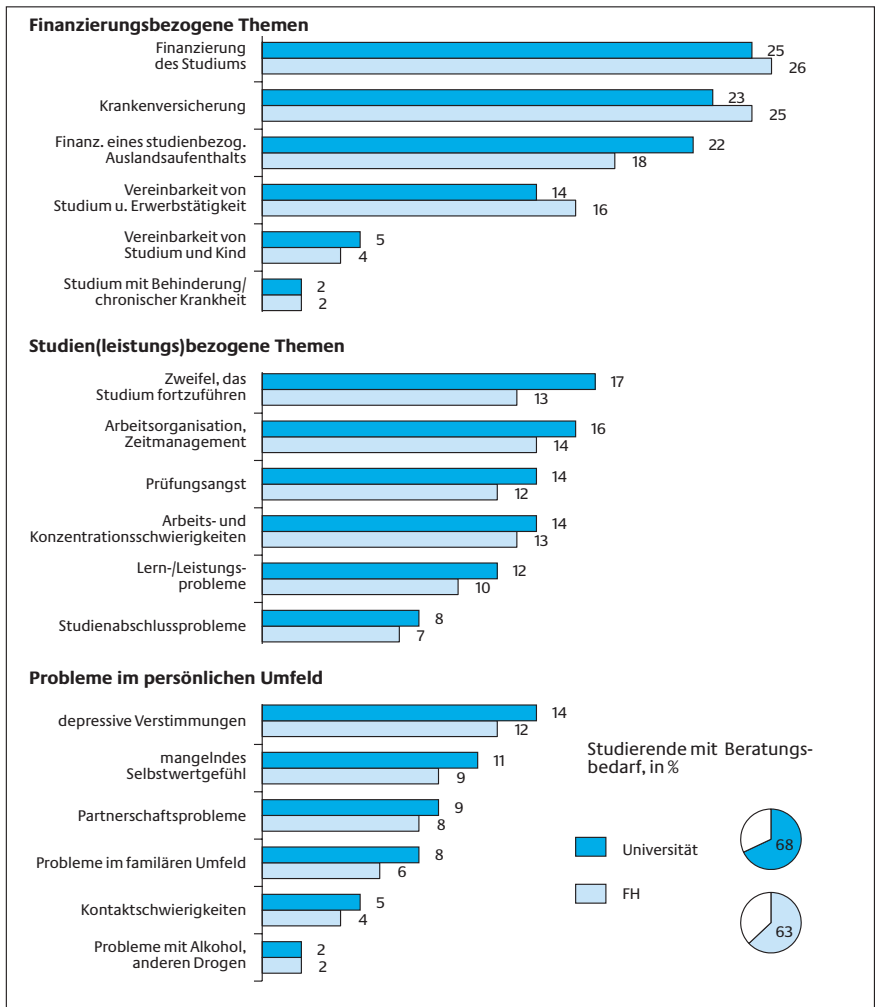


Bild 14.3 Beratungs- und Informationsbedarf nach Art des angestrebten Abschlusses
Studierende im Erststudium, in %

	gesamt	Diplom (FH)	Diplom (Uni)	Magister	Bachelor	Staatsexam. (o. LA)	Lehramt
Studierende mit Beratungsbedarf	66	63	65	74	67	65	68
Beratungs- und Informationsbedarf							
Finanzierungsbezogene Themen							
Finanzierung des Studiums	25	25	22	30	29	22	26
Krankenversicherung	24	26	23	25	21	25	22
Finanz. Auslandsaufenthalt	21	18	21	26	24	21	19
Studium und Erwerbstätigkeit	14	16	14	18	17	11	13
Studium und Kind	5	5	4	6	4	6	7
Behinderung, chron. Krankheit	2	2	2	3	2	1	2
Studien(leistungs)bezogene Themen							
Zweifel, Studium fortzuführen	16	13	15	18	18	14	18
Arbeitsorg., Zeitmanagement	15	14	15	19	16	16	16
Arbeits-, Konzentrationsschw.	14	13	13	18	12	13	14
Prüfungsangst	13	12	13	15	12	16	16
Lern-, Leistungsprobleme	11	10	11	13	11	13	12
Studienabschlussprobleme	8	7	7	16	6	6	9
Probleme im persönlichen Umfeld							
depressive Verstimmungen	14	12	13	20	11	14	14
mangelndes Selbstwertgefühl	11	10	11	16	10	10	11
Partnerschaftsprobleme	8	8	8	9	8	9	10
Probleme im familiären Umfeld	7	6	7	11	7	7	9
Kontaktschwierigkeiten	5	4	5	6	4	5	4
Alkohol, andere Drogen	2	2	2	3	2	2	1

Studiengängen ist der Anteil derer, die sich für (mindestens) eins der aufgeführten Beratungsthemen interessierten, nur geringfügig höher als im Durchschnitt (67 % vs. 66 %).

Die Rangfolge der Beratungsbereiche ist offenbar unabhängig von der Art des angestrebten Abschlusses. Es sind lediglich kleinere Unterschiede in der Gewichtung der einzelnen Themen festzustellen.

Mit Finanzfragen sind Studierende in Magister- und Bachelor-Studiengängen häufiger beschäftigt als andere – das betrifft sowohl die Studienfinanzierung als auch die Finanzierung eines studienbezogenen Auslandsaufenthaltes. Diese Themen sind möglicherweise mit ein Grund dafür, dass sich beide Studierendengruppen ebenfalls häufiger als andere mit Fragen der Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit auseinandersetzen.

Zweifel, das Studium fortzusetzen, haben Studierende, die in Magister-, Bachelor und Lehramtsstudiengängen immatrikuliert sind, häufiger als andere.

Studierende, die einen Magister anstreben, nehmen vergleichsweise oft eine Ausnahmeposition ein, indem sie viele Beratungsbereiche überdurchschnittlich oft nennen. Dazu gehören – neben den bereits genannten – auch die Bereiche „Arbeits- und Konzentrationschwierigkeiten“, „depressive Verstimmungen“, „mangelndes Selbstwertgefühl“ und „Studienabschlussprobleme“.

14.2.3 Beratungsbedarf und Fächergruppe

Unterschiede im Beratungs- und Informationsbedarf im Vergleich der Fächergruppen werden von zahlreichen Faktoren beeinflusst, zu denen sowohl verschiedene demographische Merkmale (z. B. Alter, Geschlecht, Familienstand), Charakteristika des Hochschulzugangs (u.a. Berufserfahrung, Art der Hochschulreife) als auch Studienmerkmale gehören (Hochschulart, Fachkultur, Regelungsdichte, Studiendauer etc.). Auf dieses Ursachengefüge kann nachfolgend im Einzelnen nicht eingegangen werden, wenn die Unterschiede beim Beratungs- und Informationsbedarf der Studierenden einzelner Fächergruppen aufgezeigt werden.

Studierende in den Ingenieurwissenschaften gaben mit 60 % anteilig den geringsten Beratungsbedarf an (Bild 14.4). Auch künftige Mathematiker/innen und Naturwissenschaftler/innen haben vergleichsweise selten Fragen zu den aufgeführten Bereichen (62 %).

In den Fächergruppen Sozialwissenschaften, Sozialwesen, Psychologie, Pädagogik bzw. in Sprach-, Kulturwissenschaften ist das Interesse an Beratung und Information deutlich höher (71 % bzw. 74 %). Letztere fragen überdurchschnittlich häufig Beratung zur Finanzierung des Studiums bzw. eines studienbezogenen Auslandsaufenthaltes nach. Damit im Zusammenhang steht auch der Befund, dass relativ viele von ihnen Fra-

Bild 14.4 Beratungs- und Informationsbedarf nach Fächergruppe*Studierende im Erststudium, in %*

	Ingenieurwiss.	Sprach-, Kulturwiss.	Mathe, Naturwiss.	Medizin, Gesundheitswiss.	Jura, Wirtschaftswiss.	Sozialwiss., -wesen, Psychol., Päd.
Studierende mit Beratungsbedarf	60	74	62	65	65	71
Beratungs- und Informationsbedarf						
Finanzierungsbezogene Themen						
Finanzierung des Studiums	24	31	23	22	22	27
Krankenversicherung	25	24	20	28	25	23
Finanz. Auslandsaufenthalt	17	27	17	21	23	19
Studium und Erwerbstätigkeit	14	17	12	11	14	17
Studium und Kind	3	5	4	9	4	8
Behinderung, chron. Krankheit	2	2	2	1	2	4
Studien(leistungs)bezogene Themen						
Zweifel, Studium fortzuführen	13	18	13	11	15	16
Arbeitsorg., Zeitmanagement	14	18	13	14	16	18
Arbeits-, Konzentrationsschw.	13	15	13	11	14	16
Prüfungsangst	10	14	14	13	14	15
Lern-, Leistungsprobleme	10	11	11	10	13	12
Studienabschlussprobleme	6	11	6	3	8	10
Probleme im persönlichen Umfeld						
depressive Verstimmungen	10	17	13	14	12	17
mangelndes Selbstwertgefühl	8	14	11	11	7	14
Partnerschaftsprobleme	7	10	7	9	7	12
Probleme im familiären Umfeld	6	10	6	7	6	11
Kontaktschwierigkeiten	5	5	5	4	4	5
Alkohol, andere Drogen	2	2	2	2	2	3

gen zur Vereinbarkeit des Studiums mit Erwerbstätigkeit haben.

Studierende in medizinischen und gesundheitswissenschaftlichen Studiengängen fragen häufiger als andere Information und Beratung zur Krankenversicherung nach. Sie haben vergleichsweise selten Beratungsbedarf zu Zweifeln an der Fortführung des Studiums, zur Vereinbarkeit des Studiums mit einem Job nebenher bzw. zu Arbeits- und Konzentrationsschwierigkeiten.

Nach den Studierenden der Sprach- und Kulturwissenschaften interessieren sich künftige Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler/innen am zweithäufigsten für einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt.

14.2.4 Beratungsbedarf und Studienverlauf

Studienphase

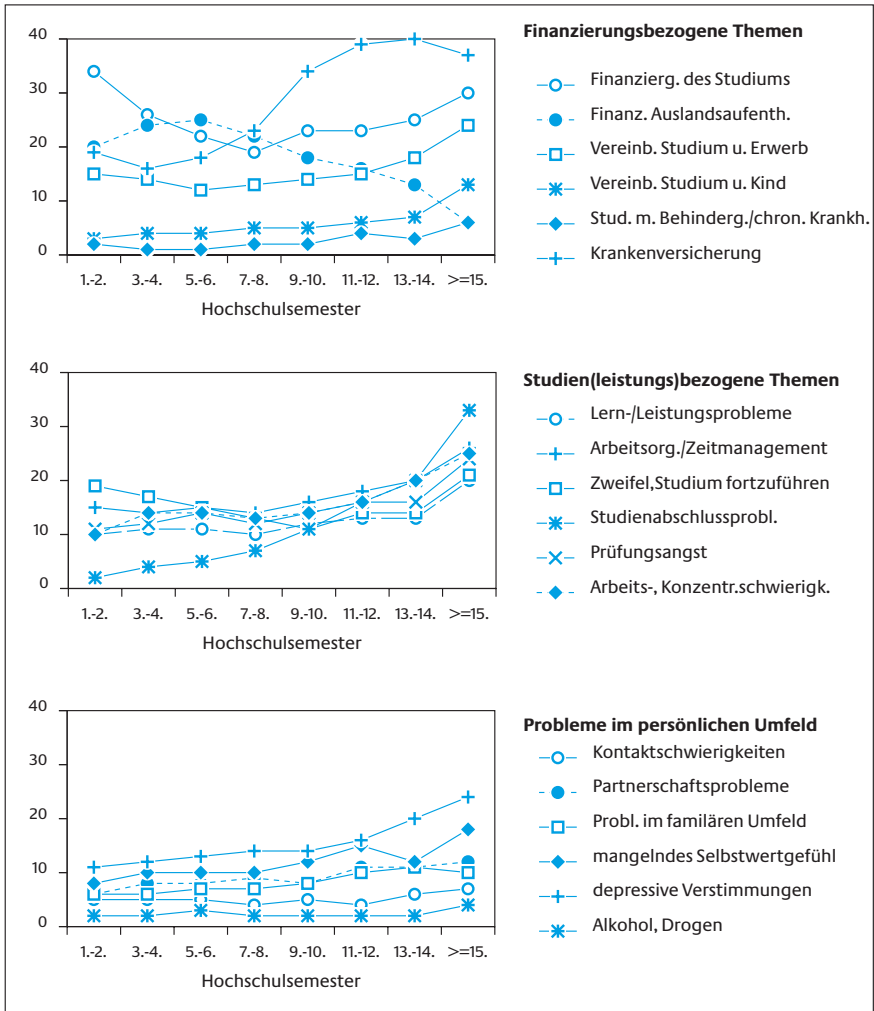
Welche Beratungsthemen im Vordergrund stehen, hat auch mit der aktuellen Studienphase zu tun. Der Beratungsbedarf ändert sich im Verlaufe des Erststudiums in typischer Weise: Zum Anfang des Studiums stehen finanzielle Fragen eindeutig im Vordergrund. Zwar besteht bei Fragen der Finanzierung des Studiums zu Beginn der größte Bedarf – mehr als ein Drittel der Studierenden im Erststudium gab einen entsprechenden Informationsbedarf an (Bild 14.5) –, jedoch bleibt das Interesse an entsprechender Beratung und Information das gesamte Studium über vergleichsweise hoch. Unter Stu-

dierenden in den höheren und hohen Semestern erlangen Finanzierungsfragen (wieder) eine hohe Relevanz. Entsprechend häufiger wird ein Bedarf an Beratung und Information zu Fragen der Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit bekundet.

Die Finanzierung eines Auslandsaufenthaltes ist für Studierende vor allem zwischen dem dritten und sechsten Hochschulsemester interessant. Gegen Ende des Studiums flaut dieses Interesse wieder ab, weil ein Studienaufenthalt im Ausland entweder bereits erfolgt ist oder nunmehr nur noch geringe Realisierungschancen gesehen werden. Nach dem achten Semester gewinnt die (eigene) Krankenversicherung sprunghaft an Bedeutung. Das ist vor allem dann der Fall, wenn die Familienversicherung (Mitversicherung bei den Eltern) ab einem Alter von 25 Jahren in der Regel wegfällt (vgl. auch Bild 14.8).

Die Zweifel an der Fortführung des Studiums bestehen häufig zu Beginn. Sie lassen in ihrer Bedeutung nach unter denjenigen, die an der Hochschule geblieben sind und sich im Hauptstudium befinden. Diese Zweifel leben offenbar nach Ablauf der Regelstudienzeit wieder auf. Etwa ein Sechstel der Studierenden im 11. bis 12. Semester und ein Viertel bis ein Drittel derer im 13. Semester und höher haben ähnlich gelagerte bzw. sich unter Umständen gegenseitig bedingende Probleme, zum Beispiel Arbeits- und

Bild 14.5 Entwicklung des Beratungs- und Informationsbedarfs im Studienverlauf
Studierende im Erststudium, in %



Konzentrationschwierigkeiten, Arbeitsorganisation, Zeitmanagement, Lern-, Leistungsprobleme und Prüfungsangst.

Damit einher gehen nicht selten depressive Verstimmungen, was abzulesen ist an einem entsprechenden Beratungsbedarf, den Studierende in hohen Semestern häufiger als andere benennen.

Wechsel bzw. Unterbrechung des Studiums

Diskontinuierliche Studienverläufe sind mit einem erhöhten Bedarf an Beratung und Information verbunden. Studierende, die ihr Studium unterbrochen bzw. die den Studiengang gewechselt haben, nennen häufiger als andere mindestens einen Bereich, zu dem sie in den letzten zwölf Monaten Informationen benötigten (79 % der Studienunterbrecher/innen, 73 % der Studiengangwechsler/innen, Bild 14.6). Beide Gruppen fragen einige Themen signifikant stärker nach als Studierende, die ohne Unterbrechung im ursprünglich gewählten Studiengang verblieben sind. Zum erhöhtem Beratungsbedarf gehören vor allem die Bereiche „Finanzierung des Studiums“, „Krankenversicherung“, „Finanzierung eines Auslandsaufenthaltes“, „Arbeitsorganisation, Zeitmanagement“, Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit“ bzw. „depressive Verstimmungen“ (Bild 14.6).

14.2.5 Beratungsbedarf und Studien-Erwerbs-Typ

Wie stark das Interesse an Beratung und Information für einzelne Bereiche mit der aktuellen Studien- und Lebenssituation zusammenhängt, veranschaulichen unter anderem die nach dem so genannten Studien-Erwerbs-Typ differenzierten Befunde.² Studierende, die neben dem Vollzeitstudium noch eine hohe Erwerbsbelastung tragen, fragen erwartungsgemäß Themen wie „Krankenversicherung“, „Finanzierung des Studiums“ und vor allem „Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit“ wesentlich häufiger nach als alle übrigen, insbesondere im Vergleich zu denjenigen, die de facto ein Teilzeitstudium realisieren ohne umfangreiche Belastung durch Erwerbstätigkeit (Bild 14.7).

Die mit Studium und Job zeitlich am stärksten belasteten Studierenden haben häufiger als andere Fragen zur Arbeitsorganisation bzw. zum Zeitmanagement, was in erster Linie mit der Erwerbsbelastung zusammenhängt, denn auch etwa jeder fünfte Teilzeitstudierende mit starker Beanspruchung durch Erwerbsbelastung bekundete Interesse an diesem Beratungsbereich.

² Es werden in Abhängigkeit vom Zeitaufwand für Studium und /oder Erwerbstätigkeit vier Typen gebildet mit denen die Studierenden danach unterschieden werden, ob sie Voll- oder Teilzeit studieren und keine bzw. eine geringe oder eine hohe Belastung durch Erwerbstätigkeit haben (vgl. Definition zu Beginn des Kapitels 9).

Bild 14.6 Beratungs- und Informationsbedarf nach Studiengangwechsel
Studierende im Erststudium, in %

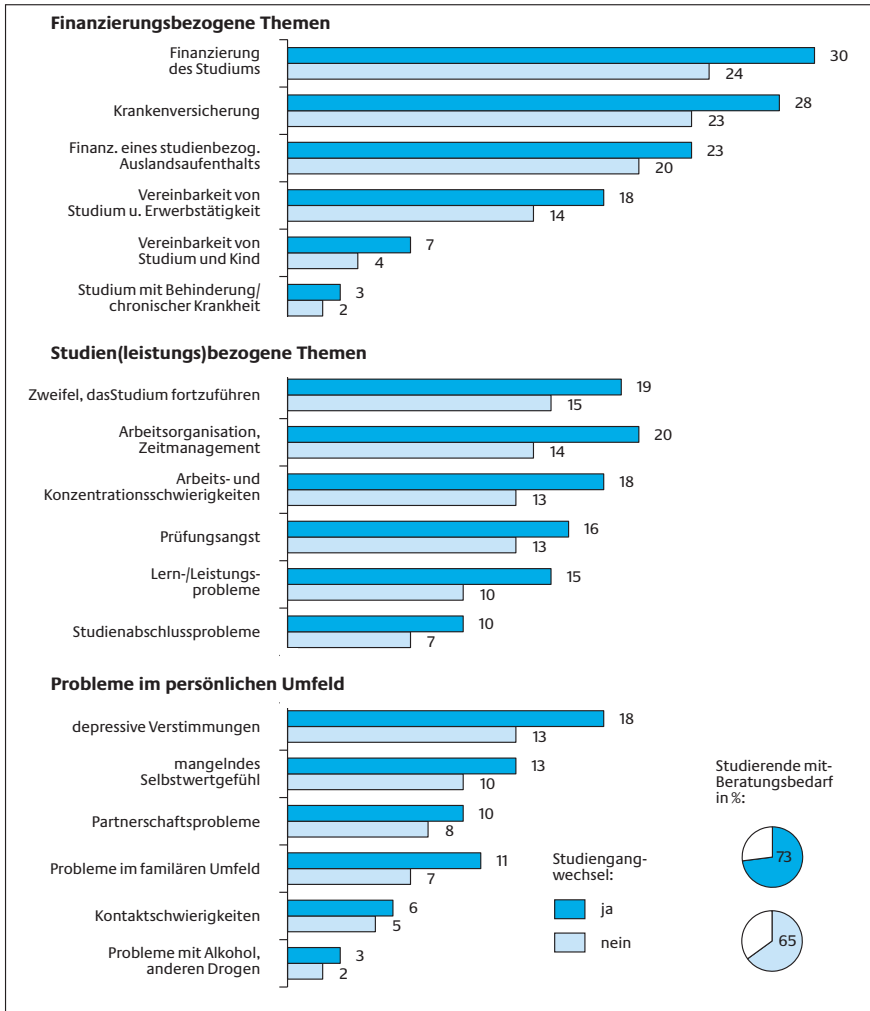


Bild 14.7 Beratungs- und Informationsbedarf nach Studien-Erwerbs-Typ
 Studierende im Erststudium, in %

	Vollzeit-Studium		Teilzeit-Studium	
	Erwerbsbelastung		Erwerbsbelastung	
	hoch	gering	hoch	gering
Studierende mit Beratungsbedarf	77	65	72	65
Beratungs- und Informationsbedarf				
Finanzierungsbezogene Themen				
Finanzierung des Studiums	33	24	26	24
Krankenversicherung	35	22	33	20
Finanz. Auslandsaufenthalt	24	22	16	16
Studium und Erwerbstätigkeit	29	12	27	12
Studium und Kind	6	4	5	6
Behinderung, chron. Krankheit	2	2	2	2
Studien(leistungs)bezogene Themen				
Zweifel, Studium fortzuführen	17	14	20	18
Arbeitsorg., Zeitmanagement	18	15	19	14
Arbeits-, Konzentrationsschw.	16	13	15	15
Prüfungsangst	16	13	14	12
Lern-, Leistungsprobleme	12	11	13	13
Studienabschlussprobleme	9	6	13	9
Probleme im persönlichen Umfeld				
depressive Verstimmungen	14	13	16	15
mangelndes Selbstwertgefühl	11	10	10	12
Partnerschaftsprobleme	10	8	11	9
Probleme im familiären Umfeld	9	7	10	7
Kontaktschwierigkeiten	4	5	4	6
Alkohol, andere Drogen	2	1	3	3

14.3 Beratungs- und Informationsbedarf und sozio-demographische Merkmale

Alter

Die Entwicklung des Bedarfs an Beratung und Information verläuft erwartungsgemäß für viele der aufgeführten Bereiche ähnlich der oben bereits gezeigten Nachfrageentwicklung im Studienverlauf.

Ältere Studierende interessieren sich häufiger als jüngere für Fragen der Krankenversicherung, der Studienfinanzierung und der Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit (Bild 14.8). Das Thema Auslandsaufenthalt interessiert Studierende bis zu 25 Jahren häufiger als ältere. Für Studierende wird ab einem Alter von Ende 20 die Vereinbarkeit von Studium und Kind zu einem Bereich, zu dem sie Beratung und Information möchten.

Unter älteren Studierenden, vor allem denjenigen ab 30 Jahren, gewinnen verschiedene studien(leistungs)bezogene Problemfelder an Beratungsrelevanz. Ebenso steigt mit dem Alter der Anteil derjenigen, die angaben, Fragen zu psychologischen Problemen verschiedenster Art zu haben.

Geschlecht

Studentinnen und Studenten fragen die einzelnen Beratungsbereiche unterschiedlich stark nach. Das hängt mit vielfältigen Faktoren zusammen, wie zum Beispiel mit Unter-

schieden in der Fächerwahl, mit Altersunterschieden zwischen Studentinnen und Studenten, mit einer auch unter Studierenden anzutreffenden geschlechtsspezifischen Aufteilung von Familienarbeit bzw. familienbezogener Verantwortung und mit Disparitäten in der Selbst- und Fremdwahrnehmung.

Insgesamt nannten anteilig mehr Frauen als Männer mindestens einen Bereich, zu dem sie in den vergangenen zwölf Monaten Beratung und Information gesucht haben (70 % vs. 63 %, Bild 14.9).

Studentinnen stellen sich häufiger als Studenten Fragen zur Studienfinanzierung und zur Finanzierung eines Auslandsaufenthaltes. Letzteres hat mit dem hohen Anteil von Frauen in sprach- und kulturwissenschaftlichen Studiengängen zu tun, in denen ein Studienaufenthalt im Ausland häufig Bestandteil des Studiums ist.

Einige Beratungsbereiche, die für ein erfolgreiches Studium von Bedeutung sind, werden von Studentinnen ebenfalls häufiger genannt als von Studenten. Dazu gehören Fragen der Arbeitsorganisation und Prüfungsangst.

Studenten gaben seltener als Studentinnen an, Informationsbedarf zu den Bereichen „depressive Verstimmung“, „mangelndes Selbstwertgefühl“ und „Probleme im familiären Umfeld“ gehabt zu haben.

Die Frage, wie Studium und Kind miteinander zu vereinbaren sind, nennen sie ebenfalls seltener als Studentinnen, die we-

Bild 14.8 Entwicklung des Beratungs- und Informationsbedarfs nach Alter
Studierende im Erststudium, in %

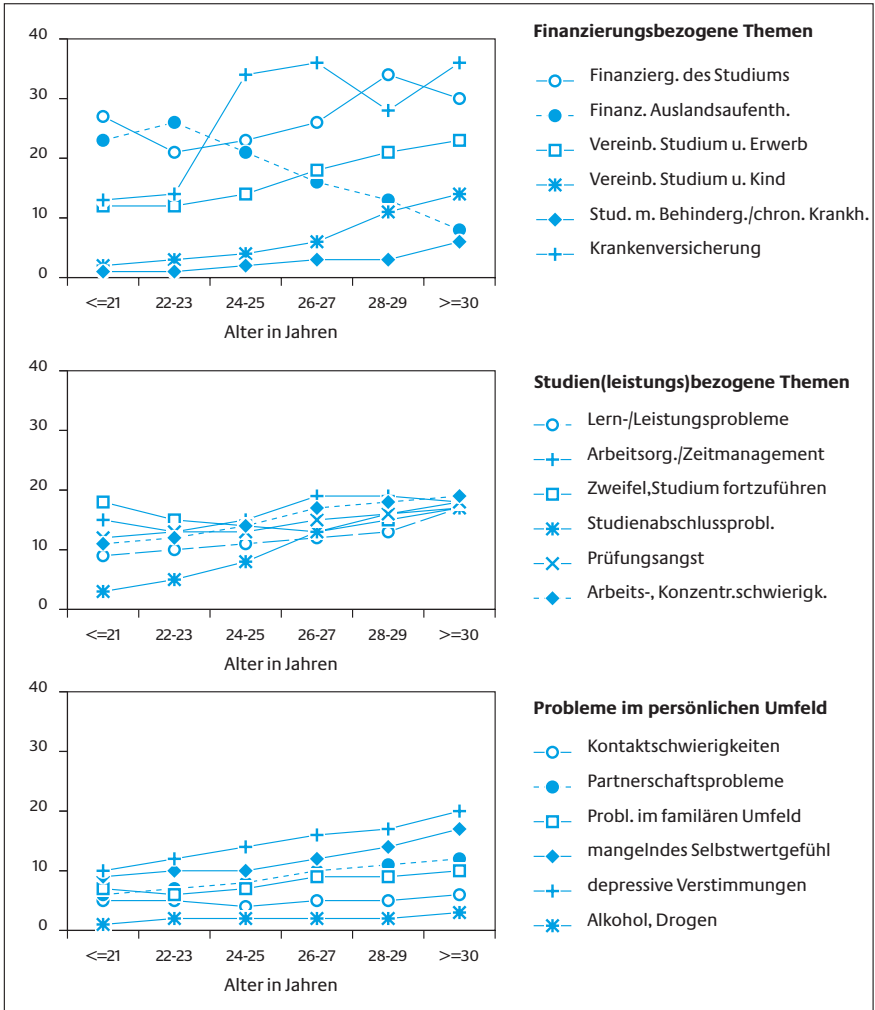
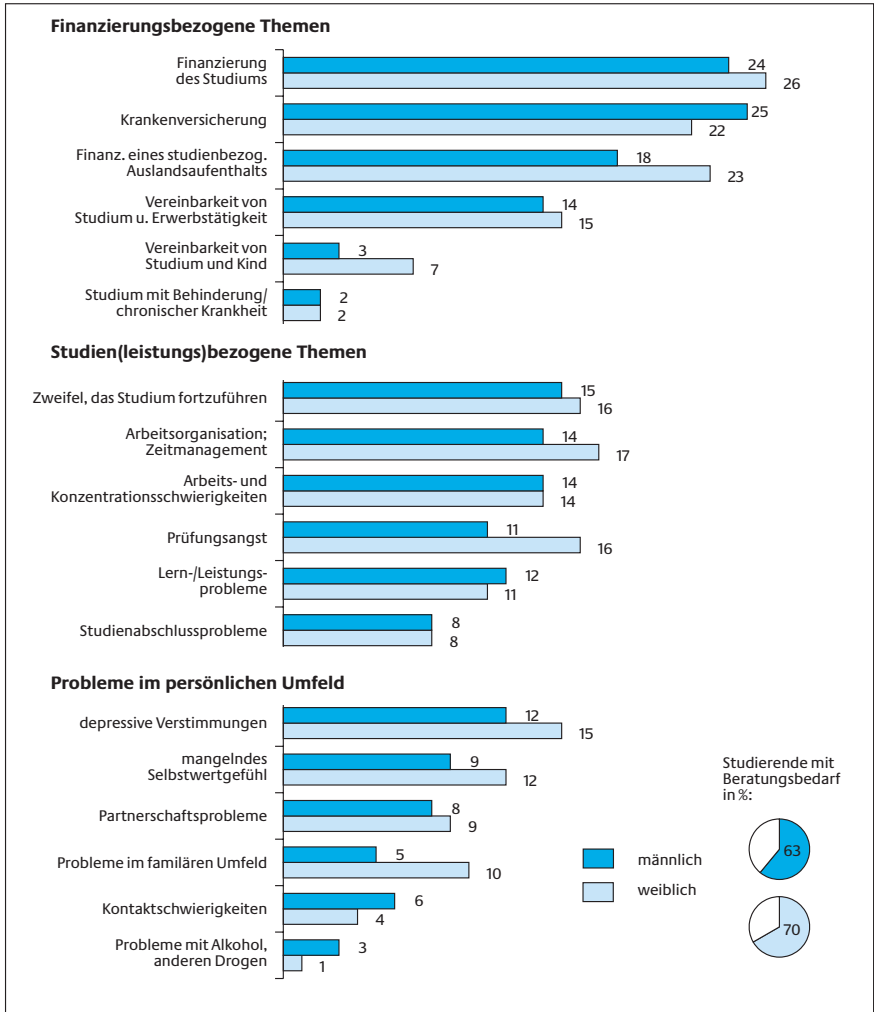


Bild 14.9 Bereiche des Beratungs- und Informationsbedarfs nach Geschlecht
Studierende im Erststudium, in %



gen der Gründung einer Familie häufiger studienbezogene Einschränkungen machen (müssen), zum Beispiel in Form einer Unterbrechung des Studiums (vgl. Kap. 2).

Soziale Herkunft

Wie groß der Beratungsbedarf ist und welche Bereiche er umfasst, hängt eng mit der Lebenssituation der Studierenden zusammen, die weitreichend von ihrer sozialen Herkunft mit geprägt ist. Das soll am Vergleich der beiden extremen Herkunftsgruppen „hoch“ und „niedrig“ gezeigt werden. Von den Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ nennt ein größerer Anteil als von denen der Herkunftsgruppe „hoch“ mindestens einen Bereich, zu dem er im letzten Jahr Beratung und Information benötigt hat (71 % vs. 65 %, Bild 14.10).

Der deutlichste Unterschied besteht im Anteil derer, denen sich Fragen zur Finanzierung des Studiums stellten: Er ist unter Studierenden der Herkunftsgruppe „niedrig“ mit 35 % fast doppelt so groß wie unter jenen der Herkunftsgruppe „hoch“ (18 %). Finanzielle Fragen haben Letztere vor allem in Bezug auf einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt (23 % vs. 19 %). Für Studierende der Herkunftsgruppe „niedrig“ stehen dagegen Bereiche wie „Krankenversicherung“, „Zweifel an der Fortführung des Studiums“, „Prüfungsangst“ und „Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit“ stärker im Vordergrund als für ihre Kommiliton/innen.

14.4 Nutzung von Angeboten zur Beratung und Information

Von den an Information und Beratung interessierten Studierenden im Erststudium haben mehr als die Hälfte (54 %) eine beratende Einrichtung des Studentenwerks, der Hochschule oder außerhalb des Hochschulbereichs aufgesucht. Hochgerechnet auf alle Studierende, das heißt unabhängig davon, ob sie Beratungsbedarf hatten oder nicht, nahm deutlich mehr als ein Drittel (37 %) innerhalb eines Jahres professionellen Rat in Anspruch.

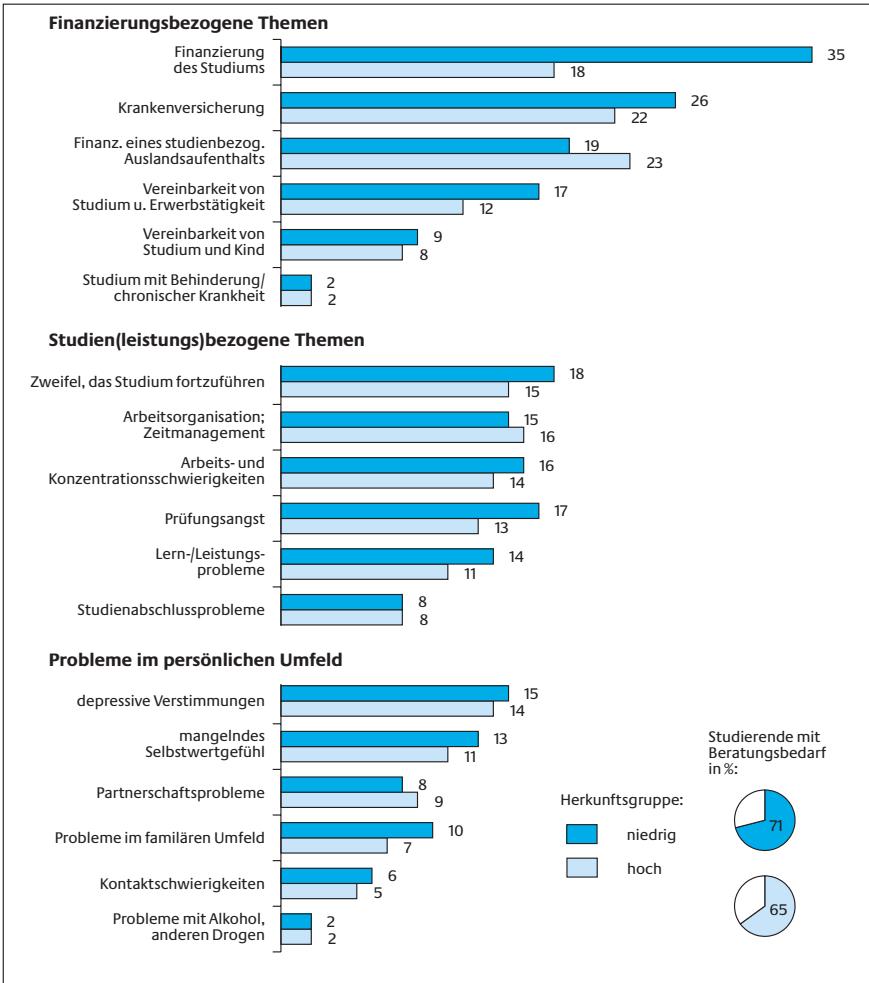
Das Interesse an Beratung und Information bedeutet jedoch nicht in jedem Fall, dass ein entsprechendes professionelles Angebot in Anspruch genommen wird. Von den Studierenden, die Bedarf an Information zu (mindestens) einem der Bereiche beklundet hatte, nahmen 46 % kein entsprechendes Angebot wahr.

Differenziert nach der Zugehörigkeit des genutzten Beratungsangebotes zeigt sich eine etwa gleich große Bedeutung von Beratungsangeboten im Hochschulbereich und solchen außerhalb der Hochschule: Jeweils 18 % der Studierenden nutzten Angebote des Studentenwerks/ der Hochschule bzw. außerhalb des Hochschulbereichs.

Aufgeschlüsselt auf die einzelnen Bereiche für Beratung und Information lassen sich aufgrund der geringen Fallzahlen nur Trendaussagen machen.

Für alle Bereiche ist festzustellen, dass

Bild 14.10 Beratungs- und Informationsbedarf nach sozialer Herkunft der Studierenden – Extremgruppenvergleich
Studierende im Erststudium, in %



unter denjenigen mit Informationsbedarf der Anteil derer, die keine Beratungseinrichtung in Anspruch genommen haben, höher liegt als der Prozentsatz derjenigen, die ein Angebot an der Hochschule und/oder außerhalb des Hochschulbereiches genutzt haben. Viele Studierende nutzen offenbar auch andere Quellen (Freunde, Medien etc.), um Antworten auf ihre Fragen zu finden.

Die Inanspruchnahme einer professionellen Beratung liegt bei den Bereichen anteilig am höchsten, für die insgesamt ein relativ hoher Bedarf zu verzeichnen ist. Dazu gehören die Bereiche „Finanzierung des Studiums“, „Krankenversicherung“ und „Finanzierung eines studienbezogenen Auslandsaufenthaltes“.

Es liegt nahe, dass für Fragen der Finanzierung des Studiums bzw. eines studienbezogenen Auslandsaufenthaltes häufiger ein Beratungsangebot des Studentenwerks bzw. der Hochschule in Anspruch genommen wurde als eine entsprechende Einrichtung außerhalb des Hochschulbereichs (Bild 14.11).

Für Informationen zur Krankenversicherung hingegen nahmen die Studierenden häufiger ein Angebot außerhalb der Hochschule wahr. Diese Einrichtungen werden darüber hinaus auch häufiger in Anspruch genommen bei Bedarf an Beratung und Information in Zusammenhang mit verschiedenen psychischen Problemen.

Nicht alle Studierenden mit Beratungsbedarf haben ein entsprechendes Angebot

vorgefunden. Von den Studierenden, die zu mindestens zu einem der genannten Bereiche Beratung und Information gesucht haben, sagt ein Zehntel, dass sie kein passendes Angebot finden konnten.

Es werden alle 18 Beratungsbereiche genannt, zu denen ohne Erfolg ein Beratungsangebot gesucht worden war. Die Fallzahlen sind jedoch so gering, dass eine Interpretation nicht möglich ist. Lediglich die Themen „Finanzierung des Studiums“ und „Finanzierung eines studienbezogenen Auslandsaufenthaltes“ werden von mehr als 100 Befragten als Bereiche mit nicht ausreichendem Beratungsangebot benannt.

Das hier dargestellte Interesse an Beratung und Information spiegelt den entsprechenden Bedarf wider, wie er sich mit standardisierten Befragungen wie der Sozialerhebung erfassen lässt. Er ist nicht gleichzusetzen mit dem tatsächlichen Umfang an Fragen und Problemen Studierender. Der latente Bedarf der Studierenden an Beratung und Information wird deutlich umfangreicher und wesentlich differenzierter sein.

Bild 14.11 Nutzung von Beratungs- und Informationsangeboten nach Ort des Angebots
Studierende im Erststudium, in %¹

Beratungs- und Informationsbedarf	mit Beratungsbedarf	davon ...		
		kein Angebot genutzt	Nutzung eines Beratungs- bzw. Informationsangebotes ... (Mehrfachantwort möglich)	
			des Studentenwerks, der Hochschule	außerhalb des Hochschulbereichs
Finanzierungsbezogene Themen				
Finanzierung des Studiums	25	16	6	3
Krankenversicherung	24	15	1	8
Finanz. Auslandsaufenthalt	21	11	7	3
Studium und Erwerbstätigkeit	14	12	1	2
Studium und Kind	5	3	1	1
Behinderung, chron. Krankheit	2	1	-. ²	-
Studien(leistungs)bezogene Themen				
Zweifel, Studium fortzuführen	16	14	1	1
Arbeitsorg., Zeitmanagement	15	12	1	2
Arbeits-, Konzentrationsschw.	14	12	-	2
Prüfungsangst	13	11	1	1
Lern-, Leistungsprobleme	11	9	1	1
Studienabschlussprobleme	8	6	2	-
Probleme im persönlichen Umfeld				
depressive Verstimmungen	14	11	-	3
mangelndes Selbstwertgefühl	11	9	-	2
Partnerschaftsprobleme	8	7	-	1
Probleme im familiären Umfeld	7	5	-	2
Kontaktschwierigkeiten	5	4	-	-
Alkohol, andere Drogen	2	2	-	-

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Rundungsdifferenzen möglich

² Fallzahlen zu gering (weniger als 100 Fälle bzw. unter 1% der Studierenden im Erststudium)

15. Studierende mit Migrationshintergrund

Ausgewählte Ergebnisse im Überblick					
Migrationsstatus der Studierenden 2006 (in %)					
ohne Migrationshintergrund			92		
mit Migrationshintergrund			8		
	davon				
	Bildungsinländer/innen		43		
	doppelte Staatsangehörigkeit		11		
	Eingebürgerte		46		
Studierende 2006 nach Migrationsstatus und sozialer Herkunft (in %)					
		niedrig	mittel	gehoben	hoch
alle Studierenden		13	25	24	38
Studierende mit Migrationshintergrund		41	18	15	26
	davon				
	Bildungsinländer/innen	42	17	13	28
	doppelte Staatsangehörigkeit	21	14	23	42
	Eingebürgerte	44	19	16	21
Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen 2006 nach Finanzierungsquellen (in %)					
		Eltern	BAföG	Verdienst	übrige Quellen
alle Studierenden ¹		52	14	24	10
Studierende mit Migrationshintergrund ¹		39	22	30	9
	davon				
	Bildungsinländer/innen	41	17	33	9
	doppelte Staatsangehörigkeit	48	17	27	8
	Eingebürgerte	34	29	28	9
¹ des Haushaltstyps „Normalstudent“					

Technische Hinweise

Definitionen

Studierende mit Migrationshintergrund

Darunter werden drei Gruppen von Studierenden verstanden:

- Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die in Deutschland die Hochschulzugangsberechtigung erworben haben – so genannte Bildungsinländer/innen.¹
- Eingebürgerte Studierende – also solche Studierende, die ihre ursprüngliche zugunsten der deutschen Staatsangehörigkeit aufgaben.
- Studierende, die neben der deutschen, eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen.

Ausländische Studierende, die erst zum Zwecke des Studiums nach Deutschland gekommen sind – so genannte Bildungsausländer/innen, bleiben hier unberücksichtigt. Die Situation dieser Studierenden wird im Sonderbericht „Internationalisierung des Studiums“ dargestellt.

Datenquelle

Fragen der Sozialerhebung

¹ Bei der Sozialerhebung werden ausländische Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung durch Feststellungsprüfung am Studienkolleg oder Eignungsprüfung an einer hiesigen Hochschule erworben haben, nicht zu den Bildungsinländern/innen sondern zu den Bildungsausländern/innen gezählt.

15.1 Begriffliche Abgrenzung, Zahl und Herkunftsländer

Über die Migrationsforschung hinaus, hat sich in den letzten Jahren ein Begriff für Migrationshintergrund etabliert, der die Dimensionen individuelle und familiale Migrationserfahrung integriert (Konsortium Bildungsberichterstattung, 2006).

Mit den Daten der Sozialerhebung sind drei Gruppen von Studierenden mit Migrationshintergrund identifizierbar:

- Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben haben – so genannte Bildungsinländer/innen,¹
- Studierende, die neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen, und
- Eingebürgerte Studierende – also solche, die ihre ursprüngliche zugunsten der deutschen Staatsbürgerschaft aufgaben.

Im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen überwiegend Befunde, die auf offensichtliche Unterschiede zwischen den Studierenden mit Migrationshintergrund, die im Folgenden auch als Migranten/innen bezeichnet werden, und der in den vorangehenden Kapiteln beschriebenen Gesamtheit der Studierenden hinweisen.

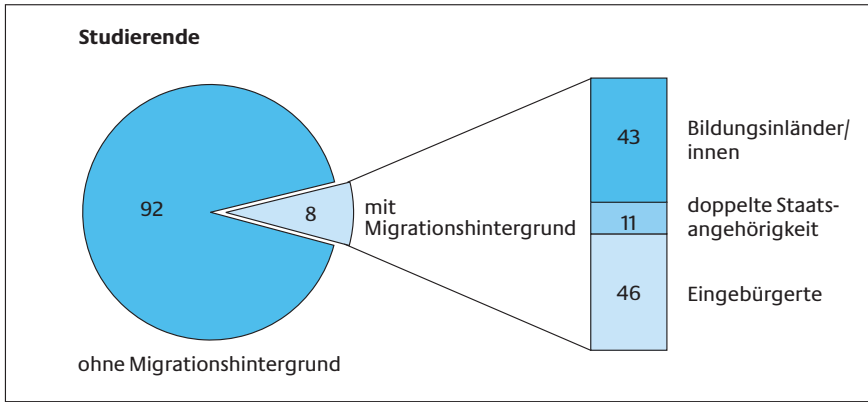
Entsprechend der beschriebenen Definition haben acht Prozent aller Studierenden des Sommersemesters 2006 (ausgenommen Bildungsausländer/innen) einen Migrationshintergrund. 11 % von ihnen haben eine doppelte Staatsangehörigkeit, die anderen Migranten/innen verteilen sich zu etwa gleichen Teilen auf Bildungsinländer/innen und Eingebürgerte (Bild 15.1). Insgesamt sind damit rd. 136.000 Studierende mit Migrationshintergrund an deutschen Hochschulen immatrikuliert, von denen etwa 58.000 zu den Bildungsinländern/innen zählen, 16.000 eine doppelte Staatsangehörigkeit haben und 62.000 eingebürgert sind.

Bildungsinländer/innen und eingebürgerte Studierende kommen aus unterschiedlichen Herkunftsländern. Den größten Anteil unter den Bildungsinländern/innen stellen Studierende mit türkischer Staatsbürgerschaft (21 %), gefolgt von Kroaten (10 %), Italienern (8 %), Österreichern (7 %) und Polen (5 %).

Eingebürgerte Studierende, verteilen sich nach der ursprünglichen Staatsangehörigkeit wie folgt: Fast drei von zehn Studierenden dieser Gruppe stammen aus der Russischen Föderation bzw. einer ehemaligen Sowjetrepublik (29 %). Gut jeder Fünfte ist polnischer Herkunft (21 %) und nahezu jeder sechste war vormals türkischer Staatsbürger (17 %). Bei der Interpretation dieser Anteile ist allerdings zu beachten, dass für ein Zehntel der eingebürgerten Studierenden

¹ Die Situation der so genannten Bildungsausländer/innen, also der ausländischen Studierenden, die erst zum Studium nach Deutschland kamen, wird im Sonderbericht „Internationalisierung des Studiums“ beschrieben.

Bild 15.1 Studierende nach Migrationsstatus 2006
in %



DSW/HIS 18.Sozialerhebung

die vormalige Staatsbürgerschaft aufgrund fehlender Angabe nicht bekannt ist.

Studierende mit doppelter Staatsbürgerschaft weisen eine andere, differenziertere Struktur ihrer, neben der deutschen, zweiten Staatsangehörigkeit auf. 15 % von ihnen sind Polen, 11 % Franzosen, 9 % kommen aus der ehemaligen Sowjetunion, 8 % haben auch die Staatsangehörigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika und 6 % sind Italiener.

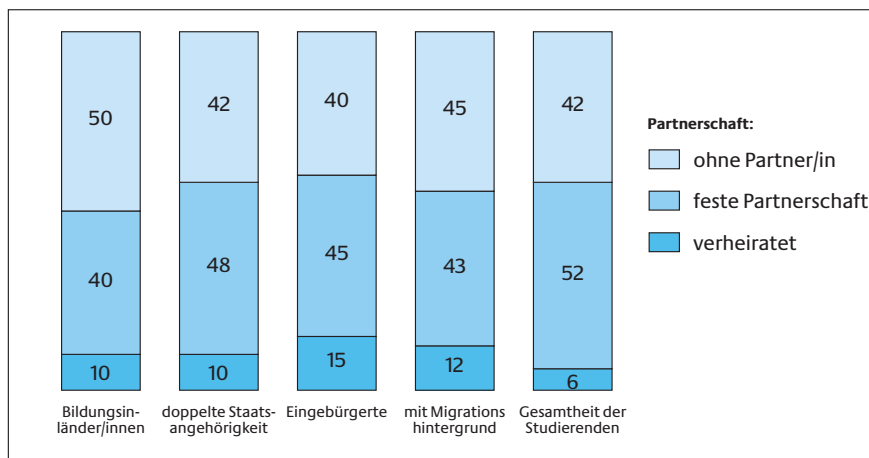
15.2 Demographische Merkmale

Studierende mit Migrationshintergrund weisen nahezu dieselbe Altersstruktur wie die Gesamtheit der Studierenden auf (vgl. Kapitel 4.1.1).

In der Verteilung nach Geschlecht zeigen sich jedoch Unterschiede. An deutschen Hochschulen studieren genauso viele Frauen wie Männer mit Migrationshintergrund (je 50 %). Die Quote aller Studentinnen beträgt dagegen gut 47 % (vgl. Kapitel 2.1). Der Unterschied ist vor allem auf den überproportionalen Anteil von Bildungsinländerinnen zurückzuführen (51 % vs. 49 %). Bei den Studierenden mit doppelter Staatsangehörigkeit und bei den Eingebürgerten sind es mehr Männer als Frauen (51 % vs. 49 %).

Der Anteil der Verheirateten ist unter Studierenden mit Migrationshintergrund doppelt so hoch wie unter allen Studierenden (12 % vs. 6 %). Mit 15 % sind eingebürgerte Studierende am häufigsten verheiratet (Bild

Bild 15.2 Studierende nach Migrationsstatus und partnerschaftlicher Beziehung
in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

15.2). Migrantinnen sind dabei etwas häufiger verheiratet (13 % vs. 12 %) und wesentlich häufiger in einer Partnerschaft als Migranten (48 % vs. 38 %).

Jeder zehnte Studierende mit Migrationshintergrund hat (mindestens) ein Kind. Damit liegt diese Quote höher als bei allen Studierenden, von denen knapp 7 % Eltern sind.

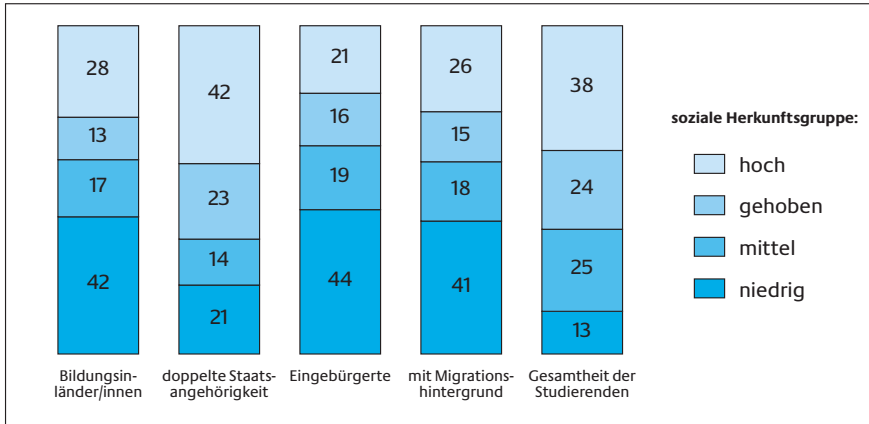
15.3 Soziale Herkunft

Nach der sozialen Herkunft unterscheiden sich Migranten/innen erheblich von der Gesamtheit der Studierenden. 41 % der Studierenden mit Migrationshintergrund, aber nur 13 % aller Studierenden sind der Herkunftsgruppe „niedrig“ zuzuordnen. Folg-

lich liegen die Anteile der Migranten/innen, die den übrigen Herkunftsgruppen entstammen, deutlich niedriger als bei allen Studierenden (Bild 15.3).

Die deutlichsten Unterschiede in der Verteilung nach sozialer Herkunft zeigen sich in den beiden Subgruppen Bildungsinländer/innen und Eingebürgerte. Hier finden sich 42 % bzw. 44 % der Studierenden in der Herkunftsgruppe „niedrig“ (alle Studierenden: 13 %). Während fast vier von zehn aller Studierenden der Herkunftsgruppe „hoch“ zugeordnet werden (38 %), trifft dies nur auf jeden fünften eingebürgerten Studierenden (21 %) und 28 % der Bildungsinländer/innen zu.

Bild 15.3 Studierende nach Migrationsstatus und sozialer Herkunft
in %



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Studierende mit doppelter Staatsangehörigkeit weisen hier, wie auch bei den Merkmalen des Studiums (vgl. Kapitel 15.4), eine Besonderheit auf. Die Verteilung nach sozialen Herkunftsgruppen unterscheidet sich im Vergleich zu allen anderen Gruppen. So ist ihr Anteil an der Herkunftsgruppe „hoch“ mit 42 % am größten, sowohl bezogen auf alle Studierenden mit Migrationshintergrund, als auch auf die Gesamtheit der Studierenden (Bild 15.3). Gleichzeitig ist der Anteil der Studierenden mit niedriger sozialer Herkunft zwar geringer als bei den Bildungsinländern/innen und Eingebürgerten, jedoch deutlich höher als bei der Gesamtheit der Studierenden (21 % vs. 13 %). Folglich sind die mittleren sozialen Her-

kunftgruppen deutlich unterrepräsentiert. Damit zeigt sich eine deutliche Heterogenität in der sozialen Herkunft von Studierenden mit doppelter Staatsbürgerschaft.

Migrantinnen sind seltener in der niedrigen, aber auch seltener in der Herkunftsguppe „hoch“ zu finden als Migranten (niedrig: 39 % vs. 43 %, hoch: 25 % vs. 28 %).

15.4 Bildungsbiografie, Fächerwahl und Studienverlauf

15.4.1 Hochschulzugang und berufliche Vorbildung

Migranten/innen erfüllen andere Zugangsvoraussetzungen für den Besuch einer Hochschule als die Gesamtheit der Studierenden. So haben drei Viertel von ihnen,

aber 83 % aller Studierenden eine allgemeine Hochschulreife (Bild 15.4). Innerhalb der Subgruppen sind dabei deutliche Unterschiede festzustellen. Nahezu neun Zehntel aller Studierenden mit doppelter Staatsbürgerschaft studieren mit allgemeiner Hochschulreife (89 %). Bei den Bildungsinländern sind es 72 % und bei den Eingebürgerten 75 %. Über eine Fachhochschulreife verfügt fast jeder fünfte Studierende, der in die deutsche Staatsbürgerschaft wechselte bzw. Bildungsinländer/in ist (19 % bzw. 22 %), aber nur jeder zwanzigste Studierende mit doppelter Staatsbürgerschaft (Bild 15.4).

Bild 15.4 Art der Hochschulzugangsberechtigung Studierende in %

Migrationsstatus	Bildungsinländer/innen	doppelte Staatsang.	Eingebürgerte	Migrationsh. gesamt	alle Studierenden
allgemeine Hochschulreife	72	89	75	75	83
Fachhochschulreife	22	5	19	19	13
fachgeb. Hochschulreife	4	6	5	5	3
andere HZB	2	-	1	1	1

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

20 % der Studierenden mit Migrationshintergrund haben eine abgeschlossene Berufsausbildung. Im Vergleich dazu absolvierte hingegen jeder Vierte aller Studierenden eine Berufsausbildung (vgl. Kapitel 2.2.2). 23 % der Eingebürgerten, 20 % der Bildungsinländer/innen, aber nur 15 % der Studierenden mit doppelter Staatsangehörigkeit haben eine berufliche Ausbildung abgeschlossen.

Von den Migranten/innen haben 38 % das Studium unmittelbar nach Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung aufgenommen und 62 % nach vier und mehr Monaten. Bei allen Studierenden liegen die entsprechenden Vergleichswerte bei 28 % und 72 %. Diejenigen Migranten/innen, die nicht unmittelbar das Studium aufnahmen, realisierten den Studienbeginn im Durchschnitt nach 16 Monaten, während unter allen Studierenden der Vergleichswert bei 21 Monaten liegt (vgl. Kapitel 2.2.3).

15.4.2. Studienmerkmale

Studierende mit Migrationshintergrund unterscheiden sich in der Wahl des Hochschulortes und des Studienganges sowohl innerhalb der einzelnen Untergruppen, als auch im Vergleich zur Gesamtheit der Studierenden.

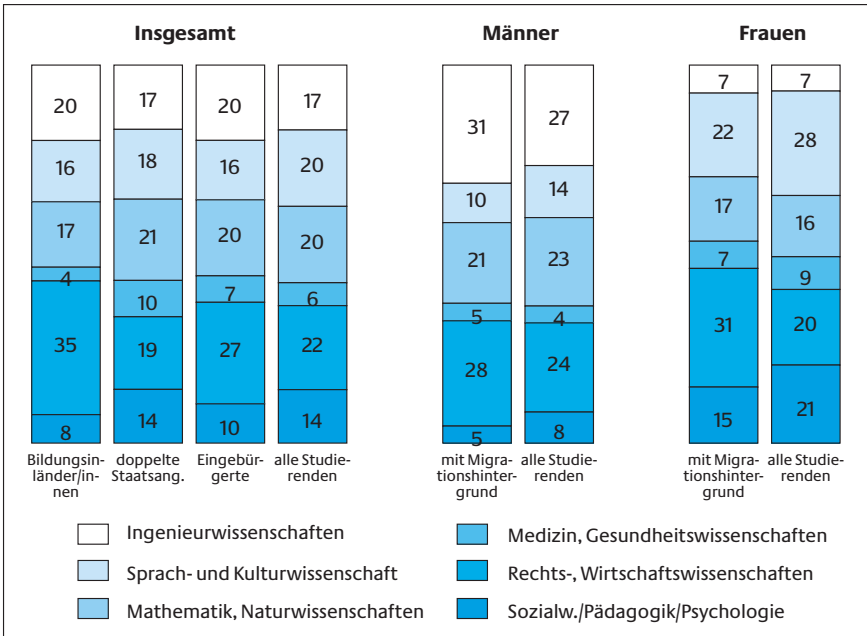
Migranten/innen sind fast ausschließlich an Hochschulen in den alten Ländern immatrikuliert. Während in den Hochschulen der alten Länder, in denen 85 % aller Studierenden immatrikuliert sind, 97 % aller

Studierenden mit Migrationshintergrund studieren, sind es in den neuen Ländern lediglich 3 % (vs. alle: 15 %).

Bildungsinländer/innen und eingebürgerte Studierende belegen eher ingenieurwissenschaftliche Studiengänge und Studiengänge der Fächergruppe Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und sind in den Sprach- und Kulturwissenschaften sowie innerhalb der Fächergruppe Sozialwissen-

schaften, -wesen/Pädagogik/Psychologie unterrepräsentiert. Bei den Studierenden mit doppelter Staatsangehörigkeit finden sich dagegen nur geringe Unterschiede im Vergleich mit allen Studierenden (Bild 15.5). Die Studienentscheidungen der weiblichen und männlichen Migranten unterscheiden sich von den Entscheidungen aller Studierenden. Sowohl von den Männern als auch von den Frauen werden überproportional

Bild 15.5 Fächerstruktur der Studierenden nach Migrationsstatus und Geschlecht
Studierende im Erststudium, in %¹



¹ Rundungsdifferenzen möglich

häufig Studiengänge der Rechts-, aber vor allem der Wirtschaftswissenschaften belegt. Migranten sind häufiger in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften zu finden und deutlich weniger Migrantinnen, aber auch weniger Migranten belegen Studiengänge in der Fächergruppe Sozialwissenschaften, -wesen/Pädagogik/Psychologie (Bild 15.5).

Während 28 % aller Studierenden an einer Fachhochschule eingeschrieben sind, gilt das für 34 % der Studierenden mit Migrationshintergrund. Nahezu vier von zehn Bildungsinländern/innen (39 %) und jeder dritte eingebürgerte Studierende (34 %) studiert an einer Fachhochschule. Dagegen sind nur 19 % der Studierenden mit doppelter Staatsbürgerschaft an einer Fachhochschule immatrikuliert.

Die angestrebten Abschlüsse von Studierenden mit Migrationshintergrund unterscheiden sich in der Tendenz nicht stark von den Abschlusszielen der Gesamtheit der Studierenden. Lediglich bei den Lehrämtern sind Migranten/innen deutlich unterrepräsentiert (6 % vs. 12 %). Dafür streben sie etwas häufiger ein Fachhochschuldiplom (27 % vs. 24 %), einen Bachelor-Abschluss (14 % vs. 12 %) oder ein Staatsexamen (ohne Lehramt; 12 % vs. 10 %) an.

Studienunterbrechung und Hochschulwechsel

Eine Studienunterbrechung führt in der Regel zur Verlängerung des Studiums (vgl. Ka-

pitel 5.2.2). Studierende mit Migrationshintergrund unterbrechen ihr Studium häufiger als die Gesamtheit der Studierenden (15 % vs. 13 %). Dabei fällt die durchschnittliche Unterbrechungsdauer allerdings nur geringfügig höher aus (4 vs. 3 Semester).

Aufgrund der geringen Fallzahlen weisen die Angaben zu den Unterbrechungsgründen lediglich Tendenzcharakter auf. Dennoch zeigen sich im Vergleich mit allen Studierenden unterschiedliche Schwerpunkte. So sind finanzielle Probleme der am häufigsten angegebene Grund für eine Studienunterbrechung (34 % vs. 19 %). Gleichzeitig wird Erwerbstätigkeit häufiger als Unterbrechungsgrund angegeben. Zweifel am Sinn des Studiums führen dagegen bei Migranten/innen wesentlich seltener zur Unterbrechung des Studiums (18 % vs. 25 %).

Während durchschnittlich etwa 15 % aller Studierenden im Erststudium die Hochschule während des Studiums einmal wechseln, liegen die entsprechenden Werte bei allen Migranten/innen bei 12 %. Von Bildungsinländern/innen und Studierenden mit doppelter Staatsangehörigkeit nehmen 13 % einen Hochschulwechsel vor, bei Studierenden, die in die deutsche Staatsbürgerschaft wechselten, ist das nur bei jedem zehnten der Fall.

Studienbezogener Auslandsaufenthalt

Migranten/innen waren geringfügig seltener studienbezogen im Ausland als die Ge-

samtheit der Studierenden (27 % vs. 29 %). Allerdings unterscheiden sich die Gruppen der Studierenden mit Migrationshintergrund erheblich. Mit 44 % waren Studierende mit doppelter Staatsangehörigkeit häufiger studienbezogen im Ausland als eingebürgerte Studierende und Bildungsinländer/innen (26 % bzw. 25 %).

15.5 Finanzielle Situation

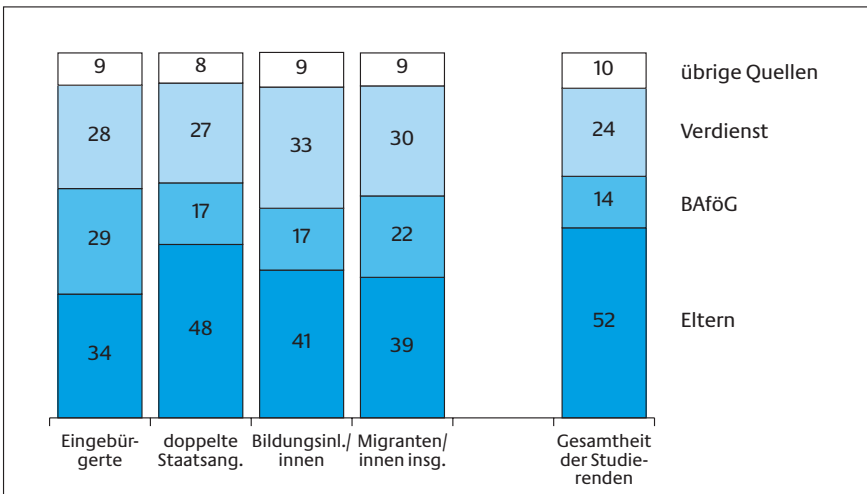
Studierende mit Migrationshintergrund haben monatliche Einnahmen in durchschnittlicher Höhe von 786 €. Gemessen an den 770 €, die Studierenden der Bezugsgruppe „Normalstudent“ im Durchschnitt

zur Verfügung stehen (vgl. Kap. 6), stellt sich die finanzielle Situation der entsprechenden Studierenden mit Migrationshintergrund nicht wesentlich anders dar.

Bei einer differenzierten Betrachtung der Studierenden mit Migrationshintergrund deuten sich Unterschiede zwischen den Subgruppen an, die allerdings statistisch nicht signifikant sind. Danach verfügen Studierende mit doppelter Staatsbürgerschaft über monatliche Einnahmen von 805 €, Bildungsinländer/innen über 801 € und eingebürgerte Studierende über 768 €.

Die Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen der Studierenden mit Migrati-

Bild 15.6 Studierende mit Migrationshintergrund – Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen nach Finanzierungsquellen
Bezugsgruppe „Normalstudent“, Anteil je Finanzierungsquelle, in %



onshintergrund unterscheidet sich hingegen deutlich von der Struktur des Einnahmenbudgets aller Studierenden. Studierende mit Migrationshintergrund sind stärker auf BAföG und eigenen Verdienst angewiesen, um die geringere Unterstützung durch die Eltern zu kompensieren (Bild 15.6).

Zwischen den drei Teilgruppen sind dabei erhebliche Unterschiede festzustellen. Während bei den eingebürgerten Studierenden der Beitrag der Eltern an den monatlichen Einnahmen mit 34 % am geringsten ist, liegt der Elternbeitrag bei den Bildungsinländern/innen bei 41 % und steigt bei den Studierenden mit doppelter Staatsbürgerschaft auf 48 %. Der Anteil des BAföG an den monatlichen Einnahmen liegt hingegen bei den eingebürgerten Studierenden mit 29 % deutlich höher als bei den beiden übrigen Gruppen, die jeweils 17 % ihrer Einnahmen durch die BAföG-Förderung erhalten. Mit eigenem Verdienst bestreiten Bildungsinländer/innen ein Drittel der monatlichen Einnahmen, eingebürgerte Studierende und solche mit doppelter Staatsangehörigkeit 28 % bzw. 27 %.

Die beschriebenen Unterschiede sind das Resultat einer unterschiedlichen Inanspruchnahme der verschiedenen Finanzierungsquellen durch die drei Migrantengruppen (Bild 15.7). So werden eingebürgerte Studierende von den Eltern durch deutlich geringere Beträge unterstützt (318 €) als Bildungsinländer/innen (418 €) und Studierende mit doppelter Staatsangehörigkeit

(488 €). Der Anteil der eingebürgerten Studierenden, der nach dem BAföG gefördert wird, liegt hingegen mit 53 % erheblich höher als bei den übrigen Studierenden mit Migrationshintergrund (30 %). Hier ist zu beachten, dass diese BAföG-Quoten sich auf die Teilgruppe „Normalstudent“ beziehen.

BAföG-Quote

Bezogen auf alle Studierenden mit Migrationshintergrund ergibt sich eine BAföG-Quote von 33 % (Standard-Methode). Verglichen mit der BAföG-Quote unter allen Studierenden, die bei 23 % liegt (vgl. Kap. 8), wird von den Migrantinnen/innen ein deutlich höherer Anteil nach dem BAföG gefördert. Der höchste Anteil der Geförderten ist mit 42 % unter den eingebürgerten Studierenden zu finden. Mit 26 % ist die BAföG-Quote unter den Bildungsinländern/innen deutlich geringer, ebenso mit 25 % unter den Studierenden mit doppelter Staatsangehörigkeit.

15.6 Erwerbstätigkeit

Während der Vorlesungszeit im Jahre 2006 ist der weitaus größte Teil der Studierenden mit Migrationshintergrund neben dem Studium – zumindest zeitweise – einer Tätigkeit nachgegangen, um Geld zu verdienen. Bezogen auf die Studierenden im Erststudium liegt dieser Anteil bei 67 %. Die Erwerbstätigenquote der Migrantinnen/innen liegt damit um 4 Prozentpunkte höher als im Durchschnitt aller Studierenden (63 %). Insbesondere der Anteil der Migrantinnen/innen, der laufend einer Erwerbstätigkeit nachgeht,

Bild 15.7 Studierende mit Migrationshintergrund – Inanspruchnahme der hauptsächlichen Finanzierungsquellen
Bezugsgruppe „Normalstudent“

Finanzierungsquelle		Eingebürgerte Studierende	doppelte Staatsangeh.	Bildungs- inländer/innen	Migranten/ Migrantinnen insg.
Eltern	Stud. in %	82	78	77	80
	Betrag in €	318	488	419	381
BAföG	Stud. in %	53	30	30	41
	Betrag in €	419	458	448	435
Verdienst	Stud. in %	69	60	67	67
	Betrag in €	316	364	398	355
Übrige	Stud. in %	33	39	29	32
	Betrag in €	206	173	263	220

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

liegt höher als bei allen Studierenden im Erststudium (Bild 15.8).

Bei der Betrachtung der Subgruppen fällt auf, dass der Anteil der erwerbstätigen Bildungsinländer/innen und der erwerbstätigen Studierenden mit doppelter Staatsangehörigkeit mit 68 % bzw. 70 % etwas höher ist als der Anteil der Erwerbstätigen unter den eingebürgerten Studierenden mit 65 %.

Studierende mit Migrationshintergrund begründen ihre Erwerbstätigkeit vor allem damit, dass der Verdienst zur Bestreitung des Lebensunterhalts unbedingt notwendig ist. Auf einer 5er-Skala von „trifft gar nicht zu“ bis „trifft völlig zu“ gaben 56 % der Er-

werbstätigen im Erststudium an, dieser Grund sei völlig zutreffend. Von allen erwerbstätigen Studierenden im Erststudium äußerten sich lediglich 42 % entsprechend. Aber auch die Begründung, mit der Erwerbstätigkeit wird der Zweck verfolgt, sich etwas mehr leisten zu können, wird von einem etwas höheren Anteil der erwerbstätigen Migranten/innen als völlig zutreffend bezeichnet (42 % vs. 39 %).

15.7 Wohnsituation

Studierende mit Migrationshintergrund wohnen, verglichen mit allen Studierenden, häufiger im Elternhaus und seltener in einer

Bild 15.8 Erwerbstätigkeit der Studierenden mit Migrationshintergrund
Studierende im Erststudium, in %

Erwerbstätig in der Vorlesungszeit?	Migrationshintergrund				Stud. insg.
	eingebürgert	doppelte Staatsangehörigk.	Bildungs-inländer/innen	insgesamt	
nein, nicht erforderlich	6	9	5	6	10
nein, wegen Studienbelastung nicht möglich	24	17	23	23	24
nein, ohne Erfolg Tätigkeit/Job gesucht	4	3	4	4	4
ja, gelegentlich	15	14	19	16	19
ja, häufig	12	14	11	12	10
ja, laufend	39	43	38	39	33
insgesamt	100	100	100	100	100
Erwerbstätigenquote¹	65	70	68	67	63

¹ Rundungsdifferenzen möglich

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

Wohngemeinschaft (s. nachfolgende Übersicht). Auch der Anteil, der eine Wohnung allein nutzt, ist etwas geringer. Die Anteile der Studierenden, die eine andere Wohnform nutzen, unterscheiden sich praktisch nicht.

Studierende 2006 nach Wohnform (in %)

Wohnform	Migranten	Stud. insg.
Eltern	33,2	22,8
Wohnheim	10,7	11,0
Untermiete	1,8	1,6
Wohngemeinschaft	16,8	24,9
Wohnung allein	17,0	20,1
Wohnung mit Partn.	20,5	19,7

Unterschieden nach dem Geschlecht wohnen Studentinnen mit Migrationshintergrund etwas seltener im Elternhaus (32 % vs 35 %). Häufiger hingegen teilen Studentinnen mit einem Partner bzw. einer Partnerin die Wohnung (24 % vs. 17 %). Allerdings sind diese Unterschiede statistisch nicht signifikant.

Danach gefragt, in welcher Wohnform sie am liebsten wohnen würden, ergibt sich für Migranten/innen folgendes Bild:

Studierende mit Migrationshintergrund nach der realisierten und der gewünschten Wohnform (in %)

Wohnform	realisiert	gewünscht
Eltern	33,2	10,3
Wohnheim	10,7	12,2
Untermiete	1,8	1,3
Wohngemeinschaft	16,8	14,8
Wohnung allein	17,0	21,9
Wohnung mit Partner	20,5	22,8
keine Angabe	-	16,7

Auch wenn ein erheblicher Teil der Studierenden die Frage nach der gewünschten Wohnform nicht beantwortet hat, legt die Gegenüberstellung den Schluss nahe, dass bei einer Realisierung der Wünsche ein wesentlich geringerer Anteil der Studierenden noch im Elternhaus wohnen würde. Von denen, die im Elternhaus wohnen, bezeichnete nur ein knappes Viertel diese Wohnform auch als die gewünschte. Wären alle Wohnwünsche realisierbar, würde vor allem eine eigene Wohnung häufiger bewohnt.

Verglichen mit der Gesamtheit der Studierenden, fällt die Zufriedenheit mit der aktuellen Wohnsituation bei Studierenden mit Migrationshintergrund deutlich schlechter aus. Während von allen Studierenden 59 % mit der Wohnsituation alles in allem (sehr) zufrieden sind, liegt dieser Anteil bei den Migranten/innen bei lediglich 47 %.

A. Befragungsunterlagen und Randauszählung

Berlin, im Mai 2006

**Liebe Studentin,
lieber Student,**

wir bitten Sie herzlich, sich an der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks zu beteiligen. Sie ist die wichtigste Befragung Studierender in Deutschland und hat das **Ziel, ihre soziale und wirtschaftliche Situation zu verbessern.**

Sie erhalten diesen Fragebogen, weil Ihre Adresse von Ihrer Hochschule nach dem Zufallsprinzip aus der Studierendendatei ausgewählt wurde.

Die Ergebnisse der Sozialerhebungen sind eine wichtige Informationsgrundlage für Politik, Hochschulen und Studentenwerke, z. B. bei der Reform der Studienfinanzierung oder beim Ausbau der Service- und Beratungsangebote für Studierende. Nur auf der Grundlage verlässlicher Informationen haben Bemühungen zur Verbesserung der Studiensituation Aussicht auf Erfolg.

Durch Ihre Mitwirkung an dieser Befragung können Sie einen entscheidenden Teil dazu beitragen. Selbstverständlich ist Ihre Teilnahme freiwillig. Ihre Angaben bleiben anonym. Rückschlüsse auf Ihre Person sind nicht möglich.

Wie Sie aus eigener Erfahrung wissen, sind Studierende eine sehr heterogene Gruppe mit ganz unterschiedlichen Biografien, Lebenssituationen und Interessen. Diese Vielfalt soll sich in den Antworten widerspiegeln. Wenn Sie dennoch den Eindruck haben, dass eine Frage nicht zu Ihrer Situation passt, gehen Sie einfach zur nächsten über.

Wenn Sie mehr über die Erhebung wissen möchten, so finden Sie im beiliegenden Flyer weitere Informationen ebenso wie auf unserer Website www.sozialerhebung.de. Dort können Sie auch Ihre Fragen an uns richten.

Den ausgefüllten Fragebogen senden Sie bitte anonym, d. h. ohne Angabe Ihres Namens und Ihrer Anschrift, möglichst **bis zum 30. Juni 2006** im beigefügten **Freiumsschlag** an das mit der Analyse beauftragte Forschungsinstitut HIS Hochschul-Informations-System.

Vielen Dank für Ihr Engagement!

Mit freundlichen Grüßen



Achim Meyer auf der Heyde
Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks



"Durchschnittsstudent"
Irina Schweigert

Wirtschaftliche und soziale Situation der Studierenden im Jahre 2006



Wie leben Studierende heute?

Was lässt sich verbessern?

HINWEISE ZUM AUSFÜLLEN DES FRAGEBOGENS

Bitte beantworten Sie nach Möglichkeit jede Frage. In der Regel geben Sie Ihre Antworten durch Ankreuzen oder Eintragen einer Zahl (entsprechend dem Antwortsymbol unter der jeweiligen Fragenummer).

01. bedeutet: Sie kreuzen die zutreffende Antwort an, z. B. Erststudium 7

X

04. bedeutet: Sie tragen die zutreffende Zahl (rechtsbündig) ein, z. B. Anzahl Fachsemester

ZAHN

17. bedeutet: Sie kreuzen den nach Ihrem Urteil zutreffenden Skalenwert an

sehr unzufrieden 7 sehr zufrieden

Dabei können Sie Ihr Urteil abstimmen, zum Beispiel zwischen „sehr unzufrieden“ (Kreuz im Kästchen ganz links) und „sehr zufrieden“ (Kreuz im Kästchen ganz rechts).

SKALA

>> weiter mit Frage **10** bedeutet: Die nächsten Fragen bis zur angegebenen Fragenummer können Sie überspringen

LISTE DER STUDIENBEREICHE/STUDIENFÄCHER

– wird zur Beantwortung der Frage 2 und ggf. der Frage 5 benötigt

Sollte Ihr Studienfach keinem der aufgeführten Studienbereiche zuzuordnen sein, dann geben Sie bitte bei Frage 2 die genaue Bezeichnung Ihres Hauptstudienfachs an.

Sprach- und Kulturwissenschaften

- 11 Evangelische Theologie, – Religionslehre
- 12 Katholische Theologie, – Religionslehre
- 13 Philosophie, Ethik, Religionswissenschaft
- 14 Geschichte
- 15 Archäologie
- 16 Medienkunde, Kommunikationswissenschaft, Journalistik, Publizistik, Bibliothekswissenschaft, Dokumentationswissenschaft
- 17 Allgemeine und vergleichende Literatur- und Sprachwissenschaft
- 18 Latein, Griechisch, Byzantinistik
- 19 Germanistik, Deutsch
- 20 Anglistik, Englisch, Amerikanistik
- 21 Romanistik, Französisch, Italienisch, Portugiesisch, Spanisch
- 22 Slawistik, Baltistik, Finno-Ugristik, andere slawische Sprache
- 23 Außereuropäische Sprach- und Kulturwissenschaften
- 24 Völkerkunde, Ethnologie, Volkskunde
- 25 Sonstige Fächer der Sprach- und Kulturwissenschaften

Psychologie

- 26 Psychologie

Erziehungswissenschaften, Pädagogik

- 27 Erziehungswissenschaften, Pädagogik

Sonderpädagogik, Behindertenpädagogik

- 28 Sonderpädagogik, Behindertenpädagogik

Sportwissenschaft, Sportpädagogik

- 29 Sportwissenschaft, Sportpädagogik

Rechtswissenschaft, Jura

- 30 Rechtswissenschaft, Jura

Wirtschaftswissenschaften

- 31 Betriebswirtschaftslehre
- 32 Volkswirtschaftslehre
- 33 Wirtschaftswissenschaften
- 34 Wirtschaftsingenieurwesen
- 35 Sonstige Fächer der Wirtschaftswissenschaften

Sozialwissenschaften

- 36 Politikwissenschaft, Politologie
- 37 Sozialwissenschaft, Soziologie, Sozialkunde
- 38 Sozialwesen, Sozialpädagogik
- 39 Sonstige Fächer der Sozialwissenschaften

Mathematik, Naturwissenschaften

- 40 Mathematik, Statistik
- 41 Informatik
- 42 Physik, Astronomie
- 43 Chemie, Biochemie, Lebensmittelchemie
- 44 Pharmazie
- 45 Biologie
- 46 Geologie, Geowissenschaften
- 47 Geographie, Erdkunde
- 48 Sonstige Fächer der Naturwissenschaften

Medizin/Gesundheitswissenschaften

- 49 Gesundheitswissenschaft/-management/-pädagogik
- Nichtärztliche Heilberufe, Pflegewissenschaft
- 50 Humanmedizin
- 51 Zahnmedizin
- 52 Veterinärmedizin

Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaft

- 53 Agrarwissenschaften, Gartenbau, Lebensmittel- und Getränketechnologie
- 54 Landespflanze, Landschaftsgestaltung, Umweltgestaltung, Naturschutz
- 55 Forstwissenschaft, Holzwirtschaft
- 56 Ernährungs- und Haushaltswissenschaften
- 57 Sonstige Fächer der Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften

Ingenieurwissenschaften

- 58 Bergbau, Hüttenwesen
- 59 Maschinenbau, Verfahrenstechnik (einschl. Produktions-, Fertigungs-, Versorgungstechnik, Physikalische Chemie, Chemie-Ingenieurwesen u. a.)
- 60 Elektrotechnik, Elektronik, Nachrichtentechnik
- 61 Verkehrstechnik, Verkehrsingenieurwesen, Nautik, Schiffsbau, Schiffstechnik
- 62 Architektur, Innenarchitektur
- 63 Raumplanung, Umweltschutz
- 64 Bauingenieurwesen, Ingenieurbau
- 65 Vermessungswesen, Kartographie
- 66 Sonstige Fächer der Ingenieurwissenschaften

Kunst, Musik

- 67 Kunstwissenschaft, –geschichte, –erziehung
- 68 Bildende Kunst, Gestaltung, Graphik, Design, Neue Medien
- 69 Darstellende Kunst, Film, Fernsehen, Schauspiel, Theaterwissenschaft
- 70 Musik, Musikwissenschaft, Musikerziehung
- 71 Sonstige Fächer der Kunst und Musik



01. Ist Ihr derzeitiges Studium ein . . .

- Erststudium (auch nach Studiengangwechsel – wichtig: bisher kein Abschluss)
- Zweitstudium (nach abgeschlossenem Erststudium)
- Weiterbildender Studiengang (Ergänzungs-/Zusatz-/Aufbaustudium oder weiterbildender Masterstudiengang)
- Promotionsstudium (nach erstem Abschluss)

02. Welches Hauptfach bzw. welche Fächer studieren Sie im Sommersemester 2006?

- Bitte tragen Sie hier die Nummer des zutreffenden bzw. weitestgehend zutreffenden Studienbereichs/Studienfachs aus der links abgedruckten Liste der Studienbereiche/Studienfächer ein.
- 1. Fach
 - ggf. 2. Fach
 - ggf. 3. Fach

03. Welchen Abschluss streben Sie zunächst an? (Bei mehreren angestrebten Abschlüssen bitte nur den zeitlich nächsten Abschluss in der ersten Spalte ankreuzen)

- Sollten Sie bereits einen Abschluss erworben haben, bitte in der zweiten Spalte ankreuzen.**
- | | angestrebter Abschluss | erworbener Abschluss |
|---|--------------------------|--------------------------|
| Fachhochschuldiplom | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Diplom einer Universität/Kunsthochschule o. ä. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Magister | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Bachelor | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Master | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Staatsexamen | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| kirchliche Prüfung | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Promotion | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| anderer Abschluss (einschließlich Abschluss im Ausland) | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| keinen Abschluss | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

Falls Sie nicht in einem Masterstudiengang eingeschrieben sind:

Haben Sie die Absicht, nach dem derzeit angestrebten Abschluss einen Masterstudiengang zu absolvieren?

- nein
- ja, direkt nach Erwerb des Bachelor bzw. nach meinem ersten Abschluss
- ja, aber erst, wenn ich Berufserfahrungen gesammelt habe
- weiß ich noch nicht

04. Streben Sie einen Lehramtsabschluss an?

- nein
- ja

05. Haben Sie seit Ihrer Erstmatrikulation das Hauptstudienfach oder den angestrebten Abschluss gewechselt? (Als Studiengangwechsel gilt nicht die Aufnahme eines weiteren Studiums nach erfolgreichem Abschluss eines ersten Studiums!)

- nein
- ja, Fach und Abschluss
- ja, nur das Fach
- ja, nur den Abschluss

>> weiter mit Frage 6

Falls Sie das Hauptstudienfach und/oder den Abschluss gewechselt haben:
In welchem Fach waren Sie bei der Erstmatrikulation eingeschrieben und welchen Abschluss strebten Sie damals an?

Hauptstudienfach bei der Erstmatrikulation
 (Nummer aus der Liste der Studienfächer entnehmen und eintragen)

angestrebter Abschluss bei der Erstmatrikulation (bitte Bezeichnung eintragen):

Wie viele Semester waren Sie in dem ursprünglich gewählten Studiengang eingeschrieben?

ZAHL



06.

ZAHL

Seit wie vielen Semestern (einschl. Sommersemester 2006) sind Sie im derzeitigen Studiengang eingeschrieben? _____

Anzahl Fachsemester

07.

ZAHL

Wie viele Semester (einschl. Sommersemester 2006) sind Sie bisher insgesamt an Hochschulen eingeschrieben? (Semester im derzeitigen Studiengang plus ggf. in einem anderen Studiengang absolvierte Semester sowie Urlaubssemester, Praxissemester und Semester an ausländischen Hochschulen) _____

Anzahl Hochschulsemester

08.

X

Haben Sie Ihr Studium zwischendurch (offiziell oder inoffiziell) unterbrochen?

nein _____

>> weiter mit Frage 9

ja _____

X

Aus welchem Grund haben Sie Ihr Studium unterbrochen?

Wehr- oder Zivildienst _____

mehrere Nennungen möglich

Schwangerschaft/Kindererziehung _____

andere familiäre Gründe _____

gesundheitliche Probleme _____

finanzielle Probleme _____

Erwerbstätigkeit _____

Zweifel am Sinn des Studiums _____

um andere Erfahrungen zu sammeln _____

sonstiger Grund _____

ZAHL

Wie lange haben Sie Ihr Studium unterbrochen? _____

Unterbrechung in Semestern

09.

X

Haben Sie während Ihrer Studienzeit innerhalb Deutschlands die Hochschule gewechselt?

nein _____

>> weiter mit Frage 10

ja, einmal _____

ja, mehrmals _____

TEXT

An welcher Hochschule waren Sie vor Ihrem (letzten) Wechsel?

Name der Hochschule, einschließlich Ortsangabe: _____

X

Welche Rolle spielten die folgenden Gründe für die Wahl Ihrer gegenwärtigen Hochschule?

bessere Studienbedingungen _____

	überhaupt keine Rolle				eine sehr große Rolle
bessere Studienbedingungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Studienangebot entspricht eher meinen Erwartungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ruf der Hochschule	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wechsel des Studiengangs	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
keine/geringere Studiengebühren/-beiträge	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
geringere Lebenshaltungskosten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
attraktivere Stadt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
persönliche Gründe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10.

TEXT

An welcher Hochschule sind Sie im Sommersemester 2006 immatrikuliert?

Sollten Sie an einer Hochschule eingeschrieben sein, die in verschiedenen Städten Standorte/Abteilungen hat, geben Sie bitte den für Sie zutreffenden Standort bzw. die Abteilung an (z. B.: Name: Fachhochschule Aachen, Abteilung in: Jülich).

Name der Hochschule, einschließlich Ortsangabe: _____

ggf. Standort/Abteilung in: _____

11.

X

Welche der drei folgenden Aussagen trifft am ehesten auf Ihre derzeitige Studien- und Lebenssituation zu?

Studium und Hochschule bilden den Mittelpunkt, auf den fast alle meine Interessen und Aktivitäten ausgerichtet sind. _____

Studium und Hochschule sind mir gleich wichtig wie andere Interessen und Aktivitäten außerhalb der Hochschule. _____

Studium und Hochschule stehen eher im Hintergrund, weil meine Interessen und Aktivitäten außerhalb der Hochschule vorrangig sind. _____

nur 1 Nennung!



12. Wie viele Stunden haben Sie in der vergangenen Woche täglich für folgende Aktivitäten aufgewandt?

ZAHL

Angaben für jeden Wochentag in **Stunden**.

Bitte auf **volle** Stunden runden!

Zeitaufwand in der vergangenen Woche

Lehrveranstaltungen

Vorlesungen, Seminare, Praktika usw.

Sonstiger studienbezogener Aufwand

Vor- und Nachbereitung, Fachlektüre, Studien-, Haus- und Abschlussarbeiten, Bücher ausleihen, Sprechstunden usw.

Tätigkeiten gegen Bezahlung

	MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
Lehrveranstaltungen							
Sonstiger studienbezogener Aufwand							
Tätigkeiten gegen Bezahlung							

13. Welchen Zeitraum umfasste an Ihrer Hochschule die vorlesungsfreie Zeit des vorangegangenen Wintersemesters 2005/06?

ZAHL

X

Betrifft mich nicht, weil ich noch nicht immatrikuliert war.

>> weiter mit Frage 14

ZAHL

Vorlesungsfreie Zeit des Wintersemesters 2005/06

von Tag Monat bis Tag Monat

ZAHL

Wie viele Stunden haben Sie in dieser vorlesungsfreien Zeit insgesamt für folgende Aktivitäten aufgewandt?

Falls Sie für die aufgeführten Aktivitäten keine Zeit investiert haben, bitte ankreuzen, ansonsten die Stundenzahl eintragen – ggf. Schätzung.

Lehrveranstaltungen (Blockseminar, Prüfungen/Klausuren, Praktika usw.)

keine Zeit investiert

gesamte Stundenzahl in der vorlesungsfreien Zeit

Sonstiger studienbezogener Aufwand (Prüfungsvorbereitung, Fachlektüre, Studien-, Haus- und Abschlussarbeiten, Bücher ausleihen, Sprechstunden usw.)

Tätigkeiten gegen Bezahlung

ANGABEN ZUR VORBILDUNG



14. Hatten Sie vor der Erstimmatrikulation bereits eine Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen?

ZAHL

X

nein

ja

>> weiter mit Frage 15

Falls ja: Wann haben Sie diese Berufsausbildung abgeschlossen?

vor Erwerb der Hochschulreife

nach Erwerb der Hochschulreife

gleichzeitig mit dem Erwerb der Hochschulreife

15. Welche Studienberechtigung hatten Sie bei der Erstimmatrikulation?

ZAHL

X

allgemeine Hochschulreife

fachgebundene Hochschulreife

Fachhochschulreife

andere Studienberechtigung

und zwar (Kurzbeschreibung):



16. In welchem Land haben Sie Ihre Studienberechtigung erworben und in welchem Land studieren Sie heute?

X

	Studienberechtigung erworben in:	ich studiere in:
Baden-Württemberg	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bayern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Berlin	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Brandenburg	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bremen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Hamburg	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Hessen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mecklenburg-Vorpommern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Niedersachsen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Nordrhein-Westfalen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Rheinland-Pfalz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Saarland	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sachsen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sachsen-Anhalt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schleswig-Holstein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Thüringen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
im Ausland	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Wie viele Monate lagen bei Ihnen zwischen dem Erwerb der Studienberechtigung und der Erstimmatrikulation?

ZAHL

Monate – ggf. runden

ANGABEN ZUR WOHN-SITUATION



18. Wo wohnen Sie während des Sommersemesters 2006 und wo würden Sie am liebsten wohnen?

X

Bitte beachten: Sollten Sie z. B. am Hochschulort eine Wohnung/ein Zimmer haben, das Wochenende aber in der Regel woanders verbringen (bei Eltern/Partner/Partnerin), dann kreuzen Sie in der ersten Spalte bitte nur Ihre Wohnform am Hochschulort an.

ich wohne:

ich würde am liebsten wohnen:

bei den Eltern oder Verwandten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
in einem Studentenwohnheim:		
· im Einzelzimmer	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
· im Einzelzimmer in einer Wohngruppe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
· im Einzelappartement	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
· in einer Mehrzimmer-Wohnung (für Paare oder Studierende mit Kind)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
· im Zweibettzimmer	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
in einer Mietwohnung (ggf. auch Eigentumswohnung):		
· allein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
· mit (Ehe-)Partner(in) und/oder Kind	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
· in einer Wohngemeinschaft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
zur Untermiete bei Privatleuten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit Ihrer derzeitigen Wohnsituation?

X

SKALA

sehr unzufrieden ← → sehr zufrieden

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

20. Wie zufrieden sind Sie mit folgenden Einzelaspekten Ihrer Wohnsituation?

X

SKALA

sehr unzufrieden ← → sehr zufrieden

Größe des Wohnbereichs	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Entfernung zur Hochschule	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Nachbarschaftsverhältnis	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wohngegend	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Angemessenheit des Mietpreises	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ich zahle keine Miete	<input type="checkbox"/>				



21. Wie gut beherrschen Sie – neben Ihrer Muttersprache – die folgenden Sprachen?

X
SKALA

keine Kenntnisse	mangelhaft			sehr gut		
	←	↔	→			
Englisch	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Französisch	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Spanisch	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
andere Sprache, die Sie gelernt haben und zwar (bitte Sprache eintragen): _____	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

ANGABEN ZUM BAFÖG



22. Werden Sie im laufenden Semester nach dem Bafög gefördert?

X

nein

Antrag ist noch nicht entschieden

ja

>> weiter mit Frage 23

>> weiter mit Frage 25

Falls ja:

X

Wird das Bafög unabhängig vom Einkommen Ihrer Eltern gewährt?

nein

ja

X

In welcher Form erhalten Sie Bafög?

als Zuschuss und Darlehen (jeweils zur Hälfte)

als Zuschuss (infolge einer Behinderung, Schwangerschaft, Pflege/Erziehung eines Kindes)

als verzinsliches Darlehen der KfW Bankengruppe

X

Ist in Ihrem Förderungsbetrag ein Zuschlag enthalten für

höheren Wohnbedarf (bei Mietkosten von mehr als 133 € pro Monat) nein ja

Ihre Kranken- und Pflegeversicherung

>> weiter mit Frage 25

23. Haben Sie während Ihres Studiums schon einmal einen Antrag auf Bafög gestellt?

X

nein

ja, ich habe einmal einen Antrag gestellt, der wurde aber abgelehnt

ja, in früheren Semestern wurde ich auch gefördert, ein Antrag auf Weiterförderung wurde dann aber abgelehnt

ja, in früheren Semestern wurde ich auch gefördert, habe dann aber keinen Antrag auf Weiterförderung mehr gestellt:

- weil die Voraussetzungen für eine Weiterförderung nicht gegeben waren
- aus einem anderen Grund

24. Aus welchem Grund haben Sie bisher keinen Bafög-Antrag gestellt bzw. werden Sie im Sommersemester 2006 nicht nach dem Bafög gefördert?

X

mehrere Nennungen möglich

Einkommen der Eltern bzw. des Ehepartners ist zu hoch

eigenes Einkommen/Vermögen ist zu hoch

Förderungshöchstdauer wurde überschritten

Studienfach wurde gewechselt

notwendige Leistungsbescheinigung konnte nicht erbracht werden

bei Studienbeginn war das 30. Lebensjahr bereits vollendet

das jetzige Studium ist eine nicht förderungsfähige weitere Hochschulausbildung (Zweitstudium, Ergänzungsstudium, Promotionsstudium)

der zu erwartende Förderungsbetrag ist so gering, dass es sich nicht lohnt

will keine Schulden machen

anderer Grund

und zwar (bitte erläutern): _____

25.
ZAHL

Wie viel Geld steht Ihnen durchschnittlich im Monat während des Sommersemesters 2006 zur Verfügung? Geben Sie bitte für jede zutreffende Finanzierungsquelle den Betrag an.

Sollten Sie Ihren Lebensunterhalt auch mit unregelmäßigen Einnahmen (z. B. Verdienst aus Ferienarbeit) oder durch früher erworbenes Geld (Ersparnisse, Vermögen) bestreiten, geben Sie bitte nur den Betrag an, den Sie davon monatlich im Durchschnitt einsetzen.

€ pro Monat

von den Eltern _____ (bar auf die Hand/per Überweisung auf Ihr Konto)

vom Partner/von der Partnerin _____ (bar auf die Hand/per Überweisung auf Ihr Konto)

von anderen Verwandten, Bekannten _____ (bar auf die Hand/per Überweisung auf Ihr Konto)

Ausbildungsförderung nach dem BAföG – aktueller Förderungsbetrag (gleichgültig ob als Zuschuss, unverzinsliches Staatsdarlehen oder als verzinsliches Bankdarlehen gewährt)

Bildungskredit von der KfW Bankengruppe (vormals Deutsche Ausgleichsbank)

Kredit zur Studienfinanzierung von einer Bank/Sparkasse _____

Kredit von einer Privatperson _____ (Bitte den Betrag eintragen, den Sie davon monatlich im Durchschnitt einsetzen.)

eigener Verdienst aus Tätigkeiten während der Vorlesungszeit und/oder der vorlesungsfreien Zeit (Bitte den Betrag eintragen, den Sie davon mtl. im Durchschnitt einsetzen.)

eigene Mittel, die vor dem Studium erworben/angespart wurden _____ (Bitte den Betrag eintragen, den Sie davon monatlich im Durchschnitt einsetzen.)

Waisengeld oder Waisenrente _____

Stipendium _____

andere Finanzierungsquelle _____

und zwar: _____

(bitte andere Finanzierungsquelle eintragen)

Bitte berücksichtigen Sie hier nicht das, was Ihre Eltern bzw. Ihr Partner/Ihre Partnerin für Sie direkt an Dritte zahlen (z. B. Überweisung der Miete an Ihren Vermieter). Solche Leistungen geben Sie bitte bei Frage 26 an.

26.
ZAHL

Wie hoch sind die Ausgaben für die nachfolgend aufgeführten Positionen Ihrer Lebenshaltung? Was bezahlen Sie davon selbst?

Was bezahlen ggf. die Eltern bzw. Ihr Partner/Ihre Partnerin? A u s n a h m e : Sollten Sie bei Ihren Eltern wohnen, geben Sie lediglich an, was Sie selbst für die jeweilige Position ausgeben.

ich bezahle dafür selbst:

zusätzlich zu dem in Frage 25 genannten Betrag, bezahlen meine Eltern, mein Partner/meine Partnerin für mich – ggf. schätzen:

€ pro Monat

€ pro Monat

Miete einschließlich Nebenkosten für Strom, Heizung, Wasser, Müllabfuhr usw. _____ (falls z. B. der Partner/die Partnerin die gesamte Miete bezahlt, geben Sie nur den Anteil an, den er/sie zu Ihren Gunsten übernimmt)

Ernährung _____ (Lebensmittel und Getränke einschl. Mahlzeiten in der Mensa, im Restaurant u. ä.; nicht vergessen: Ausgaben Ihrer Eltern, wenn Sie diese z. B. am Wochenende besuchen)

Kleidung _____ (nicht vergessen: Kleidungschenke z. B. der Eltern – bitte ggf. umrechnen auf den Durchschnittswert pro Monat)

Lernmittel _____ (Fachliteratur, Schreibwaren, Kopien, Chemikalien, Druckerpatronen usw.; **aber nicht:** Anschaffungskosten für einen Computer, ein Instrument o. ä.)

laufende Ausgaben für ein Auto _____ (Versicherungsbeiträge, Kfz-Steuer und Ausgaben für Kraftstoff/Öl usw. – ggf. umrechnen auf den Durchschnittsbetrag pro Monat)

Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel _____ (für Fahrten zur Hochschule, zu den Eltern, zu Freunden usw. – ggf. Beitrag für ein Semester ticket umlegen auf den Durchschnittsbetrag pro Monat)

eigene Krankenversicherung (ggf. einschl. Beitrag zur Pflegeversicherung) sowie Arztkosten und Medikamente (soweit sie nicht von der Versicherung getragen werden)

Telefon- und Internetkosten, Rundfunk- und Fernsehgebühren, Porto _____

Freizeit, Kultur und Sport _____

27. ZAHL Wie hoch waren Ihre Ausgaben für die Einschreibung/Rückmeldung zum Sommersemester 2006? (Verwaltungsgebühren, Studentenwerksbeitrag, Studierendenselbstverwaltung, Semesterticket) _____ € pro Semester

28. X Haben Sie für das Sommersemester 2006 Studiengebühren/Studienbeiträge bezahlt?
 nein
 ja
ZAHL Falls ja: Wie hoch ist der Betrag für das laufende Semester? _____ € pro Semester

29. X Inwieweit treffen die nachfolgenden Aussagen auf Ihre finanzielle Situation zu? (Aussagen, die für Ihre Situation unpassend sind, bitte durch Ankreuzen im vorgesehenen Feld kennzeichnen.)

	passt nicht	trifft gar nicht zu ← → trifft völlig zu				
meine Eltern unterstützen mich finanziell so gut sie können	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ich habe den Eindruck, meine Eltern finanziell zu überfordern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ich will finanziell nicht auf meine Eltern angewiesen sein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
es macht mir nichts aus, neben dem Studium Geld verdienen zu müssen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
durch das Jobben wird sich meine Studienzeit verlängern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ohne BAföG-Förderung könnte ich nicht studieren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
meine BAföG-Förderung ist angemessen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
meine BAföG-Förderung gibt mir eine sichere Planungsperspektive	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
die Finanzierung meines Lebensunterhalts während des Studiums ist sichergestellt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

GELD VERDIENEN WÄHREND DES STUDIUMS



30. X Sind Sie in der vorlesungsfreien Zeit im Frühjahr 2006 und/oder im laufenden Sommersemester einer Tätigkeit nachgegangen, mit der Sie Geld verdient haben bzw. verdienen?

	vorlesungsfreie Zeit: Frühjahr 2006	Vorlesungszeit: Sommersemester 2006
entfällt, noch nicht eingeschrieben	<input type="checkbox"/>	
nein, nicht erforderlich	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
nein, wegen Studienbelastung nicht möglich	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
nein, ohne Erfolg Tätigkeit/Job gesucht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ja, gelegentlich	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ja, häufig	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ja, laufend	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

>> Wenn Sie weder in der vorlesungsfreien Zeit 2006 noch im laufenden Semester Geld verdient haben: **>> weiter mit Frage 31**

X Mit welcher Tätigkeit verdienen bzw. verdienen Sie Geld?

	vorlesungsfreie Zeit: Frühjahr 2006	Vorlesungszeit: Sommersemester 2006
Aushilftätigkeit (z. B. in einer Fabrik, einem Büro, einer Kneipe)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
studentische Hilfskraft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
wissenschaftliche Hilfskraft	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Tätigkeit in dem Beruf, der vor dem Studium erlernt wurde	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Absolvieren einer betrieblichen Ausbildung (integriert ins Studium)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Berufstätigkeit im Rahmen eines berufs begleitenden Studiums	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Durchführung eines Praktikums (Praktikumsvergütung)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Tätigkeit, für die der erworbene Studienabschluss Voraussetzung ist	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Tätigkeit, für die im Studium erworbene Kenntnisse Voraussetzung sind	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
freiberufliche Tätigkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
selbständige Tätigkeit im eigenen Unternehmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Nachhilfeunterricht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
andere Tätigkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
und zwar:		

bitte andere Tätigkeit erläutern



Forts. 30.

Wie hoch war der Nettostundenlohn für diese Tätigkeit?

(Bei mehreren Tätigkeiten bitte den Stundenlohn für die letzte bzw. derzeitige Tätigkeit angeben.)

vorlesungsfreie
Zeit: Frühjahr 2006

Vorlesungszeit:
Sommersemester 2006

Nettostundenlohn – bitte auf vollen Euro-Betrag runden: _____

ZAHLE

X

SKALA

Inwieweit geben die folgenden Aussagen Ihre Gründe wieder, während des Studiums Geld zu verdienen?

Ich verdiene während des Studiums Geld, . . .

trifft gar nicht zu ← → trifft völlig zu

weil es zur Bestreitung meines Lebensunterhalts unbedingt notwendig ist	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
damit ich mir etwas mehr leisten kann	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
um praktische Erfahrungen zu sammeln, die mir im späteren Beruf von Nutzen sind	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
um Kontakte für eine mögliche spätere Beschäftigung zu knüpfen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
um finanziell unabhängig von den Eltern zu sein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
weil ich andere mitfinanzieren muss (Partner/Partnerin, Kind)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
damit ich später ggf. unabhängig vom Studienabschluss eine Beschäftigung habe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

ANGABEN ZUR ERNÄHRUNG



31.

X

Wie häufig gehen Sie im Laufe einer Woche während der Vorlesungszeit durchschnittlich in eine Mensa oder Cafeteria zum Essen?

durchschnittliche Anzahl pro Woche

zum Frühstück	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
zu einer Zwischenmahlzeit am Vormittag	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
zum Mittagessen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
zu einer Zwischenmahlzeit am Nachmittag	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
zum Abendessen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32.

X

Falls Sie zum Mittagessen nie oder nur selten in die Mensa/Cafeteria gehen: Was hindert Sie daran?

trifft gar nicht zu ← → trifft völlig zu

Zeitmangel	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Lehrveranstaltungen liegen zeitlich ungünstig	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Lage und Erreichbarkeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Preis-Leistungs-Verhältnis der Angebote	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Qualität der Angebote	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Atmosphäre	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
persönliche Lebenssituation (z. B. Erwerbstätigkeit, Partnerschaft, Gesundheit)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Abneigung gegen Verpflegung aus Großküchen jeder Art	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33.

X

Was ist Ihnen an den Mensen/Cafeterien besonders wichtig?

überhaupt nicht wichtig ← → sehr wichtig

qualitativ hochwertige Angebote	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
kostengünstige Angebote	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Angebote aus ökologisch erzeugten Produkten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
geringer Zeitaufwand	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
guter Service	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
eine gute räumliche Gestaltung der Mensa/Cafeteria	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
die räumliche Nähe zur Hochschule	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mensa/Cafeteria als Ort der Kommunikation/ Information	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

ANGABEN ZU IHRER PERSON



34.

X

Ihr Geschlecht

männlich

weiblich

35.

ZAHLE

Ihr Lebensalter (in Jahren)



- 36. Ihr Familienstand**
- verheiratet
- nicht verheiratet in fester Partnerbeziehung
- nicht verheiratet ohne feste Partnerbeziehung

- Falls Sie verheiratet sind oder in einer festen Partnerbeziehung leben: Welche Tätigkeit übt Ihr Partner/Ihre Partnerin aus?**
- absolviert eine Ausbildung (Schule, Studium, Berufsausbildung)
- ist erwerbstätig (vollzeit- oder teilzeitbeschäftigt)
- ist nicht erwerbstätig

- 37. Haben Sie Kinder?**
- nein
- ja
- Falls ja: Studierende mit Kind werden gebeten, auch den beigefügten Zusatzbogen auszufüllen.

- 38. Haben Sie Geschwister?**
- nein
- ja

Falls ja: Wie viele Ihrer Geschwister sind noch in der Ausbildung?
(Schule, Studium, Berufsausbildung)

- 39. Welche Staatsangehörigkeit haben Sie?**
- deutsche Staatsangehörigkeit
- andere Staatsangehörigkeit
- und zwar:

- 40. Haben Sie Ihre Staatsangehörigkeit gewechselt?**
- nein
- ja
- Falls ja: Welche Staatsangehörigkeit hatten Sie vorher?**
bitte eintragen:

GESUNDHEITLICHE BEEINTRÄCHTIGUNG



- 41. Haben Sie eine Behinderung/chronische Krankheit?**
- nein
- ja, eine Behinderung/chronische Krankheit

[>> weiter mit Frage 42](#)

Falls ja: Welcher Art ist Ihre gesundheitliche Schädigung?
Bitte beschreiben Sie in wenigen Worten die Art der Schädigung und ordnen Sie diese einer der nachfolgenden Antwortkategorien zu (ggf. Mehrfachzuordnung):

Dem Bundesdatenschutzgesetz entsprechend, weisen wir explizit darauf hin, dass die Beantwortung auch dieser Frage freiwillig ist!

- Allergien, Atemwegserkrankungen
- Schädigung des Stütz- und Bewegungsapparates
- Sehschädigung
- Hörschädigung
- Erkrankung innerer Organe/chronische Stoffwechselstörung
- Psychische Erkrankung
- Hauterkrankung
- Schädigung des Hals-/Nasenbereichs
- Schädigung des zentralen Nervensystems
- Sonstige Schädigung

- Sind Sie durch Ihre gesundheitliche Schädigung im Studium beeinträchtigt?**
- nein
- ja

Falls ja: Kreuzen Sie bitte den Grad der Beeinträchtigung an.

sehr schwach \longleftrightarrow sehr stark



42.

Ist Ihr Vater/Ihre Mutter

X

- | | Vater | Mutter |
|---|--------------------------|--------------------------|
| voll erwerbstätig | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| teilzeit beschäftigt | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| arbeitslos/von Kurzarbeit betroffen | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Rentner(in)/Pensionär(in) | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| nicht erwerbstätig (z. B. Hausfrau, Hausmann) | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| verstorben/unbekannt | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

43.

Welches ist der höchste Schulabschluss Ihres Vaters/Ihrer Mutter?

X

- | | Vater | Mutter |
|---|--------------------------|--------------------------|
| Volksschul- oder Hauptschulabschluss (mindestens 8. Klasse) | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Realschulabschluss oder andere Mittlere Reife (10. Klasse) | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Abitur oder andere Hochschulreife (mindestens 12. Klasse) | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| keinen Schulabschluss | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| mir nicht bekannt | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

44.

Welches ist der höchste berufliche Abschluss Ihres Vaters/Ihrer Mutter?

X

- | | Vater | Mutter |
|---|--------------------------|--------------------------|
| Lehre bzw. Facharbeiterabschluss | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Meisterprüfung, Fachschul-/Technikerabschluss | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Hochschulabschluss (einschl. Lehrerausbildung und Fachhochschule) | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| keinen Berufsabschluss | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| mir nicht bekannt | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

45.

Ordnen Sie bitte den aktuell bzw. zuletzt ausgeübten Beruf Ihres Vaters und Ihrer Mutter in das nachfolgend aufgeführte Spektrum beruflicher Positionen ein.

X

jeweils nur eine Nennung!

Arbeiter/Arbeiterin

- | | Vater | Mutter |
|--|--------------------------|--------------------------|
| · ungelernete(r), angelernte(r) Arbeiter(in) | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| · Facharbeiter(in), unselbständige(r) Handwerker(in) | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| · Meister(in), Polier(in) | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

Angestellter/Angestellte

- | | | |
|---|--------------------------|--------------------------|
| · Angestellte(r) mit ausführender Tätigkeit
z. B. Stenotypist(in), Verkäufer(in) | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| · Angestellte(r) mit qualifizierter Tätigkeit in mittlerer Position
z. B. Sachbearbeiter(in), Buchhalter(in), Werkmeister(in), Krankenschwester, Pfleger | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| · Angestellte(r) in gehobener Position
z. B. Lehrer(in), wiss. Mitarbeiter(in), Prokurist(in), Abteilungsleiter(in) | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| · leitende(r) Angestellte(r) mit umfassenden Führungsaufgaben
z. B. Direktor(in), Geschäftsführer(in), Vorstand größerer Betriebe und Verbände | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

Beamter/Beamtin

- | | | |
|---|--------------------------|--------------------------|
| · Beamter/Beamtin des einfachen und mittleren Dienstes
z. B. Schaffner(in), Amtshilfe, Sekretär(in) | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| · Beamter/Beamtin des gehobenen Dienstes
z. B. Inspektor(in), Oberinspektor(in), Amtmann/-frau, Amtsrat/-rätin | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| · Beamter/Beamtin des höheren Dienstes
ab Regierungsrat/-rätin, Lehrer(in) ab Studienrat/-rätin aufwärts | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

Selbständiger/Selbständige

- | | | |
|--|--------------------------|--------------------------|
| · kleinere(r) Selbständige(r)
z. B. Einzelhändler(in) mit kleinem Geschäft, Handwerker(in), kleinere(r) Landwirt(in) | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| · mittlere(r) Selbständige(r)
z. B. Einzelhändler(in) m. großem Geschäft, Hauptvertreter(in), größere(r) Landwirt(in) | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| · größere(r) Selbständige(r)
z. B. Unternehmer(in) mit großem Betrieb bzw. hohem Einkommen | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

Freiberuflich tätig

- | | | |
|---|--------------------------|--------------------------|
| z. B. Arzt/Ärztin mit eigener Praxis, Rechtsanwalt/-anwältin mit eigener Kanzlei, Künstler(in), Schausteller/Schaustellerin | | |
| · mit geringem Einkommen | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| · mit mittlerem Einkommen | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| · mit hohem Einkommen | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

nie berufstätig gewesen



Forts. **46.** **Haben Sie in den letzten zwölf Monaten für ein oder mehrere Themen, die Sie angekreuzt haben, ein Beratungsangebot gesucht, aber kein passendes Angebot gefunden?**

X

- nein
- ja
- zum Thema (bitte eintragen): _____

AUSLANDSERFAHRUNGEN



47. **Haben Sie sich im Zusammenhang mit Ihrem Studium im Ausland aufgehalten?** (Studienbezogene Auslandsaufenthalte können sein: Teilstudium an ausländischer Hochschule, Auslandspraktikum, Sprachkurs, Lehrerassistenz, Sommerschule u. ä.)

X

- nein
- ja

>> weiter mit Frage **48**

Falls ja :

ZAHL

Wie viele Monate waren Sie bisher studienbezogen im Ausland?

jeweils auf volle Monate runden

- Studium an einer ausländischen Hochschule
- Praktikum im Ausland
- Sprachkurs im Ausland
- anderer studienbezogener Auslandsaufenthalt und zwar:

bitte erläutern

TEXT

In welchem Land bzw. in welchen Ländern waren Sie?

- Studium in: _____
- Praktikum in: _____
- Sprachkurs in: _____
- anderer studienbezogener Aufenthalt in: _____

X

Wie haben Sie das Studium, das Praktikum oder den Sprachkurs im Ausland finanziert? Bitte jede genutzte Quelle ankreuzen.

Auslandsstudium Auslandspraktikum Sprachkurs im Ausland

- | | | | |
|---|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Eltern/Partner/Partnerin | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| BAföG | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| eigener Verdienst aus Tätigkeiten vor dem Auslandsaufenthalt | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| eigener Verdienst aus Tätigkeiten während des Auslandsaufenthalts | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| EU-Stipendium | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| deutsches Stipendium | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| sonstiges Stipendium | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| Bildungskredit von der KfW Bankengruppe (vormals Deutsche Ausgleichsbank) | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| andere Finanzierungsquelle | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

und zwar: _____
bitte andere Finanzierungsquelle angeben

X

Fand der bzw. einer der von Ihnen durchgeführten studienbezogenen Auslandsaufenthalte im Rahmen eines Programms statt?

- nein
- ja, ERASMUS
- ja, anderes EU-Programm
- ja, Austauschprogramm meiner Hochschule
- ja, anderes Programm

Informationen über die Akteure und die Durchführung der Untersuchung

Wer erhält den Fragebogen?

Für die Sozialerhebung wird eine Stichprobe Studierender befragt (derzeit jede/r 27.), deren Zusammensetzung repräsentativ für alle Studierenden an Fachhochschulen und Universitäten in der Bundesrepublik ist. Zu diesem Zwecke hat Ihre Hochschule nach dem Zufallsprinzip eine entsprechende Anzahl von Anschriften aus der aktuellen Studierendendatei gezogen, d.h. jede/r hat eine gleich große Chance, in die Stichprobe aufgenommen zu werden. Die Hochschule hat dann die von HIS bereitgestellten Befragungsunterlagen mit den Anschriften der Studierenden versehen und die so adressierten Unterlagen bei der Post – zur Übermittlung an Sie – aufgegeben.

Weitere Informationen im Internet: <http://www.sozialerhebung.de>

>> beauftragt vom Deutschen Studentenwerk (DSW)

Die Studentenwerke und ihr Dachverband, das Deutsche Studentenwerk (DSW), engagieren sich für die soziale, wirtschaftliche, kulturelle und gesundheitliche Förderung der Studierenden. Als moderne Dienstleistungsunternehmen bieten heute 61 Studentenwerke für knapp 2 Mio. Studierende ihren Service an – damit Studieren gelingt! Das DSW koordiniert und unterstützt die Arbeit der Studentenwerke, vertritt ihre Interessen gegenüber Politik und Öffentlichkeit und pflegt eine enge Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Verbänden bzw. Organisationen, die den gleichen Zwecken dienen.

Weitere Informationen im Internet: <http://www.studentenwerke.de>

>> gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Weitere Informationen im Internet: <http://www.bmbf.de>

>> durchgeführt von HIS Hochschul-Informations-System

HIS ist eine Einrichtung von Bund und Ländern und erbringt Forschungs- und Dienstleistungen für Hochschulen, Wissenschafts- und Kultusministerien. Im Bereich Studierendenforschung arbeitet HIS u.a. zu Themen wie Studienwünsche von Abiturient(innen), Ausbildungs- und Berufsverläufe, soziale Situation Studierender, Gründe für den Studienabbruch, Qualität der Lehre, studentische Auslandsmobilität und ausländische Studierende in Deutschland.

Weitere Informationen im Internet: <http://www.his.de>

Kontakt

Für Rückfragen stehen Ihnen bei HIS (Postfach 2920, 30029 Hannover) zur Verfügung:

Wolfgang Isserstedt: Tel.: 0511/1220-208; e-mail: isserstedt@his.de

Dr. Elke Middendorff: Tel.: 0511/1220-194; e-mail: middendorff@his.de

Steffen Weber: Tel.: 0511/1220-157; e-mail: weber@his.de

A.2 Randauszählung

Angaben zum Studium

1. Ist Ihr derzeitiges Studium ein...	insgesamt	männlich	weiblich
	in %		
- Erststudium	92,0	91,9	92,2
- Zweitstudium	2,3	2,2	2,4
- Weiterbildender Studiengang	2,2	2,1	2,3
- Promotionsstudium	3,4	3,7	3,1

2. Welches Hauptfach bzw. welche Fächer studieren im Sommersemester 2006?	in %		
<i>Studienfach aggregiert nach Fächergruppen</i>			
- Ingenieurwissenschaften	16,6	25,6	6,8
- Sprach- und Kulturwissenschaften, Kunst	20,7	14,1	27,9
- Mathematik, Naturwissenschaften	20,4	24,1	16,6
- Medizin/Gesundheitswissenschaften	6,3	4,3	8,5
- Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	21,5	23,1	19,6
- Sozialwiss., Sozialwesen, Psychologie, Pädagogik	14,5	8,8	20,6

3. Welchen Abschluss streben Sie zunächst an?	in %		
- Fachhochschuldiplom	22,7	26,9	18,1
- Diplom einer Universität/Kunsthochschule o. ä.	29,9	33,8	25,7
- Magister	8,7	6,2	11,4
- Bachelor	11,3	11,4	11,1
- Master	1,6	1,7	1,5
- Staatsexamen	21,5	15,3	28,2
- kirchliche Prüfung	0,2	0,2	0,2
- Promotion	3,5	3,8	3,2
- anderer Abschluss (einschl. Abschluss im Ausland) ...	0,3	0,3	0,3
- keinen Abschluss	0,3	0,3	0,3

Sollten Sie bereits einen Abschluss erworben haben, bitte ankreuzen.	insgesamt	männlich	weiblich
	Stud. in postgradualen Studiengängen		
	in %		
- Fachhochschuldiplom	20	21	19
- Diplom einer Universität/Kunsthochschule o. ä.	37	42	33
- Magister	11	9	12
- Bachelor	11	10	12
- Master	2	3	1
- Staatsexamen	15	12	19
- kirchliche Prüfung	0	0	0
- Promotion	2	2	1
- anderer Abschluss (einschl. Abschluss im Ausland) ...	2	1	3
Haben Sie die Absicht, nach dem derzeit angestrebten Abschluss einen Masterstudiengang zu absolvieren?	ohne Stud. in Masterstudiengängen		
	in %		
	66	64	68
- nein			
- ja, direkt nach Erwerb des Bachelor bzw. nach meinem ersten Abschluss	9	10	9
- ja, aber erst, wenn ich Berufserfahrungen gesammelt habe	4	5	3
- weiß ich noch nicht	21	21	20
4. Streben Sie einen Lehramtsabschluss an?	14	10	19
- ja	Studierende im Erststudium		
5. Haben Sie seit Ihrer Erstmatrikulation das Hauptstudienfach oder den angestrebten Abschluss gewechselt?	in %		
- ja, Fach und Abschluss	10	9	10
- ja, nur das Fach	8	9	8
- ja, nur den Abschluss	2	2	2

Wie viele Semester waren Sie in dem ursprünglich gewählten Studiengang eingeschrieben?	insgesamt	männlich	weiblich
	Studiengangwechsler/innen		
	im Ø		
- Semester	3,0	3,2	2,8
6. Seit wie vielen Semestern sind Sie im derzeitigen Studiengang eingeschrieben?	im Ø		
- Semester im derzeitigen Studienfach	6,1	6,2	6,0
7. Wie viele Semester sind Sie bisher insgesamt an Hochschulen eingeschrieben?	im Ø		
- Semester insgesamt	7,5	7,7	7,4
8. Haben Sie Ihr Studium zwischendurch (offiziell oder inoffiziell) unterbrochen?	in %		
- ja	14	14	14
Aus welchem Grund haben Sie Ihr Studium unterbrochen?	Stud. mit Studienunterbrechung		
	in% (Mehrfachnennungen)		
- Wehr- oder Zivildienst	2	3	0
- Schwangerschaft/Kindererziehung	14	7	22
- andere familiäre Gründe	13	13	13
- gesundheitliche Gründe	21	21	20
- finanzielle Probleme	19	24	13
- Erwerbstätigkeit	26	32	20
- Zweifel am Sinn des Studiums	23	24	22
- um andere Erfahrungen zu sammeln	22	22	22
- sonstiger Grund	22	21	22
Wie lange haben Sie Ihr Studium unterbrochen?	Stud. mit Studienunterbrechung		
	im Ø		
- Semester insgesamt	3,8	4,1	3,4
9. Haben Sie während Ihrer Studienzzeit innerhalb Deutschlands die Hochschule gewechselt?	in %		
- ja, einmal	14,3	14,1	14,5
- ja, mehrmals	1,7	1,9	1,5

Welche Rolle spielten die folgenden Gründe für die Wahl Ihrer gegenwärtigen Hochschule?	insgesamt	männlich	weiblich
	Studierende mit Hochschulwechsel		
	große + sehr große Rolle, Anteil in %		
- bessere Studienbedingungen.....	40	41	39
- Studienangebot entspricht eher meinen Erwartungen	61	60	61
- Ruf der Hochschule.....	30	30	30
- Wechsel des Studiengangs.....	55	56	55
- keine/geringe Studiengebühren/- beiträge.....	12	11	12
- geringere Lebenshaltungskosten.....	14	13	15
- attraktivere Stadt.....	33	32	35
- persönliche Gründe	60	57	64

10. An welcher Hochschule sind Sie im Sommersemester 2006 immatrikuliert?

Hochschulen aggregiert zu Hochschularten	in %		
- Universität	69,1	64,7	73,8
- Pädagogische Hochschule	1,1	0,4	1,9
- Musik-/Kunsthochschule	1,3	1,1	1,4
- Theologische Hochschule	0,1	0,1	0,1
- Fachhochschule	28,4	33,7	22,8

11. Welche der drei folgenden Aussagen trifft am ehesten auf Ihre derzeitige Studien- und Lebenssituation zu?

	in %		
- Studium und Hochschule bilden den Mittelpunkt, auf den fast alle meine Interessen und Aktivitäten ausgerichtet sind.....	51	50	52
- Studium und Hochschule sind mir gleich wichtig wie andere Interessen und Aktivitäten außerhalb der Hochschule.	44	44	43
- Studium und Hochschule stehen eher im Hintergrund, weil meine Interessen und Aktivitäten außerhalb der Hochschule vorrangig sind.....	6	6	5

Zeitaufwand für Studium und Geld verdienen

12. Wie viele Stunden haben Sie in der vergangenen Woche täglich für folgende Aktivitäten aufgewandt?	insgesamt	männlich	weiblich
	Ø Stunden pro Woche		
- Lehrveranstaltungen	16,3	16,2	16,4
- Sonstiger studienbezogener Aufwand	17,6	17,2	18,0
- Tätigkeiten gegen Bezahlung	7,5	7,8	7,1

Angaben zur Vorbildung

14. Hatten Sie vor der Erstimmatrikulation bereits eine Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen?	in %		
- ja	25	27	23

Falls ja: Wann haben Sie diese Berufsausbildung abgeschlossen?

	Studierende mit Berufsausbildung		
	in %		
- vor Erwerb der Hochschulreife	43	52	30
- nach Erwerb der Hochschulreife	48	38	61
- gleichzeitig mit dem Erwerb der Hochschulreife	10	10	9

15. Welche Studienberechtigung hatten Sie bei der Erstimmatrikulation?

	in %		
- allgemeine Hochschulreife	83,4	78,9	88,2
- fachgebundene Hochschulreife	3,3	4,0	2,5
- Fachhochschulreife	12,5	16,3	8,5
- andere Studienberechtigung	0,8	0,8	0,8

16. In welchem Land haben Sie Ihre Studienberechtigung erworben und in welchem Land studieren Sie heute?

	erworben in / studieren in		
	in %		
- Baden-Württemberg	12,5/12,0	12,5/12,3	12,5/11,7
- Bayern	11,7/13,1	11,7/12,9	11,7/13,3
- Berlin	4,5/6,9	4,5/6,7	4,5/7,0
- Brandenburg	3,1/2,1	2,9/2,1	3,4/2,2

Fortsetzung nächste Seite

	insgesamt	männlich	weiblich
- Bremen	1,0/1,8	1,1/1,8	0,9/1,7
- Hamburg	2,1/3,2	2,0/3,2	2,1/3,2
- Hessen	8,5/8,5	8,7/8,6	8,3/8,4
- Mecklenburg-Vorpommern	2,2/1,9	1,8/1,7	2,6/2,1
- Niedersachsen	9,4/7,9	9,4/7,8	9,4/8,1
- Nordhein-Westfalen	23,2/23,0	24,3/23,7	22,0/22,2
- Rheinland-Pfalz	5,0/5,4	5,0/5,0	5,0/5,0
- Saarland	1,3/0,9	1,2/0,8	1,3/1,1
- Sachsen	5,8/5,6	5,8/5,7	6,0/5,4
- Sachsen-Anhalt	3,0/2,8	2,5/2,5	3,5/3,0
- Schleswig-Holstein	3,2/2,4	3,3/2,4	3,0/2,4
- Thüringen	2,9/2,7	2,8/2,6	3,1/2,7
- im Ausland	0,5/-	0,6/-	0,5/-

17. Wie viele Monate lagen bei Ihnen zwischen dem Erwerb der Studienberechtigung und der Erstimmatrikulation?

	im Ø		
- Monate insgesamt	15,5	16,5	14,4

Angaben zur Wohnsituation

18. Wo wohnen Sie während des Sommersemesters 2006 und wo würden Sie am liebsten wohnen?

	Wohnform / bevorzugte Wohnform		
	in %		
bei den Eltern oder Verwandten	22,8	26,2	19,1
in einem Studentenwohnheim:			
- im Einzelzimmer	3,1	3,4	2,8
- im Einzelzimmer in einer Wohngruppe	5,2	5,6	4,8
- im Einzelappartement	2,2	2,1	2,2
- in einer Mehrzimmer-Wohnung	0,4	0,4	0,3
- im Zweitbettzimmer	0,1	0,2	0,1

Fortsetzung nächste Seite

in einer Mietwohnung (ggf. auch Eigentumsw.):

	insgesamt	männlich	weiblich
- allein	20,1	19,9	20,4
- mit (Ehe-) Partner(in) und/oder Kind	19,7	16,6	23,0
- in einer Wohngemeinschaft	24,9	24,0	25,9
- zur Untermiete bei Privatleuten	1,6	1,6	1,5

19. Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit Ihrer derzeitigen Wohnsituation?

zufrieden + sehr zufrieden, Anteil in %

insgesamt	männlich	weiblich
59	59	60

20. Wie zufrieden Sie mit folgenden Einzelaspekten Ihrer Wohnsituation?

zufrieden + sehr zufrieden, Anteil in %

	insgesamt	männlich	weiblich
- Größe des Wohnbereichs	59	58	61
- Entfernung zur Hochschule	50	49	52
- Nachbarschaftsverhältnis	47	48	46
- Wohngebiet	63	62	64
- Angemessenheit des Mietpreises	48	49	47
Ich zahle keine Miete	23	25	20

Fremdsprachenkenntnisse**21. Wie gut beherrschen Sie – neben Ihrer Muttersprache – die folgenden Sprachen?**

gut + sehr gut, Anteil in %

	insgesamt	männlich	weiblich
- Englisch	67	67	66
- Französisch	15	11	19
- Spanisch	16	12	19
- andere Sprachen, die Sie gelernt haben	27	26	28

Angaben zum BAföG**22. Werden Sie im laufenden Semester nach dem BAföG gefördert?**

in %

	insgesamt	männlich	weiblich
- nein	74,5	76,1	72,8
- Antrag ist noch nicht entschieden	2,3	2,3	2,1
- ja	23,2	21,6	25,1

	insgesamt	männlich	weiblich
Falls ja: Wird das BAföG unabhängig vom Einkommen Ihrer Eltern gewährt?	BAföG-Empfänger/innen		
	in %		
- nein	86	84	87
- ja	14	16	13
In welcher Form erhalten Sie BAföG?	BAföG-Empfänger/innen, in%		
- als Zuschuss und Darlehen	96,6	96,8	96,3
- als Zuschuss	0,9	0,4	1,3
- als verzinsliches Darlehen der KfW Bankengruppe ...	2,5	2,8	2,4
23. Haben Sie während Ihres Studiums schon einmal einen Antrag auf BAföG gestellt?	Studierende ohne BAföG-Förderung		
	in %		
- nein	60,9	61,0	60,8
- ja, ich habe einmal einen Antrag gestellt, der wurde aber abgelehnt	18,4	18,4	18,4
- ja, in früheren Semestern wurde ich auch gefördert, ein Antrag auf Weiterförderung wurde dann aber abgelehnt	7,6	7,2	8,0
- ja, in früheren Semestern wurde ich auch gefördert, habe dann aber keinen Antrag auf Weiterförderung mehr gestellt:			
- weil die Voraussetzungen für die Weiterförderung nicht gegeben waren	9,5	9,6	9,3
- aus einem anderen Grund	3,6	3,8	3,5
24. Aus welchem Grund haben Sie bisher keinen BAföG-Antrag gestellt bzw. werden Sie im Sommersemester 2006 nicht nach dem BAföG gefördert?	Studierende ohne BAföG-Förderung		
	in % (Mehrfachnennungen)		
- Einkommen der Eltern bzw. des Ehepartners ist zu hoch	66	65	69
- eigenes Einkommen/Vermögen ist zu hoch	20	23	17
- Förderungshöchstdauer wurde überschritten	10	10	10
- Studienfach wurde gewechselt	5	5	5

Fortsetzung nächste Seite

	insgesamt	männlich	weiblich
- notwendige Leistungsbescheinigung konnte nicht erbracht werden	3	4	3
- bei Studienbeginn war das 30. Lebensjahr bereits vollendet	3	3	4
- das jetzige Studium ist eine nicht förderungsfähige weitere Hochschulausbildung (Zweitstudium, Ergänzungstudium, Promotionsstudium)	4	4	4
- der zu erwartende Förderungsbetrag ist so gering, dass es sich nicht lohnt	13	13	12
- will keine Schulden machen	21	20	21
- anderer Grund	7	8	7

Finanzielle Situation im Sommersemester 2006

25. Wie viel Geld steht Ihnen durchschnittlich im Monat während des Sommersemesters 2006 zur Verfügung? Geben Sie bitte für jede zutreffende Finanzierungsquelle den Betrag an.

Bezugsgruppe „Normalstudent“

	Ø Betrag in € (Betroffene in %)		
- von den Eltern	448 (90)	444 (89)	451 (90)
- vom Partner/von der Partnerin	161 (3)	148 (2)	170 (3)
- von anderen Verwandten, Bekannten	81 (20)	82 (20)	79 (20)
- Ausbildungsförderung nach dem BAföG – aktueller Förderungsbetrag	376 (29)	380 (27)	374 (31)
- Bildungskredit von der KfW Bankengruppe	289 (1,5)	283 (1,5)	295 (1,4)
- Kredit zur Studienfinanzierung von einer Bank/Sparkasse	411 (0,8)	419 (1,0)	399 (0,6)
- Kredit von einer Privatperson	198 (0,6)	210 (0,9)	169 (0,3)
- eigener Verdienst aus Tätigkeiten während der Vorlesungszeit und/oder der vorlesungsfreien Zeit	308 (60)	330 (61)	286 (60)
- eigene Mittel, die vor dem Studium erworben/angespart wurden	126 (17)	134 (18)	117 (15)
- Waisengeld oder Waisenrente	221 (4)	222 (4)	221 (4)
- Stipendium	328 (2)	367 (2)	279 (2)
- andere Finanzierungsquelle	353 (3)	247 (2)	409 (3)

	insgesamt	männlich	weiblich
26. Wie hoch sind die Ausgaben für die nachfolgend aufgeführten Positionen Ihrer Lebenshaltung? Was bezahlen Sie davon selbst? Was bezahlen ggf. Ihre Eltern bzw. Ihr Partner/ Ihre Partnerin?	Bezugsgruppe „Normalstudent“		
	Ø Gesamtausgaben in € pro Monat		
	(Betroffene in %)		
- Miete einschließlich Nebenkosten für Strom, Heizung, Wasser, Müllabfuhr usw.	266 (99)	263 (99)	269 (99)
- Ernährung	147 (99)	155 (99)	140 (99)
- Kleidung	50 (92)	48 (90)	53 (94)
- Lernmittel	35 (94)	34 (92)	36 (95)
- laufende Ausgaben für ein Auto	116 (39)	121 (43)	110 (36)
- Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel	35 (62)	34 (57)	35 (67)
- eigene Krankenversicherung, sowie Arztkosten und Medikamente	54 (61)	58 (55)	50 (67)
- Telefon- und Internetkosten, Rundfunk- und Fernsehgebühren, Porto	43 (94)	42 (92)	44 (95)
- Freizeit, Kultur und Sport	62 (88)	67 (87)	57 (90)
27. Wie hoch waren Ihre Ausgaben für die Einschreibung/Rückmeldung zum Sommersemester 2006?	Ø Betrag in €		
	147	147	147
28. Haben Sie für das Sommersemester 2006 Studiengebühren/Studienbeiträge bezahlt?	in %		
- ja	3,3	4,1	2,3
Falls ja: Wie hoch ist der Betrag für das laufende Semester?	Ø Betrag in €		
	842	794	938
29. Inwieweit treffen die nachfolgenden Aussagen auf Ihre finanzielle Situation zu?	trifft zu + trifft völlig zu, Anteil in %		
- meine Eltern unterstützen mich finanziell so gut sie können	69	68	69
- ich habe den Eindruck, meine Eltern finanziell zu überfordern	20	18	22

Fortsetzung nächste Seite

	insgesamt	männlich	weiblich
- ich will finanziell nicht auf meine Eltern angewiesen sein	60	61	58
- es macht mir nichts aus, neben dem Studium Geld verdienen zu müssen	41	41	40
- durch das Jobben wird sich meine Studienzeit verlängern	36	40	31
- ohne BAföG-Förderung könnte ich nicht studieren ..	22	21	24
- meine BAföG-Förderung ist angemessen	15	14	16
- meine BAföG-Förderung gibt mir eine sichere Planungsperspektive	14	13	15
- die Finanzierung meines Lebensunterhalts während des Studiums ist sichergestellt	61	62	59

Geld verdienen während des Studiums

30. Sind Sie in der vorlesungsfreien Zeit im Frühjahr 2006 und/oder im laufenden Sommersemester einer Tätigkeit nachgegangen, mit der Sie Geld verdient haben bzw. verdienen?

	vorlesungsfreie Zeit / Vorlesungszeit		
	in %		
- entfällt, noch nicht eingeschrieben	1,2/-	1,0/-	1,4/-
- nein, nicht erforderlich	12,2/10,1	13,7/11,6	10,7/8,5
- nein, wegen Studienbelastung nicht möglich	18,7/22,6	17,0/20,8	20,4/24,6
- nein, ohne Erfolg Tätigkeit/Job gesucht	5,5/3,5	5,2/3,3	6,0/3,7
- ja, gelegentlich	17,6/18,3	17,7/18,9	17,5/17,7
- ja, häufig	10,8/10,2	10,8/10,0	10,7/10,3
- ja, laufend	34,0/35,3	34,6/35,4	33,3/35,3

Mit welcher Tätigkeit verdienen bzw. verdienen Sie Geld?

	erwerbstätige Studierende		
	vorlesungsfreie Zeit / Vorlesungszeit		
	in % (Mehrfachnennungen)		
- Aushilftätigkeit	44/41	41/36	48/46
- studentische Hilfskraft	17/21	18/23	16/19
- wissenschaftliche Hilfskraft	4/4	4/5	3/3

Fortsetzung nächste Seite

	insgesamt	männlich	weiblich
- Tätigkeit in dem Beruf, der vor dem Studium erlernt wurde	10/9	11/9	10/9
- Absolvieren einer betriebliche Ausbildung (integriert ins Studium)	0,7/0,5	1,2/0,9	0,2/0,1
- Berufstätigkeit im Rahmen eines berufsbegleitenden Studiums	1,5/1,4	1,4/1,3	1,7/1,6
- Durchführung eines Praktikums (Praktikumsvergütung)	1 3/4	1 3/4	1 3/4
- Tätigkeit, für die der erworbene Studienabschluss Voraussetzung ist	4/4	4/4	4/4
- Tätigkeit, für die im Studium erworbene Kenntnisse Voraussetzung sind	9/10	10/11	80/9
- freiberufliche Tätigkeit	13/12	14/14	11/10
- selbständige Tätigkeit im eigenen Unternehmen	3/4	5/5	1,5/1,6
- Nachhilfeunterricht	11/11	8/9	14/14
- andere Tätigkeit	7/8	6/7	8/8
Wie hoch war der Nettostundenlohn für diese Tätigkeit?	erwerbstätige Studierende		
	Ø Betrag in € pro Stunde		
- vorlesungsfreie Zeit Frühjahr 2006	9,42	9,68	9,14
- Vorlesungszeit Sommersemester 2006	9,59	9,82	9,34
Inwieweit geben die folgenden Aussagen Ihre Gründe wieder, während des Studiums Geld zu verdienen?	erwerbstätige Studierende		
	trifft zu + trifft völlig zu, Anteil in %		
Ich verdiene während des Studiums Geld,			
- weil es zur Bestreitung meines Lebensunterhalts unbedingt notwendig ist	59	59	58
- damit ich mir etwas mehr leisten kann	69	67	72
- um praktische Erfahrungen zu sammeln, die mir im späteren Beruf von Nutzen sind	49	50	48
- um Kontakte für eine mögliche spätere Beschäftigung zu knüpfen	36	38	34
- um finanziell unabhängig von den Eltern zu sein	57	59	56
- weil ich andere mitfinanzieren muss	7	8	7
- damit ich später ggf. unabhängig vom Studienabschluss eine Beschäftigung habe	16	17	15

Angaben zur Ernährung

31. Wie häufig gehen Sie im Laufe einer Woche während der Vorlesungszeit durchschnittlich in eine Mensa oder Cafeteria zum Essen?	insgesamt	männlich	weiblich
	mindestens einmal pro Woche, in %		
- zum Frühstück	15	17	12
- zu einer Zwischenmahlzeit am Vormittag	28	28	29
- zum Mittagessen.....	74	79	69
- zu einer Zwischenmahlzeit am Nachmittag.....	26	24	27
- zum Abendessen.....	6	7	5
32. Falls Sie zum Mittagessen nie oder nur selten in die Mensa/Cafeteria gehen: Was hindert Sie daran?	Stud., die nie oder einmal pro Woche in der Mensa/Caf. zu Mittag essen		
	trifft zu + trifft völlig zu, Anteil in %		
- Zeitmangel.....	36	31	39
- Lehrveranstaltungen liegen zeitlich ungünstig	35	28	41
- Lage und Erreichbarkeit	15	14	15
- Preis-Leistungs-Verhältnis der Angebote	23	25	20
- Qualität der Angebote	39	40	38
- Atmosphäre	27	26	28
- persönliche Lebenssituation	36	35	37
- Abneigung gegen Verpflegung aus Großküchen jeder Art	23	21	25
33. Was ist Ihnen an den Mensen/Cafeterien besonders wichtig?	wichtig + sehr wichtig, Anteil in %		
- qualitativ hochwertige Angebote	77	76	77
- kostengünstige Angebote	81	81	82
- Angebote aus ökologisch erzeugten Produkten	28	24	32
- geringer Zeitaufwand	58	58	58
- guter Service	44	41	46
- gute räumliche Gestaltung der Mensa/Cafeteria	44	39	50
- die räumliche Nähe zur Hochschule	88	88	89
- Mensa/Caf. als Ort der Kommunikation/Information	45	41	50

Angaben zu Ihrer Person

	insgesamt	männlich	weiblich
34. Ihr Geschlecht	in %		
	100	51,8	48,2
35. Ihr Lebensalter	im Ø		
- in Jahren	24,9	25,2	24,5
36. Ihr Familienstand	in %		
- verheiratet	6,3	5,6	7,0
- nicht verheiratet in fester Partnerbeziehung	52	47	57
- nicht verheiratet ohne feste Partnerbeziehung	42	47	36
Falls Sie verheiratet sind oder in einer festen Partnerbeziehung leben, welche Tätigkeit übt Ihr Partner/Ihre Partnerin aus?	Studierende mit fester Partnerbeziehung		
	in %		
- absolviert eine Ausbildung (Schule, Studium, Berufsausbildung)	58	66	51
- ist erwerbstätig (vollzeit- oder teilzeitbeschäftigt) ..	38	29	46
- ist nicht erwerbstätig	4	5	3
37. Haben Sie Kinder?	in %		
- ja	6,6	5,5	7,7
38. Haben Sie Geschwister?	in %		
- ja	86	86	85
Falls ja: Wie viele Ihrer Geschwister sind noch in der Ausbildung?			
- Studierende mit Geschwistern in Ausbildung	55	54	56
39. Welche Staatsangehörigkeit haben Sie?	in %		
- deutsche Staatsangehörigkeit	95,7	95,8	95,4
- deutsche und weitere Staatsangehörigkeit	0,9	0,9	1,0
- andere Staatsangehörigkeit	3,4	3,3	3,6
40. Haben Sie Ihre Staatsangehörigkeit gewechselt?	deutsche Studierende		
	in %		
- ja (in die deutsche Staatsangeh. gewechselt)	3,8	3,7	3,9

Gesundheitliche Beeinträchtigung

41. Haben Sie eine Behinderung/chronische Krankheit?

	insgesamt	männlich	weiblich
- ja	18,6	18,8	18,4

Falls ja: Welcher Art ist Ihre gesundheitliche Schädigung?

Studierende mit Behinderung/ chronischer Krankheit			
in % (Mehrfachnennungen)			
- Allergien, Atemwegserkrankungen	60	62	58
- Schädigung des Stütz- und Bewegungsapparates ...	13	12	13
- Sehschädigung	16	17	15
- Hörschädigung	4	5	3
- Erkrankung innerer Organe/chronische Stoffwechselstörung	12	10	15
- Psychische Erkrankung	11	9	12
- Hauterkrankung	14	10	18
- Schädigung des Hals-/Nasenbereichs	2	2	2
- Schädigung des zentralen Nervensystems	2	2	3
- Sonstige Schädigung	8	8	8

Sind Sie durch Ihre gesundheitliche Schädigung im Studium beeinträchtigt?

Studierende mit Behinderung/ chronischer Krankheit			
- ja	44	43	44

Falls ja: Kreuzen Sie bitte den Grad der Beeinträchtigung an.

durch Schädigung im Studium beeinträchtigt			
in %			
- im Studium stark oder sehr stark beeinträchtigt	19	18	20

Angaben über die Eltern

42. Ist Ihr Vater/Ihre Mutter

	Vater/Mutter, in %		
- voll erwerbstätig	67/37	66/37	69/39
- teilzeit beschäftigt	2/29	2/29	2/29
- arbeitslos/von Kurzarbeit betroffen	4/4	4/4	5/4

Fortsetzung nächste Seite

	insgesamt	männlich	weiblich
- Rentner(in)/Pensionär(in)	18/10	20/10	15/9
- nicht erwerbstätig (z.B. Hausfrau, Hausmann)	1/17	1/19	1/16
- verstorben/unbekannt	7/3	7/3	8/3

43. Welches ist der höchste Schulabschluss Ihres Vaters/Ihrer Mutter?

	Vater/Mutter, in %		
- Volksschulabschluss oder Hauptschulabschluss (mindestens 8. Klasse)	22/21	23/22	22/20
- Realschulabschluss oder andere Mittlere Reife (10. Klasse)	25/38	25/38	25/38
- Abitur oder andere Hochschulreife (mindestens 12. Klasse)	48/38	48/37	48/39
- keinen Schulabschluss	2/2	1/1	2/2
- mir nicht bekannt	3/1	3/2	3/1

44. Welches ist der höchste berufliche Abschluss Ihres Vater/Ihrer Mutter?

	Vater/Mutter, in %		
- Lehre bzw. Facharbeiterabschluss	30/50	30/52	31/48
- Meisterprüfung, Fachschul-/Technikerabschluss	20/10	20/9	20/11
- Hochschulabschluss (einschl. Lehrerausbildung und Fachhochschule)	43/31	44/29	43/32
- keinen Berufsabschluss	3/7	2/6	3/7
- mir nicht bekannt	4/3	4/4	4/2

45. Ordnen Sie bitte den aktuell bzw. zuletzt ausgeübten Beruf Ihres Vaters und Ihrer Mutter in das nachfolgend aufgeführte Spektrum beruflicher Positionen ein.

	Vater/Mutter, in %		
Arbeiter/Arbeiterin			
- ungelernte(r), angelernte(r) Arbeiter(in)	5,0/7,7	4,8/7,9	5,3/7,5
- Facharbeiter(in), unselbständige(r) Handwerker(in)	11,9/4,2	12,1/5,3	11,6/3,0
- Meister(in), Polier	3,4/0,3	3,7/0,3	3,2/0,4
Angestellter/Angestellte			
- Angestellte(r) mit ausführender Tätigkeit	3,4/15,1	2,7/14,6	4,2/15,7
- Angestellte(r) mit qualifizierter Tätigkeit in mittlerer Position	13,1/34,8	13,1/34,4	13,2/35,3

	insgesamt	männlich	weiblich
- Angestellte(r) in gehobener Position	18,0/10,7	18,3/10,2	17,7/11,3
- leitende(r) Angestellte(r) mit umfassenden Führungsaufgaben	6,8/1,2	6,3/1,0	7,3/1,5
Beamter/Beamtin			
- Beamter/Beamtin des einfachen und mittleren Dienstes	2,3/1,9	2,5/2,2	2,2/1,7
- Beamter/Beamtin des gehobenen Dienstes	6,0/3,5	6,5/3,4	5,4/3,6
- Beamter/Beamtin des höheren Dienstes	9,6/6,6	10,0/6,7	9,1/6,4
Selbständiger/Selbständige			
- kleinere(r) Selbständige(r)	8,8/4,8	8,6/4,7	9,15,0
- mittlere(r) Selbständige(r)	4,0/1,3	3,9/1,3	4,1/1,4
- größere(r) Selbständige(r)	1,1/0,3	1,0/0,4	1,2/0,3
Freiberuflich tätig			
- mit geringem Einkommen	1,2/2,0	1,2/2,1	1,2/1,8
- mit mittlerem Einkommen	3,4/2,1	3,6/2,1	3,3/2,0
- mit hohem Einkommen	1,8/0,5	1,6/0,4	1,9/0,6
- nie berufstätig gewesen	0,1/2,9	0,2/3,1	0,1/2,7

Beratungsbedarf - Informationsbedarf

46. Hatten Sie in den letzten zwölf Monaten Beratungs- oder Informationsbedarf zu den nachfolgend aufgeführten Themenbereichen?

ja, ich hatte Bedarf zu folgenden Themen:

	in % (Mehrfachnennungen)		
- Finanzierung des Studiums	24	23	26
- Finanzierung eines studienbezogenen Auslandsaufenthaltes	20	17	22
- Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit	15	14	15
- Vereinbarkeit von Studium und Kind(ern)	5	3	7
- Studium mit einer Behinderung oder chronischen Krankheit	2	2	2

Fortsetzung nächste Seite

	insgesamt	männlich	weiblich
- Krankenversicherung	24	26	23
- Lern-/Leistungsprobleme	11	11	10
- Arbeitsorganisation/Zeitmanagement	15	14	17
- Zweifel das Studium fortzuführen	15	15	16
- Studienabschlussprobleme	8	7	8
- Prüfungsangst	13	11	15
- Arbeits- und Konzentrationsschwierigkeiten	13	13	14
- Kontaktschwierigkeiten	5	6	4
- Partnerschaftsprobleme	8	8	9
- Probleme im familiären Umfeld	7	5	9
- mangelndes Selbstwertgefühl	11	9	12
- depressive Verstimmung	13	12	15
- Probleme mit Alkohol oder anderen Drogen	2	3	1
- sonstiges Thema	4	3	5
nein , ich hatte keinen Beratungs- und Informationsbedarf	34	38	30

Haben Sie in den letzten zwölf Monaten zu den angekreuzten Themenbereichen ein Beratungsangebot des Studentenwerks/der Hochschule oder einer Einrichtung außerhalb des Hochschulbereichs in Anspruch genommen?

	Studierende mit Beratungs- und Informationsbedarf		
	in %		
- nein	44	41	48
- ja	56	59	52

Haben Sie in den letzten zwölf Monaten für ein oder mehrere Themen, die Sie angekreuzt haben, ein Beratungsangebot gesucht, aber kein passendes Angebot gefunden?

	Studierende mit Beratungs- und Informationsbedarf		
	in %		
- nein	87	88	87
- ja	13	12	13

Auslandserfahrungen

47. Haben Sie sich im Zusammenhang mit Ihrem Studium im Ausland aufgehalten?

- ja

insgesamt	männlich	weiblich
-----------	----------	----------

in %		
------	--	--

17,9	15,1	20,9
------	------	------

Falls ja: Wie viele Monate waren Sie bisher studienbezogen im Ausland?

Studierende, die im Ausland waren

Ø Monate (Studierende in % von allen)

Mehrfachnennungen

- Studium an einer ausländischen Hochschule

8,6 (8,5)	8,6 (7,4)	8,6 (9,7)
-----------	-----------	-----------

- Praktikum im Ausland

4,1 (8,4)	4,2 (7,2)	4,0 (9,7)
-----------	-----------	-----------

- Sprachkurs im Ausland

2,3 (4,3)	2,1 (3,0)	2,4 (5,6)
-----------	-----------	-----------

- anderer studienbezogener Auslandsaufenthalt

4,5 (2,7)	3,9 (2,3)	4,8 (3,2)
-----------	-----------	-----------

48. Beabsichtigen Sie, während des Studiums einen – ggf. einen weiteren – studienbezogenen Auslandsaufenthalt durchzuführen?

- nein kein Interesse

17	17	16
----	----	----

- nein, sehe keine Realisierungschance

27	25	30
----	----	----

- weiß ich noch nicht

12	12	11
----	----	----

- ja, eventuell

22	24	20
----	----	----

- ja, ganz bestimmt

14	15	14
----	----	----

- ja, ich habe schon konkrete Vorbereitungen getroffen

8	7	9
---	---	---

49. Wie stark wird Ihre Bereitschaft, einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt durchzuführen, beeinflusst durch ...

- nicht ausreichende Fremdsprachenkenntnisse

23	23	24
----	----	----

- Schwierigkeiten, Informationen zu bekommen

13	13	13
----	----	----

- Wohnprobleme im Gastland

18	17	19
----	----	----

- die Trennung vom Partner/der Partnerin, Kind(ern), Freunden

45	41	49
----	----	----

- den Wegfall von Leistungen bzw. Verdienstmöglichkeiten.....

37	35	39
----	----	----

Fortsetzung nächste Seite

	insgesamt	männlich	weiblich
- eine mögliche finanzielle Mehrbelastung	62	59	66
- eigene Trägheit	19	23	15
- erwartete Zeitverluste im Studium	41	38	45
- einen vermutlich nur geringen Nutzen für das Studium in Deutschland	25	25	25
- Probleme mit der Anerkennung der im Ausland erbrachten Leistungen	23	21	26
- Zugangsbeschränkungen des bevorzugten Ziellandes	13	12	13

B. Methodische Anmerkungen

B.1 Methodische Anmerkungen zur Berechnung sozialgruppenspezifischer Bildungsbe- teiligung

a) Berechnung der Beteiligungs-quoten für weiterführende Schulen (Schwelle 2)

Die sozialgruppenspezifischen Quoten für die Bildungsbeteiligung an weiterführenden Schulen und Informationen zur sozialen Zusammensetzung der altersgleichen Bevölkerung werden ausschließlich auf der Grundlage des Mikrozensus gewonnen. Alle einbezogenen und zum Erhebungszeit- punkt 17- bis 18-jährigen deutschen Kinder in Familien werden nach Art der besuchten Schule und Herkunftsmerkmalen (Schulbil- dung, berufliche Stellung der Familienbe- zugsperson, soziale Herkunftsgruppe) be- trachtet. Von denjenigen, die sich in diesem Alter noch in den Klassenstufen 5-10 befin- den, wird angenommen, dass ihr Wahlver- halten in Bezug auf den weiteren (Aus-)Bil- dungsweg nach Verlassen dieser Schulstufe proportional den weiterführenden Bil- dungsentscheidungen derer entspricht, die diese Schwelle bereits passiert haben.

b) Berechnung der Beteiligungs-quoten für Hochschulbildung (Schwelle 4)

Für die 18. Sozialerhebung wurden Bil- dungsbeteiligungsquoten für den Hoch- schulbereich berechnet. Als Bildungsbe- teiligungsquote wird der Anteil an der alters-

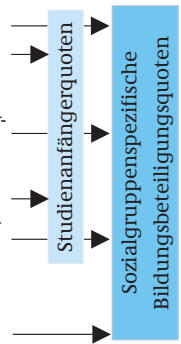
gleichen Bevölkerung, der ein bestimmtes Bildungsziel erreicht, definiert.

Die Berechnung von Bildungsbetei- ligungsquoten für den Hochschulbereich ist komplex, da auf insgesamt vier Datenquel- len zurückgegriffen werden muss (Bild B.1). Das Berechnungsverfahren wurde erstmals von A.-H. Noll für ein Gutachten für den Bundestagsausschuss für Bildung und Wis- senschaft (1983) eingesetzt; es wird von HIS seit der 11. Sozialerhebung zur Fortschrei- bung der sozialen Beteiligungswerte ge- nutzt und ständig methodisch weiterent- wickelt und fortgeschrieben.

Bei der Berechnung einer Bildungsbe- teiligungsquote muss der Anteil der Studi- enanfänger/innen eines Jahrgangs an den entsprechenden Altersjahrgängen in der Gesamtbevölkerung berechnet werden, um die Frage „Wie viele von allen Jugendlichen in der Bevölkerung gelangen in ein Studi- um?“ beantworten zu können. Entspre- chend des Vorgehens in der amtlichen Hochschulstatistik wird die Altersstruktur des jeweiligen Studienanfängerjahrgangs nicht aufwendig empirisch bestimmt, son- dern es wird ein synthetischer Bezugsjah- gang aus dem Mittelwert der Jahrgänge der 18 bis 21-jährigen bzw. ab 1997 der 19- bis 24- jährigen verwendet. Die Umstellung auf die ältere Bezugsgruppe erfolgte seitens des Hochschulausschusses der KMK, weil Studi- enanfänger/innen inzwischen dieser Jah- gangsdefinition entwachsen waren, d.h. ein

Bild B.1 Datenquellen zur Berechnung der Beteiligungquoten an der Hochschulbildung

Datenquellen	Angaben zu	Funktion bei der Quotenberechnung
1. Bevölkerungsstatistik (StBA)	Anzahl der 19- bis 24-jährigen Bevölkerung	Berechnung des synthetischen Bezugsjahrgangs
2. Mikrozensus (StBA)	Anzahl der 14- bis 19-jährigen Bevölkerung nach sozialer Herkunft	Berechnung der sozialen Zusammensetzung des Bezugsjahrgangs (in%)
3. Amtl. Hochschulstatistik (StBA)	Anzahl der Studienanfänger/innen	Berechnung d. Zusammensetzung d. Studienanfängerjahrgangs nach Hochschulart, neue/alte Länder, Geschlecht
4. Studienanfängerbefragung (HIS)	Prozentuale Zusammensetzung der Studienanfänger/innen nach sozialer Herkunft	Berechnung der Bildungsbeteiligungsquote



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

großer Teil bereits deutlich älter ist. Die Berechnung einer sozialspezifischen Bildungsbeteiligungsquote für den Hochschulbereich soll am Beispiel der Bildungsbeteiligung nach der Schulbildung des Vaters für das Studienjahr 2005 (Bild 3.20) im Folgenden nachvollzogen werden (vgl. Beispielrechnung in Bild B.2). Die Berechnung erfolgt in vier Schritten:

1. Berechnung des Bezugsjahrgangs (Bevölkerungsstatistik):

Die 19-Jährigen sind 1985 geboren; für das gesamte Bundesgebiet finden sich gemäß amtlicher Statistik (Fortschreibung der Volkszählung durch die Einwohnermeldeämter) 836.772 junge Frauen und Männer

diesen Geburtsjahrgangs (nur Deutsche). Entsprechend werden für die 19- bis 24-Jährigen die Jahrgangsstärken ermittelt; das arithmetische Mittel dieser sechs Jahrgänge ergibt den für die weitere Berechnung benötigten (synthetischen) Bezugsjahrgang (849.354 Menschen in der Bevölkerung sind potentielle Studienanfänger/innen).

2. Berechnung der sozialen Zusammensetzung des Bezugsjahrgangs (Mikrozensus):

Die Bevölkerungsstatistik verfügt nicht über Informationen zur sozialen Herkunft; diese Angaben müssen daher einer anderen Datenquelle – dem vom statistischen Bundesamt jährlich durchgeführten Mikrozensus –

entnommen werden. Aber auch im Mikrozensus werden – wie oben dargestellt – keine Angaben zur sozialen Herkunft erfragt, solche Angaben liegen nur mittelbar dann vor, wenn der oder die Befragte und seine „Familienbezugsperson“ noch im Elternhaushalt leben. Dies ist aber bei den 19- bis 24-Jährigen des Bezugsjahrgangs häufig nicht mehr der Fall. Aus diesem Grund wird nicht die Bildungsherkunft der 19- bis 24-Jährigen (Geburtsjahrgänge 1985-80) aus dem Mikrozensus 2005 verwendet, sondern die der 14- bis 18-Jährigen aus dem fünf Jahre zuvor durchgeführten Mikrozensus 2000 (gleiche Geburtsjahrgänge!). Wie entsprechende Analysen ergaben, führt diese Rückrechnung nur zu ganz geringfügigen Verzerrungen (z. B. von 0,1 %-Punkten für die berufliche Stellung des Vaters), weil die betreffenden Merkmale (Schulbildung, berufliche Stellung) in der Elterngeneration über die Zeit kaum Veränderungen unterworfen sind.

Die Sonderauswertung aus dem Mikrozensus 2000 ergibt, dass zum Beispiel von allen 14- bis 19-Jährigen 1.668.000 (das entspricht 37 %) Väter haben, die als Angestellte beschäftigt sind bzw. es bei ihrer zuletzt ausgeübten Tätigkeit waren. Mit Hilfe dieses Prozentwertes wird nun die absolute Zahl junger Menschen ermittelt, deren Väter Angestellte sind bzw. waren: Dies sind 314.268 (37 % des synthetischen Bezugsjahrgangs von 849.354). Damit stehen absolute Zahlen für die interessierenden Bevölkerungsgrup-

pen nach Bildungsherkunft für den Bezugsjahrgang zur Verfügung. Zur Berechnung einer Bildungsbeteiligungsquote fehlen noch entsprechende Zahlen für Studienanfänger/innen.

3. Berechnung des Studienanfängerjahrgangs (Hochschulstatistik):

Der amtlichen Hochschulstatistik kann entnommen werden, dass im Jahr 2005 289.844 junge Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit ein Studium begonnen haben, davon 186.646 an einer Universität, 94.921 an einer Fachhochschule und 8.277 an einer Verwaltungsfachhochschule. Über Informationen zur sozialen Herkunft bzw. zur Bildungsherkunft der Studienanfänger/innen verfügt die amtliche Statistik indes nicht. Diese Information muss daher einer anderen Datenquelle entnommen werden:

4. Berechnung der sozialen Zusammensetzung des Studienanfängerjahrgangs (HIS-Studienanfängerbefragung):

Die von HIS bis 1996 jährlich und danach alle zwei bis drei Jahre durchgeführte repräsentative Befragung von Studienanfänger/innen gibt auch Aufschluss über die soziale Herkunft der Befragten: Danach hatten im Jahr 2005 z. B. 42,8 % der Studienanfänger/innen an Universitäten Väter, die als Angestellte beschäftigt sind bzw. waren. 42,8 % von allen Studienanfänger/innen (289.844, vgl. Schritt 4) sind 124.053 Studienanfänger/

Bild B.2 *Bildungsbeteiligung an Hochschulen insgesamt im Studienjahr 2005 nach Stellung und Beruf des Vaters*

<p>Schritt 1:</p> <p>Berechnung der Größe des (synthetischen) Bezugsjahrgangs</p> <p>Datenquelle: Bevölkerungsstatistik 2004</p>	Alter	Geburtsjahrgang		Anzahl	
	19-Jährige	1985		836.772	
	20-Jährige	1984		835.887	
	21-Jährige	1983		843.229	
	22-Jährige	1982		863.122	
	23-Jährige	1981		856.840	
	24-Jährige	1980		860.271	
	Σ(19-24-Jährige)				5.096.121
	Σ/ 6 (synthetischer Bezugsjahrgang)				849.354
	<p>Schritt 2:</p> <p>Berechnung der Sozialgruppengröße im Bezugsjahrgang gemäß der sozialen Zusammensetzung im Mikrozensus</p> <p>Datenquelle: Mikrozensus 2000</p>	Stellung im Beruf u. HSA der FBP	Anzahl 14-19-Jährige 2000	Quote	Bezugsjahrg.
Selbständige		608.000	13,5%	} von 849.354	114.553
Beamte		394.000	8,7%		74.234
Angestellte		1.668.000	37,0%		314.268
Arbeiter		1.838.000	40,8%		346.298
Gesamt		4.508.000	100,0%		849.354
<p>Schritt 3:</p> <p>Studienanfängerjahrgang 2005</p> <p>Datenquelle: aml. Hochschulstatistik</p>	Universitäten	Fachhochschulen	Verwaltungs-FH		
	186.646	94.921	8.277		
	} von 289.844				
<p>Schritt 4:</p> <p>Berechnung der Sozialgruppengrößen unter Studienanfängern analog zur Sozialstruktur des Studienanfängerjahrganges</p> <p>Datenquelle: HIS-Studienanfängerbefragung 2005</p>	Bildungsherkunft der Studienanfänger/-innen	in %	Unis u. FH's	Anzahl Studienanfänger/innen	
	Selbständige	20,6%	} von 289.844	59.708	
	Beamte	16,7%		48.404	
	Angestellte	42,8%		124.053	
	Arbeiter	19,9%		57.679	
	Gesamt	100,0%		289.844	
<p>Schritt 5:</p> <p>Berechnung der Bildungs-beteiligungsquote</p> <p>= prozentualer Anteil der Studienanfänger/-innen aus der jeweiligen Sozialgruppe an Gesamtzahl dieser Sozialgruppe im Bezugsjahrgang</p>	Bildungsherkunft der Studienanfänger/-innen	Studienanfänger	Bezugsjahrg.	Bildungs-beteiligungs-quote	
	Selbständige	59.708	von 114.553	52,1%	
	Beamte	48.404	von 74.234	65,2%	
	Angestellte	124.053	von 314.268	39,5%	
	Arbeiter	57.679	von 346.298	16,7%	
	Insgesamt	289.844	von 849.354	34,1%	

innen, mit Vätern, deren (letzte) berufliche Stellung die eines Angestellter ist.

Damit steht sowohl für den Bezugsjahrgang in der Bevölkerung (314.268 junge Menschen gemäß Schritt 2) als auch für die Studienanfänger/innen (124.053 Studienanfänger/innen gemäß Schritt 4) absolute Zahlen zur Verfügung und. Mitihnen kann eine Bildungsbeteiligungsquote berechnet werden: 124.053 von 314.268 entspricht 39,5%.

Im Bericht werden die Bildungsbeteiligungsquoten nur gerundet ausgewiesen (vgl. Bild 3.23), weil es sich aufgrund zahlreicher Annahmen und Projektionen bei der Berechnung um ein Schätzverfahren handelt.

Für das Beispiel heißt das demnach, dass 40 % der Jugendlichen, deren Väter als Angestellte tätig sind bzw. waren, ein Studium an einer Universität beginnen. Wie sich Bild B.2 entnehmen lässt, liegt die Bildungsbeteiligungsquote von Jugendlichen, deren Väter beispielsweise Beamte sind, mit 65 % weit über dieser Quote.

B.2 Methodische Anmerkungen zur Bildung der Gruppen sozialer Herkunft

Mit dem Konstrukt der sozialen Herkunftsgruppen ist seit 1982 für die Sozialerhebungen ein Indikator geschaffen worden, der Zusammenhänge zwischen ökonomischer Situation und Bildungstradition im Elternhaus und studentischem Verhalten messbar macht. Die Hierarchien innerhalb der Ka-

tegorien des Merkmals „Stellung im Beruf“, die eine grobe Abstufung der beruflichen Tätigkeit nach den Kriterien Entscheidungsautonomie, Prestige und indirekt auch Einkommen ermöglichen sollen, werden im Herkunftsmodell der Sozialerhebung zu einer einzigen Hierarchie zusammengefasst (Bild B.3).

Unter der Hypothese, dass der Bildungserfolg der Eltern ebenfalls die Bildungsentcheidungen der Studierenden prägt, ist der höchstmögliche Ausbildungsabschluss der Eltern – der Abschluss einer Hochschule – als Korrekturfaktor berücksichtigt worden.

Bild B.3 Übersicht über die Bildung sozialer Herkunftgruppen

berufliche Stellung	Bildungsherkunft ¹	
	mit Hochschulabschluss	ohne Hochschulabschluss
größere(r) Selbständige(r)/freiberuflich z.B. Unternehmer(in) mit großem Betrieb bzw. hohem Einkommen		
Beamter/Beamtin des höheren Dienstes ab Regierungsrat/-rätin, Lehrer(in) ab Studienrat/-rätin aufwärts		
Angestellte(r) in gehobener Position z.B. Lehrer(in), wiss. Mitarbeiter(in), Prokurist(in), Abteilungsleiter(in)		
mittlere(r) Selbständige(r)/freiberuflich z.B. Einzelhändler(in) mit großem Geschäft, Hauptvertreter(in), größere(r) Landwirt(in)		
Beamter/Beamtin des gehobenen Dienstes z.B. Inspektor(in), Oberinspektor(in), Amtmann/-frau, Amtsrat/-rätin		
Angestellte(r) mit qualifizierter Tätigkeit in mittlerer Position z.B. Sachbearbeiter(in), Buchhalter(in), Werkmeister(in), Krankenschwester/-pfleger		
kleinere(r) Selbständige(r)/freiberuflich/Meister(in), Polier z.B. Einzelhändler(in) mit kleinem Geschäft, Handwerker(in), kleinere(r) Landwirt(in)		
Beamter/Beamtin des einfachen und mittleren Dienstes z.B. Schaffner(in), Amtshilfe, Sekretär(in)		
Angestellte(r) mit ausführender Tätigkeit z.B. Stenotypist(in), Verkäufer(in)		
Facharbeiter(in), unselbständige(r) Handwerker(in)		
ungelernte(r), angelernte(r) Arbeiter(in)		
soziale Herkunftgruppen: <input type="checkbox"/> hoch <input type="checkbox"/> gehoben <input type="checkbox"/> mittel <input checked="" type="checkbox"/> niedrig		

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ Für Vater und Mutter wird die Zugehörigkeit zu einer Herkunftgruppe getrennt ermittelt. Die jeweils höhere Herkunftgruppe wird als Merkmal der Herkunftsfamilie insgesamt verwendet.

Literaturverzeichnis

- Baethge, M.; Kupka, P. (2005): Bildung und soziale Strukturierung. In: SOFI, IAB, ISF, INIFES (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Arbeit und Lebensweisen. Erster Bericht. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- Blossfeld, H.-P.; Timm, A. (2003): Who marries whom? Educational System as Marriage Markets in Modern Societies. Kluwer Academic Publishers, Dordrecht, Boston, London
- Bundesminister für Bildung und Forschung (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten, div. Jahrgänge, Bonn, Berlin
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2007): Siebzehnter Bericht nach § 35 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes zur Überprüfung der Bedarfsätze, Freibeträge sowie Vohundertätze und Höchstbeträge nach § 21 Abs. 2
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2006): Infoservice-Paket zur Ausbildungssituation. http://www.bmbf.de/pub/servicepaket_ausbildung-September_-2006.pdf
- Cornelißen, W. (Hrsg.) (2005): Gender-Datenreport. Kommentierter Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland. Erstellt im Auftrag des BMFSFJ durch das Deutsche Jugendinstitut e.V. in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt. DJI 2005, München
- Deutsches Studentenwerk (Hrsg.)(2006): Studentenwerke im Zahlenspiegel 2005/2006, Berlin
- Düsseldorfer Tabelle, Stand: 01.07.05 (18.12.06): <http://www.olg-duesseldorf.nrw.de/service/ddorftab/ddorftab5/2005-07-01%20duess-tab.pdf>
- Durrer, F.; Heine, Ch. (2000): Studienfinanzierung und Studierneigung im Freistaat Sachsen. Abschlussbericht einer Befragung von Schülern der 11. und 12. Klasse und deren Eltern durchgeführt von HIS im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst
- Egeln, J; Heine, Ch. (2006): Die Ausbildungsleistungen der Hochschulen. Eine international vergleichende Studie im Rahmen des Berichtssystems zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. HIS Hochschul-Informationssystem, Kurzinformation A 6/2006, Hannover
- Eurostat (2006): Frauenanteil bei den Studierenden im Tertiärbereich – ISCED-Stufe 5-6 (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1334,49092079,1334_49092794&_dad=portal&_schema=PORTAL)
- Heidenreich, H.-J.; Nöthen, M. (2002): Der Wandel der Lebensformen im Spiegel des Mikrozensus. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wirtschaft und Statistik 1/2002, Wiesbaden, S. 26-38

- Heine, Ch.; Spangenberg, H.; Sommer, D. (2005): Studienanfänger in den Wintersemestern 2003/04 und 2004/05. HIS Hochschulplanung 180, Hannover
- Heine, Ch.; Spangenberg, H.; Sommer, D. (2006): Studienberechtigte 2004 - Übergang in Studium, Ausbildung, Beruf. Ergebnisse der Befragung der Studienberechtigten 2004 ein halbes Jahr nach Schulabgang im Länder- und Zeitvergleich. HIS Kurzinformation A5/2006, Hannover
- Heine, Ch.; Kerst, C.; Sommer, D. (2007): Studienanfänger im Wintersemester 2005/06, im Erscheinen, HIS, Hannover
- Heublein, U.; Spangenberg, H.; Sommer, D. (2003): Ursachen des Studienabbruchs. Analyse 2002. HIS Hochschul-Informationssystem, Hochschulplanung Band 163, Hannover
- Isserstedt, W.; Middendorff, E.; Weber, S.; Wolter, A.; Schnitzer, K.; (2004): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2003. 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem. Hrsg. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn, Berlin
- Jackson, M., Erikson, R. Goldthorpe, J.H. and Yaish, M. (2005), 'Primary and Secondary Effects in Class Differentials in Educational Attainment: the Transition to A-Level Courses in England and Wales'. Paper presented to the Royal Statistical Society, Oxford.
- Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.) (2005): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2000 bis 2020. In: Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz Nr. 176, Bonn
- Konsortium Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2006): Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld
- Minks, K.-H. (2004): Wo ist der Ingenieur-nachwuchs? In: Griesbach, Heinz; Fuchs, Martin: Aktuelle Informationen zur Attraktivität des Hochschulstandortes Deutschland, HIS Kurzinformation A5/2004, Hannover
- Müller, W.; Pollak, R. (2004): Weshalb gibt es so wenige Arbeiterkinder in Deutschlands Universitäten? In: Becker, R.; Lauterbach, W. (Hrsg.): Bildung als Privileg? Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

- Nöthen, M. (2005): Von der „traditionellen Familie“ zu „neuen Lebensformen“. Neuerungen in der Familienberichterstattung des Mikrozensus. In : Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wirtschaft und Statistik 1/2005, Wiesbaden, S. 25-40
- OECD (2006): Bildung auf einen Blick – OECD-Indikatoren 2006. Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris
- Pastohr, M.; Wolter, A. (2005): Studiennachfrage und Nachwuchspotenziale in den Ingenieurwissenschaften - Das Beispiel Sachsen im Bundesvergleich. In: Beiträge zur Hochschulforschung 2/2005, München, S. 46-71
- Statistisches Bundesamt (2005): Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2004, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit WZB und ZUMA (2006): Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
- Wolter, A. (2005): Übergänge aus dem Beruf in die Hochschule und die Teilhabe nicht-traditioneller Studierender. In: Hochschule und Weiterbildung, Heft 1/2005, S. 31-40.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unentgeltlich abgegeben. Sie ist nicht zum gewerblichen Vertrieb bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen/Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen/Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin/dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

